Stadt Braunschweig **21-15382**
Der Oberbürgermeister **Beschlussvorlage**
öffentlich

Betreff:
Haushaltssatzung 2021

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	25.02.2021

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)	04.03.2021	Ö

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 23. März 2021 wird der Finanz- und Personalausschuss um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2021 nach dem derzeitigen Stand mit

   a) dem Haushaltsplan 2021 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2020 - 2024

   b) den Haushaltsplänen 2021 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2020 - 2024 für

   - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
   - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
   - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

   c) dem Haushaltsplan 2021 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig"

   wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).

3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).

4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2.1, 4.2.2 und 5.2).

5. Die Ansatzveränderungen aus der **Haushaltsoptimierung** (Anlage 4.2.3) werden nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen (Anlage 3) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

7. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im in der Endausfertigung des Haushaltsplanes 2021 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen."

Sachverhalt:

Mit einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 28. Oktober 2020 (Drucks.-Nr.: 20-14569) hat die Verwaltung den **Entwurf des Haushaltsplans 2021 und des Investitionsprogramms - IP - 2020 - 2024** vorgelegt.

Die Anhörung der **Stadtbezirksräte** hat in der Zeit vom 16. bis 27. November 2020 stattgefunden. In den Sitzungen der Stadtbezirksräte haben diese auch über die gemäß § 93 NKomVG in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig mögliche Bildung von Bezirksratsbudgets beraten. Alle Stadtbezirksräte haben für eine Budget-Bildung gestimmt.

Dem Rat sind mit mehreren Mitteilungen im Dezember 2020 und im Januar bzw. Februar 2021 die Anträge bzw. Änderungen von Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte vorgelegt worden.

Der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2021/Investitionsprogramm 2020 - 2024 ist auf diesen Grundlagen in der Zeit vom 13. bis zum 29. Januar 2021 in den **Fachausschüssen** beraten worden. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit, der Bauausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Schulausschuss und der der Sportausschuss haben den Haushaltsplanentwurf 2021 sowie das Investitionsprogramm 2020 - 2024 insgesamt passieren lassen. Die übrigen Fachausschüsse haben der Beschlussempfehlung zugestimmt.

In der Anlage 1 - Anfragen/Anregungen - sind die gestellten Anfragen bzw. deren Beantwortung - soweit diese bereits vorliegen - enthalten.

In der Anlage 2 - Finanzunwirksame Anträge -, sind die Ergebnisse der Fachausschussberatungen aufgeführt.

Die Anlage 3 enthält gegenüber dem Haushaltsentwurf notwendig gewordene Anpassungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen.

In den Anlagen 4.1 und 5.1 (Ergebnishaushalt bzw. Finanzhaushalt inkl. IP) sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte aufgeführt. Die Anlagen 4.2.1, 4.2.2, 4.2.3 und 5.2 enthalten die Ansatzveränderungen der Verwaltung im Ergebnis- und im Finanzhaushalt einschließlich der sich aus der Haushaltsoptimierung ergebenden Veränderungen. Aus diesen Listen sind auch die entsprechenden Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse ersichtlich. Nach Abschluss der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen haben sich noch Ansatzveränderungen ergeben, die in den Anlagen mit „neu" gekennzeichnet sind.

In den Anlagen 4.3 und 5.3 sowie 5.4 sind die sich nach der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2021 ergebenden neutralen Mittelumsetzungen bzw. neuen Haushaltsvermerke im Ergebnis- und im Finanzhaushalt aufgelistet.

Soweit zu finanzwirksamen Anträgen Stellungnahmen der Verwaltung verfasst wurden, sind sie in der Anlage 6 gebündelt enthalten.

1. Abbau von Haushaltsresten

In den Haushaltsplanentwurf 2021 ist für die Jahre 2021 - 2024 folgender vorgesehene Aufbau (-) / Abbau (+) der Haushaltsreste aufgenommen worden:

in Mio. €	2021	2022	2023	2024
Ergebniswirksam	- 4,1	- 5,9	- 2,2	- 2,7
Werterhöhend	- 5,8	- 6,5	- 6,1	- 3,3

Diese Planung wurde im Rahmen einer erneuten Abfrage zur Haushaltslesung wie folgt aktualisiert:

in Mio. €	2021	2022	2023	2024
Ergebniswirksam	+ 10,5	- 5,6	- 1,9	- 2,7
Werterhöhend	+ 5,8	- 5,5	- 5,0	- 2,5

In den vergangenen Jahren ist stets davon ausgegangen worden, dass die Haushaltsreste im jeweiligen Planungszeitraum nur teilweise abgebaut werden konnten. Für den Planungszeitraum 2021 - 2024 wird lediglich für das Haushaltsjahr 2021 ein Abbau der Haushaltsreste erwartet. In den Haushaltsjahren 2022 - 2024 wird ein Haushaltsresteaufbau erwartet. Die Entwicklung der Haushaltsreste wird durch die Übertragung von Haushaltsresten von 2020 nach 2021 beeinflusst.

In den nachfolgenden Ausführungen ist bei den Darstellungen zum Ergebnis- und zum Finanzhaushalt dieser geplante Abbau / Aufbau der Haushaltsreste berücksichtigt.

Zu der Entwicklung der Haushaltsreste des Fachbereiches 20 selbst hat sich folgende Planung ergeben:
Zum Jahresabschluss 2019 (für das Haushaltsjahr 2020) sind für den Fachbereich 20 Haushaltsreste von rd. 7,7 Mio. € gebildet worden. Bis Ende 2024 ist geplant, die Haushaltsreste des Fachbereichs 20 bis auf einen Stand von rd. 3,8 Mio. € abzubauen. Der aktuelle Haushaltsresteaufbau bis Ende 2024 beinhaltet diese Planung.

Für das Jahr 2020 wurde zum Zeitpunkt des Haushaltsplanentwurfs 2021 von einem Haushaltsresteabbau von rd. 2,3 Mio. € für den Fachbereich 20 ausgegangen. Durch die außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen für die Maßnahmen im Zusammenhang m der Corona-Pandemie und der Einrichtung von Impfzentren, die beim FB 20 verortet wurden, als auch der Ausweitung der Experimentierklausel wird jedoch ein Haushaltsresteaufbau von rd. 22,1 Mio. € prognostiziert. Durch diese Entwicklung hat sich der geplante Haushaltsresteabbau für 2021 von 0,2 Mio. € auf 24,6 Mio. € erhöht.

2. Ansatzveränderungen der Verwaltung gegenüber dem Haushaltsentwurf

2.1 Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2021 (Stand: Oktober 2020) weist für das Planjahr 2021 einen Fehlbetrag inkl. Haushaltsresten in Höhe von rd. 76,4 Mio. € aus. Unter Berücksichtigung der in den Anlagen 4.2.1, 4.2.2 und 5.2 dargestellten Ansatzveränderungen der Verwaltung ergibt sich nunmehr ein Fehlbetrag von 117,6 Mio. €.

Die Ergebnisse für die Jahre der mittelfristigen Ergebnisplanung sowie die Auswirkungen auf die Überschussrücklagen sowie einen gesonderten Passivposten in der Bilanz ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. Zu der Ausweisung von Verlusten in einem gesonderter Passivposten der Bilanz sind die niedersächsischen Kommunen nach dem aus Anlass der Corona-Pandemie geschaffenen § 182 Abs. 4 NKomVG in Jahren mit epidemischen Lagen und dem Folgejahr verpflichtet. In diesen Jahren bleiben die Überschussrücklagen unverändert. Bezogen auf das Pandemiejahr 2020 war dies im Haushaltsentwurf 2021 (Stand: Oktober 2020) für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehen.

in Mio. €	2021	2022	2023	2024
Jahresergebnis	- 76,4	- 58,0	- 49,3	- 42,3
Stand der Überschuss-rücklage am Jahresende	235,6	177,6	128,3	86,1
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	- 167,9	- 167,9	- 167,9	- 167,9

2.1.1 Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt

Die **wesentlichen Ansatzveränderungen**, die gegenüber dem im Oktober 2020 vorgelegten Haushaltsplanentwurf zur Veränderung des Ergebnisses für das Jahr 2021 führen, werden nachstehend näher erläutert:

2.1.1.1 Allgemeine Finanzwirtschaft

Bei der **Gewerbesteuer** waren im Haushaltsplanentwurf für 2021 Erträge von 155,0 Mio. € veranschlagt. Auf der Basis der Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2020 und der vorliegenden aktuellen Erkenntnisse ergeben sich bei dieser Einschätzung keine Änderungen. Auch für die Folgejahre bis 2024 wird angenommen, dass sich Erträge entsprechend der Einplanung im Haushaltsplanentwurf ergeben.

Nach den regionalisierten Ergebnissen der Herbststeuerschätzung und aufgrund der für das Jahr 2021 anstehenden Neufestlegung der Verteilungsschlüsselzahlen ergeben sich beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** sowohl im Jahr 2021 als auch im weiteren Planungszeitraum bis 2024 geringere Erträge als zuvor angenommen. Für 2021 werden Erträge in Höhe von 135,8 Mio. € erwartet, so dass sich Mindererträge von rd. 2,6 Mio. €. ergeben. Für die Jahre 2022 bis 2024 werden Mindererträge zwischen 3,0 Mio. € und 4,0 Mio. € prognostiziert.

Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** ergeben sich nach den Steuerschätzdaten und aufgrund der Neufestlegung der Verteilungsschlüsselzahlen ebenfalls Mindererträge im Jahr 2021 und im gesamten Planungszeitraum bis 2024. Für 2021 werden Mindererträge in Höhe von rd. 1,4 Mio. € erwartet, die Veranschlagung beträgt 35,2 Mio. € Für die Folgejahre ab 2022 ergeben sich Mindererträge zwischen 1,1 Mio. € und 1,4 Mio. €.

Nach den vom Landesamt für Statistik Niedersachsen erstellten vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den **kommunalen Finanzausgleich 2021** erhält die Stadt Braunschweig im Jahr 2021 **Schlüsselzuweisungen** in Höhe von **rd. 139,4 Mio. €.** Im Haushaltsplanentwurf 2021 sind Erträge in Höhe von 137,0 Mio. € veranschlagt, so dass sich Mehrerträge von rd. 2,4 Mio. € ergeben. Grund für die Mehrerträge ist eine voraussichtlich sehr hohe Steuerverbundabrechnung für das Jahr 2020, die sich beim Finanzausgleich 2021 auswirkt. Aufgrund der voraussichtlich ab dem Jahr 2021 geringer eintretenden Erholung der Steuereinnahmen als nach den vorherigen Steuerschätzungen vermutet, wird auch die Verteilungsmasse für den Finanzausgleich in den Folgejahren entsprechend langsamer steigen. Dadurch wird sich die Verbesserung bei den Schlüsselzuweisungen im Jahr 2021 aus heutiger Sicht nicht in die Folgejahre forttragen, so dass sich keine Veränderungen bei den Veranschlagungen für die Jahre 2022 bis 2024 ergeben.

2.1.1.2 Personalaufwand

Im Haushaltsplanentwurf 2021 ist unter Berücksichtigung der vorgesehenen Rückstellungszuführungen ein Personalaufwand in Höhe von rd. 251,4 Mio. € enthalten. Eine Personalkostenkalkulation auf Basis der aktuellen Personal-Ist-Kosten hat ergeben, dass dieser Personalaufwand trotz der notwendigen Schaffung von weiteren zusätzlichen Planstellen unverändert bleiben kann. Grund hierfür war neben mindernden Einflüssen wie z. B. einer erhöhten Fluktuation im Beamtenbereich sowie einer nicht vollumfänglichen Umsetzung von personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Tarifsektor der am 25. Oktober 2020 erzielte Tarifabschluss für die Beschäftigten. Vereinbart wurde eine 1,4-prozentige Erhöhung der Tabellenentgelte ab 01. April 2021, kalkuliert waren hingegen ganzjährig 2 %. Für die Jahre 2022 bis 2024 ergeben sich ebenfalls keine Veränderungen. Der Personalaufwand inklusive der notwendigen Rückstellungszuführungen in den Jahren 2022 bis 2024 beträgt somit rd. 247,9 Mio. €, 253,1 Mio. € bzw. 257,0 Mio. €. Zu Stellenveränderungen wird auf die Stellenplanvorlage des FB 10 - Haushalt 2021 Stellenplan (Drucks.-Nr. 21-15294) - verwiesen.

2.1.1.3 Sozialhilfe

Bislang war der Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie lediglich für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit seelischen Behinderungen zuständig. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird die Zuständigkeit für die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit anderen als seelischen Behinderungen vom bisher zuständigen Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit - zum 01. April 2021 auf den Fachbereich 51 - Kinder Jugend und Familie - übertragen.

Hinsichtlich der daraus resultierenden Ansatzveränderungen wird auf die Anlagen 4.2.1 und 5.2.1 hingewiesen.

2.1.1.4 Verlustausgleiche für die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen

Im Teilhaushalt FB 20 ergeben sich Veränderungen im Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum aufgrund von Veränderungen bei den Verlustausgleichen für die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen nach den aktuellen Wirtschaftsplanungen der Gesellschaften für die Jahre 2021 - 2024. Den größten Anteil hat die nunmehr vorgeschlagene Übernahme des unabhängig von der Corona-Pandemie entstehenden Anteils am Verlust der Städt. Klinikum Braunschweig gGmbH aus dem Wirtschaftsjahr 2020. Zur Stärkung der Liquidität des Klinikums soll mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzepts sowie auf bestehende gravierende Planungsunsicherheiten (Verlauf der Pandemie) neben dem corona-bedingten Verlust (35,9 Mio. €) auch die restliche Verlustübernahme in Höhe von rund 11,9 Mio. € geleistet werden. Der Betrag beruht auf den Prognosedaten des Klinikums zum vorläufigen Jahresabschluss 2020.

2.1.1.5 Sonstige Änderungen/Fachbereiche

Hinsichtlich weiterer Ansatzveränderungen wird auf die Anlagen 4.2.1 und 5.2.1 und 5.2.2 hingewiesen.

2.1.1.6 Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement - FB 65 -

In der Anlage 4.2.2 sind zudem Abweichungen aufgelistet, die sich aus Veränderungen bei den Erstattungen der liegenschaftsnutzenden Org.-einheiten an die Sonderrechnung FB 65 als Vermieter ergeben. Die Erstattungen sind gegliedert in die Sachkonten Miete, Verwalterpauschale, Betriebskosten warm und Betriebskosten kalt. Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens waren diese Ansätze zunächst über alle Teilhaushalte gegenseitig deckungsfähig, nicht aber Bestandteile der Budgets der Teilhaushalte. Zum Haushaltsplan 2020 wurden die Mieten und die Verwalterpauschalen in die Teilhaushalts-Budgets einbezogen. Zum Haushaltsjahr 2021 ist dies auch für die Erstattungen für die warmen und kalten Betriebskosten beabsichtigt.

Mit dem Ziel, übereinstimmende Planungen im Kernhaushalt und in der Sonderrechnung zu erreichen, sind Abstimmungen zwischen dem FB 65 und den mietenden Org.-einheiten erfolgt. Als Ergebnis des Abstimmungsprozesses ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 4,8 Mio. €. Dabei wurden Anpassungen an in den letzten Jahren eingetretene Veränderungen vorgenommen, die in den Ansätzen des Haushaltsentwurfs 2021 nicht berücksichtigt waren. Außerdem wurden z. B. die Kosten von Sportanlagen, deren Bewirtschaftung von den nutzenden Vereinen auf die Stadt übertragen wurden, zusätzlich berücksichtigt. Anhand der künftigen Ergebnisse in der Bewirtschaftung wird eine Überprüfung der Ansätze erfolgen. Ggf. werden in den nächsten Haushaltsjahren weitere Anpassungen erfolgen. Zudem wurden im Haushaltsjahr 2021 für Schulen und Kitas Mehraufwendungen für corona-bedingtes Lüften eingeplant.

Parallel zu den Ansatzveränderungen im Kernhaushalt wurden auch die Erträge im Haushaltsplan der Sonderrechnung angepasst (s. Ziffer 6).

2.1.2 Ansatzveränderungen im Investitionsmanagement

Das **Investitionsmanagement** beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z. B. Festwertbeschaffungen, Vorplanungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für das Haushaltsjahr 2021 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderungen der Verwaltung eine zusätzliche Ergebnis**belastung** in Höhe von rd. **6,5 Mio. €.** Hiervon entfallen allein rd. 2,7 Mio. € auf die Rechtsänderung zu den geringwertigen Vermögensgegenständen (Beschaffungen von Vermögensgegenständen bis 1.000 € netto), die ab 2021 als Aufwand zu behandeln sind. In gleicher Höhe tritt im investiven Bereich eine finanzielle Entlastung ein (siehe hierzu auch Ziffer 2.2.1).

Die Veränderungen im Einzelnen ergeben sich aus den Anlagen 5.2.1. und 5.2.2.

2.1.3 Zusammenfassung

Die für das Jahr 2021 insgesamt vorgesehenen Ansatzveränderungen wirken sich wie folgt aus (ohne Haushaltsoptimierung):

Veränderungen durch:	Erträge	Aufwendungen	Saldo
die Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt	+ 401.064 €	+ 20.504.246 €	+ 20.103.182 €
die ergebniswirksamen Ansatzveränderungen im Investitionsmanagement	+ 1.572.300 €	+ 8.052.100 €	+ 6.479.800 €
Saldo Ergebnishaushalt	+ 1.973.364 €	+ 28.556.346 €	**+ 26.582.982 €**

2.2 Finanzhaushalt

Im Entwurf des Finanzhaushaltes 2021 (Stand: Oktober 2020) waren Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 223,1 Mio. € vorgesehen. Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit beliefen sich auf rd. 26,5 Mio. €, so dass sich ein **Finanzierungsbedarf aus der Investitionstätigkeit** in Höhe von rd. **196,6 Mio. €** ergeben hat.

Unter Berücksichtigung des negativen Saldos aus der **laufenden Verwaltungstätigkeit** in Höhe von rd. **27,7 Mio. €** und des Saldos aus der **Finanzierungstätigkeit** in Höhe von rd**. 176,8 Mio. €** ergab sich somit eine Finanzmittelveränderung von **- 47,6 Mio. €**. Einschließlich des geplanten **Resteaufbaus** um **9,9 Mio. €** betrug der **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** rd. **37,7 Mio. €**.

Aufgrund der in dieser Vorlage beschriebenen Ansatzveränderungen ergibt sich nunmehr eine Finanzmittelveränderung von **- 71,5 Mio. €.** Dabei wurde berücksichtigt, dass für die Investitionstätigkeit Reduzierungen vorgesehen sind, die unter Ziffer 2.2.1 erläutert werden.

2.2.1 Investitionstätigkeit

Die **Ansatzveränderungen** für Investitionstätigkeit wirken sich **im Jahr 2021** im Einzelnen wie folgt aus:

	Einzahlungen - € -	Auszahlungen - € -	Saldo - € -
Ansatzveränderungen	- 1.084.100	- 5.499.800	- 4.415.700

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen **Entlastungen** des Finanzhaushalts in Höhe von rd. **4,4 Mio. €**.

Diese Haushaltsentlastungen resultieren im Wesentlichen aus der Rechtsänderungen zu den geringwertigen Vermögensgegenständen - GVG) - (rd. - 2,7 Mio. €), deren Anschaffung spätestens ab 2021 als Aufwand zu behandeln ist (siehe auch Ziff. 2.1.2).

Die Ansatzveränderung Nr. 59 der Verwaltung beinhaltet, dass die bisher eingeplanten Haushaltsmittel für den **Umbau der Verkehrsführung „Meinhardshof“** entfallen können. Von Seiten der CDU-Fraktion ist hierzu ebenfalls ein Antrag eingebracht und im Bauausschuss angenommen worden. In der Folge hat der Bauausschuss die Ansatzveränderung der Verwaltung als erledigt erklärt. Die sich daraus ergebende finanzielle Entlastung für das Haushaltsjahr 2021 ist bei den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräten berücksichtigt worden.

Gemäß PlUA-Beschluss zu Drucks. Nr. 21-15040 zum **Wetterschutz Altstadtmarkt** wurde die Verwaltung beauftragt, die unter Punkt 5.2 der Mitteilung 20-14727 beschriebene Option "B 1 Standardlösung auf beiden Seiten der Haltestelle" (verbunden mit dem barrierefreien Umbau der Haltestelle) umzusetzen und insbesondere die unter Punkt 5.4 der Mitteilung beschriebene Option C (unter Verwendung von Cortenstahl) nicht weiter zu verfolgen. Damit ist auch die Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 60), die die Aufstockung der Haushaltsmittel um 280.000 € für die Umsetzung der Option C (unter Verwendung von Cortenstahl) zum Inhalt hat, nicht mehr erforderlich. Die von der Tiefbauverwaltung zurückgezogene Ansatzveränderung führt zur finanziellen Entlastung des Haushaltsjahres 2021, die hier eingerechnet wurde.

Die Ansatzveränderungen in Zusammenhang mit der Gründung der Abteilung „Eingliederungshilfe“ im Fachbereich 51 wurden im Nachgang zu den erfolgten Ausschussberatungen zum FPA aktualisiert und an die in 2021 einzurichtenden Arbeitsplätze angepasst.

Im Übrigen wird auf die in den Anlagen 5.2.1 und 5.2.2 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** verringert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf von bisher 147.321.100 € auf 144.228.100 €.

2.3 Investitionsprogramm - IP - 2022 - 2024

Das IP wird sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2022 - 2024 um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2021 wird auf. Ziffer 2.1.2 und 2.2.1 verwiesen:

	Planungsjahr		
	2022	**2023**	**2024**
	- € -	**- € -**	**- € -**
Ansatzveränderungen	- 2.594.900	+ 2.018.100	+ 1.782.800
davon ergebniswirksam	+ 3.647.800	+ 3.617.700	+ 4.899.600
davon werterhöhend	- 6.242.700	- 1.599.600	- 3.116.800

Die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen des Investitionsmanagements sowie die Änderungen der Haushaltsvermerke sind in den Anlagen 5.2.1 bis 5.2.2, 5.3 und 5.4 zusammengestellt.

2.4 Ansatzveränderungen aus dem Haushaltsoptimierungs- (HHO-) -prozess

Der Bearbeitungsstand der Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung (HHO) mit den jeweiligen Ampelkennzeichnungen der Verwaltung zum Zeitpunkt der Vorstellung des Haushaltsentwurfs wurde in der Mitteilung 20-14553 dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben. Diesen Listen war auch zu entnehmen, welche HHO-Vorschläge bereits im Haushaltsplanentwurf 2021 berücksichtigt worden sind.

Grundlage der im Zeitraum vom 11. bis 29. Januar 2021 erfolgten Beratungen in den Fachausschüssen bildeten die bereits bekannten Dezernatslisten mit den jeweiligen HHO-Vorschlägen, die entsprechend der Zuständigkeiten der Fachausschüsse aufgeteilt wurden.

Die Ergebnisse der Fachausschussberatungen wurden in die Dezernatslisten eingepflegt. Zudem wurden die Dezernatslisten um die Spalte „Umsetzung“ ergänzt. Hierin sind - entsprechend der Abstimmungen in den Fachausschüssen - die folgenden vier Kategorien gebildet worden:

1. Umsetzung

2. Keine Umsetzung

3. Umsetzung erfolgt (Bei Vorschlägen, die bereits monetär im Haushaltsentwurf 2021 berücksichtigt worden sind und positiv vom Fachausschuss beschlossen wurden)

4. Weiterverfolgung/Prüfung (Prüfaufträge, bei denen ggf. eine finanzielle Auswirkung in künftigen Haushaltsjahren zum Tragen kommt, wenn die Vorschläge positiv vom Fachausschuss beschlossen wurden)

Hierdurch ist ersichtlich, ob und wenn ja in welcher Form der jeweilige HHO-Vorschlag im weiteren Verfahren berücksichtigt wird. Das aus den Dezernatslisten ersichtliche Haushaltsoptimierungspotenzial der zu berücksichtigenden Vorschläge wird auf der Grundlage der Einschätzungen der KGSt bzw. - soweit eine solche nicht vorlag - der Organisationseinheiten ermittelt.

Die Ampelkennzeichnung wurde nur in den Fällen verändert, in denen die Verwaltung zur Ausschussberatung einen abweichenden Vorschlag gemacht hat. Somit kann aus der aktuellen Ampelkennzeichnung abgelesen werden, welche Kennzeichnung der einzelnen Vorschläge durch die Verwaltung Grundlage für die Ausschussberatungen gewesen ist.

Im weiteren Verfahren bilden dann die um die Ergebnisse der Beratung im FPA am 4. März 2021 ergänzten Listen zur HHO wiederum die Grundlage für die Beratung im Verwaltungsausschuss bzw. die Haushaltslesung im Rat am 23. März 2021.

Die Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung sind als Anlage 4.2.3 beigefügt. Eine zahlenmäßige Zusammenfassung wird in einer Ergänzung zur Vorlage zur Verfügung gestellt.

2.5 Gesamtergebnisse der Ansatzveränderungen

2.5.1 Ergebnishaushalt

Insgesamt führen die Ansatzveränderungen zu folgenden Jahresergebnissen inkl. des geplanten Resteaufbaus (in Mio. €):

in Mio. €	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Verwaltungsentwurf (Stand 10/2020)	**- 76,4**	**- 58,0**	**- 49,3**	**- 42,3**
Entwurf mit Ansatzveränderungen	**- 117,6**	**- 75,1**	**- 65,9**	**- 59,2**

2.5.2 Finanzhaushalt

Die Ergebnisse des Finanzhaushalts zeigen unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen inkl. des geplanten Resteaufbaus folgendes Bild:

in Mio. €	2021	2022	2023	2024
Finanzmittelveränderung	- 86,0	- 38,6	- 30,7	- 29,0
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund)	+ 17,2	- 21,4	- 52,1	- 81,1

3. Ergebnisse der Ausschussberatungen einschließlich Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Hinweis:
Bei den nachfolgenden Berechnungen sind die Ansatzveränderungen aus Ziffer 2 berücksichtigt worden. Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte, zu denen positive Beschlussvorschläge bzw. zu denen bisher noch keine bzw. gegensätzliche Empfehlungen der Fachausschüsse vorliegen (mit Ausnahme des unter 3.1 genannten Antrages zur Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes), sind entsprechend der üblichen Verfahrensweise als Haushaltsbe- bzw. -entlastungen gewertet worden. Zu berücksichtigen ist weiter, dass die Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge, die die gleichen Sachverhalte abbilden, mit der jeweils weitestgehenden Belastung eingerechnet wurden. Anträge, die die gleichen Sachverhalte wie Ansatzveränderungen der Verwaltung abbilden, sind nur einmal einberechnet worden. Nicht zu allen Anträgen sind die finanziellen Auswirkungen bekannt.

Die Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte sind in der Anlage 6 beigefügt.

3.1 Ergebnishaushalt

Die bisherige Beschlusslage zu den **Anträgen der Fraktionen** und den **Vorschlägen der Stadtbezirksräte** führt nach dem gegenwärtigen Beratungsstand saldiert zu folgenden Veränderungen gegenüber dem Entwurf des Ergebnishaushaltes 2021:

Veränderungen durch:	Erträge	Aufwendungen	Saldo
Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt	0 €	+ 709.400 €	+ 709.400 €
ergebniswirksame Anträge der Fraktionen zum Investitions-management	0 €	+ 1.377.000 €	+ 1.377.000 €
ergebniswirksame Anträge der Stadtbezirksräte zum Investitions-management	0 €	+ 100.000 €	+ 100.000 €
Saldo Ergebnishaushalt	+ 0 €	+ 2.186.400 €	**+ 2.186.400 €**

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in den Anlagen 4.1 und 5.1 zusammengestellt.

In den finanziellen Auswirkungen für das Haushaltsjahr 2021 sind u. a. auch die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: zum Ausbau der Schulkindbetreuung (FWE 213, FWI 214 a –d, SP 218) eingeflossen. Aus den Fachausschüssen liegt zu diesen Anträgen keine eindeutige Beschlussfassung vor.

Die Anträge selbst setzen sich aus 6 Beschlusspunkten zusammen, die sowohl Auswirkungen im Ergebnishaushalt als auch auf den Finanzhaushalt haben. **Im Bereich der baulichen Maßnahmen und der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen konnten die Kosten nur für den Beschlusspunkt 3 (Schaffung von jährlich 100 Plätzen) ermittelt werden.** Die finanziellen Belastungen, die sich aus dem gesamten Antrag ergeben, sind wegen fehlender konzeptioneller Lösungen zur Erreichung der dargestellten 80 %-Quote so nicht kalkulierbar. Hierzu und zur Prüfung der Umsetzbarkeit des Antrages bedarf es entsprechender Detailplanungen.

Im Jugendhilfeausschuss ist der Antrag unter Berücksichtigung der Änderung des Beschlusspunktes 1, in dem auf die Darstellung der Umsetzungsfrist verzichtet wurde, angenommen worden. Der Rat hat aber am 16. Februar 2021 einen parallel zum Haushaltsverfahren eingebrachten Antrag der Fraktion ebenfalls mit dieser Änderung beschlossen.

Nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse zu den finanziellen Auswirkungen wird die Verwaltung diese als Ergänzung zur Vorlage einbringen.

In der vorstehenden Tabelle nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (FWE 145) auf Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 470 %. Ausschussempfehlungen zu diesem Antrag wurden bisher noch nicht abgegeben, sodass hierüber erst im FPA am 04. März 2021 eine Abstimmung herbeigeführt wird. Ein entsprechender HHO-Vorschlag ist in der FPA-Sitzung am 29. Januar 2021 abgelehnt worden.

Unter Berücksichtigung der oben unter Ziffer 3 beschriebenen Maßgaben und soweit zu den danach zu berücksichtigenden Fraktionsanträgen die finanziellen Auswirkungen bekannt sind, würden sich folgende Jahresergebnisse bzw. Auswirkungen auf die Überschussrücklagen und den gesonderten Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG ergeben:

in Mio. €	2021	2022	2023	2024
Jahresergebnis	- 119,7	- 77,1	- 68,2	- 61,8
Stand der Überschuss-rücklage am Jahresende	235,6	235,6	167,4	105,7
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	- 211,3	- 288,4	- 288,4	- 288,4

Bei der Darstellung der Überschussrücklagen und des gesonderten Passivpostens wurde davon ausgegangen, dass die auf der Basis des § 5 des Infektionsschutz-gesetzes durch den Deutschen Bundestag am 25. März 2020 festgestellte epidemische Lage von nationaler Tragweite bis heute fortbesteht und deshalb - abweichend vom Haushaltsentwurf - gem. § 182 Abs. 4 NKomVG auch der Verlust des Jahres 2022 in dem gesonderten Passivposten der Bilanz auszuweisen ist.

3.2 Finanzhaushalt

Die bisherige Beschlusslage zu von den Fraktionen gestellten Anträgen und zu den Vorschlägen der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führt in 2021 saldiert zu folgenden Veränderungen:

Veränderungen durch	**Einzahlungen - € -**	**Auszahlungen - € -**	**Saldo - € -**
a) die Anträge der Fraktionen	0	- 622.000	- 622.000
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0	+ 60.000	+ 60.000
Ergebnis Investitionen	0	- 562.000	- 562.000

Die Investitionsauszahlungen würden sich somit um **rd. 0,6 Mio. €** reduzieren.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge würden sich die **Verpflichtungsermächtigungen** um 359.000 € reduzieren.

Hinweis: Durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zu den Investitionsauszahlungen werden sich im Ergebnishaushalt bei den Haushaltsansätzen „Auflösungserträge aus Sonderposten“, „aktivierte Eigenleistungen“ und „Abschreibungen“ **weitere Veränderungen** ergeben. Die Höhe dieser Veränderungen kann erst nach den Beschlussempfehlungen durch den FPA über die vorliegenden Anträge bestimmt werden.

3.3 Investitionsprogramm - IP - 2022 - 2024

Das IP würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2022 - 2024** um folgende Beträge verändern (zu den Veränderungen 2021 s. Ziffer 3.2), also insgesamt erhöhen:

	Planungsjahr		
	2022	**2023**	**2024**
	- € -	**- € -**	**- € -**
Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	**+ 169.000**	**- 438.000**	**+ 114.000**
davon ergebniswirksam	+ 505.000	+ 505.000	+ 505.000
davon werterhöhend	- 336.000	- 943.000	- 391.000

Wie bereits unter Ziffer 3.1 ausgeführt sind finanzielle Auswirkungen der Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Schulkindbetreuung soweit kalkuliert berücksichtigt worden. Dies gilt auch für die Haushaltsjahre 2022 - 2024 des IP. Nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse zu den finanziellen Auswirkungen wird die Verwaltung dies als Ergänzung zur Vorlage einbringen.

4. Kreditaufnahmen und Verbindlichkeiten

Auch für die Haushaltsplanung 2021 ist eine Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen.

Im Haushaltsplan 2021 sind für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung Kreditaufnahmen in Höhe von 90,0 Mio. € eingeplant. Darüber hinaus sind unter Inanspruchnahme der Experimentierklausel gemäß § 181 Abs. 1 NKomVG zusätzliche Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften in Höhe von rund 97,2 Mio. € vorgesehen. Diese verteilen sich wie folgt:

- Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH: 72,1 Mio. €
- Braunschweiger Verkehrs-GmbH: 13,7 Mio. €
- Stadt Braunschweig Sport und Freizeit GmbH: 11,4 Mio. €

Ferner wurde die im Haushaltsplan 2020 veranschlagte Kreditermächtigung für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung in Höhe von rund 67,0 Mio. € lediglich in Höhe von rund 27,0 Mio. € in Anspruch genommen. Die Kreditermächtigung steht noch bis zum Inkrafttreten des Haushaltsplans des übernächsten Jahres zur Verfügung. Daher ist die verbleibende Ermächtigung in Höhe von rund 40,0 Mio. € in der folgenden Übersicht ebenfalls als Kreditaufnahme im Jahr 2021 enthalten. Darüber hinaus wurde von der Kreditermächtigung unter Inanspruchnahme der Experimentierklausel aus dem Haushaltsjahr 2020 ein Betrag von rund 10,1 Mio. € nicht benötigt, der ebenfalls in der Übersicht enthalten ist.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung. Hierbei sind auch die Tilgungsleistungen, die aus erfolgten und geplanten Kreditaufnahmen gemäß der Experimentierklausel berücksichtigt.

Jahr	mit Experimentierklausel			ohne Experimentierklausel		
	Kredit-aufnahmen	ordentliche Tilgung	Stand am 31.12.	Kredit-aufnahmen	ordentliche Tilgung	Stand am 31.12.
2019	61,9 Mio. €	4,6 Mio. €	141,0 Mio. €	50,4 Mio. €	4,1 Mio. €	97,9 Mio. €
2020	92,6 Mio. €	6,0 Mio. €	227,6 Mio. €	42,6 Mio. €	5,4 Mio. €	135,1 Mio. €
2021	237,3 Mio. €	10,4 Mio. €	454,5 Mio. €	130,0 Mio. €	8,0 Mio. €	257,1 Mio. €
2022	197,7 Mio. €	16,8 Mio. €	635,4 Mio. €	83,0 Mio. €	11,1 Mio. €	329,0 Mio. €
2023	236,0 Mio. €	23,2 Mio. €	848,2 Mio. €	162,0 Mio. €	13,7 Mio. €	477,3 Mio. €
2024	90,0 Mio. €	31,3 Mio. €	906,9 Mio. €	90,0 Mio. €	19,3 Mio. €	548,0 Mio. €

Zudem entwickeln sich die Verbindlichkeiten aus vorhandenen kreditähnlichen Rechtsgeschäften wie folgt rückläufig:

Jahr	Zugang	Abgang	Stand am 31.12.
2019	-	3,5 Mio. €	76,8 Mio. €
2020	-	3,5 Mio. €	73,4 Mio. €
2021	-	3,6 Mio. €	69,8 Mio. €
2022	-	3,7 Mio. €	66,1 Mio. €
2023	-	3,8 Mio. €	62,2 Mio. €
2024	-	3,8 Mio. €	58,4 Mio. €

Die Anlage 5.2.3 enthält Ansatzveränderungen bezüglich der Kredittilgungen in den Planjahren 2022 - 2024.

5. Sonderrechnung Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Die unter Ziffer 2.1.1.6 erläuterten Veränderungen bei den Erstattungen aus dem Kernhaushalt an die Sonderrechnung FB 65 haben auch Auswirkungen auf den Haushalt der Sonderrechnung. Zu Einzelheiten wird auf die Anlage 7.1 verwiesen.

Wie in den Vorjahren waren die Stellenübersicht und der letzte Jahresabschluss der Sonderrechnung nicht bereits im Haushaltsentwurf 2021 enthalten. Diese Unterlagen sind als Anlagen 7.2 bzw. 7.3 beigefügt.

6. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der am gleichen Tage vom Rat beschlossenen Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Der in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2021 dargestellte Haushaltsplan 2021 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ist gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsplan lediglich um die rechtliche Ausformung des Sondervermögens handelt. Die aus dem städtischen Haushalt bereitzustellenden Mittel sind bereits im Finanzhaushalt und dem Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2021 enthalten.

Da sich aktuell und auch auf absehbare Zeit auf dem Kapitalmarkt keine Guthabenzinsen erzielen lassen, ist im Haushaltsplan 2021 für den Finanzplanungszeitraum 2021 – 2024 weiterhin keine Netto-Zuführung an das Sondervermögen vorgesehen. Weitere Zuführungen stellen derzeit keinen wirtschaftlichen Nutzen dar. Hierdurch ergibt sich keine Ergebniswirkung, es verbessert sich jedoch die Liquiditätssituation der Stadt. Im Haushalt abgebildet sind lediglich die Zuführung und Entnahme von Abfindungsleistungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag bei Dienstherrenwechseln von Beamtinnen und Beamten. Die Ansätze hierfür betragen zum Haushalt 2021 jeweils 800.000 € und sind im Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2021 enthalten.

7. Änderung der Teilhaushalte und der Produktdarstellungen

Hinsichtlich einiger Veränderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf wird auf die Anlage 3 verwiesen.

Die Beschlussempfehlungen des FPA, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushaltsentwurf 2021 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte. Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf. Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst im Enddruck des Haushaltsplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst im Enddruck des Haushaltsplanes abgebildet werden können.

8. Beteiligungsbericht

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 10 KomHKVO ist der „Bericht der Gemeinde über die Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht)“ eine Anlage zum Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht 2021 für die städtischen Gesellschaften ist als Anlage 8 beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Anlage 1	Anfragen
Anlage 2	Finanzunwirksame Anträge
Anlage 3	Strategische Ziele, Wesentliche Produkte und Maßnahmen
Anlage 4	Ergebnishaushalt
Anlage 4.1	Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
Anlage 4.2	Ansatzveränderungen der Verwaltung
Anlage 4.2.1	Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB65)
Anlage 4.2.2	Ansatzveränderungen der Verwaltung - Erstattungen an die Sonderrechnung FB65
Anlage 4.2.3	Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung
Anlage 4.3.1	Haushaltsneutrale Umsetzungen
Anlage 4.3.2	Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM - Ergebnishaushalt)
Anlage 5	Finanzhaushalt (inkl. IP)
Anlage 5.1	Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
Anlage 5.2.1	Ansatzveränderungen der Verwaltung (Investitionsmanagement)
Anlage 5.2.2	Ansatzveränderungen der Verwaltung (Neuveranschlagung von GVG‘s)
Anlage 5.2.3	Ansatzveränderungen der Verwaltung (Finanzierungstätigkeit)
Anlage 5.2.4	Auswirkungen Haushaltsoptimierung (Investitionsmanagement)
Anlage 5.3	Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM)
Anlage 5.4	Haushaltsvermerke
Anlage 6	Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
Anlage 7	Sonderrechnung FB 65
Anlage 7.1	Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt
Anlage 7.2	Stellenübersicht zum Haushaltsplan 2021
Anlage 7.3	Jahresabschluss 2019
Anlage 8	Beteiligungsbericht

Anlage 1

Anfragen/Anregungen

Stand: 22. Februar 2021

- A 001 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Verwaltungsführung / FB 01 (FB 10)
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Dienstaufwandsentschädigungen Ist im Rahmen der Haushaltsoptimierung angedacht, als symbolischen Akt, dass an allen Positionen gespart werden muss, die Dienstaufwandsentschädigungen für den Oberbürgermeister, die Stadträte etc. zu reduzieren?

Begründung:
Nach § 3 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung können Hauptverwaltungsbeamte, deren allgemeine Stellvertrung sowie u.a. die weiteren Beamten auf Zeit eine Dienstaufwandsentschädigung erhalten. Im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 belaufen sich diese auf etwas mehr als 17.000 Euro. Da nun auch in der Politik über eine Reduzierung der monatlichen Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder diskutiert wird, wäre ein symbolischer Akt der hauptamtlich Tätigen sicherlich kein verkehrtes Zeichen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 01 / FB 01, 10
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.256 FB 01 Zentrale Steuerung, Personalaufwendungen 401110 Beamtenbezüge steigen von Ansatz 2020 657.800 EUR auf Ansatz 2021 1.212.600 EUR. → Woran liegt das?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat II
Abteilung 10.1

Datum: 19.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 002 der Fraktion p2

Text:

S.256
FB 01 Zentrale Steuerung, Personalaufwendungen 401110 Beamtenbezüge steigen von Ansatz 2020 657.800 EUR auf Ansatz 2021 1.212.600 EUR.

Woran liegt das?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Aufgrund der seit dem 1. April 2020 geltenden neuen Dezernatsstruktur und der damit verbundenen Neugliederung des Fachbereiches 01 Zentrale Steuerung, ist in den im Haushaltsplanentwurf 2021 ausgewiesenen Ansätzen 2020 für den Fachbereich 01 das Referat 0300 Rechtsreferat nicht mehr enthalten. Der entsprechende Hinweis findet sich auf Seite 395.

Die Ansätze 2021 berücksichtigen dagegen, neben den Referaten 0100 Steuerungsdienst und 0130 Kommunikation, auch das neu geschaffene Referat 0103 Bezirksgeschäftsstellen. Hierdurch begründet sich die Abweichung.

gez. Dr. Kornblum

- A 003 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
01 / FB 01
Produkt
Neu

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Mögliche eigenständige Braunschweigische Landessparkasse Welches finanzielle Volumen wird verwaltungsseitig für mögliche Einlagen bei einer Ausgründung der BLSK als eigenständige Landessparkasse zu erwarten sein bzw. momentan intern angenommen? Welche finanziellen Mittel sind derzeit im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 enthalten?

Begründung:
Bereits vor der Schaffung der Braunschweigischen Landessparkasse als Anstalt in der Anstalt (AIDA) der NordLB wurde intensiv über eine mögliche Eigenständigkeit diskutiert worden. Damals war die Zeit noch nicht reif dafür. Nun, mehr als zehn Jahre später, stehen die Chancen gut für eine Ausgründung in der Trägerschaft der Kommunen des alten Braunschweiger Landes. Der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers hebt sich wolhtuend von seinen Vorgängern ab, da er sich offen für entsprechende Gespräche zeigt. Ein Gutachten der Kommunen, welches eine Herauslösung aus der NordLB gutheißt, liegt inzwischen vor. Dieses Gutachten muss natürlich noch in den politischen Gremien der betroffenen Gebietskörperschaften intensiv diskutiert werden. Denn natürlich hat sich die (Banken-)Welt im letzten Jahrzehnt weitergedreht. Alte Risiken sind geblieben, neue Risiken sind hinzugekommen. Eine der Risiken wären die entsprechende Finanzierung der Herausläsung und die Kapitalisierung einer neuen Bank. Da der städtische Haushalt bereits im Entwurf der Verwaltung für das Jahr 2024 eine Verschuldung von rund einer Milliarde Euro vorsieht, müssen weitere Risiken abgeschätzt werden. Dazu zählt, ob überhaupt Gelder für eine eigenständige Braunschweigische Landessparkasse vorgesehen sind.

gez. Kai-Uwe Bratschke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB Zentrale Steuerung
Ref. 0100

Datum: 4. Februar 2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 003 der CDU-Fraktion

Text:

Mögliche eigenständige Braunschweigische Landessparkasse

Welches finanzielle Volumen wird verwaltungsseitig für mögliche Einlagen bei einer Ausgründung der BLSK als eigenständige Landessparkasse zu erwarten sein bzw. momentan intern angenommen?
Welche finanziellen Mittel sind derzeit im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 enthalten?

Begründung:

s. Anfrage

Antwort:

Die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie die Landkreise Wolfenbüttel, Helmstedt und Holzminden streben bekanntlich eine Herauslösung der BLSK aus der Norddeutschen Landesbank an.

Die Krise der NORD/LB ist im Wesentlichen durch notleidend gewordene Schiffskredite ausgelöst worden. Infolge des nunmehr zu geringen Eigenkapitals bedarf es einer Restrukturierung des Unternehmens. Es steht zu befürchten, dass auch das intakte und profitable Sparkassengeschäft in den Schrumpfungsprozess einbezogen wird, in der Folge Arbeitsplätze abgebaut und Filialen geschlossen werden. Dabei geht es der Verwaltung der Stadt Braunschweig wie den anderen beteiligten Kommunen darum, im Geschäftsgebiet der BLSK auch weiterhin eine Versorgung der Bevölkerung mit Bankendienstleistungen und Kreditangeboten auf bisherigem Niveau sicherzustellen. Deren Bedeutung zeigt sich namentlich für den Mittelstand besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

Die Herauslösung der BLSK aus der NORD/LB setzt jedoch die Zustimmung der Träger der NORD/LB voraus. Sondierungsgespräche werden hierüber geführt. Jedoch sind die Träger bedauerlicherweise bislang nicht in ernsthafte Verhandlungen mit den übernahmebereiten Kommunen eingetreten.

Zu den Fragen:

Vor Beginn der Verkaufsverhandlungen ist es nicht zielführend, über einen etwaigen Kaufpreis für die Übernahme der BLSK zu spekulieren; gleiches würde für die Phase der andauernden Verhandlungen gelten, zumal dadurch unsere taktische Position von vornherein geschwächt würde. Die Kosten für die Herauslösung der BLSK sind daher noch nicht in den Planentwurf für den städtischen Haushalt 2021 eingestellt worden.

gez.

Markurth

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 10 / FB 10
Produkt 5E.100004 5S.100012

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 211 Verkauf Beteiligungen – sonst. Anteil. 9,4 Mio EUR → Der Verkauf welcher Beteiligungen bzw. Anteile soll in 2021 einen Ertrag in Höhe von 9,4 Mio erwirtschaften?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat II
Abteilung 10.0

Datum: 18.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 004 der Fraktion p2

Text:

S. 211
Verkauf Beteiligungen - sonst. Anteil. 9,4 Mio. EUR

Der Verkauf welcher Beteiligungen bzw. Anteile soll in 2021 einen Ertrag in Höhe von 9,4 Mio. EUR erwirtschaften?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Die 9,4 Mio. EUR setzen sich aus der Rückzahlung des städtischen Anteils an der Niedersächsischen Versorgungsrücklage in Höhe von 8,6 Mio. EUR (Projekt 5S.100012) sowie der Entnahme aus dem Sondervermögen „Pensionsfonds“ in Höhe von 0,8 Mio. EUR (Projekt 5E.100004) zusammen.
Die Niedersächsische Versorgungskasse (NVK) hat die Vereinbarung über die Verwaltung der Versorgungsrücklage der Stadt Braunschweig zum 31.12.2020 gekündigt. Die vollständige Rückzahlung des städtischen Anteils wird im Jahr 2021 erfolgen. Hierzu wird auf die Gremienvorlage 20-14444 verwiesen.
Entnahmen aus dem Sondervermögen „Pensionsfonds“ erfolgen, sofern von Seiten der Stadt Abfindungszahlungen für erworbene Versorgungsanwartschaften nach dem Gesetz zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag als abgebender und zahlungspflichtiger Dienstherr bei einem Dienstherrenwechsel zu leisten sind und in den Vorjahren für die wechselnden Beamtinnen und Beamten Zuführungen in das Sondervermögen vorgenommen wurden.

Beide Projekte sind als Finanzanlagen bilanziert. Die Rückflüsse aus den Fianzanlagen in den städtischen Haushalt werden als "Einzahlungen aus der Veräußerung von Beteiligungen" verbucht.

gez. Dr. Kornblum

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 10 / FB 10
Produkt 1.11.1151.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Wo im Haushaltsplanentwurf sind die Leistungen für Aufwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften nach NBGG Par. 14 (1) vom Land zu finden?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat II
Abteilung 10.0

Datum: 18.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 005 der Fraktion p2

Text:

Wo im Haushaltsplanentwurf sind die Leistungen für Aufwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften nach NBGG Par. 14 (1) vom Land zu finden?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Die Leistungen für Aufwendungen der Stadt Braunschweig nach § 14, Abs 1 Niedersächsisches Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) sind im Haushaltsplanentwurf 2021 als Ertrag (Sachkonto 314110, Zuweisung vom Land) im Teilhaushalt Zentrale Dienste geplant (Seite 335). Die entsprechende Erläuterung hierzu findet sich auf Seite 332.

gez. Dr. Kornblum

- A 006 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 10
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Netto-Null-Stellenplan Um welche Beschlüsse handelt es sich hierbei und um jeweils welchem Umfang? Welche Stellenausweitung haben stattgefunden/sind geplant?

Begründung:
Unter anderem in der HH-Präsentation (Seite 30) wird ausgeführt, dass ein Netto-Nullstellenplan angestrebt wurde, aber nicht realisiert werden konnte. Dazu wird u.a. als Begründung angeführt, dass Ratsbeschlüsse dafür mit ursächlich sind.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- A 007 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / Allg. Finanzwirtschaft / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Auswirkungen der steigenden Zinsbelastungen Mit welchen Ergebnissen wurde welches Zinsänderungsrisiko untersucht? Welche Auswirkungen auf die Bonitätsbewertung der Stadt hat der skizzierte Schuldenanstieg bis 2024? Wie entwickeln sich die Schuldenstände im Unterschied zu den vergleichbaren Städten Karlsruhe, Mannheim, Augsburg, Mönchengladbach, Aachen, Chemnitz? Welcher Tilgungsplan ist für die Kreditbelastungen ab 2024 vorgesehen bzw. ab wann soll die Volltilgung der bis 2024 aufgenommen Schulden erfolgt sein? Wie veränderte/verändert sich die gesamte Zins- und Tilgungsbelastung entlang der Haushaltsjahre 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und welche Prognosen bestehen bis ins Jahr 2024? Welche Auswirkungen auf die Bonität der Stadt hat das Ausüben der Experimentierklausel?

Begründung:
Der Haushalt weist eine deutliche Ausdehnung der Neuverschuldung aus. So wird bis zum Jahr 2024 prognostiziert, den kumulierten Schuldenstand von derzeit rund 350 Mio. auf annähernd 1 Milliarde Euro Schulden auszudehnen. Dies stellt einen bisher einmaligen Vorgang in der Geschichte der Stadt Braunschweig dar. Und auch wenn die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auch die Kommunen mit voller Wucht treffen, so birgt der vorgesehene massive Anstieg der Schulden große Risiken vor allem in Bezug auf die Bonität der Stadt und das Zinsrisiko.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.13

Datum: 27.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 007 der CDU-Fraktion

Text:

Auswirkungen der steigenden Zinsbelastungen

Zum weiteren Text wird auf die Anfrage verwiesen.

Begründung:

Zur Begründung wird auf die Anfrage verwiesen.

Antwort:

1. *Mit welchen Ergebnissen wurde welches Zinsänderungsrisiko untersucht?*

   Bei fast allen derzeit bestehenden Krediten, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kernhaushalt) sowie zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften (Experimentierklausel) dienen, wurde die Zinsbindung für die gesamte Laufzeit des jeweiligen Darlehens vereinbart. Dieses Vorgehen ist auch für die bis einschließlich des Jahres 2024 vorgesehenen neuen Kreditaufnahmen beabsichtigt. Ein Zinsänderungsrisiko aus den jeweiligen Verträgen besteht damit grundsätzlich nicht. Daneben beinhalten die konzernintern abgestimmten Zinsbindungsdauern neben den Einschätzungen der Banken auch eigene Einschätzungen der zukünftigen Entwicklungen der Zinsen. Grundgedanke ist aktuell, dass derzeit (ex ante-Sichtweise) durchschnittlich ein historisch-niedriges Zinsniveau besteht, das aus heutiger Sicht möglichst lange gesichert werden sollte.

   Bei drei für städtische im Rahmen der Experimentierklausel aufgenommen Darlehen gilt dies nicht. Dabei handelt es sich um zwei Kredite für die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) sowie ein Darlehen für die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (Klinikum).

   Bei den beiden Krediten für die GGB handelt es sich um endfällige Darlehen, die während der vereinbarten Zinsbindung nicht laufend getilgt werden. Mit dem Auslaufen der jeweiligen Zinsbindung wird der Kredit entweder mit neuen Konditionen versehen oder in einer Summe getilgt.

Ein Darlehen für das Klinikum wurde bei einer Laufzeit von 50 Jahren mit einer Zinsbindung von 30 Jahren versehen. Nach Ablauf der Zinsbindungsfrist verbleibt ein Kreditrestbetrag von rd. 6,6 Mio. Euro, für den das Zinsänderungsrisiko überschaubar ist.

Die Konditionen wurden und werden in Abstimmung mit den städtischen Gesellschaften nach den jeweiligen Erfordernissen vereinbart.

2. *Welche Auswirkungen auf die Bonitätsbewertung der Stadt hat der skizzierte Schuldenanstieg bis 2024?*

Der skizzierte Schuldenanstieg wird sich auf Bonitätsbeurteilung von Banken voraussichtlich kaum auswirken, da diese das Kreditausfallrisiko von Kommunen vorrangig auf Grundlage der bestehenden Insolvenzunfähigkeit der Kommunen beurteilen. Konkret bedeutet dies, dass Banken keine auf die Stadt Braunschweig bezogene Bonitätsprüfung vornehmen sondern auf die Bonität der Bundesrepublik Deutschland (Rating AAA) abstellen.
Denkbar ist allerdings, dass sich nach einem gestiegenen Schuldenstand der Kreis von Investoren verringert, die sich z.B. für Geldanlagen in Schuldscheindarlehen interessieren bzw. dass die Investoren eine höhere Marge in den Zinssatz einrechnen.

3. *Wie entwickeln sich die Schuldenstände im Unterschied zu den vergleichbaren Städten Karlsruhe, Mannheim, Augsburg, Mönchengladbach, Aachen, Chemnitz?*

Der erbetene Vergleich ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt – dazu vorab folgende Anmerkungen:

a) Die verarbeiteten Daten sind durch Internetrecherche erhoben und haben unterschiedliche Aktualitäten. Veröffentlicht haben die Stadt Aachen einen Haushaltsplanentwurf 2021, die Stadt Karlsruhe einen Haushaltsplanentwurf 2021, die Stadt Mönchengladbach einen Doppelhaushalt 2021/2022 (Entwurf), die Stadt Mannheim einen Doppelhaushalt 2020/2021, die Stadt Augsburg einen Doppelhaushalt 2019/2020 mit Nachtragshaushalten 2019 und 2020 sowie die Stadt Chemnitz einen Doppelhaushalt 2019/2020.

b) Verglichen sind nur die Schuldenstände aus der Aufnahme von Investivkrediten in den Kernhaushalten. Nicht berücksichtigt wurden kreditähnliche Rechtsgeschäften und Liquiditätskredite. Sofern entsprechende Informationen veröffentlicht sind, werden diese in den Erläuterungen gesondert erwähnt. Unberücksichtigt blieben auch die Kreditaufnahmen auf Grundlage der Experimentierklausel; diese sind an städtische Konzerngesellschaften weitergeleitet.

c) Der Vergleich ist in Form der Pro-Kopf-Verschuldung (Angaben in Euro/Einwohner, gerundet auf volle Euro) dargestellt.

Jahr	Braunschweig.	Karlsruhe	Mannheim	Augsburg	Mönchengladbach	Aachen	Chemnitz
2017	226	556	1.557	1.407	1.141	1.868	629
2018	208	488	1.563	1.414	1.086	1.857	558
2019	393	597	1.554	1.405	1.037	1.922	489
2020	586	874	1.567	1.377	966	2.138	656
2021	914	1.615	1.564	1.495	994	2.357	748
2022	778	2.517	1.568	1.603	1.009	2.614	815
2023	1.105	3.246	1.572	1.603	1.017	2.860	858
2024	1.385	3.912			1.018	3.052	

Ergänzende Erläuterungen:

a) Liquiditätskredite weisen aus: die Städte Karlsruhe (200 Mio. Euro in 2021), Mönchengladbach (zunehmend bis 2025: 900 Mio. Euro) und Aachen (550 Mio. Euro in 2021 ff.). Diese Städte weisen bereits für die Jahre vor 2021 aufgenommene Liquiditätskredite aus. Der Haushaltsplanentwurf 2021 der Stadt Braunschweig lässt die Aufnahme von Liquiditätskrediten in einem Umfang von bis zu 350 Mio. Euro zu. Eine eigene Aufnahme von Liquiditätskrediten erfolgte nicht.

b) Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften weist die Stadt Augsburg in dem Haushaltsplan nicht aus, Mönchengladbach, Aachen und Chemnitz jeweils den Stand des Jahres 2019 (0,3 Mio. Euro/1,3 Mio. Euro/0,06 Mio. Euro); die Stadt Aachen plant die Tilgung der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bis Ende 2020; Karlsruhe und Mannheim weisen für Ende 2020: 1,5 Mio. Euro bzw. 29,5 Mio. Euro aus. Im Haushaltsplanentwurf 2021 der Stadt Braunschweig sind für Ende 2020 kreditähnliche Rechtsgeschäfte von rd. 73,4 Mio. Euro dargestellt.

c) Da die amtlichen Einwohnerzahlen zuletzt per 31. Dezember 2019 veröffentlicht worden sind, dienen diese Zahlen auch bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung der Jahre 2020 bis 2024 als Basis.

4. *Welcher Tilgungsplan ist für die Kreditbelastungen ab 2024 vorgesehen bzw. ab wann soll die Volltilgung der bis 2024 aufgenommen Schulden erfolgt sein?*

Bei der Haushaltsplanung 2021-2024 wurde für neue Kreditaufnahmen eine jeweils 30-jährige Laufzeit mit gleichbleibenden Tilgungsraten zugrunde gelegt. In der praktischen Ausführung werden - insbesondere für städtische Gesellschaften - auch Kredite mit kürzeren oder längeren Laufzeiten vereinbart. Die Laufzeit sollte sich grundsätzlich an den Nutzungsdauern der mit den Krediten zu finanzierenden Wirtschaftsgütern orientieren.

Die Frage, wann die Volltilgung der aufgenommenen Kredite erfolgt sein wird, lässt sich verlässlich lediglich für die am 31. Dezember 2020 bestehenden Darlehen sagen. Die Kredite des Kernhaushalts werden voraussichtlich Ende 2050 und die im Rahmen der Experimentierklausel bestehenden Darlehen voraussichtlich Ende 2070 (Laufzeit von 50 Jahren für Kredite des Städt. Klinikums) vollständig getilgt sein.

5. *Wie veränderte/verändert sich die gesamte Zins- und Tilgungsbelastung entlang der Haushaltsjahre 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und welche Prognosen bestehen bis ins Jahr 2024?*

Die angefragten Zins- und Tilgungsbelastungen sind in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	Angaben in Mio. EUR							
	Ist				gemäß Hh-Plan-Entwurf 2021			
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Zinsen	2,9	2,7	2,6	2,8	3,8	5,3	7,2	11,6
Tilgung	5,6	4,5	4,1	5,8	8,0	11,1	13,8	19,3

Anmerkungen:

Um eine Vergleichbarkeit mit Ziffer 3 zu erzielen, wurden bei der Ermittlung der o. g. Beträge ausschließlich die Investitionskredite der Kernverwaltung berücksichtigt. Nicht berücksichtigt wurden die Kreditaufnahmen gemäß Experimentierklausel, kreditähnliche Rechtsgeschäften, Liquiditätskredite und bei den Ist-Werten der Zinsen die Jahresabschlussbuchungen (Zinsabgrenzung).

6. *Welche Auswirkungen auf die Bonität der Stadt hat das Ausüben der Experimentierklausel?*
   Hierfür gelten auch die Ausführungen zu Nr. 2.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 008 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit -/ FB 20
Produkt -

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Corona-bedingter Passivposten Welche internen Vorüberlegungen zur Auflösung/Rückführung des Corona-bedingten Passivposten (insgesamt 167,9 Mio. Euro in den Jahren 2020 und 2021) hat die Verwaltung, unabhängig von derzeit gegebenenfalls fehlenden landesrechtlichen Regelungen – unter dem Stichwort „Generationengerechtigkeit“ – getroffen?

Begründung:
Das Land Niedersachsen erlaubt im Zuge der Corona-Krise einen Passivposten mit allen in diesem Zusammenhang entstandenen Kosten zu bilden, der sich nicht negativ auf die Überschussrücklage auswirkt. Auch wenn noch einmal deutlich hervorgehoben werden muss, dass sich bei der Überschussrücklage nicht um bares Geld auf einem Konto, sondern lediglich um eine rechnerische Größe handelt, so sagt diese Summe grundsätzlich etwas über die finanzielle Gesundung einer Kommune. Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind sicherlich noch nicht vollends zu beziffern. Es ist jedoch klar, dass es hiermit einen besonderen Effekt gibt. Dieser zu bildende Passivposten wirkt sich nun nicht negativ auf die Überschussrücklage aus. Dennoch muss er irgendwann abgebaut werden. Dazu gibt es zwar schon vielerlei Diskussionen, aber (Stand der Einreichung dieser Anfrage) noch keine finale Auskunft vom Land Niedersachsen. Es ist aber zu vermuten, dass der Passivposten in einem Zeitraum zwischen 25 und 30 Jahren abgebaut werden muss. Hier gäbe es mehrere Herangehensweisen: a. bspw. kompletter Abbau im ersten Jahr b. linearer Abbau über den gesamten Zeitraum c. kompletter Abbau im letzten Jahr. Dass die Varianten a. und c. unrealistisch bzw. in keinster Weise generationengerecht wären, erklärt sich von selbst. Somit wäre die Variante b. die sinnvollste Möglichkeit. Vielleicht gibt es innerhalb der Verwaltung aber ganz andere Überlegungen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 09.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 008 der CDU-Fraktion

Text:

Corona-bedingter Passivposten

Welche internen Vorüberlegungen zur Auflösung/Rückführung des Corona-bedingten Passivposten (insgesamt 167,9 Mio. Euro in den Jahren 2020 und 2021) hat die Verwaltung, unabhängig von derzeit gegebenenfalls fehlenden landesrechtlichen Regelungen – unter dem Stichwort „Generationengerechtigkeit“ – getroffen?

Begründung:

Es wird auf die Anfrage verwiesen.

Antwort:

Auf die Mitteilung Nr. 20-14569 vom 28.10.2020, mit der der Haushaltsentwurf 2021 bereitgestellt wurde, wird hingewiesen. Hierin wurde zu der angefragten Thematik folgendes ausgeführt:

"Wegen der Corona-Pandemie hat das Land Niedersachsen für seine Kommunen mit dem § 182 Abs. 4 NKomVG eine Sonderregelung eingeführt, nach der Jahresfehlbeträge eines Epidemiejahres und des Folgejahres auf der Passivseite der Bilanz gesondert ausgewiesen werden müssen. Dieser Passivposten wird am Ende des Jahres 2020 voraussichtlich 91,5 Mio. € und vom Jahresende 2021 an bis auf weiteres 167,9 Mio. € betragen. Die Überschussrücklagen bleiben hingegen bis Ende 2021 unverändert bei 235,6 Mio. € (vorläufiger Jahresabschluss 2019). Bis zum Ende des Planungszeitraums im Jahr 2024 werden sie sich auf 86,1 Mio € verringern. Der gesonderte Passivposten soll innerhalb von 30 Jahren gedeckt werden. Die Stadt Braunschweig beabsichtigt, damit ab 2025 zu beginnen."

gez.

Geiger

- A 009 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Allgemeine Finanzw., 50 / FB 20, FB 50
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Corona-Hilfen von Bund und Land Wie hoch sind insgesamt die durch den Bund und das Land Niedersachsen neuerdings zusätzlich bereit gestellten Mittel zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle? Wie hoch kalkuliert die Verwaltung die durch den Bund bereitgestellten Mittel zur Entlastung bei den Kosten der Unterkunft?

Begründung:
Der Bund und auch das Land Niedersachsen unternehmen sehr viel, um die durch Corona entstandenen Lasten für die Kommunen so gut es geht abzumildern. U.a. die nun durch die unionsgeführte Bundesregierung eingeplanten Entlastungen bei den Kosten der Unterkunft bleiben dauerhaft, also auch dann noch, wenn Corona bereits überwunden wurde. Bei manch anderen Hilfen, bspw. den Ausgleichen bei der Gewerbesteuer, gelten diese bisher nur für 2020, für 2021 oder möglicherweise weitere Jahre müssen noch Verhandlungen geführt werden. Sicherlich ist klar, dass Land und Bund nicht alle Unbilligkeiten übernehmen können und auch eigene Anstrengungen der Kommunen erforderlich sein werden. Aber es bleiben enorme Anstrengungen von Bund und Land.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 11.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 009 der CDU-Fraktion

Text:

Corona-Hilfen von Bund und Land

Wie hoch sind insgesamt die durch den Bund und das Land Niedersachsen neuerdings zusätzlich bereit gestellten Mittel zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle?
Wie hoch kalkuliert die Verwaltung die durch den Bund bereitgestellten Mittel zur Entlastung bei den Kosten der Unterkunft?

Begründung:

Antwort:

Der Bund und das Land Niedersachsen haben zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie umfangreiche Konjunktur- und Krisenbewältigungspakete geschnürt.

Für das Jahr 2020 hat die Stadt Braunschweig Anfang Dezember 2020 eine Zuweisung zum Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen in Höhe von 50,81 Mio. € erhalten. Ob für das laufende Jahr ähnliche finanzielle Hilfen für die Kommunen durch Bund und Länder geleistet werden, ist zum aktuellen Zeitpunkt offen. Es bestehen keinerlei rechliche Regelungen, dementsprechend ist für 2021 keine Einplanung vorgenommen worden.

Der Bund hat zur dauerhaften Entlastung der Kommunen die Beteiligung des Bundes an den KdU um 25 %-Punkte bereits für das Jahr 2020 erhöht. Unter Berücksichtigung weiterer Änderungen liegt der Haushaltsplanung 2021 nunmehr ein Erstattungssatz von insgesamt 72,8 % zu Grunde. Dies führt ohne Berücksichtigung von Fallzahlsteigerungen zu einer Haushaltsentlastung um rd. 12,5 Mio. € jährlich.

gez.

Geiger

- A 010 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Allg. Finanzwirtschaft / FB 20
Produkt
1.61.6110.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Einwohnerzahlen Mit welchen Einwohnerentwicklungsprognose wurde im Rahmen der Steuereinnahmenprognose (insbesondere in Hinblick auf den Finanzausgleich und die Einkommensteuer) für die mittelfristige Finanzplanung gerechnet und haben sich, ggf. durch Corona oder andere Effekte, Abweichungen zu den vorherigen Einwohnerprognosen ergeben?

Begründung:
Die Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 11.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 010 der CDU-Fraktion

Text:

Einwohnerzahlen

Mit welchen Einwohnerentwicklungsprognose wurde im Rahmen der Steuereinnahmenprognose (insbesondere in Hinblick auf den Finanzausgleich und die Einkommensteuer) für die mittelfristige Finanzplanung gerechnet und haben sich, ggf. durch Corona oder andere Effekte, Abweichungen zu den vorherigen Einwohnerprognosen ergeben?

Begründung:

Die Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Antwort:

Für die Einschätzung der Steuern sowie der Finanzausgleichsleistungen im Finanzplanunszeitraum werden vorrangig die Daten der regionalisierten Steuerschätzung sowie die Orientierungsdaten des Landes herangezogen. Bei den Finanzausgleichs-zuweisungen wird darüber hinaus die erwartete Entwicklung der eigenen Steuerkraft im Verhältnis zur landesweiten Entwicklung betrachtet. Eine gesonderte Einschätzung hinsichtlich der Einwohnerentwicklung wird aufgrund der erheblichen Wirkung der übrigen Einflussfaktoren nur bei zu erwartenden außergewöhnlichen Veränderungen vorgenommen, was im Finanzplanungszeitraum bis 2024 nicht der Fall ist.

Bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer erfolgt die Berücksichtigung der sich durch die Einwohnerzahl ergebenden Einflüsse durch Schlüsselzahlen, die neu berechnet und durch eine Landesverordnung jeweils für drei Jahre festgelegt werden. Die ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 geltenden Schlüsselzahlen sind in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Eine sich ab 2024 möglicherweise ergebende Veränderung ist nicht berücksichtigt, da diese hinsichtlich der Höhe nicht eingeschätzt werden kann.

gez.

Geiger

- A 011 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
finanziellen Kollaps verhindern Welche Möglichkeiten gibt es - neben dem Streichen oder der Verschiebung von Maßnahmen - im Finanzhaushalt, um den Anstieg der Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro im Jahr 2024 zu verhindern? Welche dieser Maßnahmen will die Verwaltung ergreifen, um den massiven Anstieg der Verschuldung doch noch zu verhindern?

Begründung:
Braunschweig war auf einem guten Weg aus der Schuldenfalle - Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln hielten sich die Waage, die Stadt war ab 2008 (mit Ausnahme des Jahres 2010) faktisch schuldenfrei. Bis zu diesem Punkt waren unzählige harte Einschnitte durchzuführen und schwierige Entscheidungen zu treffen. Damit aber die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zurückgewonnen werden konnte, waren diese in der Rückschau notwendig. Die nun mit dem Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 vorgestellten Zahlen weisen zurück auf den Pfad der Verschuldung, vermutlich sogar der Überschuldung. Neben dem Streichen oder der Verschiebung von Maßnahmen muss es noch andere Möglichkeiten geben, um diesen massiven Anstieg der Verschuldung zu verhindern. Konsequente Maßnahmen gegen den (erneuten) finanziellen Kollaps bedürfen - gerade in Zeiten der Corona-Pandemie - klare Entscheidungen mit Augenmaß, um zum einen auch schmerzhafte Streichungen bzw. Verschiebungen zu bewirken, zum anderen aber notwendige Investitionen in die Infratsruktur unserer Stadt nicht abzuwürgen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 11.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 011 der CDU-Fraktion

Text:

Finanziellen Kollaps verhindern

Welche Möglichkeiten gibt es - neben dem Streichen oder der Verschiebung von Maßnahmen - im Finanzhaushalt, um den Anstieg der Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro im Jahr 2024 zu verhindern?
Welche dieser Maßnahmen will die Verwaltung ergreifen, um den massiven Anstieg der Verschuldung doch noch zu verhindern?

Begründung:

Siehe Anfrage A 011 der CDU-Fraktion

Antwort:

Nach der derzeitigen Planung steigen die Geldschulden im Haushalt der Stadt Braunschweig für Investitionen im Kernhaushalt im Zeitraum bis 2024 um rund 372,8 Mio. € auf 531,8 Mio. €. Geldschulden in Höhe von insgesamt 901,5 Mio. € ergeben sich im gleichen Zeitraum nur unter Berücksichtigung von Kreditbeträgen, die von der Stadt Braunschweig im Rahmen der Experimentierklausel gem. § 181 NKomVG aufgenommen und an städtische Gesellschaften ausgeliehen werden.

Trotz der weitreichenden wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Corona-Virus-Pandemie besteht die Notwendigkeit, die Stadt Braunschweig für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu wappnen. Die Erhaltung der städtischen Infrastruktur, die Bildung mit einem weiter erhöhten Ausbau von Schulen und Kindertagesstätten, der Klimaschutz und die Mobilität sowie auch die Themen soziale, lebenswerte und sichere Stadt und das Thema Wohnen sind Beispiele hierfür. Auch sind Investitionen in eine leistungsfähige Verwaltung erforderlich. All dies führt zu einem steigenden Mitteleinsatz und macht notfalls auch einen zeitweiligen Schuldenanstieg unvermeidbar.

B. w.

Um der schwierigen finanziellen Situation entgegenzutreten, wurde bei der Stadt Braunschweig ein Verwaltungsmodernisierungs- und Haushaltsoptimierungsprozess initiiert. Die Haushaltsoptimierungsvorschläge haben Eingang in die diesjährigen Haushaltsberatungen gefunden. Sie waren nur zu einem geringen Teil bereits im Haushaltsentwurf 2021 enthalten. Abhängig von den Entscheidungen in der Haushaltslesung können sich hieraus Haushaltsentlastungen ergeben. Grundlage waren auch die Beschlüsse des Rates vom 18.12.2018 zum Haushalt 2019 (DS 18-09723) sowie vom 02.04.2019 (DS 19-10513) zur nachhaltigen strategischen Haushaltssteuerung, wonach bis zum Ende der Kommunalwahlperiode 2021 bis 2026 ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll.

gez.

Geiger

- A 012 -

FDP-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Wie Herr Lipinski im November 2019 auf eine Mail von Herrn Sommerfeld antwortete, sei es notwendig, "systemtechnische Anpassungen im Allris und auch prozessuale Veränderungen" vorzunehmen, wenn man künftig Haushaltsanträge über das Ratsinformationssystem statt über die bekannten Vordrucke erfassen wolle. In Anbetracht des hier benutzten Vordrucks fragen wir daher: Ist die Umsetzung systemtechnischer Anpassungen im Allris und auch prozessualer Veränderung absehbar? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wann?

Begründung:
Im Sinne einer modernen und transparenten Verwaltung wäre es wünschenswert, das komplette Verfahren der Haushaltsanträge zu überarbeiten. Eine digitale und übersichtliche Lösung im bereits vorhandenen Ratsinformationssystem hätte gegenüber den bisher benutzten Vordrucken etliche Vorteile, sowohl für die Politik als auch für die Verwaltungsmitarbeiter, die die Anträge verarbeiten müssen.

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 15.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 012 der FDP-Fraktion

Text:

Wie Herr Lipinski im November 2019 auf eine Mail von Herrn Sommerfeld antwortete, sei es notwendig, "systemtechnische Anpassungen im Allris und auch prozessuale Veränderungen" vorzunehmen, wenn man künftig Haushaltsanträge über das Ratsinformationssystem statt über die bekannten Vordrucke erfassen wolle. In Anbetracht des hier benutzten Vordrucks fragen wir daher:
Ist die Umsetzung systemtechnischer Anpassungen im Allris und auch prozessualer Veränderung absehbar? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wann?

Begründung:

Im Sinne einer modernen und transparenten Verwaltung wäre es wünschenswert, das komplette Verfahren der Haushaltsanträge zu überarbeiten. Eine digitale und übersichtliche Lösung im bereits vorhandenen Ratsinformationssystem hätte gegenüber den bisher benutzten Vordrucken etliche Vorteile, sowohl für die Politik als auch für die Verwaltungsmitarbeiter, die die Anträge verarbeiten müssen.

Antwort:

Im Pandemiejahr 2020 und auch in 2021 waren und sind durch die Stadtverwaltung eine Reihe von Herausforderungen zu bewältigen, die weit über das regelmäßige Verwaltungshandeln hinausgingen und -gehen. Eine Veränderung der Abwicklung der Haushaltsplanaufstellung konnte daher nicht prioritär bearbeitet werden.

Unabhängig davon wird bereits jetzt auf folgendes hingewiesen:

Beim bisherigen Haushaltsberatungsverfahren werden die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte nach Teilhaushalten und Produkten bzw. Projekten des Investitionsmanagements geordnet und listenmäßig aufbereitet. Dabei werden auch gleichlautende oder inhaltlich verwandte Anträge gebündelt, um einen flüssigen Beratungsablauf zu ermöglichen. Dies würde bei einem Einbringen von Haushaltsanträgen im Ratsinformations-System Allris, wie seinerzeit durch Ratsherrn Sommerfeld vorgeschlagen, erheblich erschwert werden. Ob und ggf. mit welchem Aufwand dies durch Veränderungen am Ratsinformationssystem Allris kompensiert werden könnte, lässt sich zz. noch nicht feststellen.

gez.

Geiger

- A 013 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Haushaltsklarheit durch Abgleich der bereitgestellten und der tatsächlich benötigten Mittel

Hat bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfes für den Haushalt 2021 der von der CDU-Fraktion im Grundlagenantrag "Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, Haushaltsdefizit strukturell abbauen" (Haushalt 2020) geforderte Abgleich der Budgets der einzelnen Fachbereiche und deren tatsächlichen Ausgaben Anwendung gefunden?

Begründung:

Seit einigen Jahren gibt es eine große Diskrepanz zwischen den verabschiedeten Haushaltsentwürfen und den tatsächlichen Jahresabschlüssen. In der Regel kam von der Verwaltung der Hinweis, dass es sich jeweils um Einmal-Effekte gehandelt habe. Wenn man jedoch tiefer in die entsprechenden Mitteilungen schaute, stellte man fest, dass es in einigen Fachbereichen über mehrere Jahre hinweg große Abweichungen - meistens sogar im hohen einstelligen Millionenbereich - zwischen den Einplanungen und den tatsächlichen Ausgaben gegeben hat.

Im Sinne des Ausspruchs "Haushaltsklarheit ist Haushaltswahrheit" wurde daher von uns zum Haushalt 2020 beantragt, einen Abgleich der Budgets der einzelnen Fachbereiche und deren tatsächlichen Ausgaben durchzuführen. Sollte es - wider Erwarten - in einem Jahr dann doch einen höheren Finanzbedarf geben, würde es durch eine außer- und überplanmäßige Ausgabe einen entsprechenden Ausgleich geben können. Teilweise bedingt durch die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden nun auch die nächsten Haushaltsjahre mit hohen Defiziten im Ergebnishaushalt geplant. Der von uns vorgeschlagene Abgleich behält daher für die Einschätzung der realen Lage weiterhin Relevanz.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 09.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 013 der CDU-Fraktion

Text:

Haushaltsklarheit durch Abgleich der bereitgestellten und der tatsächlich benötigten Mittel

Hat bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfes für den Haushalt 2021 der von der CDU-Fraktion im Grundlagenantrag "Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, Haushaltsdefizit strukturell abbauen" (Haushalt 2020) geforderte Abgleich der Budgets der einzelnen Fachbereiche und deren tatsächlichen Ausgaben Anwendung gefunden?

Begründung:

Hierzu wird auf die Anfrage verwiesen.

Antwort:

Nach dem finanzunwirksamen Antrag FU 273 - Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, Haushaltsdefizit strukturell abbauen - zum Haushalt 2020 sollten die seinerzeit vorgesehenen pauschalen Minderaufwendungen aus dem Prozess der Haushaltsoptimierung sowie durch Budgetabgleiche erreicht werden.

Der Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

gez.

Geiger

- A 014 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Berücksichtigung entlastender Maßnahmen im Haushalt 2021 Haben die bekannten finanziellen Rahmenbedingungen dazu geführt, dass Vorschläge von der KGSt-Liste, die zunächst in den Kategorien rot oder gelb einsortiert worden waren, im Rahmen einer Haushalts-Verbesserung neu bzw. anders bewertet werden? Inwiefern sind aufgrund der geschilderten Rahmenbedingungen bedeutsame Haushaltsschonungen in den HH-Entwurf eingeflossen?

Begründung:
In der Präsentation zur öffentlichen Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Rahmenbedingungen der Stadt hinsichtlich der konjunkturellen Lage als „sehr schwierig“, die staatlichen Steuereinnahmen als „rückläufig“, die lokalen Steuereinnahmen „stark rückläufig bei der Gewerbesteuer und stabil bei der Grundsteuer“ sowie die Ausgabenbelastung für Soziales, Bildung und Jugend als „steigend“ bezeichnet. Das Defizit des laufenden Jahres wurde seit Februar bis Oktober 2020 von -27,5 Mio. Euro auf -90 Mio. Euro negativ korrigiert. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen wird der erneut verschärfte Druck sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite deutlich

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 15. Februar 2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 014 der CDU-Fraktion

Text:

Berücksichtigung entlastender Maßnahmen im Haushalt 2021

Haben die bekannten finanziellen Rahmenbedingungen dazu geführt, dass Vorschläge von der KGSt-Liste, die zunächst in den Kategorien rot oder gelb einsortiert worden waren, im Rahmen einer Haushalts-Verbesserung neu bzw. anders bewertet werden?
Inwiefern sind aufgrund der geschilderten Rahmenbedingungen bedeutsame Haushaltsschonungen in den HH-Entwurf eingeflossen?

Begründung:

In der Präsentation zur öffentlichen Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Rahmenbedingungen der Stadt hinsichtlich der konjunkturellen Lage als „sehr schwierig“, die staatlichen Steuereinnahmen als „rückläufig“, die lokalen Steuereinnahmen „stark rückläufig bei der Gewerbesteuer und stabil bei der Grundsteuer“ sowie die Ausgabenbelastung für Soziales, Bildung und Jugend als „steigend“ bezeichnet. Das Defizit des laufenden Jahres wurde seit Februar bis Oktober 2020 von -27,5 Mio. Euro auf -90 Mio. Euro negativ korrigiert. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen wird der erneut verschärfte Druck sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite deutlich

Antwort:

Der finale Bearbeitungsstand der Dezernatslisten zur Haushaltsoptimierung (HHO) mit den jeweiligen Ampelkennzeichnungen der Verwaltung wurde in der Mitteilung 20-14553 dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben. Diesen Listen war auch zu entnehmen, welche HHO-Vorschläge bereits im Haushaltsplanentwurf 2021 berücksichtigt worden sind.

Darüber hinaus sind keine anderen Bewertungen erfolgt.

gez.

Geiger

- A 015 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20
Produkt
1.41.4110.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes des Städtischen Klinikums Welcher Anteil am gesamten erforderlichen Investitionsvolumen für das „Zwei-Standorte-Konzept“ ist momentan im IP einhalten?

Begründung:
Die Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes ist wichtige Grundlage und integraler Bestandteil für die Zukunft unseres Städtischen Klinikums. Jedoch ist weiterhin die Förderung durch das Land Niedersachsen absolut unbefriedigend. Der Rat hat bereits im Sommer 2019 auf Antrag der CDU-Fraktion eine Resolution an die Niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann (SPD) verfasst und auf eine höhere Förderung appelliert - bisher leider ohne jeglichen Erfolg. Inzwischen wurde öffentlich bekannt, dass die Kostenprognose von 632,5 Millionen Euro zwischenzeitlich auf 799,2 Millionen Euro angepasst werden musste. Vor dem Hintergrund des vorgesehenen massiven Anstiegs der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 ist wichtig zu erfahren, welcher Anteil davon dem Investitionsvolumen für die Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzepts zuzuordnen ist.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB 20 Datum: 21.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) Ref. 0200

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 015 der Fraktion CDU

Text:

Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes des Städtischen Klinikums

Welcher Anteil am gesamten erforderlichen Investitionsvolumen für das "Zwei-Standorte-Konzept" ist momentan im IP enthalten?

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Antwort:

Der in der Anfrage genannte Betrag von 799,2 Mio. € für die Umsetzung des Zwei-Standorte-Konzeptes ist dem Wirtschaftsplan 2021 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH zu entnehmen.

Im städtischen Haushalt 2021 ist für das Klinikum bislang ein Zuschuss in Höhe von rd. 11,9 Mio. € berücksichtigt, der den ursprünglich geplanten Fehlbedarf 2020 (Wirtschaftsplanung 2020 des Klinikums) zugrundelegt. Hierzu wird auch auf die Vorlage 20-14763 zum Nachtrag 2020/Wirtschaftsplan 2021 des Klinikums verwiesen, in der diese Thematik bereits aufgegriffen worden ist.
In dem veranschlagten Investitonsvolumen des städtischen Haushaltes sind keine Anteile für das Klinikum enthalten.
In dem voraussichtlichen Stand der Geldschulden in Höhe von 901,5 Mio. € zum 31.12.2024 sind Kredite in Höhe von 257,3 Mio. € enthalten, die im Rahmen der Experimentierklausel für das Klinikum aufgenommen und an dieses weitergeben wurden bzw. noch werden (58,5 Mio. € bis 2020, 198,8 Mio. € für die Jahre 2021-2023). Den Geldschulden aus Krediten aus der Experimentierklausel stehen entsprechende Forderungen im Finanzvermögen der Stadt gegenüber. Im städtischen Investitionsprogramm wird dies als Ausleihung an städtische Gesellschaften dargestellt.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 016 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Allgemeine Finanzw. / FB 20
Produkt
-

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Liquiditätskredite Ist davon auszugehen, dass die um 300 Mio. Euro erhöhte Ermächtigung für Liquiditätskredite in Höhe von nun 350 Mio. Euro jeweils für 2020 und 2021 gemäß der Liquiditätsplanung und Einnahmenplanung im Jahr 2022 nicht mehr erforderlich sein wird?

Begründung:
Die Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11

Datum: 11.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 016 der CDU-Fraktion

Text:

Liquiditätskredite

Ist davon auszugehen, dass die um 300 Mio. Euro erhöhte Ermächtigung für Liquiditätskredite in Höhe von nun 350 Mio. Euro jeweils für 2020 und 2021 gemäß der Liquiditätsplanung und Einnahmenplanung im Jahr 2022 nicht mehr erforderlich sein wird?

Begründung:

Die Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich

Antwort:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 enthält eine Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten mit einem Volumen von bis zu 350 Mio. €, für das Jahr 2021 ist eine Ermächtigung in gleicher Höhe vorgesehen.
Grund für die Ausweitung der Ermächtigung ab dem Jahr 2020 war die Sicherstellung der Liquidität der Stadt Braunschweig sowie ihrer Gesellschaften für den erwartbaren Fall, dass die für die Bekämpfung der Corona-Virus-Pandemie erforderlichen Maßnahmen sowie die voraussichtlichen negativen Folgen für die Wirtschaftsentwicklung zu erheblichen Einbrüchen bei den Steuererträgen der Stadt Braunschweig führen würden und darüber hinaus hohe Verlustausgleichszahlungen an städtische Gesellschaften zu leisten sein würden.
Da die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der epidemischen Lage weiterhin nicht vollständig absehbar sind und somit Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Steuerentwicklung und der Ausgabeerfordernisse bestehen, soll der für 2020 geltende Höchstbetrag auch im Jahr 2021 bestehen bleiben.
Für die Haushaltsplanung 2022 wird zum gegebenen Zeitpunkt eine Neueinschätzung des voraussichtlichen Liquiditätsbedarfes vorgenommen. Es ist zu erwarten, dass die derzeitige Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten nicht mehr in voller Höhe benötigt wird.

gez.

Geiger

- A 017 -

FDP-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Haushaltsanträge vereinfachen, Übersichtlichkeit schaffen: In den Formularen zum Haushalt wird oft eine Seitenzahl verlangt. Diese sind auf den Seiten des Haushaltsplanentwurfs nicht zu finden, man muss sich aktuell auf die Seitenzahlanzeige des PDF-Readers verlassen. Im Sinne einer einheitlichen und klaren Benennung bitten wir um Seitenzahlen im Haushaltsplan.

Begründung:

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VII
0200.11.1

Datum: 9. Februar 2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 017 der FDP-Fraktion

Text:

Haushaltsanträge vereinfachen, Übersichtlichkeit schaffen: In den Formularen zum Haushalt wird oft eine Seitenzahl verlangt. Diese sind auf den Seiten des Haushaltsplanentwurfs nicht zu finden, man muss sich aktuell auf die Seitenzahlanzeige des PDF-Readers verlassen. Im Sinne einer einheitlichen und klaren Benennung bitten wir um Seitenzahlen im Haushaltsplan.

Begründung:

-/-

Antwort:

Inzwischen werden sowohl der jeweilige Verwaltungsentwurf als auch die Endfassung des Haushaltsplans nur noch in elektronischer Form im Pdf-Format zur Verfügung gestellt.

Die zuvor durchgeführte explizite Seitennummerierung war für die Orientierung in der ausgedruckten Fassung des Haushaltsplans erforderlich und verursachte zusätzlichen Arbeitsaufwand in der regelmäßig zeitlich beengten Phase kurz vor der Veröffentlichung des Haushaltsplans bzw. des Verwaltungsentwurfs.

Für den von Ihnen genannten Zweck können die im „Pdf-Viewer“, z. B. dem Adobe Acrobat Reader, angezeigten Seitenzahlen i. d. R. verwendet werden. Es wird daher beabsichtigt, auch weiterhin auf die insoweit nicht erforderliche Seitennummerierung und den damit verbundenen Arbeitsaufwand zu verzichten.

gez.

Geiger

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 /FB 20
Produkt 5S.210007

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.132 3.1.3 Veräußerung von Sachvermögen Hiervon entfällt auf den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden in 2021 insgesamt ein Betrag von 1.600.000 € → Welche Verkäufe sind geplant (Auflistung)?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB VII
(ggfs. Abt./Stelle) 20.2

Datum: 09.02.2021A 018

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 018 der Fraktion P²

Text:

S.132
3.1.3 Veräußerung von Sachvermögen
Hiervon entfällt auf den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden in 2021 insgesamt ein Betrag von 1.600.000 €
→Welche Verkäufe sind geplant (Auflistung)?

Begründung:

Antwort:

Der eingeplante Betrag basiert auf Erfahrungswerten aus der Vergangenheit, eine Auflistung kann daher nicht erfolgen, da keine konkret geplanten Verkäufe sondern pauschale Annahmen die Grundlage für die Einplanung bilden.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Alle / FB 20
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzung 20-14569 vom 28.10.2020 wurde den Mandatsträgern mitgeteilt: „Als Ergänzung zum Haushaltsentwurf wird zurzeit das Produktbuch der Stadt Braunschweig überarbeitet. Es wird nach Fertigstellung unter folgendem Link zur Verfügung stehen: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref_0200/Ref_0200_Berichte_Organigramme.php Zum 30.11.2020 war es immer noch nicht online. → Wann wird es veröffentlicht?

Begründung:
keine

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat VII
0200.11

Datum: 09.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 019 der Gruppe Die Fraktion P²

Text:

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzung 20-14569 vom 28.10.2020 wurde den Mandatsträgern mitgeteilt:
„Als Ergänzung zum Haushaltsentwurf wird zurzeit das Produktbuch der Stadt Braunschweig überarbeitet. Es wird nach Fertigstellung unter folgendem Link zur Verfügung stehen:
https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref_0200/Ref_0200_Berichte_Organigramme.php
Zum 30.11.2020 war es immer noch nicht online.
→Wann wird es veröffentlicht?

Begründung:

keine

Antwort:

Die Veröffentlichung ist inzwischen erfolgt.

gez.

Geiger

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 / FB 20 (FB 50)
Produkt 1.25.2515.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.377 FB 20 1.25.2515.01 Wohnraum für Studierende ist in 2021 mit 0 EUR angegeben. → Um welche Art von Wohnraum handelt es sich dabei und welche Gründe für eine Komplettkürzung der Mittel in 2021 liegen vor?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB VII/ 20 Datum: 12. Januar 2021
(ggfs. Abt./Stelle) 20.0/ 20.2

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 020 der Fraktion p²

Text:

S. 377
FB 20 1.25.2515.01 Wohnraum für Studierende ist in 2021 mit 0 EUR angegeben.

Um welche Art von Wohnraum handelt es sich dabei und welche Gründe für eine Komplettkürzung der Mittel in 2021 liegen vor?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Bei der Kontierung 1.25.2515.01 - Wohnraum für Studierende - wurden bis 2019 die Mittel ausgewiesen, die mit der Vermietung der Objekte Biberweg 2 und Mendelssohnstr. 8 an das Studentenwerk Braunschweig zusammenhingen. Diese beiden Objekte waren ursprünglich als Wohnstandorte zur Unterbringung von Geflüchteten errichtet und aufgrund der tatsächlich geringeren Anzahl von zugewiesenen Geflüchteten anderweitig genutzt worden.
Mit Beginn des 4. Quartals 2019 musste das Objekt Biberweg 32 wieder seinem ursprünglichen Zweck zurückgeführt werden, da die Zahl der in Braunschweig unterzubringenden Geflüchteten entsprechend anstieg. Folglich entfielen die hierzu ausgewiesenen Mittel ersatzlos.
Aufgrund der Zusammenführung der gebäudebezogenen Eigentümer- und Bewirtschaftungsfunktionen wird die Verwaltung des gesamten bebauten Bereiches ab 2020 von FB Hochbau wahrgenommen. Somit wurde der verbliebene Anteil für die Vermietung der Mendelssohnstr. 8 entsprechend in den Haushaltsplan des FB Hochbau umgesetzt. Die Vermietung der Mendelssohnstr. 8 an das Studentenwerk selbst blieb hiervon unberührt.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 32 / FB 10
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2021, 20-14492
Wegfallende Stellen Anlage 2

Text:
FB 32 32.12.1 SG 1 Gewerbeangelegenheiten 06372 Im Fachbereich 32 fällt zum Jahresende eine 0,5-Stelle im Bereich ProstSchG weg. In der Anlage 2 Wegfallende Stellen ist kein kw-Vermerk zu finden, während er in der Anlage 3, S. 24 zu finden ist. → Hat diese 0,5-Stelle nun einen kw-Vermerk oder nicht? → Wann kam der kw-Vermerk an diese Stelle? → Gibt es in diesem Bereich nicht ausreichende Betätigung für den Erhalt dieser 0,5-Stelle?

Begründung:
Haushaltsklarheit u.a.

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat II
FB 10, 10.22

Datum: 11.02.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 021 der Fraktion P²

Text:

FB 32
32.12.1 SG 1 Gewerbeangelegenheiten
06372 Im Fachbereich 32 fällt zum Jahresende eine 0,5 Stelle im Bereich ProstSchG weg. In der Anlage 2 Wegfallende Stellen ist kein kw-Vermerk zu finden, während er in Anlage 3, S. 24 zu finden ist.

- Hat diese Stelle einen kw-Vermerk oder nicht?
- Wann kam der kw-Vermerk an diese Stelle?
- Gibt es in diesem Bereich nicht ausreichende Betätigung für den Erhalt dieser 0,5 Stelle?

Begründung:

Haushaltsklarheit u. a.

Antwort:

Es handelt sich um eine Halbtagsstelle der BesGr. A 10 mit einem kw 2020)-Vermerk.

Die Stelle wurde zum Stellenplan 2019 mit dem kw-Vermerk neu geschaffen, um dem prognostizierten erhöhten Arbeitsaufkommen im Zusammenhang mit der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes Rechnung tragen zu können.

Tatsächlich sind die Fallzahlen indes hinter den Prognosen zurückgeblieben, so dass die Besetzung der Stelle nicht erfolgt ist. Da sich mittlerweile das Fallzahlniveau stabilisiert hat, kann die Stelle entfallen.

Dr. Kornblum

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 32 / FB 32
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.412 FB 32 Zeile 11 Sonstige ordentliche Erträge: Für 2021 sind weniger Erträge im Ansatz geplant als für 2020. → Welche Gründe gibt es dafür?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 32 Datum: 12.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 32.2

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 022 der Fraktion P²

Text:

S.412
FB 32 Zeile 11 Sonstige ordentliche Erträge:
Für 2021 sind weniger Erträge im Ansatz geplant als für 2020.

Welche Gründe gibt es dafür?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Mehrere Stellen für Parkraumüberwachende waren zum Zeitpunkt der Ertragsplanungen zum Haushalt 2021 (26. Juni 2020) schon längere Zeit vakant, vorangegangene Stellenausschreibungen waren erfolglos verlaufen.

Daher wurde der Planwert für die Erträge aus Buß- und Verwarngeldern und Kostenbescheiden aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs (Produkt 1.12.1221.21) gegenüber dem Plan-Ansatz 2020 verringert. Auch die Plan-Kennzahl von 150.000 Ordnungswidrigkeitenverfahren in 2020 wurde auf 130.00 abgesenkt, was den jeweiligen Ist-Ergebnissen aus den Vorjahren (2017: 134.707, 2018: 127.790, 2019: 130.949) nahekommt. In diesen Ergebnissen sind Anzeigen der Polizei, des Zentralen Ordnungsdienstes (ZOD) und Privatanzeigen enthalten. Auch die Ist-Zahlen 2019 sowohl bei den Privat-Anzeigen als auch denen der Polizei zeigen einen Rückgang gegenüber 2018.

Aktuell führte zwar eine erneute Stellenausschreibung zur Besetzung mehrerer vakanter Stellen in 2021, die theoretische und praktische Ausbildung und Einweisung der neuen Dienstkräfte dauert aber jeweils ca. ein halbes Jahr, so dass sich deren Einsatz frühestens in der 2. Jahreshälfte in der Ist-Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren und den Erträgen bemerkbar machen dürfte.

I. A.

gez. Dr. Köhler

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 023 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
37 / FB 37
Produkt
5S.37XXXX

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Fahrzeugbeschaffungen im Fachbereich 37 Ist im Rahmen der Haushaltsoptimierung überlegt worden, die Laufzeiten der im Fachbereich 37 eingesetzten Fahrzeuge bspw. jeweils um ein Jahr zu verlängern?

Begründung:
Im aktuellen Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 sind für die kommenden Jahre hohe finanzielle Beträge für Ersatzbeschaffungen von Einsatz- und Reservefahrzeugen vorgesehen. So sollen beispielsweise in 2021 insgesamt 840.000 Euro für Reservefahrzeuge (Typ HLF 20) für die Berufsfeuerwehr und 1.100.000 Euro für die Ersatzbeschaffung des ELW II investiert werden. In den folgenden Jahren sind weitere Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen geplant. Eine Verlängerung der jeweiligen Laufzeit um bspw. ein Jahr würde die finanzielle Belastung entsprechend nach hinten verschieben.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Fachbereich 37 14.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 023 der Fraktion CDU

Text:

Fahrzeugbeschaffungen im Fachbereich 37
Ist im Rahmen der Haushaltsoptimierung überlegt worden, die Laufzeiten der im Fachbereich 37 eingesetzten Fahrzeuge bspw. jeweils um ein Jahr zu verlängern?

Begründung:

Im aktuellen Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 sind für die kommenden Jahre hohe finanzielle Beträge für Ersatzbeschaffungen von Einsatz- und Reservefahrzeugen vorgesehen. So sollen beispielsweise in 2021 insgesamt 840.000 Euro für Reservefahrzeuge (Typ HLF 20) für die Berufsferuwehr und 1.100.000 Euro für die Ersatzbeschaffung des ELW II investiert werden. In den folgenden Jahren sind weitere Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen geplant. Eine Verlängerung der jeweiligen Laufzeit um bspw. ein Ja

Antwort:

Grundsätzlich werden Neu- und Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge der Feuerwehr Braunschweig nach den Festlegungen des Feuerwehrbedarfsplanes geplant und im Haushalt abgebildet. Die für die Haushaltsplanung anzusetzende Nutzungsdauer der Fahrzeuge ergibt sich aus § 178 Abs. 3 NKomVG und einer Abschreibungstabelle gem. § 49 Abs. 2 KomHKVO - RdErl. d. MI vom 24.04.2017 (Nds.MBl. S. 566).
Demnach werden u.a. Feuerlöschfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr nach einer Laufzeit von 20 Jahren, Feuerlöschfahrzeuge der Berufsfeuerwehr nach 9 Jahren, Einsatzleitwagen nach 13 Jahren ersetzt. Ausnahme bilden hier Rettungswagen und Notarzteinsatzfahrzeuge der Berufsfeuerwehr. Diese Fahrzeuge im Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Braunschweig werden durch hohe Einsatzfrequenzen so ausgelastet, dass in der Regel bereits vor dem Ende der 6-jährigen Nutzungsdauer technische Verschleißgrenzen aufgrund hoher Kilometerlaufleistungen erreicht und die Fahrzeuge gem. Richtlinie für die Ermittlung der betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten im Rettungsdienst (Erlass des MI v. 28. 8. 2019 — 35.22-41576-10-13/0) ab einer Obergrenze von 200.000 km ersetzt werden müssen, um die technische Einsatzbereitschaft sicherstellen zu können.

In der Bedarfs- und Haushaltsplanung ist davon auszugehen, dass nach der gesetzlich vorgesehenen Nutzungsdauer eine ausreichende technische Ausfallsicherheit der Fahrzeuge nicht mehr besteht und der erforderliche Reparatur- und Instandhaltungsaufwand für über die vorgesehene Nutzungsdauer hinaus weiterverwendete Fahrzeuge einen wirtschaftlichen Betrieb des Fahrzeuges nicht mehr rechtfertigt. Insbesondere zur Sicherstellung der technischen Einsatzbereitschaft von Feuerwehr und Rettungsdienstes ist eine hohe technische Ausfallsicherheit aller Einsatzfahrzeuge von vorrangiger Bedeutung, um jederzeit und unverzüglich nach einer Alarmierung zum Einsatzort gelangen zu können. Pauschale

Laufzeitverlängerungen der Einsatzfahrzeuge reduzieren die notwendige technische Ausfallsicherheit und können deshalb aus Verwaltungssicht nicht empfohlen werden. Die Weiterverwendung von Einsatzfahrzeugen über die vorgesehene Nutzungsdauer hinaus kann in seltenen Fällen nur dann erfolgen, wenn dies technisch z.B. bei einer außergewöhnlich geringen Einsatzfrequenz und Nutzung des Fahrzeuges fachlich festgestellt und deshalb begründet ist.

Die im Haushaltsplan 2021 vorgesehenen Beschaffungen HLF20 und ELW 2 ersetzen konkret Fahrzeuge der Baujahre 2000 und 2001. Es handelt sich somit bereits um Fahrzeuge, die keine ausreichende technische Ausfallsicherheit mehr besitzen. Aufgrund von vergaberechtlichen Ausschreibungs- und herstellungsbedingten Lieferfristen in den erst nach der Haushaltsfreigabe zu veranlassenden Beschaffungsvorgängen ist zudem mit einer tatsächlichen Indienststellung nicht vor Ende 2022 zu rechnen.

In der Praxis werden der tatsächliche technische Zustand und die Laufleistung der Fahrzeuge durch die für den Fuhrpark der Feuerwehr zuständige Stelle Technik des Fachbereiches Feuerwehr ggf. unter Einbeziehung gutachterlicher Feststellungen gewürdigt und in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Daraus können ggf. technisch begründete Laufzeitverlängerungen, aber auch technisch erforderliche Laufzeitverkürzungen resultieren. Dabei muss in jedem Einzelfall zwischen technischer Ausfallsicherheit und einsatztaktischem Wert (z.B. aufgrund überalterter Ausstattung) sowie wirtschaftlichen Überlegungen wie anfallenden Instandhaltungskosten und Nutzungsdauer abgewogen werden. Beispielsweise wurden die Ersatzbeschaffung von zwei Rettungswagen mit den Haushaltsanmeldungen 2021 um ein Jahr vorgezogen, da aufgrund der steigenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst und den damit verbundenen Laufleistungen der Fahrzeuge nicht hinnehmbare hohe technische Ausfallquoten generiert wurden. Damit verbunden waren aufwändige und kostenintensive Instandhaltungen zum Ende der Nutzungsdauer, die durch die Laufzeitverkürzung entsprechend vermieden werden sollen. Andererseits wurde z.B. die Ersatzbeschaffung des S-RTW aufgrund des guten technischen Zustands in der mittelfristigen Finanzplanung von 2021 auf 2024 verschoben.

Insbesondere bei Fahrzeugen, die planerisch bereits eine Nutzungsdauer von 20 Jahren haben, entwickelt sich zudem der Stand der Technik bezüglich Ausstattung oder Einsatztaktik während der Nutzungsdauer zum Teil grundlegend. Als Beispiel hierfür sei die Informations- und Kommunikations-Ausstattung des ELW 2 genannt, deren Standard sich während der regulären Nutzungsdauer so sehr gewandelt hat, dass selbst eine Überholung der Komponenten aufgrund von Platzangebot und Energieversorgung technisch nicht abbildbar ist. Im Einzelfall werden durch die Stelle Technik im Fachbereich Feuerwehr auch Sonderlösungen entwickelt. So ist in diesem Jahr für einen Rüstwagen eine Generalüberholung und Beladungsergänzung geplant, mit der die Laufzeit des Fahrzeugs um ca. 6 Jahre verlängert werden kann.

Eine pauschale Verlängerung der Laufzeiten wäre gegenüber der derzeitigen Verwaltungspraxis somit eine deutliche Verschlechterung insbesondere in Bezug auf Ausfallsicherheit und Instandhaltungsaufwand und würde nicht zwangsläufig zur Haushaltsoptimierung beitragen.

I. V.

Geiger

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 37 / FB 37
Produkt 1.12.1260.X1

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 452 Gefahrenabwehr Produktkennzahlen Schutzzielerreichungsgrad Stufe 1 Siehe dazu auch unsere Anfrage A236 aus Haushalt 2020 / https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1015564 Anlage 1 S. 5 Dort heißt es auf unsere Nachfrage zur Höhe der Schutzzielerreichung: „Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF) empfiehlt in ihren Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten einen Schutzzielerreichungsgrad von 90%. Dieser Empfehlung folgt auch das Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfplans, das vom Rat der Stadt Braunschweig zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Auf dieser Basis wurde auch die Kennzahl im Haushaltsplan 2020 angepasst. Die Kennzahl von 90% hätte auch bereits im Haushaltsplan 2019 stehen müssen. Es handelt sich insoweit um ein redaktionelles Versehen.“ Nun, einen Haushalt später wird nur noch mit einem Schutzzielerreichungsgrad von 75 Prozent für 2021 geplant. → Orientiert sich Braunschweig nun nicht mehr an den Empfehlungen der AGBF oder gibt es andere Gründe für diese Prognose in 2021 und wenn ja, welche?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 37
(ggfs. Abt./Stelle)

Datum: 06.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 024 der Fraktion P²

Text:

Es wird auf die beigefügte Anfrage A 024 der Fraktion P² verwiesen.

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF) empfiehlt in ihren Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten einen Schutzzielerreichungsgrad von 90%. Dieser Empfehlung folgt auch das Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfplans, das vom Rat der Stadt Braunschweig zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Die Stadt Braunschweig verfolgt das Ziel, diese 90% mittelfristig zu erreichen. Die Angaben im Haushaltsplan für das Jahr 2021 sind realistisch angenommen worden.
Die 90% Erreichungsgrad können erst nach Realisierung der Südwestwache und der Nordwache sowie der Umsetzung des dynamischen Ampelbeeinflussungssystems erreicht werden.

I. V.

Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 025 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40, 10 / FB 40, FB 10
Produkt
4S.100005
5S.40xxxx

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Digitalpakt Schule Welche Fördermittel werden aus dem Digitalpakt Schule seitens der Stadt in Anspruch genommen?

Begründung:
Der Bund stellt in den nächsten Jahren insgesamt 5 Milliarden Euro bereit, um die Kommunen und die Länder bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur zu unterstützen. Auf das Land Niedersachsen entfällt davon ein Anteil von rund 9,4 %, was mehr als 470 MIllionen Euro entspricht. In der Corona-Pandemie ist noch einmal deutlich geworden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel unbedingt genutzt werden müssen, um eine bessere digitale Ausstattung der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte aber auch der Infrastruktur an den Schulen zu sichern.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 025 - der Fraktion CDU

Text:

Digitalpakt Schule
Welche Fördermittel werden aus dem Digitalpakt Schule seitens der Stadt in Anspruch genommen?

Begründung:

Der Bund stellt in den nächsten Jahren insgesamt 5 Milliarden Euro bereit, um die Kommunen und die Länder bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur zu unterstützen. Auf das Land Niedersachsen entfällt davon ein Anteil von rund 9,4 %, was mehr als 470 Millionen Euro entspricht.
In der Corona-Pandemie ist noch einmal deutlich geworden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel unbedingt genutzt werden müssen, um eine bessere digitale Ausstattung der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte aber auch der Infrastruktur an den Schulen zu sichern.

Antwort:

Die Stadt Braunschweig kann Fördermittel i. H. von insgesamt **13.733.878,00 Euro** aus dem Digitalpakt Schule beantragen. Es ist geplant, alle Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Es wurden bereits erste Förderanträge in Höhe von insgesamt 967.650,00 € (Datennetzmodernisierung und Ausbau WLAN) bewilligt.

Die Stadt Braunschweig hat zusätzliche Fördermittel i. H. von insgesamt **1.494.367,61 €** Euro für die Ausstattung benachteiligter Schülerinnen und Schüler aus dem Sofortausstattungsprogramm (Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt ohne Support- und Ersatzverpflichtung) beantragt und es ist geplant, diese Mittel vollständig umzusetzen.

I. V.

Dr. Arbogast

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 40 / FB 10
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2021, 20-14492
Wegfallende Stellen Anlage 2

Text:
FB 40 Fachbereich Schule Im Fachbereich 40 Anwendungsbetreuung/Medienzentrum fällt eine 0,5-Stelle durch Realisierung des kw-Vermerkes weg. → Ist die Erledigung des Arbeitsaufkommens in den Schulen - vor allem durch die vielen neu angeschafften Tablets und die technische Unterrichtsversorgung online - mit weniger Personal ausreichend gesichert?

Begründung:

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat V
FB 40

Datum: 18.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 026 - der Fraktion P²

Text:

FB 40 Fachbereich Schule

Im Fachbereich 40 Anwendungsbetreuung/Medienzentrum fällt eine 0,5-Stelle durch Realisierung des kw-Vermerkes weg.

- Ist die Erledigung des Arbeitsaufkommens in den Schulen - vor allem durch die vielen neu angeschafften Tabletts und die technische Unterrichtsversorgung online - mit weniger Personal ausreichend gesichert?

Begründung:

Liegt nicht vor.

Antwort:

Die zum Wegfall vorgesehene Stelle wurde aus personalwirtschaftlichen Gründen geschaffen. Diese Gründe sind in Laufe des Jahres 2020 entfallen, so dass die Stelle zum Wegfall vorgesehen wurde.

Der Stelle waren keine Aufgaben der Anwendungsbetreuung zugeordnet. Die Betreuung der Tablets sowie der technischen Unterrichtsversorgung online wird in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung sichergestellt. Die Personalausstattung dort entspricht dem durch das Organisationsgutachten der Firma Kienbaum im Jahr 2019 bestätigten Personalbedarf.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 027 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
41, 50, 51, 67 / FB 50 (FB 41, FB 51, FB 67)
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Dynamisierung

Die Dynamisierung der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend-, Sport und Kulturbereich hat sich grundsätzlich bewährt. Die institutionell geförderten Einrichtungen werden damit den Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten gleichgestellt, denen bereits aufgrund anderer Regelungen eine jährliche Anpassung der Zuschüsse gewährt wird. Die Träger der Einrichtungen haben damit Planungssicherheit. Die Braunschweiger Regelung wurde wegen ihrer Praktikabilität bereits aus anderen Städten nachgefragt. Lediglich die Berechnung der jährlichen prozentualen Erhöhung war immer wieder Gegenstand von Diskussionen zwischen Politik, Verwaltung und Wohlfahrtverbänden.

Zum Haushalt 2014 wurden erstmals die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial- und Jugendbereich, deren Kostensteigerungen nicht durch anderweitige Vereinbarungen angepasst werden, durch ein vereinbartes Verfahren dynamisiert. Grundlage waren die Entwicklungen der Personal-, Sach- und Fahrtkosten, die jeweils im Oktober des Vorjahres durch die gemeinsame Kommission nach § 19 FFV LRV festgelegt wurden.

Für 2017 wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren zu erarbeiten, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. In Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) legte die Verwaltung mit der Mitteilung 17-05615 den Entwurf eines solchen Verfahrens vor. Der Rat übernahm den Vorschlag in den wesentlichen Bestimmungen unverändert. Im Rahmen des Ratsbeschlusses zum Haushalt 2018 (18-06747) wurde am 06.02.2018 u. a. beschlossen:

• Die Dynamisierung erfolgt unter Zugrundelegung der letztgültigen prozentualen Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für das kommende Haushaltsjahr.

• Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen und Vorgabewerte. Etwaige bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende, neuere Tarifabschlüsse bleiben unberücksichtigt.

• Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zugrunde gelegt.

Bei der Anwendung dieser vereinbarten und beschlossenen Regelung stellten die Wohlfahrtsverbände jedoch im Nachhinein fest, dass es durch den unterschiedlichen zeitlichen Ablauf der Haushaltsberatungen einerseits und der Tariferhöhungen andererseits zu aus ihrer Sicht ungewünschten Effekten kommen kann. Ohne auf diese Problematik näher einzugehen, ist es aus Sicht der Politik wünschenswert, dass weiterhin oder wieder ein

einvernehmliches Verfahren zur Dynamisierung gefunden und vereinbart wird. Bekanntermaßen finden diesbezüglich bereits Gespräche zwischen Verwaltung und AGW statt.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Verwaltung und AGW?

2. Gibt es bereits einen mit der AGW abgestimmten Vorschlag für eine neue Formulierung?

3. Welche neue Regelung für die Dynamisierung schlägt die Verwaltung vor?

Begründung:

Begründung siehe Einleitungstext!

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Dezernat/FB IV/41 Datum: 12.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 027 der Fraktion SPD

Text:

Dynamisierung
(…)
1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Verwaltung und AGW?
2. Gibt es bereits einen mit der AGW abgestimmten Vorschlag für eine neue Formulierung?
3. Welche neue Regelung für die Dynamisierung schlägt die Verwaltung vor?
Hinsichtlich des vollständigen Textes wird auf den Antrag verwiesen.

Begründung:

Siehe Anfrage.

Antwort:

Zu 1.: Die AGW ist an die Stadt mit dem Wunsch herangetreten, die Dynamisierung zu verändern. Von der AGW wurde ein Vorschlag unterbreitet, der die Berechnung der Dynamisierung nach den Vorgabewerten des Gemeinsamen Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) und der Kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen vorsieht. Die Berechnung für die Bewilligung und auch die Prüfung des Verwendungsnachweises entsprechend dieser Vorgabewerte ist komplexer, zeitaufwendiger und umfangreicher, als das derzeitige Verfahren.

Zu 2. und 3.: Es gibt noch keinen mit der AGW abgestimmten Vorschlag. Eine neue Regelung ist verwaltungsintern noch nicht anschließend abgestimmt worden, da eine einheitliche Prüfung für alle davon betroffenen Teileinheiten gefunden werden muss, die Sachverhalte der Förderungen und Geförderten aber nicht hundertprozentig identisch sind.

Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 17.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 027 der Fraktion SPD - Fraktion

Text:

Dynamisierung
1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Verwaltung und AGW?
2. Gibt es bereits einen mit der AGW abgestimmten Vorschlag für eine neue Formulierung?
3. Welche neue Regelung für die Dynamisierung schlägt die Verwaltung vor?
Hinsichtlich des vollständigen Textes wird auf den Antrag verwiesen.

Begründung:

Begründung siehe Einleitungstext!

Antwort:

zu 1.
Die AGW ist an die Stadt mit dem Wunsch herangetreten, die Dynamisierung zu verändern. Von der AGW wurde ein Vorschlag unterbreitet, der die Berechung der Dynamisierung nach den Vorgabewerten der Gemeinsamen Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) und der Kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen vorsieht. Die Berechnung für die Bewilligung und auch die Prüfung des Verwendungsnachweises entsprechend der Vorgabewerte ist komplexer, zeitaufwendiger und umfangreicher, als das derzeitige Verfahren. Aus diesem Grund wurde vor einigen Jahren das Verfahren geändert, um es für alle Beteiligten einfacher zu machen.
zu 2.
Es gibt noch keinen mit der AGW abgestimmten Vorschlag.
zu 3.
FB 50 hat einen Vorschlag erarbeitet, welcher pandemiebedingt noch nicht innerhalb der Verwaltung abgestimmt werden konnte.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51 Datum: 13.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 027 der Fraktion SPD

Text:

Dynamisierung
1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Verwaltung und AGW?
2. Gibt es bereits einen mit der AGW abgestimmten Vorschlag für eine neue Formulierung?
3. Welche neue Regelung für die Dynamisierung schlägt die Verwaltung vor?
Hinsichtlich des vollständigen Textes wird auf den Antrag verwiesen.

Begründung:

Begründung siehe Einleitungstext.

Antwort:

zu 1.:
Die AGW ist an die Stadt mit dem Wunsch herangetreten, die Dynamisierung zu verändern. Von der AGW wurde ein Vorschlag unterbreitet, der die Berechung der Dynamisierung nach den Vorgabewerten der Gemeinsamen Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) und der Kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen vorsieht. Allerdings ist die Berechnung für die Bewilligung und auch die Prüfung des Verwendungsnachweises auf der Grundlage der Vergabewerte komplexer, zeitaufwändiger und umfangreicher als das bisherige Verfahren. Aus diesem Grund wurde vor einigen Jahren das Verfahren geändert, um es für alle Beteiligten einfacher zu machen.
zu 2.:
Es gibt noch keinen mit der AGW abgestimmten Vorschlag.
zu 3.:
FB 50 hat einen Vorschlag erarbeitet, welcher pandemiebedingt noch nicht innerhalb der Verwaltung abgestimmt werden konnte.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 50 / FB 50
Produkt 1.31.3153.10 / 431810

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 98 1.31.3153.10 Behindertenbeirat - Eigenanteil EUTB-Beratungsstelle: Für 2021 ist keine Fördersumme eingetragen. → Was sind die Gründe dafür?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 028 der Fraktion Die Fraktion P²

Text:

S. 98 1.31.3153.10 Behindertenbeirat - Eigenanteil EUTB-Beratungsstelle: Für 2021 ist keine
Fördersumme eingetragen.
→Was sind die Gründe dafür?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Die Zuwendung war zunächst für 2 Jahre befristet im Haushalt aufgenommen. Der Behindertenbeirat hat für 2021 einen Folgeantrag beim Bund gestellt. Die Verwaltung plant auf Grund dieser Erkenntnisse den bisherigen Förderbetrag zu Co- Finanzierung von 9.100 € über die Anträge der Verwaltung wieder in den Haushaltsplan aufzunehmen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 029 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.36.3630.06.05

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Rucksack-Programm

Mit dem Rucksack-Programm an Kitas soll die Mehrsprachigkeit von Kindern gefördert werden, um ihnen eine soziale und berufliche Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig können Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und gefördert werden. Dies wiederum soll das Selbstbewusstsein der Familien mit Migrationshintergrund stärken: Sie arbeiten an dem Programm verantwortlich mit und erfahren mehr darüber, wie wichtig eine Sprachförderung für ihre Kinder ist.

Seit 2016 wird mit der vom Sozialministerium finanzierten Landeskoordination die Umsetzung von Rucksack-Programmen landesweit unterstützt.

Mit dem Beschluss des Rates zum Haushalt 2020 (20-12695) wurde auch beschlossen, das Rucksack-Programm des Hauses der Familie (DialogWerk) mit 25.000 Euro zu fördern, um die Fortsetzung und Verstetigung des Programms in Braunschweig zu gewährleisten. Das Rucksack-Programm wird weiterhin durch die Volksbank-Brawo-Stiftung gefördert. In der Vorlage 20-14726 „Umsetzung von Haushaltsanträgen zum Haushaltsjahr 2020“ teilt die Verwaltung mit, dass für 2021 und die Folgejahre jeweils 25.000 Euro Förderung für das Programm vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wie lange läuft noch die Förderung des Rucksack-Programms durch die Volksbank-Brawo-Stiftung, und wie hoch ist die Förderung nach Kenntnis der Verwaltung?

2. Welche Möglichkeiten bestehen, eine Landesförderung für das Braunschweiger Rucksack-Programm in Anspruch zu nehmen? Besteht eine solche Förderung bereits, oder ist sie beantragt?

3. Kann das Rucksack-Programm 2021 in unverändertem Umfang fortgesetzt oder auf weitere Kindertagesstätten ausgeweitet werden, und welche Mittel sind hierzu ggf. erforderlich?

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Einleitungstext verwiesen. - Im Übrigen sollte man vielleicht die Bezeichnung "Rucksack-Projekt" überdenken, da ein Projekt ein einmaliges oder zeitlich begrenztes Vorhaben ist. Nach unserer Wahrnehmung ist aus dem Braunschweiger Rucksack-Projekt längst und zu Recht ein wichtiges Programm geworden.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB 51 Datum: 08.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.0

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 029 der Fraktion SPD

Text:

Siehe Anfrage der SPD-Fraktion Nr. A 029

Begründung:

Siehe Anfrage der SPD-Fraktion Nr. A 029

Antwort:

Das Programm "Rucksack KiTa" wird vom DialogWerk des Hauses der Familie (HdF) als Rucksack-Projekt bezeichnet und dort konzeptionell, finanziell sowie personell in eigener Verantwortung umgesetzt.
Der FB 51 begleitet die Umsetzung weiterhin als Kooperationspartner. Es gibt eine erste grundätzliche Anfrage zur Erweiterung und dem Interesse weiterer Förderung. Das HdF hat hierzu u.a. bereits Informationen zur möglichen Förderung im Integrationsbereich (FB 50) erhalten. Eine Rückmeldung zur Inanspruchnahme/Antrag steht jedoch aus. Ebenso wurden Gespräche zur möglichen Förderung über die Richtlinie Familienförderung des Landes bereits angeregt, mussten in Abstimung mit dem HdF pandemiebedingt jedoch verschoben werden. Diese Förderung setzt ein den Richtlinien entsprechendens Konzept sowie Bereitschaft zum Einsatz von Eigenmitteln i.H.v. 50% und entsprechende Bearbeitungsstrukturen/-kapazitäten im FB 51 voraus.
Die Höhe der Förderung durch die Brawo Stiftung beträgt nach Kenntnisstand des FB 51 für das Jahr 2021 23.987,00 €. Für das Jahr 2020 war es für den Zeitraum 16.07. – 31.12.2020 eine Höhe von 16.663,00 €.
Frage 3 lässt sich aufgrund der Offenheit der Fragestellung und der Komplexität der Sachlage nicht präzise genug beantworten.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 030 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Ausgaben im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Von 2020 bis 2024 wird mit einer annährend gleichen Nettobelastung der Stadt im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gerechnet. Wie erklären sich der stetige Anstieg von 2014 bis 2019 (summierter Anstieg von gut 30 Mio. Euro). und des angenommenen Stopps des Kostenanstiegs für die Jahre 2020 bis 2024?

Begründung:
Über viele Jahre sind - aufgrund steigender Aufgaben, aber auch wegen einer verschobenen Prioritätensetzung innerhalb der kommunalen Familienpolitik - die Ausgaben im Fachbereich 51 (Kinder, Jugend un Familie) kontinuierlich gestiegen. Mit zahlreichen Anträgen hat auch die CDU-Fraktion an dieser geänderten Schwerpuntksetzung positiv mitgewirkt. Nun scheint es jedoch eine Stagnation bei den Ausgaben zu geben.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB 51 Datum: 08.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 030 der Fraktion CDU

Text:

Ausgaben im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Von 2020 bis 2024 wird mit einer annährend gleichen Nettobelastung der Stadt im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gerechnet. Wie erklären sich der stetige Anstieg von 2014 bis 2019 (summierter Anstieg von gut 30 Mio. Euro). und des angenommenen Stopps des Kostenanstiegs für die Jahre 2020 bis 2024?

Begründung:

Über viele Jahre sind - aufgrund steigender Aufgaben, aber auch wegen einer verschobenen Prioritätensetzung innerhalb der kommunalen Familienpolitik - die Ausgaben im Fachbereich 51 (Kinder, Jugend un Familie) kontinuierlich gestiegen. Mit zahlreichen Anträgen hat auch die CDU-Fraktion an dieser geänderten Schwerpuntksetzung positiv mitgewirkt.
Nun scheint es jedoch eine Stagnation bei den Ausgaben zu geben.

Antwort:

Diese Aufwandsteigerung ist im Wesentlichen auf den Zustrom unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umFe) zurückzuführen. Zum Zeitpunkt von 2015 auf 2016 wurde die finanzielle Veranschlagung der Aufwendungen an die Gegebenheiten angepasst, weswegen hier eine prägnante Steigerung der Planwerte um rund 28,3 Mio € zu erkennen ist. Diese Aufwandssteigerung im Bereich der umFe ist anhand von Annahmen erfolgt und hat sich in den Folgejahren aufgrund des Rückgangs des Zustroms als überplant erwiesen. Die Planung wurde daraufhin entsprechend an den Ist-Zustand angepasst. Im Vergleich zu den Ansätzen 2020 sind die Ansätze 2021 für den Bereich der umFe um rund 6,3 Mio. € reduziert worden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 51 / FB 51
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 649 FB 51 Gerichts- und Anwaltskosten: Der Ansatz für 2021 ist mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr und mehr als sechs mal so hoch wie das Ergebnis 2019. Auch für die Folgejahre ist eine ähnlich hohe Summe eingeplant. → Rechnet die Verwaltung mit einem Anstieg an anwaltlichem Beratungsbedarf, Verfahren o.ä. und wenn ja, warum bzw. wodurch?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 51 Datum: 06.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 031 der Fraktion P²

Text:

FB 51 Gerichts- und Anwaltskosten: Der Ansatz fur 2021 ist mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr und mehr als sechs mal so hoch wie das Ergebnis 2019. Auch fur die Folgejahre ist eine ahnlich hohe Summe eingeplant.
→ Rechnet die Verwaltung mit einem Anstieg an anwaltlichem Beratungsbedarf, Verfahren o.a. und wenn ja, warum bzw. wodurch?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Im Rahmen der im Jahr 2020 in Kraft getretenen Änderungen im Bereich des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wird von erhöhten Anwaltskosten i.H.v. 6.000 € ausgegangen, da für die Einholung amtlicher Unterlagen für junge Geduldete im Heimatland ansässige Anwälte beauftragt werden müssen.

Weiterhin wurde der Ansatz aufgrund zunehmender Rechstreitigkeit mit Schwerpunkt im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UhVorschG) um 1.600 € erhöht.

Eine Überprüfung der Ansätze auf Basis der Vorjahresergebnisse ist im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 vorgesehen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE LINKE
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
1.51.5111.03

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Beim FB 61, Produkt 1.51.5111.03 - Bebauungsplanung, Maßnahme 2, Städtebauliche Entwicklung des Gebietes Kälberwiese zu einem innerstädtischen Wohnort, lautet die Zielerreichung: "Vorbereitung und Durchführung der Vergabe der Grundstücke". Dazu wird die Verwaltung gefragt: 1. Wer entwickelt dieses städtische Baugebiet? 2. Werden die Grundstücke an die Nibelungen Wohnbau vergeben und wenn ja, plant die Nibelungen Wohnbau die Grundstücke zu bebauen und in den eigenen Bestand aufzunehmen? 3. Wenn nein, an wen sollen die Grundstücke vergeben werden?

Begründung:

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat III/FB 61 Datum: 04.01.2021
61.1

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 032 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Beim FB 61, Produkt 1.51.5111.03 - Bebauungsplanung, Maßnahme 2, Städtebauliche Entwicklung des Gebietes Kälberwiese zu einem innerstädtischen Wohnort, lautet die Zielerreichung: "Vorbereitung und Durchführung der Vergabe der Grundstücke".
Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Wer entwickelt dieses städtische Baugebiet?

2. Werden die Grundstücke an die Nibelungen Wohnbau vergeben und wenn ja, plant die Nibelungen Wohnbau die Grundstücke zu bebauen und in den eigenen Bestand aufzunehmen?

3. Wenn nein, an wen sollen die Grundstücke vergeben werden?

Begründung:

Antwort:

Zu 1.: Derzeit ist die Übertragung der Grundstücke an die städtische Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH und die Durchführung der Erschließungsleistungen und Grundstücksvergabe durch diese beabsichtigt.

Zu 2.: Eine Übertragung der Grundstücke an die Nibelungen Wohnbaugesellschaft ist derzeit nicht vorgesehen.

Zu 3.: Die Grundstücksvergabe soll als Konzeptvergabe nach vorab festgelegten fachlichen Kriterien (z. B. Nachhaltigkeit, Architektur usw.) an private Bauträger in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig erfolgen. Wer letztendlich den Zuschlag erhält, kann gegenwärtig daher noch nicht beantwortet werden.

gez. Leuer

_____
Unterschrift Dez. III

- A 033 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
4S.610044

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Projekt Stadtumbau Bahnstadt (Projekt 4S.610044) Ist im Bereich Bahnstadt eine Förderung mittels Einstufung als Sanierungsgebiet möglich? Wie ist der Gesamtansatz für das Projekt Bahnstadt in Höhe von rund 30 Millionen Euro hergeleitet worden? Welche einzelnen Positionen in welcher Höhe sind in dem Projekt konkret enthalten? Welche Maßnahmen könnten aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Stadt Braunschweig gestrichen bzw. verschoben werden? Wie setzen sich die beim Projekt eingeplanten Einnahmen zusammen? Wie würde sich die Relation aus Ausgaben und Einnahmen verändern, wenn das projekt bspw. an einen privaten Entwickler veräußert werden würde?

Begründung:
In mehreren Dokumentationen haben die Verwaltung und andere Akteure das Projekt Bahnstadt als wichtig für die Zukunft der Stadt Brausnchweig herausgestellt. Diese grundsätzliche Einschätzung teilt die CDU-Fraktion, es gibt jedoch noch eine Vielzahl an Fragen zum derzeit geplanten Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Ausgaben in Höhe von derzeit mehr als 30 Millionen Euro müssen bei einer Verschuldung von rund einer Milliarde Euro in 2024 jedoch noch einmal besonders beleuchtet werden.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB III/61 Datum: 07.01.2021
61.3

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 033 der Fraktion CDU-Fraktion

Text:

Projekt Stadtumbau Bahnstadt (Projekt 4S.610044)

Ist im Bereich Bahnstadt eine Förderung mittels Einstufung als Sanierungsgebiet möglich?

Wie ist der Gesamtansatz für das Projekt Bahnstadt in Höhe von rund 30 Millionen Euro hergeleitet worden?

Welche einzelnen Positionen in welcher Höhe sind in dem Projekt konkret enthalten?

Welche Maßnahmen könnten aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Stadt Braunschweig gestrichen bzw. verschoben werden?

Wie setzen sich die beim Projekt eingeplanten Einnahmen zusammen?

Wie würde sich die Relation aus Ausgaben und Einnahmen verändern, wenn das Projekt bspw. an einen privaten Entwickler veräußert werden würde?

Begründung:

In mehreren Dokumentationen haben die Verwaltung und andere Akteure das Projekt Bahnstadt als wichtig für die Zukunft der Stadt Braunschweig herausgestellt. Diese grundsätzliche Einschätzung teilt die CDU-Fraktion, es gibt jedoch noch eine Vielzahl an Fragen zum derzeit geplanten Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben.

Ausgaben in Höhe von derzeit mehr als 30 Millionen Euro müssen bei einer Verschuldung von rund einer Milliarde Euro in 2024 jedoch noch einmal besonders beleuchtet werden.

Antwort:

Das Stadtumbaugebiet Bahnstadt wurde bereits im Programmjahr 2019 vom Land Niedersachsen in das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau“ aufgenommen (s. Anlage „Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau – Bahnstadt“).

Für das Fördergebiet Bahnstadt werden derzeit Ausgaben von rd. 23 Mio. € veranschlagt. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und Erschließungsbeiträgen, die nach aktuellem Planungsstand auf ca. 2,5 Mio. € geschätzt werden. Im Saldo ergibt sich ein Fördervolumen von ca. 21 Mio. € (3/3), das zu gleichen Teilen von Bund, Land und der Stadt Braunschweig zu tragen ist und sich auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.
Der städtische Anteil an den Städtebaufördermitteln beträgt somit ca. 7 Mio. €. Zusätzlich sind Mittel für nicht förderfähige Kosten (NFK) in Höhe von ca. 2,5 Mio. € durch den Rat der Stadt Braunschweig beschlossen und in den städtischen Haushalt eingestellt worden.

Ebenfalls wurden in der Gesamtfinanzplanung des Stadtumbaugebietes bereits weitere Fördermittel, zusätzlich zur Städtebauförderung für Altlastensanierung, Brachflächenrecycling und sonstigen Förderungen in einer Höhe von insgesamt 2,35 Mio. € veranschlagt. Eine Darstellung der einzelnen Positionen und deren Kosten kann man der Anlage 2 „Kosten- und Finanzierungsübersicht“ der Vorlage 18-09776 entnehmen.

Insgesamt sind für das Gesamtprojekt rund 28,8 Mio. € eingeplant, die sich in den rund 30 Mio. € HH-Ansatz wiederfinden.

Es ist aus Sicht der Stadtverwaltung nicht empfehlenswert, Maßnahmen des Projektes Bahnstadt zu streichen oder zu verschieben, da das Projekt den Städtebauförder-richtlinien des Landes Niedersachsen unterliegt. Eine Mittelverausgabung in den entsprechenden Programmjahren muss gewährleistet sein, da sonst Zinszahlungen oder sogar ein Verfall der zugesagten Städtebaufördermittel droht.

Die Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen ist eine gemeindliche Aufgabe, die nicht auf Private übertragen werden kann. Der Großteil der Flächen der Bahnstadt ist im Eigentum privater Entwickler, die sich dem Projekt Bahnstadt gegenüber zur Mitwirkung bereit erklärt haben (s. eingeplante Kosten Private in Anlage 2 „Kosten- und Finanzierungsübersicht“ der Vorlage 18-09776).

Die Stadtumbaumaßnahme wird demnach in jedem Fall durch die Stadt Braunschweig in enger Abstimmung mit den privaten Eigentümern durchgeführt. Für die Stadt Braunschweig steht einer jährlichen Belastung von rd. 467.000 Euro über 15 Jahre ein erheblicher –nicht nur monetärer- Mehrwert entgegen. Antizyklische Investitionen –wie beim KP II- haben sich als Mittel gegen Krisen bereits in den Jahren 2008 ff. bewährt.

gez. Leuer

_____

Unterschrift Dez. III

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

18-09776
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau - Bahnstadt

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	16.01.2019

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	16.01.2019	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	30.01.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.02.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.02.2019	Ö

Beschluss:
„1. Das in Anlage 1 beschriebene Gebiet zwischen Bahnhof und A 39 soll durch Stadtumbaumaßnahmen umstrukturiert und mit Wohn- und gewerblichen Nutzungen neu entwickelt werden. Nach Gesprächen mit dem Fördergeber wurde der Umgriff des beantragten Fördergebietes gegenüber dem in der Vorlage 18-08153 beschriebenen zunächst verändert und auf ein geringeres Flächenvolumen festgelegt. Das in Anlage 1 dargestellte Gebiet wird gemäß § 171 b BauGB als Stadtumbaugebiet festgelegt. Der Beschluss vom 12. Juni 2018 wird mit diesem Beschluss aufgehoben.

2. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft für die Durchführung der durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderten Stadtumbau-Gesamtmaßnahme in diesem Gebiet und ist bereit, ein Drittel der förderfähigen Kosten in Höhe von rund 7 Mio. Euro sowie die nicht förderfähigen Kosten in Höhe von rd. 2,5 Mio. € nach derzeitigem Stand der Planung aufzubringen. Die aufzubringenden Mittel verteilen sich voraussichtlich auf 15 Jahre Laufzeit.“

Sachverhalt:
Beschlusskompetenz
Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 NKomVG, wonach ausschließlich der Rat über grundlegende Ziele der Entwicklung der Kommune und über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln entscheidet.

Sachstand
In der Beschlussvorlage zur Programmanmeldung „Bahnstadt“ (vgl. 18-08153) wurden Mängel und Missstände, Sanierungs- und Entwicklungsziele sowie eine Zeit-, Kosten- und Finanzierungsplanung für das 2018 beantragte Stadtumbaugebiet dargestellt. Der ursprüngliche Antrag unterteilte den Gebietsumgriff in vier Bausteine: Südliches Ringgleis (A), Hauptbahnhof Süd (B), Urbanes Stadtquartier am Hauptgüterbahnhof (C) und ehemaliges Eisenbahnausbesserungswerk (D).

Wie in der Vorlage 18-08153 dargelegt, entscheidet sich erst nach der Prüfung des Antrages durch den Fördergeber, das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) ob und welche Bausteine und Maßnahmen Aussicht auf Erfolg haben.

Dazu haben u.a. eine Besichtigung des Stadtumbaugebietes sowie mehrere Gespräche

sowohl mit dem Amt für regionale Landesentwicklung als auch mit dem MU stattgefunden. Im Ergebnis hat der Abstimmungsprozess zu einer Veränderung der Gebietsabgrenzung und der Förderschwerpunkte geführt. Es wurden Teile aus dem Umgriff herausgenommen und andere ergänzt.

Für die Förderfähigkeit entscheidend ist, dass der Schwerpunkt im Stadtumbaugebiet „Bahnstadt“ auf der Revitalisierung von brachgefallenen Bahnflächen und deren Umnutzung zu Wohnbauland liegt. In Wohnneubaugebieten wird seitens des Landes ein Anteil von 30% sozialem Wohnungsbau in Mehrfamilienhäusern gefordert. Die Erschließung und Neuordnung von gewerblichen Flächen musste daher zugunsten des Wohnens reduziert werden. Darüber hinaus spielt die Verbesserung des direkten Wohnumfeldes eine wesentliche Rolle bei der Aufwertung des Bebelhofes und der Wohngebiete an der Ackerstraße.

Die im Juni noch vorgesehenen Maßnahmen im früheren Baustein A (Ringgleis inklusive Brücken) können dagegen nach Aussagen des Fördergebers derzeit nicht innerhalb des Förderprogrammes „Stadtumbau“ berücksichtigt werden. Da der frühere Baustein A nun nicht mehr Teil des zu beantragenden Stadtumbaugebietes ist, sind derzeitig keine städtischen Finanzmittel für den Ankauf oder den Unterhalt der Brücken erforderlich. Für diese Maßnahmen wird parallel mit dem Fördergeber nach alternativen Fördermöglichkeiten gesucht um diese zu einem späteren Zeitpunkt oder ggf. im Rahmen eines anderen Förderprogramms anzumelden.

Eine Aufnahme von derzeit aktiven Bahngleisen (z.B. das DB Regio-Ausbesserungswerk) in den Gebietsumgriff kann erst nach Aufgabe der Gleisnutzung erfolgen. Dementsprechend kann die Aufnahme dieser Bereiche in das Stadtumbaugebiet erst später, mittels Gebietserweiterungen, beantragt werden.

Die Altlastensanierung betrifft überwiegend Flächen, die sich nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig befinden. Die Sanierung von Altlasten hat generell durch den Verursacher zu erfolgen weshalb seitens der Stadt Braunschweig zunächst keine Mittel zur Altlastensanierung vorzusehen sind.

<u>Neue Gebietsabgrenzung</u>
Aufgrund der neuen Gebietsabgrenzung wird das Gebiet nicht mehr, wie in der ursprünglichen Vorlage, in die Bausteine A, B, C, D sondern in die drei Bereiche Nord, Mitte und Süd unterteilt.

Der in Anlage 1 dargestellte Gebietsumgriff beinhaltet nach wie vor im Bereich Nord den Hauptbahnhof Südeingang mit attraktiven Flächen für öffentliche Nutzungen und Potenzialen für neue Bürostandorte, die Entwicklung eines urbanen Stadtquartiers am Hauptgüterbahnhof und einer Entlastungsstraße. Neu in den Gebietsumgriff aufgenommen wurde das Wohngebiet an der Ackerstraße entlang der Straßen Tilsit-, Tannenberg-, Masuren- und Königsberger Straße.

Im Bereich Mitte sind, wie in der Programmanmeldung vom Juni 2018, unverändert die Maßnahmen zur Entwicklung eines Wohngebietes im Bereich der stillgelegten Gleisharfe in Verbindung mit dem Abbruch der Stützmauer an der Borsigstraße zur Öffnung des Bebelhofes zum neuen Quartier enthalten.

Der südliche Bereich umfasst das denkmalgeschützte Gebäudeensemble des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerks sowie den Bereich zwischen Bebelhof und der A 39 mit Kleingärten und Sportanlagen. Neu aufgenommen wurde hier ein Teil des Wohngebietes Bebelhof entlang der Straßen Borsigstraße, Limbeker Straße, Frieseweg, Kruppstraße, Rischkampweg und Schefflerstraße. In diesem neu aufgenommenen Bereich sind Wohnumfeldverbesserungen geplant.

Als weitere Maßnahme im südlichen Bereich ist weiterhin der Neubau einer

Entlastungsstraße vorgesehen, um das Wohngebiet Bebelhof und insbesondere die Borsigstraße vom Durchgangsverkehr zu befreien.

Die in der Beschlussvorlage 18-08153 aufgeführten Sanierungsziele wurden aktuell entsprechend dem neuen Gebietsumgriff überarbeitet und angepasst (s. Anlage 3).

Das überarbeitete IEK wird dem Rat nach Abstimmung mit dem Ministerium als Mitteilung vorgelegt.

Finanzrahmen
Für den neuen Umgriff werden derzeit Ausgaben von rd. 23 Mio. € für das Gesamtprojekt veranschlagt. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und Erschließungsbeiträgen, die nach aktuellem Planungsstand auf ca. 2,5 Mio. € geschätzt werden.

Im Saldo ergibt sich ein Fördervolumen von ca. 21 Mio. € (3/3), das zu gleichen Teilen von Bund, Land und der Stadt Braunschweig zu tragen ist und sich voraussichtlich auf 15 Jahre verteilt. Der städtische Anteil an den Städtebaufördermitteln würde demnach ca. 7 Mio. € betragen. Zusätzlich werden Mittel für nicht förderfähige Kosten (NFK) in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro aus städtischen Mitteln veranschlagt. Haushaltmittel für den städtischen Anteil der Fördermittel sind bereits im Haushaltsplan 2019 unter 4S.610044 eingestellt worden.

Die Anpassung der Finanzraten sowohl hinsichtlich der Reduzierung der Gesamtausgaben / Gesamteinnahmen als auch wegen der zusätzlichen städtischen Kostenanteile (nfK-Mittel) erfolgt zum nächstmöglichen Haushalt.

Termine
Die Bürgerinnen und Bürger werden im Nachgang zum Ratsbeschluss über den veränderten Gebietsumgriff im Zuge einer Informationsveranstaltung unterrichtet und an der Planung beteiligt.

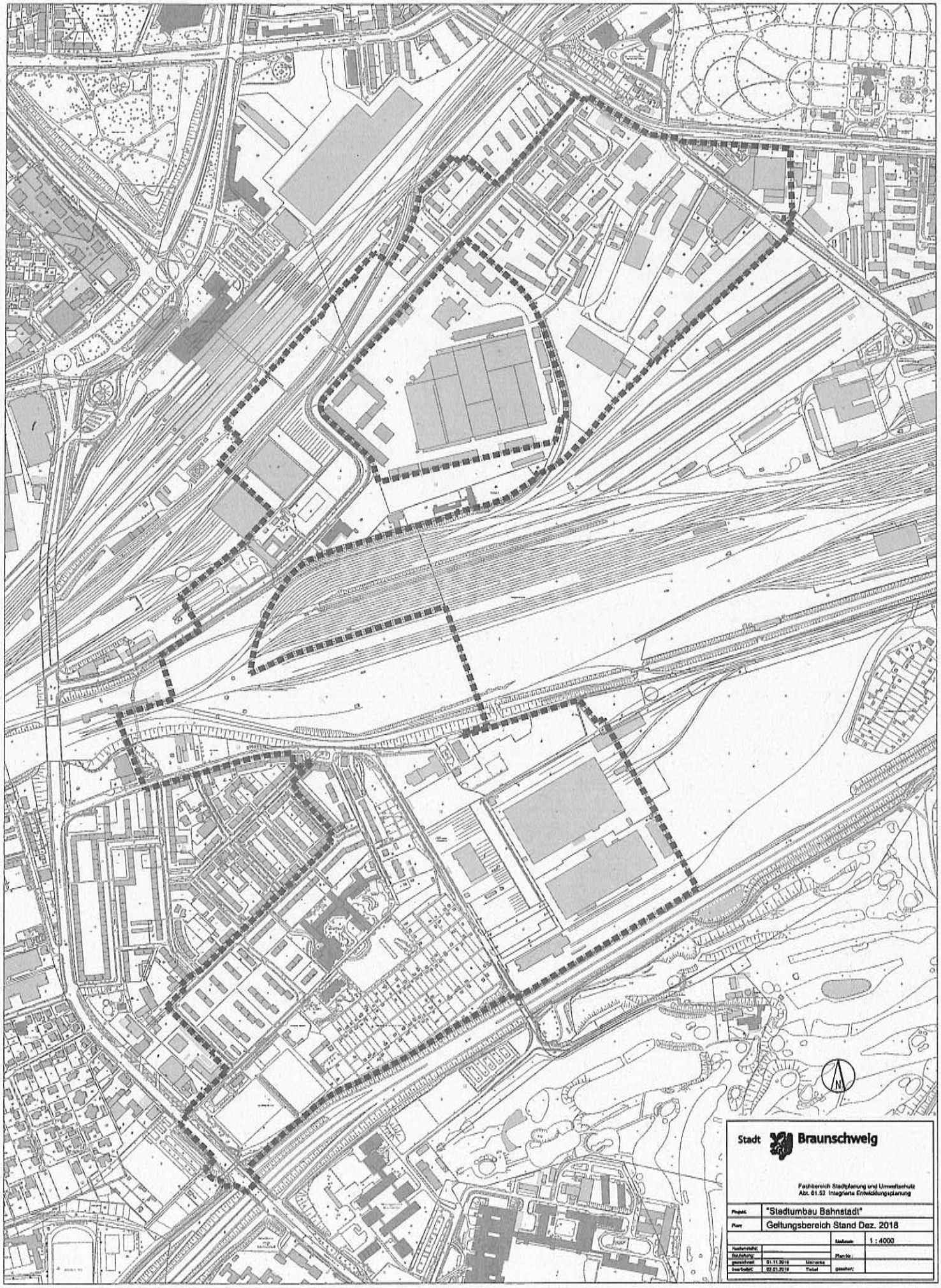
Der überarbeitete Antrag muss zur Fristwahrung bis spätestens Ende Februar 2019 dem Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz vorliegen. Ein Beschluss über die Aufnahme in das Förderprogramm ist nach der Sommerpause 2019 zu erwarten.

Fazit:
Mit dem vorliegenden Stadtumbaugebiet, das ein Größe von ca. 82 ha und ein Fördervolumen von ca. 21 Mio. Euro hat, wird in Braunschweig eines der größten Stadtumbaugebiete Niedersachsens entstehen. Dieses Gebiet mit seinen Chancen, Potentialen und seinen modularen Erweiterungsmöglichkeiten wird ein wichtiger Baustein der Braunschweiger Stadtentwicklung in den nächsten Jahren sein.

Die Verwaltung empfiehlt den Beschluss des Stadtumbaugebietes in der neuen Fassung.

Leuer

Anlage/n:
Anlage 1: Stadtkarte mit Stadtumbaugebietsabgrenzung
Anlage 2: Kosten- und Finanzierungsübersicht „Bahnstadt“ (Stand Januar 2019)
Anlage 3: Sanierungsziele


Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz
Abt. 61.52 Integrierte Entwicklungsplanung
Projekt: "Stadtumbau Bahnstadt"
Plan: Geltungsbereich Stand Dez. 2018
Maßstab: 1 : 4000
Plan-Nr.:
Bearbeitung: 01.11.2018 Meinecke
gezeichnet: 02.01.2019 Tiebel
gesehen:
N

Stadt Braunschweig "Stadtumbau-Bahnstadt"		Stand 08.01.2019					
Vorläufige Kosten- und Finanzierungsübersicht							
A. Ausgaben - Untersuchungsgebiet Stadt Braunschweig - Bahnstadt		**Kosten StBauF**	**Altlastensanierung+ Brachflächenrecycling**	**Sonstige Förderung**	**Kosten Private**	**Finanzierung durch Stadt Braunschschweig**	**Summe Gesamt**
1	**Vorbereitung der Sanierung Allgemein**						
	Städtebaulicher Rahmenplan	40.000 €					
	Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation	80.000 €					
	Verkehrskonzept	40.000 €					
	Parkraumkonzept	20.000 €			20.000 €		
	Grünflächenkonzept	20.000 €					
	Bebauungspläne, Änderung Flächennutzungspläne, Lärmschutzgutachten etc.	50.000 €			50.000 €		
	Verkehrswertgutachten, Endwertermittlung Gutachterausschuss für Grundstückswerte	50.000 €					
	Modernisierungsgutachten zB Debi Regio Halle Lokpark	50.000 €					
	Betriebsverlagerungsgutachten	30.000 €					
	Sanierungsplan nach BBodSchG	30.000 €					
	Abriss- und Entsorgungsgutachten	40.000 €			50.000 €		
	Städtebaulicher Wettbewerb/Qualifizierungsverfahren	50.000 €			40.000 €		
	Zwischensumme Vorbereitung der Sanierung	**500.000 €**					
	Entwicklungsbereich Nord						
2	**Grunderwerb**						
	Grunderwerb Flächen Siemens und DHL für Neu-Erschließung Ackerstraße an Stephensonstraße	20.000 €					
	Grunderwerb Teilflächen DB Regio Werk an der Ackerstraße	20.000 €					
3	**Ordnungsmaßnahmen**						
3.1	**Rückbau- Rückbaufolgekosten, Freilegung**						
	Rückbau und Freilegung für Neustrukturierung Wohnen und Gewerbe MU Gebiet				5.000.000 €		
	Freilegung Flächen östliches DB Regio-Gelände für anschließende Private Entwicklung	500.000 €			500.000 €		
3.2	**Erschließungsmaßnahmen**						
	Querspange zur Verbindung mit der Ackerstraße (Abschnitt C: 22,5 *50m)	225.000 €				22.500 €	
	Herstellung von Erschließungsanlagen zur Anbindung des urbanen Gebietes nach Südwesten / Entlastung der Ackerstraße Ost (Abschnitt D: 22,5 m *850 m X 200 €) gerundet	3.825.000 €				382.500 €	
	Anbindung an die Helmstedter Straße (Abschnitt E: 22,5m * 150 m * 200 €)				675.000 €	67.500 €	
	Innere Erschließung verbessern im MU Gebiet durch privaten Entwicklungsträger			200.000 €	400.000 €		
	LSA Knoten					400.000 €	
	Neuanlage Fuß und Radwege, Schaffung von Grünverbindungen im gesamten Gebiet Ackerstraße (z.B. Königbergerstraße zu Stephensonstraße)	300.000 €					
	Verbesserung Anschluss an die Ackerstraße; Verbreiterung Gleisunterführung für Fuß- und Radfahrer ca.30m *20m *200 €)	120.000 €				1.200.000 €	
	Stellplatzneuordnung und Aufwertung Bahnhof Südseite (unrentierliche Kosten)	50.000 €			500.000 €		
	Stellplatzneuordnung Ackerstraße Höhe DB Regio/Siemens Gelände	100.000 €			2.000.000 €		
3.3	**Sonstige Ordnungsmaßnahmen**						
	Atlastensanierung DB-Regio Halle und Umfeld		500.000 €		500.000 €		
3.4	**Grünordnung, Barrierefreiheit und Klimaschutz**						
	Wohnumfeldverbesserungen (Freiflächen, Spielplätze, Gemeinschaftsflächen, Barrierefreie Hauseingänge	400.000 €			400.000 €		
3.5	**Bodenordnung**						
	Maßnahmen zur Bodenordnung durch Umlegung der Grenzlegung und Neuvermessung von Grundstücken; pauschal	100.000 €					
4	**Baumaßnahmen nach § 148 BauGB**						
	Erneuerungsbedingte Verlagerung von Betrieben	200.000 €					
	Förderung Kulturelle Entwicklung (Modernisierung, Umbau, Außengestaltung die H_lle)	150.000 €		100.000 €	300.000 €		
	Modernisierung und Instandsetzung Gebäudebestand insbesondere Königsbergerstraße, Tannenbergstraße, Tilsitstraße, Masurenstraße	250.000 €			1.000.000 €		
	Erweiterung und Sanierung Bundesfreiwilligenschule Ackerstraße	50.000 €		50.000 €	100.000 €		
	Gebäudesanierung ehemalige DB Regio Halle als Mehrzweck für kulturelle, sportliche, soziale Veranstaltungen und Kleinräume für Start-Ups	250.000 €		400.000 €	600.000 €		
	Neubau Wohnen und Gewerbe im neuen MU Gebiet				15.000.000 €		
Zwischensumme Positionen 2 bis 4		***6.560.000 €***	***500.000 €***	***750.000 €***	***26.975.000 €***	***2.072.500 €***	*36.857.500 €*
	Entwicklungsbereich Mitte und Süd						
5	**Grunderwerb**						
	Grunderwerb Flächen für Erschließung und sonstiger Grunderwerb	150.000 €					
6	**Ordnungsmaßnahmen**						
	Rückbau- Rückbaufolgekosten, Freilegung						
	Altlastensanierung Wohngebiet "Erweiterung Bebelhof"		750.000 €		500.000 €		
6.1	**Erschließungsmaßnahmen**						
	Herstellung Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Bebelhof und Ackerstraße	525.000 €					
	Herstellung Haupterschließung neues Wohngebiet "Erweiterung Bebelhof"	500.000 €				50.000 €	
	Herstellung Innere Erschließung neues Wohngebiet "Erweiterung Bebelhof" (ca. 900 m* 13,5 m*170 €/qm				2.065.500 €		
	Herstellung von Erschließungsanlagen zur Entlastung des Bebelhofes vom Lieferverkehr (Abschnitt A: 22,5 m *800 m X 200 €)	3.600.000 €				360.000 €	
	LSA Knoten zur Anbindung Autobahn/Salzdahlumer Straße			350.000 €		50.000 €	
	Öffnung und Durchwegung KGV, Grünverbindungen und Fußwege Gebiet Bebelhof inkl.Freizeit- und Spielflächen	3.000.000 €					
	Stellplatzneuordnung Lokpark, ggf. Förderung unrentierliche Kosten Parkhaus	200.000 €			1.000.000 €		
6.2	**Sonstige Ordnungsmaßnahmen**						
	Regulierung des Grundstücksniveaus und Rückbau Stützmauer für Erweiterung Bebelhof	3.600.000 €			800.000 €		
	Rückbau und Freilegung leer stehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude oder Gebäudeteile und dazu gehöriger Flächen-Infrastruktur (z.B. Bunker, Gleistunnel und Trog, Stellwerk DB, Gleisanlagen, Gebäudeteile) pauschal	2.720.055 €					
	Lärmschutzmaßnahmen zwischen Bebelhof und Lokpark	50.000 €					
6.3	**Grünordnung, Barrierefreiheit und Klimaschutz**						
	Umgestaltung der Wald+Grünfläche Borsigstraße als Naherholungs- und Freizeitfläche Bebelhof	200.000 €					
6.4	**Bodenordnung**						
	Maßnahmen zur Bodenordnung durch Umlegung der Grenzlegung und Neuvermessung von Grundstücken; pauschal	500.000 €					
7	**Baumaßnahmen nach § 148 BauGB**						
	Stadtteilgarten Bebelhof	150.000 €					
	Quartierszentrum Bebelhof	300.000 €					
	Kinder-Lern-Bewegungscluster mit dem Kinder-Mitmachzirkus "Dobbelino"	50.000 €					
	Modernisierung und Instandsetzung Gebäudebestand und Wohnumfeldmaßnahmen Bebelhof	400.000 €			1.000.000 €		
	Modernisierung und Instandsetzung der Fassaden stadtbildprägende Gebäude unter Denkmalschutz z.B. Lokpark; EAW-Hallen, Villa Schwarzkopfstraße)	190.000 €			300.000 €		
	Neubau ca. 700 WE Erweiterung Bebelhof (ca. 2.400 €/qm mit durchschnittl. 60 qm /WE)				100.800.000 €		
Zwischensumme Positionen 5-7		***16.135.055 €***	***750.000 €***	***350.000 €***	***106.465.500 €***	***460.000 €***	*124.160.555 €*
10	**Vergütung von Sanierungsträgerleistungen, Projektmanagement, sonstige Beauftragte**						
	Sanierungsträger (3 % von gesamt ohne Grunderwerb)	679.652 €					
Summe Ausgaben Gesamt C+ D + A		**23.195.055 €**	**1.250.000 €**	**1.100.000 €**	**133.440.500 €**	**2.532.500 €**	***161.018.055 €***
B. Einnahmen							
	Einnahmen Grundstücksverkauf ehemalige Gleisflächen für Wohnentwicklung (Verkauf zum A-Wert, Bauerwartungsland; ca 90 €/qm*20.000 qm)	1.800.000 €					
	Erschließungsbeiträge	700.000 €					
Summe Einnahmen		**2.500.000 €**					
C. Durch Einnahmen nicht gedeckte Kosten		**20.695.055 €**					
D. Finanzierung							
zu finanzierende Summe		**20.695.055 €**					
Anteil Bund (⅓ von gesamt)		6.898.352 €					
Anteil Land Niedersachsen (⅓ von gesamt)		6.898.352 €					
Anteil Stadt Braunschweig (⅓ von gesamt)		6.898.352 €					
kommunaler Anteil p.a. (15 Jahre Laufzeit)		459.890 €					

Anlage 3

Sanierungsziele „Bahnstadt“
Stand 08.01.2019

Öffnung der Südseite des Hauptbahnhofs mit Anbindung an die Innenstadt und Schöpfung der angrenzenden Flächenpotenziale z.B. für öffentliche Nutzungen, Arbeiten, Kultur und Freizeit.

Aufwertung des Wohnumfeldes und der Wohninfrastruktur bestehender Wohngebiete im Stadtumbaugebiet.

Wohnungsneubau mit einem Anteil von 30% Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen im Geschosswohnungsbau.

Entwicklung eines urbanen Stadtquartiers mit gemischter Nutzung am Hauptgüterbahnhof unter Berücksichtigung der Themenfelder „Smart City“ sowie „Energetisches Quartiersmanagement“.

Teilweise Freilegung, Neuordnung und Umnutzung der brachliegenden Gleisanlagen.

Anbindung des Quartiers Bebelhof von Süden an den Bahnhof über die Gleisanlagen als Fuß- und Radwegeverbindung.

Beseitigung von Barrieren im Raumgefüge, z.B. durch Stützwände, Gleiströge, und Bunker.

Anbindung des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerks und des Lokparks östlich des Bebelhofs durch eine südlich des Bebelhofes verlaufende Entlastungsstraße.

Verbesserte Vernetzung und Aufwertung der Grünstruktur und der Naherholungsmöglichkeiten im Stadtumbaugebiet.

Erhalt und Förderung kultureller Einrichtungen wie Lokpark und Stadtgarten Bebelhof sowie des KGV Sonnenschein und Ergänzung um neue Angebote wie Zirkus oder Vierfeldsporthalle.

- A 034 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / Dez. VIII
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Haushaltsreste Das IP sieht vor, von 2020 zu 2021 um 59,2% anzusteigen. Inwiefern ist ein vollständiges Durchführen der neuen Projekte überhaupt abgesichert? Welche Haushaltsreste ergeben sich aus dem IP der vergangenen Jahre zum aktuellen Zeitpunkt? Wieso plant die Verwaltung Maßnahmen in den Haushalt ein, bei denen sie von Anfang an weiß, dass diese überhaupt nicht abgearbeitet werden können?

Begründung:
Seit vielen Jahren steigen die Haushaltsreste kontinuierlich, obwohl - zumindest in den vergangenen Haushaltsplänen - jeweils eine Reduktion vorgesehen war. So betrugen die Haushaltsreste 2015 noch 85,6 Millionen Euro, sind inzwischen (Stand 2019) jedoch auf 116,8 Millionen Euro angewachsen. Während in den Vorjahren, wie eben bereits geschrieben, stets eine Reduzierung der Haushaltsreste angestrebt wurde, ist dieses Ziel ausweislich des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt 2021 aufgegeben worden (vgl. Kapitel 1.6 des Vorberichts). Dies heißt im Umkehrschluss, dass aktiv Maßnahmen eingeplant werden, von denen die Verwaltung sicher weiß, dass diese sowieso nicht umgesetzt werden können. Der massive Anstieg der Haushaltsreste führt letztendlich dazu, dass nicht mehr die Politik über den Haushaltsplan die Entscheidung trifft, welche Maßnahmen umgesetzt werden, sondern die Verwaltung je nach freien Kapazitäten. Daher wurde dieser Umstand bereits in den Vorjahren von vielen Fraktionen kritisiert.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref 0650 11.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 034 der CDU-Fraktion

Text:

Haushaltsreste

Das IP sieht vor, von 2020 zu 2021 um 59,2% anzusteigen. Inwiefern ist ein vollständiges Durchführen der neuen Projekte überhaupt abgesichert?

Welche Haushaltsreste ergeben sich aus dem IP der vergangenen Jahre zum aktuellen Zeitpunkt?

Wieso plant die Verwaltung Maßnahmen in den Haushalt ein, bei denen sie von Anfang an weiß, dass diese überhaupt nicht abgearbeitet werden können?

Begründung:

Seit vielen Jahren steigen die Haushaltsreste kontinuierlich, obwohl - zumindest in den vergangenen Haushaltsplänen - jeweils eine Reduktion vorgesehen war. So betrugen die Haushaltsreste 2015 noch 85,6 Millionen Euro, sind inzwischen (Stand 2019) jedoch auf 116,8 Millionen Euro angewachsen. Während in den Vorjahren, wie eben bereits geschrieben, stets eine Reduzierung der Haushaltsreste angestrebt wurde, ist dieses Ziel ausweislich des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt 2021 aufgegeben worden (vgl. Kapitel 1.6 des Vorberichts). Dies heißt im Umkehrschluss, dass aktiv Maßnahmen eingeplant werden, von denen die Verwaltung sicher weiß, dass diese sowieso nicht umgesetzt werden können.

Der massive Anstieg der Haushaltsreste führt letztendlich dazu, dass nicht mehr die Politik über den Haushaltsplan die Entscheidung trifft, welche Maßnahmen umgesetzt werden, sondern die Verwaltung je nach freien Kapazitäten. Daher wurde dieser Umstand bereits in den Vorjahren von vielen Fraktionen kritisiert.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung geht davon aus, dass die im FB 65 und im Ref. 0650 noch freien Stellen im Laufe des Jahres 2021 besetzt werden können. Durch die Konzentration von großen Einzelvorhaben auf das neu gebildete Ref. 0650 verkürzen sich Entscheidungswege. Durch weitere Standardisierungen könnten Planungs- und Bauzeiten verringert werden.

Im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2021, der im September 2020 erstellt wurde, wird für FB 65 zum Jahresabschluss 2020 ein voraussichtlicher Haushaltsrest i. H. v. insgesamt rund 65 Mio. € ausgewiesen. Nach dem derzeitigen Bearbeitungsstand wird die Summe der Haushaltsreste diese Größenordnung erreichen.

Grundsätzlich werden nur dann Haushaltsmittel eingeplant, wenn

1. die Baumaßnahmen zur Sicherung der Bausubstanz oder aus Sicherheitsgründen dringend erforderlich sind; dazu zählen u. a. Sanierungen, Brandschutzmaßnahmen, Ertüchtigung von Unterdecken und Sicherheitsbeleuchtungsanlagen

2. gesetzliche Vorgaben zu erfüllen sind, z. B. der Rechtanspruch auf ausreichende Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen oder die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G9)

3. Gremienbeschlüsse umzusetzen sind, z.B. die Einrichtung des Ganztagsbetriebs in Schulen durch Um- oder Erweiterungsbauten

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

- A 035 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65
Produkt
4E.210338

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Baukostenzuschuss Business Center III Wie kommt die Differenz zwischen dem im Rat am 29.9.20 beschlossenen Baukostenzuschuss in Höhe von 2,06 Mio. € und dem IP 2021 vorgeschlagenen Ansatz in Höhe von 4,5 Mio. € zustande (Projekt 4E.210338 - BC III / Bauzuschuss + Einrichtung)? Sollte es sich bei dieser Differenz um Büromöbel etc. handeln: wie schlüsselt sich diese Summe konkret auf und stehen nicht eigentlich für alle dort einzurichtenden Arbeitsplätze bereits heute Büromöbel, Computer etc. zur Verfügung?

Begründung:
In der Ratssitzung am 29. September 2020 wurde mit großer Mehrheit ein Baukostenzuschuss in Höhe von 2,06 Millionen Euro für das Business Center III im BraWo-Park (BC III) beschlossen (DS.-Nr. 20-13800). Im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2021 sind aber nun 4,5 Millionen Euro eingeplant, diese laufen unter dem Projekttitel "Bauzuschuss und Einrichtung". Es handelt sich dabei um eine Differenz von fast 2,5 Millionen Euro. Laut Beschlussvorlage aus dem Dezember 2019 sollen im BC III etwa 525 Arbeitsplätze entstehen und diese aus anderen Liegenschaften (vorrangig Rathaus-Neubau) dorthin verlagert werden. Hieße also, dass alle Mitarbeiter bereits einen voll ausgestatteten Arbeitsplatz (Schreibtisch, Stuhl, Computer etc.) haben und diese Dinge nicht neu gekauft werden müssten.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 22.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 035 der CDU-Fraktion

Text:

Baukostenzuschuss Business Center III

Wie kommt die Differenz zwischen dem im Rat am 29.09.2020 beschlossenen Baukostenzuschuss in Höhe von 2,06 Mio. € und dem im IP 2021 vorgeschlagenen Ansatz in Höhe von 4,5 Mio. € zustande (Projekt 4E.210338 - BC III / Bauzuschuss + Einrichtung)?

Sollte es sich bei dieser Differenz um Büromöbel etc. handeln: wie schlüsselt sich diese Summe konkret auf und stehen nicht für alle dort einzurichtenden Arbeitsplätze bereits Büromöbel, Computer etc. zur Verfügung?

Begründung:

s. Anfrage

Antwort der Verwaltung:

Neben dem in der Ratsvorlage 20-13800 genannten und vom Rat beschlossenen Baukostenzuschuss i. H. v. 2,06 Mio. € wurden in der Vorlage Kosten für Erstausstattungen in Höhe von 1,9 Mio. € aufgeführt. Die Erstausstattung umfasst zu beschaffende IT-Komponenten, Arbeitsplatzbeleuchtungen und Teeküchen sowie die Herrichtung der Besprechungs- und Konferenzräume sowie Allgemeinbereiche. Diese Ausstattung wird nicht über die Vermieterin eingebracht und muss somit von der Stadt beschafft werden.

Die genannten 1,9 Mio. € teilen sich auf in 477 T€ für die Beleuchtung von Büros und Besprechungsräumen, 16 T€ Feuerlöscher, 389 T€ Mobiliar und Gestaltung von Besprechungs- und Funktionsräumen sowie Allgemeinbereichen (kein Büromobiliar), 299 T€ Teeküchen und Sozialbereiche, 456 T€ IT-Komponenten (Netzwerktechnik, keine PCs), 265 T€ Medientechnik für Konferenz- und Besprechungsbereiche. Ob vorhandenes Arbeitsplatzmobiliar weitergenutzt werden kann oder ersetzt werden muss, wird im Einzelfall geprüft.

Insofern ist die Erläuterung auf Seite 1140 des Investitionsprogramms (IP) „… und zur Beschaffung der Büroausstattung …“ anzupassen.

Die in den IP-Entwurf für das Jahr 2023 aufgenommenen Gesamtkosten von 4,5 Mio. € beruhen auf einer ersten groben Kostenschätzung. Auch die vom Rat beschlossenen Ausbaukosten sind Schätzkosten des Vermieters. Die tatsächliche Kostenbelastung ergibt sich erst durch die seitens der Vermieterin nachzuweisenden tatsächlich angefallenen Kosten. Die Verwaltung wird prüfen, ob anlässlich der kommenden Fortschreibung des IP der Ansatz von 4,5 Mio. € auf 3,96 Mio. € abgesenkt wird.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

- A 036 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65
Produkt
4S.210088

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Sicherheitsbeleuchtungsanlagen Was sind Sicherheitsbeleuchtungsanlagen (vgl. Projekt 4S.210088) und könnte deren Installation auch auf weitere Jahre aufgeteilt werden?

Begründung:
In dem o.g. Projekt sind Mittel zur Installation von sogenannten Sicherheitsbeleuchtungsanlagen eingeplant. Es wird aber nicht deutlich, was diese überhaupt sind.

Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 05.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 036 der CDU-Fraktion

Text:

Sicherheitsbeleuchtungsanlagen

Was sind Sicherheitsbeleuchtungsanlagen (vgl. Projekt 4S.210088) und könnte deren Installation auch auf weitere Jahre aufgeteilt werden?

Begründung:

In dem o.g. Projekt sind Mittel zur Installation von sogenannten Sicherheitsbeleuchtungsanlagen eingeplant. Es wird aber nicht deutlich, was diese überhaupt sind.

Antwort der Verwaltung:

Sicherheitsbeleuchtung oder Notbeleuchtung dient zum gefahrlosen Verlassen der Arbeitsstätte und der Verhütung von Unfällen, die durch Ausfall der künstlichen Allgemeinbeleuchtung entstehen können.

Sicherheitsbeleuchtungen werden aufgrund behördlicher Vorgaben installiert und betrieben. Das betrifft Gebäude, die sog. Sonderbauvorschriften unterliegen, z. B. Gaststätten, Hotels, Krankenhäuser, Kaufhäuser, Parkgaragen, Versammlungsstätten. Aber auch aufgrund ihrer schlichten Größe oder anderer betrieblicher Bedingungen ist eine Notbeleuchtung gefordert, insbesondere auch bei Arbeitsstätten oder Schulen.

Forderungen hierzu ergeben sich entweder nach Anhang 2.3 der Arbeitsstättenverordnung, wonach Fluchtwege und Notausgänge mit einer Sicherheitsbeleuchtung ausgerüstet werden müssen oder nach Anhang 3.4 ArbStättV, wenn bei Ausfall der Allgemeinbeleuchtung die Sicherheit der Beschäftigten gefährdet werden kann.

Die ASR (Technische Regeln für Arbeitsstätten) A 2.3 "Fluchtwege, Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan" und die ASR A 3 4/7 "Sicherheitsbeleuchtung" präzisieren dies für bestimmte betriebliche Situationen wie Rettungswegläng en, Besucherverkehr, gefährliche Arbeitsplätze usw.

Im geltenden Investitionsprogramm (IP) wie auch im IP-Entwurf 2020 – 2024 sind für jedes Jahr Mittel für die Installation von Sicherheitsbeleuchtungsanlagen bzw. deren Erneuerung eingeplant.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 (65) / FB 65
Produkt 3S.200002

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:
S. 1034 3S.200002 HOAI FB 65 Mittel für Planungsleistungen, noch nicht entschieden. → Für welche noch nicht entschiedenen Bauprojekte sind diese Mittel eingestellt?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat VIII/Fachbereich 65 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 037 der Fraktion P²

Text:

S. 1034

3S.200002 HOAI FB 65 Mittel für Planungsleistungen, noch nicht entschieden.

→ Für welche noch nicht entschiedenen Bauprojekte sind diese Mittel eingestellt?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort der Verwaltung:

Diese Haushaltsmittel werden für Planungsleistungen veranschlagt, um Planungsaufträge für Hochbaumaßnahmen, die unterjährig aus der Ratsmitte an die Verwaltung herangetragen werden, durchführen zu können.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 (65), FB 65
Produkt 4E.210252, 4S.210024, 4S.210098

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:
S. 1002 FB 20 Finanzen (Umsetzung FB 65) Gesamteinnahmen Teilhaushalt → Welche Projekte sollen in 2022 zu den prognostizierten Einnahmen in Höhe von 3.083.500 EUR führen?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 22.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 038 der Fraktion P²

Text:

S. 1002

FB 20 Finanzen (Umsetzung FB 65) Gesamteinnahmen Teilhaushalt

→Welche Projekte sollen in 2022 zu den prognostizierten Einnahmen in Hohe von 3.083.500 EUR fuhren?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort der Verwaltung:

Bei dem Projekt 4S.210098 Instandhaltung Grundvermögen ist ein Ertrag in Höhe von 73.000 € veranschlagt. Es handelt sich um Erstattungen des Jobcenters Braunschweig für von der Verwaltung durchzuführende Instandhaltungsmaßnahmen in den vom Jobcenter genutzten Räumen im Gebäude Willy-Brandt-Platz 7 (Seite 1142 des Investitions-programms).

Bei dem Projekt 4S.210024 Instandhaltung Denkmalschutz ist ein Ertrag in Höhe von 25.500 € ausgewiesen. Es handelt sich um den Zuschuss gem. Vertrag mit der Richard Borek Stiftung für Sanierungsmaßnahmen an städt. Baudenkmälern (Seite 1161 des Investitionsprogramms).

Bei den im Projekt 4E.210252 Kita Stöckheim-Süd ausgewiesenen Einzahlungen i. H. v. 2.985.000 € handelt sich um die anteilige Kostenbeteiligung gem. Städtebaulichem Vertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (Seite 1164 des Investitionsprogramms).

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

- A 039 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65), FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210151

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
BBS V Abt. Leonhardstraße (Projekt 4E.210151) Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Ref. 0650 30.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 039 der CDU-Fraktion

Text:

BBS V Abt. Leonhardstraße (Projekt 4E.210151)

Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Sowohl im noch geltenden IP als auch in dessen Fortschreibung sind für das Finanzplanungsjahr 2022 Haushaltsmittel für die Planung der Sanierung vorgesehen.

Aus den bisherigen Erfahrungen von Bestandssanierungen kann erst nach Vorlage der Ergebnisse einer intensiven Planung der weitere Projektumfang und -verlauf bestimmt werden. Insofern könnten Mittel für die Durchführung der Sanierung, also den eigentlichen Sanierungsbeginn, anlässlich der Haushaltsplanungen kommender Jahre durchaus wieder für 2024 eingeplant werden, wenn es die städt. Haushaltslage zulässt.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Franke
RefL 0650

- A 040 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210137

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
BBS V Technikakademie (Projekt 4E.210137) Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Ref. 0650 30.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 040 der CDU-Fraktion

Text:

BBS V Technikakademie (Projekt 4E.210137)

Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Derzeit finden notwendige Brandschutzmaßnahmen an der BBS V statt. Sowohl im noch geltenden IP als auch in dessen Fortschreibung sind für das Finanzplanungsjahr 2022 Haushaltsmittel für die Planung der Sanierung vorgesehen.

Aus den bisherigen Erfahrungen von Bestandssanierungen kann erst nach Vorlage der Ergebnisse einer intensiven Planung der weitere Projektumfang und -verlauf bestimmt werden. Insofern könnten Mittel für die Durchführung der Sanierung, also den eigentlichen Sanierungsbeginn, anlässlich der Haushaltsplanungen kommender Jahre durchaus wieder für 2024 eingeplant werden, wenn es die städt. Haushaltslage zulässt.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wieder, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Franke
RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 040 - der Fraktion CDU

Text:

BBS V Technikakademie (Projekt 4E.210137)
Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort:

1. Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?

   Derzeit finden notwendige Brandschutzmaßnahmen an der BBS V statt. Im derzeitigen IP und auch in dessen Fortschreibung soll in 2022 die Sanierung mit der Grundlagenermittlung starten. Aus den bisherigen Erfahrungen von Bestandssanierungen kann erst nach Vorlage der Ergebnisse einer intensiven Grundlagenermittlung der weitere Projektumfang und -verlauf bestimmt werden. Von daher kann hier nicht von einer Verschiebung der Sanierung gesprochen werden.

2. Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung bzw. Verlängerung in 2025?

   siehe Beantwortung zu Frage 1.

3. An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210137 geführt.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 041 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Ganztag an Haupt- und Realschulen In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Planung einer Ganztagsstruktur an Real- und Hauptschulen aufgeführt?

Begründung:
Regelmäßig wird über den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, den Gymnasien und an den Integrierten Gesamtschulen diskutiert. Die Frage, wie die Ganztagsstruktur an den Braunschweiger Haupt- und Realschulen ausgebaut bzw. verbessert werden kann, gerät dabei ein ums andere Mal ins Hintertreffen. Hierauf sollte ein stärkerer Fokus liegen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 05.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 041 der CDU-Fraktion

Text:

Ganztag an Haupt- und Realschulen

In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Planung einer Ganztagsstruktur an Real- und Hauptschulen aufgeführt?

Begründung:

Regelmäßig wird über den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, den Gymnasien und an den Integrierten Gesamtschulen diskutiert. Die Frage, wie die Ganztagsstruktur an den Braunschweiger Haupt- und Realschulen ausgebaut bzw. verbessert werden kann, gerät dabei ein ums andere Mal ins Hintertreffen.

Hierauf sollte ein stärkerer Fokus liegen.

Antwort der Verwaltung:

Im IP sind für die Umwandlung von Hauptschulen und Realschulen in Ganztagsschulen aktuell keine Mittel eingeplant. Im Rahmen der Umsetzung des vom Rat am 14. Juli 2020 beschlossenen Antrags der CDU-Fraktion (Ds 20-13696) zur Einleitung eines Projektes für die verlässliche Sanierung von mindestens vier Schulen in alternativer Beschaffung gibt es ggf. die Möglichkeit, eine entsprechend stark sanierungsbedürftige Schule einer der beiden Schulformen zu berücksichtigen, wenn neben der Sanierung auch Erweiterungs-notwendigkeiten an den auszuwählenden Schulen realisiert werden können.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 041 - der Fraktion CDU

Text:

Ganztag an Haupt- und Realschulen

In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Planung einer Ganztagsstruktur an Real- und Hauptschulen aufgeführt?

Begründung:

Regelmäßig wird über den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, den Gymnasien und an den Integrierten Gesamtschulen diskutiert. Die Frage, wie die Ganztagsstruktur an den Braunschweiger Haupt- und Realschulen ausgebaut bzw. verbessert werden kann, gerät dabei ein ums andere Mal ins Hintertreffen.

Hierauf sollte ein stärkerer Fokus liegen.

Antwort:

Im IP sind für die Umwandlung von Hauptschulen und Realschulen in Ganztagsschulen aktuell keine Mittel eingeplant. Im Rahmen der Umsetzung des vom Rat am 14. Juli 2020 beschlossenen Antrags der CDU-Fraktion (Ds 20-13696) zur Einleitung eines Projektes für die verlässliche Sanierung von mindestens vier Schulen in alternativer Beschaffung gibt es ggf. die Möglichkeit, eine entsprechend stark sanierungsbedürftige Schule einer der beiden Schulformen zu berücksichtigen, wenn neben der Sanierung auch Erweiterungsnotwendigkeiten an den auszuwählenden Schulen realisiert werden können.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 042 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210343

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Grundschule Schunteraue - Einrichtung des Ganztagsbetriebs (Projekt 4E.210343)
Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP?
Welcher konkreter Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2021 aufgenommen?
Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?
Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 30.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 042 der CDU-Fraktion

Text:

Grundschule Schunteraue - Einrichtung des Ganztagsbetriebs (Projekt 4E.210343)

Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP? Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2021 aufgenommen?

Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?

Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?

Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Der Rat hat am 21. Februar 2017 beschlossen, dass ab 2019 pro Jahr mindestens zwei Grundschulen in Kooperative Ganztagsgrundschulen umgewandelt werden sollen (Vorlage 17-03813). Im Zusammenhang mit der geringen Schülerzahl der Schule insbesondere in der Außenstelle in der Schuntersiedlung besteht hier ein Handlungsbedarf, da die Außenstelle aufgegeben werden und die Schule am Standort Kralenriede zusammengeführt werden soll.

Außerdem soll die Schule zur Ganztagsschule ausgebaut und ggf. ein Mehrzweckraum errichtet werden. Damit wird auch dem o. a. Ratsbeschluss Rechnung getragen.

Andere geplante Schulbauvorhaben werden nicht beeinträchtigt. Die Maßnahme wird erstmalig in das IP aufgenommen, da wie geschildert dringender Handlungsbedarf besteht.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 042 - der Fraktion CDU

Text:

Grundschule Schunteraue - Einrichtung des Ganztagsbetriebs (Projekt 4E.210343)
Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP?
Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2021 aufgenommen?
Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?
Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 042 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP?

   Der Rat hat am 21. Februar 2017 den Beschluss gefasst, dass ab 2019 pro Jahr mindestens zwei Grundschulen in Kooperative Ganztagsgrundschulen umgewandelt werden sollen (Ds 17-03813). Im Zusammenhang mit der Schülerzahlentwicklung der Schule insbesondere am Standort der Außenstelle in der Schuntersiedlung besteht hier ein Handlungsbedarf, da die Außenstelle aufgegeben werden soll.

2. Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?

   Die Außenstelle der Grundschule Schunteraue in der Schulanlage Schuntersiedlung soll aufgegeben und die Schule am Standort Kralenriede zusammengeführt werden. Außerdem soll die Schule zur Ganztagsschule ausgebaut und ggf. ein Mehrzweckraum errichtet werden.

3. Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2021 aufgenommen?

   Aufgrund von geringen Schülerzahlen in der Außenstelle der Grundschule Schunteraue in der Schulanlage Schuntersiedlung soll die Außenstelle aufgehoben und die Schule am Standort Kralenriede zusammengefasst und zur Ganztagsschule entwickelt werden. Damit wird auch dem Ratsbeschluss vom 21. Februar 2017 zur Umwandlung von mindestens zwei Grundschulen pro Jahr in Kooperative Ganztagsgrundschulen ab 2019 Rechnung getragen.

4. Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

   Nein.

5. Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?

   Die Maßnahme wird nicht vorgezogen, sondern erstmalig ins IP aufgenommen, da hier dringender Handlungsbedarf besteht. Siehe ansonsten die Antwort zu III. 12.

6. Welche anderen (Schul-) Projekte sind dafür zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?

   Keine.

7. Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210343 geführt. In den Vorjahren war das Projekt noch nicht im IP enthalten.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 043 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210347

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Gymnasium Gaußschule - Erweiterung G8/G9 Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus? Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt? Falls nein, in welchem Projekt im IP2021 ist die Sanierung der vorh. Sporthalle der Gaußschule oder ein Ersatzbau mit Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen? Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt. Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt darüber hinaus mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 06.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 043 der CDU-Fraktion

Text:

Gymnasium Gaußschule - Erweiterung G8/G9

Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?

Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt?

Falls nein, in welchem Projekt im IP 2021 ist die Sanierung der vorh. Sporthalle der Gaußschule oder ein Ersatzbau mit Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?

Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt.

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Im noch geltenden IP sind bei dem Sammelprojekt Projekt 4S.210096 Gymnasien/bauliche Maßnahmen G8-G9 ab 2020 insgesamt 20 Mio. € als grober Kostenrahmen für die Planung und Umsetzung der für die Wiedereinführung des Abiturs im 13. Schuljahr erforderlichen Baumaßnahmen an den Braunschweiger Gymnasien eingeplant. Lediglich für das Martino-Katharineum war von vornherein ein Einzelprojekt 4E.210286 eingerichtet.

Im Verwaltungsentwurf zum IP 2020 – 2024 wurden diese Mittel wegen des Grundsatzes der Einzelveranschlagung haushaltsneutral auf neue Einzelprojekte 4E.210xxx aufgeteilt, so

auch für die Gaußschule. Haushaltsmittel für andere Schulbauprojekte mussten daher nicht verschoben werden.

Bei den ausgewiesenen Gesamtkosten von 4 Mio. € handelt es sich ebenfalls um einen groben Kostenrahmen, da weder ein Raumprogramm noch eine Analyse der Bestands-situation vorliegt.

Die für 2021 eingeplanten Haushaltsmittel sind für die Planung der Einrichtung G9 vorgesehen. Mittel für eine neue Sporthalle sind nicht enthalten.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 043 - der Fraktion CDU

Text:

Gymnasium Gaußschule - Erweiterung G8/G9
Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?
Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt?
Falls nein, in welchem Projekt im IP2021 ist die Sanierung der vorh. Sporthalle der Gaußschule oder ein Ersatzbau mit Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?
Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt.
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt darüber hinaus mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 043 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?

   Die Finanzraten basieren auf bisherigen Erfahrungswerten der Schulsanierung. Genaueres zu möglichen Kosten sowie den Planungs- und Bauzeiten kann erst nach Abschluss der Grundlagenermittlung, des Vorentwurfs und des Entwurfs benannt werden. Die Ergebnisse werden dann im Rahmen der Objekt- und Kostenfeststellung dem Bauausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

2. Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten bereits berücksichtigt?

   Nein.

3. Falls nein, in welchem Projekt im IP 2021 ist die Sanierung der vorh. Sporthalle der Gaußschule oder ein Ersatzbau mit Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?

   In keinem der im IP enthaltenen Projekte ist bislang ein Neubau einer Sporthalle für das Gymnasium Gaußschule enthalten, da auch eine gemeinsame Lösung zur Abdeckung der fehlenden Sporthallenkapazitäten an den Gymnasien Gaußschule, Kleine Burg und Wilhelm-Gymnasium mit den Schulleitungen diskutiert wird.

4. Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das Investitionsprogramm 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion „Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen“) durch einen eventuell erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?

   Erst nach Klärung der Höhe des Finanzbedarfs für zusätzliche Sporthallenkapazitäten kann eine Abstimmung über eine Anpassung des IP für ein neues Projekt erfolgen. Dabei müssen die baulichen und schulfachlichen Kriterien einer Priorisierung berücksichtigt werden.

5. An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 ist der Ausbau des Gymnasiums Gaußschule zu G9 unter dem Projekt 4E.210347 mit 4 Mio. € verteilt über fünf Jahre ab 2020 enthalten.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 044 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65), FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210286

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Gymnasium Martino-Katharineum - Erweiterung G8/G9 (Projekt 4E.210286) Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 044 der CDU-Fraktion

Text:

Gymnasium Martino-Katharineum - Erweiterung G8/G9 (Projekt 4E.210286)

Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zugrunde gelegt?

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Die Schule soll an ihrem Hauptstandort Breite Straße zum einen baulich erweitert werden. Zum anderen sollen im Zusammenhang mit der vorgesehenen Sanierung der Schule Räume am Hauptstandort umgewidmet, verkleinert oder vergrößert werden. Auch in der Außenstelle Echternstraße könnten sich ggf. noch Möglichkeiten zur Umwidmung von Raumen ergeben. Alle vorgenannten Maßnahmen haben das Ziel, die räumliche Situation der Schule zur Umsetzung von G9 zu verbessern.

Wie bisher ist 2022 eine erste Rate i. H. v. 800.000 € für die Planung veranschlagt; der im geltenden IP 2020 angegebene Restbedarf 2024 von rd. 4 Mio. € ist aus Gründen des voraussichtlichen Finanzbedarfs auf das Jahr 2024 und den neuen Restbedarf ab 2025 aufgeteilt. Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210286 geführt.

Ab 2021 beginnt im Übrigen die Planung des 2. Sanierungsabschnitts (Projekt 4E.210260); die verschiedenen Maßnahmen werden aufeinander abgestimmt.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 044 - der Fraktion CDU

Text:

Gymnasium Martino-Katharineum - Erweiterung G8/G9 (Projekt 4E.210286)
Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 044 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?

   Die Schule soll an ihrem Hauptstandort Breite Straße zum einen baulich erweitert werden. Zum anderen sollen im Zusammenhang mit der vorgesehenen Sanierung der Schule Räume am Hauptstandort umgewidmet, verkleinert oder vergrößert werden. Auch in der Außenstelle Echternstraße könnten sich ggf. noch Möglichkeiten zur Umwidmung von Raumen ergeben. Alle vorgenannten Maßnahme haben das Ziel, die räumliche Situation der Schule zur Umsetzung von G9 zu verbessern.

2. Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?

   Nach Vorlage des Raumprogrammes für G9 ist ab 2022 die Planung mit 800 T € und ab 2023 die Umsetzung G9 mit weiteren 7,05 Mio. € vorgesehen. Der im geltenden IP angegebene Restbedarf 2024 i. H. v. rd. 4 Mio. € ist aus Gründen des voraussichtlichen Finanzbedarfs auf das Jahr 2024 und den neuen Restbedarf ab 2025 aufgeteilt. Detaillierteres zur Umsetzung kann erst nach Vorlage des Raumprogramms und dem Abgleich mit der geplanten Sanierung angegeben werden, die ab 2022 mit dem
   2. Bauabschnitt fortgesetzt werden soll (Projekt 4E.210260). Die verschiedenen Maßnahmen werden aufeinander abgestimmt.

3. An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210286 geführt.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 045 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210139

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
John-F.-Kennedy-Realschule - Sanierung (4E.210139) Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zur "Verschiebung der Maßnahmen aufgrund aktueller Prioritätensetzung“? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Ref. 0650 11.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 045 der CDU-Fraktion

Text:

John-F.-Kennedy-Realschule - Sanierung (Projekt 4E.210139)

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zur „Verschiebung der Maßnahme aufgrund aktueller Prioritätensetzung?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Zwischen 2014 und 2019 fand eine umfängliche Sanierung der Realschule John-F.-Kennedy-Platz statt; es handelte sich insbes. um Brandschutzmaßnahmen, die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung und der Grundleitungen im Außenbereich der Schule.

Die Fassadensanierung kann um ein Jahr von 2024 auf 2025 verschoben werden, weil aktuell kein Substanzverlust droht und die Fassade mittelfristig sicher ist.

Im Zuge der Haushaltsplanungen kommender Jahre könnten wieder Mittel für 2024 eingeplant werden, falls sich an dieser Situation etwas ändern sollte und die städt. Haushaltslage dies zulässt.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Franke
RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 045 - der Fraktion CDU

Text:

John-F.-Kennedy-Realschule - Sanierung (4E.210139)
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zur "Verschiebung der Maßnahmen aufgrund aktueller Prioritätensetzung“?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort:

Zwischen 2014 und 2019 fand eine umfängliche Sanierung der Realschule John-F.-Kennedy-Platz statt; es handelte sich insbes. um Brandschutzmaßnahmen, die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung und der Grundleitungen im Außenbereich der Schule.

Die Fassadensanierung kann um ein Jahr von 2024 auf 2025 verschoben werden, weil aktuell kein Substanzverlust droht und die Fassade mittelfristig sicher ist.

Im Zuge der Haushaltsplanungen kommender Jahre könnten wieder Mittel für 2024 eingeplant werden, falls sich an dieser Situation etwas ändern sollte und die städt. Haushaltslage dies zulässt.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 046 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4S.210092

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Lessinggymnasium - Containerber. 2. BA (Projekt 4S.210092) Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Ref. 0650 11.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 046 der CDU-Fraktion

Text:

Lessinggymnasium - Containerbereitstellung 2. BA (Projekt 4S.210092)

Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?

Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Die Baumaßnahme beinhaltet die Aufstellung weiterer mobiler Raumeinheiten wegen höherer Schülerzahlen am Lessinggymnasium und zu dessen Erweiterung aufgrund der Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G9).

Im geltenden Investitionsprogramm (IP) 2019 – 2023 war als Restbedarf ab 2024 der insgesamt 14 Mio. € Gesamtkosten ein Betrag von 6.425.900 € eingeplant. Dieser Betrag wurde im Entwurf zum neuen IP 2020 – 2024 lediglich auf das Finanzplanungsjahr 2024 und den neuen Restbedarf ab 2025 aufgeteilt. Die Baumaßnahme wird mithin nicht verschoben.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritäten-liste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Franke
RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 14.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 046 - der Fraktion CDU

Text:

Lessinggymnasium - Containerber. 2. BA (Projekt 4S.210092)
Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Welche aktuelle Prioritätensetzung führt zu einer Verschiebung der Maßnahme?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einer Verschiebung/Verlängerung in 2025?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort:

Aufgrund des vom Verwaltungsausschuss am 29. Juni 2018 beschlossenen Raumprogramms für eine bauliche Interimsmaßnahme auf dem Schulgelände des Lessinggymnasiums (Ds 18-08465) ist in einem 1. Bauabschnitt ein Gebäude in Holztafelbauweise, u. a. mit 12 AUR, entstanden. Die Verwaltung erarbeitet zurzeit das Raumprogramm für die Erweiterung der Schule um einen 2. Bauabschnitt. Alle vorgenannten Maßnahmen haben das Ziel, die räumliche Situation der Schule zur Umsetzung von G9 zu verbessern und die Fünfzügigkeit der Schule (s. Ds 17-05461) zu ermöglichen.

Im geltenden Investitionsprogramm (IP) 2019 – 2023 war als Restbedarf ab 2024 der insgesamt 14 Mio. € Gesamtkosten ein Betrag von 6.425.900 € eingeplant. Dieser Betrag wurde im Entwurf zum neuen IP 2020 – 2024 lediglich auf das Finanzplanungsjahr 2024 und den neuen Restbedarf ab 2025 aufgeteilt. Die Baumaßnahme wird mithin nicht verschoben.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird.
Es gibt keine andere Prioritätenliste.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 047 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.2109292

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Oswald-Berkhan-Schule - bauliche Erweiterung einschließlich der Sporthallenkapazität (Projekt 4E.210292) Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme? Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden? Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 06.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 047 der CDU-Fraktion

Text:

Oswald-Berkhan-Schule - bauliche Erweiterung einschließlich der Sporthallenkapazität (Projekt 4E.210292)

Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme? Welche anderen Schulprojekte sind zurückgestellt oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Der Verwaltungsausschuss hat mit Beschluss vom 07.07.2020 die Verwaltung beauftragt, ein Raumprogramm für den Hauptstandort der Oswald-Berkhan-Schule zu erarbeiten (Vorlage 20-13670). Der Schule fehlen aufgrund der ebenfalls beschlossenen Bildung von Kooperationsklassen allgemeine Unterrichtsräume, Therapie- und Hygieneräume. Ferner ist die Turnhalle abgängig und kann nicht mehr wirtschaftlich saniert werden, sodass es eines Neubaus der Sporthalle bedarf. Ziel ist es, den politischen Gremien in 2021 ein Raumprogramm für eine Erweiterung der Schule um die fehlenden Räume und für den Neubau einer Sporthalle zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im aktuell noch geltenden IP ist lediglich eine Planungsrate in 2023 für das Vorhaben enthalten. Da im Laufe des Jahres 2020 geklärt werden konnte, dass die Sporthalle nicht mehr wirtschaftlich saniert werden kann und die Schule so schnell wie möglich erweitert werden muss, wurden die Haushaltsmittel im Entwurf des neuen IP auf 2021 vorgezogen.

Bei bestehenden Projekten wurden die Finanzierungsraten dem aktuellen Projektfortschritt angepasst, ohne die Projektziele zu gefährden.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im fortgeschriebenen Investitionsprogramm (IP) wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 14.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 047 - der Fraktion CDU

Text:

Oswald-Berkhan-Schule - bauliche Erweiterung einschließlich der Sporthallenkapazität (Projekt 4E.210292)
Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?
Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort:

Der Verwaltungsausschuss hat mit Beschluss vom 07.07.2020 die Verwaltung beauftragt, ein Raumprogramm für den Hauptstandort der Oswald-Berkhan-Schule zu erarbeiten (Vorlage 20-13670). Der Schule fehlen allgemeine Unterrichtsräume, Therapie- und Hygieneräume. Ferner ist die Turnhalle abgängig und kann nicht mehr wirtschaftlich saniert werden, sodass es eines Neubaus der Sporthalle bedarf. Ziel ist es, den politischen Gremien in 2021 ein Raumprogramm für eine Erweiterung der Schule um die fehlenden Räume und für den Neubau einer Sporthalle zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im aktuell noch geltenden IP ist lediglich eine Planungsrate in 2023 für das Vorhaben enthalten. Da im Laufe des Jahres 2020 geklärt werden konnte, dass die Sporthalle nicht mehr wirtschaftlich saniert werden kann und die Schule so schnell wie möglich erweitert werden muss, wurden die Haushaltsmittel im Entwurf des neuen IP auf 2021 vorgezogen.

Bei bestehenden Projekten wurden die Finanzierungsraten dem aktuellen Projektfortschritt angepasst, ohne die Projektziele zu gefährden.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im fortgeschriebenen Investitionsprogramm (IP) wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 048 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
3E.210023

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Technikakademie - Vorplanung Verlegung (Projekt 3E.210023) Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP? Welcher konkreter Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt? Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2022 aufgenommen? Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

Begründung:
Bisher liegt weder ein Prüfergebnis noch ein Ratsbeschluss zur Verlegung der Technikakademie an die Heinrich-Büssing-Schule vor. Mit der Vorlage 20-13763 wurde lediglich der Auftrag an die Verwaltung gegeben, eine mögliche Verlagerung zu prüfen. Darüber hinaus erfolgt durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 048 der CDU-Fraktion

Text:

Technikakademie - Vorplanung Verlegung (Projekt 3E.210023)

Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP? Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?

Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2021 aufgenommen? Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

Begründung:

Bisher liegt weder ein Prüfergebnis noch ein Ratsbeschluss zur Verlegung der Technikakademie an die Heinrich-Büssing-Schule vor. Mit der Vorlage 20-13763 wurde lediglich der Auftrag an die Verwaltung gegeben, eine mögliche Verlagerung zu prüfen.

Darüber hinaus erfolgt durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Insbesondere für die technische Prüfung, ob die zahlreichen hochtechnisierten Labore der Technikakademie mit denen an der Heinrich-Büssing-Schule kompatibel sind oder ob für deren Unterbringung separate Räume benötigt werden, werden Haushaltsmittel für die Beauftragung eines externen Planungsbüros benötigt.

Das Prüfungsresultat soll zu einer Entscheidung führen, ob eine mögliche Verlagerung auch wirtschaftlich umsetzbar ist.

Es sind lediglich Vorplanungsmittel i. H. v. 100.000 € in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden; zeitliche Auswirkungen auf andere Projekte ergeben sich nicht.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 048 - der Fraktion CDU

Text:

Technikakademie - Vorplanung Verlegung (Projekt 3E.210023)
Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP?
Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grunde gelegt?
Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2022 aufgenommen?
Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

Begründung:

Bisher liegt weder ein Prüfergebnis noch ein Ratsbeschluss zur Verlegung der Technikakademie an die Heinrich-Büssing-Schule vor. Mit der Vorlage 20-13763 wurde lediglich der Auftrag an die Verwaltung gegeben, eine mögliche Verlagerung zu prüfen. Darüber hinaus erfolgt durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 048 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Auf welcher Grundlage erfolgt die Aufnahme in das IP

   Der Verwaltungsausschuss hat mit Beschluss vom 7. Juli 2020 die Verwaltung mit der Prüfung der Möglichkeit einer Verlagerung der Technikakademie an den Standort der Heinrich-Büssing-Schule beauftragt (Ds 20-13763). Vor allem für die technische Prüfung, ob die zahlreichen hochtechnisierten Labore der Technikakademie mit denen an der Heinrich-Büssing-Schule kompatibel sind oder für deren Unterbringung separate Räume benötigt werden, werden Haushaltsmittel für die Beauftragung eines externen Planungsbüros benötigt.

2. Welcher konkrete Leistungsumfang und welches Planungsziel wird der Position zu Grund gelegt?

   siehe Beantwortung zu Frage 1; das Ergebnis der Prüfung soll zu einer Entscheidung führen, ob die Machbarkeit einer möglichen Verlagerung der Technikakademie an die Heinrich-Büssing-Schule wirtschaftlich umsetzbar ist.

3. Nach welcher (schulfachlichen/baulichen) Priorisierung werden hierfür Finanzmittel in das IP für 2022 aufgenommen?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 sind unter dem Projekt 3E.210023 bislang für 2021 lediglich 100.000 € als Planungsmittel eingestellt worden. Neben der Idee, einen Campusstandort für einen Teil der berufsbildenden Schulen am Standort Salzdahlumer Straße mit der Heinrich-Büssing-Schule, der Deutschen Müllerschule, der Helene-Engelbrecht-Schule und der Technikakademie entstehen zu lassen und mögliche Synergien zwischen den im Berufsfeld Technik tätigen Heinrich-Büssing-Schule und Technikakademie zu generieren, geht es auch um die Möglichkeit, die evtl. freiwerdenden Räume der Technikakademie in der Schulanlage Kastanienallee einer oder mehrerer in der Innenstadt oder im unmittelbarem Umfeld gelegenen Schule/n zur Verfügung zu stellen.

Ergeben sich hieraus zeitliche und finanzielle Auswirkungen auf andere bereits geplante oder angedachte Schulbauvorhaben?

Nein.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 049 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210348

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Wilhelm-Gymnasium - Erweiterung G8/G9 Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus? Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt? Falls nein, in welchem Projekt im IP2021 ist die Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen? Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden? An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:
In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt. Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt darüber hinaus mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65/Ref. 0650 06.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 049 der CDU-Fraktion

Text:

Wilhelm-Gymnasium - Erweiterung G8/G9

Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?

Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt?

Falls nein, in welchem Projekt im IP2021 ist die Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?

Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt.

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Im noch geltenden IP sind bei dem Sammelprojekt Projekt 4S.210096 Gymnasien/bauliche Maßnahmen G8-G9 ab 2020 insgesamt 20 Mio. € als grober Kostenrahmen für die Planung und Umsetzung der für die Wiedereinführung des Abiturs im 13. Schuljahr erforderlichen Baumaßnahmen an den Braunschweiger Gymnasien eingeplant. Lediglich für das Martino-Katharineum war von vornherein ein Einzelprojekt 4E.210286 eingerichtet.

Im Verwaltungsentwurf zum IP 2020 – 2024 wurden diese Mittel wegen des Grundsatzes der Einzelveranschlagung haushaltsneutral auf neue Einzelprojekte 4E.210xxx aufgeteilt, so auch für das Wilhelm-Gymnasium. Haushaltsmittel für andere Schulbauprojekte mussten daher nicht verschoben werden.

Bei den ausgewiesenen Gesamtkosten von 4 Mio. € handelt es sich ebenfalls um einen groben Kostenrahmen, da weder ein Raumprogramm noch eine Analyse der Bestands-situation vorliegt.

Die für 2021 eingeplanten Haushaltsmittel sind für die Planung der Einrichtung G9 vorgesehen. Mittel für eine neue Sporthalle sind nicht enthalten.

Die Priorisierung aller städtischen Bauprojekte und damit auch der Schulbauprojekte spiegelt sich im Investitionsprogramm wider, das die Verwaltung den politischen Gremien im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen als Entwurf vorlegt und ggf. einschl. der von der Politik gewünschten Veränderungen vom Rat beschlossen wird. Es gibt keine andere Prioritätenliste.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann / gez. Franke
FBL 65 / RefL 0650

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 049 - der Fraktion CDU

Text:

Wilhelm-Gymnasium - Erweiterung G8/G9
Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?
Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt?
Falls nein, in welchem Projekt im IP2021 ist die Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?
Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das IP 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion "Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen") durch einen eventuellen erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?
An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Begründung:

In der Mitteilung der Verwaltung (DS.-Nr. 20-14488-01) zur Sitzung des Schulausschusses am 13.11.2020 heißt es: "ein Planungsbeginn der Bauverwaltung [..] setzt ein vom VA beschlossenes Raumprogramm voraus.“ Ein Raumplanbeschluss für das Projekt ist bisher nicht erfolgt.
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt darüber hinaus mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 049 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Auf welcher Grundlage wurde der bisherige Finanzbedarf ermittelt und wie sieht die geplante Umsetzung der Erweiterung aus?

   Die Finanzraten basieren auf bisherigen Erfahrungswerten der Schulsanierung. Genaueres zu möglichen Kosten sowie den Planungs- und Bauzeiten kann erst nach Abschluss der Grundlagenermittlung, des Vorentwurfs und des Entwurfs benannt werden. Die Ergebnisse werden dann im Rahmen der Objekt- und Kostenfeststellung dem Bauausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

2. Ist hierbei der Ausgleich der fehlenden Sporthallenkapazitäten berücksichtigt?

   Nein.

3. Falls nein, in welchem Projekt im IP 2021 ist die Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten vorgesehen?

   In keinem der im IP enthaltenen Projekte ist bislang ein Neubau einer Sporthalle für das Wilhelm-Gymnasium enthalten, da auch eine gemeinsame Lösung zur Abdeckung der fehlenden Sporthallenkapazitäten an den Gymnasien Gaußschule, Kleine Burg und Wilhelm-Gymnasium mit den Schulleitungen diskutiert wird.

4. Welche konkreten (Schulbau-)Projekte, die für das Investitionsprogramm 2021 vorgesehen sind, müssen bei einer baulichen Umsetzung eines Erweiterungsbaus auf dem Bestandsgrundstück entsprechend des Vorschlags aus der DS 20-14488 (Antrag der CDU-Fraktion „Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen“) durch einen eventuell erhöhten Finanzbedarf verschoben werden?

   Erst nach Klärung der Höhe des Finanzbedarfs für zusätzliche Sporthallenkapazitäten kann eine Abstimmung über eine Anpassung des IP für ein neues Projekt erfolgen. Dabei müssen die baulichen und schulfachlichen Kriterien einer Priorisierung berücksichtigt werden.

An welcher Stelle in der Prioritätenliste wird das Projekt geführt?

Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 ist der Ausbau des Wilhelm-Gymnasiums zu G9 unter dem Projekt 4E.210348 mit jeweils 4 Mio. € verteilt über fünf Jahre ab 2020 enthalten.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 050 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210316

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule (Projekt 4E.210316) Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme? Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden? Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 050 der CDU-Fraktion

Text:

Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule (Projekt 4E.210316)

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?

Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt oder im IP nach hinten verschoben worden?

Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Bereits im geltenden IP 2019 – 2023 sind sowohl Mittel für die Fassadensanierung des Bestandsgebäudes an der Reichsstraße (Projekt 4E.210208) als auch Planungsmittel für einen Ersatzbau (Projekt 4E.210316) veranschlagt. Da sich herausgestellt hat, dass die Standsicherheit des Bestandsgebäudes in wenigen Jahren nicht mehr gegeben und eine Investition in das Gebäude nicht mehr wirtschaftlich ist, wurde von der Sanierung abgesehen.

Gem. Ratsbeschluss vom 24.03.2020 (Vorlage 20-12751) soll der Neubau der Schule in alternativer Beschaffung in einem erweiterten Totalunternehmermodell realisiert werden.

Die Hochbauverwaltung ist für die Projekte in alternativer Beschaffung mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestattet worden. Eine Beeinträchtigung der bereits im IP zur Eigenrealisierung vorgesehenen Projekte ist daher bei der Realisierung von Vorhaben in alternativer Beschaffung nicht gegeben.

Die Priorisierung der Bauvorhaben wird durch die Einplanung im IP dargestellt.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 050 - der Fraktion CDU

Text:

Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule (Projekt 4E.210316)
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen der Maßnahme?
Welche anderen (Schul-)Projekte sind zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort:

1. Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen zu einem Vorziehen des Neubaus der Helene-Engelbrecht-Schule?

   Die Standsicherheit des Schulgebäudes der Helene-Engelbrecht-Schule ist nach statischen Berechnungen in wenigen Jahren nicht mehr gegeben und eine Investition in das Gebäude nicht mehr wirtschaftlich.

2. Welche anderen (Schul-) Projekte sind dafür zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?

   Der Neubau der Schule soll in alternativer Beschaffung in einem erweiterten Totalunternehmermodell realisiert werden (Ds 20-12751). Die Rahmenbedingungen der Umsetzung sowie die Auswirkungen auf andere geplante Hochbaumaßnahmen entsprechen daher den Angaben, welche unter III. 1. zum Neubau der 6. IGS gemacht wurden.

3. An welcher Stelle der Prioritätenliste in den Jahren 2019, 2020 und 2021 ist dieses Projekt geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210316 geführt.

I. V.

Dr. Arbogast

- A 051 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.210315

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Neubau der 6. IGS (Projekt 4E.210315) Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen dieser Maßnahme? Welche anderen (Schul-)Projekte sind dafür zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden? Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:
Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 30.12.2020

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 051 der CDU-Fraktion

Text:

Neubau der 6. IGS (Projekt 4E.210315)

Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen dieser Maßnahme?

Welche anderen (Schul-)Projekte sind dafür zurückgestellt oder im IP nach hinten verschoben worden?

Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen.

Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Antwort der Verwaltung:

Der Rat hat am 18. Dezember 2018 die Verwaltung beauftragt, einen Standort zum Bau einer weiterführenden Schule mit Oberstufe vorzuschlagen und nach erfolgter Prüfung der Alternativen durch die Verwaltung den Neubau einer IGS zur Schaffung weiterer Kapazitäten beschlossen (Ds 18-09482). Der Neubau der 6. IGS soll in alternativer Beschaffung in einem erweiterten Totalunternehmermodell realisiert werden.

In der entsprechenden Mitteilung im Bauausschuss am 10.03.2020 (19-12306) ist dargestellt, dass die Hochbauverwaltung für die Projekte in alternativer Beschaffung mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestattet wurde, welche in einer neu geschaffenen Abteilung gebündelt wurden. Eine Beeinträchtigung der bereits im IP zur Eigenrealisierung durch die Hochbauverwaltung vorgesehen Projekte ist daher bei der Realisierung von Vorhaben in alternativer Beschaffung grundsätzlich nicht gegeben.

In der Drucksache 20-12968 hat die Verwaltung den möglichen Bauablauf für den Neubau der 6. IGS dargestellt, an dem sich die Verwaltung nach wie vor orientiert. Der Neubau der 6. IGS wird daher weder vorgezogen noch beeinträchtigt die Maßnahme die Umsetzung anderer geplanter Baumaßnahmen. So ist es auch in den beiden Gesprächen am 24. Januar und am 30. Oktober 2020 zum IP für interessierte Mitglieder des Schulausschusses dargestellt worden.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 051 - der Fraktion CDU

Text:

Neubau der 6. IGS (Projekt 4E.210315)
Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen hier zu einem Vorziehen dieser Maßnahme?
Welche anderen (Schul-)Projekte sind dafür zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?
Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

Begründung:

Durch den Beschluss der Haushaltssatzung inklusive des Investitionsprogrammes erfolgt mindestens für ein Jahr die Festlegung zur Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen an Schulen. Aufgrund wiederkehrender Fragen und Diskussionen zur Priorisierung von Maßnahmen, d.h. deren zeitlicher Reihenfolge, dem finanziellen Umfang von Baumaßnahmen an Schulen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf andere Bauprojekte, dienen die Antworten auf diese Fragen der Entscheidungsfindung.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 051 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. Welche konkreten Maßnahmen, die bei der Planung des IP 2020 nicht schon bekannt waren, führen zu einem Vorziehen der Maßnahme?

   Der Rat hat am 18. Dezember 2018 die Verwaltung beauftragt, einen Standort zum Bau einer weiterführenden Schule mit Oberstufe vorzuschlagen und nach erfolgter Prüfung der Alternativen durch die Verwaltung den Neubau einer IGS zur Schaffung weiterer Kapazitäten beschlossen (Ds 18-09482). Der Neubau der 6. IGS soll in alternativer Beschaffung in einem erweiterten Totalunternehmermodell realisiert werden (Ds 19-12306). In dieser Drucksache ist dargestellt, dass die Hochbauverwaltung für die Projekte in alternativer Beschaffung mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestattet wurde. Eine Beeinträchtigung der bereits im IP vorgesehen Projekte ist daher bei der Realisierung von Vorhaben in alternativer Beschaffung nicht gegeben. In der Drucksache 20-12968 hat die Verwaltung den möglichen Bauablauf für den Neubau der 6. IGS dargestellt, an dem sich die Verwaltung nach wie vor orientiert. Der Neubau der 6. IGS wird daher weder vorgezogen noch belastet die Maßnahme das IP. So ist es auch in den beiden Gesprächen am 24. Januar und am 30. Oktober 2020 zum IP für interessierte Mitglieder des Schulausschusses dargestellt worden.

2. Welche anderen (Schul-) Projekte sind dafür zurückgestellt, oder im IP nach hinten verschoben worden?

   siehe Beantwortung zu Frage 1.

3. Wo ist das Projekt in der Prioritätenliste 2019, 2020 und 2021 geführt?

   Im Entwurf des Haushalts 2021 einschl. des IP 2020 bis 2024 wird das Vorhaben unter dem Projekt 4E.210137 geführt.

I. V.

Dr. Arbogast

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 (65) / FB 65 (FB 41)
Produkt 4E.210333

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.92, S. 154, S. 1161 Während im Vorbericht auf S. 92 für die Kunsthalle Hamburger Straße 267 eine Instandhaltungssumme von 400.000 EUR angegeben ist, wird auf der Seite 154 und Seite 1161 660.000 EUR angegeben. → Welche Zahl ist korrekt?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat VIII/Fachbereich 65 12.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 052 der Fraktion P²

Text:

S. 92, S. 154, S. 1161

Während im Vorbericht auf S. 92 für die Kunsthalle Hamburger Straße 267 eine Instandhaltungssumme von 400.000 EUR angegeben ist, wird auf der Seite 154 und Seite 1161 660.000 EUR angegeben.

→ Welche Zahl ist korrekt?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort der Verwaltung:

Die Baumaßnahme umfasst die Sanierung des Daches sowie die Installation einer Brandwarnanlage und weitere Brandschutzmaßnahmen in der Ausstellungshalle an der Hamburger Str. 267. Bei dem entsprechenden Projekt 4E.210333 handelt es sich haushalterisch um ein Mischprojekt, bestehend aus investiven und nicht investiven Kostenanteilen.

Die Gesamtkosten betragen 660.000 €; hiervon entfallen 260.000 € auf die Brandwarnanlage, die als wertverbessernde Teilmaßnahme zu betrachten ist (Investition).

Die übrigen Teilmaßnahmen – Dachsanierung und weitere Brandschutzmaßnahmen (z. B. feuerfeste Verkleidungen des Dachtragwerks, Feuerschutzvorhang, De- und Remontage der Sicherheitsbeleuchtungsanlage) – sind buchhalterisch als Aufwand (Instandhaltung) zu behandeln.

In der Tabelle auf Seite 92 des Vorberichts werden besondere Instandhaltungsprojekte mit ihren (Teil-)Kosten aufgeführt.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

- A 053 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65), FB 65 (FB 51)
Produkt
4E.210291

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Jugendzentrum B58 Wieso sind im IP 2021 nur 9.970.000 € eingestellt, obwohl die Kostenschätzung der Verwaltung für die Sanierung des B58 einen finanziellen Bedarf in Höhe von 16,2 Mio. € ergeben hatte? Wann und in welchen Raten wird der restliche Finanzbedarf bereitgestellt?

Begründung:
Ende 2019 wurde im Rat intensiv über eine Machbarkeitsstudie zur Zukunft des Jugendzentrums B58 am Bültenweg diskutiert. Diese Machbarkeitsstudie hatte Sanierung, Neubau am selben Standort und Neubau an einem neuen Standort miteinander verglichen und war dabei jeweils auf Werte von knapp über 16 Millionen Euro gekommen. Im Verwaltungsentwurf der Verwaltung für den Haushalt sind jedoch nur rund 10 Millionen Euro eingeplant.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat VIII/Fachbereich 65 12.01.2021

Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2021 A 053 der CDU-Fraktion

Text:

Jugendzentrum B58

Wieso sind im IP 2021 nur 9.970.000 € eingestellt, obwohl die Kostenschätzung der Verwaltung für die Sanierung des B58 einen finanziellen Bedarf in Höhe von 16,2 Mio. € ergeben hatte?

Wann und in welchen Raten wird der restliche Finanzbedarf bereitgestellt?

Begründung:

Ende 2019 wurde im Rat intensiv über eine Machbarkeitsstudie zur Zukunft des Jugendzentrums B58 am Bültenweg diskutiert. Diese Machbarkeitsstudie hatte Sanierung, Neubau am selben Standort und Neubau an einem neuen Standort miteinander verglichen und war dabei jeweils auf Werte von knapp über 16 Millionen Euro gekommen.

Im Verwaltungsentwurf der Verwaltung für den Haushalt sind jedoch nur rund 10 Millionen Euro eingeplant.

Antwort der Verwaltung:

Im Jahre 2019 wurde eine umfangreiche Machbarkeitsstudie zu möglichen Optionen der Zukunft des Jugendzentrums B58 begonnen. Die Anmeldung von Haushaltsmitteln in Höhe von 9.970 Mio. € für die Sanierung des B58 erfolgte bereits zum IP 2020 in einer frühen Phase dieser Studie entsprechend des zum Zeitpunkt der Haushaltsanmeldung aktuellen Sachstandes.

Seitdem wurde die Studie aufgrund neuer und zusätzlich zu betrachtender Aspekte, welche sich im Laufe der Bearbeitung ergaben, kontinuierlich weiterentwickelt, womit sich auch eine Veränderung des Projektvolumens ergab. Eine Anpassung der Haushaltsmittel wird jedoch sinnvoll erst durchgeführt werden, wenn die Studie abgeschlossen und ein konkretes Szenario für die Zukunft des B58 nebst dem dafür erforderlichen Finanzvolumen durch die zuständigen Gremien beschlossen sein wird.

gez. Herlitschke
Dez. VIII

gez. Eckermann
FBL 65

- A 054 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt 5E.660138 5E.660139

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Radschnellwege Welche Fördermittel fließen in die Projekte 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg / 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellweg ein? Wie hoch ist der geplante Netto-Eigenbeitrag der Stadt Braunschweig?

Begründung:
Eine Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 054 der Fraktion CDU

Text:

Radschnellwege
Welche Fördermittel fließen in die Projekte 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg / 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellweg ein?
Wie hoch ist der geplante Netto-Eigenbeitrag der Stadt Braunschweig?

Begründung:

Eine Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

Antwort:

RSW BS-Salzgitter-Thiede/Wolfenbüttel

Die Planungs- und Baukosten in Höhe von 17,2 Mio. € basieren auf den Machbarkeits-studien aus 2011 und 2017, indiziert auf 2020. Beim Regionalverband liegt ein Förderbescheid in Höhe von 12,9 Mio. € vor.

Der Anteil der Stadt Braunschweig an den Fördermitteln liegt entsprechend dem Projektanteil in der Größenordnung von ca. 8,5 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig beläuft sich nach derzeitigem Stand auf ca. 4 Mio. € zzgl. Grunderwerb.

RSW BS-Lehre-WOB

Die Planungs- und Baukosten in Höhe von 18,6 Mio. € basieren auf der Machbarkeitsstudie aus 2017. Diese Kosten sind noch nicht indiziert. Ein Förderbescheid liegt nicht vor.

Der Anteil der Stadt Braunschweig an den Fördermitteln liegt entsprechend dem Projektanteil und einer konservativ geschätzten Förderung in der Größenordnung von ca. 3,0 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Braunschweig beläuft sich nach derzeitiger Schätzung auf ca. 2,7 Mio. € zzgl. Grunderwerb.

gez. Leuer
Dez. III

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Produkt 4S.660012

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:
S. 1173 4S.660012 Finanzmittel für Baumaßnahmen im bestehenden Radwegenetz (Neubauten von Radwegen) → Gibt es eine Auflistung der geplanten neuen Radwege in 2021?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 055 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

S. 1173
4S.660012 Finanzmittel für Baumaßnahmen im bestehenden Radwegenetz (Neubauten von Radwegen)
→ Gibt es eine Auflistung der geplanten neuen Radwege in 2021?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Die für 2021 geplanten Maßnahmen lassen sich DS 20-14388 entnehmen. Für den Radwegebau sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Radweg Lamme/Wedtlenstedt (Realisierung in Abhängigkeit vom Grunderwerb)
- Stadtstraße Nord (vorbehaltlich der politischen Beschlussfassung: Realisierung auf einem ersten Abschnitt)
- Kreisverkehr Mascheroder Weg/Senefelderstraße
- Kreisverkehr Hermann-Blenk-Straße
- Deckenerneuerungsprogramm Radwege
- Neubau der Sidonienbrücke
- Querungshilfe Cyriaksring/Blumenstraße
- Verbesserung Querung Wallring/Sonnenstraße/Am Hohen Tore für Radfahrende
- Verbesserung Querung Celler Straße/Freisestraße/Maschstraße für Radfahrende

gez. Leuer
Dez. III

- A 056 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
3E.66NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich des Umsetzungsstandes einer Projektplanung für eine veloroutenähnliche Verbindung entlang der Uferstraße folgende Fragen zu beantworten: 1. Ist eine entsprechende Beauftragung zur Erstellung einer Planung für die Uferstraße mittlerweile erfolgt? 2. Wann ist mit der Vorstellung der Ergebnisse zu rechnen? 3. Kann die Verwaltung bereits Aussagen über den möglichen Kostenrahmen einer Umgestaltung der Uferstraße treffen?

Begründung:
In den Haushalt 2020 wurden Haushaltsmittel für eine Projektstudie zur Realisierung einer veloroutenähnlichen Verbindung entlang der Uferstraße in Höhe von 30.000 € eingestellt. Da der Umbau der Uferstraße im Sinne einer fahrradfreundlichen Stadt eine wichtige Stärkung und Attraktivitätssteigerung für alle diejenigen, die aus dem Norden/Nordwesten der Stadt in die Innenstadt fahren, darstellt, ist eine zeitnahe Realisierung der im Rahmen der Projektsstudie erarbeiteten Planung notwendig.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 056 der Fraktion SPD

Text:

Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich des Umsetzungsstandes einer Projektplanung für eine veloroutenähnliche Verbindung entlang der Uferstraße folgende Fragen zu beantworten:
1. Ist eine entsprechende Beauftragung zur Erstellung einer Planung für die Uferstraße mittlerweile erfolgt?
2. Wann ist mit der Vorstellung der Ergebnisse zu rechnen?
3. Kann die Verwaltung bereits Aussagen über den möglichen Kostenrahmen einer Umgestaltung der Uferstraße treffen?

Begründung:

In den Haushalt 2020 wurden Haushaltsmittel für eine Projektstudie zur Realisierung einer veloroutenähnlichen Verbindung entlang der Uferstraße in Höhe von 30.000 € eingestellt. Da der Umbau der Uferstraße im Sinne einer fahrradfreundlichen Stadt eine wichtige Stärkung und Attraktivitätssteigerung für alle diejenigen, die aus dem Norden/Nordwesten der Stadt in die Innenstadt fahren, darstellt, ist eine zeitnahe Realisierung der im Rahmen der Projektstudie erarbeiteten Planung notwendig.

Antwort:

Zu 1.) Zurzeit wird der vorhandene Straßenkörper gutachterlich untersucht, um den Sanierungsaufwand zu ermitteln. Parallel zur laufenden Herleitung der Definition einer Veloroute entwickelt die Verwaltung – daran angelehnt – eine grundsätzliche Lösung für die Uferstraße. Darauf aufbauend werden, soweit erforderlich, noch Planungsleistungen beauftragt werden.
Zu 2.) Die grundsätzliche Planungslösung wird bis Mitte des Jahres vorgestellt.
Zu 3.) Der Kostenrahmen ist noch nicht bekannt, wird aber wegen des Erneuerungsbedarfs der Fahrbahn auf jeden Fall deutlich sechsstellig sein. Im südlichen Abschnitt wird eine bauliche Umsetzung erst nach Abschluss der Arbeiten am Heizkraftwerk möglich sein, da diese die Uferstraße mit beanspruchen.

gez. Leuer
Dez. III

- A 057 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67, 20(65) / FB 67 (FB 40, FB 65)
Produkt
diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
fehlende Sporthallenkapazitäten In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Schaffung von zusätzlichen Sporthallenkapazitäten aufgeführt? An welchen Standorten und mit welchen Kapazitäten sollen die Hallen umgesetzt werden? Wann ist jeweils der geplante Fertigstellungstermin? Sind damit alle Sporthallendefizite für den a) Schulsport und b) Vereinssport ausgeglichen? Falls nein, wie hoch schätzt die Verwaltung den Finanz- und Zeitbedarf, um die benötigten Sporthallenkapazitäten über das IP zur Verfügung zustellen?

Begründung:
Nach wie vor fehlen in Braunschweig Sporthallenkapazitäten für den Unterricht an den Schulen, aber auch für den Vereinssport. Bei einer ersten flüchtigen Durchsicht des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt 2021 konnte jedoch nicht entdeckt werden, ob die Verwaltung die bestehenden Defizite in den kommenden Jahren abbauen will.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 057 - der Fraktion CDU

Text:

fehlende Sporthallenkapazitäten
In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Schaffung von zusätzlichen Sporthallenkapazitäten aufgeführt?
An welchen Standorten und mit welchen Kapazitäten sollen die Hallen umgesetzt werden?
Wann ist jeweils der geplante Fertigstellungstermin?
Sind damit alle Sporthallendefizite für den a) Schulsport und b) Vereinssport ausgeglichen? Falls nein, wie hoch schätzt die Verwaltung den Finanz- und Zeitbedarf, um die benötigten Sporthallenkapazitäten über das IP zur Verfügung zu stellen?

Begründung:

Nach wie vor fehlen in Braunschweig Sporthallenkapazitäten für den Unterricht an den Schulen, aber auch für den Vereinssport.
Bei einer ersten flüchtigen Durchsicht des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt 2021 konnte jedoch nicht entdeckt werden, ob die Verwaltung die bestehenden Defizite in den kommenden Jahren abbauen will.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 057 - der Fraktion CDU

Antwort:

1. In welchen Positionen des IP sind Finanzmittel für die Schaffung von zusätzlichen Sporthallenkapazitäten aufgeführt?

   4E.210343 GS Schunteraue, Aufgabe Außenstelle und Einrichtung GTB/Neubau Mehrzweckraum (der Mehrzweckraum könnte ggf. auch für den Schulsport genutzt werden)
   4E.210276 GS Querum, Erweiterung und Einrichtung GTB/Neubau Schulsporthalle (Kapazität noch offen)
   4E.210346 GS Melverode, Neubau Schulsporthalle (Zwei-Fach-Halle)
   3E.210013 GS Alt-Petritor (Westl. Ringgebiet) incl. Zweifeld-Sporthalle
   4E.210326 Sally-Perel-Gesamtschule, Neubau Schulsporthalle (Drei-Fach-Halle)
   4E.210292 Oswald-Berkhan-Schule, Erweiterung incl. Sporthalle (Kapazität noch offen)
   4E.210315 6. IGS, Neubau (einschl. Vier-Fach-Halle)

2. An welchen Standorten und mit welchen Kapazitäten sollen die Hallen umgesetzt werden?

   siehe Beantwortung zu Frage 1.

3. Wann ist jeweils der geplante Fertigstellungstermin?

   GS Schunteraue: offen
   GS Querum: offen
   GS Melverode: voraussichtl. Beginn Schuljahr 2024/2025
   GS Alt-Petritor: voraussichtl. Beginn Schuljahr 2024/2025
   Sally-Perel-Gesamtschule: voraussichtl. Beginn Schuljahr 2022/2023
   Oswald-Berkhan-Schule: offen
   6. IGS: voraussichtl. Beginn Schuljahr 2025/2026

4. Sind damit alle Sporthallendefizite für den a) Schulsport und b) Vereinssport ausgeglichen?

   a) Nein.
   b) Nein.

5. Falls nein, wie hoch schätzt die Verwaltung den Finanz- und Zeitbedarf, um die benötigten Sporthallenkapazitäten über das IP zur Verfügung zu stellen?

   Eine Aussage hierzu kann erst getroffen werden, wenn die konkreten Defizite an Sporthallenkapazitäten bekannt sind und im Rahmen eines gesamtstädtischen Konzeptes entwickelt wurde, an welchen Standorten durch den Neubau von Sporthallen noch zu definierender Größe neue Kapazitäten geschaffen werden sollen.

I. V.

Dr. Arbogast

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 67 / FB 67
Produkt 5E.670073

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 906 / S. 1213 FB 67 5E.670073 Dirtparcours / Errichtung Mit DS 20-14004 ISEK Stand Juli 2020 wurde mitgeteilt, dass die Vorplanungen laufen. Für 2021 sind Personalressourcen eingeplant. → Wo soll der Dirtparcours entstehen?

Begründung:
Transparenz bei Planungsvorhaben, die im Haushalt aufgeführt sind.

Gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 67 Datum: 22.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 0670.10

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 058 der Fraktion P²

Text:

S. 906 / S. 1213
FB 67 5E.670073 Dirtparcours / Errichtung

Mit DS-20-14004 ISEK Stand Juli 2020 wurde mitgeteilt, dass die Vorplanungen laufen. Für 2021 sind Personalressourcen eingeplant.

-> Wo soll der Dirtparcours entstehen?

Begründung:

Transparenz bei Planungsvorhaben, die im Haushalt aufgeführt sind.

Antwort:

Die Errichtung bzw. Herstellung des Dirtparcours soll gemäß dem Investitionsprogramm (aus dem aktuellen Haushaltsentwurf) im Haushaltsjahr 2022 erfolgen. Ein Standort steht noch nicht endgültig fest, da zur Zeit die verwaltungsinternen Vorplanungen laufen, die auch die Bewertung mehrerer alternativer Standorte für den Dirtparcors beinhalten.

I. A.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 059 -

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67 / FB 67
Produkt
4S.670028

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Gibt es in anderen Kommunen Gerichtsentscheidungen zu vereinbarten kapitalisierten Pflegekosten wie die zum Baugebiet Trakehnenstraße (1 MN 116/19), die gerichtlich überprüft wurden? Und gibt es dabei auch Entscheidungen zu Zeiträumen von weniger als 20 Jahren für die Übernahme der Pflegekosten? ´Wurden in Braunschweig auch andere laufende Verträge aufgehoben bzw. geändert, in denen die Übernahme kapitälisierter Pflegekosten durch Bauträger / Investoren vereinbart waren? Wurden, veranlasst durch die Gerichtsentscheidung, in Braunschweig auch kapitalisierte Pflegekosten von Bauträgern/Investoren für frühere Bauvorhaben zurückverlangt und ggf. zurückerstattet? Sind von der Problematik auch die Pflege und Entwicklung von Ausgleichsflächen betroffen und wenn ja, ab welcher Pflegedauer?

Begründung:
Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg lehnt eine vertraglichlich gesicherte Übernahme kapitalisierter Pflegekosten für Grünflächen in Baugebieten durch Investoren nicht grundsätzlich ab, sondern setzt sie unter anderem in Relation zur Dauer der Pflege: "Je weiter der Unterhaltungszeitraum in die Zukunft ausgedehnt wird, desto schwerer fällt es, einen nach den vorgenannten Maßgaben relevanten Kausalzusammenhang zu konstruieren."

Astrid Buchholz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB 67
(ggfs. Abt./Stelle)

Datum: 22.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 059 der Fraktion BIBS

Text:

Gibt es in anderen Kommunen Gerichtsentscheidungen zu vereinbarten kapitalisierten Pflegekosten, wie die zum Baugebiet Trakehnenstraße (1 MN 116/19)? Gibt es Entscheidungen zu Zeiträumen von weniger als 20 Jahren für die Kostenübernahme? Wurden in Braunschweig auch andere laufenden Verträge aufgehoben bzw. abgeändert, in denen die Übernahme kapitalisierter Pflegekosten durch Bauträger/Investoren vereinbart waren?
Für vollständigen Text s. Anfrage/Anregung

Begründung:

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg lehnt eine vertraglich gesicherte Übernahme kapitalisierter Pflegekosten für Grünflächen in Baugebieten durch Investoren nicht grundsätzlich ab, sondern setzt sie unter anderem in Relation zur Dauer der Pflege: "Je weiter der Unterhaltungszeitraum in die Zukunft ausgedehnt wird, desto schwerer fällt es, einen nach den vorgenannten Maßgaben relevanten Kausalzusammenhang zu konstuieren."

Antwort:

Für die Stadt Braunschweig ist die vom Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht Lüneburg getroffene Entscheidung maßgeblich. Andere Gerichtsentscheidungen zu dieser Problematik sind nicht bekannt.
Zum Sachverhalt verweist die Verwaltung auf die ausführliche Mitteilung an die Politik vom 16.09.2020, DS-Nr. 20-14008.
Noch nicht fällig gewordene Ansprüche der Stadt auf Zahlung von kapitalisierten Pflegekosten werden nach Kenntnis des OVG-Beschlusses in Sachen Trakehnenstraße vom 02.06.2020 nicht mehr angefordert. Über etwaige Rückforderungsansprüche muss im Einzelfall entschieden werden.

I. A.

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 67 / FB 67
Produkt 1.55.5510.06

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 886 1.55.5510.06 - Parkanlagen und Grünanlagen Aus den Produktkennzahlen geht hervor, dass es bisher nur sehr geringe Veränderungen in der m²-Grünfläche pro Einwohner gab. → Wie viele m² Fläche sollen in 2021 versiegelt und wie viel versiegelte Fläche in Pocket Parks umgewandelt werden?

Begründung:
Klima-, Lärm-, Bodenschutz, Flächenversiegelung

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 67 Datum: 22.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 060 der Fraktion P²

Text:

S. 886
1.55.5510.06 - Parkanlagen und Grünanlagen
Aus den Produktkennzahlen geht hervor, dass es bisher nur sehr geringe Veränderungen in der m²-Grünfläche pro Einwohner gab.

-> Wie viele m²-Fläche sollen in 2021 versiegelt und wie viel versiegelte Fläche in Pocket Parks umgewandelt werden?

Begründung:

Klima-, Lärm-, Bodenschutz, Flächenversiegelung

Antwort:

Im Bereich der Parkanlagen und Grünanlagen sind im Jahr 2021 keine Versiegelungen geplant. Eventuelle Entsiegelungen durch die Errichtung von Pocket-Parks haben keinerlei nennenswerten Einfluß auf die Kennzahl.

I. A.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 68 / FB 68
Produkt 4E.680020

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:
S. 1235 FB 68: Mit 4E.680020 wird ein Hochwasserschutzsystem umgesetzt. → Handelt es sich hierbei um das mobile Schlauchsystem, welches 2019 mit der Vorlage 19-1108 beschlossen wurde?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB VIII/68
(ggfs. Abt./Stelle)

Datum: 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 061 der Fraktion P²

Text:

S. 1235
FB 68: Mit 4E.680020 wird ein Hochwasserschutzsystem umgesetzt.

→ Handelt es sich hierbei um das mobile Schlauchsystem, welches 2019 mit der Vorlage 19-1108 beschlossen wurde?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Das Projekt 4E.680020 „Hochwasserschutzsystem / Umsetzung“ betrifft nicht das mobile Schlauchsystem. Vielmehr dienen die angesetzten Mittel i. H. v. insgesamt 1,238 Mio. € der Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes für die Stadt Braunschweig, das dem Planungs- und Umweltausschuss und dem Feuerwehrausschuss am 15.02. bzw. am 15.03.2020 (Mitteilung 19-12440) vorgestellt wurde. Um hier Missverständnissen vorzubeugen, soll das Projekt im Sinne der Haushaltsklarheit die Bezeichnung „Hochwasserschutzkonzept / Umsetzung“ erhalten.

I.A.
Gez.
Gekeler

_____
Unterschrift (FBL68)

DIE LINKE
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 68 / FB 68
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Im Teilergebnishaushalt FB 68 Umwelt werden im Jahr 2021 im Saldo rund 3,5 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt als im Vorjahr. Dies ist auch nachvollziehbar, weil damit der größeren Bedeutung des Themas Rechnung getragen wird und es sich außerdem um einen neu (jedenfalls ganzjährig) entstandenen Fachbereich handelt. Nicht nachvollziehbar ist aber die mittelfristige Finanzplanung für diesen Bereich. Bereits im Jahr 2022 soll der Betrag um rund 2,8 Mio. Euro sinken und im Jahr 2024 sollen mit 6,1 Mio. Euro sogar weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden als in diesem Jahr (6,3 Mio). Die Verwaltung wird gebeten, diese Entwicklung zu erläutern.

Begründung:

Unterschrift

Dezernat VIII/FB 68 Datum: 05.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 062 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Im Teilergebnishaushalt FB 68 Umwelt werden im Jahr 2021 im Saldo rund 3,5 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt als im Vorjahr. Dies ist auch nachvollziehbar, weil damit der größeren Bedeutung des Themas Rechnung getragen wird und es sich außerdem um einen neu (jedenfalls ganzjährig) entstandenen Fachbereich handelt. Nicht nachvollziehbar ist aber die mittelfristige Finanzplanung für diesen Bereich. Bereits im Jahr 2022 soll der Betrag um rund 2,8 Mio. Euro sinken und im Jahr 2024 sollen mit 6,1 Mio. Euro sogar weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden als in diesem Jahr (6,3 Mio.).

Die Verwaltung wird gebeten, diese Entwicklung zu erläutern.

Begründung:

k. A.

Antwort:

Die Steigerung der Aufwendungen des Teilergebnishaushaltes 2021 beruht im Wesentlichen auf einer Veränderung der Haushaltsmitteleinplanung für die Altlastensanierungsmaßnahme 4E.680010 Voigtländer (vormals 4E.610010 im Haushaltsplan 2020) und Neu: 4E.680019 – Altlastensanierung Gebhard-von-Bortfelde-Weg.

Bei der Altlastenmaßnahme Voigtländer ist jetzt vorgesehen, den gesamten geplanten Finanzbedarf für die Sanierung der Altlast in einem Gesamtbetrag zum Haushalt 2021 auszuweisen – und nicht wie in der bisherigen Planung aufgeteilt auf verschiedene Jahresraten. Hintergrund für die Umstellung ist die Überlegung, für nicht verbrauchte Haushaltsmittel eine Rückstellung bilden zu können, die künftig bedarfsgerecht aufgebraucht werden kann. Hierfür ist die Veranschlagung des gesamten Bedarfes im Haushaltsjahr erforderlich. Damit wird es möglich, auf aktuelle Anfordernisse bei der Durchführung der Sanierungsmaßnahme, unabhängig von jährlichen Haushaltsplan-ansätzen und etwaig notwendiger Neuveranschlagungen nicht übertragbarer Haushalts-restmittel, reagieren zu können. Die Maßnahme kann somit, von der Haushaltsbewirt-schaftung entkoppelt, zeitnah durchgeführt werden. Durch die Vorziehung der Finanzierungsraten kommt es zwangsläufig zu in Folgejahren erfolgenden Reduzierungen der Haushaltsmittelbedarfe. Der erforderliche Finanzbedarf für die Maßnahme bleibt insgesamt gleich.

I.A.
Gez.
Gekeler

_____
Unterschrift (FBL68)

- A 063 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsst. 0800
Produkt
4S.00NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene bestehen, Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe u. ä. bei der Anschaffung von umweltfreundlichen Fahrzeugen finanziell zu unterstützen.

Begründung:
Handwerksfahrzeuge sollen umweltfreundlich werden und gegen dieselbetriebene Pkw ausgetauscht werden. Gewerbetreibende und Handwerksbetriebe beliefern in großem Maße Kunden im Stadtgebiet oder suche sie mit Handwerksfahrzeugen auf. Dabei müssen oft kürzere Strecken mit Stop-and-go überwunden werden.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB VI
(ggfs. Abt./Stelle) 0800

Datum: 07.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. 063 der Fraktion SPD

Text:

Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene bestehen, Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe u. ä. bei der Anschaffung von umweltfreundlichen Fahrzeugen finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Handwerksfahrzeuge sollen umweltfreundlich werden und gegen dieselbetriebene Pkw ausgetauscht werden.
Gewerbetreibende und Handwerksbetriebe beliefern in großem Maße Kunden im Stadtgebiet oder suche sie mit Handwerksfahrzeugen auf. Dabei müssen oft kürzere Strecken mit Stop-and-go überwunden werden.

Antwort:

Aktuell können Zuschüsse vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen des Umweltbonus beantragt werden. Gefördert wird der Erwerb von Elektro-, Hybrid- oder Brennstoffzellenfahrzeugen. Die Finanzierung des Umweltbonus erfolgt durch den Hersteller des Fahrzeuges und durch Bundeszuschüsse. Nähere Informationen hierzu unter:
https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BAFA/umweltbonuselektrisch-betriebene-fahrzeuge.html

Bis zum 14.09.2020 konnten Anträge im Rahmen des Aufrufs „Förderung von elektrischen Nutzfahrzeugen für Handwerksunternehmen und KMU 08/2020“ eingereicht werden. Eine Fortsetzung der Förderung ist noch nicht bekannt.

Weitere Ausschreibungen für Förderprogramme auf Bundesebene sind unter folgender Adresse zu finden: https://www.mobilitaet-nds.de/foerderung-bund.html

I. A.

Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 68 / FB 68
Produkt 1.56.5610.11

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 946 1.56.5610.11 Umweltinformationssystem (siehe auch https://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/umwelt_diverse/uis_bs.php) Hier sind keine finanziellen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 hinterlegt. → Aus welchem Grund ist das so?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB VIII/68 Datum: 08.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 064 der Fraktion P²

Text:

S. 946
1.56.5610.11 Umweltinformationssystem

(siehe auch https://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/umwelt_diverse/uis_bs.php)
Hier sind keine finanziellen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 hinterlegt.

→Aus welchem Grund ist das so?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Um das Umweltinformationssystem (UIS) wie bisher bereitzustellen sind keine eigenständigen Budgetmittel notwendig. Schon seit einigen Jahren werden daher keine Zahlungen auf diesem Produkt gebucht. Es fallen lediglich interne Aufwendungen für vorhandenes Personal sowie Software und EDV-Kosten an, die über entsprechende Konten als Umlagen und Verteilungen abgebildet werden.

I.A.
Gez.
Gekeler

_____
Unterschrift (FBL68)

- A 065 -

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
Anfrage bezüglich der Reduzierung des Veranstaltungsetats FB 41 Im Vorschlag der KGSt V026 für den FB 41 ist die Reduzierung des Veranstaltungsetats um 100.000 € vorgesehen. In der Stellungnahme der Verwaltung wird berichtet, dass sich diese Kürzung negativ auf den Betrieb der Halle 267 auswirkt, weil dann nur noch ein Basisbetrieb verwirklicht werden kann. Wir fragen die Verwaltung: 1. Wie wirkt sich die Kürzung des Veranstaltungsetats auf den Betrieb der Halle 267 im Jahr 2021 aus? 2. Wie setzt sich der Basisbetrieb zusammen? 3. Welche Mittel wären nötig, um die Halle 267 im Sinne des Konzeptes zu betreiben?

Begründung:

gez. Elke Flake

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB IV/41 Datum: 12.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 065 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Anfrage bezüglich der Reduzierung des Veranstaltungsetats FB 41. (…)
Wir fragen die Verwaltung:
1. Wie wirkt sich die Kürzung des Veranstaltungsetats auf den Betrieb der Halle 267 im Jahr 2021 aus?
2. Wie setzt sich der Basisbetrieb zusammen?
3. Welche Mittel werden benötigt, um die Halle 267 im Sinne des Konzeptes zu betreiben?
Hinsichtlich des vollständigen Textes wird auf den Antrag verwiesen.

Begründung:

Siehe Anfrage.

Antwort:

Siehe Anlage.

Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Reduzierung des Veranstaltungsetats FB 41

1. Wie wirkt sich die Kürzung des Veranstaltungsetats auf den Betrieb der Halle 267 im Jahr 2021 aus?

Aufgrund der Erfordernisse des Haushaltsoptimierungsprozesses sind die eigentlich erforderlichen Mittel für den Betrieb der „halle267“ erneut nicht für den Haushalt 2021 als Sondermittel angemeldet worden. Die Finanzierung erfolgt daher aus dem Veranstaltungsbudget des FB 41. Geplant ist ein Sockelbetrag i. H. v. ca. 40.000 €. Zusätzlich wird der Versuch unternommen, Sponsorenmittel im Umfang von ca. 30.000 € zu akquirieren. Außerdem wird angestrebt, einige aufgrund der Corona-Situation nicht verausgabte Mittel aus dem Jahr 2020 in das neue Jahr zur Finanzierung der „halle267“ zu übertragen. Damit wird es voraussichtlich im Jahr 2021 möglich sein, drei Ausstellungen durchzuführen, die der FB 41 selbst finanziert. In den verbleibenden Ausstellungszeiträumen sollen die Räumlichkeiten an Dritte vermietet werden.

Aufgrund der möglichen Mittelübertragung aus dem Jahr 2020 sollte eine Reduzierung des Veranstaltungsetats des FB 41 keine Auswirkungen auf die Planungen für das Jahr 2021 in Bezug auf die „halle267“ haben. Diese Situation ist jedoch nicht für die Folgejahre zu übertragen. Der Einsatz des Stammbudgets des FB 41 für den Weiterbetrieb der „halle267“ führt stets dazu, dass Planungen für sonstige Veranstaltungen, Kooperationen und Kulturprojekte entsprechend reduziert werden müssen, was der kulturellen Vielfalt in der Stadt abträglich ist. Auf inhaltlich interessante und aufwändige Formate muss FB 41 verzichten, da hierfür infolge der Reduzierung die Planungs- und Umsetzungsmittel fehlen. Die Mitfinanzierung der Halle 267 aus dem Stammbudget verschärft diese Lage weiter.

2. Wie setzt sich der Basisbetrieb zusammen?

Der Basisbetrieb sieht ca. drei Ausstellungen im Ausstellungsjahr vor, die durch den FB 41 organisiert werden. Um vor allem Künstlerinnen und Künstlern aus der Region die Möglichkeit zur Präsentation in der „halle267“ bieten zu können, ist diese organisatorische und finanzielle Unterstützung des FB 41 unablässig. Die Bewerberlage in den vergangenen Jahren hat dies immer wieder bestätigt. Nur den etablierten Institutionen oder größeren Gruppenausstellungen ist es möglich, die Finanzierung einer Ausstellung selbstständig zu stemmen. Der Anteil an Ausstellungen, die über eine Vermietung laufen liegt daher nur bei ca. zwei Ausstellungen im Jahr. Insgesamt können somit ca. fünf Ausstellungen im Jahr präsentiert werden.

3. Welche Mittel wären nötig, um die Halle 267 im Sinne des Konzeptes zu betreiben?

Die durch den FB 41 organisierten Ausstellungen sind mit einem durchschnittlichen Budget von ca. 30.000 € pro Ausstellung realisierbar. Dabei können die Kosten für die einzelnen Ausstellungen im Punkt Ausstellungsausstattung stark variieren, was z. B. mit der benötigen Technik zu begründen ist. Die verbleibenden Ausstellungszeiträume werden im Rahmen von Vermietungen an etablierte Institutionen vergeben. Dabei wird in der Regel nur eine Nebenkostenerstattung verlangt.

Zusätzlich zu den Kosten, die zur Realisierung der Ausstellungen benötigt werden, sind allgemeine Betriebskosten i.H.v. ca. 10.000 € zu berücksichtigen. In den allgemeinen Betriebskosten sind Renovierungskosten sowie allgemeine Werbekosten enthalten.

Um den Ausstellungsbetrieb auf vergleichbarem Niveau wie derzeit fortführen zu können, wäre es nach den Erfahrungen der vergangenen Ausstellungsjahre also erforderlich, pro Jahr ein Budget von 100.000 € zur Verfügung zu haben. Für eine stabile Planungssicherheit wäre es von großem Vorteil, wenn diese Mittel der „halle267“ als eigenes Budget außerhalb des allgemeinen Veranstaltungsbudgets zugeschrieben werden könnten.

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit KuW / FB 41
Produkt 5S.410013

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

IP 2020 - 2024

Text:
S.1092 5S.410013 Der Satz „Zusätzlich sind in 2021 einmalig 50 Tsd. Euro zur Neubeschaffung des Quadriga-Kassenautomaten eingestellt worden.“ taucht bei verschiedenen Positionen im IP auf (S. 1094, 1099, 1103) → Handelt es sich hierbei um ein Versehen?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB IV/41 Datum: 11.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 066 der Fraktion P2

Text:

S.1092
5S.410013
"Zusätzlich sind in 2021 einmalig 50 Tsd. Euro zur Neubeschaffuung des Quadriga-Kassenautomaten eingestellt worden."
taucht bei verschiedenen Positionen im IP auf (S. 1094, 1099, 1103)

--> Handelt es sich hierbei um ein Versehen?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Bei dem Projekt 5S.410013 FB 41 :Global-Sachanlagen besteht die Besonderheit, dass die Haushaltsansätze auf den verschiedenen Untermaßnahmen (z. B. Sachanlagen für das Kulturinstitut, Musikschulen oder für den KPW) geplant werden. Da diese Untermaßnahmen verschiedenen Profit Centern zugeordnet sind, taucht dasselbe Projekt mehrmals im IP auf. Die Beschreibung des Projektes bleibt im IP jedoch immer dieselbe. Diese Umstände haben dazu geführt, dass 50.000 EUR für die Neubeschaffung des Quadriga-Kassenautomaten zwar nur bei der Untermaßnahme für das Kulturinstitut eingeplant wurden (IP Seite 1092), die Erläuterung aber bei allen anderen Untermaßnahmen (IP Seiten 1094, 1099 und 1103) ebenfalls angezeigt wird.

Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 0600 /Ref.0600 (FB 20)
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S.685 FB 0600 471130 AfA Gebäude Erhöhung der Abschreibung → Wodurch kommt die Erhöhung der Abschreibung zustande?

Begründung:
Haushaltsklarheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB III/Referat 0600 Datum: 04.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 067
der Gruppe DIE FRAKTION P²

Text:

S.685
FB 0600 471130 AfA Gebäude Erhöhung der Abschreibung
→Wodurch kommt die Erhöhung der Abschreibung zustande?

Begründung:

Haushaltsklarheit

Antwort:

Der Ansatz von 2021 ist im Verhältnis zum Ansatz 2020 um rund 68 TEUR gestiegen. Dies ist darin begründet, dass im Rahmen des Projektes „kommunale Wohnraumförderung (4S.000022)“ eine Inanspruchnahme der Gelder in Höhe von rd.681 TEUR in 2019 stattgefunden hat (Erstellung Zuschussbescheid). Die damit verbundene Investition wird auf 10 Jahre abgeschrieben. In der Planung 2021 sind diese Abschreibungen bereits berücksichtigt worden.

I.A.

gez. Leuer

_____
Unterschrift Dez.III

- A 068 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0617 / Ref. 0617
Produkt
5E.00NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:

Der Stadtbezirksrat 331 Nordstadt hat mit großer Mehrheit einen Vorschlag zur Umsetzung der im seit 1987 gültigen Bebauungsplan "Freyastraße-Süd", HA 103, festgesetzten Maßnahmen zur Grüngestaltung in dem Bereich zwischen Wodanstraße, Spargelstraße und Freyastraße beschlossen. Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wann ist mit einer Realisierung der im Bebauungsplan "Freyastraße-Süd", HA 103, vorgesehenen Maßnahmen zu rechnen?

2. Welche Kosten entstehen durch die einzelnen Maßnahmen, insbesondere auch für die Realisierung des im Bebauungsplan in dem Bereich vorgesehenen Jugendplatzes?

Begründung:

Die Stadtklimaanalyse hat gezeigt, dass für die Kaltluftversorgung des Siegfriedviertels insbesondere der Bereich südlich der Freyastraße bis zur Wodanstraße eine hohe bis sehr hohe Bedeutung hat.

Aus diesem Grund muss vor der absehbaren weiteren Zunahme heißer bis sehr heißer Sommermonate eine Verdichtung dieser genannten Bereiche unterbleiben, um die mikroklimatischen Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner durch den Klimawandel zu mildern.

Die vorhandenen Grünflächen und offenen Bereiche müssen nicht nur erhalten, sondern der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, denn durch die derzeitige Verdichtung mit einhergehender Zunahme der Wohnbevölkerung müssen die Möglichkeiten der Naherholung stärker in die Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Nordstadt einbezogen werden.

Die derzeitige Situation gibt die Chance, die Notwendigkeiten des Grünflächenerhalts für das Stadtklima mit den unabweisbaren Naherholungsbedürfnissen der Wohnbevölkerung zu verbinden. Durch die Gestaltung z. B. als Naturerlebnispark mit zunehmender Naturnähe von West nach Ost beginnend mit einem Kleingartenpark westlich der Spargelstraße bis hin zu Bereichen, die weitgehend der Natur überlassen werden, können Kinder und Erwachsene mitten in der Stadt Natur erleben. Informationstafeln und pädagogische Aktionen könnten und sollten das Angebot ergänzen. Auch ein Jugendplatz sollte in den Bereich eingebettet werden, um auch die stark defizitäre Versorgungssituation in diesem Bereich zu verbessern.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat/FB VIII/Referat 0617 Datum: 04.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 068 der Fraktion SPD-Fraktion

Text:

Der Stadtbezirksrat 331 Nordstadt hat mit großer Mehrheit einen Vorschlag zur Umsetzung der im seit 1987 gültigen Bebauungsplan "Freyastraße-Süd", HA 103, festgesetzten Maßnahmen zur Grüngestaltung in dem Bereich zwischen Wodanstraße, Spargelstraße und Freyastraße beschlossen. Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wann ist mit einer Realisierung der im Bebauungsplan "Freyastraße-Süd", HA 103, vorgesehenen Maßnahmen zu rechnen?

2. Welche Kosten entstehen durch die einzelnen Maßnahmen, insbesondere auch für die Realisierung des im Bebauungsplan in dem Bereich vorgesehenen Jugendplatzes?

Begründung:

Zur Begründung wird auf die Anfrage A 068 der SPD-Fraktion verwiesen.

Antwort:

zu 1.: Die Flächen der im B-Plan HA 103 festgesetzten Maßnahmen für Grünflächen mit darin enthaltenen Kinder- und Jugendspielflächen befinden sich im Privateigentum. Es läuft derzeit ein gerichtliches Verfahren hinsichtlich der von der Stadt angestrebten Ausübung des Vorkaufsrechts. Ein im Sinne der Stadt positiver Ausgang des Verfahrens vorausgesetzt, kann die Umsetzung der Maßnahmen erst nach Eigentumsübergang an die Stadt erfolgen, dessen Zeitpunkt nicht absehbar ist.

zu 2.: Unter Zugrundelegung einer Randbebauung an der Freyastraße verbleibt für den Bereich der Im Bebauungsplan HA103 festgesetzten Grünfläche eine Flächengröße von ca. 1,2 ha. Diese Fläche lässt sich aufteilen in eine Spielplatzfläche von 1.700 m² und eine Bolz- und Jugendplatzfläche von ca. 4.300 m² und entsprechend eine Fläche für eine allgemeine öffentliche Grünfläche von 6.000 m². Dabei können die genannten Spielflächen dazu beitragen, das Defizit im angrenzenden Siegfriedviertel auszugleichen. Unter diesen Annahmen lassen sich folgende Kostenannahmen treffen:

Kinderspiel: 170.000 €, Jugendspiel 430.000 € und öffentliche Grünfläche 180.000 €.

Unberücksichtigt sind dabei die aufgrund von in dem Gebiet vorzufindende Altlasten vorzunehmenden Bodenschutzmaßnahmen

I.A.

gez. Lehrmann

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 0617 / FB 67 (Ref. 0617)
Produkt 1.51.5119.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
S. 849 0617 Stadtgrün-Planung und Bau Der Ausbau des Ringgleises zur Fuß- und Radwegverbindung wird 2021 weitergehen und stellt für viele Nutzende eine Alternative zum PKW da. Allerdings werden die asphaltierten Strecken, wie z.B. von der Celler Straße bis zur Hugo-Lutter-Straße weder gereinigt noch geräumt. → Welche Kosten würden je jährlich entstehen bei Aufnahme dieses Teilstückes in den Winterdienst und in die Straßenreinigung?

Begründung:
Verkehrssicherheit

gez. C. Bley

Unterschrift

Dezernat/FB 67 Datum: 26.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 67.2

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. A 069 der Fraktion P²

Text:

S. 849
0617 Stadtgrün-Planung und Bau
Der Ausbau des Ringgleises zur Fuß- und Radwegverbindung wird 2021 weitergehen und stellt für viele Nutzende eine Alternative zum PKW dar. Allerdings werden die asphaltierten Strecken, z.B. von der Celler Str. bis zur Hugo-Lutter-Str. weder gereinigt noch geräumt.
-> Welche Kosten würden je jährlich entstehen bei Aufnahme dieses Teilstückes in den Winterdienst und in die Straßenreinigung?

Begründung:

Verkehrssicherheit

Antwort:

Der genannte Ringgleisabschnitt hat eine Gesamtlänge von ca. 3.400 m. Die Kosten für den Winterdienst würden sich aktuell auf 21.500 € belaufen.
Für eine regelmäßige „Straßenreinigung“ des Abschnitts einmal im Monat sind noch einmal Kosten in Höhe von 2.500 € zu veranschlagen.
Die Gesamtkosten für Winterdienst und Straßenreinigung betragen somit nach aktuellem Stand ca. 24.000 € pro Jahr.

I. V.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Bündnis 90 / die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40, 10 / FB 40, FB 10
Produkt
diverse Projekte

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2021

Text:
In den KGSt-Vorschlägen ist für Fachbereich 40, Vorschlag 17, aufgeführt, dass im Rahmen des Digitalpakts rund fünf Millionen Euro im digitalen Ausbau der Schulen eingespart werden, indem man Standards im Medienentwicklungsplan reduziert, wie z.B. die Größen von Präsentationsflächen. Die aktuelle Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass Braunschweig aber erheblichen Nachholbedarf bei der Modernisierung und Digitalisierung der Schulen hat und dass Dinge, die vorher entbehrlich erschienen, nun eventuell notwendig sind. So stellt sich z.B. die Frage, ob künftig ein hybrider Unterricht oder hybride Besprechungen für Lehrer*innen (persönliche und digitale Anwesenheit) möglich sein sollte. Statt die Mittel einzusparen, wollen wir daher wissen, wie sie im Rahmen des MEP sinnvoll eingesetzt werden können, um die Schulen zu stärken. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung: 1. Welche Engpässe der digitalen Ausstattung unserer Schulen sind insbesondere durch die aktuelle Pandemie zutage getreten? 2. Wo sieht die Verwaltung akuten Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Schulen, der durch den MEP nicht oder zu spät abgedeckt wird? 3. Welche Verwendungsmöglichkeiten bei der Digitalisierung der Schulen sieht die Verwaltung für fünf Millionen Euro, sollte die Politik sie wieder zur Verfügung stellen?

Begründung:

gez. Elke Flake

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dezernat V
FB 40

Datum: 13.01.2021

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 215 - der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Text:

In den KGSt-Vorschlägen ist für Fachbereich 40, Vorschlag 17, aufgeführt, dass im Rahmen des Digitalpakts rund fünf Millionen Euro im digitalen Ausbau der Schulen eingespart werden, indem man Standards im Medienentwicklungsplan reduziert, wie z.B. die Größen von Präsentationsflächen. Die aktuelle Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass Braunschweig aber erheblichen Nachholbedarf bei der Modernisierung und Digitalisierung der Schulen hat und dass Dinge, die vorher entbehrlich erschienen, nun eventuell notwendig sind. So stellt sich z.B. die Frage, ob künftig ein hybrider Unterricht oder hybride Besprechungen für Lehrer*innen (persönliche und digitale Anwesenheit) möglich sein sollte. Statt die Mittel einzusparen, wollen wir daher wissen, wie sie im Rahmen des MEP sinnvoll eingesetzt werden können, um die Schulen zu stärken. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Engpässe der digitalen Ausstattung unserer Schulen sind insbesondere durch die aktuelle Pandemie zutage getreten?
2. Wo sieht die Verwaltung akuten Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Schulen, der durch den MEP nicht oder zu spät abgedeckt wird?
3. Welche Verwendungsmöglichkeiten bei der Digitalisierung der Schulen sieht die Verwaltung für fünf Millionen Euro, sollte die Politik sie wieder zur Verfügung stellen?

Begründung:

Nicht vorhanden.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2021 Nr. - A 215 - der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Antwort:

Zu Frage 1:

Im Rahmen des Medienentwicklungsplans (MEP) inklusive des Digitalpakts erfolgt eine Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik (Datennetzmodernisierung und Ausstattung mit WLAN, mobile Endgeräte, digitale Präsentationsflächen etc). Bei der Aufstellung des aktuellen Planes wurde eine mögliche Pandemie und daraus resultierendem Distanzunterricht für alle Schülerinnen und Schüler gleichzeitig nicht berücksichtigt.

Trotzdem konnten durch die im Rahmen des MEP erfolgten bisherigen Ausstattungen beim ersten Lockdown und dem anschließenden Wechselunterricht im Szenarion B die Schulen in Braunschweig bereits online mit ihren Schülerinnen und Schülern in Kontakt treten und Aufgaben bearbeiten lassen.

Ein Engpass waren die bei benachteiligten Schülerinnen und Schülern zu Hause nicht vorhandenen Endgeräte. Durch das Sofortausstattungsprogramm konnten u. a. mobile Endgeräte zur Ausleihe für die benachteiligten Schülerinnen und Schüler beschafft und dadurch diesem Engpass entgegengewirkt werden.

Für die Lehrkräfte standen keine persönlichen mobilen Endgeräte für die Nutzung von zu Hause zur Verfügung. Für die Finanzierung ist hier das Land zuständig. Ein entsprechendes Ausstattungsprogramm des Bundes und der Länder ist in Planung.

Im Rahmen des Sofortausstattungsprogrammes konnte Zubehör für die Erstellung von Online-Lehrmaterialien und Videokonferenzen erworben und den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Eine verlässliche, den Anforderungen angepasste Bandbreite und eine stabile und performante Serverhardware und Software sind ebenfalls erforderlich.

Zu Frage 2:

Eine Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Engeräten ist sinnvoll. Der Start des avisierten Ausstattungsprogramms des Bundes und der Länder sollte möglichst bald erfolgen. Allerdings ist mit Lieferschwierigkeiten aufgrund der aktuellen Nachfragesituation zu rechnen.

Ein kompletter Onlineunterricht mit allen Schülerinnen und Schülern von zu Hause stellt eine ganz andere Herausforderung an die Technik als zu Beginn der Pandemie oder bei Wechselunterricht. In diesem Rahmen erforderliche Aufrüstungen von vorhandener Hardware werden im Rahmen der verfügbaren Mittel durchgeführt.

Zu Frage 3:

Die gestiegene Nachfrage an digitalen Endgeräten in Deutschland (aufgrund des Digitalpakt und dem Sofortausstattungsprogrammes) führt zu einer Verknappung der vorhandenen Geräte auf dem Markt, die mit höhren Preisen einhergehen.

Im Beschluss der 3. Fortschreibung des MEP ist eine Evaluation vorgesehen worden, da sich bereits die mögliche Verknappung der Geräte und damit einhergehende Preiserhöhungen durch den Digitalpakt abzeichneten. Der Abschluss des Rahmenvertrages für interaktive digitale Panels steht noch aus. Das Ergebnis dieser Ausschreibung ist für die Kalkulation der Gesamtkosten im Rahmen der Evaluation erforderlich.

I. V.

Dr. Arbogast

Anlage 2

Finanz**un**wirksame Anträge
der Fraktionen
zum Haushalt 2021

Stand: 17. Februar 2021

-FU 070-

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Alle / FB 10
Produkt
Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Kapitalisierung nicht besetzter Personalstellen

Beschlussvorschlag
Mittel die z.B. aufgrund nicht besetzter Stellen im Bereich der Aufwendungen für Personal nicht benötigt werden, sollen zukünftig kapitalisiert werden können. Mit den so frei werden Mitteln sollen Aufträge für Planungen bzw. Bauleistungen in verschiedenen Fachbereichen (z.B. FB 61, FB 66, FB 68) extern vergeben werden können.

Begründung
Aus unterschiedlichen Gründen (Fachkräftemangel, aufwendige Bewerbungs- und Besetzungsverfahren) können freie Personalstellen in vielen Fachbereichen oft nicht sofort besetzt bzw. neu besetzt werden. Dadurch können allerdings auch etliche Aufgaben nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erledigt werden. Eine Möglichkeit, trotz nicht besetzter Personalstellen mehr Aufgaben schneller und eventuell auch effizienter erledigen zu können, besteht darin, die nicht für Personalaufwendungen benötigten Mittel zu kapitalisieren und z.B. für externe Planungsaufträge oder Bauleistungen zu verwenden. Die letzte Personalkostenhochrechnung aus dem September 2020 (DS 20-11426) weist z.B. aus, dass knapp 3 Mio. €, die ursprünglich für Personal vorgesehen waren, nicht genutzt wurden. Mit diesen Mitteln könnten wichtige Investitionen angeschoben und im Idealfall ein Beitrag zur Reduzierung der Haushaltsreste geleistet werden.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 15.01.2021	11	0	0	**Zum Antrag auf passieren lassen**	
FPA am 04.03.2021					

DIE LINKE.
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Diverse / FB 20
Produkt Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Strategisches Ziel FB 20 ändern

Beschlussvorschlag
Ziel 1 im Entwurf: Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Ergebnishaushalts ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen bis 2026 sowie Vermeidung einer Neuverschuldung zur Sicherstellung einer stetigen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge. Neu: Vorhaltung von ausreichenden Finanzmitteln, um damit die Aufgaben der Daseinsvorsorge sicher finanziert zu können.

Begründung
Der Kürzungsbeschluss wird abgelehnt. Außerdem erscheint die Zielsetzung der Vermeidung einer Neuverschuldung vor dem Hintergrund der vorgelegten Haushaltsplanung doch etwas absurd zu sein.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021					

-FU 072-

DIE LINKE.
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 32 / FB 32
Produkt 1.12.1221.45

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Produktziel FB 32 ändern

Beschlussvorschlag
Produktziel Entwurf: - Überwachung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen einschließlich der Vorbereitung und Durchsetzung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen Produktziel Änderung: - Nutzung von Spielräumen der aufenthaltsrechtlichen Regelungen, um aufenthaltsbeendende Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Begründung
Es sollte nicht auch noch ein Produktziel sein, dass möglichst viele Menschen abgeschoben werden.

gez. Sommerfeld

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021					

Dezernat/FB 32 Datum: 07.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 32.4

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FU 072 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Produktziel FB 32 ändern
Produktziel Entwurf:
- Überwachung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen einschließlich der Vorbereitung und Durchsetzung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen
Produktziel Änderung:
Nutzung von Spielräumen der aufenthaltsrechtlichen Regelungen, um aufenthaltsbeendende Maßnahmen möglichst zu vermeiden

Begründung:

Es sollte nicht auch noch ein Produktziel sein, dass möglichst viele Menschen abgeschoben werden.

Stellungnahme:

Das o. a. Produktziel war bis 2013 eigenständiges Produkt des Teilhaushalts des FB Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit.

Vom Haushaltsjahr 2014 an ist es Bestandteil des Produktes "Aufenthalt" und dort als eines von insgesamt drei Produktzielen benannt. Die Formulierung erfolgte in Anlehnung eines wesentlichen Gesetzeszweckes des Aufenthaltsgesetzes: die Durchsetzung der Ausreisepflicht. Diese ist zwingende Folge der Gesetzesanwendung.

Die Nutzung evtl. gesetzlicher Spielräume findet sich inhaltlich im Produktziel "Einhaltung der Einreise- und Aufenthaltsvorschriften" wieder.

I. A.

gez. Dr. Köhler

Unterschrift (Dez./FBL)

DIE LINKE.
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 20 (65) / FB 65
Produkt Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Keine PPP-Projekte

Beschlussvorschlag
Weder der geplante Neubau der 6. IGS, der Helene-Engelbrecht-Schule, der Grundschule Altpetritor, die Erweiterung der Gymnasien Neue Oberschule und Richarda-Huch, noch andere Bauprojekte werden im PPP-Verfahren realisiert.

Begründung
Bereits zu den vergangenen Haushalten hatte die Linksfraktion beantragt, dass die Gründung einer Abteilung im FB 65, deren Aufgabe die Prüfung von weiteren PPP-Projekten ist, sowie der zum Haushalt 2017 von SPD, CDU, Grüne und BIBS beschlossene Prüfauftrag für ein weiteres Schul-PPP, nicht realisiert werden. Diese Anträge wurden jeweils mit den Haushaltsbeschlüssen von SPD, Grüne, BIBS und P2 abgelehnt. Wie von der Linksfraktion erwartet, wurden von der PPP-Abteilung im FB 65 eine Vielzahl von konkreten PPP-Vorschlägen erarbeitet. Diese sollen durch den Haushaltsbeschluss 2021 mit eingeplanten 134.770.000 Euro finanziert werden. In Braunschweig gibt es zurzeit über 100 städtische Schulen und Kitas. Zwölf von ihnen wurden und werden im Rahmen des laufenden Schul-PPP von HOCHTIEF-PPP-Solutions GmbH saniert und unterhalten. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulen und Kitas sind das 11,2%. Die Gesamtaufwendungen für alle Schulen und Kitas betrugen von 2013 - 2017 durchschnittlich 54,4 Mio Euro pro Jahr. Davon entfielen durchschnittlich 10,7 Mio. Euro auf den PPP-Bereich. Das sind 19,7%. Hier wird deutlich, dass PPP überdurchschnittlich teuer ist. Ohne PPP stünden mehr Mittel für alle Schulen und Kitas zur Verfügung. Hinzu kommt, dass weitere PPP-Maßnahmen dazu führen werden, dass es zu weiteren Einschränkungen bei den Schulen und Kitas kommt, die nicht im PPP sind.

Unterschrift

-FU 073-

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	1	10	0		**x**
FPA am 04.03.2021					

Dezernat VIII / Fachbereich 65 07.01.2021

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 73 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Keine PPP-Projekt

Weder der geplante Neubau der 6. IGS, der Helene-Engelbrecht-Schule, der Grundschule Altpetritor, die Erweiterung der Gymnasien Neue Oberschule und Richarda-Huch, noch andere Bauprojekte, werden im PPP-Verfahren realisiert.

Begründung:

Bereits zu den vergangenen Haushalten hatte die Linksfraktion beantragt, dass die Gründung einer Abteilung im FB 65, deren Aufgabe die Prüfung von weiteren PPP-Projekten ist, sowie der zum Haushalt 2017 von SPD, CDU, Grüne und BIBS beschlossene Prüfauftrag für ein weiteres Schul-PPP, nicht realisiert werden.

Diese Anträge wurden jeweils mit den Haushaltsbeschlüssen von SPD, Grüne, BIBS und P² abgelehnt. Wie von der Linksfraktion erwartet, wurden von der PPP-Abteilung im FB 65, eine Vielzahl von konkreten PPP-Vorschlägen erarbeitet. Diese sollen durch den Haushaltsbeschluss 2021 mit eingeplanten 134.777.000 EURO finanziert werden.

In Braunschweig gibt es zurzeit über 100 städtische Schulen und Kitas. Zwölf von ihnen wurden und werden im Rahmen des laufenden Schul-PPP von HOCHTIEF-PPP-Solutions GmbH saniert und unterhalten. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulen und Kitas sind das 11,2%.

Die Gesamtaufwendungen für alle Schulen und Kitas betrugen von 2013 - 2017 durchschnittlich 54,4 Mio Euro pro Jahr. Davon entfielen durchschnittlich 10,7 Mio. Euro auf den PPP-Bereich. Das sind 19,7%. Hier wird deutlich, dass PPP überdurchschnittlich teuer ist. Ohne PPP stünden mehr Mittel für alle Schulen und Kitas zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass weitere PPP-Maßnahmen dazu führen würden, dass es zu weiteren Einschränkungen bei den Schulen und Kitas kommt, die nicht im PPP sind.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Beschlussvorschlag, zukünftig keine PPP-Verfahren durchzuführen, wird mit einem Vergleich der Anzahl der Schulen im Schul-PPP gegenüber der Gesamtzahl an Schulen und den dafür anfallenden Kosten begründet.

Die vom Antragsteller genannten Zahlen zu den Aufwendungen für Schulen und Kitas von 2013 – 2017 sowie zum PPP-Anteil sind richtig. Sie entstammen der Stellungnahme 18-07677-01 vom 01.06.2018 zu der entsprechenden Anfrage des Antragstellers vom 09.03.2018.

Die Schulen der Stadt Braunschweig sind jedoch unterschiedlich groß. Betrachtet man die Anzahl der Schüler, so werden bei insgesamt ca. 35.000 Schülern davon ca. 10.500 Schüler in den PPP-Schulen (ca. 30 %) beschult. Betrachtet man die Nettogrundfläche können von insgesamt ca. 446.000 m² Schulfläche ca. 114.000 m² den PPP-Schulen (ca. 26%) zugerechnet werden.

Da, wie vom Antragsteller aufgeführt, ca. 20% der gesamtstädtischen Aufwendungen für Schulen und Kitas auf das Schul-PPP entfallen, zeigt sich, dass die Aufwendungen für das Schul-PPP in Anbetracht der darin integrierten Schülerzahlen und Schulgrößen angemessen sind.

Die genannten Projekte müssen finanziert werden. Das betrifft sowohl die Umsetzung im PPP-Verfahren als auch eine Eigenrealisierung. Die Variante PPP kommt nur in Frage, wenn deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen wird. Einschränkungen bei den bestehenden Schulen aufgrund neu umzusetzender PPP-Vorhaben sind nicht vorgesehen.

Darüber hinaus hat der Rat der Stadt für die genannten Bauvorhaben Grundsatzbeschlüsse zur Durchführung der Vorhaben in alternativer Beschaffung getroffen (Helene-Engelbrecht-Schule, Vorlage 20-12751; 6. IGS und Grundschule Altpetritor, Vorlage 20-13994; Erweiterung Ricarda-Huch-Schule und Erweiterung Neue Oberschule Vorlage 20-13632).

Es wird empfohlen den Antrag abzulehnen.

gez. Eckermann
FBL 65

Dez. VIII

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Produkt Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Stadtlabor Straße: Nachhaltige Mobilität Innenstadt zur EMW 2021

Beschlussvorschlag
Die Stadt Braunschweig wird an der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) teilnehmen und im Rahmen dessen ein Stadtlabor Innenstadt durchführen. Hierzu wird die Verwaltung mit der Planung, Durchführung und Evaluation eines solchen Reallabores mit einer „Innenstadt ohne fahrende Pkws“ beauftragt, um Chancen und Konsequenzen für die Stadtbevölkerung sichtbar und erlebbar zu machen sowie Substitutionspotenziale für innerstädtische Pkw-Fahrten zu diskutieren und aufzuzeigen. Ein Konzept soll den zuständigen Gremien rechtzeitig vorgelegt werden. Entsprechende Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und Zivilgesellschaft sind zu involvieren. Die zur Planung und Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, ob Fördergelder wie z. B. im Rahmen der „MobilitätsWerkStadt 2025“ einzuwerben sind.

Begründung
Zur bisherigen Form von Einwohnerbeteiligung – workshops – machen Stadt- bzw. Reallabore die Änderungen für die Beteiligten vor Ort erlebbar, begreifbar und wissenschaftlich auswertbar. Außerdem sind diese Änderungen umkehrbar – ein Experiment, mit dessen Ergebnissen zielgerichtete Lösungen zur nachhaltigen Mobilität lokal entwickelt werden können. Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) bietet es sich an, temporär Teile des öffentlichen Raumes zu einem Reallabor werden zu lassen – hier der Bereich der Innenstadt, welcher ohne fahrende Pkw an diesem Tag erlebbar sein soll.

Die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema waren immer theoretisch und oftmals geprägt vom subjektiven Empfinden. Dieser Stadtlabortag soll dies ändern, neben faktenbasierten Diskussionen ermöglicht er das praktische Ausprobieren, ein experimentelles Handeln an dem jeder teilhaben kann. Diese Kombination in Verbindung mit der Evaluation bietet eine Grundlage, um die Stärken und Schwächen der nachhaltigen Mobilität und Qualität in der Braunschweiger Innenstadt aufzuzeigen und dementsprechend zielgerichtet zu handeln.

gez. C. Bley

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	2	8	1		**x**
PluA am 27.01.2021	**In der Sitzung mündlich durch den Antragsteller geändert (siehe FU 074 Neu)**				

DIE FRAKTION P²
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
Diverse

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Stadtlabor Straße: Nachhaltige Mobilität Innenstadt zur EMW 2021

Beschlussvorschlag
Die Stadt Braunschweig wird an der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) teilnehmen. Sie prüft im Rahmen dessen, ein Stadtlabor Innenstadt durchzuführen. Hierzu wird die Verwaltung mit der Planung, Durchführung und Evaluation eines solchen Reallabores mit einer „Innenstadt ohne fahrende Pkws" beauftragt, um Chancen und Konsequenzen für die Stadtbevölkerung sichtbar und erlebbar zu machen sowie Substitutionspotenziale für innerstädtische Pkw-Fahrten zu diskutieren und aufzuzeigen. Ein Konzept soll den zuständigen Gremien rechtzeitig vorgelegt werden. Entsprechende Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und Zivilgesellschaft sind zu involvieren. Die zur Planung und Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen. Es ist zu prüfen, ob Fördergelder wie z. B. im Rahmen der „MobilitätsWerkStadt 2025" einzuwerben sind.

Begründung
Zur bisherigen Form von Einwohnerbeteiligung – workshops – machen Stadt- bzw. Reallabore die Änderungen für die Beteiligten vor Ort erlebbar, begreifbar und wissenschaftlich auswertbar. Außerdem sind diese Änderungen umkehrbar – ein Experiment, mit dessen Ergebnissen zielgerichtete Lösungen zur nachhaltigen Mobilität lokal entwickelt werden können. Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2021 (EMW) bietet es sich an, temporär Teile des öffentlichen Raumes zu einem Reallabor werden zu lassen – hier der Bereich der Innenstadt, welcher ohne fahrende Pkw an diesem Tag erlebbar sein soll.

-FU 074 Neu-

Die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema waren immer theoretisch und oftmals geprägt vom subjektiven Empfinden. Dieser Stadtlabortag soll dies ändern, neben faktenbasierten Diskussionen ermöglicht er das praktische Ausprobieren, ein experimentelles Handeln an dem jeder teilhaben kann. Diese Kombination in Verbindung mit der Evaluation bietet eine Grundlage, um die Stärken und Schwächen der nachhaltigen Mobilität und Qualität in der Braunschweiger Innenstadt aufzuzeigen und dementsprechend zielgerichtet zu handeln.

gez. C. Bley

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PluA am 27.01.2021	9	4	0	**x**	
FPA am 04.03.2021					

-FU 075-

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
4S.660012

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende 2021 das Braunschweiger Fahrradstraßennetz auf mögliche Vorfahrtregelungen für den Radverkehr und Minimierungen des PKW-Durchgangsverkehrs zu überprüfen und bei Möglichkeit umzusetzen. Die Ergebnisse der Prüfungen und Einrichtungsvorschläge weiterer Fahrradstraßen werden den Gremien zur Information bzw. Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung
Die Standardisierung und Optimierung von Fahrradstraßen soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	6	5	0	**Zum Antrag auf passieren lassen**	
PluA am 27.01.2021	**Passieren lassen**				
FPA am 04.03.2021					

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
5E.660142

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Sperrvermerk am Projekt Hagenmarkt

Beschlussvorschlag
Das Projekt Hagenmarkt (5E.660142 im Investitionsprogramm) wird mit einem Sperrvermerk versehen, dieser kann durch Ratsbeschluss aufgehoben werden.

Begründung
Beim Projekt Hagenmarkt sind im Investitionsprogramm (IP) derzeit Ausgaben in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro vorgesehen. Im IP 2020 beliefen sich die veranschlagten Kosten noch auf etwa 1,3 Millionen und lagen damit um zwei Millionen niedriger. Zum einen laufen derzeit kontroverse Diskussionen darüber, ob die von der Verwaltung favorisierte Version umgesetzt werden sollte und falls ja, in welcher Ausführung. In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 4. November 2020 wurde der Punkt daher zurückgestellt. Zum anderen müssen angesichts der finanziellen Lage der Stadt Braunschweig mit einem massiven Schuldenaufbau bis auf eine Milliarde Euro in 2024 auch liebgewonnene Projekte auf den Prüfstand gestellt werden. Für die CDU-Fraktion kann es beim Hagenmarkt deshalb nur eine Minimallösung geben. Dementsprechend wurde ein umfangreicher Fragenkatalog an die Bauverwaltung gesandt, damit die Kosten der einzelnen Bausteine offengelegt und diese bewertet werden können. Mit Stand vom 4.12.2020 lagen die Antworten noch nicht vor. Um beide Aspekte aufzugreifen, soll das Projekt mit einem Sperrvermerk versehen werden, welcher durch den Rat aufgehoben werden kann.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

-FU 076-

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 26.01.2021	4	6	1		**x**
PluA am 27.01.2021	3	9	0		**x**
FPA am 04.03.2021					

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
68 / FB 68
Produkt
Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Einrichtung einer Biologischen/Ökologischen Station für das Stadtgebiet von Braunschweig

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie sich eine Biologische/Ökologische Station nach dem Vorbild entsprechender Einrichtungen in NRW realisieren lässt, die ausschließlich für das Stadtgebiet Braunschweig zuständig ist. Dabei sollen u.a. Fragen wie Organisationsstruktur/Trägerverein, Personal- und Sachmittelbedarf, geeignete Unterbringung, Aufgabenbeschreibung, etc. behandelt werden.

Begründung
Die ökologischen Stationen in Niedersachsen basieren auf einem Anfang der 90er Jahre in NRW entwickelten "Naturräumlichen Fachkonzept Biologische Stationen" des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV). Die Aufgaben reichen von der Erfassung und der Dokumentation von Daten zu Vorkommen von Tier- und Pflanzenarten bis hin zu Maßnahmen für die Entwicklung der Natur. Schwerpunkte sind dabei die Schutzgebietsbetreuung, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen sowie Natur- und umweltbezogene Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Insbesondere soll auf Bestandsschwankungen bei den wichtigen Arten vor Ort geachtet werden, um rechtzeitig Hilfsmaßnahmen einleiten zu können. Dieses Konzept ist erst vor wenigen Jahren von Niedersachsen weitgehend übernommen worden. Aufbauend auf einigen vorhandenen Stationen, die 2013 z.B. von NABU und BUND zunächst ehrenamtlich im Arbeitskreis "Ökologische Stationen" gegründet wurden, soll ein Netz an Ökologischen Stationen mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen entstehen. Im ersten Schritt wurden jedoch zunächst die bestehenden Einrichtungen ertüchtigt. Folglich hat die NABU-Station Aller/Oker auch erst einmal die Betreuung des Stadtgebietes von Braunschweig mit übernommen. Die Einrichtung einer eigenen Ökologischen Station für Braunschweig würde jedoch der o.g. Erklärung des Landes und der Kommunen folgen, die wenigen vorhandenen Stationen Schritt für Schritt um weitere Stationen zu erweitern. Denn das von der Ökologischen Station Aller/Oker (ÖNSA) zu betreuende Gebiet umfasst

große Teile Ostniedersachsens (Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Wolfsburg und Braunschweig) und ist damit so groß, dass mit nur zwei Fachkräften eine fundierte und flächendeckende Wahrnehmung der zugewiesenen Aufgaben auch bei großem persönlichen Engagement der MitarbeiterInnen der Station nicht möglich ist.

Entsprechend überschaubar sind die Aktivitäten, die seit 2018 durch die ÖNSA auf Braunschweiger Stadtgebiet stattfinden konnten (20-14531-01: Erhebungen zu Laubfroschvorkommen in der Okeraue sowie Zufallsfunde an Neophyten).

Würde man mit diesem Zustand zufrieden sein, hätten die Ökologischen Stationen nur eine Feigenblattfunktion. Dies ist aber sicherlich nicht die Intention des Landes und insbesondere auch nicht die der Stadt Braunschweig.

Der oben beschriebene Zustand zeigt, wie dringend die Stadt Braunschweig eine eigene Ökologische Station braucht, um den skizzierten gesetzlichen Aufgaben in fachlich adäquatem Umfang gerecht zu werden.

Die Einrichtung einer Ökologischen Station nur für Braunschweig würde die Wirksamkeit der „Vor-Ort-Betreuung von Schutzgebieten“ auch vor dem Hintergrund, dass in Braunschweig neue Naturschutzgebiete ausgewiesen werden sollen, mehr als bisher auf einen naturschutzfachlich akzeptablen Umfang anheben. Ebenso findet vor dem Hintergrund der Klimakrise und der Corona-Pandemie der Zusammenhang immer breitere Zustimmung, dass für Erhalt, Förderung und Sicherung der biologischen Vielfalt im Allgemeinen und für den Schutz seltener bzw. gefährdeter Arten deutlich mehr investiert werden muss.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PluA am 27.01.2021	**Durch Ratsherrn Dr. Dr. Büchs als Haushaltsantrag zurückgezogen (Autorisierung durch die BIBS-Fraktion liegt vor.)**				

Dezernat VIII /FB 68 Datum: 08.01.2021
68.0-1.4.1

Beantwortung zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FU 077 der Fraktion BIBS-Fraktion

Text:

Einrichtung einer Biologischen/Ökologischen Station für das Stadtgebiet von Braunschweig

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie sich eine Biologische/Ökologische Station nach dem Vorbild entsprechender Einrichtungen in NRW realisieren lässt, die ausschließlich für das Stadtgebiet Braunschweig zuständig ist. Dabei sollen u.a. Fragen wie Organisationsstruktur/Trägerverein, Personal- und Sachmittelbedarf, geeignete Unterbringung, Aufgabenbeschreibung, etc. behandelt werden.

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Antrag FU 077 der BIBS-Fraktion verwiesen.

Stellungnahme:

Die Intention des Antrages, die "Vor-Ort-Betreuung von Schutzgebieten" im Braunschweiger Stadtgebiet zu optimieren, wie dies z. B. bereits im Naturschutzgebiet Riddagshausen über eine städtische Rangerin erfolgt, wird fachlich vollumfänglich begrüßt.

Bei der Ökologischen NABU-Station Aller/Oker (ÖNSA) handelte es sich jedoch nicht um eine bestehende Einrichtung, die zunächst ertüchtigt wurde. Vielmehr wurde die Station am 3.5.2018 im Hof der Umweltburg in Königslutter durch den niedersächsische Umweltminister Olaf Lies eröffnet und neu gegründet. Die Ökologische NABU-Station Aller/Oker betreut in Kooperation mit den Landkreisen und den Städten Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Wolfsburg bzw. deren Unteren Naturschutzbehörden insbesondere hiesige Natura 2000-Schutzgebiete. In Rahmen dieser Kooperation ist es gelungen, die ergänzende Betreuung von drei der fünf Natura 2000-Gebiete der Stadt Braunschweig zu installieren.

Da der Betreuungsauftrag der Ökologischen Stationen als Einrichtungen des Landes Niedersachsen in erster Linie auf Natura 2000-Gebiete – unabhängig von Kommunalgrenzen - fokussiert ist, kann daher eine allgemeine Verbesserung des Betreuungsstandards der Braunschweiger Schutzgebiete darüber nicht erreicht werden.

I.A.
Gez.
Gekeler
Unterschrift (FBL 68)

-FU 078-

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
1.25.2521.09

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Überführung "Schlossmuseum" in das Städtische Museum

Beschlussvorschlag
Zur Schaffung von Synergien wird eine Überführung des Schlossmuseums in das Städtische Museum in die Wege geleitet. Eine Änderung des Stiftungsgeschäftes ist durch die Verwaltung vorzubereiten und dem Rat anschließend zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung
Zum letzten Haushalt wurde eine Erhöhung der Förderung für das "Schlossmuseum" beschlossen. Zudem wurde zur Einsparung von Haushaltsmitteln im so genannten "KGST-Einsparprozess" die Überführung des lediglich von jährlich 11.000 Personen (im Jahre 2018) besuchten Schlossmuseums empfohlen, um durch eine Steigerung der Attraktivität künftig 21.000 Besucher anzulocken. Der ursprünglich mit "grün" markierte Einsparvorschlag soll nach der letzten Version der KGST-Einsparvorschläge nun nicht mehr durch die Stadt vollzogen werden (er ist nun "rot" hinterlegt), deshalb soll laut Einschätzung der Verwaltung ein Politikbeschluss erfolgen.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 15.01.2021	0	10	1		**x**
FPA am 04.03.2021					

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsstelle 0800
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Planung/Initiierung/Einrichtung/Förderung CO2-freier innerstädtischer Logistik

Beschlussvorschlag
Die Stadt Braunschweig wird gebeten zu prüfen, ob sich die Initiierung, der Aufbau und die Entwicklung eines möglichst CO2-freien städtischen Liefernetzwerkes verwirklichen lässt, besonders mit Fahrrädern, Fahrrädern mit Lastenanhängern oder Lastenfahrrädern, samt elektronischer Infrastruktur: Navigation / Bezahlfunktionen und die Koordination von Lieferungen, sowie räumlicher Infrastruktur, Verteil- und Abholstationen, um zuverlässig, kostengünstig - möglichst nicht mehr als 3 Euro pro Lieferung, entsprechend dem Amazon Standardlieferpreis - und schnell Waren zu den Verbrauchern der Stadt zu bringen, insbesondere auch des städtischen Einzelhandels. Die Lieferlogistik von bestehenden Einzelhandelsgeschäften und von Logistikfirmen oder -geschäften, von Kurierdiensten, der Post, etc., kann nach Möglichkeit einbezogen werden. Der finanzielle Bedarf soll von der Verwaltung entsprechend den anstehenden Aufgaben ermittelt werden und variieren. Hierfür wären angemessene Mittel für die Planung, für eine zügige und lösungsorientierte Problem- und Aufgabenermittlung sowie für eine Anschubfinanzierung bereitzustellen.

Begründung
Die Stadt versucht den städtischen Einzelhandel durch vielerlei Maßnahmen zu stützen, etwa durch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität mittels einer Attraktivierung der Möblierung des öffentlichen Raumes oder durch die Etablierung einer Event-Kultur. Solange man aber Gegenstände und Produkte aus fernen Orten und Gegenden schon innerhalb eines Tages und damit oft schneller geliefert bekommen kann als aus der eigenen Stadt, hat der stationäre Handel kaum eine realistische Chance. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen diesen Wettbewerbsnachteil des lokalen Einzelhandels ausgleichen.

gez. Astrid Buchholz

Unterschrift

- FU 079 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA am 19.01.2021	**Der Antragsteller erklärt sich mit der Aufnahme der Intention seines Antrages in das Logistikkonzept einverstanden und verzichtet auf die Abstimmung.**				

Dezernat/FB VI
(ggfs. Abt./Stelle) 0800

Datum: 18.01.2021

Stellungnahme zum finanzunwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 79 der Fraktion BIBS

Text:

Aufgrund der Ausführlichkeit wird auf den o. g. Ursprungsantrag verwiesen.

Begründung:

Aufgrund der Ausführlichkeit wird auf den o. g. Ursprungsantrag verwiesen.

Stellungnahme:

Zum o. g. Antrag nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Paketsendungen im b2b und b2c Bereich haben in den letzten Jahren stark zugenommen – insbesondere aufgrund des stetig wachsenden Online-Handels. Dieser Trend wird sich absehbar fortsetzen, die Sendungsvolumina im KEP-Bereich (Kurier-, Express, Paket-Logistik) weiter steigen. Hierzu trägt auch ein durch die Corona-Pandemie weiter beschleunigter Strukturwandel im Einzelhandel bei.

In dem 2018 vom Rat der Stadt Braunschweig verabschiedeten Integrierten Stadtentwicklungskonzept wurde im Rahmenprojekt „Das Herz Braunschweigs – die Innenstadt als Identitäts- und Impulsgeber“ verankert, dass mittels einer Logistik- und Mobilitätsstudie für die Innenstadt das Thema City-Logistik analysiert und bewertet werden soll (DS 18-08544). Seit Anfang des letzten Jahres arbeitet die Brauschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit dem Beratungsbüro KE-Consult und dem Institut für Handelsforschung (beide aus Köln) an dieser Aufgabenstellung. Die Verwaltung informierte im Februar und Oktober letzten Jahres über den Projektstand (DS 20-12703 und DS 20-13978).

Im Rahmen der Untersuchung werden das Kunden- bzw. Käuferverhalten hinsichtlich innenstadtrelevanter Sortimente auf der einen Seite und die Bedarfe der Unternehmen (Einzelhandel, Dienstleister, Nahversorger usw.) in der Innenstadt auf der anderen Seite untersucht. Durch diese Betrachtung erwartet die Verwaltung, mehr Transparenz hinsichtlich relevanter Kenngrößen wie Kaufverhalten der Bürgerinnen und Bürger, Sendungsvolumina und Verkehrsaufkommen im Logistikbereich oder Belieferungs- bzw.

Warensendungsbedarfe der innerstädtischen Unternehmen zu erzeugen. Vornehmliches Ziel ist, anbieterübergreifend Lieferverkehre effizienter zu lenken, Verkehrsaufkommen in der Innenstadt zu reduzieren und dadurch Aufenthaltsqualität zu steigern. Dabei soll die Funktionsfähigkeit der Innenstadt und ihrer Unternehmen uneingeschränkt erhalten bleiben. Hierfür bedarf es neuer Logistiklösungen, die in der Untersuchung vorgeschlagen werden.

Im weiteren Verfahren ist ein Workshop unter Beteiligung der Ratsfraktionen vorgesehen. Die Ergebnisse werden im zweiten Quartal 2021 erwartet, insofern sich pandemie-bedingt nicht weitere Verzögerungen ergeben.

Mit dem Logistikkonzept wird eine Grundlage für weitere Maßnahmen zur Verbesserung von Logistikverkehren und -dienstleistungen geschaffen. Nach Fertigstellung der Studie sollen erste Pilotversuche gestartet werden, die bei Erfolg ausgebaut werden und Anregungen aus dem Haushaltsantrag aufgreifen könnten. Parallel wird derzeit die kurzfristige Umsetzbarkeit eines Lieferservice zur Unterstützung des innerstädtischen Einzelhandels geprüft.

Insofern sind Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing bereits entsprechend tätig. Die Verwaltung informiert bei Vorliegen weiterer Erkenntnisse die politischen Gremien über den Fortschritt.

I. A.
gez.
Leppa

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.41.4140.40 / Konto 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2021

Überschrift
Konzept für eine Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine niedrigschwellige Beratung von Prostituierten in Braunschweig zu erstellen. Dabei sollen die bereits vorhandenen Beratungsstellen in Braunschweig einbezogen sowie die speziellen Bedarfe ermittelt und berücksichtigt werden. Die Definition von geeigneten Räumlichkeiten sowie eine (Personal-) Kostenaufstellung sollten u. a. Teil des Konzeptes sein.

Begründung
Prostituierte leben und arbeiten in der Regel unter schwierigen (persönlichen) Bedingungen. Häufig stammen sie nicht aus Deutschland und sind daher mit Hilfsangeboten in Deutschland nicht vertraut. Zudem leben sie oft nur eine kurze Zeit an einem Ort und haben so wenig Möglichkeiten, sich Unterstützung zu organisieren. Drogen- und Alkoholmissbrauch gehen häufig mit der Arbeit einher. Zwar handelt es sich laut Gesetz in Deutschland um ein legales Gewerbe, dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die meisten Prostituierten nicht dauerhaft diesem Gewerbe nachgehen wollen und können. Allerdings ist der Weg zum Ausstieg häufig für die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen nicht allein zu bewältigen. Bis der Ausstieg vollzogen wird, müssen die Betroffenen viele persönliche Hürden überwinden. Daher handelt es sich meist um einen sehr langen Weg von der Erkenntnis und dem Wunsch des Ausstiegs bis zu ersten Schritten des tatsächlichen Ausstiegs. Zudem ist davon auszugehen, dass das Umfeld der Prostituierten zunächst versuchen wird, sie/ihn von diesem Wunsch abzubringen, da in der Regel nicht nur die Prostituierte selbst mit der Tätigkeit Geld verdient, sondern auch das Umfeld (Hotel-Bordellbesitzer, Zuhälter etc.).

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Anmerkung der Verwaltung:

Die antragstellende SPD-Fraktion hat in der Sitzung des AfSG zu dieser Thematik mündlich einen finanzwirksamen Antrag (FWE 225) gestellt.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 04.03.2021					

Anlage 3

Wesentliche Produkte

Stand: 16. Februar 2021

Wesentliches Produkt

1.36.3630.07 - Betreuung/ambulante Erziehungshilfe

Produktbeschreibung:

Zum klassischen ambulanten Bereich zählen vorwiegend die Hilfen nach §§ 30, 31, 35 und 35a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII (Erziehungsbeistand, Sozialpäd. Familienhilfe, intensive sozial-päd. Einzelbetreuung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche), die in der Regel in Form von Fachleistungsstunden gewährt werden.

Mit einer entsprechenden Hilfegewährung nach diesen Normierungen sollen Entwicklungsproblemen und defizitären Erziehungsaufgaben begegnet sowie Alltagsprobleme gelöst, Krisen bewältigt und / oder intensive Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gefördert werden.

Produktziele:

Sicherstellung einer geeigneten, notwendigen und passgenauen Hilfe und Bewältigung / Abarbeitung des Hilfebedarfs in einem angemessenen Zeitraum.

Kindern und Jugendlichen, die unter einer seelischen Behinderung leiden oder davon bedroht sind soll die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht werden.

Zum Produkt gehörende ***Leistungen*** *:*

1.36.3630.07.01	Erziehungsbeistandschaft
1.36.3630.07.02	Intensive sozialpäd. Einzelbetreuung
1.36.3630.07.03	Sozialpadagogische Familienhilfe
1.36.3630.07.04	Soz. Gruppenarbeit/schulunterst. Hilfe
1.36.3630.07.05	Versorgung in Notsituationen
1.36.3630.07.06	Sozialpädag. Tagesbetreuung/-gruppe
1.36.3630.07.07	Amb./teilstat. Hilfen für seel. Behind.
1.36.3630.07.10	EGH Erziehungsbeistandschaft
1.36.3630.07.11	EGH Intensive sozialpäd. Einzelbetreuung
1.36.3630.07.12	EGH Sozialpädag. Tagesbetreuung/-gruppe
1.36.3630.07.13	EGH Sozialpädagogische Familienhilfe
1.36.3630.07.14	EGH Versorgung in Notsituationen

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansatz 2020 -Euro-	**Ansatz 2021 -Euro-**
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	1.497	0	**1.863**
	Übrige ordentliche Erträge	387.422	163.500	**266.720**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**388.919**	**163.500**	**268.583**
Ordentliche Aufwendungen				
13	Personalaufwendungen	1.616.742	1.639.096	**1.955.501**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten	
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	15.591	32.058	**33.802**
16	Abschreibungen	3.474	4.654	**6.269**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**
18	Transferaufw.	6.109.056	7.159.652	**7.750.068**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	147.646	176.677	**169.964**
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**7.892.509**	**9.012.136**	**9.915.604**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-7.503.590**	**-8.848.636**	**-9.647.022**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	26	0	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	24	0	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**3**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-7.503.588**	**-8.848.636**	**-9.647.022**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	128.358	116.815	**143.845**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-128.358	-116.815	**-143.845**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-7.631.945**	**-8.965.451**	**-9.790.867**

Produktkennzahl(en):

		Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2020	Plan 2021
Ambulante Hilfen *)	lfd. Fälle	432	426	428	412	405

*) bezieht sich auf die Leistungen 1.36.3630.07.01 bis 1.36.3630.07.03 sowie 1.36.3630.07.10/11 und 1.36.3630.07.13

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund des Übergangs von Teilaufgaben der Eingliederungshilfe vom FB 50 auf den FB 51 wurden bei diesem Wesentlichen Produkt die Leistungen 1.36.3630.07.10 bis 1.36.3630.07.14 zusätzlich angelegt. In diesem Zuge wurden auch die Finanzdaten korrigiert und die Kennzahl für das Jahr 2021 angepasst.

Wesentliches Produkt

1.36.3630.XX - Stationäre Hilfen

Produktbeschreibung:

Diese Formen der familienersetzenden Hilfen kommen als ein Instrument der jugendhilflichen Möglichkeiten regelmäßig bei Familien mit Kindern und Jugendlichen mit schwerwiegenden Verhaltensauffälligkeiten und Anpassungsstörungen zum Tragen, denen mit ambulanten/teilstationären Hilfen nicht wirkungsvoll begegnet werden kann. Durch die Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen/therapeutischen Angeboten werden die jungen Menschen in ihrer Entwicklung gefördert. Personensorgeberechtigte werden in der Ausübung ihrer Elternverantwortung gestärkt.

Produktziele:

Sicherstellung geeigneter, notwendiger und passgenauer Hilfen; Vorrangiges Ziel ist die Rückführung in die Familie bzw. Verselbständigung oder Überleitung in eine niederschwellige Hilfeform (z. B. Vollzeitpflege, ambulante Hilfe).

Zum Produkt gehörende ***Leistungen*** *:*

1.36.3630.09.01	Allgemeine Heimerziehung
1.36.3630.09.02	Eingliederungshilfe/Stat. Unterbringung
1.36.3630.10.02	Gemeinsame Wohnformen
1.36.3630.10.04	EGH Gemeinsame Wohnformen

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2019 -Euro-	Ansatz 2020 -Euro-	**Ansatz 2021 -Euro-**
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	523	0	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	2.691.478	1.505.000	**1.505.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**2.692.002**	**1.505.000**	**1.505.000**
Ordentliche Aufwendungen				
13	Personalaufwendungen	686.609	728.211	**788.687**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten	
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	10.461	16.500	**22.685**
16	Abschreibungen	9.512	2.358	**2.789**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**
18	Transferaufw.	15.777.784	14.348.439	**17.670.289**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	363.079	669.806	**702.064**
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**16.847.445**	**15.765.314**	**19.186.514**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-14.155.444**	**-14.260.314**	**-17.681.514**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	18	0	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	19	0	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**-1**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-14.155.445**	**-14.260.314**	**-17.681.514**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	77.305	85.417	**83.917**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-77.305	-85.417	**-83.917**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-14.232.750**	**-14.345.731**	**-17.765.431**

Produktkennzahl(en):

		Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2020	Plan 2021
Stationäre Hilfen	lfd. Fälle	237	251	284	270	270

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund des Übergangs von Teilaufgaben der Eingliederungshilfe vom FB 50 auf den FB 51 wurde bei diesem Wesentlichen Produkt die Leistung 1.36.3630.10.04 zusätzlich angelegt. In diesem Zuge wurde die Kennzahl für das Jahr 2021 angepasst.

Wesentliches Produkt

1.36.3630.11.01 - Inobhutnahme / Notaufnahme (ohne UmF)

Produktbeschreibung:

Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII) durch kurzfristige Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder sonstigen Wohnform; Dies schließt die Situationsklärung einschließlich Gefährdungseinschätzung und die Unterbreitung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten ein. Nicht in diesem Produkt enthalten ist die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UmF). Siehe hierzu das nachfolgende Produkt 1.36.3630.XX.0X

Produktziele:

Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes,
Rückführung an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bzw.
Gewährung von Hilfen nach dem SGB VIII

Zum Produkt gehörende ***Leistungen*** *:*

1.36.3630.11.01 Inobhutnahme / Notaufnahme
1.36.3630.11.04 EGH Inobhutnahme / Notaufnahme

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2019 -Euro-	Ansatz 2020 -Euro-	**Ansatz 2021 -Euro-**
Ordentliche Erträge				
	Entgelte	159	0	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	425.211	180.000	**180.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**425.370**	**180.000**	**180.000**
Ordentliche Aufwendungen				
13	Personalaufwendungen	209.824	219.559	**238.843**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten	
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	2.960	3.746	**5.596**
16	Abschreibungen	12.349	656	**761**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**
18	Transferaufw.	2.283.466	2.905.035	**2.846.788**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	28.358	37.844	**49.255**
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.536.957**	**3.166.841**	**3.141.243**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-2.111.587**	**-2.986.841**	**-2.961.243**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen				
22	Außerordentliche Erträge	5	0	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	6	0	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-2.111.588**	**-2.986.841**	**-2.961.243**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	20.037	19.008	**20.718**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-20.037	-19.008	**-20.718**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-2.131.625**	**-3.005.848**	**-2.981.961**

Produktkennzahl(en):

	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Plan 2020	Plan 2021
Unterbringungstage Inobhutn./Notaufn. (ohne UmF)	22.198	16.219	18.853	21.620	21.620
Fälle Inobhutnahme/Notaufnahme (ohne UmF)	316	285	293	300	300

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund des Übergangs von Teilaufgaben der Eingliederungshilfe vom FB 50 auf den FB 51 wurde bei diesem Wesentlichen Produkt die Leistung 1.36.3630.11.04 zusätzlich angelegt.

Anlage 4.1

Ergebnishaushalt

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Politische Gremien															
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		**2.393.287**	**2.383.887**	**0**	**- 9.400**	**0**	**- 9.400**	**0**	**- 9.400**	**0**	**- 9.400**		
080	1.11.1110.01	Politische Gremien	FDP	**Reduzierung Sachkostenpauschale für Fraktionen im Rat um ein Drittel** Nicht nur die Verwaltung, auch die Politik sollte Sparsamkeit zeigen. Eine Kürzung der Ratsfraktionsmittel um ein Drittel ist angemessen und schränkt die Fraktionsarbeit nicht ein. Nicht gekürzt werden sollen die Mittel für Stadtbezirksratsfraktionen.			- 13.200		- 13.200		- 13.200		- 13.200	dauerh.	445810 Erstattung an übrige Bereiche
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
SBR 01	1.11.1110.01	Politische Gremien	SBR 114	**Anpassung des Bezirksratsbudgets für notwendige Maßnahmen im Stadtbezirk** „Der Stadtbezirksrat 114 – vor Zusammenlegung mit dem Stadtbezirk Hondelage – beantragt, das gesamte, ihm zur Verfügung stehende Bezirksratsbudget (inkl. Bürgerbudgets) in Höhe von 19.000 € um 20 % zu erhöhen, d.h. in Summe auf 22.800 €." Begründung: Die im Haushalt angeführten Bezirksmittel für alle Stadtbezirke sind auf eine nicht mehr vorhandene, alte Berechnung zurückzuführen. In diesem Zeitraum von mindestens 20 Jahre haben sich alle anfallenden Kosten erhöht. Die notwendigen Maßnahmen für die verschiedenen Bereiche (u.a. Straßenbau, Friedhofsverwaltung) konnten aus dem Bezirksratsbudget immer nur anteilmäßig finanziert werden. Eine entsprechende Budgetplanung für den Stadtbezirk Volkmarode wäre im Folgenden: □ Repräsentativer Aufwand: 400 € □ Einrichtung Schule 1500 € □ Ortsbüchereien 2100 € □ FB 66 Straßenunterhaltung 8500 € □ FB 67 Grünanlagenunterhaltung 1200 € □ FB 67 Hochbauunterhaltung Friedhöfe 3400 € □ FB 67 Grünanlagenunterhaltung Friedhöfe 700 € □ Bürgerbudgets 3600 €			+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800		+ 3.800	dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste															
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**		**5.754.600**	**5.754.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
081	1.11.1145.01	Allgemeiner Service/Steuerungsunterstützung	BIBS	**Beibehaltung Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF)** Zur Haushaltssanierung wurde das Telefonbuch 2010 abgeschafft, um ca. 2000 Euro zu sparen. Die BIBS-Fraktion beantragte eine Neuauflage, die mit Hilfe der neuen Mehrheit durchgesetzt werden konnte. Dies verursachte keine Kosten, sondern spülte der Stadt ca. 5000 Euro jährlich in die Kassen. Auch wenn inzwischen kein freier Verkauf des HUF mehr erfolgt, ist das Fernsprechverzeichnis für die Stadt noch immer kostenfrei. Das HuF erleichtert den Mitarbeitern im Rathaus die Arbeit erheblich. Soweit es kostenfrei ist und auch bleibt, kann eine Abschaffung keine Einsparungen erzielen. Das Fernsprechbuch sollte daher erhalten bleiben. Nicht nachvollziehbar und akzeptabel ist, dass wohl mit der angekündigten Einstellung des HuF nach Ds. 20-14762 zugleich eine Personalstelle eingespart werden soll.			**)		**)		**)		**)	dauerh.	**Anmerkung der Verwaltung:** **) Sachaufwendungen für die Erstellung des HuF können auf städtischer Seite nicht beziffert werden, da der Druck des Buches für die Stadt aufwandsneutral durch einen externen Dienstleister vorgenommen wird. Dort erfolgt die Refinanzierung durch Werbeeinnahmen. Die Abstimmung muss zum Antrag SP 204 zum Stellenplan erfolgen.
082	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	BIBS	**Gebährdendolmetscher*innen in städtischen Einrichtungen** 1. Die Verwaltung stellt ab dem Haushaltsjahr 2021 ein jährliches Budget in Höhe von 15.000 Euro zur Bereitstellung/Bezahlung/Entschädigung von Gebärdendolmetscher*innen zur Verfügung, damit je nach Bedarf und Anforderung durch Menschen mit Hörschädigung im Kontakt mit städtischen Einrichtungen ein variabler Einsatz möglich wird. 2. Die Verwaltung weist mit geeigneten Hinweisen wie auf der städtischen Homepage, in Veröffentlichungen, Flyern, Rathauskompass etc. auf die Möglichkeit des Einsatzes von Gebärdendolmetscher*innen im Umgang mit städtischen Behörden und deren Bezahlung durch die Stadt hin, damit bei Bedarf die Buchung/Organisation bereits im Vorfeld eines Termins bei einer Behörde erfolgen kann.			+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000	dauerh.	429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen
			AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Antrag erledigt, wird bereits umgesetzt*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		**3.771.840**	**3.773.090**	**0**	**+ 1.250**	**0**	**+ 1.250**	**0**	**+ 1.250**	**0**	**+ 1.250**		
083	1.11.1151.01	Zentrale Aufgaben Personal	Die Fraktion P²	**Stadt Braunschweig wird korporatives Mitglied bei Transparency International e.V.** Die Stadt Braunschweig beantragt eine korporative kommunale Mitgliedschaft bei „Transparency International Deutschland e. V." und setzt alle für eine Mitgliedschaft erforderlichen Maßnahmen um. Für die Mitgliedschaft werden jährlich 1.250 EUR im Haushalt zur Verfügung gestellt. Transparency International Deutschland e.V. arbeitet als gemeinnütziger Verein und politisch unabhängig an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung von Korruption und ihrer Eindämmung. Ziel ist es, das öffentliche Bewusstsein für die negativen Folgen der Korruptionzu schärfen. Die Mitglieder erklären, dass sie jegliche Korruption ablehnen, sie selbst weder anwenden noch dulden und aktiv für Korruptionsbekämpfung eintreten sowie ihre Beschäftigten über die Gefahren von Korruption aufklären. Neben natürlichen Personen zählen auch Unternehmen, Vereine, Stiftungen und Kommunen wie Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Berlin, das Innenministerium des Landes Schleswig Holstein oder die Städte Köln, Leipzig, Bonn zu den Mitgliedern. Die Grundprinzipien sind Integrität,Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft. https://www.transparency.de/ueber-uns/was-tun-wir-dagegen/ Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1.250 EUR pro Jahr. Um als Mitglied anerkannt zu werden sind eine Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen sowie verschiedene Maßnahmen umzusetzen. https://www.transparency.de/mitmachen/mitgliedschaft/korporativemitgliedschaft/									dauerh.	442930 Beitr.Wirtschaftsverb.Berufsvertr.Verein
							+ 1.250		+ 1.250		+ 1.250		+ 1.250		
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	18	**Transferaufwendungen**		**47.754.200**	**47.812.200**	**0**	**+ 58.000**	**0**	**+ 140.000**	**0**	**+ 140.000**	**0**	**+ 140.000**		
084	1.25.2710.01	Volkshochschulen	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schulbildungsberatung** Zur Fortführung der Schulbildungsberatung soll im FB 51.4 (Jugendsozialarbeit) eine zusätzliche Stelle zur Kompetenzfeststellung inkl. der Finanzierung der Lizenzkosten eingerichtet werden. Die Vorbereitungsklassen der VHS sollen ab 2022 mit einem dauerhaften Zuschuss der Stadt von rund 140.000 € verstetigt werden. Im Jahr 2021 soll der Zuschuss ab dem Schuljahr 2021/2022 (Aug 2021) in Höhe von 58.000 € gezahlt werden. Die Volkshochschule wird gebeten, die nötigen Mittel bis August 2021 aus anderen Drittmitteln zu finanzieren. Schulbildungsberatung (SchuBS) ist ein wichtiges Instrument, um zugezogene Kinder und Jugendliche schnell zu integrieren und ihnen bestmögliche Chancen zu geben. Dazu sind aber die Kompetenzfeststellung im FB 51.4 und die Vorbereitungsklassen der VHS ein wichtiges Instrument. Mit der Verstetigung der 1,5 Stellen im FB 40 (Schule) ist nur ein Schritt getan.									dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.
							+ 58.000		+ 140.000		+ 140.000		+ 140.000		
			AfI	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Gemeinsame Abstimmung FWE 084 mit SP 205*				
			SchA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
085	1.25.2710.01	Volkshochschulen	BIBS	**Vorbereitungsklassen und Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung** Für die Vorbereitungsklassen der Schulbildungsberatung wird für 50 Wochen pro Jahr eine Lehrkraft mit 25 UE (Unterrichtsstunden) pro Woche und eine Lehrkraft mit 12,5 UE pro Woche eingestellt (siehe Ds. 20-13446). Für die Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung wird eine Stelle E11 geschaffen (ebenfalls analog zu Ds. 20-14625) In Ds. 20-14625 wurde in der Ratssitzung am 17.11. die Schulbildungsberatung im Umfang von zunächst 1,5 Beratungs-Stellen (E11) unbefristet fortgesetzt. Gleichzeitig wies die Verwaltung draufhin, dass die Vorbereitungsklassen und die Kompetenzfeststellung als weitere Bausteine der Schulbildungsberatung durch diese Stellen noch nicht abgedeckt sind. Die Finanzierung dieser beiden wichtigen Bausteine ist nur bis Ende 2020 gesichert. Für eine Sicherung darüberhinaus soll die Schaffung der beantragten zusätzlichen Stellen sorgen.									dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.
							*)		*)		*)		*)		
			AfI	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*Erledigt durch Abstimmung zu FWE 084 und SP 205*				
			SchA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in € 2021		2022		2023		2024		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
086	1.25.2710.01	Volkshochschulen	DIE LINKE.	**Fortführung Vorbereitungsklassen SchuBS** SchuBS: Vorbereitungsklassen Beschlussvorschlag: In den Haushalt werden dauerhaft zusätzlich 137.000 Euro eingestellt für die Fortführung von zwei Vorbereitungsklassen für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland. Begründung: Die Fortführung des Projektes Schulbildungsberatung, zu dem auch die Vorbereitungsklassen gehörten, war vom Rat der Stadt am 17.9.2019 zunächst für ein weiteres Jahr beschlossen worden (DS 19-11632 und DS 19-11719) und wurde in diesem Zeitraum evaluiert. Am 17.11.2020 hat der Rat die Fortführung des Projektes mit 1,5 Stellen beschlossen (Drs. 20-14625). Die Fortführung der Vorbereitungsklassen und der Kompetenzfeststellung waren jedoch nicht Gegenstand dieses Beschlusses. Der Besuch der Vorbereitungsklassen stellt ein grundlegendes Element zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland dar. Die Evaluation hat ergeben, dass die in den Vorbereitungsklassen erworbenen Grundkenntnisse der deutschen Sprache sowie der in Deutschland üblichen Unterrichtsmethoden den Einstieg in eine weiterführende Schule deutlich erleichtern. Die Rückmeldungen der Schulen, die die Kinder und Jugendlichen nach Beendigung der Vorbereitungsklassen besuchen, sind durchweg positiv (Drs. 20-13446 und Drs. 20-13446-01).			+ 137.000		+ 137.000		+ 137.000		+ 137.000	dauerh.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch Anträge zum Stellenplan des FB 51 (SP 205, 206 und 207) vor.
			AfI	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*5*	*Abgelehnt*					
			SchA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
138	1.57.5712.01	Braunschweig Stadtmarketing GmbH	Bündnis 90/Die Grünen	**Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie** 1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet. 2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen" (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht. 3.Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden. 4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten. (Begründung s. Antrag)			+ 68.400							einmalig	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv **Anmerkung der Verwaltung:** Bei unverändertem Vertrag zwischen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) und der Stadt Braunschweig wären die nebenstehenden Mehraufwendungen erforderlich. Zu weiteren Auswirkungen s. auch TH FB 66 - Zeile 5 Öffentlich-rechtliche Entgelte. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			WA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
			BA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

	18	**Transferaufwendungen**		**220.000**	**115.000**	**0**	**- 105.000**	**0**	**- 65.500**	**0**	**- 65.500**	**0**	**- 65.500**		
087	1.12.1221.41	Meldewesen	FDP	**Zuzugsprämie für Studierende streichen** Die Zahl der Studierenden, die eine Ummeldung des Erstwohnsitzes von der Prämie abhängig machen, dürfte gering sein - für die Einwohnerzahl und sich daraus ergebende Vorteile für die Stadt hält sich die Relevanz daher in Grenzen. Wegen der angespannten Haushaltslage beantragen wir die Streichung der Prämie.			- 160.000		- 160.000		- 160.000		- 160.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
088	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Förderung von Tierschutzprojekten** 1. Die Zuschüsse für Tierschutzprojekte werden im Jahr 2021 um 50.000 € auf dann insgesamt 60.000 € angehoben. 2. Für die Folgejahre ist eine weitere Erhöhung um 40.000 € auf insgesamt 100.000 € in den Haushaltsplänen vorzusehen. 3. Aus diesen Mittel ist dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. eine institutionelle Förderung zur Deckung der Personal- und Sachkosten für den Betrieb der betreuten Taubenschläge zu gewähren. Es ist geplant, im Verlauf des Jahres 2021 weitere betreute Taubenschläge in Braunschweig einzurichten. Die Betreuung dieser Schläge soll dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. übertragen werden. Damit der Verein diese Aufgabe, die deutlich über das hinausgeht, was alleine mit ehrenamtlichem Engagement zu leisten ist, verlässlich ausüben kann, sind Personal- und Sachkosten, z.B. für Futter und Einstreu, in ausreichendem Umfang bereitzustellen und dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. als institutionelle Förderung zu gewähren. Dieser Antrag bezieht sich auf das Produkt Tierschutz/Tiergesundheit, das mit der Produktnummer 1.12.1221.51 dem Teilhaushalt FB 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit zugeordnet ist.									dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 50.000		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
089	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	BIBS	**Zuschuss Stadttiere Braunschweig e.V.** Der Verein "Stadttiere Braunschweig e.V." erhält für das Haushaltsjahr 2021 eine Förderung in Höhe von 55.000 Euro, ab dem Haushaltsjahr 2022 eine jährliche Förderung in Höhe von 94.500 Euro. Zum Betrieb und zur Betreuung der von der Stadt im Rahmen des Taubenmanagementkonzepts im nächsten Jahr zu errichtenden Taubenhäuser benötigt der Verein institutionelle Förderung, da er nach Ansicht der Stadt das Stadttaubenprojekt ist ein Projekt des Vereins sei (siehe Ds. 20-14528-01). Deswegen benötigt der Verein zur Umsetzung des Projekts ab dem Jahr 2022 eine jährliche Förderung in Höhe von 94.500 Euro für die laufenden Kosten (Futter, Verbrauchsmaterial und Personalkosten). Da die ersten Taubenschläge nach Auskunft der Verwaltung erst gegen Mitte des Jahres fertiggestellt sein werden, benötigt der Verein für das Jahr 2021 nur einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 55.000 Euro.									dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 55.000		+ 94.500		+ 94.500		+ 94.500		
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		**3.602.933**	**3.595.533**	**0**	**- 7.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
219	1.12.1221.42	Personalausweis- und Passangelegenheiten	Die Fraktion P²	**Haushaltsoptimierung http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/nachrichten/medien/Haushaltsoptimierung.pdf S.70 Neubürgermappen bleiben erhalten** Der Vorschlag - V050 aus Bereich II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit: Abschaffung der Neubürgermappen - wird nicht umgesetzt. Die Mittel für die Neubürgermappen werden in den Haushalt 2021 wieder eingebracht. Neue Braunschweigerinnen und Braunschweiger erhalten weiterhin als Willkommen der Stadt Braunschweig ein Begrüßungsschreiben sowie die Infobroschüren und Gutscheine. Die Willkommenskultur herunterzufahren ist gerade in der heutigen Zeit nicht nachzuvollziehen – unabhängig der Höhe des Einsparpotentials! Braunschweig und die wichtigsten Adressen, Anlaufpunkte etc – teils mehrsprachig erklärt, geben viele Anregungen, klärt die häufigsten Fragen und nennt Ansprechpartner sowie die wichtigsten Versorgungseinrichtungen neben Krankenhäusern, Finanzamt etc. Warum sollten wir es neu Hinzugezogenen unnötig schwer machen wollen?									einmalig	443175 so. Geschäftsaufw.
							- 7.400								
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	19	**Sonstiger ordentlicher Aufwand**		**16.274.645**	**16.274.645**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
090	370-1400	Freiwillige Feuerwehr	DIE LINKE.	**Feuerwehrrente einführen** Als Wertschätzung für den unermüdlichen Einsatz der rund 1.200 Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr soll eine Feuerwehrrente eingeführt werden. Nach dem Vorbild der Thüringer Regelung sollen pro Monat und Mitglied 12 Euro eingezahlt werden.										dauerh.	442110 Aufwand für sonstige u. ehrenamtl. Tätigkeit
							+ 175.000		+ 175.000		+ 175.000		+ 175.000		
			FwA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	*2*	*Abgelehnt*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 40 - Schule															
	18	**Transferaufwendungen**		**1.634.303**	**1.734.303**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
091	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Bildungsfonds „Kinder und Jugendliche in der Corona Krise“** Im Haushalt 2021 soll ein mit 100.000 € ausgestatteter Bildungsfonds eingerichtet werden, aus dem schnell und unbürokratisch Projekte und Vorhaben gefördert werden können, die zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen dienen, bei denen die Familien diese Aufgabe nicht in vollem Umfang erfüllen können. Damit soll ein kleiner Beitrag zur Chancengleichheit geleistet werden. (Begründung s. Antrag)										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 100.000								
			SchA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*					
Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft															
	18	**Transferaufwendungen**		**13.934.400**	**14.012.980**	**0**	**+ 78.580**	**0**	**+ 78.580**	**0**	**+ 78.580**	**0**	**+ 78.580**		
092	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	SPD	**Figurentheater Fadenschein** Das Theater Fadenschein ist ein verlässlicher Bestandteil in der Braunschweiger Kulturszene. Mit großer Kreativität werden viele Angebote für die ganz Kleinen, aber auch für Familien und Erwachsene gemacht. Damit die qualitativ hohe Arbeit auch weiterhin in gewohnter professioneller Art weitergeführt werden kann, ist es notwendig, die in den vergangenen Jahren befristet bewilligten Mittel für die Haustechnik zu verstetigen und die Gesamtförderung anzuheben.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		
			AfKW	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 092, 093*				
093	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Figurentheater Fadenschein** Im Theater wurde ein Generationenwechsel in der Leitung vollzogen. Zur dauerhaften Sicherung benötigt es eine Verstätigung der im HH 2020 erhöhten Mittel für Technik und Hausmeister sowie eine Deckung der durch den Generationenwechsel gestiegenen Miete.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		
			AfKW	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 092, 093*				
094	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	DIE LINKE.	**Anhebung Zuschuss Figurentheater Fadenschein** Für die Jahre 2018 - 2020 erfolgte eine Anhebung der Kontinuitätsförderung auf zuletzt knapp 145.000 Euro. Da die dreijährige Kontinuitätsphase zum Ende des Jahres ausläuft, fällt der Zuschuss an das Figurentheater Fadenschein auf den dynamisierten Betrag von rund 116.000 Euro zurück. Vom Theater Fadenschein wurde der erhöhte Zuschuss der Jahre 2018 - 2020 zur Einstellung eines Haustechnikers verwendet. Die Arbeit des Haustechnikers ist auch zukünftig notwendig. Außerdem ist ab 2021 eine Anhebung der Mietkosten zu erwarten.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		0		
			AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
220	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	**Figurentheater Fadenschein** Das Figurentheater Fadenschein ist mit seinem vielfältigen Angebot für Kinder seit Jahren ein wichtiger Bestandteil der Braunschweiger Kulturszene. Für die weitere professionelle Verwendung der Haustechnik wird auch nach Ende der dreijährigen Kontinuitätsförderung ein erhöhter Zuschuss benötigt.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 48.580		+ 48.580		+ 48.580		0		
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
095	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Die Fraktion P²	**Senkung Zuschuss Komitee Braunschweiger Karneval gGmbH** Karneval 2021 wird nicht in gewohntem Rahmen stattfinden. Eine Alternativveranstaltung mit anderem Rahmen ist geplant und wird vermutlich mit bedeutend weniger Mitteln auskommen. Und für die Jahre danach besteht für Sponsoren die Möglichkeit, sich am Karneval zu beteiligen. Eine Veranstaltung mit der Reichweite und Medienaufmerksamkeit wird keine Schwierigkeiten haben, mehr Sponsorengelder einzuwerben - daher dieser Antrag zur Entlastung des städtischen Haushalts.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							- 75.000		- 75.000		- 75.000		- 75.000		
			AfKW	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
096	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Die Fraktion P²	**Zuschusserhöhung Alternativer Kunstverein Braunschweig: bskunst.de** Dieser freie Kulturanbieter trägt in Braunschweig zur Partizipation in zweifacher Hinsicht bei: Er ermöglicht Künstlern auch ohne Studiumabschluss ihre Werke nicht nur in den Vereinsräumlichkeiten auszustellen, sondern bemüht sich um immer neue Ausstellungsflächen, um zeitgenössische Kunst und Kultur in Szene zu setzen und Interessierte teilhaben zu lassen. Die Aufstockung der bisherigen Förderung auf insgesamt 8000 EUR soll auch dazu dienen, die aktive kulturelle Partizipation - und damit eines der strategischen Ziele - zu fördern sowie die in Braunschweig bestehenden Kulturszenen als gesellschaftliche Impulsgeber zu begreifen und zu stärken.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 6.000		0		0		0		
			AfKW	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*2*	*Abgelehnt*					
097	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kulturelle Projekte** Die vielfältigen kulturellen Projekte von Trägern, Gruppen und Einzelpersonen sind ein wesentliches Element für kulturelle Vielfalt in Braunschweig. Schon jetzt liegt die Summe der Beantragungen weit über der nach den Haushaltsansätzen zu bewilligenden Zuschusssumme. Diese Haushaltsstelle muss erhöht werden. Aus diesen Mitteln könnten eventuell auch erhöhte Raumkosten und Nutzungsgebühren im öffentlichen Raum wegen Corona-Auflagen finanziert werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		
			AfKW	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
224	1.25.2811.10	Projekt- und Konzeptionsförderung sonst. Kulturpflege	SPD	**Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kulturelle Projekte** (mdl. Änderungsantrag im Rahmen der Sitzung)										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		
			AfKW	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit															
	18	**Transferaufwendungen**		**136.461.800**	**136.599.170**	**0**	**+ 137.370**	**0**	**+ 146.370**	**0**	**+ 146.370**	**0**	**+ 146.370**		
098	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	**Cura e.V.** Der Verein erhält durch die Umstellung der Landesförderung (Justizminsterium) von Festbetragsfinanzierung auf Anteilsfinanzierung inzwischen nur noch eine 83%-Förderung. Zur Finanzierungsüberbrückung hatte die Stadt 2020 einmalig 12.000 Euro bereitgestellt. Dieses Geld hätte Cura nach der damaligen Förderlogik aber an das Land weiterreichen müssen, sodass Cura 2020 auf die Unterstützung der Stadt gänzlich verzichtet hat. Im Haushaltsjahr 2021 könnte Cura nun aber die Unterstützung der Stadt für sich vereinnahmen und bittet daher darum, dass das bereits für 2020 bewilligte, aber nicht ausgezahlte Geld der Stadt Braunschweig dem Verein nun für 2021 zur Verfügung gestellt wird.			+ 12.000							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 098-102*				
099	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Cura e.V.** Im vergangenen Jahr wurden für den Verein Cura zusätzlich bewilligte Mittel nicht in Anspruch genommen, da diese direkt vom Landeszuschuss abgezogen worden wären. In diesem Jahr ist das allerdings nicht der Fall. Sie sollten, bis eine auskömmliche Finanzierung des Landes erfolgt, erneut bewilligt werden.			+ 11.900							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €*				
100	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	**Erhöhung Zuschuss Cura e.V.** Die Anlaufstelle für Straffällige in Braunschweig berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhalts, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Zudem bietet die Anlaufstelle einen offenen, niedrigschwelligen Aufenthaltsbereich zur Freizeitgestaltung. Wie die CURA e.V. Braunschweig jetzt durch die zuständige Zuwendungsbehörde des Landes Niedersachsen mitgeteilt bekommen hat, würde das Land Niedersachsen ihre Zuwendungen für das Haushaltsjahr 2020 um die 12.000 € kürzen, die die Stadt Braunschweig mehr bewilligt hat (29600,- € statt wie beantragt 17.600,- €), da die Landesfinanzierung von einer Festbetrags- auf eine Anteilsfinzierung umgestellt wurde. Bei dieser Finanzierungsart sieht die Landeshaushaltsordung eine subsidiäre Finanzierung des Landes vor und wertet nachträglich bewilligte Zuwendungen der Kommune als zusätzliche Drittmittel und verrechnet sie mit dem Zuschuß des Landes. (Weitere Begründung siehe Antrag)			+ 11.900							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €*				
101	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	**Anhebung Zuschuss Cura Braunschweig e.V.** Ursprünglich wurden vom Cura Braunschweig e. V. die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 17.700 Euro beantragt. Aufgrund einer Umstrukturierung der Landesfinanzierungen benötigt der Verein zusätzlich eine einmalige Förderung in Höhe von 11.900 Euro. Von den für das Jahr 2020 bewilligten Geldern hat der Verein 12.000 Euro nicht abgerufen. Falls daraus ein Haushaltsrest gebildet wurde, könnte dieser aufgelöst werden und es käme zu keiner zusätzlichen Belastung des Haushaltes.			+ 11.900							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
102	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P²	**Anhebung Zuschuss Cura e.V. Verein für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe** Cura e.V. leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Beratungsarbeit für Straffällige sowie ihre Angehörigen. Als Anlaufstelle helfen sie bei der Sicherstellung des Lebensunterhaltes, unterstützen bei der Arbeitssuche und der Schuldnerberatung sowie der Wohnraumbeschaffung. Cura e.V. engagiert sich unter anderem im kommunalen Aufgabenbereich im Bündnis für Wohnen bei der Versorgung sozial Benachteiligter mit Wohnraum. So konnten Wohnraumverluste verhindert und familiäre Bezüge erhalten werden. Um die gesellschaftliche und integrative Arbeit auch im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird einmalig die in 2020 nicht abgerufenen Mittel als Anhebung der Förderung beantragt, sodass eine Fördersumme von 29600 EUR zustande kommt.									einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 11.900								
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 098-102, geändert auf +12.000 €*				
103	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	**Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Kontaktstelle** Durch die Änderung der Förderrichtlinie des Landes und der Pflegekasse kann bei entsprechender anteiliger Ko-Finanzierung durch die Stadt Braunschweig eine neue Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfegruppen geschaffen werden. Dafür benötigt Kibis zusätzlich 8.250 Euro.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 8.250		+ 8.250		+ 8.250		+ 8.250		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 103-106*				
104	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	**Erhöhung Zuschuss KIBiS Kontaktstelle** Die KIBiS Braunschweig benötigt eine städtische Teilfinanzierung einer neuen Teilzeitstelle für Pflegende Angehörige in Selbsthilfegruppen, um dem dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich ensprechen zu können. Der Bereich Selbsthilfe und Pflege muss ausgebaut werden, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels weiter zunehmen wird. Passende Selbsthilfegruppen können pflegenden Angehörigen und den von ihnen umsorgten Pflegebedürftigen Austausch, Unterstützung und Entlastung ermöglichen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 8.250		+ 8.250		+ 8.250		+ 8.250		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 103-106*				
105	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	**Anhebung Zuschuss KIBiS Beratungsstelle** Mit der erhöhten Zuwendung soll anteilig eine Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfegruppen finanziert werden. Es ist wichtig, dass der Bereich Selbsthilfe und Pflegebedürftige ausgebaut wird, da die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigen wird.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 4.150		+ 4.150		+ 4.150		+ 4.150		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft*				
106	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P²	**Zuschuss-Erhöhung für KIBIS e.V.** KIBiS ist die Kontaktstelle für Selbsthilfe in Braunschweig. Sie besteht seit 1991 und bietet Ratsuchenden, Interessierten, Selbsthilfegruppen und professionelle Helfer/innen seit dem ein breites Spektrum an Information und Vermittlung, Beratung und Vernetzung für körperliche Erkrankungen, Behinderungen, psychischen Probleme, Suchtformen und sozialen Themen. Sie bieten Kooperation mit Fachleuten der gesundheitlichen und sozialen Versorgung auf Regional-. Landes- und Bundesebene an. Um im Bereich Pflege die Betreuung, Hilfe, Unterstützung und Kontakt mit Menschen in gleicher Situation deutlich zu verbessern, ist eine Erhöhung der Fördersumme für Personalmittel notwendig.									einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 8.250								
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 103-106, geändert auf +8.250 € dauerhaft*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
107	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Bündnis 90/Die Grünen	**SOLWODI -Ausstiegsberatung Prostitution** Für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung wird SOLWODI in diesem Jahr ein zusätzlicher Zuschuss von 55.000€ gewährt: Dieser wird im Haushaltsjahr 2022 auf 110.000€ erhöht und in dieser Höhe verstetigt. Ausstiegsberatungen im Bereich der Prostitution können Leben retten, daher unterstützen wir die Einrichtung einer Ausstiegsberatung in Braunschweig. SOLWODI leistet auf diesem Feld bereits wertvolle Arbeit und bearbeitet den großen Beratungsbedarf dort aktuell in ihrer Fachberatungsstelle für Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Angesichts der Häufung der Fälle sowie ihrer Komplexität ist eine spezielle Beratungsstelle für Frauen in Ausstiegssituationen notwendig.			+ 55.000		+ 110.000		+ 110.000		+ 110.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221*				
108	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.	**Ausstiegsberatungsstelle des Vereins SOLWODI Niedersachsen e. V. unterstützen** Seit 1999 berät der Verein Solwodi Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Die Notsituationen reichen von Menschenhandel und Zwangsverheiratung bis hin zu extremen Diskrimminierungen. Zusätzlich wurden auch immer wieder Prostituierte beraten, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Aufgrund der steigenden Anfragen und der komplexen Problemlagen, soll nun eine Ausstiegsberatungsstelle aufgebaut werden. Da dieses die finanziellen Möglichkeiten von Solwodi bei weitem übersteigt, ist eine städtische Finanzierung notwendig.			+ 110.000		+ 110.000		+ 110.000		+ 110.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021*				
221	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	**Unterstützung des Vereins SOLWODI für den Aufbau und die Durchführung des Projekts ASUNA (AusStieg und NeuAnfang) in Braunschweig** Der Verein SOLWODI (Solidarity with Women in Distress) Niedersachsen e.V. berät seit 1999 in Braunschweig Frauen in unterschiedlichen Not- und Gewaltsituationen. Dazu gehören Menschenhandel, Zwangsverheiratung, Bedrohung durch "Ehrenmord", Gewalt und Probleme in Ehe und Partnerschaft sowie extreme Diskriminierungen. Das geplante Projekt "ASUNA" ist eine Ausstiegshilfe aus der Prostitution für Frauen und Mädchen mit dem Ziel, ihnen nachhaltig ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben außerhalb von Prostitution zu ermöglichen. Für Aufbau und Durchführung dieses Projekts benötigt der Verein finanzielle Unterstützung durch die Stadt.			+ 110.000		+ 110.000		+ 110.000		+ 110.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 107, 108, 221, geändert auf +55.000 € in 2021*				
109	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P²	**Umsetzung Istanbul Konvention: Zuschuss-Erhöhung Frauenhaus** Durch die Instanbul Konvention ist Deutschland seit dem 1. Februar 2018 rechtlich verpflichtet zur Verhütung und Bekämpfung von jeglicher Gewalt gegen Frauen einschließlich häuslicher Gewalt. Zum Schutz hält das Braunschweiger Frauenhaus derzeit 16 Familienzimmer vor. Um die Empfehlung der Istanbul Konvention umzusetzen, werden noch 9 Familienzimmer benötigt [1]. Außerdem werden finanzielle Mittel gebraucht, um für die Kinder im Haus eine anheimelnde Umgebung zu schaffen, in der sie sich beschützt und aufgehoben fühlen können. Auch fehlen Mittel für therapeutische Kinder-Angebote sowie für Mutter-Kind-Ausflüge. Vor diesen Hintergründen und der Sondersituation Corona beantragen wir eine Erhöhung der Mittel, um der Erfülllung der genannten Notwendigkeiten ein kleines Stück näher zu kommen. Quelle: [1]https://www.bmfsfj.de/blob/119016/e9e2d57380c1fe600ac68511656a092a/zif-data.pdf			+ 42.000		+ 42.000		+ 42.000		+ 42.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in € 2021		2022		2023		2024		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	Die Fraktion P²	**Zuschuss-Erhöhung für Mütterzentrum Braunschweig e.V.** Das Mütterzentrum leistet seit mehr als 15 Jahren in dem Quartier sehr erfolgreiche Arbeit. Sie stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen, setzen sich ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bekämpfen die steigende soziale Isolation der sehr unterschiedlichen Einwohner im Quartier. Im Laufe der vergangenen Jahre haben sie sich zu einem Ort der Teilhabe für alle Interessierten entwickelt – und das werden kontinuierlich mehr. Um die umfassenden Angebote und Hilfestellungen weiterhin im benötigten Umfang leisten zu können, wird eine Zuschusserhöhung benötigt.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 1.400								
			AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*Anträge sind durch Erhöhung durch Verwaltung erledigt*				
SBR 02	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	**Mütterzentrum e.V./Mehrgenerationenhaus Braunschweig e.V., Produkt 1.31.3517.10:** Hiermit beantragen wir, den Haushaltstansatz von 127.500 € auf 128.900 € zu erhöhen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		
			AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*Anträge sind durch Erhöhung durch Verwaltung erledigt*				
111	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	**Refugium Flüchtlingshilfe** Die Flüchtlingshilfe Refugium e. V. ist seit vielen Jahren ein angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit in Braunschweig. Durch den Rückgang der Spendenbereitschaft ist der Verein nicht mehr in der Lage, den bisher erreichten Eigenanteil einzubringen. Gleichzeitig hat sich die Arbeit nicht verringert, da gerade jetzt für viele Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, die Integration in Deutschland gerade beginnt und unterstützt werden sollte.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300				
							+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300	dauerh.	
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-114*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115*				
112	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Refugium e.V.** Das Refugium leistet wertvolle Arbeit bei der Integration und entlastet mit seinem Angebot auch die Ämter erheblich. Für eine auskömmliche Finanzierung sollte dem Zuschussantrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-114*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-115*				
113	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	**Erhöhung Zuschuss Refugium** Seit über 30 Jahren ist der Verein "Flüchtlingshilfe" ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. Um den enormen Beratungsbedarf, die notwendigen personellen Strukturen und die qualifizierte Migrationsarbeit in der Stadt weiterführen zu können, ist eine erhöhte finanzielle Förderung unverzichtbar. Hierbei ist zu beachten, dass der Verein nur eine Anpassung an die bereits im letzten Jahr beantragte Förderungserhöhung wünscht. Damals hatten sich die Fraktionen leider nur auf eine um 7.000 € niedrigere Förderung des Refugiums einigen können. Der Verein beantragt für 2021 demzufolge lediglich eine Erhöhung um etwa diese Differenz.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-114*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-115*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
114	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	**Zuwendung Refugium Flüchtlingshilfe e. V. angemessen erhöhen** Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. übernimmt im großen Umfang die Migrations- und Flüchtlingsberatung für einen großen Teil der in Braunschweig ankommenden Menschen. Außerdem wird in vielen Fällen das schwierige Verfahren der Familienzusammenführung durchgeführt. Um diese wichtige Arbeit weiterführen zu können, ist die Anhebung der Zuwendung unumgänglich.			+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300		+ 5.300	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-114*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 111-115*				
115	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P²	**Erhöhung des Förderungszuschusses: Refugium Flüchtlingshilfe e.V.** Die Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig leistet als gemeinnützige Einrichtung und selbständiger Träger die Flüchtlingssozialarbeit - unabhängig von Nationalität oder Aufenthaltstitels. Sie unterstützt bei Fragen wie Asylverfahren, Aufenthaltssicherung, Sozialleistungen etc. Auch allgemeine Integrationsberatung für Migrantinnen und Migranten bzw. Deutsche ausländischer Herkunft leistet das Refugium - neben integrativen Maßnahmen und aufklärender Öffentlichkeitsarbeit in Form von u.a. Podiumsdiskussionen, Arbeit mit Schulen und Fortbildungen - mit dem zur Förderung eines konstruktiven, friedvollen interkulturellen Zusammenleben. Um den enormen beratungsbedarf, die notwendigen personellen Strukturen und die erfolgreiche, langjährige Arbeit auch weiterhin im notwendigen Umfang stattfinden kann, benötigt der Verein eine Aufstockung der Förderungssumme in 2021.			+ 5.300							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*erledigt durch Abstimmung zu FWE 111-114*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 111-115*				
116	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD	**Frauen BUNT e.V** Frauen BUNT e. V. ist offen für alle Frauen/Migrantinnen/Geflüchtete und Familienangehörige - unabhängig ihrer Herkunft. Der Verein entwickelt kontinuierlich ein breites und vielfältiges Programm von Frauen für Frauen. Die Arbeit wird ehrenamtlich geleistet und bietet ein niedrigschwelliges Angebot für eine schwer erreichbare Gruppe von Frauen. Die beantragten Mittel dienen zur Finanzierung der Mietkosten einer Wohnung am John-F.-Kennedy-Platz, die der Treffpunkt des Vereins ist und an dem fast alle Angebote stattfinden. Es handelt sich um einen jungen Verein, deshalb wird die Förderung zunächst nur für weitere drei Jahre vorgeschlagen. Gleichwohl sollen die Mittel im Rahmen der städt. Förderrichtlinien als institutionelle Förderung gewährt werden, damit sich der Verein mit seinen wichtigen Angeboten etablieren kann.			+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820			für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820	dauerh.	
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116, 118, 119*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222*				
117	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**FrauenBUNT e.V:** Der Verein FrauenBUNT leistet wertvolle Arbeit im Bereich der Integration von Frauen. Diese soll durch die volle Übernahme der Miete und eine institutionelle Förderung gesichert werden. Dabei sollen Entgelte für Raumnutzungen Dritter nicht auf den Zuschuss angerechnet werden, sofern sie mit der Arbeit des Vereins in Zusammenhang stehen. Nach 2 Jahren soll überprüft werden, ob die Förderung dauerhaft gesichert werden soll.			+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820			für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
							+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820	dauerh.	
			AfI	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*erledigt durch Abstimmung zu FWE 116, 118, 119*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
118	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	**Förderung Frauen Bunt e. V. nicht streichen** In den beiden letzten Jahren hat der Verein "Frauen Bunt e.V." eine wichtige Arbeit im Bereich der Integration geleistet. Die vollständige Streichung des Zuschusses würde diese Arbeit gefährden, da sonst die Miete für die Räumlichkeiten nicht getragen werden könnte. Dies wird sich auch zukünftig nicht ändern. Daher sollte eine dauerhafte Zuwendung gewährt werden.			+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 116,118,119*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222*				
222	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	**Förderung Frauen BUNT e.V. beibehalten** Der Verein Frauen BUNT e.V. leistet seit 2017 wertvolle Integrationsarbeit für Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft. Zur Fortsetzung seines sinnvollen Engagements benötigt der Verein auch weiterhin einen Zuschuss, um die Mietkosten für die Räumlichkeiten decken zu können. Um eine weitere erfolgreiche Arbeit zu gewährleisten, soll der Verein daher die bisher für zwei Jahre gewährte Förderung dauerhaft erhalten.			+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222*				
119	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P²	**Förderung des Vereines Frauen BUNT e.V:** Der Verein stärkt die Interessen und Potentiale von Mädchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte. Frauen haben eine Schlüsselfunktion für die Integrationsperspektive ihrer gesamten Familie. Der Verein bietet für und mit den Frauen ein niedrigschwelliges Angebot und setzt sich für ein selbstbestimmtes und freies Leben von Frauen und Mädchen, für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Frauen und Männern, für ein inter- und transkulturelles gesellschaftliches Zusammenleben sowie für die örderung einer demokratischen Kultur in Braunschweig ein. Als interkultureller Lern- und Begegnungsort mit Frauen aus 27 Herkunftsländern und 1200 Stunden Unterricht, Beratung und Austausch trägt der Verein der Förderung der Integration von Migranten und Geflüchteten und ihrer Teilhabe bei.			+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820		+ 17.820	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 116,118,119*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 116-119 und 222*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
120	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	**Erhöhung Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve** Der Verein TRIVT möchte seine angemieteten Räumlichkeiten, die bisher einem anderen Verein als Übungsraum dienten, für Veranstaltungen und Aktivitäten nutzen, für die das WELCOME HOUSE zu wenig Platz bietet. Die Räumlichkeiten befinden sich bisher in einem wenig einladenden Zustand. Insbesondere der Mehrzweckraum und das Büro sind bisher nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen. Die Räume müssen daher separat elektrisch beheizt werden. Ausgehend von den Erfahrungen des vorausgehenden Nutzers, sind hierfür Kosten im beantragten Umfang anzusetzen. Daher beantragt der Verein eine Aufstockung der Förderung für die Möglichkeit, um die im ehemaligen Nordbad angemieteten Räume angemessen heizen zu können.			+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 120 und 121*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 120-122*				
121	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE.	**Unterstützung der Begegnungstätte WELCOME HOUSE erhöhen** Die von dem Verein TRIVT e. V. angemieteten Räume im Nordbad sind nicht ans Heizungssystem angeschlossen, weshalb mit einer Infrarotheizung geheizt werden muss, was hohe Kosten nach sich zieht. Zusätzlich sind verschiedene Arbeiten notwendig, damit diese Räume im vollem Umfang genutzt werden können.			+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000		+ 5.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 120 und 121*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 120-122*				
122	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Die Fraktion P²	**Erhöhung Förderung des Vereins TRIVT e.V: WELCOME HOUSE** Die Begegnungsstätte wird im Quartier sehr gut angenommen. Zahlreiche Angebote, Kooperationen sowie eine Fahrradwerkstatt wurden geschaffen und weitere Projekte sind von den mehr als 60 Ehrenamtlichen geplant. Da der Verein immer noch nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen ist, benötigen sie eine finanzielle Förderung um ihre Räume dort elektrisch beheizen zu können. Ansonsten kann die Quartiersarbeit für Respekt, Toleranz, Integration und Teilhabe im Winter nicht fortführt werden.			+ 5.000							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfI	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*erledigt durch Abstimmung FWE 120 und 121*				
			AfSG	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeinsame Abstimmung FWE 120-122*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
123	1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig** Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Arbeitskreis und dem Runden Tisch ein Konzept für eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Prostituierte zu erstellen. Dabei sollen weitere Akteurinnen und Akteure aus der Braunschweiger Beratungslandschaft einbezogen werden, um ein strukturiertes Angebot zu entwickeln, das die Beratung nach den Vorgaben des Prostituiertenschutzgesetzes sichert und auf die Bedürfnisse von Prostituierten ausgerichtet ist. Ziel ist die Einrichtung eines Treffpunktes, der den betroffenen Frauen Hilfe und Unterstützung gibt, aber auch soziale Kontakte ermöglicht, um sich in Braunschweig und Deutschland besser zurecht zu finden. Zu den Aufgaben soll auch die Koordination und Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Behörden und Fachberatungsstellen sowie weiterer Träger, Vereine und Initiativen zählen, die sich für die Belange und Bedürfnisse von Prostituierten einsetzen und ein Netzwerk für diese Zielgruppe bilden. Neben dem inhaltlichen Konzept sollen die notwendige Ausstattung für Personal und Sachmittel, ein Trägerkonzept sowie die notwendige Erstausstattung ermittelt werden. Die Anlaufstelle soll in der Innenstadt möglichst in der Nähe der Bruchstraße eingerichtet werden, um der Zielgruppe eine nahe Anbindung zu bieten. Das Konzept soll bis zum dritten Quartal 2021 fertiggestellt sein und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Verwaltung stellt die notwendigen Personal-, Sach- und Mietkosten dauerhaft ab dem Haushalt 2022 ein. Für die Konzepterstellung und eine Anschubfinanzierung werden 30.000 € in den Haushalt 2021 eingestellt. (Begründung s. Antrag)			+ 30.000						einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Anlaufstelle für Prostituierte" besteht ein weiterer Antrag. Dieser ist in der Liste der Finanzunwirksamen Anträge (FU 216) aufgeführt. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 123 und 225*				
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*	-	*Bitte auswählen*					
225	1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	SPD	**Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig** (mdl.Antrag im Rahmen der AfSG-Sitzung)			+ 30.000							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Anlaufstelle für Prostituierte" besteht ein weiterer Antrag. Dieser ist in der Liste der Finanzunwirksamen Anträge (FU 216) aufgeführt. Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 123 in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung FWE 123 und 225*				
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
124	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	**Aids-Hilfe e.V.** Aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden zusätzlichen Arbeitsbelastung des Gesundheitsamtes, hat die Aids-Hilfe im Jahr 2020 vermehrt Aids-Beratung und Aids-Tests angeboten und durchgeführt. Der damit verbundene Arbeitsaufwand soll durch einmalige Unterstützung kompensiert werden.			+ 4.000							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
125	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Aids-Hilfe** Das Angebot für die HIV-Prävention bei Migrant*innen aus Subsahara-Ländern ist wichtig und sollte dauerhaft ausfinanziert werden. Deshalb sollte dem Antrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.			+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223*				
126	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	DIE LINKE.	**Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V.** Gestiegene Kosten, insbesondere beim Personal, machen die Erhöhung notwendig, um die Arbeit in der AIDS-Prävention und der Unterstützung von Betroffenen fortsetzen zu können.			+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223*				
223	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	**Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.** Die Braunschweiger AIDS-Hilfe benötigt eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse für das Jahr 2021, um ihre Arbeit in der AIDS-Präventation, Beratung und Unterstützung der Betroffenen und der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten sicher zu stellen.			+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300		0	für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 124 in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223*				
127	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	Die Fraktion P²	**Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V.** Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit - mittlerweile auch für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern. Gerade bei dieser Aufklärungsarbeit sowie der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 3.300 EUR beantragt.			+ 3.300		+ 3.300		+ 3.300		0	für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 125-127 und 223*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 03	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SBR 310	**AIDS-Hilfe, Produkt 1.41.4140.50:** Hiermit beantragen wir für die AIDS-Hilfe e.V. den Ansatz für das Jahr 2021 von 104.700 € auf 107.000 € zu erhöhen.			+ 2.300							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag FWE 124 in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*Antrag durch weitergehenden, beschlossenen Antrag FWE 124 erledigt*				

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

	18	**Transferaufwendungen**		**124.271.797**	**124.457.797**	**0**	**+ 186.000**	**0**	**+ 536.000**	**0**	**+ 886.000**	**0**	**+ 1.236.000**		
128	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	SPD	**Kinderschutzbund** Im Vorjahr wurde das Projekt Bildungspaten des Kinderschutzbundes mit 14.000 Euro von der Stadt und 6.000 Euro vom Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche gefördert. Schwerpunkt des Projekts ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Sprache, Bildung und Ausbildung mittels individueller Begleitung durch ehrenamtliche Paten, die durch eine Sozialpädagogin qualifiziert und angeleitet werden. Die Zusammenführung des Projekts Bildungspaten mit dem Projekt Familienpaten, das die Stärkung der Familie und der Bindungsfähigkeit sowie die Unterstützung in Alltagssorgen im Mittelpunkt hat, wird ausdrücklich unterstützt, sodass sich die städtische Förderung des Kinderschutzbundes dauerhaft auf 32.000 Euro erhöht.			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeins.Abstimmung FWE 128-132*				
129	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Kinderschutzbund: Bildungspaten** Das Projekt Bildungspaten unterstützt Migrant*innen innovativ und zielgerichtet bei der Verbesserung der Chancen auf Sprache, Bildung und Ausbildung, indem eine Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird. Dies gilt es weiter zu unterstützen.			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeins.Abstimmung FWE 128-132*				
130	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	BIBS	**Projektförderung "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes** Der Braunschweiger Kinderschutzbund gestaltet seit 50 Jahren die Kinder- und Jugendarbeit. Neben Tätigkeitsbereichen wie der Gewaltberatungsstelle, der Nummer gegen Kummer, den Schulkindbetreuungen und den Braunschweiger Familienpaten haben sich die Braunschweiger Bildungspaten seit 2015 fest etabliert. Um dieses Projekt in Zukunft weiter so erfolgreich führen zu können, benötigt der Verein städtische Unterstützung.			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeins.Abstimmung FWE 128-132*				
131	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	DIE LINKE.	**Projekt Bildungspaten des Deutschen Kinderschutzbundes weiter führen** Das Projekt "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes ist ein erfolgreiches und niederschwelliges Bildungsangebot, das weitergeführt werden soll. Die Kosten betragen - wie im laufenden Jahr - 20.000 Euro. Für das laufende Jahr wurden durch einen Fraktionsantrag einmalig 14.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die restlichen 6.000 Euro kamen vom Beirat gegen Kinderarmut. Diese Förderung steht in dem Umfang nicht mehr zur Verfügung, weshalb nun eine städtische Förderung in Höhe von 20.000 Euro notwendig ist.			+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeins.Abstimmung FWE 128-132*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
132	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Die Fraktion P²	**Förderung Projekt „Bildungspaten“ Deutscher Kinderschutzbund Ortsverein Braunschweig e.V.** Das Projekt "Bildungspaten" des Kinderschutzbundes ist ein erfolgreiches und niederschwelliges Bildungsangebot, das weitergeführt werden soll. Die Kosten betragen - wie im laufenden Jahr - 20.000 Euro. Für das laufende Jahr wurden durch einen Fraktionsantrag einmalig 14.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die restlichen 6.000 Euro kamen vom Beirat gegen Kinderarmut. Diese Förderung steht in dem Umfang nicht mehr zur Verfügung, weshalb nun eine städtische Förderung in Höhe von 20.000 Euro notwendig ist. Der Deutsche Kinderschutzbund 0rtsverband Braunschweig e.V. hilft mit den Projekt Braunschweiger Bildungspaten älteren Kindern und Jugendlichen. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der Verbesserung der Chancen auf Sprache, Bildung und Ausbildung mittels individueller Begleitung durch ehrenamtliche Paten. Dadurch erfahren sie ein Kennenlernen der Werte, Normen und Kultur, der kulturellen und sozialen Strukturen vor Ort sowie die Einbindung in das gesellschaftliche Leben. Der aktuelle Bedarf an Bildungspatenschaften wird von Schulen, Geflüchtetenunterkünfte, Jugendeinrichtungen der Stadt und von Freien Trägern gemeldet und ist ungebrochen groß. Da bisherige Förderer im kommenden Jahr nicht mehr im bisherigen Umfang fördern werden, braucht der Kinderschutzbund eine städtische Förderung möglichst über 3 Jahre, damit seine präventiven, niedrigschwelligen Integrationsangebote weiterhin gesichert bleiben.									für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		0		
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*geändert auf dauerhaft, gemeins.Abstimmung FWE 128-132*				
133	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Die Fraktion P²	**Erhöhung Förderungszuschuss für Mütterzentrum Braunschweig e.V.** Die Ausrichtung auf vielfältige Angebote auch für Kinder und Jugendliche sind u.a. ausgerichtet auf Bildung und Teilhabe. Von Babygruppen, offene Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, dem Wunschgroßelternprojekt, Sprachförderungs- und Sprachlernangeboten für Kleinkinder und Schulkinder bis hin zum umgangssprachlichen Training sowie viele Beschäftigungsprojekten bietet das Haus ein breites Lernangebot zum Erwerb vielfältigster Kompetenzen für jedes Alter und jedes Bildungsniveau. Hier ist eine Aufstockung des Zuschusses notwendig.									einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 1.530								
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04*				
SBR 04	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	SBR 310	**Mütterzentrum e.V., Produkt 1.36.3630.06.05:** Hiermit beantragen wir, den Haushaltstansatz von 92.360 € auf 93.890 € zu erhöhen.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 1.530		+ 1.530		+ 1.530		+ 1.530		
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 133 und SBR 04*				
134	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Rucksackprojekt - Dialogwerk** Das Rucksackprojekt unterstützt Kindertageseinrichtungen in ihrer interkulturellen Arbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag für gleiche Bildungschancen und Integration. Dieses Projekt leistet einen erheblichen Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir wollen, dass weitere Gruppen an Kindertagesstätten eingerichtet werden können.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
213	1.36.3650.03.XX	Diverse (Schulkindbetreuung)	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung** 1. Zur Erreichung des voraussichtlichen Rechtsanspruches auf Schulkindbetreuung ab dem Jahr 2025 soll die Versorgungsquote an Grundschulen durch die Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% ~~bis zum Schuljahr 2025/2026~~ **) gesteigert werden. 2. Davon soll an kooperativen Ganztagsgrundschulen (KoGS) vorbehaltlich einer veränderten Landes- oder Bundesfinanzierung weiterhin eine 60%ige Bedarfsdeckung aus Mitteln der Stadt kofinanziert werden, der Rest an Gruppen und Tagesplätzen aus Mitteln der Schule. 3. Das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen im Bereich der Schulkindbetreuung in und an Schulen fortgeführt. Dazu werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60% aufgestockt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt der Stadt für 2021 einzuplanen 4. Bis zur Einrichtung einer kooperativen Ganztagsschule wird ein inhaltliches Konzept für ein Übergangsprogramm entwickelt, das vorübergehend auch von der Stadt finanzierte Gruppen und Tagesplätze über den Versorgungsgrad von 60% hinaus in Einrichtungen der „Schulkindbetreuung in und an Schulen“ vorsieht. 5. Um die Umwandlung in eine KoGS noch vor Erreichen des baulich eingeplanten Standards zu ermöglichen, wird für den zusätzlichen Raumbedarf (wie Mensa und Funktionsräume) ein Übergangskonzept entwickelt, das jeweils von der Schule und dem Jugendhilfe-Kooperationspartner getragen werden muss. 6. Zur Begegnung des Personalmangels wird angestrebt durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern alle Stellen für das pädagogische Personal auf mindestens 20h/Woche aufzustocken. Im Frühjahr 2021 soll als erster Schritt zur Konzeptentwicklung das bewährte Modell eines Beteiligungsworkshops durchgeführt werden. (Begründung s. Antrag)			+ 146.000		+ 496.000		+ 846.000		+ 1.196.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** **) Im Rahmen der Beratungen der Beratungen im JHA geändert Bisher konnten lediglich für die Umsetzung der unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages genannten Maßnahmen notwendige Mehraufwendungen beziffert werden. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte Siehe auch Liste der finanzwirksamen Anträge zum Investionsprogramm (FWI 214) und zum Stellenplan (SP 218)
			SchA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
135	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	BIBS	**Zuwendung Spokuzzi e.V.** Dem Verein für Sport, Kultur, Zirkus und Zirkuspädagogik SPOKUZZI e.V. ist es in den letzten 15 Jahren gelungen, einen Kinder- und Jugendzirkus mit bis zu 120 Kindern und Jugendlichen aufzubauen, die wöchentlich in ihrem Zirkuspädagogischen Zentrum trainieren. Um die zirkuspädagogische Arbeit zu stabilisieren und um Planungssicherheit zu haben, bittet der Verein um eine städtische Zuwendung, um eine Stelle für eine*n Sozialarbeiter*in bzw. Zirkuspädagogen*in zu schaffen..			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000			für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05*				
136	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	DIE LINKE.	**Zirkuspädagogische Arbeit des Vereins Spokuzzi e. V. fördern** Für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit benötigt der Zirkusverein Spokuzzi eine hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit. Dazu soll eine Stelle für Sozialarbeit bzw. Zirkuspädagogik geschaffen werden.			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05*				
SBR 05	1.36.3660.02.01	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	SBR 310	**Für den SPOKUZZI e.V. (Verein für Sport, Kultur, Zirkus & Zirkuspädagogik)** beantragen wir eine Förderung in Höhe von 32.000 € zur Schaffung einer Stelle im Bereich Sozialarbeit.			+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000		+ 32.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*	*gemeins.Abstimmung FWE 135,136 und SBR 05*				

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in € 2021		2022		2023		2024		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Geoinformation															
	18	**Transferaufwendungen**		**1.690.000**	**1.690.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
137	1.25.2812.01	Betreuung der Heimatpfleger	Die Fraktion P²	**Erhöhung Förderung Stadtheimatpfleger** Die ehrenamtliche Arbeit in der Heimatpflege trägt Ortsgeschichte, Vereins- und Firmengeschichte, Natur-, Landschafts- und Umweltschutz, der Ortsbildung, dem Brauchtum und der plattdeutschen Sprache zusammen, bewahrt und schützt sie. Stadtheimatpfleger forschen in den verschiedensten Archiven, legen selbst welche an und/oder pflegen sie. Archive, in denen sich Exponate unterschiedlichster Erhaltungszustände befinden. Um die ehrenamtliche Archivarbeit zu unterstützen und Exponate später ggf. wieder rekonstruieren zu können, muss der Digitalisierungsgrad in diesem Bereich erhöht werden. Dazu soll die Förderung dauerhaft erhöht werden.			+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500		+ 1.500	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			PlUA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		**1.722.002**	**1.722.002**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
SBR 07	1.51.5111.01	Stadtplanung	SBR 114	**Einsatz eines Projektentwicklers Marktplatz Volkmarode** Der Stadtbezirksrat bittet den Rat der Stadt Braunschweig, die von der Verwaltung als notwendig erachteten Finanzmittelin Höhe von ca. 30.000,00 € für die Beauftragung eines Projektentwicklers für den Marktplatz im Gebiet Volkmarode-Nord einzustellen. Ziel des Auftrags soll die Gestaltung des Marktplatzbereichs, die Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und die Ansiedlung von Nahversorgern für die weiter wachsende Einwohnerzahl durch das geplante Baugebiet Volkmarode-Nordost sein. Im Bebauungsplan für das jetzige Wohngebiet ist eine große Fläche für gewerbliche und öffentliche Nutzung vorgesehen. Außer eines Discountmarktes gab und gibt es bisher keine Aktivitäten zur GEstatlung des Bereiches, was durch professionelle Unterstützung in die Wege geleitet werden soll. Wie dem Stadtbezirksrat mitgeteilt wurde, gab es zwar Interessenten für die Ansiedlung von Nahversorgern, aber zu klärende Punkte, an denen eine Umsetzung bisher scheiterte. Ein Projektentwickler kann hier die entsprechende Vermittlerrolle übernehmen (z.B. auch Klärung bzgl. des Bebauungsplans).			+ 30.000							einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			PlUA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*12*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
Teilhaushalt FB 66 - Tiefbau und Verkehr															
	5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte**		**3.881.500**	**3.881.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
138	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	Bündnis 90/Die Grünen	**Verzicht auf Sondernutzungsgebühren aufgrund der Corona-Pandemie** 1. Für Gewerbetreibende insbesondere aus dem Bereich der Gastronomie wird im Jahr 2021 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach Punkt 6.3 der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung verzichtet. 2. Dabei soll es innerhalb der Okerumflut nicht zu einer wesentlichen Ausweitung der Tische und Sitzgelegenheiten im Außenbereich im Vergleich zum Jahr 2020 kommen. Außerhalb der Okerumflut ist eine solche Ausweitung gemäß des Ratsbeschlusses zur „Umnutzung von Parkplätzen zu Freiflächen“ (DS 20-13640) auch weiterhin ausdrücklich erwünscht. 3.Bei Aktionen des Einzelhandels, die unter 6.5der Anlage zur Sondernutzungsgebührenordnung (Verkaufswagen und mobile Verkaufsstände) fallen soll eine Befreiung von Sondernutzungsgebühren großzügig geprüft werden. 4. Sollten insbesondere zum Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren innerhalb der Okerumflut gesonderte Beschlüsse von Aufsichtsrat und/oder Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erforderlich sein, wird die Verwaltung gebeten, diese Beschlüsse in Abstimmung mit dieser Gesellschaft vorzubereiten. (Begründung s. Antrag)			- 93.400							einmalig	332110 Benutzungsgeb.u. ä.Entg **Anmerkung der Verwaltung:** Bei unverändertem Vertrag zwischen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) und der Stadt Braunschweig würden die nebenstehenden Mindererträge anfallen. Zu weiteren Auswirkungen s. auch TH FB 20 - Zeile 18 Transferaufwendungen. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			WA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
			BA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
139	1.54.5460.01	Parkraumbewirtschaftung	FDP	**Zusatzgebühren für Handyparken abschaffen** Um Menschen, die ihr Handy zum Parken nutzen, nicht mehr zu belasten als andere, sollte die Stadtkasse die anfallenden Gebühren des Anbieters tragen. Der Wille zu Digitalisierung sollte nicht bestraft werden.										dauerh.	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten **Anmerkung der Verwaltung:** Nach dem Antrag sollte beim Teilhaushalt FB 32 ein Mehraufwand von jährlich 30.000 € berücksichtigt werden.Tatsächlich würden Mindererträge in nebenstehender Höhe anfallen.
						- 45.000		- 45.000		- 45.000		- 45.000			
			BA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**		**19.574.777**	**19.574.777**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
140	1.54.5400.11	Beseitigung illegaler Graffiti	Die Fraktion P²	**Reduzierung des Ansatzes Entfernung von Graffiti von 130.000 EUR auf 80.000 EUR** Bei der Entfernung von Graffiti sollen zukünftig Prioritäten gesetzt werden. Inhalte, welche gegen Gesetze, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen Werte unseres Grundgesetzes verstoßen sowie Inhalte welche Gewalt, Hass, Hetze, Diskriminierung etc.abbilden – sind prioritär zu entfernen. Da Einsparmaßnahmen notwendig sind, sehen wir hier Potential – möchten aber gewährleistet sehen, dass Griffiti mit o.g. Inhalten so schnell wie möglich entfernt werden.										einmalig	445610 Erstattung an sonstige öffentl Sonderrechnung
							- 50.000								
			BA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

	18	**Transferaufwendungen**		**2.274.600**	**2.304.600**	**0**	**+ 30.000**	**0**	**+ 30.000**	**0**	**+ 30.000**	**0**	**+ 30.000**		
141	1.42.4210.01	Sportförderung	SPD	**Lebenschancen durch Sport** Am 21.06.2016 hat der Rat die "Sportentwicklungsplanung in Braunschweig - Masterplan Sport 2030" beschlossen. Die beantragte Erhöhung des Haushaltsansatzes dient zur Umsetzung der in den Leitzielen 1 und 2 genannten Maßnahmen: Das mehrfach preisgekrönte Projekt "Lebenschancen durch Sport", das die Bewegungs- und Gesundheitsförderung im westlichen Ringgebiet mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch einen Sportpädagogen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Organisationen intendiert, soll auf weitere Stadtteile mit Unterstützungsbedarf ausgedehnt werden (empfohlene Maßnahme zum Leitziel 1). Das Patenschaftsmodell "Lebenschancen durch Sport" soll in weiteren Stadtteilen mit Unterstützungsbedarf zur Anwendung kommen (empfohlene Maßnahme zum Leitziel 2).										dauerh.	431810 Zuschüsse an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		
			SpA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					
142	1.42.4210.01	Sportförderung	BIBS	**Projektzuschuss "Handball in Spitze und Breite" des SV Stöckheim** Der SV Stöckheim möchte zur Unterstützung des Projekts "Handball in Spitze und Breite" eine hauptamtliche Kraft einstellen, die mit einem entsprechenden Umfang an Stunden, vor allem auch in der Verbindung zu Schulen, tätig werden kann.										Für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		0		
			SpA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 68 - Umwelt															
	18	**Transferaufwendungen**		**512.500**	**557.500**	**0**	**+ 45.000**	**0**	**+ 45.000**	**0**	**0**	**0**	**0**		
143	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Erhöhung der Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden** Für die Förderung von Umweltorganisationen stehen im Jahr 2021 105.000 € zur Verfügung. Hieraus erhalten die Umweltverbände eine institutionelle Förderung. Außerdem werden hier Mittel für Projekte, Veranstaltungen, Pflegemaßnahmen und Ähnliches veranschlagt. Für das Jahr 2020 lag der Ansatz bei 120.000 €. Da die Aufgaben der Umweltverbände insbesondere im Bereich der Pflegemaßnahmen in den letzten Jahren ausgeweitet wurden, ist eine Erhöhung dieser Mittel auf 150.000 € angebracht.			+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 45.000		+ 45.000						
			PlUA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*geändert auf 2021 und 2022 (für 2 Jahre)*				
144	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	BIBS	**Bessere Ausstattung des Ökotopfes (Umweltschutz-Fördertopf) der Stadt Braunschweig** Der Ökotopf (Umweltschutz-Fördertopf) der Stadt Braunschweig wird dauerhaft auf 200 000 Euro aufgestockt. Im letzten Jahr wurde der Ökotopf einmalig auf 120 000 Euro aufgestockt. Nachdem sich gezeigt hat, dass er gut nachgefragt wurde, soll nun eine dauerhaft-signifikante Erhöhung beschlossen werden, um weiterhin und verstärkt das ehrenamtliche Engagement von Einrichtungen, Organisationen und Verbänden im Klima-, Natur- und Umweltschutzbereich zu fördern.			+ 95.000		+ 95.000		+ 95.000		+ 95.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			PlUA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft															
	1	**Steuern und ähnliche Abgaben**		**389.535.000**	**394.535.000**	**+ 5.000.000**	**0**	**+ 5.000.000**	**0**	**+ 5.000.000**	**0**	**+ 5.000.000**	**0**		
145	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	**Anhebung Gewerbesteuerhebesatz auf 470 v.H.** Braunschweig ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort und trotzdem ist die finanzielle Situation der Stadt Braunschweig schon vor Corona schlecht gewesen. Durch Corona ist eine weitere Verschärfung der Situation eingetreten. Die Liquidität ist fast vollständig aufgebraucht und die Schulden steigen. Trotzdem hat die Stadt Braunschweig große Aufgaben zu bewältigen. Also sind alle Fraktionen - und eigentlich vor allem der Hauptverwaltungsbeamte - aufgerufen, Vorschläge für eine Verbesserung der Finanzsituation zu unterbreiten. Und da Braunschweig ein Einnahmeproblem hat, sollten dies Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation sein. Ein wesentliches Thema ist dabei der Hebesatz der Gewerbesteuer. Hier besteht ein Handlungsspielraum.			+ 5.000.000		+ 5.000.000		+ 5.000.000		+ 5.000.000	dauerh.	301310 Gewerbesteuer **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
146	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	FDP	**Straßenausbaubeiträge abschaffen** Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiele Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ergebnishaushalt Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000€).			+ 20.000.000		+ 20.000.000		+ 20.000.000		+ 20.000.000	dauerh.	301210 Grundsteuer B **Anmerkung der Verwaltung:** Die mit dem Antrag gleichzeitig vorgesehene Abschaffung Straßenausbeiträge ist in der Liste der Finanzwirksamen Anträge zum Investitionsprogramm (FWI 181) aufgeführt.
			BA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Diverse Teilhaushalte															
	Diverse														
147 Neu	Diverse	Diverse	AfD	**Bau-Moratorium für das Jahr 2021** (Beschlussvorschlag und Begründung s. Antrag)			**)		**)		**)		**)		Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** **) Mit der ergänzenden Begründung des Antrages vom 20.01.2021 besteht kein Bezug zum Ergebnishaushalt. Die Abstimmung muss zum Antrag FWI 156Neu zum IP erfolgen.
			AfKW	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			SchA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*17*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			SpA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			GA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
Anträge zum Stellenplan															
	Diverse					**0**	**+ 195.000**	**0**	**+ 550.600**	**0**	**+ 550.600**	**0**	**+ 550.600**		
Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste															
204	1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	BIBS	**Beibehaltung Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF)** Das Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF) wird wie bisher fortgeführt. Es erfolgt weder eine Kompletteinstellung noch eine ausschließliche elektronische Verbreitung, sondern wie seit 2014 eine Vervielfältigung und Verbreitung auch in Printform. Die mit Umsetzung der Ds. 20-14762 offenbar **verbundene Stelleneinsparung** soll nicht erfolgen. Zur Haushaltssanierung wurde das Telefonbuch 2010 abgeschafft, um ca. 2000 Euro zu sparen. Die BIBS-Fraktion beantragte eine Neuauflage, die mit Hilfe der neuen Mehrheit durchgesetzt werden konnte. Dies verursachte keine Kosten, sondern spülte der Stadt ca. 5000 Euro jährlich in die Kassen. Auch wenn inzwischen kein freier Verkauf des HUF mehr erfolgt, ist das Fernsprechverzeichnis für die Stadt noch immer kostenfrei. Das HuF erleichtert den Mitarbeitern im Rathaus die Arbeit erheblich. Soweit es kostenfrei ist und auch bleibt, kann eine Abschaffung keine Einsparungen erzielen. Das Fernsprechbuch sollte daher erhalten bleiben. Nicht nachvollziehbar und akzeptabel ist, dass wohl mit der angekündigten Einstellung des HuF nach Ds. 20-14762 zugleich eine Personalstelle eingespart werden soll.			+ 16.800		+ 16.800		+ 16.800		+ 16.800		Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Zu den Sachaufwendungen siehe auch finanzwirksamer Antrag zum Ergebnishaushalt des TH FB 10(FWE 081) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 40 - Schule															
217	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	SPD	**Stabsstelle 0400 Bildungsbüro** Bei den vier Stellen für wissenschaftliche Sachbearbeiter/innen in der Stabsstelle 0400 Bildungsbüro werden folgende Änderungen vorgenommen: 1. Bei einer **Stelle (Bildungsmonitoring)** wird der Kw-2021-Vermerk gestrichen. Die Stelle **wird in eine unbefristete Stelle umgewandelt**. 2. Bei **zwei weiteren Stellen** wird der Kw-2021-Vermerk gestrichen. Die Stellen **werden für die Themen Übergangsmanagement und Teilhabemanagement in unbefristete Teilzeitstellen T 30** umgewandelt. Das Bildungsbüro hat sich als Stabsstelle im Fachbereich 40 Schule seit seiner Einrichtung bewährt. Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung von jungen Menschen bei der Entwicklung bestmöglicher Bildungsbiografien. Das System von Unterstützung und Beratung an der Schnittstelle zu weiterführenden Bildungsangeboten ist dabei ein wichtiger Baustein der Braunschweiger Bildungslandschaft geworden. Durch die Weiterführung des Bildungsbüros wird zudem ermöglicht, dass weiterhin zwei Lehrkräfte aus dem Landesprogramm Bildungsregionen für die Arbeit im Bildungsbüro abgeordnet werden. Zurzeit sind alle vier Stellen für wissenschaftliche Sachbearbeiter/innen mit Kw-Vermerken versehen, sodass die Stellen zum Ende des Jahres 2021 oder mit Auslaufen der Fördermittel wegfallen. Durch den o. g. Beschlussvorschlag würden im Ergebnis 2,5 der vier Stellen fortbestehen.			**)		**)		**)		**)		Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** **) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			SchA	*Dafür:*	*15*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Passieren lassen*					
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie															
205	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schulbildungsberatung** Zur Fortführung der Schulbildungsberatung soll im FB 51.4 (Jugendsozialarbeit) eine **zusätzliche Stelle zur Kompetenzfeststellung** inkl. der Finanzierung der Lizenzkosten eingerichtet werden. Die Vorbereitungsklassen der VHS sollen ab 2022 mit einem dauerhaften Zuschuss der Stadt von rund 140.000 € verstetigt werden. Im Jahr 2021 soll der Zuschuss ab dem Schuljahr 2021/2022 (Aug 2021) in Höhe von 58.000 € gezahlt werden. Die Volkshochschule wird gebeten, die nötigen Mittel bis August 2021 aus anderen Drittmitteln zu finanzieren. Schulbildungsberatung (SchuBS) ist ein wichtiges Instrument, um zugezogene Kinder und Jugendliche schnell zu integrieren und ihnen bestmögliche Chancen zu geben. Dazu sind aber die Kompetenzfeststellung im FB 51.4 und die Vorbereitungsklassen der VHS ein wichtiges Instrument. Mit der Verstetigung der 1,5 Stellen im FB 40 (Schule) ist nur ein Schritt getan.			+ 25.500		+ 76.400		+ 76.400		+ 76.400	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch finanzwirksame Anträge zum Ergebnishaushalt des TH FB 20 (FWE 084, 085 und 086) vor. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			AfI	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Gemeinsame Abstimmung FWE 084 mit SP 205*				
			SchA	*Dafür:*	*13*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Gemeinsame Abstimmung SP 205-207*				
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
206	Diverse	Diverse	BIBS	**Vorbereitungsklassen und Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung** Für die Vorbereitungsklassen der Schulbildungsberatung wird für 50 Wochen pro Jahr eine Lehrkraft mit 25 UE (Unterrichtsstunden) pro Woche und eine Lehrkraft mit 12,5 UE pro Woche eingestellt (siehe Ds. 20-13446). Für die Kompetenzfeststellung der Schulbildungsberatung wird eine Stelle E11 geschaffen (ebenfalls analog zu Ds. 20-14625). In Ds. 20-14625 wurde in der Ratssitzung am 17.11. die Schulbildungsberatung im Umfang von zunächst 1,5 Beratungs-Stellen (E11) unbefristet fortgesetzt. Gleichzeitig wies die Verwaltung draufhin, dass die Vorbereitungsklassen und die Kompetenzfeststellung als weitere Bausteine der Schulbildungsberatung durch diese Stellen noch nicht abgedeckt sind. Die Finanzierung dieser beiden wichtigen Bausteine ist nur bis Ende 2020 gesichert. Für eine Sicherung darüberhinaus soll die Schaffung der beantragten zusätzlichen Stellen sorgen.			+ 25.500		+ 76.400		+ 76.400		+ 76.400	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch finanzwirksame Anträge zum Ergebnishaushalt des TH FB 20 (FWE 084, 085 und 086) vor. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			AfI	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*			*Erledigt durch Abstimmung zu FWE 084 und SP 205*				
			SchA							*Zurückgezogen*	*Erledigt, durch Abstimmung über SP 205*				
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Gemeinsame Abstimmung SP 205-207*				
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
207	Diverse	Diverse	DIE LINKE.	**SchuBS:Kompetenzfeststellung** Die Fortführung der Kompetenzfeststellung für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland als Baustein der Schulbildungsberatung wird durch die Schaffung einer Stelle E11 (82.105,18 Euro, Stand 9.6.2020) für diese Aufgabe dauerhaft abgesichert. Die Fortführung des Projektes Schulbildungsberatung, zu dem auch die Vorbereitungsklassen gehörten, war vom Rat der Stadt am 17.9.2019 zunächst für ein weiteres Jahr beschlossen worden (DS 19-11632 und DS 19-11719) und wurde in diesem Zeitraum evaluiert. Am 17.11.2020 hat der Rat die Fortführung des Projektes mit 1,5 Stellen beschlossen (Drs. 20-14625). Die Fortführung der Vorbereitungsklassen und der Kompetenzfeststellung waren jedoch nicht Gegenstand dieses Beschlusses. Bisher durchlaufen alle Teilnehmenden der Vorbereitungsklassen ein zertifiziertes und kulturneutrales Kompetenzfeststellungsverfahren. Dieses ist ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland. Die Aufklärung über das Schulsystem sowie die Ergebnisse der Kompetenzfeststellung und der Beobachtungen während des Unterrichts in der Vorbereitungsklasse bieten den Erziehungsberechtigten eine sehr gute Grundlage, um sich für eine zu ihrem Kind passende Schulform zu entscheiden. In insgesamt 84 % der Fälle folgten die Erziehungsberechtigten der von den Beraterinnen ausgesprochenen Empfehlung (Drs. 20-13446).			+ 25.500		+ 76.400		+ 76.400		+ 76.400	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Zum Thema "Schulbildungsberatung" liegen auch finanzwirksame Anträge zum Ergebnishaushalt des TH FB 20 (FWE 084, 085 und 086) vor. Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			AfI	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*5*	*Abgelehnt*					
			SchA							*Zurückgezogen*	*Erledigt, durch Abstimmung über SP 205*				
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Gemeinsame Abstimmung SP 205-207*				
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
208	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Zwei weitere Stellen für Schulsozialarbeit** Das Ausbauprogramm kommunale Schulsozialarbeit wird fortgesetzt mit dem Ziel, an allen Schulen kommunale Sozialarbeitsstellen einzurichten. Im Schuljahr 2021/2022 werden dazu zwei weitere Stellen eingerichtet. Es wird ein Konzept für den weiteren Ausbau bis zum Jahr 2025 erstellt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Neben der vom Land finanzierten Schulsozialarbeit ist die kommunale Schulsozialarbeit ein wesentliches Element, um die Bedarfe benachteiligter Kinder und Jugendlicher aus Sicht der Jugendhilfe ganzheitlich in den Blick zu nehmen. Hier können alle direkt und niedrigschwellig erreicht werden. Perspektivisch sollte das an allen Schulen etabliert werden. (Begründung s. Antrag)			+ 46.600		+ 139.700		+ 139.700		+ 139.700	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			SchA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
218	1.36.3650.03.XX	Diverse (Schulkindbetreuung)	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung** 1. Zur Erreichung des voraussichtlichen Rechtsanspruches auf Schulkindbetreuung ab dem Jahr 2025 soll die Versorgungsquote an Grundschulen durch die Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% ~~bis zum Schuljahr 2025/2026~~ **) gesteigert werden. 2. Davon soll an kooperativen Ganztagsgrundschulen (KoGS) vorbehaltlich einer veränderten Landes- oder Bundesfinanzierung weiterhin eine 60%ige Bedarfsdeckung aus Mitteln der Stadt kofinanziert werden, der Rest an Gruppen und Tagesplätzen aus Mitteln der Schule. 3. Das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen im Bereich der Schulkindbetreuung in und an Schulen fortgeführt. Dazu werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60% aufgestockt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt der Stadt für 2021 einzuplanen 4. Bis zur Einrichtung einer kooperativen Ganztagsschule wird ein inhaltliches Konzept für ein Übergangsprogramm entwickelt, das vorübergehend auch von der Stadt finanzierte Gruppen und Tagesplätze über den Versorgungsgrad von 60% hinaus in Einrichtungen der „Schulkindbetreuung in und an Schulen“ vorsieht. 5. Um die Umwandlung in eine KoGS noch vor Erreichen des baulich eingeplanten Standards zu ermöglichen, wird für den zusätzlichen Raumbedarf (wie Mensa und Funktionsräume) ein Übergangskonzept entwickelt, das jeweils von der Schule und dem Jugendhilfe-Kooperationspartner getragen werden muss. 6. Zur Begegnung des Personalmangels wird angestrebt durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern alle Stellen für das pädagogische Personal auf mindestens 20h/Woche aufzustocken. Im Frühjahr 2021 soll als erster Schritt zur Konzeptentwicklung das bewährte Modell eines Beteiligungsworkshops durchgeführt werden. (Begründung s. Antrag)										dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** **) Im Rahmen der Beratungen der Beratungen im JHA geändert ***) Siehe Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 6 - Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte Siehe auch Liste der finanzwirksamen Anträge zum Investionsprogramm (FWI 214) und zum Ergebnishaushalt (FWE 213)
							***)		***)		***)		***)		
			JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Fachbereich 65 - Hochbau und Gebäudemanagement

209	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schaffung einer Stelle für Dachbegrünung** Im Fachbereich 65 wird eine Stelle für Planung bzw. Auftragsvergaben für Dachbegrünungen auf städtischen Gebäuden geschaffen. Immer wieder wurde in der Vergangenheit von Seiten der Politik ein stärkeres Engagement der Verwaltung bei der Begrünung städtischer Dächer angemahnt. Darüber, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden muss, besteht ein breiter Konsens, wie z.B. mehrere Anfragen zum Umsetzungstand der entsprechende Maßnahme aus dem Förderprogamm “Klimaschutz mit urbanem Grün” belegen. Als Grund dafür, dass es bei diesem Thema nur schleppend vorangeht, wurde von Seiten der Verwaltung mehrfach auf die fehlenden Personalkapazitäten hingewiesen. Mit der Schaffung zumindest einer neuen Personalstelle kann hier für Abhilfe gesorgt werden.										dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
							+ 30.200		+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		
			BA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
210	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schaffung einer Stelle für Photovoltaikanlagen** Im Fachbereich 65 wird eine Stelle für Planung bzw. Auftragsvergaben für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden geschaffen. Immer wieder wurde in der Vergangenheit von Seiten der Politik ein stärkeres Engagement der Verwaltung bei der Ausstattung städtischer Dächer mit Photovoltaik angemahnt. Darüber, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden muss, um die Klimaziele erreichen zu können, herrscht ein breiter Konsens, wie z.B. die aktuelle Diskussion um den interfraktionellen Antrag 20-14506 “Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell” zeigt. Als Grund dafür, dass es bei diesem Thema nur schleppend vorangeht, wurde von Seiten der Verwaltung mehrfach auf die fehlenden Personalkapazitäten hingewiesen. Mit der Schaffung zumindest einer neuen Personalstelle kann hier für Abhilfe gesorgt werden.										dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
							+ 20.900		+ 62.700		+ 62.700		+ 62.700		
			BA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
						2021		2022		2023		2024			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Ref. 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau															
211	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schaffung einer Stelle im Bereich Freiraumplanung** Im Referat 0617 wird eine Stelle im Bereich Freiraumplanung, Grünflächen und Freizeitwege neu geschaffen. Auch im Aufgabenbereich des Referats 0617 kommt es immer wieder dazu, dass Aufgaben nicht erledigt werden oder politische Anträge nicht oder erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung abgearbeitet werden können. Vorgeschlagene Maßnahmen (z. B. Aufwertung der Aufenthaltsqualität des Viewegs Garten) aus dem Freiraumentwicklungskonzept sollen mit dieser Personalstelle umgesetzt werden. Auch ein Kleingartenpark in der Nordstadt soll geplant und umgesetzt werden. Ein weiterer Handlungsbedarf wird in der qualitativen Weiterentwicklung der Freizeitwege (Ringgleis, Kleine Dörfer Weg, Okerwanderweg, Jakobsweg, Weser-Harz-Heide Radweg, Städtepartnerschaftsradweg Braunschweig-Magdeburg) im Stadtgebiet gesehen. Diese Maßnahmen umfassen die Unterhaltung, Weiterentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit (Hinweistafeln, Homepage, Printmedien).			+ 25.500		+ 76.400		+ 76.400		+ 76.400	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			PlUA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport															
212	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Schaffung von 2 Stellen in der Grünpflege** Im Fachbereich 67 werden zwei Stelle für die Grünpflege geschaffen. Der Tätigkeitsbereich für diese Stellen soll insbesondere bei der Bewässerung von Bäumen in den Sommermonaten liegen. Bekanntlich leiden die Bäume an Braunschweigs Straßen und in den Parks- und Grünflächen sehr unter der durch den Klimawandel Trockenheit in den Sommermonaten. Zahlreiche Bäume mussten in den letzten Jahren gefällt werden und wurden zum Teil durch neue Bäume ersetzt. Gerade junge Bäume brauchen in den ersten Jahren nach der Pflanzung eine besonders intensiv Pflege und sind ohne eine regelmäßige Bewässerung nicht überlebensfähig. Um diesem gestiegenen Pflegeaufwand gerecht zu werden, sollen zwei neue Stellen geschaffen werden.			+ 29.500		+ 88.600		+ 88.600		+ 88.600	dauerh.	Diverse **Anmerkung der Verwaltung:** Siehe Stellungnahme der Verwaltung in der Beschlussvorlage zum Stellenplan (Ds.-Nr. 21-15294)
			GA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Anlage 4.2.1

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

(ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB65)

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
		Teilhaushalt Referat 0120 - Stadtentwicklung und Statistik												
	7	**Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**577.400**	**316.200**	**- 261.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
1	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur derr Anmeldung zum Entwurf 2021 sowie Verschiebung des geplanten Zensus in das Jahr 2022										einmalig	348110 Erstattung vom Land
					- 193.800		0		0		0			
2	1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	348110 Erstattung vom Land
					- 67.400		0		0		0			
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**1.632.471**	**1.640.150**	**0**	**+ 7.679**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
3	1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	422210 Geringwert.Vermögensgegenst(GVG)bis150 €
						+ 800		0		0		0		
4	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	426120 Aufw. für Aus-undFortbildung, Umschulung
						+ 1.000		0		0		0		
5	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.
						- 11.000		0		0		0		
6	1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.
						+ 20.000		0		0		0		
7	1.51.5114.03	Europaangelegenheiten	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.
						- 1.045		0		0		0		
8	1.51.5114.01	Stadtentwicklung	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021										einmalig	427115 Planungskosten
						- 2.076		0		0		0		

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**1.014.193**	**767.403**	**0**	**- 246.790**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
9	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 168.000		0		0		0	einmalig	442110 Aufwand für ehrenamtliche+sonst. Tätigk.
10	1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 77.400		0		0		0	einmalig	442110 Aufwand für ehrenamtliche+sonst. Tätigk.
11	1.51.5114.01	Stadtentwicklung	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 376		0		0		0	einmalig	442930 Beitr.Wirtschaftsverb.Berufsvertr.Verein
12	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 3.000		0		0		0	einmalig	443120 Fernsprech-, Internetaufwendungen
13	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 5.010		0		0		0	einmalig	443150 Büromaterial und sonst.Bürobedarfskosten
14	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 1.000		0		0		0	einmalig	443155 Kopierkosten
15	1.12.1210.02	Wahlen und Abstimmungen	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			+ 11.000		0		0		0	einmalig	443175 Snstige Geschäftsaufwendungen
16	1.12.1210.01	Statistik	Korrektur der Anmeldung zum Entwurf 2021			- 3.004		0		0		0	einmalig	443180 Dienstreisen, Fahrkostenersatz

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Referat 0150 - Gleichstellungsreferat														
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**9.846**	**10.146**	**0**	**+ 300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
17	1.11.1135.01.05	Öffentlichkeitsarbeit	Auf Grund der Pandemie mussten die Veranstaltungen in Jahr 2020 alle verschoben werden, so dass der Aufwand im Jahr 2021 mindestens genauso hoch sein wird, wie für 2020 ursprünglich geplant. Im Sommer 2020 sind wir noch davon ausgegangen, dass zum Ende des Jahres eine Entspannung eintreten könnte. Die 2020 eingeplanten Mittel können nun doch nicht ins nächste Jahr übertragen werden, da nicht abzusehen ist, wann die Situation rechtlich bindende Verträge wieder zulässt. Die nicht verbrauchten Mittel werden deshalb in den städtischen Haushalt zurückfließen und dementsprechend im nächsten Jahr fehlen. Ein Ausgleich über die anderen Sachkonten wird nicht möglich sein, da durch zusätzliche zwei Mitarbeiterinnen das Fortbildungs-Budget 2021 vollumfänglich gebraucht wird.			+ 300		0		0		0	einmalig	427140 Veranstaltungen
Teilhaushalt Fachbereich 01 - Zentrale Steuerung														
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**136.710**	**154.710**	**0**	**+ 18.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
18	1.11.1116.08.01	Betreuung politischer Gremien	Die Ratssitzungen können aufgrund des einzuhaltenden Abstandsgebots nicht im Großen Sitzungssaal des Rathauses durchgeführt werden. Für die Sitzungen wird der große Saal der Stadthalle angemietet. Im Hinblick auf die Infektionszahlen werden auch im Jahr 2021 die Ratssitzungen nicht im Rathaus sondern in der Stadthalle stattfinden. Da für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Durchführung der Ratssitzungen bisher keine Mittel im Haushalt 2021 eingeplant sind, werden zusätzliche Haushaltsmittel i.v.H. 18.000 € benötigt.			+ 18.000		0		0		0	einmalig	423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**1.106.509**	**1.115.609**	**0**	**+ 9.100**	**0**	**+ 4.300**	**0**	**+ 4.300**	**0**	**+ 4.300**		
19	1.11.1116.07	Kontakte zu kommunalen Spitzenverbänden	Das Präsidium des Nds. Städtetages hat am 11.09.2020 eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages um 0.02 € / Einwohner beschlossen.			+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300	dauerhaft	442930 Beiträge Wirtschaftsverbände, Berufsvertretung+Verein
20	019-0000	Bezirksgeschäftsstellen	Aufwendungen für Logistik im Zuammenhang mit der Verlegung der Bezirksgeschäftsstelle Ost von Volkmarode nach Querum. Es wird auf die Gremienvorlage 20-14628 verwiesen.			+ 4.800		0		0		0	einmalig	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Teilhaushalt Fachbereich 10 - Zentrale Dienste														
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**3.771.840**	**3.786.840**	**0**	**+ 15.000**	**0**	**+ 15.000**	**0**	**+ 15.000**	**0**	**+ 15.000**		
21	1.11.1145.01	Allgemeiner Service/ Steuerungsunterstützung	Abschluss einer kommunalen D&O-Versicherung für die Verwaltungsführung, Fachbereichs- und Referatsleitungen sowie Ratsmitglieder.			+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000	dauerhaft	444120 Haftpflichtversicherungen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen														
	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen (außer für Investitionstätigkeit**	**225.500**	**65.500**	**- 160.000**	**0**	**- 160.000**	**0**	**- 160.000**	**0**	**- 160.000**	**0**		
22	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	Aufgrund der aktuellen Situation ist nicht erkennbar, dass der Ausschüttungsbetrag von der Braunschweigischen Landessparkasse gemäß § 13 Abs. 6 Nord/LB-Staatsvertrag über der Summe des Jahres 2020 liegen wird. Daher ist eine Anpassung des Haushaltsansatzes der Jahre 2021 ff. vorzunehmen.		- 160.000		- 160.000		- 160.000		- 160.000		dauerhaft	314610 Zuschüsse von sonst. öffentlichen
	18	**Transferaufwendungen**	**47.754.200**	**61.367.200**	**0**	**+ 13.613.000**	**0**	**+ 5.275.900**	**0**	**+ 4.174.200**	**0**	**+ 3.269.900**		
23	1.11.1166.01	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH**			- 773.000		0		0		0	einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
24	1.25.2710.01	Volkshochschulen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Volkshochschule BS GmbH**			+ 560.000		+ 280.000		0	0	- 128.100	dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
25	1.41.4110.01	Klinikum Braunschweig gGmbH	Der Nachtragswirtschaftsplan 2020 der **Klinikum Braunscheig gGmbH** weist ein Jahresergebnis von -47,8 Mio. € aus. Für den coronabedingten Verlustausgleich von anteilig 35,9 Mio. € hat der Rat in seiner Sitzung am 17.11.2020 eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 35,9 Mio. € beschlossen. Mittel für den restlichen Verlustausgleich von rd. 11,9 Mio. € sollen im Jahr 2021 bereitgestellt werden.			+ 11.865.700		0		0		0	dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
26	1.42.4242.01	Eintracht-Stadion BgA	Anpassung der Veranschlagung für den städtischen Zuschussanteil (5,1923 %) auf Basis des Wirtschaftsplans der **Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Betriebsteil Stadion)**			- 1.100		- 17.000		- 2.900		- 12.600	dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
27	1..42.4242.02	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	Anpassung der Veranschlagung für den städtischen Zuschussanteil (0,5146 %) auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH**			+ 13.200		+ 2.900		- 12.600		- 10.300	dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
28	1.54.5480.01	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Flughafengesellschaft Braunschweig-Wolsburg GmbH**			+ 284.600		0		0		0	einmalig	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
29	1.57.5712.01.(01)	Braunschweig Stadtmarketing GmbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Braunschweig Stadtmarketing GmbH**			+ 446.000		0		0		+ 534.700	dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
30	1.57.5712.01(02)	Braunschweig Zukunft GmbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Braunschweig Zukunft GmbH**										dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
						+ 49.100		+ 71.200		+ 170.700		+ 205.100		
31	1.57.5712.01.(03)	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Struktur-Förderung Braunschweig GmbH**										dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
						- 3.000		+ 21.000		+ 9.400		+ 10.000		
32	1.57.5731.05	Stadthalle / Volkswagen-Halle	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 der **Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Betriebsteile Stadthalle und Volkswagen-Halle)**										dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
						- 15.500		+ 6.800		+ 13.600		+ 67.100		
33	1.57.5731.08.(03)	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Aktualiserung des Mittelbedarfs für den vollständigen **Verlustausgleich** durch die Stadt Braunschweig an die **Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH**										dauerhaft	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
						+ 1.187.000		+ 4.911.000		+ 3.996.000		+ 2.604.000		
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**6.572.154**	**6.573.154**	**0**	**+ 1.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
34	1.57.5731.02	BgA Obst- und Gemüsegroßmarkt	Aufgrund eines neuen Körperschaftsteuerbescheides ist für den BgA Kapitlaertragsteuer von insgesamt 15.000 € im Jahr 2021 zu leisten. Der bisherige Ansatz von 14.000 ist folglich anzupassen.										einmalig	444155 Kapitalertragsteuer
						+ 1.000		0		0		0		

Teilhaushalt Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

	5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte**	**6.988.730**	**7.173.300**	**+ 184.570**	**0**	**+ 184.570**	**0**	**+ 184.570**	**0**	**+ 184.570**	**0**		
35	1.12.1221.42	Personalausweis- u. Passangelegenheiten	Ab 01.01.2021 erhöht sich die Verwaltungsgebühr für den Bundespersonalausweis (nPA) von 28,80 € auf 37,00 €. Es werden insgesamt 22.500 Anträge auf Ausstellung eines nPA erwartet. Hieraus ergeben sich Mehrerträge von 184.570 €.										dauerhaft	331110 Verwaltungsgebühren
					+ 184.570		+ 184.570		+ 184.570		+ 184.570			

Teilhaushalt Fachbereich 37 - Feuerwehr

	7	**Kostenerstattung und Kostenumlagen**	**1.608.100**	**1.608.100**	**0**	**0**	**+ 17.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
36	1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung	Aufgrund des zum 31.12.2021 auslaufenden Vertrages mit der Firma SIEMENS über das Recht und den Betrieb von Weiterleitungen des Fehlalarmes von Brandmeldeanlagen (BMA) über eine Alarmübertragungsanlage (AÜA) auf die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) der Stadt Braunschweig ist es notwendig, die **Fachplanung zur Nachfolge einer BMA-Konzession** über ein Ingenieurbüro zu beauftragen. Die unter Zeile 19 aufgeführten Aufwendungen werden im Rahmen des neu vergebenen Nachfolgevertrages **ab dem 01.01.2022 vollständig refinanziert**.										einmalig	348710 Erstattung von privaten Unternehmen
					0		+ 17.000		0		0			
		FwA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**16.274.645**	**16.291.645**	**0**	**+ 17.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
37	1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung	Aufgrund des zum 31.12.2021 auslaufenden Vertrages mit der Firma SIEMENS über das Recht und den Betrieb von Weiterleitungen des Fehlalarmes von Brandmeldeanlagen (BMA) über eine Alarmübertragungsanlage (AÜA) auf die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) der Stadt Braunschweig ist es notwendig, die **Fachplanung zur Nachfolge der bestehenden BMA-Konzession** über ein Ingenieurbüro zu beauftragen. Aufgrund von Markterkundungen ergab sich ein geschätzter Auftragswert in Höhe von 17.000 €.										einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
						+ 17.000		0		0		0		
		FwA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Teilhaushalt Fachbereich 41 - Kultur und Wissenschaft

	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**2.720.090**	**2.826.090**	**0**	**+ 106.000**	**0**	**0**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**+ 350.000**		
38	1.25.2521.02.02	Dokumentation	Einstellen von Kunst- und Kulturobjekten in die **Sammlungsdatenbank** im Zuge der Digitalisierung										einmalig	427190 Sonstige Sachaufwendungen
						+ 24.000		0		0		0		
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 38, 39, 40 und 41*				
39	1.25.2521.04.01	Präsentieren/Ausstellen	Aktualisierung zur **digitalen Dokumentation** der Exponate als Planungsgrundlage der neuen Dauerausstellung im Gaußsaal ("Industriegeschichte von Braunschweig")										einmalig	427140 Veranstaltungen
						+ 36.000		0		0		0		
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 38, 39, 40 und 41*				
40	1.25.2521.04.05	Bewachung	Mehrbedarf im Jahr 20201 aufgrund einer neuen Leistungsbeschreibung für die **Innenbewachung des Städtischen Museums**										einmalig	424190 Sonstige Bewachungskosten
						+ 46.000		0		0		0		
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 38, 39, 40 und 41*				
41	1.25.2811.04.01	Eigenes Kulturangebot	Der nächste **Lichtparcours** soll im Jahr 2024 stattfinden. Im Jahr 2023 sind hierfür bereits vorbereitetende Maßnahmen (Ausstellung der Modelle) erforderlich.										für 2 Jahre	427140 Veranstaltungen
						0		0		+ 100.000		+ 350.000		
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 38, 39, 40 und 41*				

Teilhaushalt Referat 0500 - Sozialreferat

	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**0**	**137.880**	**+ 137.880**	**0**	**+ 135.225**	**0**	**+ 136.530**	**0**	**0**	**0**		
42	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferats	Für die Teilnahme am **Modellprojekt "Praventive Hausbesuche"** erfolgt eine Landesförderung. Neben den untenstehenden Sachaufwendungen fallen auch Personalaufwendungen an, die im Rahmen des gesamtstädtischen Personalkostenansatz zum HH-Entwurf gedeckt werden können (2021:71 T€, 2022: 73 T€, 2023: 74 T€).										für 3 Jahre	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 137.880		+ 135.225		+ 136.530		0			
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**17.200**	**99.000**	**0**	**+ 81.800**	**0**	**+ 77.400**	**0**	**+ 77.400**	**0**	**0**		
43	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferats	**Modellprojekt "Praventive Hausbesuche"**										für 3 Jahre	427110 Besondere Verw.- und Betriebsaufwendungen
						+ 81.800		+ 77.400		+ 77.400		0		
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				

Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit

	diverse	**Sozialhilfeetat SGB IX und XII**			**- 6.317.575**	**- 8.790.000**	**- 8.379.800**	**- 11.720.000**	**- 8.379.800**	**- 11.720.000**	**- 8.379.800**	**- 11.720.000**		
44	1.31.314X.XX	Diverse (Eingliederungshilfe FB 50)	Zuständigkeitenverlagerung der Betreuung von Kindern mit **Leistungen nach dem BTHG zum FB 51**										dauerhaft	Diverse Sachkonten
					- 6.317.575	- 8.790.000	- 8.379.800	- 11.720.000	- 8.379.800	- 11.720.000	- 8.379.800	- 11.720.000		
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				
	diverse	**Sozialhilfeetat SGB XII/BVG**			**+ 1.650.800**	**+ 1.888.500**	**+ 1.650.800**	**+ 1.888.500**	**+ 1.650.800**	**+ 1.888.500**	**+ 1.650.800**	**+ 1.888.500**		
45	1.31.XXXX.XX	Diverse	Korrektur der Ansätze insbesondere wegen **veränderter Fallzahlerwartungen bei verschiedenen Leistungen nach dem SGB XII**										dauerhaft	Diverse Sachkonten
					+ 1.650.800	+ 1.888.500	+ 1.650.800	+ 1.888.500	+ 1.650.800	+ 1.888.500	+ 1.650.800	+ 1.888.500		
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				
	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**39.244.700**	**39.509.700**	**+ 265.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
46	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Der Antrag auf Gewährung der Landeszuwendung zum Betrieb einer **Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe** für das Förderjahr 2021 wurde am 15.09.2020 gestellt.										einmalig	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 35.000		0		0		0			
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 46, 54 und 60*				
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				
47	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	**Erstattungsleistungen nach § 56 ISfG**										einmalig	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 230.000		0		0		0			
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 42 bis 47*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte**	**1.153.600**	**1.059.600**	**- 94.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
48	1.41.4140.14	Beratung zur sex. Gesundheit	Aufgrund der Einschränkungen durch die **Corona-Pandemie** ist es nicht möglich, alle Leistungen des Gesundheitsamtes im bisherigen Umfang anzubieten. Dies führt zu Mindererträgen bei diesem und weiteren Produkten.		- 22.000		0		0		0		einmalig	331110 Verwaltungsgebühren
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
49	1.41.4140.20	Ordnungsbehördliche Aufgaben	Aufgrund der Einschränkungen durch die **Corona-Pandemie** ist es nicht möglich, alle Leistungen des Gesundheitsamtes im bisherigen Umfang anzubieten. Dies führt zu Mindererträgen bei diesem und weiteren Produkten.		- 24.500		0		0		0		einmalig	331110 Verwaltungsgebühren
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
50	1.41.4140.30	Kindergesundheit	Aufgrund der Einschränkungen durch die **Corona-Pandemie** ist es nicht möglich, alle Leistungen des Gesundheitsamtes im bisherigen Umfang anzubieten. Dies führt zu Mindererträgen bei diesem und weiteren Produkten.		- 21.000		0		0		0		einmalig	331110 Verwaltungsgebühren
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
51	1.41.4140.40	Infekt.prophylaxe und med. Umweltschutz	Aufgrund der Einschränkungen durch die **Corona-Pandemie** ist es nicht möglich, alle Leistungen des Gesundheitsamtes im bisherigen Umfang anzubieten. Dies führt zu Mindererträgen bei diesem und weiteren Produkten.		- 26.500		0		0		0		einmalig	331110 Verwaltungsgebühren
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
	15	**Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen**	**3.891.550**	**4.148.050**	**0**	**+ 256.500**	**0**	**+ 138.500**	**0**	**+ 138.500**	**0**	**+ 138.500**		
52	1.31.3154.10	Unterbringung	Der Auftrag für den **Wachdienst der zentralen Unterkunft "An der Horst"** musste neu ausgeschrieben werden. Im Zusammenhang mit der Ausschreibung wurde entschieden, dass der Wachdienst ausgeweitet wird und 24 Stunden, 7 Tage die Woche vor Ort sein muss.			+ 108.600		+ 108.600		+ 108.600		+ 108.600	dauerhaft	424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
53	1.31.3154.20	Beratung und Betreuung	In der **Gefährdungsbeurteilung für das Personal in den Wohnungslosenunterkünften** aus November 2018 wurde die Arbeitssituation der Gefährdungsstufe 2 nach dem Aachener Modell (Körperliche Gewalt, eindeutige Bedrohung / Nötigung) zugeordnet. Die Gefährdungslage für das Personal hat sich zwischenzeitlich erhöht, da es sich um gefährliche Alleinarbeit handelt. Das Personal kann sich bei Angriffen nicht selbst helfen. Die Alleinarbeit ist auch nicht vermeidbar. Um den Schutz der Mitarbeiter*innen zu gewährleisten, wurde Ende 2020 eine Personen-Notfall-Anlage beschafft – für 1 - 2 Monate aus Einsparungen an anderer Stelle, dauerhaft nicht aus dem Budget zu finanzieren.			+ 2.400		+ 2.400		+ 2.400		+ 2.400	dauerhaft	429110 Sonstige Sachaufwendungen für Sachleistungen
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
54	1.31.3517.30	Integration von Geflüchteten	Korrektur der HH-Ansätze für **Interkulturelle Kompetenzentwicklung (IKO) und Integrationsfonds (I-Fond)**			+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500	dauerhaft	Diverse Sachkonten
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 46, 54 und 60*				
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 48 bis 54*				
55	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	Zur Unterbringung zusätzlicher Mitarbeiter für den Bereich Infektionsschutz/Seuchenbekämpfung wurden **Räumlichkeiten im Eintracht-Stadion** angemietet.			+ 66.000		0		0		0	einmalig	Diverse Sachkonten
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
56	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	**Labortransportkosten für Coronaproben**			+ 10.000		0		0		0	einmalig	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
57	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	Anpassung des Bedarfs an die **steigenden Infektionszahlen und damit erhöhten Fallzahlen im Bereich Infektionsschutz/Seuchenbekämpfung**			+ 42.000		0		0		0	einmalig	427135 Medizinischer Sachbedarf
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
	18	**Transferaufwendungen**	**136.461.800**	**136.472.500**	**0**	**+ 10.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
58	1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	Für die **Fachstelle Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)** war die Zuwendung i.H.v. 9.100 € befristet bis 31.12.2020. Es wurde beim Bund ein Folgeantrag zur Finanzierung der EUTB ab 01.01.2021 gestellt. Die Stadt muss eine Ko-Finanzierung i.H.v. 9.100 € leisten.			+ 9.100							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
59	1.31.3430.10	Betreuungsleistungen	Auf Grund eines gültigen Vertrages ist die Z**uwendung für das Institut für persönliche Hilfen** um 1.600 € zu erhöhen. Der Vertrag sieht eine Vergütung nach dem TVöD vor und Tarifsteigerungen sind zu berücksichtigen und zu gewähren. Eine Dynamisierung findet auf Grund des Vertrages nicht statt.			+ 1.600		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**75.513.100**	**75.870.100**	**0**	**+ 357.000**	**0**	**+ 12.500**	**0**	**+ 12.500**	**0**	**+ 12.500**		
60	1.31.3517.30	Integration von Geflüchteten	Korrektur der HH-Ansätze für **Interkulturelle Kompetenzentwicklung (IKO) und Integrationsfonds (I-Fond)**			+ 12.500		+ 12.500		+ 12.500		+ 12.500	dauerhaft	Diverse Sachkonten
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 46, 54 und 60*				
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
61	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	Mehrbedarf für die **Beschaffung von Vordrucken "Auftrag SARS-CoV-2 Testung" sowie Büromaterial für neue Mitarbeiter im Bereich Infektionsschutz/Seuchenbekämpfung**										einmalig	443150 Büromaterial und sonst. Bürobedarfskosten
						+ 2.500		0		0		0		
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
62	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	Neben dem Aufwand für **Veröffentlichungen von Allgemeinverfügungen** erhöht sich der Bedarf für die seit August 2020 im **Auftrag des Gesundheitsamtes eingerichtete Teststation**.										einmalig	443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen
						+ 112.000		0		0		0		
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				
63	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	**Erstattungsleistungen nach § 56 ISfG**										einmalig	445710 Erstattungen an private Unternehmen
						+ 230.000		0		0		0		
		AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 55 bis 63*				

Teilhaushalt Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie

	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**16.346.392**	**16.477.292**	**+ 130.900**	**0**	**+ 130.900**	**0**	**+ 130.900**	**0**	**+ 130.900**	**0**		
64	1.32.3148.61	Ink.pausch.§3NdsG finanz L.Land inklSchu (FB 51)	Deckungsgleiche Umsetzung von Ansätzen vom FB 50 im Rahmen des Aufgabenübergangs EGH SGB IX										dauerhaft	314110 Zuweisungen vom Land
					+ 130.900		+ 130.900		+ 130.900		+ 130.900			
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
	4	**Transfererträge**	**3.697.720**	**3.895.720**	**+ 198.000**	**0**	**+ 264.000**	**0**	**+ 264.000**	**0**	**+ 264.000**	**0**		
65	1.32.314X.XX	Diverse (Eingliederungshilfe FB 51)	Deckungsgleiche Umsetzung von Ansätzen vom FB 50 im Rahmen des Aufgabenübergangs EGH SGB IX										dauerhaft	Diverse Sachkonten
					+ 198.000		+ 264.000		+ 264.000		+ 264.000			
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
	5	**Öffentlich-rechtliche Entgelte**	**3.370.772**	**3.403.772**	**+ 33.000**	**0**	**+ 33.000**	**0**	**+ 33.000**	**0**	**+ 33.000**	**0**		
66	1.36.3660.03.01	Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	Erhöhung der **Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand** um durchschnittlich 20 % (Ds.-Nr. 20-13865)										dauerhaft	332110 Benutzungsgeb.ä.Entg
					+ 33.000		+ 33.000		+ 33.000		+ 33.000			
		JHA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	7	**Kostenerstattungen und Kostenumlagen**	**10.747.952**	**16.981.641**	**+ 6.233.689**	**0**	**+ 8.229.897**	**0**	**+ 8.229.897**	**0**	**+ 8.229.897**	**0**		
67	1.32.3140.10	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX	Deckungsgleiche Umsetzung von Ansätzen vom FB 50 im Rahmen des Aufgabenübergangs EGH SGB IX										dauerhaft	348110 Erstattungen vom Land
					+ 5.988.624		+ 7.984.832		+ 7.984.832		+ 7.984.832			
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
68	1.32.3140.10	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX	3 % Steigerung aufgrund der **Vergütungsanpassungen in der Eingliederungshilfe** nach § 19 Abs. 2 Nr. 5 FFV LRV i.V.m. ÜGV ü18 und ÜGV u18										dauerhaft	348110 Erstattungen vom Land
					+ 245.065		+ 245.065		+ 245.065		+ 245.065			
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
	15	**Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen**	**3.567.815**	**3.613.185**	**0**	**+ 45.370**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
69	510-0030	IT-Angelegenheiten	**"Haus der Eingliederungshilfe light":** 6 Dienstleistungstage zur fachlichen Schulung der Mitarbeiter sowie 2 Dienstleistungstage LÄMMkom DOKUMENTE Schulung gem. LÄMMERZAHL GmbH AngNr 94954 vom 01.10.2020 (inkl. MwSt)										einmalig	426120 Aus-+Fortbildung,Ums.
						+ 16.700		0		0		0		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
70	510-5200	Eingliederungshilfe, StL	**"Haus der Eingliederungshilfe light":** Büroarbeitsplatz, 702,72 € pro Büro à 22 Büros (laut Sachstandsbericht vom 16.10.2020)										einmalig	422210 GVG bis 150 Euro
						+ 15.460								
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
71	510-5200	Eingliederungshilfe, StL	**"Haus der Eingliederungshilfe light":** Teeküche, 4 Beratungsräume, 2 Besprechungsräume, Postraum, Wartezone, Empfangstresen (laut Sachstandsbericht vom 16.10.2020)										einmalig	422210 GVG bis 150 Euro
						+ 13.210		0		0		0		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
	18	**Transferaufwendungen**	**124.271.797**	**133.078.747**	**0**	**+ 8.806.950**	**0**	**+ 11.736.950**	**0**	**+ 11.736.950**	**0**	**+ 11.736.950**		
72	1.31.3410.01.01	Sonstige Hilfen	Kurzfristige Änderung der Mindestunterhaltsverordnung ab 2021 mit einer deutlichen Steigerung der **Unterhaltsvorschuss-Leistungen** um durchschnittlich 7 %										dauerhaft	433980 Sonstige soziale Leistungen UVG
						+ 400.000		+ 400.000		+ 400.000		+ 400.000		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
73	1.32.314X.XX	Diverse (Eingliederungshilfe FB 51)	Deckungsgleiche Umsetzung von Ansätzen vom FB 50 im Rahmen des Aufgabenübergangs EGH SGB IX			+ 8.790.000		+ 11.720.000		+ 11.720.000		+ 11.720.000	dauerhaft	433910 Sonstige soziale Leistungen öT
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
74	1.32.3148.XX	Diverse (Eingliederungshilfe FB 51)	3 % Steigerung aufgrund der **Vergütungsanpassungen in der Eingliederungshilfe** nach § 19 Abs. 2 Nr. 5 FFV LRV i.V.m. ÜGV ü18 und ÜGV u18			+ 351.600		+ 351.600		+ 351.600		+ 351.600	dauerhaft	433910 Sonstige soziale Leistungen öT
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
75	1.36.3650.xx.05	Diverse (Kita-Betreuung)	Neuer Tarifvertrag ab 09/2020: Anpassung der eingeplanten Tarifkostensteigerung in der **Förderung für Kitas freier Träger** für 2020 und 2021			- 709.500		- 709.500		- 709.500		- 709.500	dauerhaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
76	1.36.3650.02.05	Kindergartenbetreuung bei übrigen Kita-Trägern	Ausbuchung von **Personalkosten für städtische Kitas**: Veranschlagung erfolgte bisher im Gesamt-Budget für Kita-Förderung, Umsetzung erfolgt tatsächlich in städtischer Einrichtung. Die notwendigen Personalaufwendungen können im Rahmen des gesamtstädtischen Personalkostenansatz zum HH-Entwurf gedeckt werden.			- 129.650		- 129.650		- 129.650		- 129.650	dauerhaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
77	1.36.3650.01.06	Kindertagespflege	Korrektur der Ansätze für die **Projektförderung des Hauses der Familie** für Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen der Kindertagespflege			+ 104.500		+ 104.500		+ 104.500		+ 104.500	dauerhaft	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**11.542.184**	**11.548.184**	**0**	**+ 6.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
78	510-5200	Eingliederungshilfe, StL	**"Haus der Eingliederungshilfe light"**: Umzugskosten			+ 6.000							einmalig	445521 E. an GebMan.-sonst. Servicelei. (PK+SK)
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 64, 65, 67 bis 78*				

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65) **Anlage 4.2.1**

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Referat 0600 - Baureferat

	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**859.100**	**879.100**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**		
79	1.11.1117.04	Planfeststellungsverfahren	Die Aufgabe der **Durchführung von Planfeststellungsverfahren** wurde vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Folge dessen wird ein Mehrbedarf an Budget-Mitteln für die rechtlich vorgeschriebene Bekanntmachung, Beteiligung, Planauslegung der Planunterlagen, Durchführung eines Erörterungstermins etc. benötigt.			+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000	dauerhaft	427140 Veranstaltung
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 79 bis 82*				
80	1.11.1117.04	Planfeststellungsverfahren	Die Aufgabe der **Durchführung von Planfeststellungsverfahren** wurde vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Folge dessen wird ein Mehrbedarf an Budget-Mitteln für die rechtlich vorgeschriebene Bekanntmachung, Beteiligung, Planauslegung der Planunterlagen, Durchführung eines Erörterungstermins etc. benötigt.			+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000	dauerhaft	427180 Veröffentlichungen
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 79 bis 82*				

Teilhaushalt Referat 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**35.600**	**49.600**	**0**	**+ 14.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
81	1.51.5118.01	Stadtbildgestaltung	Der Termin der feierlichen Preisverleihung des **Peter-Joseph-Krahe-Architektenpreises** durch den Oberbürgermeister am 03.11.2020 musste aufgrund der kurz vorher auch hier vor Ort stark angestiegenen Zahlen an Covid 19-Infektionen kurzfristig abgesagt und auf 2021 verschoben werden. Die für die Preisverleihung vorgesehenen Mittel werden somit in 2020 nicht benötigt, müssen jedoch 2021 neu zur Verfügung gestellt werden, da es sich um einen Haushaltsrest aus 2019 handelt, der nicht noch einmal übertagen werden kann.			+ 14.000							einmalig	427110 Besond. Verwaltungs- und Betriebsaufwen.
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 79 bis 82*				

Teilhaushalt Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation

	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**3.790.900**	**3.857.700**	**0**	**+ 66.800**	**0**	**+ 66.800**	**0**	**+ 66.800**	**0**	**+ 66.800**		
82	1.51.5117.02	Flächennutzungsplanung	Neuveranschlagung von HH-Resten aus dem Jahr 2019. Der **Flächennutzungsplan** ist in der Umsetzung, so dass die Budget-Mittel weiter benötigt werden.			+ 66.800		+ 66.800		+ 66.800		+ 66.800	dauerhaft	427115 Planungskosten
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 79 bis 82*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr														
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**8.761.400**	**8.760.100**	**0**	**- 1.300**	**0**	**- 1.300**	**0**	**- 1.300**	**0**	**- 1.300**		
83	660-0000	Leitung Fachbereich 66	**Umorganisation Planfeststellungsverfahren** Im Rahmen der Umorganisation des Planfeststellungsverfahrens werden Aufwandsmittel vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Bezug auf Planfeststellungsverfahren fallen insbesondere Kosten für Aus- und Fortbildung sowie Veröffentlichungen an.			- 300		- 300		- 300		- 300	dauerhaft	426120 Aus- und Fortbildung
		BA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 83 und 84*				
84	660-0000	Leitung Fachbereich 66	**Umorganisation Planfeststellungsverfahren** Im Rahmen der Umorganisation des Planfeststellungsverfahrens werden Aufwandsmittel vom FB 66 zum Ref. 0600 umgesetzt. In Bezug auf Planfeststellungsverfahren fallen insbesondere Kosten für Aus- und Fortbildung sowie Veröffentlichungen an.			- 1.000		- 1.000		- 1.000		- 1.000	dauerhaft	427180 Veröffentlichungen
		BA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 83 und 84*				
Teilhaushalt Fachbereich 68 - Umwelt														
	15	**Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen**	**5.102.100**	**5.125.900**	**0**	**+ 23.800**	**0**	**+ 2.800**	**0**	**+ 2.800**	**0**	**+ 2.800**		
85	1.56.5610.06	Artenschutz	Streichung einer durch das Ref. 0140 nicht anerkannten Rückstellung aus dem Jahr 2018 (18-sRS-61.001) in Höhe vo 20.925,82 €. Ohne Kenntnisnahme dieser Streichung hatte der FB 68 nicht die Möglichkeit, diese Budget-Mittel ordnungsgemäß für die Planungen 2020 und 2021 anzumelden. Da diese Budget-Mittel vertraglich gebunden sind, werden sie weiterhin zwingend benötigt.			+ 21.000							einmalig	427115 Planungskosten
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 85 bis 87*				
86	680-0000	Umweltschutz	Durch die **Ausgründung des Fachbereiches 68 aus dem Fachbereich 61** ist es erforderlich geworden, dort eine **neue Verwaltungsabteilung** mit eigenem Personal einzurichten, weshalb hier auf der Basis der allgemeinen Kostenstelle eine Budgetaufstockung vorgenommen wurde. Gleichzeitig wird auch der technische Bereich des Fachbereiches durch Stellenbesetzungen gestärkt, so dass sich der gemeldete Mehraufwand auf das Hinzukommen von sechs neuen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern bezieht, für die insgesamt die Overheadkosten in Summe von 4.800 € zu erhöhen sind. Die Summe verteilt sich auf diverse Sachkonten. Es wurde sich an den bestehenden Budget-Ansätzen orientiert, die anhand der aktuellen Mitarbeiteranzahl berechnet sind.			+ 2.800		+ 2.800		+ 2.800		+ 2.800	dauerhaft	Diverse Sachkonten
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 85 bis 87*				
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**640.987**	**642.987**	**0**	**+ 2.000**	**0**	**+ 2.000**	**0**	**+ 2.000**	**0**	**+ 2.000**		
87	680-0000	Umweltschutz	Durch die **Ausgründung des Fachbereiches 68 aus dem Fachbereich 61** ist es erforderlich geworden, dort eine **neue Verwaltungsabteilung** mit eigenem Personal einzurichten, weshalb hier auf der Basis der allgemeinen Kostenstelle eine Budgetaufstockung vorgenommen wurde. Gleichzeitig wird auch der technische Bereich des Fachbereiches durch Stellenbesetzungen gestärkt, so dass sich der gemeldete Mehraufwand auf das Hinzukommen von sechs neuen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern bezieht, für die insgesamt die Overheadkosten in Summe von 4.800 € zu erhöhen sind. Die Summe verteilt sich auf diverse Sachkonten. Es wurde sich an den bestehenden Budget-Ansätzen orientiert, die anhand der aktuellen Mitarbeiteranzahl berechnet sind.			+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000		+ 2.000	dauerhaft	Diverse Sachkonten
		PluA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*en bloc: Nr. 85 bis 87*				

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Erstattungen an die Sonderrechnung FB 65)

Anlage 4.2.1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft													
	1	**Steuern und ähnliche Abgaben**	**389.535.000**	**387.935.000**	**- 1.600.000**	**0**	**- 4.100.000**	**0**	**- 4.900.000**	**0**	**- 5.000.000**	**0**		
88	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/ Umlagen	Korrektur der Ansätze für das Planjahr 2024										einmalig	301210 Grundsteuer B
					0		0		0		+ 400.000			
89	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/ Umlagen	Anpassung der Veranschlagung beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** auf Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom November 2020										dauerhaft	302110 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
					- 2.600.000		- 3.000.000		- 3.700.000		- 4.000.000			
90	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/ Umlagen	Anpassung der Veranschlagung beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** auf Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom November 2020										dauerhaft	302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
					- 1.400.000		- 1.100.000		- 1.200.000		- 1.400.000			
91	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/ Umlagen	Anpassung der Veranschlagung beim **Kommunalen Finanzausgleich** auf Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom November 2020											311110 Schlüsselzuweisungen vom Land
					+ 2.400.000		0		0		0			
	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**150.650.000**	**150.650.000**	**0**	**0**	**+ 200.000**	**0**	**+ 470.000**	**0**	**+ 750.000**	**0**		
92	1.61.6110.01	Allgemeine Zuweisungen vom Land	Auf Basis der Orientierungsdaten vom 30.09.2020 erfolgt eine Neueinplanung der Allgemeinen Zuweisungen vom Land für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises.										dauerhaft	313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land
					0		+ 200.000		+ 470.000		+ 750.000			
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**1.189.600**	**1.179.200**	**0**	**- 10.400**	**0**	**- 10.660**	**0**	**- 10.820**	**0**	**- 10.874**		
93	1.61.6120.01	Leibrenten	Da die Leibrentenberechtigte verstorben ist, entfallen die eingeplanten Zahlungen.										dauerhaft	423130 Leibrenten
						- 10.400		- 10.660		- 10.820		- 10.874		
	17	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	**9.764.800**	**9.764.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**- 74.400**	**0**	**- 12.400**		
94	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Anpassung des Zinsaufwands** aufgrund der Veränderungen bei den Kreditaufnahmen ab dem Jahr 2022										für 2 Jahre	451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute
						0		0		- 74.400		- 12.400		

Anlage 4.2.2

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung -

Erstattungen an die Sonderrechnung FB65

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung - Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65

Anlage 4.2.2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
		Teilhaushalt Politische Gremien											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 16.600**	**0**	**+ 16.600**	**0**	**+ 16.600**	**0**	**+ 16.600**			
1	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 16.600		+ 16.600		+ 16.600		+ 16.600	x		
		Teilhaushalt Verwaltungsführung											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 25.700**	**0**	**+ 25.700**	**0**	**+ 25.700**	**0**	**+ 25.700**			
2	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 25.700		+ 25.700		+ 25.700		+ 25.700	x		
		Teilhaushalt Fachbereich 01 - Zentrale Steuerung											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 64.423**	**0**	**+ 64.423**	**0**	**+ 64.423**	**0**	**+ 64.423**			
3	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 64.423		+ 64.423		+ 64.423		+ 64.423	x		
		t Referat 0120 - Stadtentwicklung und Statistik											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 42.852**	**0**	**- 42.852**	**0**	**- 42.852**	**0**	**- 42.852**			
4	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 42.852		- 42.852		- 42.852		- 42.852	x		
		Teilhaushalt Referat 0140 - Rechnungsprüfungsamt											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 600**	**0**	**- 600**	**0**	**- 600**	**0**	**- 600**			
5	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 600		- 600		- 600		- 600	x		
		Teilhaushalt Referat 0150 - Gleichstellungsreferat											
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 1.274**	**0**	**+ 1.274**	**0**	**+ 1.274**	**0**	**+ 1.274**			
6	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 1.274		+ 1.274		+ 1.274		+ 1.274	x		

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung - Erstattungen an die Sonderrechnung Fachbereich 65

Anlage 4.2.2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
	Teilhaushalt Personalvertretung												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 11.897**	**0**	**- 11.897**	**0**	**- 11.897**	**0**	**- 11.897**			
7	100-9800	Gebäude Fachbereich 10	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 11.897		- 11.897		- 11.897		- 11.897	x		
	Teilhaushalt Fachbereich 10 - Zentrale Dienste												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 49.160**	**0**	**+ 49.160**	**0**	**+ 49.160**	**0**	**+ 49.160**			
8	100-9800	Gebäude Fachbereich 10	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 49.160		+ 49.160		+ 49.160		+ 49.160	x		
	Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 107.746**	**0**	**+ 107.746**	**0**	**+ 107.746**	**0**	**+ 107.746**			
9	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 107.746		+ 107.746		+ 107.746		+ 107.746	x		
	Teilhaushalt Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 87.167**	**0**	**+ 87.167**	**0**	**+ 87.167**	**0**	**+ 87.167**			
10	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 87.167		+ 87.167		+ 87.167		+ 87.167	x		
	Teilhaushalt Fachbereich 37 - Feuerwehr												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 638.355**	**0**	**+ 638.355**	**0**	**+ 638.355**	**0**	**+ 638.355**			
11	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 638.355		+ 638.355		+ 638.355		+ 638.355	x		
	FwA		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
	Teilhaushalt Fachbereich 40 - Schule												
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 1.878.325**	**0**	**+ 1.628.325**	**0**	**+ 1.628.325**	**0**	**+ 1.628.325**			
12	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 1.628.325		+ 1.628.325		+ 1.628.325		+ 1.628.325	x		
	SchA		*Dafür:*	*17*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
13	400-1100	Sammelkostenstelle alle Schulen	Deckung zu erwartender höherer Heizkostenvorauszahlungen/-nachzahlungen aufgrund der Vorgaben zum "infektionsgerechten Lüften" in Schulgebäuden während der Corona-Pandemie									einmalig	445517 Erstatt. an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm
				+ 250.000							x		
	SchA		*Dafür:*	*16*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*+ 1*	*Angenommen*				
	Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft												
	19	**sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 215.468**	**0**	**+ 215.468**	**0**	**+ 215.468**	**0**	**+ 215.468**			
14	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 215.468		+ 215.468		+ 215.468		+ 215.468	x		
	AfKW		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
	Teilhaushalt Referat 0500 - Sozialreferat												
	19	**sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 400**	**0**	**- 400**	**0**	**- 400**	**0**	**- 400**			
15	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 400		- 400		- 400		- 400	x		
	AfSG		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
	Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit												
	19	**sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 579.100**	**0**	**+ 579.100**	**0**	**+ 579.100**	**0**	**+ 579.100**			
16	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 244.365		+ 244.365		+ 244.365		+ 244.365	x		
	AfSG		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
17	500-9815	Frauenhaus	Durch die Neuanmietung von Räumlichkeiten für das Frauenhaus entstehen hier zusätzliche Aufwendungen. Haushaltsmittel für die Liegenschaft standen bisher bei Fachbereich 51 zur Verfügung									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 255.235		+ 255.235		+ 255.235		+ 255.235	x		
	AfSG		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*		*Angenommen*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
18	500-7500	Flüchtlingsunterkünfte angemietete Wohnungen	Durch die notwendige Neuanmietung einer Wohnung zur Unterbringung von Geflüchteten entstehen höhere Aufwendungen, die nicht durch die bisherigen Ansätze gedeckt werden können.									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 9.500		+ 9.500		+ 9.500		+ 9.500	x		
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
19	500-9802	Schuhstr.	Für den notwendigen Umzug der Stelle 50.21 von der Auguststr. in die Schuhstr. wurden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, die den Bedarf entsprechend dem Mietvertrag nicht decken. Der m²-Preis/Monat liegt bei 9,16 €, genutzt werden 482,42 m².									dauerh.	445512, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 11.400		+ 11.400		+ 11.400		+ 11.400	x		
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
20	500-7304	Dez. Wohnstandort - Ölper	Für den Wohnstandort liegen noch keine Verbrauchswerte vor. In Anpassung an die der übrigen Wohnstandorte ist eine Erhöhung erforderlich.									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 55.900		+ 55.900		+ 55.900		+ 55.900	x		
		AfI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
21	500-1402	Dezentrale Wohnungslosenunterkünfte	Auf Grund einer Sanierung einer Liegenschaft durch den Eigentümer erhöht sich die Miete monatlich um 225 €.									dauerh.	445512, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 2.700		+ 2.700		+ 2.700		+ 2.700	x		
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie

	19	**sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 428.572**	**0**	**- 448.572**	**0**	**- 448.572**	**0**	**- 448.572**			
22	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 557.775		- 557.775		- 557.775		- 557.775	x		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
23	510-9800	Gebäude allgemein	Mehrkosten für Heiz- und Wartungskosten in Höhe von 10 %, durch "infektionsschutzgerechtes Lüften" aufgrund der Corona-Pandemie									einmalig	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 20.000							x		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
24	510-3100	Städt. Kitas	Anmietung der Liegenschaft Außengruppe Kita Alsterplatz im Wiedweg 8, 38120 Brg. gem. Entwurf Mietvertrag ab 01.08.2020									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 82.005		+ 82.005		+ 82.005		+ 82.005	x		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
25	510-9828	Geb. Schild	Mehrbedarf für Büroflächen									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 26.700		+ 26.700		+ 26.700		+ 26.700	x		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
26	510-9824	Campestr.	Anmietung Parkplatz Nr. 36, Campestraße 7									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 498		+ 498		+ 498		+ 498	x		
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Referat 0600 - Baureferat

	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**79.377**	**0**	**79.377**	**0**	**79.377**	**0**	**79.377**			
27	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 79.377		+ 79.377		+ 79.377		+ 79.377	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Referat 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**4.025**	**0**	**4.025**	**0**	**4.025**	**0**	**4.025**			
28	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 4.025		+ 4.025		+ 4.025		+ 4.025	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Fachbereich 60 - Bauordnung und Brandschutz

	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**- 20.605**	**0**	**- 20.605**	**0**	**- 20.605**	**0**	**- 20.605**			
29	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				- 20.605		- 20.605		- 20.605		- 20.605	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation

	19	**sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**63.698**	**0**	**63.698**	**0**	**63.698**	**0**	**63.698**			
30	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 63.698		+ 63.698		+ 63.698		+ 63.698	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr													
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**43.523**	**0**	**43.523**	**0**	**43.523**	**0**	**43.523**			
31	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement Anmerkung d. Verw.: Der Beratung im BA lag irrtümlich ein Betrag von 178.380 € zugrunde.
				+ 43.523		+ 43.523		+ 43.523		+ 43.523	x		
		BA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
Teilhaushalt Referat 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau													
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**2.175**	**0**	**2.175**	**0**	**2.175**	**0**	**2.175**			
32	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445512, 445517, 445518, 445528 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 2.175		+ 2.175		+ 2.175		+ 2.175	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*+ 1*	*Angenommen*				
Teilhaushalt Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport													
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 809.100**	**0**	**+ 809.100**	**0**	**+ 809.100**	**0**	**+ 809.100**			
33 a	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 145.400		+ 145.400		+ 145.400		+ 145.400	x		
		GA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
33 b	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 278.000		+ 278.000		+ 278.000		+ 278.000	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
34	670-4214	Sportanlage Kennel	Sportanlage Kennel (Wirtschaftseinheit 1153) - Mehrkosten für Betriebskosten aufgrund der Umstellung der Beregnungsanlage und damit steigenden Wasserkosten									dauerh.	445517 Erstattung an das Gebäudemanagement
				+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500		+ 34.500	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
35	670-4303	Schützenhaus Heidberg	Schützenhaus Heidberg (Wirtschaftseinheit 1245) - Mehrkosten für Heiz- und Betriebskosten aufgrund von Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten; Der volle Wettkampf- und Trainingsbetrieb wird aufgenommen.									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 19.300		+ 19.300		+ 19.300		+ 19.300	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
36	670-4218	Sportanlage Bienroder Weg 51	Sportanlage Bienroder Weg 51 (Wirtschaftseinheit 1254) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der Übernahme der gepachteten Sportanlage und des Umbaus bzw. der Erweiterung									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 87.400		+ 87.400		+ 87.400		+ 87.400	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Veränderungen in € 2021 Erträge	2021 Aufwendungen	2022 Erträge	2022 Aufwendungen	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
37	670-4221	Sportanlage Waggum	Sportanlage Bienroder Weg 51 (Wirtschaftseinheit 1254) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der Übernahme der gepachteten Sportanlage und des Umbaus bzw. der Erweiterung									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 98.100		+ 98.100		+ 98.100		+ 98.100	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
38	670-4219	Sportanlage Illerstr. 44	Sportanlage Illerstraße (Wirtschaftseinheit 0331) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der Übernahme der gepachteten Sportanlage und des Umbaus bzw. der Erweiterung									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 68.200		+ 68.200		+ 68.200		+ 68.200	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
39	670-4203	Sportanlage Gartenstadt	Sportanlage Gartenstadt (Wirtschaftseinheit 0948) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der höheren Benutzungsdichte									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 12.700		+ 12.700		+ 12.700		+ 12.700	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
40	670-4500	Verpachtete Sportanlagen	Sportanlage Lamme ((Wirtschaftseinheit 1119) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der höheren Benutzungsdichte und des Umbau bzw. der Erweiterung									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 7.400		+ 7.400		+ 7.400		+ 7.400	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				
41	670-4201	Sportanlage Bocksbartfeld	Sportanlage Bocksbartfeld (Wirtschaftseinheit 1290) - Mehrbedarf für Heiz- und Betriebskosten aufgrund der höheren Benutzungsdichte									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 58.100		+ 58.100		+ 58.100		+ 58.100	x		
		SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Fachbereich 68 - Umwelt

	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 21.613**	**0**	**+ 21.613**	**0**	**+ 21.613**	**0**	**+ 21.613**			
42	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 21.613		+ 21.613		+ 21.613		+ 21.613	x		
		PIUA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*+ 1*	*Angenommen*				

Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat

	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**0**	**+ 4.334**	**0**	**+ 4.334**	**0**	**+ 4.334**	**0**	**+ 4.334**			
43	diverse	diverse	Aufgrund der künftigen Budgetierung der Gebäudekosten									dauerh.	445517, 445518 Erstattungen an das Gebäudemanagement
				+ 4.334		+ 4.334		+ 4.334		+ 4.334	x		
			Dagegen:		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*		*Nicht beraten*				

Anlage 4.2.3

Dezernatslisten

zur Haushaltsoptimierung

Braunschweig - Haushaltsoptimierung Dez. I - Dezernat des Oberbürgermeisters

Datum: 19.02.2021

KGSt

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge												Beschlossene Haushaltswirkung					
		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	001				I 0150 Gleichstellungsreferat				keine Umsetzung	Reduzierung von Stellenanteilen	Aufwandsreduzierung	0 €	57.000 €	57.000 €	57.000 €	57.000 €	228.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	1	0					25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €
Zeile 1	006				I 0100 Steuerungsdienst				keine Umsetzung	Eine Stelle soll bei "Redeentwürfen" eingespart werden.	Aufwandsreduzierung	0 €	46.000 €	46.000 €	46.000 €	46.000 €	184.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	9	4	0									
Zeile 1	012	4.000			I 0100 Steuerungsdienst				Umsetzung	Partnerschaften mit anderen Städten reduzieren	Aufwandsreduzierung		10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2		1.11.1116.10		427140	FPA 29.01.2021	11	2	0					4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	16.000 €
Zeile 1	013			x	I 0100 Steuerungsdienst				keine Umsetzung	Verkleinerung der Gremien auf gesetzliche Mindestgröße	Aufwandsreduzierung		35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	140.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	0	13	0		Solange eine epidemische Lage von nationaler Tragweite nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes oder eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite nach § 3 a Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst festgestellt ist, kann die Entscheidung bis spätestens 12 Monate vor dem Ende der laufenden Wahlperiode getroffen werden. Die Frist ist abgelaufen.							
Zeile 1	014				I 0103 Bezirksgeschäftsstellen				Umsetzung	Zusammenfassung/Reduzierung der bisher 19 Stadtbezirksräte	Aufwandsreduzierung						0 €
Erfassung in SAP ???		1.11.1110.01		verschiedene Sachkonten	FPA 29.01.2021	12	1	0					8.500 €	148.500 €	148.500 €	148.500 €	454.000 €
Zeile 1	015				I 0100 Steuerungsdienst				Umsetzung	Nutzung von Online-Diensten für Auslandstelefonate	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2				keine Angabe Verbindungsgebühren nicht budgetwirksam; interne Verrechnung FB 10	FPA 29.01.2021	12	1	0									
Zeile 1	016	4.000			I 0100 Steuerungsdienst				Umsetzung	Deckungsbeitrag für die Grundkosten bei Raumvermietung	Ertragserhöhung		4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	16.000 €
Zeile 2		1.11.1116.04		341110	FPA 29.01.2021	12	1	0									
Zeile 1	017				I 0100 Steuerungsdienst				Umsetzung	Formular für die Getränkebestellungen aktualisieren							0 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	1	0		keine Haushaltswirkung bezifferbar							
Zeile 1	019	5.000			I 0130 Kommunikation				Umsetzung	Reduzierung der Anzahl von Flyern und Plakaten	Aufwandsreduzierung		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	20.000 €
Zeile 2		1.11.1130.03		427180	FPA 29.01.2021	12	1	0									
Zeile 1	022				I 0100 Steuerungsdienst				keine Umsetzung	Überprüfung der Höhe der Förderung von Leistungen Dritter	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	1	0									

Zeile 1	024				I 0100 Steuerungsdienst				**Umsetzung**	Verteilung von volatilen Mitteln (nachrichtlich)							0 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**1**	**0**										
Zeile 1	027	s. V016			I 0100 Steuerungsdienst				**Umsetzung**	Erhöhung aus Mieten und Pachten	Ertragserhöhung		4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	16.000 €
Zeile 2		1.11.1116.04		341110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**1**	**0**		Die Ertragserhöhng ist bei V016 enthalten.			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	029				I 0100 Steuerungsdienst				**Umsetzung**	Angemessener Umfang von Antworten auf Anfragen von Parteien (nachrichtlich)							0 €
Zeile 2		gesamtstädtische Auswirkungen, keine Angaben zu Sachkonto und Produkten			**FPA 29.01.2021**	**9**	**3**	**1**										
Zeile 1	030		x		I 0103 Bezirksgeschäftsstellen				**keine Umsetzung**	Stadtbezirksräte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	0 €	470.000 €	470.000 €	470.000 €	1.410.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**1**	**0**		Der Rat hat in seiner Sitzung am 29. September 2020 den Erhalt aller Bezirksgeschäftsstellen beschlossen. Der Vorschlag wird daher auf rot gesetzt. Bezüglich des Teilvorschlages "Zusammenlegung/Reduzierung von Stadtbezirksräten" siehe V014.							
Zeile 1	031			x	I 0100 Steuerungsdienst				**keine Umsetzung**	Reduktion der Entschädigung für Ratsmitglieder und Reduzierung der Stellenausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen	Aufwandsreduzierung		0 €	508.000 €	508.000 €	508.000 €	1.524.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**0**	**10**	**3**		Es liegt ein Haushaltsantrag der FDP-Fraktion zur Reduzierung der Sachkostenpauschale für Fraktionen im Rat vor.				525.000 €	525.000 €	525.000 €	1.575.000 €
Zeile 1	II_022				I Ref. 0103 Bezirksgeschäftsst. - verlagert von Dez. II				**keine Umsetzung**	Stadtbezirksratsmittel (ehemaliger Bürgerhaushalt)	Aufwandsreduzierung	127.300 €	127.300 €	127.300 €	127.300 €	127.300 €	636.500 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**10**	**3**	**0**		Der Vorschlag wird nicht umgesetzt. Die Verwaltung hatte die Reduzierung in Höhe von 127.300 EUR für den Finanz-planungszeitraum 2020 bis 2023 im Haushaltsplanentwurf 2020 vorgesehen. Gemäß dem Haushaltsbschluss des Rates vom 18. Februar 2020 erfolgt jedoch kein Verzicht auf die den Stadtbezirksräten zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel.							

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. II - Personal-, Digitalisierungs-, Rechts- und Ordnungsderzernat

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge		**Produkt**	**Projekt**	**Sachkonto**	**Ausschuss**	**dafür**	**dagegen**	**Enthaltung**		**Bemerkung zum Einzelvorschlag**		**Beschlossene Haushaltswirkung**					
												2020	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**Gesamt**
Zeile 1	001				II 10 Zentrale Dienste				**Umsetzung**	Abschaffung der Druckversion der Mitarbeiterzeitschrift "WIR"	Aufwandsreduzierung	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	150.000 €
Zeile 2		1.11.1145.01		916829 (ILV 61.2 Erzeugnisse Hausdruckerei)	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag umzusetzen. Auf Bitte des Gesamtpersonalrates wird die Mitarbeiterzeitung ab dem Jahr 2021 jedoch für Beschäftigte, die keinen Zugang zu einem Dienstrechner haben, zusätzlich wieder als Printversion zur Verfügung gestellt. Der für diesen Kreis der Beschäftigten entstehende (kalkulatorische) Aufwand beträgt rund 4.800 EUR pro Jahr und wird über interne Leistungsbeziehungen im Haushalt abgebildet. Tatsächliches Einsparpotential, wie von der KGSt ermittelt, ist durch die Umsetzung des Vorschlages grundsätzlich nicht zu erzielen.			25.200 €	25.200 €	25.200 €	25.200 €	
Zeile 1	002				II 10 Zentrale Dienste				**Umsetzung**	Abschaffung des HuF (Handbuch und Fernsprechverzeichnis)	Aufwandsreduzierung	8.400 €	16.800 €	16.800 €	16.800 €	16.800 €	75.600 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**8**	**5**	**0**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Die Abschaffung des HuF erfolgt ab dem Jahr 2021 in organisatorischer Zuständigkeit des Oberbürgermeisters. (vgl. 20-14762 und 20-14961).			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	003				II 10 Zentrale Dienste				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Leistungen der Fahrzentrale	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	51.000 €	51.000 €	51.000 €	51.000 €	204.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**6**	**6**	**1**		Als Geschäft der laufenden Verwaltung hat der Oberbürgermeister entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen. Die Kennzeichnung des Vorschlages ist von „gelb" in „rot" zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	004				II 10 Zentrale Dienste				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Lohnabrechnung in digitaler Form einführen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**13**	**0**	**0**		Der Vorschlag kann noch nicht abschließend bewertet werden, da der mit der Lohnabrechnung beauftragte Dienstleister durch die Corona-Pandemie keine freien Ressourcen hat, die notwendigen Programmierungen zu erstellen. Die Ampelfarbe verbleibt zunächst „gelb". Auswirkungen auf den Haushalt können aktuell nicht benannt werden. Grundsätzlich liegt der Vorschlag als Geschäft der laufenden Verwaltung in der Entscheidungszuständigkeit des Oberbürgermeisters.							
Zeile 1	005				II 10 Zentrale Dienste				**Umsetzung erfolgt**	Reduzierung von Druckkosten	Aufwandsreduzierung	80.600 €	80.600 €	80.600 €	80.600 €	80.600 €	403.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	006				II 10 Zentrale Dienste				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Verzicht auf öffentliche Bekanntmachung in Braunschweiger Zeitung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Die Veröffentlichungen in der Braunschweiger Zeitung beruhen auf den gesetzlichen Regelungen des NKomVG in Verbindung mit der städtischen Hauptsatzung. Es gibt einen aktuellen Änderungsentwurf zum NKomVG, in dem u. a. die Bekanntmachungspraxis für Kommunen modifiziert werden soll. Sofern sich aus der endgültigen Gesetzesfassung ein Gestaltungsspielraum für Veröffentlichungen ergeben sollte, wird die Verwaltung dem Rat eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung vorschlagen. Die Ampelkennzeichnung verbleibt bis dahin bei „gelb".							
Zeile 1	007				II 10 Zentrale Dienste				**keine Umsetzung**	Wiederbesetzungssperren für Stellen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**9**	**4**	**0**		Der Oberbürgermeisters hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, dass der Vorschlag nicht umgesetzt wird. Die Ampelkennzeichnung ist von "gelb" in "rot" zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	008				II 10 Zentrale Dienste				**keine Umsetzung**	Verzicht auf kostenlosen Flaggenverleih	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	810 €	810 €	810 €	810 €	810 €	4.050 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	009				II 10 Zentrale Dienste				**keine Umsetzung**	Reduzierung/Abschaffung der Ehrung von Ehejubiläen und Geburtstagen (zuzgl. E6-Stelle)	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	22.250 €	38.500 €	38.500 €	38.500 €	38.500 €	176.250 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen.			0 €	0 €	0 €	0 €	

Zeile 1	010				II 10 Zentrale Dienste				Weiter-verfolgung - Prüfung	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergabe der Personalkostenabrechnung an Dritte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	1	0		Die von der KGSt empfohlene Prüfung einer Vergabe wird durchgeführt. Sie ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Evtl. künftige Auswirkungen auf den Haushalt sind derzeit nicht absehbar und daher im Haushaltsplanentwurf 2021 nicht enthalten.								
Zeile 1	011				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Reduzierung der Portokosten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Der Vorschlag wurde umgesetzt (vgl. 20-13559) und ist im Haushaltsplanentwurf 2021 sowie der Finanzplanung 2022 ff. bereits entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	012				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Einmalige Reduzierung des Fortbildungsbudgets	Aufwandsreduzierung	12.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	12.500 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der zentrale Fortbildungsansatz beträgt aufgrund Festlegung und Zuständigkeit des Oberbürgermeisters ab dem Jahr 2021 dauerhaft 250.000 EUR.								
Zeile 1	013				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Verzicht auf Gesundheitskurse	Aufwandsreduzierung	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	100.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	11	2	0		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	014				II 10 Zentrale Dienste				keine Umsetzung	LOB für Beamte aussetzen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	5.250.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Der Verwaltungsausschuss hat am 08.12.2020 dem geänderten System zur Leistungsorientierten Bezahlung für Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte ab dem Jahr 2021 zugestimmt (20-14661).			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	015				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Kündigung von Hansefit	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	240.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Der Vorschlag wird umgesetzt, jedoch nicht durch Kündigung des Hansefit-Vertrages. Durch Werbung in der Mitarbeiterzeitung sowie Rundschreiben an alle Beschäftigten wird versucht, eine Steigerung der Teilnehmerzahlen zu erreichen und gleichzeitig den städtischen Zuschussbedarf zu reduzieren. Im Haushaltsplanentwurf 2021 sowie der Finanzplanung 2022 ff. ist eine höhere Ertragserwartung von 30.000 EUR vorgesehen.	Die geplanten Mehrerträge werden als Minuswerte dargestellt.		-30.000 €	-30.000 €	-30.000 €	-30.000 €	-120.000 €
Zeile 1	016				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Reduzierung der Ausbildungskosten	Aufwandsreduzierung	67.000 €	267.000 €	467.000 €	850.000 €	850.000 €	2.501.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	11	1	1		Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsausschusses vom 18.06.2019 (19-11045-01) wurde der Vorschlag bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	017				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Aussetzung der Zuführungen zum "Pensionsfonds"	Aufwandsreduzierung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt (20-12461).			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	018				II 10 Zentrale Dienste				Weiter-verfolgung - Prüfung	Reduzierung der dienstlich anerkannten Privat-PKW	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	290.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	12	0	1		Die Umsetzung des Vorschlages wird im Zusammenhang mit dem vom Rat beschlossenen E-Mobilitätskonzept geprüft. Aus dem Konzept ergibt sich, dass die Maßnahme "Abschaffung der dienstlichen Nutzung von privaten Pkw" erst mittelfristig umgesetzt werden soll. Konkrete Auswirkungen auf den Haushalt können daher derzeit nicht beziffert werden. Die Ampelkennzeichnung verbleibt vorerst bei "gelb".			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	019				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung erfolgt	Einfrieren des Taschengeldes für FSJ, FÖJ und BFD	Aufwandsreduzierung	4.000 €	4.100 €	4.200 €	4.300 €	4.400 €	21.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	6	7	0		Geschäft der laufenden Verwaltung. Aufgrund der Entscheidung des Oberbürgermeisters wurde der Vorschlag bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	020				II 10 Zentrale Dienste				Umsetzung	Einstellung der Beteiligung an der Initiative Zukunft Bilden der Braunschweiger Zeitung	Aufwandsreduzierung	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	37.500 €
Zeile 2		100-1400		426120	FPA 29.01.2021	12	0	1		Geschäft der laufenden Verwaltung. Gemäß der Entscheidung des Oberbürgermeisters wird der Vorschlag ab dem Jahr 2021 umgesetzt, ist jedoch im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 noch nicht enthalten.			7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	
Zeile 1	021				II 10 Zentrale Dienste				keine Umsetzung	Schließung der Verwaltungsbücherei	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	55.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	415.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	13	0	0		Der Oberbürgermeisters hat im Rahmen seiner Organisationshoheit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen. Die Ampelkennzeichnung ist von „gelb" auf „rot" zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	033				II 0140 Rechnungsprüfungsamt				keine Umsetzung	Reduzierung der Zahl der Stellen	Aufwandsreduzierung		70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	280.000 €
Zeile 2					FPA 29.01.2021	10	3	0		Eine Stellenreduzierung im Rchnungsprüfungsamt ist aus Sicht des Oberbürgermeisters nicht möglich und somit im Entwurf zum Stellenplan 2021, welcher der Politik vorliegt, nicht vorgesehen.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	042				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Umsetzung	Wegfall der postalischen Benachrichtigung zur Abholung von Führerscheinen in der Straßenverkehrsabteilung	Aufwandsreduzierung	840 €	840 €	840 €	840 €	840 €	4.200 €
Zeile 2		1.12.1221.33		443135	FPA 29.01.2021	12	0	1										

Zeile 1	043				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Weiter-verfolgung - Prüfung	Verwaltungsgebühren erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		diverse		331110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	044				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Weiter-verfolgung - Prüfung	Bußgelder erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		diverse		356110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Umsetzung wegen bundeseinheitlichem Bußgeldkatalog und anderen rechtlichen Vorgaben stark eingeschränkt.							
Zeile 1	045				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**Umsetzung**	Erhöhung der Gebühren für Ambiente-Trauungen	Ertragserhöhung	6.300 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	34.380 €
Zeile 2		1.12.1221.62		331110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	046				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Weiter-verfolgung - Prüfung	Ausweitung der Kontrollzeiten von Politessen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	800.000 €
Zeile 2		1.12.1221.21			**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Ertragserhöhung für 2021 wegen vakanter Parkraum-überwacher-Stellen nicht eingeplant. Siehe hierzu auch Stellungnahme zur Anfrage A 022 der Fraktion P².			0 €				
Zeile 1	047				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Weiter-verfolgung - Prüfung	Verzicht auf die Fortführung der Tierkörpersammelstelle	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	5.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	35.000 €
Zeile 2		1.53.5371.02			**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Umsetzung nicht mehr in 2021, daher keine entsprechende Aufwandsreduzierung.			0 €				
Zeile 1	048				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**Umsetzung**	Erhöhung der Gebühren für den Bewohnerparkausweis	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.43		331110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	049				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**keine Umsetzung**	Politessen nicht mehr in 2er Teams arbeiten lassen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.12.1221.21			**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	050				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**Umsetzung**	Abschaffung der Neubürgermappen	Aufwandsreduzierung	7.400 €					7.400 €
Zeile 2		1.12.1221.42		443175	**FPA 29.01.2021**	**8**	**5**	**0**		Siehe hierzu gegenläufigen finanzwirksamen Antrag der Fraktion P² und die Stellungnahme des FB 32.							
Zeile 1	051				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Weiter-verfolgung - Prüfung	Zusammenlegung von 32.4 und 32.3 in der Friedrich-Seele-Straße 7	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		diverse		diverse	**FPA 29.01.2021**	**13**	**0**	**0**		Nach derzeitigem Informationsstand wegen nicht ausreichender Raumkapazität nicht realisierbar.							
Zeile 1	057				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**keine Umsetzung**	Einsparungen beim Zentralen Ordnungsdienst (ZOD)	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.14		diverse	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	060				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**Umsetzung**	Erhöhung der Gebühren für Beglaubigungen	Ertragserhöhung	8.900 €	8.900 €	8.900 €	8.900 €	8.900 €	44.500 €
Zeile 2		1.12.1221.43		331110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	065				II 10 Zentrale Dienste				**Umsetzung**	Einsparung von Kosten bei Veröffentlichungen in (örtlichen) Telefonbüchern	Aufwandsreduzierung	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wird ab dem Jahr 2021 umgesetzt. Eine Aufwandsreduzierung in Höhe von 11.400 EUR ist im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 bereits enthalten.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	069				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**Umsetzung**	Leichter Anstieg der Gebühren für Gewerbeanmeldungen und Gewerbeummeldungen	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.12		331110	**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**									
Zeile 1	071				II - 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				Weiter-verfolgung - Prüfung	Prüfung des Bedarfs an externen Gutachten	Aufwandsreduzierung	0 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wird grundsätzlich umgesetzt. Finanzielle Auswirkungen sind im Finanzplanungszeitraum 2021 ff. noch nicht enthalten und können zentral durch das Referat 0300 nicht beziffert werden, da die Ansätze in den jeweiligen Teilhaushalten der anderen Organisationseinheiten veranschlagt sind.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	073				II 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				Weiter-verfolgung - Prüfung	Kündigung aller Abonnements / Abbau von Doppelungen der Abonnements	Aufwandsreduzierung	0 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	60.000 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**13**	**0**	**0**		Geschäft der laufenden Verwaltung. Die endgültige Prüfung des Vorschlages ist noch nicht erfolgt. Es können daher noch keine finanziellen Auswirkungen für den Haushalt 2021 beziffert werden. Dieses ist frühestens für den Haushalt 2022 möglich. Evtl. Einsparungen würden in allen Teilhaushalten erfolgen.			0 €	0 €	0 €	0 €	

Zeile 1	074				II 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Prüfung des Bedarfs an externen Gutachten im Bereich des Rechtsamtes	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		Der Vorschlag korrespondiert mit 071.			0 €	0 €	0 €	0 €	

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. III - Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudezernat

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		Beschlossene Haushaltswirkung					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	003				III 0600 Baureferat				keine Umsetzung	Reduktion der kommunalen Wohnbauförderungsmittel	Aufwandsreduzierung		390.000 €	780.000 €	780.000 €	780.000 €	2.730.000 €
Zeile 2			4S.000022	427114	PluA	13	0	0		Ratsbeschluss vom 19. Mai 2020 (Drs.-Nr.19-11251), dass Förderung bis auf weiteres aufrechterhalten werden soll.			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	004				III 0600 Baureferat				keine Umsetzung	Erhöhung von Gebühren für Vorverkaufsrechtverzichtserklärungen							0 €
Zeile 2		1.52.5225.02		331110	PluA	13	0	0		Gebühr deckt Aufwendungen zu 100%. Die KGSt schließt sich Vorschlag der Verwaltung zur Nichtumsetzbarkeit an.			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	005				III 0600 Baureferat				keine Umsetzung	Überprüfung der Anzahl der Brunnen und deren Betriebszeiten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		38.000 €	38.000 €	38.000 €	38.000 €	152.000 €
Zeile 2			4S.000011	421110 u. 445526	PluA	13	0	0		falsche Annahme und Berechnung seitens der KGSt			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	007				III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				Umsetzung erfolgt	Absenkung zur Förderung der Braunschweiger Innenstadt	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	80.000 €
Zeile 2		1.51.5118.01		427115	PluA	13	0	0		Vorschlag wurde bereits umgesetzt; Ansatz wurde seitens der Verwaltung ab 2021 bereits um 20.000 € gesenkt			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	008				III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				keine Umsetzung	Verzicht auf die pauschale Erhöhung des Aufwand-Budgets	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		5.700 €	5.700 €	5.700 €	5.700 €	22.800 €
Zeile 2				diverse	PluA	13	0	0		Vorschlag geht von falscher Annahme aus			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	009			erforderlich	III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				keine Umsetzung	Verzicht auf den Peter-Josef-Krahe-Architekturpreis	Aufwandsreduzierung		10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2		1.52.5231.07		427140	PluA	13	0	0		bei Verzicht ergebe sich aufgrund des 5Jahres-Rhythmus eine Einsparung von 50.000 € im Jahr 2024			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	010			erforderlich	III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				keine Umsetzung	Verzicht auf die Beschilderung der Kulturdenkmäler (BLIK)	Aufwandsreduzierung		7.400 €	7.400 €	7.400 €	7.400 €	29.600 €
Zeile 2			4S.000017 u. 5S.000026	421210 u. 783110	PluA	13	0	0		bei Umsetzung des Vorschlags wären weder die Reparatur vorhandener noch die Realisierung neuer Schilder möglich			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	011			erforderlich	III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				keine Umsetzung	Gebühren für die Beratung von Denkmalbesitzer einführen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.52.5231.02		331110	PluA	12	1	0		aus Sicht der Verwaltung kontraproduktiv, da zusätzliche Hürde für Beratungsleistungen aufgebaut würde			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	012		falsche Berechnung		III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege				keine Umsetzung	Reduktion von städtischen Fördermitteln an private Denkmalbesitzer	Aufwandsreduzierung		39.000 €	39.000 €	39.000 €	39.000 €	156.000 €
Zeile 2			4S.000016	314810 u. 431813	PluA	11	2	0		Hinweis: falsche Berechnung der KGSt; nicht 39.000 € p.a., sondern 33.333 €. Verwaltung lehnt Vorschlag inhaltlich ab			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	015				III 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				Umsetzung erfolgt	Erhöhung von Gebühren für Beratungen	Ertragserhöhung		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	20.000 €
Zeile 2		1.52.5210.01		331110	PluA	13	0	0		Der Vorschlag wurde bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt; daher keine zusätzliche Haushaltswirkung			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	016				III 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				Umsetzung erfolgt	Konsequente Beitreibung von Zwangsgeldern	Ertragserhöhung		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	20.000 €
Zeile 2		1.52.5211.01		356190	PluA	13	0	0		Der Vorschlag wurde bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt; daher keine zusätzliche Haushaltswirkung			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	017				III 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				Umsetzung erfolgt	Regelmäßige Einleitung von Bußgeldverfahren bei festgestellten OWI (Einnahmen bei FB 32)	Ertragserhöhung		10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2		1.52.5211.03			PluA	13	0	0		Der Vorschlag wurde bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt; daher keine zusätzliche Haushaltswirkung			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	018				III 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				Weiter-verfolgung - Prüfung	Einrichtung einer zusätzlichen Stelle Statik	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.52.5210.05		331110	PluA	13	0	0		kann derzeit nicht beziffert werden; derzeit Evaluierung der dritten Statikerstelle; vierte Stelle würde sich rentieren, wenn auch in Zeiten einer nachlassenden Baukonjunktur die Erträge über den Kosten des Arbeitsplatzes liegen							0 €
Zeile 1	019				III 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				Umsetzung erfolgt	Erhöhung von Gebühren	Ertragserhöhung		8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	32.000 €

Zeile 2		1.52.5211.02		331110	**PluA**	**13**	**0**	**0**		Der Vorschlag wurde bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt; daher keine zusätzliche Haushaltswirkung			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	024		Verweis auf V 115		III 61 Stadtplanung und Umweltschutz					nachrichtlich: Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Innenstadt							0 €
Zeile 2		Verweis auf V 115		Verweis auf V 115													
Zeile 1	026				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**Umsetzung erfolgt**	Durchführung von teuren städtebaulichen Wettbewerben nur in seltenen, begründeten Fällen							0 €
Zeile 2		1.51.5111.03		427115	**PluA**	**13**	**0**	**0**		Vorschlag ist bereits umgesetzt							0 €
Zeile 1	030				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**keine Umsetzung**	StadtCAD: Überprüfung der Lizenzen im FB 61	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	36.000 €
Zeile 2			4S.610002 u. 4S.000025	422140 u. 422140	**PluA**	**13**	**0**	**0**		AutoCAD ist Basis für das StadtCAD; falsche Annahme der KGSt			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	031				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**keine Umsetzung**	Amtliche Bekanntmachungen für Bebauungspläne und Flächennutzungspläne nur noch im Amtsblatt veröffentlichen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.51.5113.01		443175	**PluA**	**13**	**0**	**0**		Vorschlag wurde geprüft; die im BauGB geregelte Anregung der Öffetnlichkeitsbeteiligung würde erschwert							0 €
Zeile 1	039				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**Umsetzung erfolgt**	Reduktion der Prüfungs- und Beratungsleistungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	60.000 €
Zeile 2		1.51.5111.03		27115 u. 443140	**PluA**	**13**	**0**	**0**		Vorschlag bezog sich auf Einzelfall, der bereits umgesetzt ist; keine Auswirkungen auf Folgejahre			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	040				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**Umsetzung erfolgt**	Braunschweigs Stadteingänge - Blaue Bogenbrücke	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2		1.51.5111.03		427115	**PluA**	**9**	**4**	**0**		der Vorschlag wurde projektbezogen bereits berücksichtigt; keine Haushaltswirkung für nicht projektbezogene Planungen			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	044				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**Umsetzung erfolgt**	Outsourcing von Vermessungsleistungen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.51.511201 u. 1.51.5112.02		427110	**PluA**	**13**	**0**	**0**		Vorschlag ist bereits Bestandteil laufender Verwaltungspraxis; es gibt einen Mix aus Eigen- und Fremdleistung							0 €
Zeile 1	045				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**keine Umsetzung**	Insourcing von Planungsleistungen in der Bauleitplanung							0 €
Zeile 2		1.51.5111.03		427115	**PluA**	**12**	**1**	**0**									0 €
Zeile 1	048				III 61 Stadtplanung und Umweltschutz				**Umsetzung**	Vergabe von städtebaulichen Planungen vorrangig innerhalb der Stadtverwaltung							0 €
Zeile 2		1.51.5111.03		Diverse Personal-aufwendungen	**PluA**	**13**	**0**	**0**									0 €
Zeile 1	093				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Prüfung aller Maßnahmen zur Überwachung des fließenden Verkehrs im Zusammenhang	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.12.1221.22		356110/356130	**BA**	**11**	**0**	**0**		Einnahmen für Verwarn- und Bußgelder beim FB 32. Bisher nur Prüfauftrag							
Zeile 1	094				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Beschaffung einer Semistation anstatt stationäre Messanlagen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	1.400.000 €
Zeile 2		1.12.1221.22		356110/356130	**BA**	**11**	**0**	**0**		Verwaltung schließt sich der Einschätzung der KGSt zur Nichtumsetzbarkeit des Vorschlags an			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	095				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Geschwindigkeitsüberwachung auf Autobahnen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		85.000 €	145.000 €	145.000 €	145.000 €	520.000 €
Zeile 2		1.12.1221.22		356110/356130	**BA**	**8**	**0**	**3**		es besteht keine Verpflichtung zur Übernahme einer Aufgabe des Landes; Wirtschaftlichkeit ist nicht absehbar.			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	096				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung erfolgt**	Konzept zur (innerstädtischen) Geschwindigkeitsüberwachung	Ertragserhöhung (zu prüfen)		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2		1.12.1221.22		356110/356130	**BA**	**11**	**0**	**0**		Konzept liegt vor; Annahmen der KGSt nicht nachvollziehbar.			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	097				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung erfolgt**	Putztag: lediglich Durchführung mit Hilfe von Sponsoren sowie auf Flyer und hochwertige Plakate verzichten	Aufwandsreduzierung		20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	80.000 €
Zeile 2		700-0084		427140/427190	**BA**	**11**	**0**	**0**		Aufwandsreduktion bei Sonderrechnung Abfallwirtschaft			20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	80.000 €
Zeile 1	099				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Abschaffung der Teilnahme der städtischen Bediensteten am Stadtputztag							0 €
Zeile 2		-		-	**BA**	**11**	**0**	**0**		es gibt keine Verpflichtung städt. MA zur Teilnahme							
Zeile 1	103	keine			III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Erwirtschaftung von Erträgen und Abschaffung von teuren Schnittstellen z.B. zu Bellis oder der SE|BS	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.54.5400.02		445710	**BA**	**11**	**0**	**0**		in Teilbereichen schon in der Umsetzung; wegen länger-fristiger Verträge kurzfristig keine Haushaltswirkung							
Zeile 1	104				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung**	Ausweitung der städtischen Bauhöfe							0 €
Zeile 2		660-9803 660-9807		nnb	**BA**	**11**	**0**	**0**		Bezug zu V 119							
Zeile 1	105				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Beratungen und Ortstermine in Rechnung stellen							0 €

Zeile 2		1.54.5400.04		331110	**BA**	**11**	**0**	**0**		Verwaltung schließt sich der Einschätzung der KGSt zur Nichtumsetzbarkeit des Vorschlags an							
Zeile 1	106				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Verlängerungen von Sondernutzungen und verkehrsbehördlichen Anordnungen verteuern							0 €
Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	**BA**	**0**	**8**	**3**		Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor							
Zeile 1	107				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Entgeltordnung entwickeln (StVO)	Ertragserhöhung		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	160.000 €
Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	**BA**	**10**	**1**	**0**		haushaltswirksame Umsetzung in 2021 ist wegen konzeptioneller Vorarbeiten aktuell nicht realistisch, Ratsbeschluss erforderlich			0 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	120.000 €
Zeile 1	108				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Erträge steigern durch Überwachung unerlaubter Sondernutzungen und Ahndung von Beschädigungen durch Sondernutzungen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	60.000 €
Zeile 2		1.12.1223.03		332110/331110	**BA**	**11**	**0**	**0**		Der zusätzliche Aufwand für die Abrechnungen würde die Zeiten für Überwachungstätigkeiten reduzieren			0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	109				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	keine Vergabe Gutachten Radwegbeschilderungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.51.5115.01		443140	**BA**	**11**	**0**	**0**		Radverkehr zunehmend von Bedeutung; es sollte keine Kürzungen in diesem Bereich geben							
Zeile 1	110				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung erfolgt**	Reduzierung Ansatz Entfernung von Graffiti um 10.000 € auf 130.000 €	Aufwandsreduzierung	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	50.000 €
Zeile 2		1.54.5400.11		445610	**BA**	**11**	**0**	**0**		Diese Änderung des Ansatzes wurde bereits zum Haushaltsplan 2020 umgesetzt.		10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	50.000 €
Zeile 1	111	anderer Umfang			III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Reduktion Ausgabenanteil öffentliche Anteil Straßenreinigung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	250.000 €
Zeile 2		1.54.5400.02		445716	**BA**	**11**	**0**	**0**		Verwaltung prognostiziert Potenzial; Höhe noch unbekannt; in 2021 aufgrund von Satzungsänderung noch nicht realiistisch; Basis der Einsparungen kann sich in Folge der Gebührenkalkulation ändern		0 €	0 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	150.000 €
Zeile 1	112				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Erhöhung der Sondernutzungsgebühren	Ertragserhöhung		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2		1.12.1223.03		332110	**BA**	**0**	**11**	**0**		denkbar; Satzungsänderung muss vorbereitet werden, 2021 voraussichtlich nur hälftig			15.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	105.000 €
Zeile 1	113				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung**	Erhöhung der Gebühren für Genehmigung von Schwerlasttransporten							0 €
Zeile 2		1.12.1223.03		331110	**BA**	**11**	**0**	**0**		Verwaltung schließt sich Stellungnahme der KGSt an; es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor.							
Zeile 1	114				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung**	Erhöhung der Ablösungen für Stellplätze	Ertragserhöhung (zu prüfen)		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €
Zeile 2			5S.660050	681900	**BA**	**11**	**0**	**0**		Erhöhung vertretbar			25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €
Zeile 1	115				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Umsetzung**	Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraumes							0 €
Zeile 2		1.54.5460.01	5S.660050	332120787340	**BA**	**11**	**0**	**0**					-200.000 €	660.000 €	660.000 €	660.000 €	1.780.000 €
Zeile 1	116				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Anpassung Bußgelder bei Parkverstößen an das Fahren ohne gültigen Fahrausweis in öffentlichen Nahverkehrsmitteln (=Bußgeld von 60 €).							0 €
Zeile 2					**BA**	**11**	**0**	**0**		s. Schreiben an Fraktionen vom 4.12.20; die Höhe der Bußgelder ist in einer Verordnung geregelt. mit roter Kennzeichnung							
Zeile 1	117	keine			III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Erhöhung Parkgebühren im Stadtgebiet / Erhöhung der Parkgebühr BgA Tiefgaragen. **Hierzu wird auf die gesonderte Stellungnahme der Verwaltung verwiesen.**	Ertragserhöhung (zu prüfen)	1.070.000 €	1.712.000 €	1.712.000 €	2.525.000 €	2.525.000 €	9.544.000 €
Zeile 2		1.54.5460.01		332120	**BA**	**10**	**1**	**0**		Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor. Antrag passieren lassen -		0 €	0 €	0 €	600.000 €	600.000 €	1.200.000 €
Zeile 1	118				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Reduktion der Straßenbeleuchtung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.54.5400.02		445710	**BA**	**9**	**1**	**1**		Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor							
Zeile 1	119				III 66 Tiefbau und Verkehr				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Bündelung der Bauhofstandorte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €

Zeile 2		660-9803 660-9807		nnb	**BA**	**11**	**0**	**0**		Bezug zu V 104. Es liegen noch keine belastbaren Zahlen vor							
Zeile 1	120				III 66 Tiefbau und Verkehr				**keine Umsetzung**	Reduktion von Umweltschutzmaßnahmen	Aufwandsreduzierung	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	150.000 €

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat

Datum: 19.02.2021

KGSt®

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge												Beschlossene Haushaltswirkung					
		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	001	35000			IV 0413 Städtisches Museum				**Umsetzung**	Reduzierung der Öffnungszeiten	Aufwandsreduzierung	0 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	140.000 €
Zeile 2		1.25.2521.04		424190	**AfKW**	**10**	**1**	**0**		Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil die Einplanung in den HH entsprechend der Beschlussvorlage erst nach Ratsbeschluss, der auf den Fachausschussberatungen basiert, erfolgt.							
Zeile 1	002	14000			IV 0413 Städtisches Museum				**Umsetzung**	Wach und Schließdienste sowie Aufsichtspersonal	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	56.000 €
Zeile 2		1.25.2541.04		424190	**AfKW**	**10**	**1**	**0**		Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil die Einplanung in den HH entsprechend der Beschlussvorlage erst nach Ratsbeschluss, der auf den Fachausschussberatungen basiert, erfolgt. Die aktuell beauftragte Firma erwies sich im Zuge der coronobedingten Schließung des Städt. Museums als äußerst kulant und trug alle Widrigkeiten inklusive Einnahmeeinbußen durch kurzfristige Schließung der Häuser. Hierdurch ergab sich bereits jetzt eine Einsparung. Eine Neuausschreibung und in diesem Zuge Einarbeitung einer neuen Firma unter Einhaltung der aktuellen Maßnahmen ist nur bedingt möglich, weil eine Reduzierung der in der Pandemie zwingend erforderlichen Flexibilität des Bewachungseinsatzes im Städt. Museum vermieden werden sollte. Daher wird empfohlen, die Neuausschreibung um ein Jahr zu verschieben und die erste Haushaltswirkung damit erst für den HH 2022 zu beschließen.		0 €	0 €	14.000 €	14.000 €	14.000 €	42.000 €
Zeile 1	003				IV 0413 Städtisches Museum				**Umsetzung**	Anpassung der Eintrittsgelder	Ertragserhöhung	0 €	215.000 €	215.000 €	215.000 €	215.000 €	860.000 €
Zeile 2		1.25.2521.04		332110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**	**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Gebührenordnung im Rat am 23.03.21.**	Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderung der Gebührenordnung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	004				IV 0413 Städtisches Museum				**keine Umsetzung**	Einführung einer Gebühr für Stadtführer	Ertragserhöhung	0 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €	6.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	005				IV 0413 Städtisches Museum				**keine Umsetzung**	Einstellung der MuseumsCard in der bisherigen Form	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	9.500 €	9.500 €	9.500 €	9.500 €	38.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	006				IV 0413 Städtisches Museum				**keine Umsetzung**	Verstärkung der Räumlichkeiten	Ertragserhöhung	0 €	72.000 €	72.000 €	72.000 €	72.000 €	288.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	007	25000			IV 0413 Städtisches Museum				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Klimatisierung der Räumlichkeiten	Ertragserhöhung (zu prüfen)	0 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €
Zeile 2		1.25.2521.04		332110	**AfKW**	**11**	**0**	**0**		Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil die Einplanung in den HH entsprechend der Beschlussvorlage erst nach Ratsbeschluss, der auf den Fachausschussberatungen basiert, erfolgt. Zur Klimatisierung der Räume notwendige Beschaffung befindet sich ab 2021 im ISV, sodass eine Haushaltswirkung frühestens ab 2022 zu erwarten ist. Ob die von der KGSt errechneten Erträge erwirtschaftet werden können, bleibt fraglich.		0 €	0 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	75.000 €
Zeile 1	008			x	IV 0413 Städtisches Museum				**keine Umsetzung**	Überführung des Schlossmuseums in städt. Eigentum	Ertragserhöhung (zu prüfen)	0 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €	56.000 €	224.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**10**	**0**	**1**									
Zeile 1	009	172514			IV 0412 Stadtbibliothek				**Umsetzung**	Einführung eines RFID-Systems	Aufwandsreduzierung	0 €	172.514 €	172.514 €	172.514 €	172.514 €	690.056 €

Zeile 2		410-2200/410-2211	Neu für Investitionsk.	Personalkosten	**AfKW**	**10**	**0**	**1**		Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil gleichzeitig Investitionskosten i. H. v. 293 Tsd. Euro und Umbaukosten von 72.500 Euro einzustellen sind. Zusätzlich wird damit der VMO-Vorschlag Nr. 119 umgesetzt. Mit dem Ratsbeschluss zur Aufwandsreduzierung infolge des Vorschlages 009 müssen automatisch die erforderlichen Investivmittel in den HH 2021 eingestellt werden.							
Zeile 1	010	5825			IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Erhebung von Eintrittsgeldern für Erwachsene bei Veranstaltungen der Stadtbibliothek	Ertragserhöhung	0 €	10.575 €	10.575 €	10.575 €	10.575 €	42.300 €
Zeile 2		1.25.2720.03		332110	**AfKW**	**4**	**7**	**0**		Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Satzung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21. Kategorisierung der Verwaltung -> Rot.							
Zeile 1	011				IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Verwaltungsbücherei in die Stadtbibliothek integrieren	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfKW**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	012				IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Pauschale Reduzierung der Beschaffungskosten für Medien der Stadtbibliothek	Aufwandsreduzierung	0 €	21.450 €	21.450 €	21.450 €	21.450 €	85.800 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	013	62100			IV 0412 Stadtbibliothek				**Umsetzung**	Jahresbenutzungsgebühr für die Stadtbibliothek für Erwachsene erhöhen	Ertragserhöhung	0 €	62.100 €	62.100 €	62.100 €	124.200 €	310.500 €
Zeile 2		1.25.2720.03		332110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**	**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Satzung im Rat am 23.03.21.**	Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Satzung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	014	8000			IV 0412 Stadtbibliothek				**Umsetzung**	Gebührentarife der Stadtbibliothek erhöhen - "Strafgebühren"	Ertragserhöhung (zu prüfen)	0 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	32.000 €
Zeile 2		1.25.2720.03		332110	**AfKW**	**11**	**0**	**0**	**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Satzung im Rat am 23.03.21.**	Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Satzung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	015	5000			IV 0412 Stadtbibliothek				**Umsetzung**	Gebührentarife der Stadtbibliothek erhöhen - Sonstige Gebühren	Ertragserhöhung (zu prüfen)	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	25.000 €
Zeile 2		1.25.2720.03		332110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**	**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Satzung im Rat am 23.03.21.**	Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Satzung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	016				IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Abschaffung der 17 Ortsbüchereien	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	160.000 €	160.000 €	160.000 €	160.000 €	640.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	017				IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Abschaffung der beiden Zweigstellen Weststadt und Heidberg der Stadtbibliothek	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	58.154 €	58.154 €	58.154 €	58.154 €	232.616 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	018				IV 0412 Stadtbibliothek				**keine Umsetzung**	Öffnungszeitenreduzierung am Hauptstandort Schlossplatz	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	021	9000		x	IV 0414 Stadtarchiv				**Umsetzung**	Anpassung der Archivgebührenordnung und der Verwaltungskostensatzung der Stadt Braunschweig	Ertragserhöhung	0 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	36.000 €
Zeile 2		1.25.2514.01		332110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**	**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Gebührenordnung im Rat am 23.03.21.**	Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Gebührenordnung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	022				IV 0414 Stadtarchiv				**keine Umsetzung**	Kostenpflichtige Führungen und Einführungen in die Archivrecherche (Aufwandsreduzierung)	Aufwandsreduzierung	0 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €	14.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	024				IV 41 Kultur und Wissenschaft				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Kontinuitätsförderung und Aussetzung der Dynamisierung	Aufwandsreduzierung	86.500 €	129.750 €	129.750 €	129.750 €	129.750 €	605.500 €
Zeile 2					**AfKW**	**7**	**1**	**3**									
Zeile 1	025				IV 41 Kultur und Wissenschaft				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Projektfördermittel um 5 %	Aufwandsreduzierung	22.000 €	22.000 €	22.000 €	22.000 €	22.000 €	110.000 €

Zeile 2						**AfKW**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	026	100000			IV 41 Kultur und Wissenschaft					**Umsetzung erfolgt**	Reduzierung des Veranstaltungsbudgets	Aufwandsreduzierung	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	500.000 €
Zeile 2		1.25.2811.04		427140	**AfKW**	**10**	**1**	**0**			Bereits im HH-Entwurf 2021 enthalten, weil die Reduzierung bereits für den HH 2020 beschlossen worden ist und durch den KGSt-Vorschlag Fortsetzung findet.							
Zeile 1	027	4000			IV 41 Kultur und Wissenschaft					**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Eintrittspreise für Konzerte und Musikprojekte erhöhen	Ertragserhöhung		4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	16.000 €
Zeile 2		1.25.2620.04		346110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**			Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil die Einplanung in den HH entsprechend der Beschlussvorlage erst nach Ratsbeschluss, der auf den Fachausschussberatungen basiert, erfolgt.							
Zeile 1	028	4000			IV 41 Kultur und Wissenschaft					**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Einstellung von Einzelveranstaltungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	20.000 €
Zeile 2		1.25.2620.04		427140	**AfKW**	**10**	**1**	**0**			Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten, weil die Einplanung in den HH entsprechend der Beschlussvorlage erst nach Ratsbeschluss, der auf den Fachausschussberatungen basiert, erfolgt.							
Zeile 1	030				IV 41 Kultur und Wissenschaft					**keine Umsetzung**	Stellenausstattung reduzieren	Aufwandsreduzierung		20.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	125.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**10**	**0**	**1**										
Zeile 1	031	80000		x	IV 41 Kultur und Wissenschaft					**Umsetzung**	Gebührenerhöhung bei der Musikschule	Ertragserhöhung (zu prüfen)		80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	320.000 €
Zeile 2		1.25.2630.10		332110	**AfKW**	**10**	**1**	**0**		**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Gebührenordnung im Rat am 23.03.21.**	Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Gebührenordnung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.							
Zeile 1	032	6000			IV 41 Kultur und Wissenschaft					**Umsetzung** (Einsparung Sommerfest)	Veränderung der Veranstaltungsrhythmen	Aufwandsreduzierung	6.000 €	~~36.000 €~~	6.000 €	~~36.000 €~~	6.000 €	~~90.000 €~~
Zeile 2		1.25.2630.10		427140	**AfKW**	**Änderung 8**	**Änderung 3**	**Änderung 0**			Die Ansatzveränderung ist im HH-Entwurf 2021 noch nicht enthalten. Änderungsbeschluss: Einsparung der Musikschultage in 2021 und 2023 wird , nur Einsparung des Sommerfestes. (Abstimmungsergebnis über Änderung: 8/3/0)			**6.000 €**		**6.000 €**		**30.000 €**
Zeile 1	033			x	IV 41 Kultur und Wissenschaft					**keine Umsetzung**	Einnahmeerhöhungen im Kulturpunkt West	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfKW**	**11**	**0**	**0**										
Zeile 1	035				IV 0414 Stadtarchiv					**Umsetzung**	Kostenpflichtige Führungen und Einführungen in die Archivrecherche (Ertragserhöhung)	Ertragserhöhung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 2		1.25.2514.01		332110	**AfKW**	**11**	**0**	**0**		**Voraussetzung: Beschluss der Änderung der Gebührenordnung im Rat am 23.03.21.**	Es bedarf zunächst eines politischen Beschlusses über die Änderungen der Gebührenordnung. Geplante Gremienschiene: AfKW am 26.02.21, VA am 15.03.21, Rat am 23.03.21.		0 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	4.000 €
Zeile 1	036			x	IV 41 Kultur und Wissenschaft					**keine Umsetzung**	Zuschuss zum Karneval reduzieren	Aufwandsreduzierung		95.000 €	95.000 €	95.000 €	95.000 €	380.000 €
Zeile 2					**AfKW**	**10**	**0**	**1**										

Braunschweig - Haushaltsoptimierung **Dez. V - Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat**

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO mit den Ergebnissen der Fachausschüsse

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge												Beschlossene Haushaltswirkung					
		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	002				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Kostenerhöhung in der Ganztagsbetreuung							0 €
Zeile 2					JHA	siehe Nr. 76				**Wird unter Vorschlag Nr. 065 aufgegriffen**							
Zeile 1	003				V 40 Schule				Weiter-verfolgung - Prüfung	Ertragserhöhung Mittagsverpflegung in der Schulkindbetreuung	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					SchuA	10	5	1		**Das Konzept des FB 40 für die Mittagsverpflegung in Ganztagsschulen steht noch aus.**							
Zeile 1	004				V 40 Schule				keine Umsetzung	Kosten für Zeugnisse/Schulbescheinigungen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					SchuA	16	0	1									
Zeile 1	005				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Kostenerhebung für Schulkindbetreuung							0 €
Zeile 2					JHA	siehe Nr. 76				**Wird unter Vorschlag Nr. 065 aufgegriffen**							
Zeile 1	006				V 40 Schule					Hausmeisterdienste für gebündelte Gebäude	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					SchuA	-	-	-		**Der Vorschlag ist hier nur noch nachrichtlich aufgenommen. Eine Stellungnahme findet sich im FB 65 im Vorschlag 089.**							
Zeile 1	009				verlegt zu: III 65 Hochbau und Gebäudemanagement					Bauinvestitionen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2																	
Zeile 1	010	280.000			V 40 Schule				Umsetzung erfolgt	Einsparungen im Investitionshaushalt für die mittelfristige Finanzplanung	Aufwandsreduzierung		280.000 €	280.000 €	280.000 €	280.000 €	1.120.000 €
Zeile 2					SchuA	10	3	4									
Zeile 1	011	100.000			V 40 Schule				Umsetzung erfolgt	Reduzierung des Schulmittelfond	Aufwandsreduzierung		100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	400.000 €
Zeile 2					SchuA	9	8	0									
Zeile 1	012			notwendig	V 40 Schule				keine Umsetzung	Schülerbeförderung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					SchuA	0	17	0		**Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen der Erhöhung der Mindestentfernung zur Begründung eines Beförderungsanspruchs von 2 auf 3 km darzustellen (einschließlich der Folgen für das Ergebnis der BSVG).**							
Zeile 1	013				V 40 Schule				keine Umsetzung	Kein kostenloses Schülerticket	Ertragserhöhung		900.000 €	900.000 €	900.000 €	900.000 €	3.600.000 €
Zeile 2					SchuA	17	0	0									
Zeile 1	014	400.000			V 40 Schule				Umsetzung erfolgt	Kürzung der Mittel für die Schülerbeförderung	Aufwandsreduzierung		400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	1.600.000 €
Zeile 2					SchuA	15	0	2									
Zeile 1	015				V 40 Schule				keine Umsetzung	Reduzierung oder Einstellung der Mittel für Fuchs und Löwe	Aufwandsreduzierung		240.000 €	240.000 €	240.000 €	240.000 €	960.000 €
Zeile 2					SchuA	7	10	0									
Zeile 1	016				V 40 Schule				keine Umsetzung	Kürzung bzw. Wegfall des Zuschusses "Arbeit und Leben"	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €

Zeile 2					**SchuA**	**16**	**0**	**0**		**Die Volkshochschule hat den Zuschuss bei einer möglichen Durchführung der Hauptschulabschluss-kurse, die derzeit von der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ übernommen werden, auf 90.000 bis 100.000 € grob geschätzt. Da der Zuschuss für „Arbeit und Leben“ bei 92.000 € liegt, würde eine Kürzung bzw. ein Wegfall dieses Zuschusses keine städtische Einsparung bringen. Der Vorschlag sollte daher nicht weiter verfolgt werden.**							
Zeile 1	017	1.250.000			V 40 Schule				**Umsetzung erfolgt**	Digitalpakt	Aufwandsreduzierung		1.250.000 €	1.250.000 €	1.250.000 €	1.250.000 €	5.000.000 €
Zeile 2					**SchuA**	**12**	**0**	**5**		**Nachträglich eingefügt, dass die Absenkung der Haushaltsmittel um 1.250 € bereits zum HH-Entwurf 2021 erfolgt ist.**							
Zeile 1	020				V 40 Schule				**keine Umsetzung**	Kostenmanagement für externe Schüler, die in Braunschweig beschult werden	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**SchuA**	**16**	**0**	**1**									
Zeile 1	021				V 40 Schule				**Umsetzung**	Erhöhung der Mieteinnahmen von Schulräumen für externe Nutzende	Ertragserhöhung		5.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	35.000 €
Zeile 2		1.21.2430.14		332110	**SchuA**	**13**	**0**	**4**									
Zeile 1	022				V 50 Soziales und Gesundheit				**Umsetzung**	Abschaffung der Unterhaltsprüfung für derzeitige Fälle der ambulanten Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XI	Aufwandsreduzierung		235.000 €	235.000 €	235.000 €	235.000 €	940.000 €
Zeile 2				Stellenplan	**AfSG**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	025				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Verhütungsmittel: Kosten ohne Zuzahlungen zusichern	Aufwandsreduzierung		2.250 €	2.250 €	2.250 €	2.250 €	9.000 €
Zeile 2		1.31.3114.30		4333110	**AfSG**	**4**	**7**	**7**									
Zeile 1	029				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Entfall Teilnahme der Stelle 50.31 an den Teilhabegesprächen							0 €
Zeile 2					**AfSG**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	032				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Zuschüsse an Zuwendungsempfänger und die Dynamisierung dieser	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		53.000 €	106.000 €	106.000 €	106.000 €	371.000 €
Zeile 2					**AfSG**	**7**	**4**	**0**		**SPD Antrag: Dynamisierung nicht aussetzen (beschlossen)**							
Zeile 1	033				V 50 Soziales und Gesundheit				**Weiterverfolgung - Prüfung**	Die Kosten der Unterbringung pro Fall bei Flüchtlingen von 18.000 € ist zu überprüfen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.31.31XX.X0		diverse	**AfSG**	**10**	**1**	**0**									
		1.31.31XX.X0		diverse	**AfI**	**9**	**1**	**1**									
Zeile 1	035				V 50 Soziales und Gesundheit				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Prüfung der Gebührenhöhe mit dem Ziel der Einnahmeerhöhung	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.31.3154.10		332110	**AfSG**	**8**	**1**	**2**									
Zeile 1	036				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Optimierung Gesundheitsamt im Gutachterbereich durch Verlagerung dieser Tätigkeiten auf externe Dritte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfSG**	**10**	**0**	**1**									
Zeile 1	037				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Die Kosten für den Sicherheitsdienst in den Flüchtlingsunterkünften sollten reduziert werden.	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfSG**	**10**	**0**	**1**									
					AfI	**10**	**0**	**1**		**Zustimmung erfolgt entsprechend der Farbkenn-zeichnung der Verwaltung**							
Zeile 1	039				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Einsparung kommunaler Mittel beim Belegungsbindungsankauf	Aufwandsreduzierung		496.250 €	496.250 €	496.250 €	496.250 €	1.985.000 €
Zeile 2					**AfSG**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	040				V 0500 Sozialreferat				**keine Umsetzung**	Projektstelle LSBTI - Aufgabenwahrnehmung durch vorhandene Stellen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	100.000 €
Zeile 2					**AfSG**	**10**	**0**	**1**									
Zeile 1	041				V 50 Soziales und Gesundheit				**Weiterverfolgung - Prüfung**	Die Anzahl der Integrationsgruppen sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingszahlen reduziert werden	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.31.3517.20/30		diverse	**AfSG**	**11**	**0**	**0**		**Zustimmung erfolgt nach Änderung der Kurz-beschreibung: "Die Anzahl der Integrationsgruppen sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlings-zahlen überprüft werden."**							

		1.31.3517.20/30		diverse	**AfI**	**10**	**1**	**0**		**Zustimmung erfolgt nach Änderung der Kurz-beschreibung: "Die Anzahl der Integrationsgruppen sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlings- zahlen überprüft werden."**							
Zeile 1	043		2022		V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Die Leistungserbringung der Drogenberatung sollte einer Überprüfung unterzogen werden	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**AfSG**	**1**	**7**	**3**		**Antrag auf Überprüfung**							
Zeile 1	045				V 50 Soziales und Gesundheit				**keine Umsetzung**	Anpassung der Fallzahlen: Leistungen für Flüchtlinge nach dem AsylblG sowie Leistungen für Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt	Aufwandsreduzierung	225.000 €	225.000 €	225.000 €	225.000 €	225.000 €	1.125.000 €
Zeile 2					**AfSG**	**10**	**0**	**1**									
					AfI	**10**	**1**	**0**		**Zustimmung erfolgt entsprechend der Farbkenn-zeichnung der Verwaltung**							
Zeile 1	048		2022		V 50 Soziales und Gesundheit				**Umsetzung**	Auszugsmanagement (Übergang von Unterbringung in Wohnung) sollte zur Reduzierung der Kosten optimiert werden							0 €
Zeile 2					**AfSG**	**11**	**0**	**0**									
					AfI	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	049	819.000 €		notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie				**Umsetzung**	Erhöhung Kostenbeitrag Mittagsverpflegung	Ertragserhöhung (zu prüfen)		97.500 €	97.500 €	97.500 €	97.500 €	390.000 €
Zeile 2		1.36.3650.04.01		342110	**JHA**	**11**	**1**	**0**		DS 20-13441-01 Im HH-Entwurf bereits Ertragserhöhung von 819.000 € angemeldet. Nach RB nun Reduzierung dieser Anmeldung um 650.000 €. **Es bleibt eine Ertragserhöhung vom HH 2020 auf HH 2021 um 169.000 €**			-650.000 €	-650.000 €	-650.000 €	-650.000 €	-2.600.000 €
Zeile 1	050	12.000 €		notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie				**Umsetzung**	Ertragserhöhung bei den FiBS (Ferien in Braunschweig) um 20 % auf der Grundlage der Erträge in 2019	Ertragserhöhung		12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	48.000 €
Zeile 2		1.36.3620.01.02		332110	**JHA**	**9**	**2**	**1**		DS 20-14612 und DS 20-14613 Lt. RB Erhöhung um 22.000 €. Bisher noch keine Erhöhung im HH-Entwurf.			22.000 €	22.000 €	22.000 €	22.000 €	88.000 €
Zeile 1	051				V 51 Kinder, Jugend und Familie				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Kostenheranziehung Kindeseltern	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2					**JHA**	**11**	**0**	**1**		Straffung des Verfahrens bereits umgesetzt. Erfolg ist monetär nicht bezifferbar.							
Zeile 1	052				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Pflegeverhältnisse (Betreuung von Kindern mit erhöhten Erziehungsanforderungen) über Entlastung stabilisieren.	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		Dazu geht eine Vorlage in den FPA. Der Vorschlag wird auf Grün gesetzt, falls im FPA beschlossen wird, das entsprechende zusätzlich benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.			**JHA**	**Abstimmung siehe Nr. 54**				Müsste nach fachbereichsinterner Prüfung auf ROT gesetzt werden, da zusätzliches Personal zur Umsetzung zwingend erforderlich ist							
Zeile 1	053				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Anzahl der Pflegefamilien erhöhen, die bereit sind, Pflegekinder mit einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung aufzunehmen	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		Dazu geht eine Vorlage in den FPA. Der Vorschlag wird auf Grün gesetzt, falls im FPA beschlossen wird, das entsprechende zusätzlich benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.			**JHA**	**Abstimmung siehe Nr. 54**				Müsste nach fachbereichsinterner Prüfung auf ROT gesetzt werden, da zusätzliches Personal zur Umsetzung zwingend erforderlich ist							
Zeile 1	054				V 51 Kinder, Jugend und Familie				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Anzahl der Pflegefamilien der Vollzeitpflege durch Weiterempfehlungen der Pflegeeltern erhöhen	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		Dazu geht eine Vorlage in den FPA. Der Vorschlag wird auf Grün gesetzt, falls im FPA beschlossen wird, das entsprechende zusätzlich benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.			**JHA**	**12**	**0**	**0**		Müsste nach fachbereichsinterner Prüfung auf ROT gesetzt werden, da zusätzliches Personal zur Umsetzung zwingend erforderlich ist							
Zeile 1	055	0 €			V 51 Kinder, Jugend und Familie					Einsparung im Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung	Aufwandsreduzierung	0 €	0 €	500.000 €	750.000 €	1.000.000 €	2.250.000 €
Zeile 2					**JHA**	**Abstimmung siehe Nr. 76**				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 076**							
Zeile 1	056	0 €			V 51 Kinder, Jugend und Familie					Team der Amtsvormundschaften reduzieren und Teile der Aufgabe an einen Vormundschaftsverein abgeben	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)			125.000 €	125.000 €	125.000 €	375.000 €
Zeile 2					**JHA**	**Abstimmung siehe Nr. 76**				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 076**							
Zeile 1	057	0 €		notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie					Beendigung bzw. Nichteinführung der Probe-Kita-Öffnung bis 20 Uhr sowie Verringerung der Sommerferien auf 2 Wochen	Aufwandsreduzierung		870.000 €	870.000 €	870.000 €	870.000 €	3.480.000 €
Zeile 2		1.36.3650.02.05		431810	**JHA**	**Abstimmung siehe Nr. 64**			**Umsetzung**	DS 20-14373 und DS 20-14374 Aufwandsreduzierung bei den Zuschüssen an FT. Ergänzende Reduzierung bei städt. Personalkosten (rd. 86.000€). **Es ergibt sich eine Gesamtveränderung vom HH 2020 auf HH 2021 um 392.000 € und ab HH 2022 um 472.000 €.**			306.360 €	376.360 €	376.360 €	376.360 €	1.435.440 €
Zeile 1	058	0 €		notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie					Wiedereinführung von Kita-Gebühren	Ertragserhöhung (zu prüfen)		600.200 €	600.200 €	600.200 €	600.200 €	2.400.800 €

Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 63			keine Umsetzung	Bisher kein RB dazu! **Die Verwaltung erhält den Auftrag einen RB vorzubereiten.** Konkrete jährliche Einsparungen können erst im Nachgang beziffert werden.							
Zeile 1	060				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Erstattung zu viel geleisteter Beiträge an Tagesmütter/Tagesväter							0 €
Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 76				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 076**							
Zeile 1	063	0 €		notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie				keine Umsetzung	Änderung der Geschwisterregelung	Ertragserhöhung (zu prüfen)		850.000 €	850.000 €	850.000 €	850.000 €	3.400.000 €
Zeile 2					JHA	1	10	1		Bisher kein Ratsbeschluss dazu! Die Verwaltung erhält den Auftrag einen RB vorzubereiten. Konkrete jährliche Einsparungen können erst im Nachgang beziffert werden.							
Zeile 1	064	0 €		liegt vor	V 51 Kinder, Jugend und Familie				Umsetzung	Umwandlung von Familiengruppen in Krippengruppen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	115.000 €	280.000 €	280.000 €	280.000 €	280.000 €	1.235.000 €
Zeile 2		1.36.3650.02.05		431810	JHA	11	0	1		DS 20-13127 Aufwandsreduzierung bei den Zuschüssen an FT. Erst ab 2022 vollständig umsetzbar. Der Aufwand wurde bereits ab HH 2020 um 115.000 € abgesenkt. Ab HH 2022 wird die Gesamteinsparung von 280.000 € erreicht.			0 €	165.000 €	165.000 €	165.000 €	495.000 €
Zeile 1	065	0 €		liegt vor	V 51 Kinder, Jugend und Familie					Kostenerhöhung in der Ganztagsbetreuung (FB 40 und FB 51)	Ertragserhöhung	300.000 €	720.000 €	720.000 €	720.000 €	720.000 €	3.180.000 €
Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 76				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 076**							
Zeile 1	066	0 €			V 51 Kinder, Jugend und Familie				Umsetzung	Erhöhung bzw. Vollkostenrechnung bei der Mittagsverpflegung für Lehrer und anderes Personal	Ertragserhöhung (zu prüfen)		6.256 €	6.256 €	6.256 €	6.256 €	25.024 €
Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 49				Siehe auch Vorschlag 049.							
Zeile 1	067				V 51 Kinder, Jugend und Familie				Umsetzung	Dezentrales Personalmanagement im FB 51							0 €
Zeile 2					JHA	12	0	0		Vorrangige Behandlung im Rahmen von VMO. Aufwandsreduzierungen bei FB 51 vorab nicht bezifferbar.							
Zeile 1	068				V 51 Kinder, Jugend und Familie					Einführung eines Forderungsmanagements bei der UVK durch organisatorische Maßnahmen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2	Dazu geht eine Vorlage in den FPA. Der Vorschlag wird auf Grün gesetzt, falls im FPA beschlossen wird, das entsprechende zusätzlich benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.				JHA	Abstimmung siehe Nr. 69				Müsste nach fachbereichsinterner Prüfung auf ROT gesetzt werden, da zusätzliches Personal zur Umsetzung zwingend erforderlich ist.							
Zeile 1	069				V 51 Kinder, Jugend und Familie				Weiter-verfolgung - Prüfung	Zentralisierung des gesamten Forderungsmanagement Im FB 51	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2	Dazu geht eine Vorlage in den FPA. Der Vorschlag wird auf Grün gesetzt, falls im FPA beschlossen wird, das entsprechende zusätzlich benötigte Personal zur Verfügung zu stellen.				JHA	10	1	1		Müsste nach fachbereichsinterner Prüfung auf ROT gesetzt werden, da zusätzliches Personal zur Umsetzung zwingend erforderlich ist.							
Zeile 1	075	0 €	2022	notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie					Reduzierung des Budgets für E. der Offenen Jugendarbeit & Teil-Reinvestierung in die Qualität der dann vorgehaltenen Einrichtungen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)			1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	3.000.000 €
Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 76				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 076**							
Zeile 1	076	0 €	2022	notwendig	V 51 Kinder, Jugend und Familie				keine Umsetzung	Reduzierung des Zuschussbudgets der Jugendfreizeitein-richtungen bei den freien Träger und Re-Investment	Aufwandsreduzierung			250.000 €	250.000 €	250.000 €	750.000 €
Zeile 2					JHA	11	0	1									
Zeile 1	079	0 €		liegt vor	V 51 Kinder, Jugend und Familie					Streichung des Projektes "Lebenschancen durch Sport"	Aufwandsreduzierung		52.000 €	52.000 €	52.000 €	52.000 €	208.000 €
Zeile 2					JHA	Abstimmung siehe Nr. 80				**Abstimmung insgesamt erfolgt zu Vorschlag 080**							
Zeile 1	080			liegt vor	V 51 Kinder, Jugend und Familie				keine Umsetzung	Vermeidung von Doppelstrukturen							0 €
Zeile 2					JHA	10	2	0		**siehe Vorschlag Nr. 079**							

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. VI - Wirtschaftsdezernat

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		Beschlossene Haushaltswirkung					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	001	75.000		431810	VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				keine Umsetzung	Reduzierung des Ansatzes für den Baustellenfonds	Aufwandsreduzierung	0 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	400.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	5	6	0				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	002	10.000		427140	VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				Umsetzung	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	Aufwandsreduzierung	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	11	0	0				0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 1	003	5.000		427130	VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				Umsetzung	Reduzierung des Ansatzes Repräsentationsaufwendungen	Aufwandsreduzierung	0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	20.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	11	0	0				0 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	20.000 €
Zeile 1	004				VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				keine Umsetzung	Erhebung eines Tourismusbeitrages für Braunschweig	Ertragserhöhung	0 €	0 €	350.000 €	350.000 €	350.000 €	1.050.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	9	1	1				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	005			431810	VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				keine Umsetzung	Reduzierung des Standards als Fairtrade-Stadt Braunschweig	Aufwandsreduzierung	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	7	0	4				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	006			431810	VI 800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat				keine Umsetzung	Reduzierung der Transferaufwendungen	Aufwandsreduzierung	0 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2					WA 19.01.2021	11	0	0				0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. VII - Finanz- und Feuerwehrdezernat

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum				Umsetzung	Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		Beschlossene Haushaltswirkung					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	029				VII 20 Finanzen				keine Umsetzung	Erhebung einer Gebühr für Zweitschriften	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2					FPA am 29.01.2021	11	1	1		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	030				VII 20 Finanzen				keine Umsetzung	Abschaffung der 2. Mahnung der Stadtkasse	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2					FPA am 29.01.2021	11	1	1		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	031			x	VII 20 Finanzen				Umsetzung	Verspätungszuschlag Hundesteuer u. Anhebung der Hundesteuer ab dem 2. Hund	Ertragserhöhung		365.000 €	365.000 €	365.000 €	365.000 €	1.460.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		303210	FPA am 29.01.2021	10	1	2		Ab 01.01.2021 Erhöhung der Hundesteuer für Zweithunde beschlossen (s. Drucksache 19-11772-03). Für gefährliche Hunde nur für Neuanmeldungen.			43.000 €	43.000 €	43.000 €	43.000 €	172.000 €
Zeile 1	033				VII 20 Finanzen				keine Umsetzung	Erhebung einer Portokostenpauschale für Vollstreckungsankündigungen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					FPA am 29.01.2021	11	1	1		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	034		ab 2030		VII 20 Finanzen				Weiter-verfolgung - Prüfung	Rückführung der Stadtentwässerung zur Stadt Braunschweig	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		diverse		divrse	FPA am 29.01.2021	13	0	0		Bestehendes Auftragsverhältnis mit der SE I BS bis Ende 2035							
Zeile 1	035				VII 20 Finanzen				keine Umsetzung	16 Mahnläufe auf 12 reduzieren	Aufwandsreduzierung		380 €	380 €	380 €	380 €	1.520 €
Zeile 2					FPA am 29.01.2021	11	1	1		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	036				VII 20 Finanzen				keine Umsetzung	Versendung der Mandatsschreiben (Stadtkasse) und Zahlungsavise (Stadtkasse) nur auf Wunsch durchführen	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2					FPA am 29.01.2021	11	1	1		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	038		2020		VII 20 Finanzen				Umsetzung	Einführung einer Nebenwohnungssteuer/Zweitwohnungssteuer	Ertragserhöhung		355.000 €	355.000 €	355.000 €	355.000 €	1.420.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		in 2021: SK`en Personal 40* und 41* (150.000 €), in 2022: Steuern SK 303410 (285.000 €) sowie SK`en Personal 40* und 41* (275.000 €), ab 2023: Steuern SK 303410 (285.000 €), SK`en Personal 40* und 41* (200.000 €) und FAG- SK 311110 i. H. v. 2,3 Mio. € und SK 313110 i. H. v. 0,1 Mio. €	FPA am 29.01.2021	13	0	0		Die Auswirkung in Höhe von rd. 2,5 Mio € bezieht sich auf den Mehrertrag aus dem Kommunalen Finanzausgleich und dem originären Steueraufkommen abzgl. der voraussichtlichen Personal- und Bürokosten. Einführung der Zweitwohnungssteuer ab dem 01. Januar 2022 vom Rat am 16. Februar 2021 beschlossen (Drucksache 21-15106 sowie Mitteilung Nr. 20-14879).			-150.000 €	10.000 €	2.485.000 €	2.485.000 €	4.830.000 €
Zeile 1	039		2020		VII 20 Finanzen				Umsetzung	Abschaffung der Zuzugsprämie für Studierende	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.41		431810	FPA am 29.01.2021	12	0	1		Die Verwaltung hat eine Vorlage zur Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer eingebracht, die in der Ratssitzung am 16. Februar 2021 beschlossen wurde. Sowohl eine Zweitwohnsitzsteuer als auch eine Zuzugsprämie dienen dem Ziel neue Einwohner zu gewinnen. Insofern sollten nicht beide Instrumente zum Einsatz kommen. Da der Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer zugestimmt wurde, sollte der Abschaffung der Zuzugsprämie für Studierende ebenfalls zugestimmt werden.			0 €	160.000 €	160.000 €	160.000 €	640.000 €

Zeile 1	042			x	VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Erhebung einer Steuer auf Einwegverpackungen wie in der Stadt Tübingen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2				Erträge und SK 40*/ 41*	**FPA am 29.01.2021**	**12**	**0**	**1**		EU-Richtlinie für Einwegplastik. Einweg-Plastik ist verboten: Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen. Beschlossen am 20.01.2021							
Zeile 1	043	**0**			VII 20 Finanzen				**Umsetzung**	Konsequente und einheitliche Erhebung von Verwaltungsgebühren sowie Zwangsgeldern und Bußgeldverfahren (nachrichtlich)							0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Beteiligung aller Organisationseinheiten, die Verwaltungsgebühren sowie Zwangs- und Bußgelder erheben und bei sich veranschlagen.							
Zeile 1	044	**0**			VII 20 Finanzen				**Umsetzung**	Anwendung der Verwaltungskostensatzung (nachrichtlich)							0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Beteiligung aller Organisationseinheiten, die in der Verwaltungskostensatzung abgebildete Leistungen erbringen und bei sich veranschlagen.							
Zeile 1	046		2021		VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Erhebung der Niederschlagswasser (NW)-Gebühren durch die Stadt, Versand der Bescheide mit Grundsteuerbescheid (1x jährlich)	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**4**	**8**	**1**		Ersparnis liegt geschätzt nicht vor (Aufwandsreduzierung durch Wegfall der Entgeltzahlung von 192.500 € an Braunschweiger Versorgungs AG, abzüglich zusätzlicher Personal- und Sachkosten von rd. 183.000 €).							
Zeile 1	049				VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Keine Sanierung der Stadthalle / Ausweichen auf andere Veranstaltungsorte							0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	052	wahrscheinlich 0			VII 20 Finanzen				**Umsetzung**	Erträge durch höhere Gebühren steigern / kostendeckende Gebühren	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Die Organisationseinheiten sind gehalten, regelmäßig die Möglichkeit erhöhter Kostendeckungsgrade zu prüfen und ggf. zum Haushalt anzumelden.							
Zeile 1	053	**entfällt**			VII 20 Finanzen				**Umsetzung**	Abbau von Haushaltsresten							0 €
Zeile 2		diverse		diverse	**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Der Haushaltsplanentwurf 2021/Investitionsprogramm 2020-2024 ist so aufgestellt, dass die Ressourcen vollständig ausgelastet werden. Für den Abbau der Haushaltsreste würden bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2022 zz. geplante Projekte verschoben werden. Die dafür ursprünglich im Ergebnis- und Finanzhaushalt eingeplanten Mittel würden für den Abbau der Haushaltsreste eingeplant. Bei dieser Vorgehensweise könnten in der Vergangenheit geplante Projekte haushaltsneutral umgesetzt werden, also ohne dass es zu einer zusätzlichen Haushaltsbelastung kommt. Durch den Abbau von Haushaltsresten ergibt sich somit keine Haushaltsentlastung, allenfalls die dargestellte Haushaltsneutralität.							
Zeile 1	056			x	VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Erhöhung der Vergnügungssteuer für Geldspielautomaten ohne Gewinnmöglichkeit	Ertragserhöhung		3.100 €	3.100 €	3.100 €	3.100 €	12.400 €
Zeile 2		1.61.6110.01		303130	**FPA am 29.01.2021**	**12**	**1**	**0**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	057				VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Erhöhung Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	058				VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Pauschale Kürzung der Betriebsmittelzuschüsse an die städtischen Gesellschaften	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	059	**3100**			VII 20 Finanzen				**Umsetzung erfolgt**	Teilweiser Verzicht auf Druck des Haushaltsplanes und des konsolidierten Gesamtabschlusses	Aufwandsreduzierung		3.100 €	3.100 €	3.100 €	3.100 €	12.400 €
Zeile 2		1.11.1160.11		443150	**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste; bereits zum Haushalt eingeplant im Rahmen des Geschäfts der laufenden Verwaltung							
Zeile 1	060			x	VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 520 Pkt.	Ertragserhöhung		2.000.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	8.000.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		301210	**FPA am 29.01.2021**	**0**	**12**	**1**		S. Resolution des Rates zur Sicherung der Grundsteuer (Drucksache 19-11109-01); im Verhältnis zum Umland relativ hoch (Wolfenbüttel 480 vH, Goslar 460 vH, Wolfsburg 495 vH, Gifhorn 430 vH, Stand: Januar 2021); Zu beachten ist der Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und Finanzierung durch Erhöhung der Grundsteuer um 25 Punkte (FWE 181 der FDP)							

Zeile 1	061			x	VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Einführung einer Wettbürosteuer	Ertragserhöhung		157.000 €	157.000 €	157.000 €	157.000 €	628.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		neues SK Steuern, Personalkosten SK 40*/ 41*, Sachkosten insbes. für Programmierung und lfd. Wartung von erforderlicher Software	**FPA am 29.01.2021**	**9**	**2**	**2**		LH Hannover hat zum 01.01.2020 eingeführt (39 Wettbüros; Planansatz: 400.000 €). Wegen der Pandemie ist eine Aussage zur Wirtschaftlichkeit nicht möglich, da gerade dieser Bereich von der behördlichen Anordnung zur Schließung der Betriebe betroffen ist. Es liegen dort viele Klagen wegen Rechtmäßigkeit der Steuer vor. In Braunschweig gibt es aktuell 16 Wettbüros.						
Zeile 1	062			x	VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Einführung einer Beherbergungssteuer	Ertragserhöhung (zu prüfen)		470.000 €	470.000 €	470.000 €	470.000 €	1.880.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		neues SK Steuern, Personalkosten SK 40*/ 41*, Sachkosten insbes. für Programmierung und lfd. Wartung von erforderlicher Software	**FPA am 29.01.2021**	**7**	**5**	**1**		Korrelation mit Vorschlag in Liste Dez VI (Tourismusabgabe). Beherbergungssteuer belastet den Tourismus nur einseitig (Hotels und private Gäste).			0 €	470.000 €	470.000 €	470.000 €	1.410.000 €
Zeile 1	063		2021		VII 20 Finanzen				**Umsetzung**	Reduzierung des Zuschusses an die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	Aufwandsreduzierung		33.000 €	33.000 €			66.000 €
Zeile 2		1.51.5114.03		427110	**FPA am 29.01.2021**	**8**	**5**	**0**		Bei den hier in Rede stehenden Kürzungen handelt es sich um Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Auf Vorschlag der Verwaltung wird der Kürzungsbeitrag für 2021 auf ges. 66.000 € hochgesetzt.			66.000 €	33.000 €			99.000 €
Zeile 1	066			x	VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Erhöhung der Gewerbesteuer von 450 Pkt. auf 480 Pkt.	Ertragserhöhung		5.500.000 €	5.500.000 €	5.500.000 €	5.500.000 €	22.000.000 €
Zeile 2		1.61.6110.01		301310	**FPA am 29.01.2021**	**2**	**10**	**1**		s. auch Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktion Die Linke. FWE 145.							
Zeile 1	067	**0**			VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Nutzung städtischer Brachflächen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2			5S.210007	682110	**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Vorschlag kann vorbehaltlich des noch ausstehenden Gesamtkonzeptes der künftigen städtischen Bodenpolitik umgesetzt werden.							
Zeile 1	068		VMO	VMO	VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Konsequente Beitreibung von Zwangsgeldern	Ertragserhöhung (zu prüfen)		10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2		1.11.1160.43.01		356120	**FPA am 29.01.2021**	**13**	**0**	**0**		s. vorhandene Stellungnahme Dezernatsliste							
Zeile 1	069				VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Umsetzung wesentlicher Maßnahmen im AMD-Sigma-Gutachten zur Lage und den Perspektiven des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**12**	**1**	**0**		s. vorhandene Stellungnahmen							
Zeile 1	070				VII 20 Finanzen				**keine Umsetzung**	Stopp der KGSt-Einsparbestrebungen (nachrichtlich)							0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		s. vorhandene Stellungnahmen							
Zeile 1	072	**0**			VII 20 Finanzen				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Durchführung eines intensiven Kosten-Nutzen-Vergleichs bei Grunderwerb, insb. durch Vorkaufsrechte							0 €
Zeile 2					**FPA am 29.01.2021**	**11**	**1**	**1**		Grundsätzlich ist zumindest eine grobe Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sinnvoll. Allerdings kann ein (zeit-) aufwendiger Kosten-Nutzen-Vergleich der fristgebundenen Ausübung eines Vorkaufsrechts (die Ausschlussfrist beträgt 2 Monate) entgegenstehen. Der Erwerb von Schlüsselgrundstücken für die Entwicklung neuer Baugebiete kann zudem isoliert betrachtet unwirtschaftlich und dennoch sinnvoll sein, wenn damit das verfolgte Ziel der Bereitstellung von Wohnraum erreicht werden kann.							
Zeile 1	II_035				VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**keine Umsetzung**	Schließung der Tierkörperbeseitigungsstelle für Externe / Bürger	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FwA**	**11**	**0**	**0**					***Hinweis der Verwaltung:*** *Hierzu können seitens des FB 37 zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben gemacht werden.*				
Zeile 1	II_036	**0**			VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**Umsetzung**	Neubau Leitstelle	Ertragserhöhung			500.000 €	500.000 €	500.000 €	1.500.000 €
Zeile 2		1.12.1260.13 - Leitstelle		348210 - Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	**FwA**	**11**	**0**	**0**									

Zeile 1	II_037				VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**keine Umsetzung**	Stellenausstattung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FwA**	**11**	**0**	**0**					***Hinweis der Verwaltung:*** *Eine Reduzierung der Stellenausstattung ist nicht sachgerecht und wird auch nicht angestrebt. Vor diesem Hintergrund können hier keine Beträge ermittelt werden.*				
Zeile 1	II_038		x		VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Zusammenführung der Infrastruktur der Freiwilligen Feuerwehren an einer reduzierten Zahl von Standorten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FwA**	**11**	**0**	**0**					***Hinweis der Verwaltung:*** *Es laufen aktuell Gespräche zur Zusammenlegung der Ortsfeuerwehren Geitelde und Stiddien mit dem Ziel, dies im Jahr 2024 nach der Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses abzuschließen. Aktuell lassen sich noch keine Beträge bezüglich der Einsparungen ermitteln.* ***Protokollnotiz FwA:*** *Unter Bezugnahme auf die Diskussion im FwA am 20.01.2021 erfolgt die Ergänzung, dass die Zustimmung der Politik zu dem Vorschlag der Verwaltung nur unter dem Vorbehalt erfolgt, dass etwaige zukünftige Gespräche mit den Ortsfeuerwehren zur Zusammenlegung auf* ***freiwilliger*** *Basis stattfinden.*				
Zeile 1	II_039		x		VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**Umsetzung**	Reduzierung der Beschaffungskosten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**FwA**	**11**	**0**	**0**					***Hinweis der Verwaltung:*** *Im Rahmen der Investitionsplanung wurde auf die Zusammenlegung von gleichen Fahrzeuge geachtet, so dass Ausschreibungen zusammengefasst und damit „Kleinserien" bestellt werden können. Die Preise ergeben sich erst durch die Ausschreibungen; aktuell lassen sich daher keine Beträge bezüglich der Einsparungen ermitteln.*				
Zeile 1	II_040	**0**			VII 37 Feuerwehr - verlagert von Dez. II				**Umsetzung**	Feuerwehrgebühren - Erhöhung der Gebührensätze	Ertragserhöhung (zu prüfen)		36.000 €	36.000 €	36.000 €	36.000 €	144.000 €
Zeile 2					**FwA**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	II_041				II 37 Feuerwehr				**keine Umsetzung**	Reduzierung des Beschaffungsetats	Aufwandsreduzierung	154.160 €	154.160 €	154.160 €	154.160 €	154.160 €	770.800 €

Braunschweig - Haushaltsoptimierung

Dez. VIII - Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat

Datum: 19.02.2021

Ansatzveränderung HHO

Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Ausschussvotum					Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung		Bemerkung zum Einzelvorschlag		Beschlossene Haushaltswirkung					
												2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
Zeile 1	III_041				VIII 61 Stadtplanung u. Umweltschutz - verlagert von Dez. III				Umsetzung erfolgt	Reduktion Ansatz "Bodenschutz" - Produkt 1.56.5610	Aufwandsreduzierung	10.000 €					10.000 €
Zeile 2		1.56.5610.09		427110	PluA	12	0	1		Die Aufwandsreduzierung wurde für das Jahr 2020 vorgenommen und wirkt als Fortschreibung fort.							
Zeile 1	III_042				VIII 61 Stadtplanung u. Umweltschutz - verlagert von Dez. III				Umsetzung erfolgt	Reduzierung Ansatz "Immissionsschutz" - Produkt 1.56.5610.02	Aufwandsreduzierung	6.000 €					6.000 €
Zeile 2		1.56.5610.02		443140	PluA	12	0	1		Die Aufwandsreduzierung wurde für das Jahr 2020 vorgenommen und wirkt als Fortschreibung fort.							
Zeile 1	III_043				VIII 61 Stadtplanung u. Umweltschutz - verlagert von Dez. III				Umsetzung erfolgt	Reduziereung Anstaz "Landschafts-, Freiraum- und Grünplanung"	Aufwandsreduzierung	5.000 €					5.000 €
Zeile 2		1.51.5119.01		427115	PluA	12	0	1		Die Aufwandsreduzierung wurde für das Jahr 2020 vorgenommen und wirkt als Fortschreibung fort.							
Zeile 1	III_046				VIII 61 Stadtplanung u. Umweltschutz - verlagert von Dez. III				Weiter-verfolgung - Prüfung	Insourcing von Planungsleistungen in der Grün- und Freiraumplanung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	84.000 €
Zeile 2		Diverse		787230	PluA	13	0	0		Die Rechenbasis der KGSt ist unzutreffend, da sie von Bruttobudgetmitteln des Produktes 1.51.5119.01 Landschafts-, Freiraum-, Grünordnungsplanung ausgeht und nicht nur die Ansätze für Planungs- und Beratungsleistungen heranzieht. Die Planungsmittel sind jedoch überwiegend in den investiven Ansätzen der konkreten Projekte enthalten. Eine Reduzierung wäre daher auch nur auf der Projektebene für künftige Maßnahmen vorzunehmen, soweit hierfür die mit dem Vorschlag verbundene personelle Aufstockung vorher erfolgt ist da nur dann durch reales Insourcing von Planungsleistungen Budgeteinsparungen realisiert werden können. Budgetmäßige Auswirkungen können daher aktuell nicht benannt werden.						
Zeile 1	III_047	0 €		x	VIII 61 Stadtplanung u. Umweltschutz - verlagert von Dez. III				keine Umsetzung	Verzicht auf eine Ausweitung des Klimaschutzbüro	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	200.000 €
Zeile 2		1.56.5610.15		Div. Personalkosten	PluA	12	1	0		Die Einsparung ist hier nicht umsetzbar, da es keine konkreten Planungen zu einer Aufstockung der Energieberatung gibt. Anders als von der KGSt benannt, gibt es für Braunschweig kein Klimaschutzbüro. Im Haushaltsplanentwurf sind daher auch keine Mittel eingesetzt, die durch eine Umsetzung des Vorschlages eingespart werden könnten. (Ampelkennzeichnung auf "rot")						
Zeile 1	III_049				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				Weiter-verfolgung - Prüfung	Einführung eines Energiemanagements wie bei der TU Braunschweig	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)		100.000 €	200.000 €	300.000 €	400.000 €	1.000.000 €
Zeile 2		1.11.1160.61			BA	10	1	0									
Zeile 1	III_055				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				keine Umsetzung	Aussetzung der vakanten Stellen im FB 65 bis die Untersuchung der KGSt abgeschlossen ist							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			BA	10	1	0									
Zeile 1	III_068				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				keine Umsetzung	Abschaffung der LOB	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			BA	10	1	0									
Zeile 1	III_071				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				Umsetzung	Gebäude Richard-Wagner-Str. 1: ökonomisches Nutzen der vorhandenen Thermostatventile							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			BA	10	1	0		Eine Einsparung kann nicht benannt werden, da die gesamte Heizungshydraulik und Regelungstechnik 2021 erneuert wird und die aktuellen Verbrauchswerte nicht aussagekräftig sind.							
Zeile 1	III_072		im Zus. mit 069		VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				Umsetzung	Gebäude Richard-Wagner-Str. 1: ersatzlose Streichung jedes zweiten Termins zur Fensterreinigung							0 €

Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**					3.400 €	3.400 €	3.400 €	3.400 €	13.600 €
Zeile 1	III_073				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Umsetzung**	Einsparung von Heizungs- und Betriebskosten durch "Betriebsferien" zwischen Weihnachten und Neujahr	Aufwandsreduzierung		4.200 €	4.200 €	4.200 €	4.200 €	16.800 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	III_074				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Umsetzung erfolgt**	Einsatz Energiespartechnik							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**		Bei Baumaßnahmen wird bereits energiesparende Technik eingesetzt. Der Vorschlag ist umgesetzt. Weitere Einsparungen ergeben sich nicht.							
Zeile 1	III_075				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Energetische Sanierung Richard-Wagner-Straße							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**		Die Erstellung eines Sanierungskonzepts ist für dieses und weitere Gebäude der Stadt erforderlich. Die energetische Sanierung der Anlagentechnik ist für 2021 vorgesehen. Zunächst sind Investitionen notwendig. Ein Einsparpotential kann noch nicht beziffert werden.							
Zeile 1	III_076				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Photovoltaik-Anlage auf den Dienstgebäuden	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**		Ein Photovoltaikanlagen-Konzept ist in Umsetzung. Die Höhe der Aufwandsreduzierung ist derzeit nicht ermittelbar. Zunächst sind Investitionen notwendig.							
Zeile 1	III_077				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Abschaffung der Gebäude- und Betriebskostenabrechnung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.11.1160.61		X	**BA**	**10**	**1**	**0**		Eine Betriebskostenabrechnung für extern vermietete Objekte ist nach der BetriebskostenVO verbindlich vorgeschrieben. Für intern vermietete Objekte kann die Umstellung auf interne Leistungsverrechnung erst nach Rückführung der Sonder-rechnung in den Kernhaushalt geprüft werden. Es ergeben sich derzeit keine Einsparmöglichkeiten. (Der Ausschuss setzt von gelb auf grüne Kennzeichnung)							
Zeile 1	III_078				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**keine Umsetzung**	Die Stadt soll aufhören verschiedene Gaststätten verlustbringend zu verpachten							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	III_079				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**keine Umsetzung**	Der Ansatz für Schönheitsreparaturen (an Gebäuden) soll stadtweit um 50 Prozent gesenkt werden	Aufwandsreduzierung		44.600 €	44.600 €	44.600 €	44.600 €	178.400 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	III_081				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Sind die Standards beim Bau von Sporthallen angemessen oder überzogen?	Aufwandsreduzierung		80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €	320.000 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**10**	**1**	**0**									
Zeile 1	III_082				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Umsetzung erfolgt**	Energiebewirtschaftung - muss die gleiche Temperatur sowohl in den Büroräumen als auch in den Treppenhäusern gelten?							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**		Der Vorschlag ist durch Dienstanweisung bereits umgesetzt. Die Raumtemperaturen sind nach Nutzungsart und Gebäudetypen festgelegt. Weitere Einsparungen sind nicht möglich.							
Zeile 1	III_083				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**keine Umsetzung**	Reduktion der Eigenreinigung zugunsten der Fremdleistung	Aufwandsreduzierung		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	160.000 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**4**	**7**	**0**		Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt							
Zeile 1	III_084				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Überprüfung der jährlichen Vorhaltung von Vorplanungsmitteln	Aufwandsreduzierung		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	160.000 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**									
Zeile 1	III_085				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Überprüfung der vergebenen Planungsleistungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit eines Insourcing	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**		Eine höhere Eigenleistungsquote führt zur Reduzierung des Bauumsatzes, weil der Aufwand bei eigener Planungsleistung höher ist als bei Steuerungsleistungen für externe Planer. Einsparungen sind derzeit nicht zu realisieren.							

Zeile 1	III_087				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**keine Umsetzung**	Bauen für Dritte								0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**										
Zeile 1	III_088				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Umsetzung erfolgt**	Reduktion von Architektenwettbewerben								0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**		Der Vorschlag ist bereits umgesetzt. Es finden derzeit keine Architektenwettbewerbe statt. Weitere Einsparungen lassen sich nicht realisieren.								
Zeile 1	III_090				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Wirtschaftlichkeitsprüfung von "kitaeigenen" Raumpflegerinnen								0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**9**	**2**	**0**		Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Gestaltung der Reinigungsdienste betrachtet. S. DIII_83								
Zeile 1	III_092				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**keine Umsetzung**	Keine Sanierung der Stadthalle (Abriss?) Ausweichen auf andere Veranstaltungsorte (VW-Halle, Staatstheater etc.).								0 €
Zeile 2		1.11.1160.61			**BA**	**11**	**0**	**0**										
Zeile 1	III_127				VIII 65 Hochbau u. Gebäudemanag. - verlagert von Dez. III				**Weiter-verfolgung - Prüfung (VMo)**	Bauinvestitionen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2		1.11.1160.61								Die Optimierung der Bauprozesse unter Berücksichtigung der Schnittstellen zwischen ISV, Nutzern und FB 65 wird angestrebt. Erste positive Ergebnisse sind durch die Projektgruppe "Raumprogramme Schulen" zu verzeichnen. Die Umsetzung des Vorschlags wird im Rahmen der **Verwaltungsmodernisierung** erfolgen.								
Zeile 1	VII_002	150.000 €			VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Umsetzung erfolgt**	Erhöhung der Friedhofsgebühren um 10 %	Ertragserhöhung		150.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €	600.000 €	
Zeile 2		1.55.5530.03 bis 13		332110	**GA**	**10**	**1**	**0**		Die Anpassung der Friedhofsgebührensatzung wurde zum 1.April 2020 umgesetzt.								
Zeile 1	VII_003				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Kostentransparenz und Überprüfung der Standards bei neu anzulegenden Grünflächen	Aufwandsreduzierung							0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Der Vorschlag wird positiv betrachtet. Er betrifft neben den genannten FB 61 auch den FB 20. Der Vorschlag ist zudem auch über die kapitalisierten Pflegekosten hinaus auf alle neu zu schaffenden Grünflächen erweiterbar.								
Zeile 1	VII_004				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Modernisierung des Grünflächenmanagements durch Einführung von Pflegeklassen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Verwaltung befürwortet den Vorschlag.								
Zeile 1	VII_005				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Zukunftsfähige und bedarfsorientierte Ausrichtung der Friedhöfe	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Umsetzung des Vorschlages wurde durch die aktuelle Erstellung eines neuen Friedhofsrahmenplans schon begonnen.								
Zeile 1	VII_006a				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Neufassung der städtischen Friedhofsordnung und -gebühren Satzung								0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		An der Neufassung wird im FB 67 schon gearbeitet.								
Zeile 1	VII_006b				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Gebühren für das rituelle Waschhaus erhöhen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**1**	**0**		Der Vorschlag der KGST, eine Übertragung des rituellen Waschhauses auf die muslimischen Verbände in Erwägung zu ziehen und für den Betrieb den Verbänden einen Zuschuss zu geben, wird als nicht realistisch umsetzbar erachtet und sollte deshalb nicht weiterverfolgt werden. Bei den Verbänden ist keine Bereitschaft erkennbar, eine solche Einrichtung in Eigenregie und auf eigene Kosten zu betreiben. Zudem sind u.a. umfangreiche Hygienevorschriften zu beachten, weswegen es weiterhin kostenverursachende Kontrollen seitens der Verwaltung geben müsste.								
Zeile 1	VII_007				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Zuordnung Fachbereich Stadtgrün zum Baudezernat								0 €

Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Umorganisation des Oberbürgermeisters ordnet den Fachbereich 67 und den Umweltbereich dem neuen Dezernat VIII zu, was aus Verwaltungssicht die vorzugswürdige Bündelung ist.								
Zeile 1	VII_009				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Übernahme von Patenschaften für die öffentliche Grünpflege	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)							0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Der Vorschlag der KGST sollte nicht weiterverfolgt werden. Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung hat bereits stattgefunden. Der FB 67 blickt auf jahrzehntelange Erfahrungen bezüglich dieser Thematik zurück. Deutlich (insbesondere zur Entlastung des Haushaltes) sinnhafter ist die Aktivierung von Spendenprogrammen (Baumspendenprogramm).								
Zeile 1	VII_010				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Sinnvolle Aufgabenzuordnung								0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Es handelt es sich um eine bewusst getroffene Verwaltungsentscheidung, einige Sportfunktionsbauten durch den FB 67 ausführen zu lassen. Die Projekte sind in Bearbeitung, weitere sind nicht geplant.								
Zeile 1	VII_011				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Optimierung des Personaleinsatzes								0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Bei diesem Vorschlag ist die Kurzbeschreibung nicht aussagekräftig - wesentliche Inhalte sind folgende: Im Kern wird die Zusammenfassung sämtlicher städtischen Klimaschutzaktivitäten in einer Organisationseinheit vorgeschlagen. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass es sich beim Klimaschutz richtigerweise um eine Querschnittsaufgabe handelt, die in diversen städtischen Organisationseinheiten erfüllt wird (Bsp. aus FB 67: Elektromobilitätskonzept für die künftige klimafreundliche Mobilität der Verwaltung), wobei eine dezernatsübergreifende Abstimmung nicht durch ein Dezernat, sondern durch den Oberbürgermeister erfolgt.								
Zeile 1	VII_012				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Umsetzung erfolgt**	Bündelung Planung und Betreuung Außenflächen städt. Kindertagesstätten								0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Fragestellung wurde im Organisationsgutachten zum FB 65 betrachtet, nach dem die Eigentümer- und Betreiberfunktion für städtische Außenanlagen beim FB 67 - der seit langer Zeit die Kompetenz für die Gestaltung und Umgestaltung von Außenflächen besitzt - gebündelt wird. Im Zusammenhang mit dem Ratsbeschluss vom 25.06.2019 (19-11190) wurde zudem festgelegt, dass die gesamte Grünplanung wieder in Dezernat VIII integriert wird.								
Zeile 1	VII_013				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**Umsetzung erfolgt**	Erhöhung Benutzungsentgelte für Sporthallen und Sportaußenanlagen bei Nutzung durch vereinsgebundenen Sport	Ertragserhöhung		45.000 €	45.000 €	45.000 €	45.000 €	180.000 €
Zeile 2					~~**GA**~~	~~**10**~~	~~**0**~~	~~**1**~~	**nicht GA!**									
		1.42.4241.03		332110	**SpA**	**8**	**2**	**1**		Die Erhöhung der Benutzungsentgelte um 10 % wurde zum 1. April 2020 umgesetzt.								
Zeile 1	VII_014				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Förderung der Sportjugend	Aufwandsreduzierung		19.500 €	19.500 €	19.500 €	19.500 €	78.000 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**1**	**10**	**0**		Der Vorschlag sollte grundsätzlich umgesetzt werden. Es sollte auf Grundlage einer vorherigen Erörterung mit dem SSB festgelegt werden, wie die Verwirklichung (Umfang und Zeitpunkt der Reduzierung) ausgestaltet wird. Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt								
Zeile 1	VII_015				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Einstellung des Zuschusses zur Bearbeitung der Sportabzeichen Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt	Ertragserhöhung (zu prüfen)		6.800 €	6.800 €	6.800 €	6.800 €	27.200 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**1**	**10**	**0**		Der Vorschlag sollte umgesetzt werden.								
Zeile 1	VII_016				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Reduzierung des Zuschusses an den Stadtsportbund	Aufwandsreduzierung		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	240.000 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**1**	**10**	**0**		Der Vorschlag sollte grundsätzlich umgesetzt werden. Hierbei ist zu beachten, dass ausgehend von einem interkommunal besonders hohen Förderniveau in Braunschweig bereits in den vergangenen Jahren eine gewisse Absenkung auf das aktuell erreichte und im interkommunalen Vergleich immer noch als hoch einzustufende Niveau erreicht werden konnte. Zeitpunkt und Umfang weiterer möglicher Reduzierungen sollten nach einer Erörterung der Thematik mit dem SSB festgelegt werden. Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt								
Zeile 1	VII_017	0 €	SSG legt Spar-Konzept vor	x	VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Wegfall der Bezuschussung der Schwimmstartgemeinschaft (SSG)	Aufwandsreduzierung		0 €	10.500 €	24.500 €	38.500 €	73.500 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**11**	**0**	**0**		Die SSG hat zwischenzeitlich ein Konzept zur Zuschussreduzierung vorgelegt.								
Zeile 1	VII_018	0 €	SSG legt Spar-Konzept vor	x	VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Einstellung des Betriebszuschusses des von der SSG unterhaltenen Landesstützpunktes Schwimmen	Aufwandsreduzierung		10.300 €	10.300 €	10.300 €	10.300 €	41.200 €

Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**11**	**0**	**0**		Die SSG hat zwischenzeitlich ein Konzept zur Zuschussreduzierung vorgelegt.							
Zeile 1	VII_019		noch nicht Entscheidungsreif		VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Reduzierung des Unterhaltungszuschusses um 25% für die Unterhaltung der verpachteten städtischen Sportanlagen	Aufwandsreduzierung		280.000 €	280.000 €	280.000 €	280.000 €	1.120.000 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**11**	**0**	**0**		Dem Vorschlag einer Reduzierung sollte näher betrachtet werden. Allerdings sind hierbei neben der Klärung der aktuellen Ist-Situation auch künftige Modalitäten der Bezuschussung (insbesondere Höhe sowie Zeitpunkt von Veränderungen) zu betrachten. Der Sportausschuss spricht sich mit 11 "Für-Stimmen" für eine Verschiebung des Vorschlages VII 019 von "gelb" auf "rot" aus, sieht die Arbeit der Verwaltung an diesem Thema aber als sinnvoll und notwendig an. (Ampelkennzeichnung auf "rot")						
Zeile 1	VII_020			x	VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Einsparung der Reinigungskosten in den Turnhallen durch Verbot des Ballwachses	Aufwandsreduzierung		70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	280.000 €
Zeile 2		1.42.4241.03		424100	**SpA**	**11**	**0**	**0**		Die Verwaltung schließt sich der Empfehlung der KGSt an, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt. Die Verwaltung sieht aber keine Erfolgschance, dass der betroffene Verein die benötigten Sponsorenmittel in erforderlicher Höhe akquirieren kann. Insofern beschränkt sich die politische Entscheidung aus Sicht der Verwaltung auf eine Abwägung zwischen einem den städtischen Haushalt verbessernden Verbot des Ballwachses oder dessen weiterer Verwendung zugunsten hochklassigem Handballsports.						
Zeile 1	VII_021				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Reduzierung der Übungsleiterhonorare	Aufwandsreduzierung		58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	232.000 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**1**	**10**	**0**		Empfehlung der Verwaltung: Der Vorschlag sollte in seiner ursprünglichen Form umgesetzt werden. Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt							
Zeile 1	VII_022				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Umsetzung erfolgt**	Generierung von Einsparungen durch Umsetzung des E-Mobilitätskonzeptes	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Der Vorschlag befindet sich bereits in der Umsetzung.							
Zeile 1	VII_023			x	VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Kein weiterer Umbau der Rasenspielfelder in Kunstrasenfelder	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**SpA**	**10**	**0**	**1**		Der Vorschlag bedarf einer weiteren Prüfung und Konkretisierung, da z.B. unklar ist, ob die Gesamtzahl der Kunstrasenfelder nicht steigen soll oder lediglich keine Umwandlung von Rasenfeldern in Kunstrasenfeldern stattfinden soll. Es wird auch nicht differenziert zwischen Großspielfeldern, Bolzplätzen und Kalthallen. Hinzuweisen ist auf einen weiteren einschlägigen Ratsbeschluss vom 12.06.2018, wonach u.a. für die Erstellung von ein bis zwei zusätzlichen Kunstrasenfeldern pro Jahr Haushaltsmittel in den Haushalt eingestellt werden sollen. Ein grundsätzlich möglicher Verzicht der Erstellung neuer Kunstrasenfelder müsste insgesamt erst differenzierter auf seine finanziellen und fachlichen Auswirkungen untersucht werden. Der Sportausschuss spricht sich mit 10 "Für-Stimmen" und bei einer Enthaltung für eine Verschiebung des Vorschlages VII 023 von "gelb" auf "rot" aus. (Ampelkennzeichnung auf "rot")						
Zeile 1	VII_024				VIII 670 Sportreferat - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Abschaffung der Zeiterfassung für einzelne Projekte - pauschale Umlegung der Stunden							0 €
Zeile 2					**SpA**	**10**	**0**	**1**		Der Vorschlag ist rechtlich bedenklich und sollte nicht weiter verfolgt werden. Zudem betrifft der Vorschlag insbesondere den gesamten FB 67 - und nicht nur das Sportreferat - voll umfänglich. Der Vorschlag der KGSt diesen in Bezug auf FB 67, insbesondere aufgrund der gebührenrechtlichen Relevanz, nicht weiter zu verfolgen, wird unterstützt. In Bezug auf Gegebenheiten in anderen Fachbereichen wird auf Vorschlag V 047 verwiesen.						
Zeile 1	VII_025				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Verhandlung der Aufhebung des Kleingartenrahmenvertrages mit dem Landesverband Gartenfreunde Der Ausschuss hat den Vorschlag von grün auf rot gesetzt	Aufwandsreduzierung		36.000 €	36.000 €	36.000 €	36.000 €	144.000 €
Zeile 2		1.55.5510.12		445810	**GA**	**1**	**7**	**3**		Die Neufassung des Kleingartenrahmenvertrages wurde schon im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) der Stadt verankert.							
Zeile 1	VII_026				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Umlegung von Kosten im Rahmen der Straßenausbaubeiträge	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Umsetzung des Vorschlags wird empfohlen.							
Zeile 1	VII_027	0 €			VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Aufhebung Ratsbeschluss zum Verzicht auf Einsatz von Herbiziden in gärtnerisch genutzten Anlagen	Aufwandsreduzierung		150.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €	600.000 €

Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		Die Verwaltung empfiehlt diesen Vorschlag nicht zu folgen.								
Zeile 1	VII_028				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**keine Umsetzung**	Aussetzung der jährlichen Dynamisierung der Zuschüsse im Sportbereich für das Jahr 2020	Aufwandsreduzierung		45.300 €	45.300 €	45.300 €	45.300 €	181.200 €
Zeile 2		1.42.4210.01		431810	**SpA**	**7**	**4**	**0**		Die Aussetzung wurde mit Ratsbeschluss vom 18.02.2020 schon umgesetzt.								
Zeile 1	VII_071				VIII 67 Stadtgrün u. Sport - verlagert von Dez. VII				**Weiter-verfolgung - Prüfung**	Neufassung der städtischen Friedhofsordnung und -gebühren Satzung							0 €	
Zeile 2					**GA**	**10**	**0**	**1**		An der Neufassung wird im FB 67 schon gearbeitet.								

Anlage 4.3.1

Ergebnishaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €									Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024				
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	Teilhaushalt Fachbereich 01 Zentrale Steuerung														
	26	**Erträge aus internen Leistungsbeziehungen**	**0**	**228.900**	**+ 228.900**	**0**	**+ 228.900**	**0**	**+ 228.900**	**0**	**+ 228.900**	**0**			
	1.11.1119.02	Bürgerangelegenheiten	Die Aufgabe Bürgerangelegenheiten ist vom FB 10 auf den FB 01 übergegangen. Ihm Rahmen der Überprüfung der Intenen Leistungsverrechnung von FB 10, wurden die entsprechenden ILV-Erträge zum FB 01 umgesetzt.											dauerh.	915198 Erlöse aus pausch. ILV Ref. 0103 (Plan)
					+ 228.900		+ 228.900		+ 228.900		+ 228.900		x		
	Teilhaushalt Fachbereich 10 Zentrale Dienste														
	26	**Erträge aus internen Leistungsbeziehungen**	**16.435.700**	**16.243.300**	**- 192.400**	**0**	**- 192.400**	**0**	**- 192.400**	**0**	**- 192.400**	**0**			
	diverse Produkte		Die Veranschlagung der Intenen Leistungsverrechnung von FB 10 wurde nach einer Überprüfung an die aktuelle Entwicklung angepasst. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass die Aufgabe Bürgerangelegenheiten vom FB 10 auf den FB 01 übergegangen ist, so dass die ILV-Erträge umzusetzen sind. Weiterhin gibt es Veränderungen in den Leistungsbeziehungen zu diversen Teilhaushalten, die dort entsprechende Anpassungen der ILV-Afuwendungen zur Folge haben.										dauerh.	915698 Erlöse aus pausch. ILV FB 10 (Plan)
					- 192.400		- 192.400		- 192.400		- 192.400		x		
	Allgemeine Finanzwirtschaft														
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**3.081.714**	**3.973.493**	**0**	**+ 891.779**	**0**	**+ 430.027**	**0**	**+ 438.628**	**0**	**+ 447.400**			
	004-1003	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Für den Betrieb des Impfzentrums ist es erforderlich, dass die Stadt externes Personal einstellt. Die Personalkosten hierfür können zurzeit nur geschätzt werden. Daher sollen im Haushalt 2021 die Personalkosten, die aufgrund einer Neukalkulation der Personalkosten in den Personalkostenansätzen der Teilhaushalte nicht mehr benötigt werden, hierfür eingeplant werden. Diese Personalkosten werden in der Personalkostendeckungsreserve veranschlagt.												462110 Deckungsreserven Personalaufwendungen
						+ 891.779		+ 430.027		+ 438.628		+ 447.400	x		
	Dieverse Teilhaushalte														
	13	**Personalaufwendungen**			**0**	**- 891.779**	**0**	**- 430.027**	**0**	**- 438.628**	**0**	**- 447.400**			
	diverse Kostenstellen		Für den Betrieb des Impfzentrums ist es erforderlich, dass die Stadt externes Personal einstellt. Die Personalkosten hierfür können zurzeit nur geschätzt werden. Daher sollen im Haushalt 2021 die Personalkosten, die aufgrund einer Neukalkulation der Personalkosten in den Personalkostenansätzen der Teilhaushalte nicht mehr benötigt werden, hierfür eingeplant werden. Diese Personalkosten werden in der Personalkostendeckungsreserve veranschlagt.												diverse Sachkonten
						- 891.779		- 430.027		- 438.628		- 447.400	x		
	27	**Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen**			**0**	**+ 36.500**	**0**	**+ 36.500**	**0**	**+ 36.500**	**0**	**+ 36.500**			
	diverse Kostenstellen		Die Veranschlagung der Intenen Leistungsverrechnung von FB 10 wurde nach einer Überprüfung an die aktuelle Entwicklung angepasst. Daraus ergeben sich Veränderungen in den Leistungsbeziehungen zu diversen Teilhaushalten, die entsprechende Anpassungen der ILV-Afuwendungen zur Folge haben.											dauerh.	915199 Kosten aus pausch. ILV Ref. 0103 (Plan), 915699 Kosten aus pausch. ILV FB 10 (Plan)
						+ 36.500		+ 36.500		+ 36.500		+ 36.500	x		

Anlage 4.3.2

Ergebnishaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM - Ergebnishaushalt)

Haushaltslesung 2021 - Ergebnishaushalt - Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM)

Anlage 4.3.2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
		Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik												
	2	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**150.000**	**148.600**	**- 1.400**	**0**	**- 1.400**	**0**	**- 100**	**0**	**0**	**0**		
1a	4S.000021	Strukturförderung/EU-Maßn.	Umsetzungen für Sachaufwendungen im Zusammenhang Projekt „Nachgehende Wohnhilfen“ (hier: Erträge)										für 3 Jahre	314113 IM Zuweisungen vom Land
					- 1.400		- 1.400		- 100		0			
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**300.000**	**297.200**	**0**	**- 2.800**	**0**	**- 2.800**	**0**	**- 200**	**0**	**0**		
1b	4S.000021	Strukturförderung/EU-Maßn.	Umsetzungen für Sachaufwendungen im Zusammenhang Projekt „Nachgehende Wohnhilfen“ (hier: Aufwendungen)										für 3 Jahre	427193 IM Sonstige Sachaufwendungen
						- 2.800		- 2.800		- 200		0		
		Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit												
	15	**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**3.891.550**	**3.892.350**	**0**	**+ 800**	**0**	**+ 800**	**0**	**+ 100**	**0**	**0**		
1c	500-1201	Wohnraumsicherung	Umsetzungen für Sachaufwendungen im Zusammenhang Projekt „Nachgehende Wohnhilfen“ (hier: Aufwendungen)										für 3 Jahre	Diverse
						+ 800		+ 800		+ 100		0		
	19	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**75.513.100**	**75.513.700**	**0**	**+ 600**	**0**	**+ 600**	**0**	**0**	**0**	**0**		
1d	500-1201	Wohnraumsicherung	Umsetzungen für Sachaufwendungen im Zusammenhang Projekt „Nachgehende Wohnhilfen“ (hier: Aufwendungen)										für 2 Jahre	Diverse
						+ 600		+ 600		0		0		

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

Anlage 5.1

Finanzhaushalt

Anträge der Fraktionen und

Stadtbezirksräte (IM)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	3E.21NEU	Jugendzentrum im Osten Braunschweigs / Vorplanung	**SB 114**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2021 für die Evaluation und Planung eines Jugendzentrums im Osten Braunschweigs, dabei sollen insbesondere die Aspekte der Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden
			neu	15.000	0	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			JHA								**abgelehnt 0/10/2**
			BA								**abgelehnt 1/5/5**
	3E.21NEU	Jugendzentrum Leiferde / Vorplanung	**SB 211**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Planung eines Neubaus des Jugendzentrums in Leiferde an einem anderen Ort als bisher.
			neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			JHA	100.000	0	100.000	0	0	0	0	**passieren lassen**
			BA	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (11/0/0)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Verschieben von Hochbauprojekten (ohne Detailinformationen)											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 a	diverse	diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 Im IP)	**AfD**								
			bisher	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	geringere Haushaltsmittel für 2021 ff für diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)
			neu	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	Eine ausführliche Begründung und komplette Aufstellung der Einzelpositionen wird noch nachgereicht.
											Anmerkung der Verwaltung: Dieser Antrag hängt inhaltlich mit dem Generalantrag "Bau-Moratorium" **(Antrag für den Ergebnishaushalt FWE 147)** zusammen
			BA								**erledigt durch Einzelbeschlüsse FWI 156 NEU**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 b	diverse	diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 Im IP)	**AfD**								
			bisher	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	geringere Haushaltsmittel für 2021 ff für diverse Hochbauprojekte (Seite 1140-1168 im IP)
			neu	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	Eine ausführliche Begründung und komplette Aufstellung der Einzelpositionen wird noch nachgereicht.
											Anmerkung der Verwaltung: Dieser Antrag hängt inhaltlich mit dem Generalantrag "Bau-Moratorium" **(Antrag für den Ergebnishaushalt FWE 147)** zusammen
			BA								**erledigt durch Einzelbeschlüsse FWI 156 NEU**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Schulsanierungsprogramm									
		Sanierung Grund- und Hauptschule Rüningen									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210130	GS/HS Rüningen / Sanierung	**SB 224**								
			bisher	1.870.280	242.280	900.000	0	0	0	728.000	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Grundleitungen für die Grund- und Hauptschule Rüningen, damit zeitnah die Neugestaltung der Schulhöfe erfolgen kann.
			neu	1.870.280	242.280	1.628.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		728.000	0	0	0	-728.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Hier wird nur der nicht werterhöhende Teil des Projektes dargestellt.
			SchA								**abgelehnt 0/11/5**
			BA								**abgelehnt 0/11/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210130	GS/HS Rüningen / Sanierung	**SB 224**								
			bisher	5.794.384	5.794.384	0	0	0	0	0	Vorziehen von Haushaltsmitteln für die Grund- und Hauptschule Rüningen für die Sanierung der Grundleitungen, damit zeitnah die Neugestaltung der Schulhöfe erfolgen kann.
			neu	5.794.384	5.794.384	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Hier wird nur der werterhöhende Teil des Projektes dargestellt.
			SchA								**abgelehnt 0/11/5**
			BA								**abgelehnt 0/11/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Außensanierung Sporthalle GS Broitzem									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 10	4E.210336	GS Broitzem Sporthalle /Außensan.	**AfD**								
			bisher	520.948	20.948	500.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Außensanierung der Sporthalle GS Broitzem auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	520.948	20.948	0	500.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-500.000	500.000	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
		Fenstersanierung RS Maschstraße									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 13	4E.210335	RS Maschstraße / Fenstersanierung	**AfD**								
			bisher	620.948	20.948	600.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Fenstersanierung an der RS Maschstraße auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	620.948	20.948	0	600.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-600.000	600.000	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Sanierung GY M. K. (2. BA)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 14a	4E.210260	GY Martino-K./San. 2. BA	**AfD**								
			bisher	2.593.483	2.783	100.000	560.000	560.000	560.000	810.700	Verschieben der Finanzraten 2021-2025 für die Sanierung des GY M.K. (2. BA) um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	2.593.483	2.783	0	100.000	560.000	560.000	1.370.700	
			Veränderung	0	0	-100.000	-460.000	0	0	560.000	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 14b	4E.210260	GY Martino-K./San. 2. BA	**AfD**								
			bisher	10.483.840	121.240	400.000	2.240.000	2.240.000	2.240.000	3.242.600	Verschieben der Finanzraten 2021-2025 für die Sanierung des GY M.K. (2. BA) um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	10.483.840	121.240	0	400.000	2.240.000	2.240.000	5.482.600	
			Veränderung	0	0	-400.000	-1.840.000	0	0	2.240.000	
				VE 2022:	2.200.000	VE 2022 neu:	400.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-1.800.000**	
				VE 2023:	2.200.000	VE 2023 neu:	2.240.000	**VE 2023 Veränderung:**		**40.000**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Sporthalle GS Veltenhof									
		Der Stadtbezirk 322 beantragt anstatt der Sanierung der Sporthalle der GS Veltenhof einen Neubau zu erstellen. Hierzu liegt bereits eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** vor. Danach sollen lediglich Planungsmittel in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 in Höhe von 660.000 EUR aufgenommen werden.									
		Sanierung Sporthalle GS Veltenhof									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210337	GS Veltenhof Sporthalle/ San. Fachw.-Deck	**SB 322**								
			bisher	1.160.000	0	1.160.000	0	0	0	0	Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.160.000		-1.160.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8)** zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden.
											Weiterhin liegt ein **Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156)**, der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat.
			SchA								**abgelehnt 2/11/3**
			BA								**für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Sporthalle GS Veltenhof										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 NEU	GS Veltenhof Sporthalle/ Neubau	**SB 322**								Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen. **Anmerkung der Verwaltung:** Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8)** zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden. Weiterhin liegt ein **Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156**), der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat.
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								**abgelehnt 2/11/3** **für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)
			BA								
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 NEU	GS Veltenhof Sporthalle/ Neubau	**SB 322**								Der Antrag beinhaltet den Wegfall der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle an der GS Veltenhof. Stattdessen soll ein Neubau entstehen. **Anmerkung der Verwaltung:** Eine Kostenschätzung zum Neubau der Sporthalle liegt noch nicht vor. Sofern der **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 8**) zugestimmt wird, müsste dieser Antrag in der Folge abgelehnt werden. Weiterhin liegt ein **Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156**), der die Verschiebung der Finanzrate 2021 um ein Jahr zum Inhalt hat.
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			SchA								**abgelehnt 2/11/3** **für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)
			BA								

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Sanierung Sporthalle GS Veltenhof									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 11	4E.210337	GS Veltenhof Sporthalle/San. Fachw.-Deck	**AfD**								Verschieben der Finanzrate 2021 für Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle GS Veltenhof auf das Haushaltsjahr 2022
			bisher	1.160.000	0	1.160.000	0	0	0	0	
			neu	1.160.000	0	0	1.160.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-1.160.000	1.160.000	0	0	0	Es liegt ein Antrag des **Stadtbezirksrates 322** vor, der anstatt der Sanierung der Sporthalle einen Neubau zum Inhalt hat.
											Weiterhin hat die Verwaltung im Rahmen der **Ansatzveränderungen** eine Anpassung der Finanzraten vorgesehen **(Nr. 8)**, die lediglich noch Planungsmittel in Höhe von 660.000 EUR für die Sporthalle GS Veltenhof vorsieht.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
		Sanierung von Unterdecken									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 3	4S.210084	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021/2022 für die Ertüchtigungs- und Akustikmaßnahmen an Unterdecken auf 2022/2023
			bisher	7.638.492	4.695.492	1.693.000	1.250.000	0	0	0	
			neu	7.638.492	4.695.492	0	1.693.000	1.250.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-1.693.000	443.000	1.250.000	0	0	Das Projekt "Unterdecken / Ertüchtigung-Akustikmaßnahmen" ist Teil der Neutralen Liste, wo ein Teil des **Ansatzes 2021** auf ein neues Einzelprojekt "SpH RS Nibelungenschule/ San Unterdecke" umgesetzt werden soll.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubauten von Schulen und Kitas									
		Neubau Sporthalle IGS Sally-Perel									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 15a	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally Perel um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			bisher	1.495.050	3.050	540.000	800.000	152.000	0	0	
			neu	1.495.050	3.050	0	540.000	800.000	152.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** zur Verschiebung einer Teilfinanzrate 2021 sowie ein Erhöhungsantrag für den Neubau der Sporthalle vor **(Nr. 12)**. Dieser Antrag müsste entsprechend verändert werden.
			Veränderung	0	0	-540.000	-260.000	648.000	152.000	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 15b	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally Perel um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			bisher	6.073.100	105.100	2.160.000	3.200.000	608.000	0	0	
			neu	6.073.100	105.100	0	2.160.000	3.200.000	608.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** zur Verschiebung einer Teilfinanzrate 2021 sowie ein Erhöhungsantrag für den Neubau der Sporthalle vor **(Nr. 12)**. Dieser Antrag müsste entsprechend verändert werden.
			Veränderung	0	0	-2.160.000	-1.040.000	2.592.000	608.000	0	
				VE 2022:	3.200.000	VE 2022 neu:	2.160.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-1.040.000**	
				VE 2023:	600.000	VE 2023 neu:	3.200.000	**VE 2023 Veränderung:**		**2.600.000**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubau Kita Feldstraße									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 17a	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Kita Feldstraße um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			bisher	550.000	0	55.000	340.000	155.000	0	0	
			neu	550.000	0	0	55.000	340.000	155.000	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-55.000	-285.000	185.000	155.000	0	Es liegt hierzu eine **Ansatzveränderung** der Verwaltung vor **(Nr. 19**), die ebenfalls eine Verschiebung der Raten vorsieht. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender.
			BA								**für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 17b	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Neubau der Kita Feldstraße um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			bisher	4.950.000	0	495.000	3.060.000	1.395.000	0	0	
			neu	4.950.000	0	0	495.000	3.060.000	1.395.000	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-495.000	-2.565.000	1.665.000	1.395.000	0	Es liegt hierzu eine **Ansatzveränderung** der Verwaltung vor **(Nr. 19**), die ebenfalls eine Verschiebung der Raten vorsieht. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender.
				VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	495.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-2.505.000**	
				VE 2023:	1.300.000	VE 2023 neu:	3.060.000	**VE 2023 Veränderung:**		**1.760.000**	
			BA								**für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubau Sportfunktionsgebäude Leiferde									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 18a	4E.210345	Sportfunktionsgeb. Leiferde/Neubau	**AfD**								
			bisher	180.000	0	100.000	80.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für den Neubau des Sportfunktionsgebäudes Leiferde um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	180.000	0	0	100.000	80.000	0	0	
			Veränderung	0	0	-100.000	20.000	80.000	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 18b	4E.210345	Sportfunktionsgeb. Leiferde/Neubau	**AfD**								
			bisher	720.000	0	400.000	320.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für den Neubau des Sportfunktionsgebäudes Leiferde um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	720.000	0	0	400.000	320.000	0	0	
			Veränderung	0	0	-400.000	80.000	320.000	0	0	
				VE 2022:	320.000	VE 2022 neu:	400.000	**VE 2022 Veränderung:**		**80.000**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Schulkindbetreuung (inkl. Einrichtung Ganztagsbetriebe)									
		Fortsetzung und Ausbau der Schulkindbetreuung									
		Fortsetzung und Ausbau der Schulkindbetreuung **(siehe auch Antrag im Ergebnishaushalt FWE 213 und zum Stellenplan SP 218**) 1. Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% bis zum Schuljahr 2025/2026 2. 60%-ige Bedarfsdeckung erfolgt durch Kofinanzierung der Stadt; der Rest an Gruppen- und Tagesplätzen wird aus den Mitteln der Schule finanziert 3. das Ausbauprogramm wird ab 2021 mit jährlich mindestens 100 zusätzlichen Plätzen fortgeführt; dabei werden zunächst alle Schulen, in deren Umfeld noch kein 60%iger Versorgungsgrad erreicht ist, auf 60 % aufgestockt 4. Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes für ein Übergangsprogramm bis zur Errichtung einer koooperativen Ganztagsschule 5. Entwicklung eines Übergangskonzeptes für den zusätzlichen Raumbedarf für die Umwandlung in eine kooperative Ganztagsschule 6. Stundenaufstockung für das pädagogische Personal durch Kooperationen mit den Schulen und anderen Trägern									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
214 a	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung** Die Schätzung der Erträge steht noch aus.
			SchA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**angenommen 11/3/2** **angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218**
			JHA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	(mit der Änderung zum **Beschlusspunkt 1**, dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								**abgelehnt 4/4/3**
			NEU bisher	0	0	0	0	0	0	0	**neue Anmerkung der Verwaltung**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und Ausgabeschätzung für den **Beschlusspunkt 3** vor (siehe Zeile 17). Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**812.000**		**112.000**	**175.000**	**175.000**	**175.000**	**175.000**	
214 b	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung** Die Schätzung der Aufwendungen steht noch aus.
			SchA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**angenommen 11/3/2** **angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218** (mit der Änderung zum **Beschlusspunkt 1**, dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			JHA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	
			BA								**abgelehnt 4/4/3**
			NEU bisher	0	0	0	0	0	0	0	**neue Anmerkung der Verwaltung**
			neu	812.000	0	112.000	175.000	175.000	175.000	175.000	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und Ausgabeschätzung für den **Beschlusspunkt 3** vor. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			Veränderung	**812.000**		**112.000**	**175.000**	**175.000**	**175.000**	**175.000**	
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
214 c	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung** Die Schätzung der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) steht noch aus.
			SchA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**angenommen 11/3/2** **angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218** (mit der Änderung zum **Beschlusspunkt 1**, dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			JHA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	
			BA								**abgelehnt 4/4/3**
			NEU bisher	0	0	0	0	0	0	0	**neue Anmerkung der Verwaltung**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und Ausgabeschätzung für den **Beschlusspunkt 3** vor (siehe Zeile 17). Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
214 d	diverse	Ausbau der Schulkindbetreuung 80% / bauliche Maßnahmen	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Auszahlungen für die Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung** Die Schätzung der Investitionsauszahlungen steht noch aus.
			SchA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**angenommen 11/3/2** **angenommen 9/3/0 wie auch die Anträge FWE 213 und SP 218**
			JHA	**0**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	(mit der Änderung zum **Beschlusspunkt 1**, dass die Textpassage "bis zum Schuljahr 2025/2026" entfällt)
			BA								**abgelehnt 4/4/3**
		NEU	bisher	0	0	0	0	0	0	0	**neue Anmerkung der Verwaltung**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Seitens der Verwaltung liegt lediglich eine Einnahme- und Ausgabeschätzung für den **Beschlusspunkt 3** vor (siehe Zeile 17). Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Schunteraue									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 12a	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	**AfD**								
			bisher	800.000	0	80.000	240.000	480.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für die Einrichtung des GTB GS Schunteraue um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	800.000	0	0	80.000	240.000	480.000	0	
			Veränderung	0	0	-80.000	-160.000	-240.000	480.000	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 12b	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	**AfD**								
			bisher	3.200.000	0	320.000	960.000	1.920.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für die Einrichtung des GTB GS Schunteraue um ein Jahr (hier Investitionsauszahlungen)
			neu	3.200.000	0	0	320.000	960.000	1.920.000	0	
			Veränderung	0	0	-320.000	-640.000	-960.000	1.920.000	0	
				VE 2022:	950.000	VE 2022 neu:	320.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-630.000**	
				VE 2023:	1.900.000	VE 2023 neu:	960.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-940.000**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Installation von Photovoltaikanlagen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**		**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	
	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	**SB 223**								
			bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Prüfung, ob bei der Dachsanierung der Schulsporthalle der GS Broitzem die Installation einer Photovoltaikanlage möglich ist
			neu	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Auf den freien Flächen der Sporthalle neben den Oberlichtern kann eine Photovoltaikanlage installiert werden, sofern die Statik dies zulässt. Die Kosten der Überprüfung der Tragfähigkeit des Dachaufbaus können aus den Haushaltsmitteln für die Dach- und Fassadensanierung der Schulsporthalle der GS Broitzem bestritten werden. Hierfür sind bei dem Projekt "GS Broitzem Sporthalle /Außensan.(4E.210336)" im Haushaltsentwurf 2021 Mittel i. H. v. 500.000 € eingeplant. Zusätzliche Mittel bei dem Projekt "Photovoltaikanlagen / Neuinstallation (4S.210097)" sind daher nicht erforderlich.
			SchA								**abgelehnt 4/8/4** (Beschluss ohne Kosteninformationen)
			BA								**abgelehnt 1/9/1**
149	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	**DIE LINKE**								
			bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für die Installation von Photovoiltaikanlagen auf städtischen Dachflächen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt BS
			neu	850.000	50.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	600.000		150.000	150.000	150.000	150.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Zu der Neuinstallation von Photovoltaikanlagen liegt ein **Antrag der AFD-Fraktion vor (FWI 156)**, der die Verschiebung der Finanzrate 2021 in Höhe von 50.000 EUR auf 2025 ff zum Inhalt hat.
			SchA	600.000	0	150.000	150.000	150.000	150.000	0	**überwiesen an BA/PlUA 17/0/0**
			BA	**600.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	**passieren lassen (10/1/0)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
156 NEU - 5	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	**AfD**								
			bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Installation von Photovoltaikanlagen auf 2025 ff
			neu	250.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	50.000	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-50.000	0	0	0	50.000	Zu der Neuinstallation von Photovoltaikanlagen liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor **(FWI 149)**, der eine Ansatzerhöhung von jährlich 150.000 EUR beinhaltet sowie eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** zur Erhöhung des Ansatzes 2021 um 90.000 EUR für das Lessinggymnasium **(Nr. 30)**
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

Neubauten von Jugendzentren

Neubau Jugendzentrum B58

	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
151 a	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**CDU**								
			bisher	1.994.000	0	0	0	40.000	400.000	1.554.000	Verschieben der Aufwendungen für den Neubau des Jugendzentrums B 58 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.994.000	0	0	0	0	0	1.994.000	
			Veränderung	0		0	0	-40.000	-400.000	440.000	
			JHA								**abgelehnt 3/8/1**
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
151 b	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**CDU**								
			bisher	7.976.000	0	0	0	160.000	1.600.000	6.216.000	Verschieben der Investitionsauszahlungen für den Neubau des Jugendzentrums B 58 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	7.976.000	0	0	0	0	0	7.976.000	
			Veränderung	0		0	0	-160.000	-1.600.000	1.760.000	
			JHA								**abgelehnt 3/8/1**
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Kinder- und JZ Watenbüttel										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
155	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel / Neubau	**CDU**								
			bisher	1.032.000	82.000	0	0	95.000	855.000	0	Verschieben der Haushaltsmittel für den Neubau des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.032.000	82.000	0	0	0	0	950.000	
			Veränderung	0		0	0	-95.000	-855.000	950.000	
			JHA								**abgelehnt 3/7/2**
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Kunsthalle Hamburger Str. 267									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
152 a	4E.210333	Halle Hamburger Str.267/Dachs.+Brand.	**CDU**								
			bisher	400.000	0	400.000	0	0	0	0	Verschieben der Aufwendungen für die Dachsanierungs- und Brandschutzmaßnahmen an der Kunsthalle Hamburger Str. 267 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	400.000	0	0	0	400.000	0	0	
			Veränderung	0		-400.000	0	400.000	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil (Installation einer Brandmeldeanlage) reduziert.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
152 b	4E.210333	Halle Hamburger Str.267/Dachs.+Brand.	**CDU**								
			bisher	260.000	0	260.000	0	0	0	0	Verschieben der Investitionsauszahlungen für die Dachsanierungs- und Brandschutzmaßnahmen an der Kunsthalle Hamburger Str. 267 um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	260.000	0	0	0	260.000	0	0	
			Veränderung	0		-260.000	0	260.000	0	0	
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	260.000	**VE 2023 Veränderung:**		**260.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil (Installation einer Brandmeldeanlage) reduziert.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Brandschutzmaßnahmen										
	Installation von Sicherheitsbeleuchtungen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
154	4S.210088	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	**CDU**								
			bisher	2.139.357	999.357	285.000	285.000	285.000	285.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 142.500 EUR für die Installation und Sanierung von Sicherheitsbeleuchtungsanlagen zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.569.357	999.357	142.500	142.500	142.500	142.500	0	
			Veränderung	-570.000		-142.500	-142.500	-142.500	-142.500	0	**Anmerkung der Verwaltung** Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Zu der Installation von Sicherheitsbeleuchtungen liegt ein **ähnlicher Antrag der AFD-Fraktion vor (FWl 156)**, der die Verschiebung der Finanzrate 2021 in Höhe von 285.000 EUR zum Inhalt hat.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
156 NEU - 4	4S.210088	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	**AfD**								
			bisher	2.139.357	999.357	285.000	285.000	285.000	285.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Installation und Sanierung von Sicherheitsbeleuchtungen auf 2025 ff
			neu	2.139.357	999.357	0	285.000	285.000	285.000	285.000	**Anmerkung der Verwaltung** Das Projekt "Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung" ist Teil der Neutralen Liste, wo ein Teil des **Ansatzes 2021** auf ein neues Einzelprojekt "GS/HS Pestalozzistraße / Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung" umgesetzt werden soll.
			Veränderung	0	0	-285.000	0	0	0	285.000	Weiterhin liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor **(FWl 154**), der eine jährliche Kürzung um 142.500 EUR vorsieht.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Brandschutzmaßnahmen GS Mascheroder Holz											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 9	4E.210320	GS Mascheroder Holz/Brandschutzmaßn.	**AfD**								
			bisher	430.948	20.948	410.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Brandschutzmaßnahmen an der GS Mascheroder Holz auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	430.948	20.948	0	410.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-410.000	410.000	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
Sanierung Großer Sitzungssaal - Rathaus-Altbau											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153	4E.210279	Rathaus-Altb./Sanier. gr. Sitzungs.	**CDU**								
			bisher	210.000	0	210.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel durch Wegfall der Sanierungsmaßnahme des großen Sitzungsaales im Rathaus-Altbau
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-210.000	0	-210.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156)**, der jedoch eine erneute Veranschlagung für 2022 vorsieht.
			BA								**abgelehnt 4/6/1**
156 NEU - 1	4E.210279	Rathaus-Altb./Sanier. gr. Sitzungs.	**AfD**								
			bisher	210.000	0	210.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Sanierung des Großen Sitzungssaales auf das Haushaltsjahr 2022
			neu	210.000	0	0	210.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-210.000	210.000	0	0	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor **(FWI 153)**, der jedoch keine erneute Veranschlagung beinhaltet.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Anbau und Sanierung Gebäude Dessaustraße									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 19a	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	**AfD**								
			bisher	850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Anbau und die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	850.000	0	0	150.000	350.000	350.000	0	
			Veränderung	0	0	-150.000	-200.000	0	350.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Kürzung der Finanzrate 2021 in Höhe von gesamt 50 TEUR vor **(Nr. 23)**. Dieser Antrag müsste entsprechend zeitlich angepasst werden.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 19b	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	**AfD**								
			bisher	850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2023 für den Anbau und die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	850.000	0	0	150.000	350.000	350.000	0	
			Veränderung	0	0	-150.000	-200.000	0	350.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung zur Kürzung der Finanzrate 2021 in Höhe von gesamt 50 TEUR vor **(Nr. 23)**. Dieser Antrag müsste entsprechend zeitlich angepasst werden.
				VE 2022:	350.000	VE 2022 neu:	150.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-200.000**	
				VE 2023:	350.000	VE 2023 neu:	350.000	**VE 2023 Veränderung:**		**0**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Sanierung TG Packhof									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 21	4E.210171	Tiefgarage Packhof/ Sanierung	**AfD**								
			bisher	5.315.838	1.949.838	1.683.000	1.683.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für die Sanierung der Tiefgarage Packhof um ein Jahr (hier: Aufwendungen)
			neu	5.315.838	1.949.838	0	1.683.000	1.683.000	0	0	
			Veränderung	0	0	-1.683.000	0	1.683.000	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 21	4E.210171	Tiefgarage Packhof/ Sanierung	**AfD**								
			bisher	638.464	638.464	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2021-2022 für die Sanierung der Tiefgarage Packhof um ein Jahr (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	638.464	638.464	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Umsetzung von Energiesparmaßnahmen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 2	4S.210049	FB 20: Umsetzung von Energiesparmaßn.	**AfD**								
			bisher	5.443.117	4.933.117	127.500	127.500	127.500	127.500	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen auf das Jahr 2025 ff
			neu	5.443.117	4.933.117	0	127.500	127.500	127.500	127.500	
			Veränderung	0	0	-127.500	0	0	0	127.500	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Einbau Amokanlagen in Schulen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 16	4S.210076	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	**AfD**								
			bisher	2.597.799	797.799	200.000	200.000	200.000	200.000	1.000.000	Verschieben der Finanzrate 2021 für den Einbau von Amokanlagen an Schulen auf 2025 ff (hier: Aufwendungen)
			neu	2.597.799	797.799	0	200.000	200.000	200.000	1.200.000	
			Veränderung	0	0	-200.000	0	0	0	200.000	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 16	4S.210076	Amok-Anlagen in Schulen / Einbau	**AfD**								
			bisher	1.271.935	1.271.935	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für den Einbau von Amokanlagen an Schulen auf 2025 ff (hier: Investitionsauszahlungen)
			neu	1.271.935	1.271.935	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
sonstige Hochbaumaßnahmen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156 NEU - 20	4S.210003	FB 20.2: Instandh. Volkshochschule	**AfD**								Verschieben der Finanzrate 2021 für Instandhaltungen an den Gebäuden der Volkshochschule auf das Jahr 2025 ff
			bisher	566.403	335.203	57.800	57.800	57.800	57.800	0	
			neu	566.403	335.203	0	57.800	57.800	57.800	57.800	
			Veränderung	0	0	-57.800	0	0	0	57.800	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	**SB 321**								zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Sanierung des DGH Lamme, zuerst soll die Instandsetzung oder Erneuerung der Klimaanlage erfolgen
			bisher	5.653.300	4.653.300	250.000	250.000	250.000	250.000	0	
			neu	5.763.300	4.653.300	268.000	342.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	110.000		18.000	92.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Gesamtkosten einer Sanierung werden auf rund 110.000 € geschätzt, davon entfallen rund 18.000 € auf die Klimaanlage.
			BA								**abgelehnt 1/9/1**
	4S.210065	FB 20:Global Instandhaltung Schulen	**SB 120**								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € für 2021 für die Neugestaltung des Vorplatzes an der IGS im Stadtbezirk 120
			bisher	12.108.000	8.008.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	0	
			neu	12.118.000	8.008.000	1.035.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	
			SchA								**abgelehnt 4/10/2**
			BA								**abgelehnt 1/5/4**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
156 NEU - 6	4S.210099	FB 20: Abbrüche Grundvermögen (FB 65)	**AfD**								
			bisher	800.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	0	Verschieben der Finanzrate 2021 für Abbruchmaßnahmen der Hochbauverwaltung auf 2025 ff
			neu	800.000	160.000	0	160.000	160.000	160.000	160.000	
			Veränderung	0	0	-160.000	0	0	0	160.000	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
150	5E.21 NEU	Taubenhäuser / Errichtung	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 60.600 EUR für 2021 für die Errichtung von Taubenhäusern an den Standorten Altstadtmarkt, Rathaus und Wallstraße
			neu	60.600	0	60.600	0	0	0	0	
			Veränderung	60.600		60.600	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt bereits eine **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 24)** für die Errichtung von Taubenhäusern mit einem Kostenvolumen von 150.000 EUR vor, welche die Standorte Altstadtmarkt, Rathaus und Wallstraße als auch den Standort Studentenwohnheim am Rebenring beinhaltet. **Sollte die Ansatzveränderung angenommen werden, so ist der Antrag der BIBS-Fraktion als erledigt anzusehen.**
			BA								**für erledigt erklärt** (siehe Beschluss über die Ansatzveränderung der Verwaltung)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
156 NEU - 7	5E.210116	Rathausneubau / Sanierung	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021-2024 für die Sanierung des Rathaus-Neubaus um jeweils ein Jahr
			bisher	24.700.000	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	6.000.000	12.700.000	
			neu	24.700.000	0	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	18.700.000	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-1.000.000	0	-3.000.000	-2.000.000	6.000.000	Zu dem Projekt "Rathausneubau / Sanierung" liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 31)** vor, die vorsieht eine Teilfinanzrate 2024 in Höhe von 1 Mio. EUR auf 2025 zu verschieben. Damit wäre dieser Antrag so nicht mehr umsetzbar.
				VE 2022:	1.000.000	VE 2022 neu:	1.000.000	**VE 2022 Veränderung:**		**0**	
				VE 2023:	4.000.000	VE 2023 neu:	1.000.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-3.000.000**	
				VE 2024:	6.000.000	VE 2024 neu:	4.000.000	**VE 2024 Veränderung:**		**-2.000.000**	
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
156 NEU - 8	5E.210161	Jugendamt Eiermarkt 4-5/Einb. Aufzugsanl	**AfD**								Verschieben der Finanzraten 2021 für den Einbau einer Aufzugsanlage in das Jugendamt (Gebäude Eiermarkt 4-5) auf 2022
			bisher	280.000	50.000	230.000	0	0	0	0	
			neu	280.000	50.000	0	230.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0	0	-230.000	230.000	0	0	0	Zu dem Projekt "Jugendamt Eiermarkt 4-5/Einb. Aufzugsanl liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 32)** vor, die vorsieht die Finanzrate 2021 um 120.000 EUR zu erhöhen**.** Dieser Antrag müsste dann entsprechend zeitlich angepasst werden.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**
	5S.210004	Global-Baumaßnahmen	**SB 331**								
			bisher	1.620.800	1.420.800	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2021 für die Errichtung einer barrierefreien ökologischen Trockentoilette (z.B. Modell KAZUBA Kl. 2) am Nordufer des Ölper Sees, hiervon sollen 10.000 EUR über den Haushalt 2021 und 10.000 EUR über die Mittel des Stadtbezirksrates 331 selbst finanziert werden
			neu	1.630.800	1.420.800	60.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
											Die Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates werden im Ist im Laufe des Jahres 2021 bereitgestellt.
			BA								**abgelehnt 4/6/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft											
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
157	5S.410013	Global-Sachanl. FB 41 intern	**DIE LINKE**								
			bisher	345.500	203.500	91.000	5.000	41.000	5.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 für die Ersatzbeschaffung des Quadriga-Kassenautomates, die Beschaffung soll durch die Stiftung Residenzschloss Braunschweig erfolgen oder entfallen
			neu	295.500	203.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	-50.000		-50.000	0	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stelllungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			AfKW								**abgelehnt 2/8/1**
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
148	NEU: 4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.	**BIBS**								
			bisher	148.000	148.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Vereinsheim des Allgemeinen Gehörlosenvereins von 1886 zu Braunschweig e. V. (Leonhardplatz 12)
			neu	178.000	148.000	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Es handelt sich um kein städtisches Gebäude, so dass die Stadt baulich nicht zuständig ist und ein Zuschuss zu gewähren wäre.
			AfSG								**Verwiesen an den Bauausschuss**
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
158 a	4S.000016	Global Zusch. private Denkmäler	**DIE LINKE**								
			bisher	350.700	217.500	33.300	33.300	33.300	33.300	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2021-2024 für die Bezuschussung privater Denkmäler
			neu	217.500	217.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 2/11/0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
158 b	4S.000016	Global Zusch. private Denkmäler	**DIE LINKE**								
			bisher	1.053.000	653.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2021-2024 für die Bezuschussung privater Denkmäler
			neu	653.000	653.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 2/11/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Teilhaushalt 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau										
	Ausbau und Schließung Ringgleis										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-631.000**		**-272.000**	**-86.000**	**-43.000**	**-230.000**	**0**	
159	5E.000007 (alt: 5E.610028)	Ringgleis / Ausbau und Schließung	**CDU**								Verschieben der Finanzraten für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig **Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden. Zu diesem Projekt liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** vor. Die Ansatzveränderung passt die Finanzraten an den Beschluss über das Maßnahmenprogramm im PIUA (DS 20-14402) an . Es erfolgen Verschiebungen von Teilfinanzraten 2021-2022 auf 2023 -2025. Weiterhin liegt ein Kürzungsantrag **der FDP-Fraktion (Nr. 160**) zum Ausbau und zur Schließung des Ringgleises vor. Der Antrag beinhaltet den Wegfall einer Teilmaßnahme ("gelbe Beschichtung") Zu diesem Antrag liegt eine Anmerkung der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	
			neu	14.590.730	5.590.730	0	0	3.000.000	3.000.000	3.000.000	
			Veränderung	0		-3.000.000	-3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	
				VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-3.000.000**	
				VE 2023:	1.500.000	VE 2023 neu:	3.000.000	**VE 2023 Veränderung:**		**1.500.000**	
				VE 2024:	1.500.000	VE 2024 neu:	3.000.000	**VE 2024 Veränderung:**		**1.500.000**	
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
160	5E.000007 (alt: 5E.610028)	Ringgleis / Ausbau und Schließung	**FDP**								
			bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 631.000 EUR für 2021-2024 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises (Verzicht auf die gelbe Beschichtung)
			neu	13.959.730	5.590.730	2.728.000	2.914.000	1.457.000	1.270.000	0	
			Veränderung	-631.000		-272.000	-86.000	-43.000	-230.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	2.914.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-86.000**	Zu diesem Projekt liegt eine **Ansatzveränderung der Verwaltung** vor. Die Ansatzveränderung passt die Finanzraten an den Beschluss über das Maßnahmenprogramm im PlUA (DS 20-14402) an. Der FDP-Antrag basiert auf den Ansatzveränderungen der Verwaltung und streicht lediglich eine Teilmaßnahme.
				VE 2023:	1.500.000	VE 2023 neu:	1.457.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-43.000**	
				VE 2024:	1.500.000	VE 2024 neu:	1.270.000	**VE 2024 Veränderung:**		**-230.000**	
											Weiterhin liegt ein Antrag der **CDU-Fraktion (Nr. 159**) vor , der eine Verschiebung der Finanzraten 2021 und 2022 auf die Folgejahre vorsieht.
											Zu diesm Antrag liegt eine Anmerkung der Verwaltung vor (siehe Anlage 6)
			PlUA	**-631.000**	**0**	**-272.000**	**-86.000**	**-43.000**	**-230.000**	**0**	**passieren lassen**
	sonstige Grünbaumaßnahmen										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
161	5E.000003 (alt: 5E.610004)	Westpark 2. BA	**CDU**								
			bisher	1.800.372	180.372	30.000	100.000	0	1.490.000	0	Verschieben von Finanzraten für die Umsetzung des 2. BA des Westparks um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.800.372	180.372	0	0	30.000	100.000	1.490.000	
			Veränderung	0		-30.000	-100.000	30.000	-1.390.000	1.490.000	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	30.000	**VE 2023 Veränderung:**		**30.000**	Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	100.000	**VE 2024 Veränderung:**		**100.000**	
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
162	5E.000004 (alt: 5E.610010)	Gew-geb.Rautheim-Nord/Erschl.	**CDU**								
			bisher	713.499	85.499	0	220.000	272.000	136.000	0	Verschieben der Finanzraten für die Erschließung des Gewerbegebietes Rautheim-Nord um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	713.499	85.499	0	0	0	220.000	408.000	
			Veränderung	0		0	-220.000	-272.000	84.000	408.000	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2023:	272.000	VE 2023 neu:	0	**VE 2023 Veränderung:**		**-272.000**	Die beantragten Verschiebungen beinhalten auchh Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	220.000	**VE 2024 Veränderung:**		**220.000**	
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
163	5E.000010 (alt: 5E.610032)	Stadthalle / Umgest. Umfeld	**CDU**								
			bisher	5.300.000	500.000	500.000	2.000.000	2.300.000	0	0	Verschieben der Finanzraten für die Umgestaltung des Stadthallenumfeldes um zwei Jahre sowie Reduzierung der Gesamtkosten um 20% zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	4.340.000	500.000	0	0	400.000	1.600.000	1.840.000	
			Veränderung	-960.000		-500.000	-2.000.000	-1.900.000	1.600.000	1.840.000	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2022:	2.000.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-2.000.000**	Die beantragten Verschiebungen und Kürzungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2023:	2.300.000	VE 2023 neu:	400.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-1.900.000**	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	1.600.000	**VE 2024 Veränderung:**		**1.600.000**	
											Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
164	5E.000014 (alt 5E.610036)	Innenstadt / Neubau Pocket-Park	**FDP**								
			bisher	650.000	50.000	600.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für den Neubau eines Pocket-Parkes, da das Projekt zurückgestellt werden soll
			neu	50.000	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-600.000		-600.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
											Zu dem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation									
		Sanierungsgebiet Bahnstadt									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165 a	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	**CDU**								
			bisher	15.066.400	666.700	933.300	933.300	1.933.300	1.933.300	8.666.500	Verschieben der Erträge für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	15.066.400	666.700	0	0	933.300	933.300	12.533.100	
			Veränderung	0		-933.300	-933.300	-1.000.000	-1.000.000	3.866.600	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eineStellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165 b	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	**CDU**								
			bisher	25.115.092	1.115.292	1.600.000	1.600.000	3.400.000	3.400.000	13.999.800	Verschieben der Aufwendungen für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	25.115.092	1.115.292	0	0	1.600.000	1.600.000	20.799.800	
			Veränderung	0		-1.600.000	-1.600.000	-1.800.000	-1.800.000	6.800.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können Verpflichtungsermächtigungen nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Es liegt eine weitere Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165 c	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	**CDU**								Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig **Anmerkung der Verwaltung** Es liegt eineStellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			bisher	3.266.700	333.300	466.700	466.700	1.000.000	1.000.000	0	
			neu	3.266.700	333.300	0	0	466.700	466.700	2.000.000	
			Veränderung	0		-466.700	-466.700	-533.300	-533.300	2.000.000	
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165 d	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	**CDU**								Verschieben der Investitionsauszahlungen für das Sanierungsprojekt "Stadtumbaus Bahnstadt" um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig **Anmerkung der Verwaltung** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können Verpflichtungsermächtigungen nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert. Es liegt eine weiter Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			bisher	4.900.000	500.000	700.000	700.000	1.500.000	1.500.000	0	
			neu	4.900.000	500.000	0	0	700.000	700.000	3.000.000	
			Veränderung	0		-700.000	-700.000	-800.000	-800.000	3.000.000	
				VE 2022:	700.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-700.000**	
				VE 2023:	1.500.000	VE 2023 neu:	700.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-800.000**	
				VE 2024:	1.500.000	VE 2024 neu:	700.000	**VE 2024 Veränderung:**		**-800.000**	
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
Sanierung und Neuordnung der Nebenanlagen Bienroder Weg											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**		**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
166	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 585.000 EUR für 2021 für die weitere Ausplanung der Neuordnung von Fuß- und Radverkehrsanlagen auf dem Bienroder Weg für die Abschnitte 1-9 (DS 19-12245); alternativ können gemäß Vorschlag der Verwaltung zunächst die mit den größten Defiziten beurteilten Abschnitte 2,3 und 4 geplant werden
			neu	585.000	0	585.000	0	0	0	0	
			Veränderung	585.000		585.000	0	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (Nr. 167).** Die von der Fraktion DIE LINKE beantragten 210.000 EUR für die Vorplanung der Abschnitte 2-4 sind in den von der BIBS-Fraktion beantragten 585.000 EUR enthalten und werden von der BIBS-Fraktion als alternative Lösung vorgeschlagen.
			PlUA								**abgelehnt 3/10/0**
			BA								**abgelehnt 2/7/1**
167	3E.66 NEU	Fuß- und Radverkehr Bienroder Weg / Planung Neuordnung	**DIE LINKE**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 210.000 EUR für 2021 für die Detailplanung des Umbaus des Bienroder Weges gemäß dem Konzept zur baulichen Neuordnung der Fuß- und Radverkehrsanlagen (Abschnitte 2-4 aus DS 19-12245)
			neu	210.000	0	210.000	0	0	0	0	
			Veränderung	210.000		210.000	0	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: **Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion über die Vorplanung der Abschnitte 1-9 vor (Nr. 166)**. Die von der Fraktion DIE LINKE beantragten 210.000 EUR für die Vorplanung der Abschnitte 2-4 sind in den von der BIBS-Fraktion beantragten 585.000 EUR enthalten und werden von der BIBS-Fraktion als alternative Lösung vorgeschlagen.
			PlUA								**abgelehnt 3/10/0**
			BA								**abgelehnt 2/7/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
168	4E.66 NEU	Bienroder Weg (zw. Gewerbegeb. u. Wodanstraße)/Sanierung Nebenanlagen	**SPD**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für die Sanierung der Nebenanlagen des Bienroder Weges (Realisierung des 3. Bereiches zwischen Einmündung Gewerbegebiet und Wodanstraße)
			neu	600.000	0	600.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	
			PlUA	600.000		600.000	0	0	0	0	**angenommen 9/4/0**
			BA	**600.000**		**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7/3/0**
		Förderprogramm Lastenräder									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**120.000**		**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	
169	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**								
			bisher	100.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm für die Anschaffung von Lastenrädern (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)
			neu	220.000	20.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der **SPD-Fraktion vor (Nr. 170).**
			PlUA	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	**angenommen 9/4/0**
			BA	**120.000**		**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	**angenommen 7/3/0**
170	4S.660026	FB 66: Zuschüsse an Dritte	**SPD**								
			bisher	100.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für das Förderprogramm Lastenräder (bisheriger Ansatz: 20.000 EUR jährlich)
			neu	220.000	20.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der **Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor (Nr. 169).**
			PlUA	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	**angenommen 9/4/0**
			BA	**120.000**		**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	**angenommen 7/3/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Pilot-Velorouten Raffturm bis Schöppenstedter Turm									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**260.000**		**260.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
175	3E.66 NEU	Raffturm bis Schöppenstedter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	**DIE LINKE**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 für die Planung einer Pilot-Veloroute vom Raffturm über Madamenweg, südlichen Wallring, Bohlweg, Helmstedter Straße bis zum Schöppenstedter Turm; die Anbindung der Innenstadt soll dabei sowohl aus Richtung Westen (Altstadtmarkt) als auch aus Richtung Osten (Bohlweg) gewährleistet sein **Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegen ähnliche Anträge der BIBS-Fraktion (Anträge 173, 174 und 176) vor.** Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE alle drei Anträge der BIBS-Fraktion ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			PIUA	50.000	0	50.000	0	0	0	0	**passieren lassen**
			BA	50.000	0	50.000	0	0	0	0	**passieren lassen (10/0/0)**
173	3E.66NEU	Bohlweg bis Schöppenstädter Turm / Vorplanung Pilot-Veloroute	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung einer Pilot-Velouroute Bohlweg - Helmstedter Str. - Schöppenstädter Turm **Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr. 175) vor.** Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion (Nr. 173, 174 und 176) ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
			PIUA	30.000	0	30.000	0	0	0	0	**passieren lassen**
			BA	**30.000**	**0**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (10/0/0)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
174	3E.66 NEU	Raffturm bis südlicher Wallring / Vorplanung Pilot-Veloroute	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Veloroute Raffturm - Madamenweg - Altstadtmarkt, Innenstadterschließung über den südlichen Wallring; die Detailplanung soll sich an den Vorschlägen der Radfahrverbände vom 16.09.2020 orientieren, die näheren Ausplanungen der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt -Hohetor-Madamenweg können hierbei mit in diese Planung als Teilstück einfließen **Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr. 175) vor**. Inhaltlich schließt der Antrag der Fraktion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion (Nr. 173, 174 und 176) ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	
			PIUA	200.000	0	200.000	0	0	0	0	**passieren lassen**
			BA	**200.000**	**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (10/0/0)**
176	3E.66NEU	Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg / Vorplanung Radwegeverbindung	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg für den Radverkehr; die Ausplanung soll insbesondere berücksichtigen, wie unter Einbeziehung der Sonnenstraße, der Anpassung der Knotenpunkte und der Reduzierung des Kfz-Verkehrs auf ganzer Länge zwischen Altstadtring und Altstadtmarkt der Radverkehr künftig in diesem Bereich attraktiv und leistungsfähig mit einem deutlich verringerten Kfz-Verkehr abzuwickeln ist **Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE (Nr.175) vor**. Inhaltlich schließt der Antrag der Frakion DIE LINKE die Anträge der BIBS-Fraktion Nr. 173, 174 und 176 ein, die BIBS-Fraktion beantragt jedoch höhere Haushaltsraten.
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
			PIUA	30.000	0	30.000	0	0	0	0	**passieren lassen**
			BA	**30.000**	**0**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (10/0/0)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubau E-Radschnellweg BS-WF/SZ									
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
183 a	5E.660138	BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellw.	**CDU**								
			bisher	5.512.500	0	0	0	187.500	750.000	4.575.000	Verschieben der Finanzraten (hier: Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-WF/SZ Thiede um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	5.512.500	0	0	0	0	0	5.512.500	
			Veränderung	0		0	0	-187.500	-750.000	937.500	
											Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 3/7/1**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
183 b	5E.660138	BS-WF/SZ Thiede/Bau E-Radschnellw.	**CDU**								
			bisher	7.810.000	360.000	50.000	50.000	250.000	1.000.000	6.100.000	Verschieben der Finanzraten für den Bau des E-Radschnellwegs BS-WF/SZ Thiede um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	7.810.000	360.000	0	0	50.000	50.000	7.350.000	
			Veränderung	0		-50.000	-50.000	-200.000	-950.000	1.250.000	
				VE 2022:	50.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-50.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	50.000	**VE 2023 Veränderung:**		**50.000**	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	**VE 2024 Veränderung:**		**50.000**	
											Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 3/7/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubau E-Radschnellweg BS-Lehre-WOB									
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
184 a	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	**CDU**								
			bisher	4.762.500	0	0	0	0	187.500	4.575.000	Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	4.762.500	0	0	0	0	0	4.762.500	
			Veränderung	0		0	0	0	-187.500	187.500	
											Anmerkung der Verwaltung: Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 3/7/1**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
184 b	5E.660139	BS-Lehre-WOB/Bau e-Radschnellweg	**CDU**								
			bisher	6.810.000	360.000	0	50.000	50.000	250.000	6.100.000	Verschieben der Finanzraten (hier Investitionseinzahlungen) für den Bau des E-Radschnellwegs BS-Lehre-WOB um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	6.810.000	360.000	0	0	0	50.000	6.400.000	
			Veränderung	0		0	-50.000	-50.000	-200.000	300.000	
				VE 2022:	50.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-50.000**	**Anmerkung der Verwaltung** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	**VE 2024 Veränderung:**		**50.000**	
											Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 3/7/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		sonstige Maßnahmen zum Radverkehr									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
171	3S.66 NEU	Radwege an der L473 und der L611 f/ Vorplanung	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und an der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel)
			neu	70.000	0	70.000	0	0	0	0	
			Veränderung	70.000		70.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Für die Vorplanung des Radweges an der L611 liegt zudem ein **Antrag der Fraktion DIE LINKE vor (Nr. 172)**
											Anmerkung Bauausschuss: Es wird auf die Beschlüsse des Planungsausschusses zur Vorlage "21-15140" verwiesen.
											Anmerkung der Verwaltung: Hierzu liegt eine neue Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 1/11/1**
			BA	70.000	0	70.000	0	0	0	0	**passieren lassen (11/0/0)**
172	3E.66 NEU	Radweg L611 / Vorplanung	**DIE LINKE**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Radweges an der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel)
			neu	35.000	0	35.000	0	0	0	0	
			Veränderung	35.000		35.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein weitergehender **Antrag der BIBS-Fraktion vor (Nr. 171).**
											Anmerkung Bauausschuss: Es wird auf die Beschlüsse des Planungsausschusses zur Vorlage "21-15140" verwiesen.
											Anmerkung der Verwaltung: Hierzu liegt eine neue Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PIUA								**abgelehnt 1/11/1**
			BA	35.000	0	35.000	0	0	0	0	**passieren lassen (11/0/0)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
177	3E.66 NEU	Querumer Kreisel bis Berliner Str. / Vorplanung Stadtteilverbindungen Radverkehr	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Vorplanung der Radverkehrsanlagen zur Realisierung einer Stadtteilverbindung Querumer Kreisel - Bevenroder Str. - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Str.
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Ein Konzept für diesen Bereich ist bereits finanziert und in Arbeit. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (Anlage 6).
			PlUA								**abgelehnt 5/8/0**
			BA								**abgelehnt 3/8/0**
178	3E.66 NEU	Kanzlerfeld-Watenbüttel / Vorplanung Lückenschluss Radwegeverbindung	**DIE LINKE**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Lückenschlusses für eine Radwegeverbindung zwischen Watenbüttel und Kanzlerfeld auf existierenden landwirtschaftlichen Wegen
			neu	60.000	0	60.000	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	0	
			PlUA								**abgelehnt 5/8/0**
			BA								**abgelehnt 3/8/0**
	4S.660006	Instandhaltungen Gemeindestraßen	**SB 321**								
			bisher	22.598.200	17.398.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Instandsetzung der Fuß-/Radwegverbindung zwischen Ölper und Watenbüttel, im Bereich zwischen Ortsausgang Ölper und Bahnübergang
			neu	22.728.200	17.398.200	1.430.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	130.000		130.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die geschätzten Sanierungskosten für den 850 m langen Radwegeabschnitt belaufen sich auf ca. 130.000 EUR.
			PlUA								**abgelehnt 2/11/0**
			BA								**abgelehnt 3/8/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
179	5E.66 NEU	Uferstraße bis Innenstadt / Realisierung Veloroute	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.000.000 EUR für die Realisierung und den Bau der Veloroute Uferstraße - Feuerwehrstraße - Innenstadt; nach Klärung des Begriffs "Veloroute" soll umgehend das Planungsbüro beauftragt werden, damit 2022 die Realisierung und der Bau der Veloroute begonnen werden kann
			neu	2.000.000	0	500.000	1.000.000	500.000	0	0	
			Veränderung	2.000.000		500.000	1.000.000	500.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Für die Vorplanung standen unter dem Projekt 3E.660014 (FB 66: Uferstraße/Vorplanung Veloroute) bereits Haushaltsmittel für 2020 zur Verfügung.
			PlUA								**abgelehnt 5/8/0**
			BA	2.000.000	0	500.000	1.000.000	500.000	0	0	**passieren lassen (11/0/0)**
194	5S.660077	Fahrradstraßennetz Wallring /Lückenschl.	**CDU**								
			bisher	450.000	0	0	50.000	200.000	200.000	0	Verschieben der Finanzraten für die Herstellung des Lückenschlusses des Fahrradstraßennetzes Wallring um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	450.000	0	0	0	0	50.000	400.000	
			Veränderung	0		0	-50.000	-200.000	-150.000	400.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Für die Personalkosten können auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	50.000	**VE 2024 Veränderung:**		**50.000**	
			PlUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 3/7/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerungen									
		Straßenerneuerung Querumer Straße									
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	**SB 112**								
			bisher	1.300.000	0	0	0	0	0	1.300.000	Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff;
			neu	1.300.000	0	0	0	1.000.000	300.000	0	
			Veränderung	0		0	0	1.000.000	300.000	-1.300.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden; die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich **ab 2022** möglich. Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden **Hinweis:** Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181)**, ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660013	Querumer Str./Straßenerneuerung	**SB 112**								
			bisher	3.500.000	0	0	0	0	0	3.500.000	Vorziehen der Straßenerneuerung "Querumer Straße" von 2025 auf das Jahr 2021 ff;
			neu	3.500.000	0	350.000	0	2.000.000	1.150.000	0	
			Veränderung	0		350.000	0	2.000.000	1.150.000	-3.500.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Mit dem Vorziehen der Maßnahme müssten auch die Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen vorgezogen werden; die Planung und Projektvorbereitung für ein Projekt dieser Größe bedarf mehrerer Jahre. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Bevenroder Straße/Friedrich-Voigtländer-Straße/Querumer Straße erstellen zu lassen. Dieser Auftrag wird derzeit umgesetzt. Die Verwaltung empfiehlt, das Konzept abzuwarten. Planungen wären grundsätzlich **ab 2022** möglich. Nach heutigem Stand würden Planungskosten von 350.000 EUR und Umsetzungskosten von 3,15 Mio EUR anfallen; es kann mit Einzahlungen von 1,3 Mio. EUR aus Straßenausbaubeiträgen gerechnet werden. **Hinweis:** Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			BA								**abgelehnt 1/10/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Alte Frankfurter Straße									
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
189 a	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	**CDU**								
			bisher	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
189 b	5E.660075	Alte Frankfurter Str./Straßenerneuerung	**CDU**								
			bisher	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	2.000.000	0	0	0	0	0	2.000.000	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
189 c	5E.660075	Alte Frankfurter Straße/Straßenerneuerung	**CDU**								
			bisher	6.100.000	0	100.000	0	0	2.000.000	4.000.000	Verschieben der Finanzraten für die Straßenerneuerung der Alten Frankfurter Straße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	6.100.000	0	0	0	100.000	0	6.000.000	
			Veränderung	0		-100.000	0	100.000	-2.000.000	2.000.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	100.000	**VE 2023 Veränderung:**		**100.000**	
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Aufstellung zusätzlicher Beleuchtungsanlagen										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	**SB 213**								
			bisher	2.940.900	2.095.900	155.000	230.000	230.000	230.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 95.000 € für 2021 für die Beleuchtung des Rad- und Fußweges an der Salzdahlumer Straße ab der Einmündung Jägersruh, Mascherode bis zur Einmündung in die Griegstraße (siehe auch Vorlage 19-10336-01)
			neu	3.035.900	2.095.900	250.000	230.000	230.000	230.000	0	
			Veränderung	95.000		95.000	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Verkehrliche Umgestaltung Ortsteil Watenbüttel										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**150.000**		**0**	**0**	**150.000**	**0**	**0**	
	5E.66 NEU	OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	**SB 321**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel
			neu	150.000	0	0	0	150.000	0	0	
			Veränderung	150.000		0	0	150.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**: Aus dem Antrag ist nicht erkennbar, welche Art von Verkehrsberuhigung gemeint ist, in welchem Bereich diese erfolgen und welchen Umfang diese haben soll. Denkbar wäre, in Anlehnung an eine frühere Ausbauplanung für die gesamte Ortsdurchfahrt den südlichen Ortseingangsbereich umzugestalten, um die Ortseingangssituation besser und eindeutiger wahrnehmbar zu machen. Bei einer Planung in 2021 (Planungsmittel ca. 60.000 €) wäre ein Förderantrag für die integrierten Bushaltestellen in 2022 und ein Bau in 2023 möglich. Die Baukosten liegen grob geschätzt bei ca. 600.000 €; die Einnahmeerwartung bei ca. 150.000 €.
			BA	**150.000**		**0**	**0**	**150.000**	**0**	**0**	**angenommen 6/5/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**660.000**		**60.000**	**0**	**600.000**	**0**	**0**	
	5E.66 NEU	OT Watenbüttel / Verkehrliche Umgestaltung	**SB 321**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in 2023 für die Planung und Realisierung einer Verkehrsberuhigung im Ortsteil Watenbüttel
			neu	660.000	0	60.000	0	600.000	0	0	
			Veränderung	660.000		60.000	0	600.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**: Aus dem Antrag ist nicht erkennbar, welche Art von Verkehrsberuhigung gemeint ist, in welchem Bereich diese erfolgen und welchen Umfang diese haben soll. Denkbar wäre, in Anlehnung an eine frühere Ausbauplanung für die gesamte Ortsdurchfahrt den südlichen Ortseingangsbereich umzugestalten, um die Ortseingangssituation besser und eindeutiger wahrnehmbar zu machen. Bei einer Planung in 2021 (Planungsmittel ca. 60.000 €) wäre ein Förderantrag für die integrierten Bushaltestellen in 2022 und ein Bau in 2023 möglich. Die Baukosten liegen grob geschätzt bei ca. 600.000 €; die Einnahmeerwartung bei ca. 150.000 €.
			BA	**660.000**		**60.000**	**0**	**600.000**	**0**	**0**	**angenommen 6/5/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Umbau Verkehrsführung Meinhardshof									
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-500.000**		**0**	**0**	**0**	**-500.000**	**0**	
185 a	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	**CDU**								
			bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Zuwendungen) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	500.000	0	0	0	0	0	500.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-500.000	500.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die **Ansatzveränderungen der Verwaltung (Nr. 59)** sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. **Hinweis:** Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. **Bauausschuss:** Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
neu			bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		0	0	0	-500.000	0	
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**-500.000**	**0**	**angenommen 9/1/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-139.000**		**0**	**0**	**0**	**-139.000**	**0**	
185 b	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	**CDU**								
			bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	139.000	0	0	0	0	0	139.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-139.000	139.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die **Ansatzveränderungen der Verwaltung (Nr. 59)** sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. **Hinweis:** Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren. **Bauausschuss:** Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
neu			bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-139.000		0	0	0	-139.000	0	
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**-139.000**	**0**	**angenommen 9/1/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.750.000**		**-350.000**	**0**	**-1.600.000**	**-800.000**	**0**	
185 c	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	**CDU**								
			bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	Verschieben der Finanzraten für den Umbau der Verkehrsführung Meinhardshof um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	2.750.000	0	0	0	350.000	0	2.400.000	
			Veränderung	0		-350.000	0	-1.250.000	-800.000	2.400.000	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	350.000	**VE 2023 Veränderung:**		**350.000**	Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
											Die **Ansatzveränderungen** der Verwaltung sehen bereits vor, dass das Projekt nicht umgesetzt wird.
											Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
											Bauausschuss: Der Antrag der CDU wird im BA mündlich geändert: Es wird keine Verschiebung sondern eine komplette Streichung beantragt; damit ist der Antrag deckungsgleich mit den Ansatzveränderungen der Verwaltung
neu			bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.750.000		-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0	
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	0	**VE 2023 Veränderung:**		**0**	
			BA	**-2.750.000**	**0**	**-350.000**	**0**	**-1.600.000**	**-800.000**	**0**	**angenommen 9/1/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Umbau Sonnenstr.-Am Hohen Tore									
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
186 a	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	**CDU**								
			bisher	900.000	0	0	675.000	225.000	0	0	Verschieben der Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	900.000	0	0	0	0	675.000	225.000	
			Veränderung	0		0	-675.000	-225.000	675.000	225.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
186 b	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	**CDU**								
			bisher	2.750.000	0	250.000	2.500.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten für den Umbau des Straßenzuges Sonnstraße / Am Hohen Tore um zwei Jahre zur SIcherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	2.750.000	0	0	0	250.000	2.500.000	0	
			Veränderung	0		-250.000	-2.500.000	250.000	2.500.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Daher müssen die beantragten Verpflichtungsermächtigungen auf die Höhe der investiven Auszahlungen beschränkt werden.
				VE 2022:	2.500.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-2.500.000**	
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	250.000	**VE 2023 Veränderung:**		**250.000**	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	2.500.000	**VE 2024 Veränderung:**		**2.500.000**	
											Hinweis: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			PIUA								**abgelehnt 4/9/0**
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Umgestaltung Hagenmarkt										
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
195 a	5E.660142	FB 66:Hagenmarkt / Umgestaltung	**FDP**								
			bisher	400.000	0	0	0	350.000	50.000	0	geringere Investitionseinzahlungen (Straßenausbaubeiträge) in Höhe von 0,4 Mio. EUR für 2023-2024 zur Umgestaltung des Hagenmarktes, da das Projekt insgesamt zurückgestellt werden soll, bis zu einem späteren Zeitpunkt ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind und/oder notwendige Straßenbauarbeiten zu tätigen sind.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		0	0	-350.000	-50.000	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			PIUA								**abgelehnt 0/12/1**
			BA								**abgelehnt 1/9/1**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
195 b	5E.660142	FB 66:Hagenmarkt / Umgestaltung	**FDP**								
			bisher	3.250.000	750.000	50.000	500.000	1.950.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2,5 Mio. € für 2021-2024 zur Umgestaltung des Hagenmarktes, da das Projekt insgesamt zurückgestellt werden soll, bis zu einem späteren Zeitpunkt ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind und/oder notwendige Straßenbauarbeiten zu tätigen sind.
			neu	750.000	750.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.500.000		-50.000	-500.000	-1.950.000	0	0	
				VE 2022:	500.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-500.000**	**Anmerkung der Verwaltung:**
				VE 2023:	1.950.000	VE 2023 neu:	0	**VE 2023 Veränderung:**		**-1.950.000**	Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
											Wenn die Straßenausbaubeiträge entfallen (**siehe Anträge BIBS und FDP - Nr. 180 und 181**), ist auch dieser Antrag zu modifizieren.
			PIUA								**abgelehnt 0/12/1**
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Park + Ride Donaustraße										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
188 a	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	**CDU**								
			bisher	300.000	0	0	0	0	0	300.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	300.000	0	0	0	0	0	300.000	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
188 b	5E.660051	P+R Donaustraße / Neubau	**CDU**								
			bisher	650.000	100.000	0	0	50.000	0	500.000	Verschieben der Finanzraten für den Neubau der Park & Ride-Anlage Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	650.000	100.000	0	0	0	0	550.000	
			Veränderung	0		0	0	-50.000	0	50.000	
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Brückenbaumaßnahmen									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
187	4E.660017	Brücke Donaustraße / Sanierung	**CDU**								
			bisher	640.000	0	40.000	600.000	0	0	0	Verschieben der Finanzraten für die Sanierung der Brücke Donaustraße um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	640.000	0	0	0	40.000	600.000	0	
			Veränderung	0		-40.000	-600.000	40.000	600.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Verpflichtungsermächtigungen können nur für investive Maßnahmen eingeplant werden. Die beantragten Verpflichtungsermächtigungen wurden daher auf den investiven Anteil reduziert.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
190	5E.660113	Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz	**CDU**								
			bisher	680.000	0	0	0	0	80.000	600.000	Verschieben der Finanzraten 2024 /2025 für den Ersatzbau der Mühlenbrücke Bienrode ü. d. Schunter um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	680.000	0	0	0	0	0	680.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-80.000	80.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
191	5E.660137	Schunterbrücke Bienrode/Ersatzneubau	**CDU**								
			bisher	1.800.000	0	0	0	0	200.000	1.600.000	Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Bienrode um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	1.800.000	0	0	0	0	0	1.800.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-200.000	200.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
192	5E.660155	Schunterbrücke Dibbesdorf/Ersatzneubau	**CDU**								
			bisher	2.530.000	0	0	0	0	230.000	2.300.000	Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Dibbesdorf um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	2.530.000	0	0	0	0	0	2.530.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-230.000	230.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**
193	5E.660156	Schunterbrücke Thune/Ersatzneubau	**CDU**								
			bisher	2.400.000	0	0	0	0	300.000	2.100.000	Verschieben der Finanzraten für den Ersatzneubau der Schunterbrücke Thune um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig.
			neu	2.400.000	0	0	0	0	0	2.400.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-300.000	300.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
			BA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Baumaßnahmen zu Bushaltestellen										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	**SB 321**								
			bisher	3.039.612	1.739.612	400.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Einzahlungen (hier Zuwendungen) für die Schaffung beleuchteter und wettergeschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen **Anmerkung der Verwaltung:** Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtrichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtrichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut. Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen.
			neu	2.739.612	1.739.612	400.000	300.000	*)	300.000	0	
			Veränderung	-300.000		0	0	*)	0	0	
			BA								**abgelehnt 0/8/3**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.660067	Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	**SB 321**								
			bisher	6.040.721	3.440.721	800.000	600.000	600.000	600.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung beleuchteter und wettergeschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen **Anmerkung der Verwaltung:** Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtrichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtrichtung Osten). Alle anderen Haltestellen in Lamme, namentlich Lammer Heide (FR Ost und West), Lammer Busch (beide), Rodedamm (FR Westen), Hohkamp (beide), Backhausweg (beide) und Hüttenweg (beide), sind bereits barrierefrei und bedarfsgerecht mit Wetterschutz ausgestattet. Somit sind nur 5 von 16 Bussteige in Lamme noch nicht ausgebaut. Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritär geplant werden sollten, wäre in 2023. Besagtes Bushaltestellenkonzept (DS 20-12696) hat allerdings eine stadtweite Prioritätenreihenfolge festgesetzt, damit entsprechend objektiver Kriterien die Reihenfolge der noch nicht barrierefrei umgebauten rund 430 Bussteige erfolgt. Ein Abweichen von dieser Rangfolge würde dem Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses zuwiderlaufen und zudem das stadtweite Konzept in Frage stellen.
			neu	6.540.721	3.440.721	800.000	600.000	1.100.000	600.000	0	
			Veränderung	500.000		0	0	500.000	0	0	
			BA								**abgelehnt 0/8/3**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen									
		Die Straßenausbaubeiträge sollen abgeschafft werden. Hierzu liegt ein Antrag der BIBS-Fraktion und ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Da der Antrag der BIBS-Fraktion keine Kompensation beinhaltet, ist dieser Antrag in der Berechnung der finanziellen Belastung berücksichtigt worden. Eine der Anträge ist abzulehnen.									
		Antrag der BIBS-Fraktion									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
180 a	diverse Projekte		**BIBS**								
			bisher	1.000.000	0	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen;
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
180 b	diverse Projekte		**BIBS**								
			bisher	57.182.460	36.410.260	2.517.200	2.675.000	2.591.000	2.189.000	10.800.000	geringere Investitionseinzahlungen durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen;
			neu	36.410.260	36.410.260	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "FDP" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Antrag der FDP-Fraktion											
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
181 a	diverse Projekte		**FDP**								
			bisher	1.000.000	0	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - **vgl. FWE 146**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.000.000		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BIBS" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
181 b	diverse Projekte		**FDP**								
			bisher	57.182.460	36.410.260	2.517.200	2.675.000	2.591.000	2.189.000	10.800.000	geringere Erträge durch Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen; der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden - **vgl. FWE 146**
			neu	36.410.260	36.410.260	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-20.772.200		-2.517.200	-2.675.000	-2.591.000	-2.189.000	-10.800.000	
											Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BIBS" vor. Sofern dieser Antrag angenommen wird, so sind folgende weitergehende Anträge der Fraktionen / Stadtbezirksräte sowie der Verwaltung betroffen: - Antrag des SB 112: Querumer Str./Straßenerneuerung, 5E.660013 - Antrag Nr. 185 der CDU: Umbau Meinhardshof, 5E.660152 - Antrag Nr. 186 der CDU: Umbau Sonnenstraße / Am Hohen Tore, 5E.660153 - Antrag Nr. 195 der FDP: Umgestaltung Hagenmarkt, 5E.660142 - Ansatzveränderungen der Verwaltung: Okerbrücke Leiferde (5E.660021), Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (5E.660101), Umbau Meinhardshof (5E.660152), Umgestaltung des Lilienthalplatzes (5E.660150)
			BA								**abgelehnt 1/9/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	sonstige Tiefbaumaßnahmen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
182	3E.66 NEU	Park-and-Ride /Überarbeitung Konzept	**SPD**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR für 2021 für die Überarbeitung des Park-and-Ride-Konzeptes der Stadt Braunschweig
			neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 5/5/1**
	3E.66 NEU	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	**SB 114**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR für 2021 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerteich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung (nach dem Vorbild des neuen Kreisverkehrs Schapen) **Anmerkung der Verwaltung:** Für die betreffende Kreuzung wurden bereits mehrfach Lösungsansätze diskutiert und verworfen. Eine Lösung als ovaler Kreisverkehrsplatz wie in Schapen ist wegen der erheblich unterschiedlichen Verkehrsbelastungen an den einmündenden Straßenästen und aufgrund der Geometrie der Straßenverkehrsfläche hier nicht möglich. Ein Umbau der Kreuzung würde, allein auf Basis der Fläche geschätzt, Kosten im siebenstelligen Bereich verursachen. Die Kosten für eine umfassende Überprüfung und Planung werden in der Größenordnung von 150.000 EUR liegen.
			neu	25.000	0	25.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 0/8/3**
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	**SB 132**								
			bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 20.000 EUR in 2021 für den Bau eines Sitz- und Aufenthaltsbereiches (vgl. Parklets CITYDECKS) auf dem Gehweg vor der Begegnungsstätte Böcklerstraße 232
			neu	1.720.000	900.000	220.000	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	
			BA								**abgelehnt 4/5/2**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	**SB 213**								
			bisher	1.700.000	900.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung der Planungen zur Verkehrsberuhigung an der Kreuzung Möncheweg/Alte Kirchstraße gem. Vorlage 20-13930; sofern Teile der Umsetzung nicht durch den Dienstleistungsvertrag mit der Firma BELLIS abgedeckt sind
			neu	1.500.000	900.000	*)	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
											Anmerkung der Verwaltung: Wie in der in Bezug genommenen Vorlage DS 20-13930 dargestellt, ist die (inzwischen bereits erfolgte) „Markierung von Sperrflächen und das Aufstellen von Beschilderung […]" über den Dienstleistungsvertrag mit der Firma BELLIS gedeckt. Da keine weiteren Maßnahmen vorgesehen sind, werden keine Haushaltsmittel für dieses Projekt benötigt.
											Der Antrag wird damit als erledigt angesehen.
			BA								**für erledigt erklärt**
		Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.670021	Grüninstand. Kinderspielplätze	**SB 131**								
			bisher	3.318.400	2.390.400	232.000	232.000	232.000	232.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR in 2021 für die Beleuchtung der Spiel- und Bolzplätze im SB 131.
			neu	3.343.400	2.390.400	257.000	232.000	232.000	232.000	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			GA								**abgelehnt 0/11/0**
196	4S.670053	FB 67: Park- /Grünanlagen/Opt. Nutz.	**CDU**								
			bisher	750.000	250.000	500.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Optimierung der Nutzung von Park- und Grünanlagen zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	650.000	250.000	400.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-100.000		-100.000	0	0	0	0	
			SpA								**abgelehnt 4/7/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	4S.670061	FB 67: Global Instandh. Grünflächen	**SB 321**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2021 für die Sanierung und Aufwertung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper
			neu	70.000	0	70.000	0	0	0	0	
			Veränderung	70.000		70.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten werden von der Verwaltung auf 70.000 € geschätzt.
			GA								**abgelehnt 0/9/2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	
197	5E.670073	Dirtparcours /Errichtung	**CDU**								
			bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR in 2022 für die Errichtung eines Dirtparcours zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig; die Maßnahme soll gestrichen werden
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-300.000**		**0**	**-300.000**	**0**	**0**	**0**	
				VE 2022:	300.000	VE 2022 neu:	0	**VE 2022 Veränderung:**		**-300.000**	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragte Reduzierung beinhaltet auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden.
			SpA								**abgelehnt 4/7/0**
NEU	5E.670073	Dirtparcours /Errichtung	**SPD**								
Nr.??			bisher	300.000	0	0	300.000	0	0	0	Verschiebung einer Teilfinanzrate 2022 für die Errichtung eines Dirtparcours in das Haushaltsjahr 2023 (Planung des Projektes soll in 2022 und die Realisierung in 2023 erfolgen)
			neu	300.000	0	0	50.000	250.000	0	0	
			Veränderung	0		0	-250.000	250.000	0	0	
				VE 2022:	300.000	VE 2022 neu:	50.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-250.000**	
				VE 2023:	0	VE 2023 neu:	250.000	**VE 2023 Veränderung:**		**250.000**	
			SpA	**0**		**0**	**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**angenommen 7/3/1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	5S.670048	Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	**SB 114**								
			bisher	3.263.400	2.363.400	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2021 für die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese auf städtischem Gelände für die Hundebesitzer im Stadtbezirk - die Mittel sind in erster Linie für die Einfriedung der beantragten Hundewiese vorgesehen.
			neu	3.278.400	2.363.400	240.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			GA								**abgelehnt 1/10/0**
	5S.670048	Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	**SB 321**								
			bisher	3.263.400	2.363.400	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 65.000 EUR für 2021 für die Errichtung eines baugleichen Fitnessparcours wie im Bürgerpark im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel
			neu	3.328.400	2.363.400	290.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	65.000		65.000	0	0	0	0	
			GA								**abgelehnt 0/10/1**
	5S.670055	FB 67: Ersatz/ Neubau Flutlichtanlage	**SB 321**								
			bisher	50.000	50.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau einer dem Bedarf der Vereine TSV Watenbüttel und TSV Eintracht Völkenrode angepassten Trainingsbeleuchtung auf dem Sportplatz "TSV Watenbüttel"
			neu	160.000	50.000	110.000	0	0	0	0	
			Veränderung	110.000		110.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten werden von der Verwaltung auf 110.000 EUR geschätzt. Es wird empfohlen, den Vorschlag abzulehnen, da die Beleuchtung dem ursprünglichen Konzept des Neubaus eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Völkenrode widerspricht.
			SpA								**abgelehnt 0/7/4**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
198	5S.670073	Prinzenpark/Bürgerpark / San.	**CDU**								
			bisher	1.260.000	400.000	0	0	430.000	430.000	0	Verschieben der Finanzraten für die Sanierung des Wegesystems im Bürger- und Prinzenpark um zwei Jahre zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig
			neu	1.260.000	400.000	0	0	0	0	860.000	
			Veränderung	0		0	0	-430.000	-430.000	860.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Verschiebungen beinhalten auch Personalkosten, die hier nicht dargestellt werden. Weiterhin können für die Personalkosten auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden.
			GA								**abgelehnt 4/7/0**

Teilhaushalt 68 - Umwelt

Geschützte Inseln in Braunschweiger Wäldern

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als auch die BIBS-Fraktion beantragen die Schaffung von Altholzinseln in Braunschweiger Wäldern.

Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN"

	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)	**75.000**		**75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
199a	4S.68 NEU	Braunschweiger Wälder (SBK)/ Zuschüsse für Altholzinseln	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**							
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 100.000 EUR zur Herausnahme von Waldflächen aus der Nutzung, die sich im Besitz der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) befinden, die jährliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln soll bis zur vollständigen Ablösung der vertraglich vereinbarten Flächen erfolgen
			neu	400.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	400.000		100.000	100.000	100.000	100.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher **Antrag der BIBS-Fraktion (Nr. 200) vor.**
											Planungs- und Umweltausschuss: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde geändert.
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	25.000	0	25.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	
			PlUA	**25.000**		**25.000**	**0**	**0**	**0**		**angenommen 9/4/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
199b	4S.68 NEU	Private Braunschweiger Wälder /Zuschüsse f. Altholzinseln	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 und Erhöhung dieser Summe um weitere 50.000 EUR/Jahr bis zu einer Gesamtsumme von 300.000 EUR für die Schaffung von Altholzinseln in Wäldern, die sich in Privatbesitz befinden **Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher **Antrag der BIBS-Fraktion (Nr. 201)** vor. **Planungs- und Umweltausschuss:** Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde geändert.
			neu	500.000	0	50.000	100.000	150.000	200.000	0	
			Veränderung	500.000		50.000	100.000	150.000	200.000	0	
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			PIUA	**50.000**		**50.000**	**0**	**0**	**0**		**angenommen 9/4/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Anträge der BIBS-Fraktion										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
200	4S.68 NEU	Querumer Forst (SBK)/ Zuschüsse für Altholzinseln	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 und 30.000 EUR jährlich ab 2022 für die Herausnahme von Teilflächen des Querumer Forstes aus der forstlichen Nutzung (ab 2022: Herauslösung von 1 ha Fläche aus der forstlichen Nutzung pro Jahr) - "geschützte Inseln"
			neu	190.000	0	100.000	30.000	30.000	30.000	0	
			Veränderung	190.000		100.000	30.000	30.000	30.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher Antrag der **Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" (Nr. 199a) vor.**
			PlUA								**abgelehnt 2/11/0**
201	4S.68 NEU	Private Braunschweiger Wälder /Zuschüsse f. Altholzinseln	**BIBS**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 EUR jährlich für die Schaffung von mindestens einer Altholzinsel in jedem der zehn Privatwaldstücke Braunschweigs in den kommenden zehn Jahren (Herauslösung von 3 ha Fläche aus der forstlichen Nutzung in Privat- und Genossenschaftswäldern pro Jahr) - "geschützte Inseln"
			neu	360.000	0	90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			Veränderung	360.000		90.000	90.000	90.000	90.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt ein ähnlicher Antrag der **Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" (Nr. 199b)** vor.
			PlUA								**abgelehnt 2/11/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
sonstige Umweltmaßnahmen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**		**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	
203	4S.680032	Förderprogramm f.regener.Energien	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**								
			bisher	1.200.000	0	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR jährlich für das Förderprogramm regenerative Energien
			neu	1.800.000	0	450.000	450.000	450.000	450.000	0	
			Veränderung	600.000		150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			PIUA	**600.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	**passieren lassen**
Maßnahmen teilhaushaltübergreifend											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
202	3E.68 NEU	städtische Anleihen für Klimaschutzprojekte / Vorplanung	**FDP**								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines Konzeptes für städtische Anleihen für Klimaschutzprojekte
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Ein Anleihebetrag (Einzahlung) und Aufwendungen oder Auszahlungen sollten erst nach Vorliegen des Konzeptes veranschlagt werden. Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor (siehe Anlage 6).
			PIUA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Anlage 5.2.1

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung (IM)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 01 - Zentrale Steuerung											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**5.000**		**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1	4S.00 NEU	Referat 0103: GVG-Sammelprojelt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Mittel i. H. v. 5.000 EUR für 2021 für die Mobiliarbeschaffung im Zusammenhang mit der Verlegung der Bezirksgeschäftsstelle Ost von Volkmarode nach Querum. Es wird auf die Gremienvorlage 20-14628 verwiesen.
			neu	5.000	0	5.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**5.000**		**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
Teilhaushalt 0120 - Stadtentwicklung und Statistik											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**17.200**		**4.300**	**4.300**	**4.300**	**4.300**	**0**	
2	4S.000004	Ref. 0120: Instandhaltungen	bisher	426.700	291.300	40.100	27.600	27.600	40.100	0	zusätzliche Mittel i. H. v. jährlich 4.300 EUR für die Ergänzung von Software-Pflege nach erfolgter Ausschreibung und Beschaffung und für die Pflege der Befragungssoftware
			neu	443.900	291.300	44.400	31.900	31.900	44.400	0	
			Veränderung	**17.200**		**4.300**	**4.300**	**4.300**	**4.300**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Sanierung Stadthalle											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
3a	4E.210170	Stadthalle / Sanierung	bisher	612.569	612.569	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Hlöhe von 530.000 EUR für 2023 / 2024 für die Sanierung der Stadthalle (Gesamtkosten der Vorbereitung und Begleitung der Sanierung bisher: 6,5 Mio. EUR, neu: rd. 7,1 Mio. EUR)
			neu	612.569	612.569	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren gelassen 11/0/0** **Anfrage Bauausschuss** Es wird um schriftliche Erläuterung gebeten, wodurch die Mehrkosten entstehen: Für die vorbereitenden Maßnahmen zur Sanierung der Stadthalle sind für die Jahre 2023 und 2024 zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 530.000 € vorgesehen worden, um die benötigten Bedarfe für die wirtschaftliche, technische und juristische Beratung für die Vorbereitung und Begleitung des Vergabeverfahrens und des Vertragscontrollings abdecken zu können (davon entfallen allein auf die Baugenehmigung einschließlich Prüfgebühren 488.118 Euro).

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**530.000**		**0**	**0**	**258.000**	**272.000**	**0**	
3b	4E.210170	Stadthalle / Sanierung	bisher	5.904.931	5.507.131	397.800	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Hlöhe von 530.000 EUR für 2023 / 2024 für die Sanierung der Stadthalle (Gesamtkosten der Vorbereitung und Begleitung der Sanierung bisher: 6,5 Mio. EUR, neu: rd. 7,1 Mio. EUR)
			neu	6.434.931	5.507.131	397.800	0	258.000	272.000	0	
			Veränderung	530.000		0	0	258.000	272.000	0	
			BA	**530.000**		**0**	**0**	**258.000**	**272.000**	**0**	**passieren gelassen 11/0/0** **Anfrage Bauausschuss** Es wird um schriftliche Erläuterung gebeten, wodurch die Mehrkosten entstehen: Für die vorbereitenden Maßnahmen zur Sanierung der Stadthalle sind für die Jahre 2023 und 2024 zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 530.000 € vorgesehen worden, um die benötigten Bedarfe für die wirtschaftliche, technische und juristische Beratung für die Vorbereitung und Begleitung des Vergabeverfahrens und des Vertragscontrollings abdecken zu können (davon entfallen allein auf die Baugenehmigung einschließlich Prüfgebühren 488.118 Euro).

Kapitalerhöhung SBBG

	28	**Erwerb von Finanzvermögensanlagen** (Veränderungen)		**12.000.000**		**500.000**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**10.000.000**	
4	5E.200006	FB 20: SBBG / Kapitalerhöhung	bisher	20.681.700	5.930.300	1.751.400	1.000.000	1.000.000	1.000.000	10.000.000	zusätzliche Haushaltsmittel für die Aufstockung der Kapitalrücklage der SBBG in Höhe von jährlich 500.000 EUR (Grund: Unterstützung Dalehenstilgung - DS-20-14510)
			neu	32.681.700	5.930.300	2.251.400	1.500.000	1.500.000	1.500.000	20.000.000	
			Veränderung	**12.000.000**		**500.000**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**10.000.000**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Schulsanierungsprogramm** **Sanierungsmaßnahmen GY MK**											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**400.000**	**-400.000**	**0**	**0**	**0**	
5	4E.210141	GY MK, Abt. Echternstr. / Sanierung	bisher	1.751.000	1.000	350.000	400.000	0	500.000	500.000	geringere Haushaltsmittel für die Sanierung des GY M.K. (Abt. Echternstraße) in Höhe von 750.000 EUR für 2021 und 2022
			neu	1.001.000	1.000	0	0	0	500.000	500.000	
			Veränderung	-750.000		-350.000	-400.000	0	0	0	
			SchA	-750.000		-350.000	-400.000	0	0	0	**angenommen 13/2/1**
			BA	**-750.000**		**-350.000**	**-400.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
6	4E.210353	GY MK, Abt. Echternstr. / Fassadensanierung	bisher	550.000	550.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Fassadensanierung des GY M. K. (Abt. Echternstraße) für 2021 in Höhe von 750.000 EUR (Gesamtkosten bisher: 550.000 EUR, Geamtkosten neu: 1.300.000 EUR)
			neu	1.300.000	550.000	750.000	0	0	0	0	
			Veränderung	750.000		750.000	0	0	0	0	
			SchA	750.000		750.000	0	0	0	0	**angenommen 15/1/0**
			BA	**750.000**		**750.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Fassadensanierung BBS Johannes-Selenka Schule									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-400.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	
7	4E.210272	BBS J. Selenka Schule / Fassadensan.	bisher	2.000.000	200.000	1.600.000	200.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate für die Fassadensanierung an der BBS Johannes-Selenka-Schule von 2021 auf 2022 in Höhe von 400.000 EUR
			neu	2.000.000	200.000	1.200.000	600.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-400.000	400.000	0	0	0	
			SchA	0		-400.000	400.000	0	0	0	**angenommen 9/0/8**
			BA	**0**		**-400.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
		Sanierung Sporthalle GS Veltenhof									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-500.000**		**-1.000.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	
8	4E.210337	GS Veltenhof Sporthalle/San. Fachw.-Deck	bisher	1.160.000	0	1.160.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für die Sanierung der Fassade und der Unterdecken der Sporthalle GS Veltenhof in Höhe von 500.000 EUR - es sollen nur noch Planungsmittel bereitgestellt werden **Hinweis:** Einrichtung eines Vorplanungsprojektes (3E.21 Neu) erforderlich. Der Stadtbezirksrat 322 hat den Antrag gestellt, keine Sanierung durchzuführen und stattdessen einen Neubau zu erstellen (**siehe Liste der Stadtbezirksrats- und Fraktionsanträge)**. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt wird, so müsste der Antrag des Stadtbezirksrates abgelehnt werden.
			neu	660.000	0	160.000	500.000	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-1.000.000	500.000	0	0	0	
			SchA	-500.000		-1.000.000	500.000	0	0	0	**angenommen 13/1/2**
			BA	**-500.000**		**-1.000.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung etc. Hans-Würtz-Schule									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**660.000**		**130.000**	**265.000**	**265.000**	**0**	**0**	
9	4E21 NEU	Hans-Würtz-Schule / Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung, etc.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 660 TEUR für 2021-2023 für die Erneuerung der Sicherheitsbeleuchtung, für Maßnahmen zur Hausalarmanlage und zur Amokanlage für die Hans-Würtz-Schule
			neu	660.000	0	130.000	265.000	265.000	0	0	
			Veränderung	660.000		130.000	265.000	265.000	0	0	
			SchA	660.000		130.000	265.000	265.000	0	0	**angenommen 16/0/0**
			BA	**660.000**		**130.000**	**265.000**	**265.000**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Einrichtung von Ganztagsbetrieben									
		Einrichtung GTB und Sanierung GS Melverode									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-50.000**	**-91.400**	**0**	**141.400**	
10 a	4E.210236	GS Melverode/Einr. GTB und Sanierung	bisher	2.057.100	140.000	100.000	340.000	600.000	600.000	277.100	Verschieben von Teilfinanzraten 2022/2023 in Höhe von 706.800 EUR auf 2025 ff für die Einrichtung des GTB und der Sanierung der GS Melverode
			neu	2.057.100	140.000	100.000	290.000	508.600	600.000	418.500	
			Veränderung	0		0	-50.000	-91.400	0	141.400	
			SchA	0		0	-50.000	-91.400	0	141.400	**angenommen 12/0/4**
			BA	**0**		**0**	**-50.000**	**-91.400**	**0**	**141.400**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-200.000**	**-365.400**	**0**	**565.400**	
10 b	4E.210236	GS Melverode/Einr. GTB und Sanierung	bisher	7.985.900	317.300	400.000	1.360.000	2.400.000	2.400.000	1.108.600	Verschieben von Teilfinanzraten 2022/2023 in Höhe von 706.800 EUR auf 2025 ff für die Einrichtung des GTB und der Sanierung der GS Melverode
			neu	7.985.900	317.300	400.000	1.160.000	2.034.600	2.400.000	1.674.000	
			Veränderung	0		0	-200.000	-365.400	0	565.400	
				VE 2022:	1.300.000	VE 2022 neu:	1.100.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-200.000**	
				VE 2023:	2.400.000	VE 2023 neu:	2.000.000	**VE 2023 Veränderung:**		**-400.000**	
				VE 2024:	2.400.000	VE 2024 neu:	2.400.000	**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
			SchA	0		0	-200.000	-365.400	0	565.400	**angenommen 12/0/4**
			BA	**0**		**0**	**-200.000**	**-365.400**	**0**	**565.400**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB und Sanierung GS Stöckheim									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-100.000**	**100.000**	**0**	**0**	
11 a	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	2.381.038	433.038	900.000	740.000	308.000	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2022 in Höhe von 500.000 EUR auf 2023 für die Einrichtung des GTB und der Sanierung der GS Stöckheim
			neu	2.381.038	433.038	900.000	640.000	408.000	0	0	
			Veränderung	0		0	-100.000	100.000	0	0	
			SchA	0		0	-100.000	100.000	0	0	angenommen 12/0/4
			BA	**0**		**0**	**-100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-400.000**	**400.000**	**0**	**0**	
11 b	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	9.848.500	2.056.500	3.600.000	2.960.000	1.232.000	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2022 in Höhe von 500.000 EUR auf 2023 für die Einrichtung des GTB und der Sanierung der GS Stöckheim
			neu	9.848.500	2.056.500	3.600.000	2.560.000	1.632.000	0	0	
			Veränderung	0		0	-400.000	400.000	0	0	
				VE 2022:	2.900.000	VE 2022 neu:	2.500.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-400.000**	
				VE 2023:	1.200.000	VE 2023 neu:	1.200.000	**VE 2023 Veränderung:**		**0**	
			SchA	0		0	-400.000	400.000	0	0	angenommen 12/0/4
			BA	**0**		**0**	**-400.000**	**400.000**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Schulneubauten / -erweiterungen											
Neubau Sporthalle IGS Sally-Perel-Gesamtschule											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**91.400**		**-100.000**	**0**	**191.400**	**0**	**0**	
12 a	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	bisher	1.495.050	3.050	540.000	800.000	152.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 456.800 EUR für 2023 für den Neubau der Sporthalle der IGS Sally-Perel-Gesamtschule sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2021 auf 2023 (bisherige Gesamtkosten: 8.890.000 EUR, neue Gesamtkosten: 9.346.800 EUR) Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der eine Verschiebung der Maßnahme um ein Jahr vorsieht.
			neu	1.586.450	3.050	440.000	800.000	343.400	0	0	
			Veränderung	91.400		-100.000	0	191.400	0	0	
			SchA	91.400		-100.000	0	191.400	0	0	**angenommen 15/0/1**
			BA	**91.400**		**-100.000**	**0**	**191.400**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**365.400**		**-400.000**	**0**	**765.400**	**0**	**0**	
12 b	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	bisher	6.073.100	105.100	2.160.000	3.200.000	608.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 456.800 EUR für 2023 für den Neubau der Sporthalle der IGS Sally-Perel-Gesamtschule sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2021 auf 2023 (bisherige Gesamtkosten: 8.890.000 EUR, neue Gesamtkosten: 9.346.800 EUR) Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der eine Verschiebung der Maßnahme um ein Jahr vorsieht.
			neu	6.438.500	105.100	1.760.000	3.200.000	1.373.400	0	0	
			Veränderung	365.400		-400.000	0	765.400	0	0	
			SchA	365.400		-400.000	0	765.400	0	0	**angenommen 15/0/1**
			BA	**365.400**		**-400.000**	**0**	**765.400**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Sporthalle GS Melverode										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-100.000**	**0**	**100.000**	
13 a	4E.210346	GS Melverode Sph/ Neubau	bisher	1.200.000	0	0	100.000	200.000	400.000	500.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 ff. für den Neubau der Sporthalle der GS Melverode
			neu	1.200.000	0	0	100.000	100.000	400.000	600.000	
			Veränderung	0		0	0	-100.000	0	100.000	
			SchA	0		0	0	-100.000	0	100.000	**angenommen 13/0/3**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-100.000**	**0**	**100.000**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-400.000**	**0**	**400.000**	
13 b	4E.210346	GS Melverode Sph/ Neubau	bisher	4.800.000	0	0	400.000	800.000	1.600.000	2.000.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 ff. für den Neubau der Sporthalle der GS Melverode
			neu	4.800.000	0	0	400.000	400.000	1.600.000	2.400.000	
			Veränderung	0		0	0	-400.000	0	400.000	
			SchA	0		0	0	-400.000	0	400.000	**angenommen 13/0/3**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-400.000**	**0**	**400.000**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Mobile Raumeinheiten 2. BA Lessingymnasium										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-50.000**	**0**	**0**	**50.000**	
14 a	4S.210092	Lessinggymn./Containerber. 2.BA	bisher	2.828.400	143.200	300.000	510.000	600.000	200.000	1.075.200	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2022 in Höhe von 250.000 EUR auf 2025 ff. für die Herstellung mobiler Raumreinheiten 2. BA für das Lessinggymnasium
			neu	2.828.400	143.200	300.000	460.000	600.000	200.000	1.125.200	
			Veränderung	0		0	-50.000	0	0	50.000	
			SchA	0		0	-50.000	0	0	50.000	**angenommen 14/0/2**
			BA	**0**		**0**	**-50.000**	**0**	**0**	**50.000**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**200.000**	
14 b	4S.210092	Lessinggymn./Containerber. 2.BA	bisher	11.171.600	430.900	1.200.000	2.040.000	2.400.000	800.000	4.300.700	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2022 in Höhe von 250.000 EUR auf 2025 ff. für die Herstellung mobiler Raumreinheiten 2. BA für das Lessinggymnasium
			neu	11.171.600	430.900	1.200.000	1.840.000	2.400.000	800.000	4.500.700	
			Veränderung	0		0	-200.000	0	0	200.000	
				VE 2022:	2.000.000	VE 2022 neu:	1.800.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-200.000**	
				VE 2023:	2.400.000	VE 2023 neu:	2.400.000	**VE 2023 Veränderung:**		**0**	
				VE 2024:	800.000	VE 2024 neu:	800.000	**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
			SchA	0		0	-200.000	0	0	200.000	**angenommen 14/0/2**
			BA	**0**		**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**200.000**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Erweiterung GY M.K. wegen G8/9										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-100.000**	**0**	**100.000**	
15 a	4E.210286	GY MK / Erweiterung G8/ G9	bisher	1.570.000	0	0	160.000	600.000	400.000	410.000	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 für die Erweiterung des GY M.K. aufgrund dem Wechsel von G8/9
			neu	1.570.000	0	0	160.000	500.000	400.000	510.000	
			Veränderung	0		0	0	-100.000	0	100.000	
			SchA	0		0	0	-100.000	0	100.000	**angenommen 16/0/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-100.000**	**0**	**100.000**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-400.000**	**0**	**400.000**	
15 b	4E.210286	GY MK / Erweiterung G8/ G9	bisher	6.280.000	0	0	640.000	2.400.000	1.600.000	1.640.000	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 für die Erweiterung des GY M.K. aufgrund dem Wechsel von G8/9
			neu	6.280.000	0	0	640.000	2.000.000	1.600.000	2.040.000	
			Veränderung	0		0	0	-400.000	0	400.000	
				VE 2022:	640.000	VE 2022 neu:	640.000	**VE 2022 Veränderung:**		**0**	
			SchA	0		0	0	-400.000	0	400.000	**angenommen 16/0/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-400.000**	**0**	**400.000**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Kita-Maßnahmen										
	Ersatzbau ev. Kita Bienrode										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-36.400**	**-200.000**	**236.400**	
16 a	4E.210184	Kita Bienrode / Ersatzbau	bisher	830.000	40.000	0	30.000	280.000	400.000	80.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023/2024 in Höhe von 1.182.200 EUR auf 2025 ff. für den Ersatzbau der ev. Kita Bienrode
			neu	830.000	40.000	0	30.000	243.600	200.000	316.400	
			Veränderung	0		0	0	-36.400	-200.000	236.400	
			JHA	0		0	0	-36.400	-200.000	236.400	**angenommen 10/1/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-36.400**	**-200.000**	**236.400**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**-145.800**	**-800.000**	**945.800**	
16 b	4E.210184	Kita Bienrode / Ersatzbau	bisher	3.320.000	160.000	0	120.000	1.120.000	1.600.000	320.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023/2024 in Höhe von 1.182.200 EUR auf 2025 ff. für den Ersatzbau der ev. Kita Bienrode
			neu	3.320.000	160.000	0	120.000	974.200	800.000	1.265.800	
			Veränderung	0		0	0	-145.800	-800.000	945.800	
				VE 2022:	120.000	VE 2022 neu:	120.000	**VE 2022 Veränderung:**		**0**	
			JHA	0		0	0	-145.800	-800.000	945.800	**angenommen 10/1/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**-145.800**	**-800.000**	**945.800**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Rautheim										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**16.500**		**16.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
17 a	4E.210209	Kita Rautheim / Ersatzbau	bisher	800.000	40.000	460.000	300.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 82.200 EUR für 2021 für den Ersatzbau der Kita Rautheim (Grund: Nachversanschlagung von Ansätzen, die als Deckungsmittel angeboten worden sind)
			neu	816.500	40.000	476.500	300.000	0	0	0	
			Veränderung	16.500		16.500	0	0	0	0	
			JHA	16.500		16.500	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
			BA	**16.500**		**16.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**65.700**		**65.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	
17 b	4E.210209	Kita Rautheim / Ersatzbau	bisher	3.200.000	160.000	1.840.000	1.200.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 82.200 EUR für 2021 für den Ersatzbau der Kita Rautheim (Grund: Nachversanschlagung von Ansätzen, die als Deckungsmittel angeboten worden sind)
			neu	3.265.700	160.000	1.905.700	1.200.000	0	0	0	
			Veränderung	65.700		65.700	0	0	0	0	
			JHA	65.700		65.700	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
			BA	**65.700**		**65.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Kita Dibbesdorfer Straße-Süd										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**10.000**		**0**	**10.000**	**0**	**0**	**0**	
18 a	4E.210278	Kita Dibbesdorfer Str.-Süd / Neubau	bisher	287.000	33.000	208.000	46.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2022 für den Neubau der Kita Dibbesdorfer Straße-Süd (Grund: Nachversanschlagung von Ansätzen, die als Deckungsmittel angeboten worden sind)
			neu	297.000	33.000	208.000	56.000	0	0	0	
			Veränderung	10.000		0	10.000	0	0	0	
			JHA	10.000		0	10.000	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
			BA	**10.000**		**0**	**10.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**90.000**		**0**	**90.000**	**0**	**0**	**0**	
18 b	4E.210278	Kita Dibbesdorfer Str.-Süd / Neubau	bisher	2.583.000	297.000	1.872.000	414.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2022 für den Neubau der Kita Dibbesdorfer Straße-Süd (Grund: Nachversanschlagung von Ansätzen, die als Deckungsmittel angeboten worden sind)
			neu	2.673.000	297.000	1.872.000	504.000	0	0	0	
			Veränderung	90.000		0	90.000	0	0	0	
			JHA	90.000		0	90.000	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
			BA	**90.000**		**0**	**90.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Kita Feldstraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-55.000**	**-293.200**	**25.000**	**173.200**	**150.000**	
19 a	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau									
			bisher	550.000	0	55.000	340.000	155.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten von 2021/2022 in Höhe von 3.482.200 EUR auf 2023 ff für den Neubau der Kita Feldstraße
			neu	550.000	0	0	46.800	180.000	173.200	150.000	
			Veränderung	0		-55.000	-293.200	25.000	173.200	150.000	Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der ebenfalls die Verschiebung des Vorhabens zum Inhalt hat. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender.
			JHA	0		-55.000	-293.200	25.000	173.200	150.000	**angenommen 10/1/0**
			BA	**0**		**-55.000**	**-293.200**	**25.000**	**173.200**	**150.000**	**angenommen 10/1/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-495.000**	**-2.639.000**	**225.000**	**1.559.000**	**1.350.000**	
19 b	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau									
			bisher	4.950.000	0	495.000	3.060.000	1.395.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten von 2021/2022 in Höhe von 3.482.200 EUR auf 2023 ff für den Neubau der Kita Feldstraße
			neu	4.950.000	0	0	421.000	1.620.000	1.559.000	1.350.000	
			Veränderung	0		-495.000	-2.639.000	225.000	1.559.000	1.350.000	Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der ebenfalls die Verschiebung des Vorhabens zum Inhalt hat. Der Antrag der Verwaltung ist jedoch weitergehender.
			JHA	0		-495.000	-2.639.000	225.000	1.559.000	1.350.000	**angenommen 10/1/0**
			neu	VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	420.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-2.580.000**	
			neu	VE 2023:	1.300.000	VE 2023 neu:	1.620.000	**VE 2023 Veränderung:**		**320.000**	
			BA	**0**		**-495.000**	**-2.639.000**	**225.000**	**1.559.000**	**1.350.000**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Querum										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**-100.000**	**100.000**	
20 a	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	2.120.000	0	0	0	0	200.000	1.920.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2024 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 ff für den Ersatzbau der Kita Querum
			neu	2.120.000	0	0	0	0	100.000	2.020.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-100.000	100.000	
			JHA	0		0	0	0	-100.000	100.000	**angenommen 10/1/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**-100.000**	**100.000**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**-400.000**	**400.000**	
20 b	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	8.480.000	0	0	0	0	800.000	7.680.000	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2024 in Höhe von 500.000 EUR auf 2025 ff für den Ersatzbau der Kita Querum
			neu	8.480.000	0	0	0	0	400.000	8.080.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-400.000	400.000	
			JHA	0		0	0	0	-400.000	400.000	**angenommen 10/1/0**
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**-400.000**	**400.000**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Vorplanungen Hochbaumaßnahmen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**225.000**		**150.000**	**75.000**	**0**	**0**	**0**	
21	3E.21 NEU	PPP-Schulsanierungen / Vorplanungen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 EUR für 2021/2022 für vorbereitende Planungen für das PPP-Projekt Schulsanierungen
			neu	175.000	0	100.000	75.000	0	0	0	
			Veränderung	175.000		100.000	75.000	0	0	0	
			SchA	175.000		100.000	75.000	0	0	0	**angenommen 13/2/1**
			BA	**175.000**		**100.000**	**75.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
22	3E.21 NEU	Gärtnerstützpunkt Nord / Vorplanung Ersatzneubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2021 für die Vorplanung des Ersatzbaus des Gärtnerstützpunktes Nord (Grund: Neustrukturierung wegen Abriss Pumpwerk erforderlich)
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			BA	**50.000**		**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		sonstige Hochbaumaßnahmen									
		Gärtnerstützpunkt Dessaustraße									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-25.000**		**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
23 a	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.									
			bisher	850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50 TEUR für 2021 für Anbauten und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude Dessautraße (Gärtnerstützpunkt FB 67)
			neu	825.000	0	125.000	350.000	350.000	0	0	
			Veränderung	-25.000		-25.000	0	0	0	0	Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der die Verschiebung des Vorhabens um ein Jahr zum Inhalt hat.
			BA	**-25.000**		**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-25.000**		**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
23 b	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.									
			bisher	850.000	0	150.000	350.000	350.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50 TEUR für 2021 für Anbauten und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude Dessautraße (Gärtnerstützpunkt FB 67)
			neu	825.000	0	125.000	350.000	350.000	0	0	
			Veränderung	-25.000		-25.000	0	0	0	0	Hierzu liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor **(FWI 156 NEU)**, der die Verschiebung des Vorhabens um ein Jahr zum Inhalt hat.
			BA	**-25.000**		**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Errichtung von Taubenschlägen										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**150.000**		**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
24	5E.21 NEU	Taubenschläge / Neuerrichtung									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für 2021 für die Errichtung von Taubenschlägen (Grund: Umsetzung des Stadttaubenmanagements). Hiermit sollen Taubenhäuser an den Standorten Altstadtmarkt, Rathaus und Wallstraße als auch an dem Standort Studentenwohnheim am Rebenring errichtet werden. Hierzu liegt ein **ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion (FWI 150)** vor, der jedoch weniger Standorte vorsieht.
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	
			BA	**150.000**		**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**
	Sonstige Instandhaltungsprojekte										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.440.000**		**1.470.000**	**235.000**	**-265.000**	**0**	**0**	
25	4E.210245	Städt. Stadion / Nachrüstung BMA									
			bisher	210.000	210.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2021 für die Erweiterung der Brandmeldeanlage im Städt. Stadion (Grund: Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die nicht mehr als Haushaltsreste übertragen werden können)
			neu	410.000	210.000	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	
			BA	**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
26	4E.21 NEU	Städt. Stadion / Sanierung Nahwärmeleitung etc.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 870.000 EUR für 2021 für die Sanierung der Nahwärmeleitung im Städt. Stadion
			neu	870.000	0	870.000	0	0	0	0	
			Veränderung	870.000		870.000	0	0	0	0	
			BA	**870.000**		**870.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
27	4E.21 NEU	Grundstück Kastanienallee 71 /Altlastensanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2021/2022 für die Altlastensanierung "Kastanienallee 71" (Grund: Belastungen in Grundwasser, Bodenluft und Boden)
			neu	1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	0	
			Veränderung	1.000.000		500.000	500.000	0	0	0	
			BA	**1.000.000**		**500.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
28	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	bisher	5.653.300	4.653.300	250.000	250.000	250.000	250.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR für 2021 für die Instandhaltung des Allgemeinen Grundvermögens
			neu	5.593.300	4.653.300	190.000	250.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	-60.000		-60.000	0	0	0	0	
			BA	**-60.000**		**-60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
29	4S.210065	FB 20:Global Instandhaltung Schulen	bisher	12.108.000	8.008.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	1.025.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 660.000 EUR für 2021-2023 für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen
			neu	11.448.000	8.008.000	895.000	760.000	760.000	1.025.000	0	
			Veränderung	-660.000		-130.000	-265.000	-265.000	0	0	
			SchA	-660.000		-130.000	-265.000	-265.000	0	0	**angenommen 15/1/1**
			BA	**-660.000**		**-130.000**	**-265.000**	**-265.000**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
30	4S.210097	Photovoltaikanlagen / Neuinstallation	bisher	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 EUR für 2021 für eine Photovoltaikanlage für das Lessinggymnasium
			neu	340.000	50.000	140.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
			SchA	90.000		90.000	0	0	0	0	**angenommen 16/0/0**
			BA	**90.000**		**90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**120.000**		**120.000**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**1.000.000**	
31	5E.210116	Rathausneubau / Sanierung	bisher	24.700.000	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	6.000.000	12.700.000	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1.000.000 EUR von 2024 auf 2025 für die Sanierung des Rathaus-Neubaus Hierzu liegt auch **ein Antrag der AFD-Fraktion (FWI 156 NEU)** vor, der die Verschiebung des Vorhabens um ein Jahr zum Inhalt hat.
			neu	24.700.000	0	1.000.000	1.000.000	4.000.000	5.000.000	13.700.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-1.000.000	1.000.000	
				VE 2022:	1.000.000	VE 2022 neu:	1.000.000	**VE 2022 Veränderung:**		**0**	
				VE 2023:	4.000.000	VE 2023 neu:	4.000.000	**VE 2023 Veränderung:**		**0**	
				VE 2024:	6.000.000	VE 2024 neu:	5.000.000	**VE 2024 Veränderung:**		**-1.000.000**	
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**1.000.000**	**angenommen 9/2/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
32	5E.210161	Jugendamt Eiermarkt 4-5/Einb. Aufzugsanl	bisher	280.000	50.000	230.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 EUR für 2021 für den Einbau eines Aufzuges in das Verwaltungsgebäude Eiermarkt 4; Grund: Aufzug kann nicht im Treppenhaus eingebaut werden, sondern ist außen anzubauen (Gesamtkosten bisher: 230.000 EUR, Gesamtkosten neu: 350.000 EUR) Hierzu liegt auch ein **Antrag der AFD-Fraktion (FWI 156 NEU)** vor, der die Verschiebung des Vorhabens um ein Jahr zum Inhalt hat.
			neu	400.000	50.000	350.000	0	0	0	0	
			Veränderung	120.000		120.000	0	0	0	0	
			BA	**120.000**		**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/2/0**
		Teilhaushalt 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**0**	
33	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern	bisher	4.738.100	3.317.700	355.100	355.100	355.100	355.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 3.500 EUR für die Abt. Standesamt für die jährlichen Software-Updates des neuen Online-Traukalenders
			neu	4.752.100	3.317.700	358.600	358.600	358.600	358.600	0	
			Veränderung	**14.000**		**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 37 - Feuerwehr											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
34	4S.37 NEU	FB 37: Global-Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von einmalig 90.000 EUR für die Generalüberholung des abgängigen Rüstwagens der Südwache zur Laufzeitverlängerung bis 2026 - entsprechend dem Vorschlag der KGSt zur zeitgleichen Anschaffung von zwei Rüstwagen im Jahr 2026; damit verbunden ist die Ersparnis für die Neuanschaffung eines Rüstwagens in 2020 in Höhe von 310.000 € (Projekt 5E.370012)
			neu	90.000	0	90.000	0	0	0	0	
			Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0	
			FwA	**90.000**		**90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**91.000**		**91.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
35 a	5S.370007	FB 37: Global-Spezialfahrzeuge BF	bisher	3.627.700	3.127.700	45.000	55.000	280.000	120.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 42.000 EUR für 2021 für die Nachrüstung von 12 Fahrzeugen der Berufsfeuerwehr mit Abbiegeassistenzsystemen gemäß Ratsentscheidung vom 17.11.2020 zu 20-14449-4
			neu	3.669.700	3.127.700	87.000	55.000	280.000	120.000	0	
			Veränderung	42.000		42.000	0	0	0	0	
			FwA	**42.000**		**42.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
35 b	5S.370010	FB 37: Global-Spezialfahrzeuge FF	bisher	5.579.400	4.654.400	0	255.000	530.000	140.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 49.000 EUR für 2021 für die Nachrüstung von 14 Fahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren mit Abbiegeassistenz-systemen gemäß Ratsentscheidung vom 17.11.2020 zu 20-14449-4
			neu	5.628.400	4.654.400	49.000	255.000	530.000	140.000	0	
			Veränderung	49.000		49.000	0	0	0	0	
			FwA	**49.000**		**49.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Teilhaushalt 40 - Schule									
		Förderprojekt "Masterplan Digitalisierung"									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**929.100**		**929.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	
36 a	4S.40 NEU	FB 40: Förderprojekt "Masterplan Digitalisierung"	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 929.100 EUR für 2021 für das Förderprojekt "Masterplan Digitalisierung" für die Ausstattung von Schulen mit Robotertechnik (Gesamterträge: 929.100 EUR, Gesamtkosten: 1.034.200 EUR)
			neu	929.100	0	929.100	0	0	0	0	
			Veränderung	929.100		929.100	0	0	0	0	
			SchA	**929.100**		**929.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 17/0/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**929.100**		**929.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	
36 b	4S.40 NEU	FB 40: Förderprojekt "Masterplan Digitalisierung"	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 1.034.200 EUR für 2021 für das Förderprojekt "Masterplan Digitalisierung" für die Ausstattung von Schulen mit Robotertechnik (Gesamterträge: 929.100 EUR, Gesamtkosten: 1.034.200 EUR)
			neu	1.034.200	0	1.034.200	0	0	0	0	
			Veränderung	1.034.200		1.034.200	0	0	0	0	
			SchA	**1.034.200**		**1.034.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 17/0/0**
36 c	4S.400016	FB 40: Instandh. Gegenstände Schulen	bisher	1.777.518	1.376.318	100.300	100.300	100.300	100.300	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 10.300 EUR für 2021 für die Instandhaltung an Schulen (Deckung für das Förderprojekt "Masterplan Digitalsiierung)
			neu	1.767.218	1.376.318	90.000	100.300	100.300	100.300	0	
			Veränderung	-10.300		-10.300	0	0	0	0	
			SchA	**-10.300**		**-10.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/4**
36 d	5S.400008	FB 40: GVG-FunkG/Lehrm Schulen	bisher	8.227.200	6.402.800	456.100	456.100	456.100	456.100	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4.500 EUR für 2021 für die Ausstattung von Schulen (Deckung für das Förderprojekt "Masterplan Digitalsiierung)
			neu	8.222.700	6.402.800	451.600	456.100	456.100	456.100	0	
			Veränderung	-4.500		-4.500	0	0	0	0	
			SchA	**-4.500**		**-4.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/3/2**
36 e	5S.400013	FB 40: Global-Einricht. Schulen	bisher	2.213.700	1.613.700	150.000	150.000	150.000	150.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2021 für die Ausstattung von Schulen (Deckung für das Förderprojekt "Masterplan Digitalsiierung)
			neu	2.193.700	1.613.700	130.000	150.000	150.000	150.000	0	
			Veränderung	-20.000		-20.000	0	0	0	0	
			SchA	**-20.000**		**-20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/3/2**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
36 f	5S.400028	FB 40:GVG-Funkt/Einr/Tech Schulen	bisher	3.547.700	1.285.700	565.500	565.500	565.500	565.500	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 70.300 EUR für 2021 für die Ausstattung von Schulen (Deckung für das Förderprojekt "Masterplan Digitalsiierung)
			neu	3.477.400	1.285.700	495.200	565.500	565.500	565.500	0	
			Veränderung	-70.300		-70.300	0	0	0	0	
			SchA	**-70.300**		**-70.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/3/2**
		Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**27.600**		**9.600**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**0**	
37	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.347.200	1.794.400	138.200	138.200	138.200	138.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 6.000 EUR für die Softwarewartung für die Städtische Bibiliothek
			neu	2.371.200	1.794.400	144.200	144.200	144.200	144.200	0	
			Veränderung	24.000	0	6.000	6.000	6.000	6.000	0	
			AfKW	**24.000**		**6.000**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**0**	**angenommen 8/2/1**
38	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.347.200	1.794.400	138.200	138.200	138.200	138.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000 EUR für 2021 für Instandhaltungen an den Bücherschränken für den Bereich Literatur und Musik (zusätzlich zu den bislang vorhandenen drei Bücherschränken wurden 2020 weitere sieben Schränke aufgestellt)
			neu	2.348.200	1.794.400	139.200	138.200	138.200	138.200	0	
			Veränderung	1.000	0	1.000	0	0	0	0	
			AfKW	**1.000**		**1.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/2/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
39	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.347.200	1.794.400	138.200	138.200	138.200	138.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.600 EUR für
			neu	2.349.800	1.794.400	140.800	138.200	138.200	138.200	0	2021 für das Kulturinstitut für die Kostensteigerung bei der
			Veränderung	2.600	0	2.600	0	0	0	0	Pflege der Ehrengräber
			AfKW	**2.600**		**2.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/2/1**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**5.700**		**5.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	
40	5S.410015	Global-Sachanlagen Museum	bisher	1.401.400	1.111.700	229.900	29.900	29.900	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.700 EUR für
			neu	1.407.100	1.111.700	235.600	29.900	29.900	0	0	2021 für die Erneuerung der Klima-Montoring-Software im
			Veränderung	5.700	0	5.700	0	0	0	0	Schlossmuseum
			AfKW	**5.700**		**5.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/1/1**
	Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**12.500**		**12.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
41	4S.50 NEU	FB 50:GVG-Sammelpr. Abt. 50.4	bisher	141.900	107.900	8.500	8.500	8.500	8.500	0	zusätzliche Haushatslmittel für die Beschaffung von
			neu	154.400	107.900	21.000	8.500	8.500	8.500	0	Büromobiliar für das Gesundheitsamt aufgrund der
			Veränderung	12.500		12.500	0	0	0	0	steigenden Mitarbeiterzahlen im Bereich Infektionsschutz / Seuchenbekämpfung
			AfSG	**12.500**		**12.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie											
Fahrzeugbeschaffung (sonst. Jugendarbeit)											
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**15.000**		**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
42	5S.510018	FB 51:Global-Sachanl.sonst.Jugendarbeit	bisher	13.500	13.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges (VW Caddy) in Höhe von 15.000 EUR für 2021
			neu	28.500	13.500	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			JHA	**15.000**		**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Schaffung der Abteilung Eingliederungshilfe beim FB 51 (SGB IX) Vom Bund wurden Regelungen zur Eingliederungshilfe aus dem SGB XII (bisherige Zuständigkeit FB 50) in das SGB IX überführt, sodass jetzt der FB 51 auch für die Betreuung geistig behinderter Kinder zuständig ist. Die Aufgaben sollen in einem Haus der Eingliederungshilfe gebündelt werden. Die Liegenschaft dafür ist noch nicht gefunden. Die nachstehend dargestellten Ansatzveränderungen sind auf Basis der in 2021 neu einzurichtenden Arbeitsplätze kalkuliert worden.									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**98.100**		**47.400**	**16.900**	**16.900**	**16.900**	**0**	
43 a	4S.51 NEU	FB 51: sonst. Instandh. Abt. Eingliederungshilfe	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 20.100 EUR für die Softwarewartung für den Einsatz einer neuen Software sowie deren Auswertungsmoduls für die Abt. Eingliederungshilfen
			neu	80.400	0	20.100	20.100	20.100	20.100	0	
			Veränderung	80.400		20.100	20.100	20.100	20.100	0	
			JHA	80.400		20.100	20.100	20.100	20.100	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Anzahl der neu auszustattenden Stellen mit Software wurden die Ansatzveränderungen für die Softwarewartung angepasst.
			neu	67.600	0	16.900	16.900	16.900	16.900	0	
			Veränderung	**67.600**		**16.900**	**16.900**	**16.900**	**16.900**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
43 b	4S.51 NEU	FB 51: GVG-Beschaffungen Abt. Eingliederungshilfe	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 74.480 EUR für 2021 für die Beschaffung von Büromöbeln für 22 Büros für die neue Abt. Eingliederungshilfen
			neu	74.480	0	74.480	0	0	0	0	
			Veränderung	74.480		74.480	0	0	0	0	
			JHA	74.480		74.480	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Anzahl der neu auszustattenden Stellen wurden die Ansatzveränderungen für die Büroausstattung angepasst.
			neu	30.500	0	30.500	0	0	0	0	
			Veränderung	**30.500**		**30.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
43 c	4S.51 NEU	FB 51: GVG-Beschaffungen Abt. Eingliederungshilfen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 11.925 EUR für 2021 für die Beschaffung von Möbeln für eine Teeküche, für 4 Beratungs- und 2 Besprechungsräume und für sonstige "allgem. Flächen" für die neue Abt. Eingliederungshilfen
			neu	11.925	0	11.925	0	0	0	0	
			Veränderung	11.925		11.925	0	0	0	0	
			JHA	11.925		11.925	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Anzahl der neu auszustattenden Stellen wurden die Ansatzveränderungen für die Ausstattung von Teeküchen, etc. angepasst.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
43 d	4S.51 NEU	FB 51: GVG-Beschaffungen Abt. Eingliederungshilfen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.142 EUR für 2021 für die Beschaffung von 2 Fernsehern für Präsentationen für die neue Abt. Eingliederungshilfen
			neu	2.142	0	2.142	0	0	0	0	
			Veränderung	2.142		2.142	0	0	0	0	
			JHA	2.142		2.142	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Anzahl der neu auszustattenden Stellen wurden die Ansatzveränderungen für die Ausstattung mit Präsentationstechnik, etc. angepasst.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
43 e	5S.51 NEU	FB 51: Global-Sachanlagen Abt. Eingliederungshilfen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9.520 EUR für 2021 für die Beschaffung von Möbeln für eine Teeküche, für 4 Beratungs- und 2 Besprechungsräume und für sonstige "allgem. Flächen" für die neue Abt. Eingliederungshilfen
			neu	9.520	0	9.520	0	0	0	0	
			Veränderung	9.520		9.520	0	0	0	0	
			JHA	9.520		9.520	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Anzahl der neu auszustattenden Stellen wurden die Ansatzveränderungen für die Ausstattung von Teeküchen, etc. angepasst.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
43 f	5S.51 NEU	FB 51: Global-Sachanlagen Abt. Eingliederungshilfen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.230 EUR für 2021 für die Beschaffung von Regalen für den Aktenkeller der neuen Abt. Eingliederungshilfen
			neu	20.230	0	20.230	0	0	0	0	
			Veränderung	20.230		20.230	0	0	0	0	
			JHA	20.230		20.230	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Entsprechend der aktualisierten Zeitplanung ist eine
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	Beschaffung der Kellerregale für 2021 nicht erforderlich.
43 g	5S.51 NEU	FB 51: Global-Sachanlagen Abt. Eingliederungshilfen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 67.980 EUR für 2021 für die Beschaffung einer neuen Software sowie deren Auswertungsmodul (inkl. Einweisung) für die Abt. Eingliederungshilfen
			neu	67.980	0	67.980	0	0	0	0	
			Veränderung	67.980		67.980	0	0	0	0	
			JHA	67.980		67.980	0	0	0	0	**angenommen 10/1/0**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	Der Softwarekauf erfolgt zentral über den fachlich
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	zuständigen Bereich und ist dort bereits einkalkuliert.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
44	4S.000011	Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	bisher	2.700.500	1.862.500	209.500	209.500	209.500	209.500	0	
			neu	2.560.900	1.862.500	174.600	174.600	174.600	174.600	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 34.900 EUR jährlich für die Instandhaltung von Brunnen (für 2020 ff wurden temporär Haushaltsmittel von der kommunalen Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt (4S.000022))
			Veränderung	-139.600		-34.900	-34.900	-34.900	-34.900	0	
			PlUA	**-139.600**		**-34.900**	**-34.900**	**-34.900**	**-34.900**	**0**	**angenommen 12/0/1**
45	4S.000022	kom. Wohnraumförd. / Umsetz.	bisher	4.505.500	1.525.100	745.100	745.100	745.100	745.100	0	
			neu	4.645.100	1.525.100	780.000	780.000	780.000	780.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 34.900 EUR jährlich für die kommunale Wohnraumförderung (für 2020 ffwurden temporär Haushaltsmittel für die Instandhaltung von Brunnen zur Verfügung gestellt (4S.000011))
			Veränderung	139.600		34.900	34.900	34.900	34.900	0	
			PlUA	**139.600**		**34.900**	**34.900**	**34.900**	**34.900**	**0**	**angenommen 12/0/1**
Teilhaushalt 0617- Stadtgrün-Planung und Bau											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
46	4E.00 NEU	Schlossplatz / Begrünung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel von 96 T EUR für 2021 für die Begrünung des Schlossplatzes
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	zudem sollen die bisherigen Haushaltsmittel in Höhe von 104.000 EUR für die "Begrünung Schlossplatz" (4S.000027 - Global-Grüninstandhaltungen) auf diesem neuen Projekt nachveranschlagt werden, da Maßnahmen ab 150T EUR auf Einzelprojekten darzustellen sind (Gesamtkosten bisher: 104.000 EUR, Gesamtkosten neu: 200.000 EUR)
			PlUA	**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
47	4S.000027	Global-Grüninstandhalt.	bisher	594.000	354.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaushaltsmittel in Höhe von 80 TEUR für 2021 für die Instandhaltung von Grünanlagen (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	674.000	354.000	140.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	80.000		80.000	0	0	0	0	
			PlUA	**80.000**		**80.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**60.000**		**-1.949.000**	**-1.408.000**	**1.357.000**	**0**	**2.060.000**	
48	5E.000007	Ringgleis/ Ausbau und Schließung	bisher	14.590.730	5.590.730	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	Anpassung der Finanzraten an das Maßnahmenprogramm Ringgleis 2021-2023 (Vorlage 20-14402 im PLUA vom 02.12.2020)
			neu	14.590.730	5.590.730	1.063.000	1.520.000	2.857.000	1.500.000	2.060.000	
			Veränderung	0		-1.937.000	-1.480.000	1.357.000	0	2.060.000	
				VE 2022:	3.000.000	VE 2022 neu:	1.520.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-1.480.000**	
				VE 2023:	1.500.000	VE 2023 neu:	2.857.000	**VE 2023 Veränderung:**		**1.357.000**	
			PlUA	**0**		**-1.937.000**	**-1.480.000**	**1.357.000**	**0**	**2.060.000**	**angenommen 12/1/0**
49	5S.000033	Projekt Grüne Stadtplätze	bisher	296.261	176.261	30.000	30.000	30.000	30.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 EUR für 2021 für die Umgestaltung des Lindenbergplatzes; von den 75.000 EUR werden 15.000 EUR im laufenden Jahr 2021 durch den SBR 213 bereitgestellt.
			neu	356.261	176.261	90.000	30.000	30.000	30.000	0	
			Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	0	
			PlUA	**60.000**		**60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**
50	5S.000035	Okerwanderweg Holwedeklinik	bisher	72.000	0	72.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate für 2021 für die Herstellung Okerwanderweges Holwedeklinik auf das Jahr 2022
			neu	72.000	0	0	72.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-72.000	72.000	0	0	0	
			PlUA	**0**		**-72.000**	**72.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
Sanierungsgebiete											
Sanierungsgebiet - westliches Ringgebiet											
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**60.700**	**-60.700**	
51	4S.610009	Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	13.298.859	6.953.259	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.345.600	Anpassung der Erträge und Aufwendungen für das Sanierungsgebiet "Westliches Ringgebiet" (die Vorfinanzierungsrate 2024 muss reduziert werden, um die Finanzarchitektur des Projektes korrekt darzustellen).
			neu	13.298.859	6.953.259	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.060.700	2.284.900	
			Veränderung	0		0	0	0	60.700	-60.700	
			PIUA	**0**		**0**	**0**	**0**	**60.700**	**-60.700**	**angenommen 12/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Sanierungsgebiet Donauviertel - Investitionspakt - KTK und KPW										
	Sanierung KPW										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**-537.700**	**0**	**1.500.000**	**259.000**	
52 a	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KPW)	bisher	65.000	0	0	65.000	0	0	0	Finanzraten für den Integrationsmanager im Rahmen der Sanierung des KPW
			neu	65.000	0	0	65.000	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			PIUA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**
52 b	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KPW)	bisher	105.000	0	5.000	70.000	30.000	0	0	Finanraten für die nicht förderföhigen Kosten im Rahmen der Sanierung des KPW
			neu	105.000	0	5.000	70.000	30.000	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			PIUA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**
52 c	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KPW)	bisher	2.455.000	0	120.000	1.605.000	730.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.221.300 EUR für 2024 und 2025 sowie Verschiebung einer Teilfinanzrate 2022 auf die Folgejahre für die Sanierung des KPW Gesamtkosten bisher: 2,625 Mio. EUR, Gesamtkosten neu: 3,8463 Mio. EUR
			neu	3.676.300	0	120.000	1.067.300	730.000	1.500.000	259.000	
			Veränderung	1.221.300		0	-537.700	0	1.500.000	259.000	
			PIUA	**1.221.300**		**0**	**-537.700**	**0**	**1.500.000**	**259.000**	**angenommen 12/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Neubau Kinder -und Teenyclub Weiße Rose										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**73.400**		**73.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	
53 a	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KTK)	bisher	192.600	130.000	62.600	0	0	0	0	Finanzraten für den Integrationsmanager im Rahmen des Neubaus des Kinder- und Teenyclubs (Nachveranschlagung von 13,4 TEUR für den Integrationsmanager)
			neu	206.000	130.000	76.000	0	0	0	0	
			Veränderung	13.400		13.400	0	0	0	0	
			PlUA	**13.400**		**13.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**
53 b	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KTK)	bisher	85.000	85.000	0	0	0	0	0	Finanzraten für die nicht förderfähigen Kosten im Rahmen des Neubaus des Kinder- und Teenyclubs (Nachveranschlagung von 50 TEUR für die NFK-Mittel)
			neu	145.000	85.000	60.000	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	0	
			PlUA	**60.000**		**60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**720.300**		**41.600**	**678.700**	**0**	**0**	**0**	
53 c	4S.610043	Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW (hier: KTK)	bisher	2.247.415	2.022.415	225.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 720.300 EUR für 2021 und 2022 für den Neubau des Kinder- und Teenyclubs Weiße Rose (Nachveranschlagung von 41,6 TEUR für die förderfähige Neubaumaßnahme) Gesamtkosten bisher: 2,525 Mio. EUR, Gesamtkosten neu: 3,2453 Mio. EUR
			neu	2.967.715	2.022.415	266.600	678.700	0	0	0	
			Veränderung	720.300		41.600	678.700	0	0	0	
			PlUA	**720.300**		**41.600**	**678.700**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	sonstige Maßnahmen des FB 61										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**177.300**		**177.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	
54	4S.610001	Instandh. 61.0 - Verwaltung	bisher	146.000	82.800	15.800	15.800	15.800	15.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.300 EUR für 2021 für die Intandhaltungen für Abt. 61.0 (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	181.300	82.800	51.100	15.800	15.800	15.800	0	
			Veränderung	35.300		35.300	0	0	0	0	
			PlUA	**35.300**		**35.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**
55	4S.610047	Straßenpanoramabilder/Besch.	bisher	184.846	184.846	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 142 TEUR für 2021 für die Beschaffung von Straßenpanoramabildern (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	326.846	184.846	142.000	0	0	0	0	
			Veränderung	142.000		142.000	0	0	0	0	
			PlUA	**142.000**		**142.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr										
	Fahrradparken am Bahnhof										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**360.000**		**360.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
56 a	4E.660018	Fahrradabstellanlage HBF /Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 360.000 EUR für 2021 für den Neubau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof (Nachveranschlagung der Förderung für die Fahrradabstellanlage am HBF i. H. v. 60%) Gesamtkosten: 600.000 EUR; Gesamteinnahmen: 360.000 EUR)
			neu	360.000	0	360.000	0	0	0	0	
			Veränderung	360.000		360.000	0	0	0	0	
			BA	**360.000**		**360.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**	**0**	**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
56 b	4E.660018	Fahrradabstellanlage HBF /Neubau	bisher	600.000	600.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2021 für den Neubau einer Fahrradabstellanlage am Bahnhof (Nachveranschlagung der Haushaltsmittel, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können) Gesamtkosten: 600.000 EUR; Gesamteinnahmen: 360.000 EUR)
			neu	1.200.000	600.000	600.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	
			BA	**600.000**		**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Okerbrücke Leiferde										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**360.000**		**0**	**360.000**	**0**	**0**	**0**	
57 a	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	2.840.000	450.000	2.390.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 360.000 EUR für 2022 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamteinnahmen bisher: 2.840.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 3.200.000 EUR)
			neu	3.200.000	450.000	2.390.000	360.000	0	0	0	
			Veränderung	360.000		0	360.000	0	0	0	
			BA	**360.000**		**0**	**360.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**39.000**		**35.000**	**0**	**4.000**	**0**	**0**	
57 b	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	161.000	0	145.000	0	16.000	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 39.000 EUR für 2021 und 2023 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamteinnahmen bisher: 161.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 200.000 EUR)
			neu	200.000	0	180.000	0	20.000	0	0	
			Veränderung	39.000		35.000	0	4.000	0	0	
			BA	**39.000**		**35.000**	**0**	**4.000**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**750.000**		**0**	**750.000**	**0**	**0**	**0**	
57 c	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	bisher	6.099.993	1.499.993	4.300.000	300.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für 2022 für den Neubau der Okerbrücke (Gesamtausgaben bisher: rd. 6,1 Mio. EUR, Gesamtausgaben neu: rd. 6,9 Mio. EUR), Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2022: 1.050.000 EUR
			neu	6.849.993	1.499.993	4.300.000	1.050.000	0	0	0	
			Veränderung	750.000		0	750.000	0	0	0	
				VE 2022:	0	VE 2022 neu:	1.050.000	**VE 2022 Veränderung:**		**1.050.000**	
			BA	**750.000**		**0**	**750.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Neubau Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg									
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58 a	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	bisher	2.600.000	800.000	0	0	0	0	1.800.000	Anpassung der Finanzraten für den Neubau der Stadtstraße Hamburger Str. / Bienroder Weg - insbesondere die Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen als auch die Investitionseinzahlungen - an den tatsächlichen Bedarf Gesamteinnahmen bisher rd. 1,3 Mio. EUR, Gesamteinnahmen neu: 1,05 Mio. EUR
			neu	2.600.000	800.000	0	0	0	0	1.800.000	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA	**2.600.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-250.000**		**-800.000**	**550.000**	**0**	**0**	**0**	
58 b	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	bisher	1.295.047	495.047	800.000	0	0	0	0	geringere Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen in Höhe von 250.000 EUR und Verschiebung von 550.000 EUR von 2021 nach 2022 Gesamteinnahmen bisher rd. 1,3 Mio. EUR, Gesamteinnahmen neu: 1,05 Mio. EUR
			neu	1.045.047	495.047	0	550.000	0	0	0	
			Veränderung	-250.000		-800.000	550.000	0	0	0	
			BA	**-250.000**		**-800.000**	**550.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.500.000**		**-1.500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58 c	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	bisher	11.317.770	3.467.770	1.500.000	100.000	100.000	0	6.150.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Mio. EUR für den Neubau der Stadttraße Hamburger Str. - Bienroder Weg (Grund: Planstraße S1 kann aus Haushaltsresten 2020 finanziert werden) Gesamtausgaben bisher: rd. 11,3 Mio. EUR, Gesamtausgaben neu: rd. 9,8 Mio EUR)
			neu	9.817.770	3.467.770	0	100.000	100.000	0	6.150.000	
			Veränderung	-1.500.000		-1.500.000	0	0	0	0	
			BA	**-1.500.000**		**-1.500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	Umbau Meinhardshof										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
59 a	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	500.000	0	0	0	0	500.000	0	geringere Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 500.000 EUR für 2024 für den Umbau des Meinhardhofes, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		0	0	0	-500.000	0	
			BA								**für erledigt erklärt**
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
59 b	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	139.000	0	0	0	0	139.000	0	geringere Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 139.000 EUR für 2024 für den Umbau des Meinhardhofes, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-139.000		0	0	0	-139.000	0	
			BA								**für erledigt erklärt**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
59 c	5E.660152	Verkehrsführung Meinhardshof/Umbau	bisher	2.750.000	0	350.000	0	1.600.000	800.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2,75 Mio. EUR für 2021-2024 für den Umbau des Meinhardhofes, da das Projekt nicht umgesetzt werden soll. Der Bereich ist verkehrssicher und weist keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auf.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.750.000		-350.000	0	-1.600.000	-800.000	0	
			BA								**für erledigt erklärt**
	Umbau Bushaltestelle Altstadtmarkt										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
60 a	5E.660157	Altstadtmarkt/Umbau Haltestellen	bisher	250.000	0	250.000	0	0	0	0	Anpassung der Finanzraten für den Wetterschutz der Haltestellen am Altstadtmarkt - insbesondere die Investitionsauszahlungen - an den Finanzbedarf
			neu	250.000	0	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	Gesamtausgaben bisher: 300.000 EUR, Gesamtausgaben neu:(incl. Vorgängerprojekt). 606.000 EUR
			BA	0	0	0	0	0	0	0	**passieren lassen (10/1/0)**
NEU			bisher	250.000	0	250.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Ansatzveränderung wird zurückgezogen. Gemäß PlUA-Beschluss zu DS 21-15040 wird die Verwaltung beauftragt, die unter Punkt 5.2 der Mitteilung 20-14727 beschriebene Option "B 1 Standardlösung auf beiden Seiten der Haltestelle" (verbunden mit dem barrierefreien Umbau der Haltestelle) umzusetzen und insbesondere die unter Punkt 5.4 der Mitteilung beschriebene Option C (unter Verwendung von Cortenstahl) nicht weiter zu verfolgen. Für die Standardlösung reichen die bereits eingeplanten Haushaltsmittel aus.
			neu	250.000	0	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
60 b	5E.660157	Altstadtmarkt/Umbau Haltestellen									
			bisher	300.000	0	300.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 280 T EUR für 2021 für den Wetterschutz der Haltestellen am Altstadtmarkt
			neu	580.000	0	580.000	0	0	0	0	
			Veränderung	280.000		280.000	0	0	0	0	Gesamtausgaben bisher: 300.000 EUR, Gesamtausgaben neu:(incl. Vorgängerprojekt). 606.000 EUR
			BA	280.000	0	280.000	0	0	0	0	**passieren lassen (10/1/0)**
NEU			bisher	300.000	0	300.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:**
			neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	Die Ansatzveränderung wird zurückgezogen. Gemäß PlUA-Beschluss zu DS 21-15040 wird die Verwaltung beauftragt, die unter Punkt 5.2 der Mitteilung 20-14727 beschriebene Option "B 1 Standardlösung auf beiden Seiten der Haltestelle" (verbunden mit dem barrierefreien Umbau der Haltestelle) umzusetzen und insbesondere die unter Punkt 5.4 der Mitteilung beschriebene Option C (unter Verwendung von Cortenstahl) nicht weiter zu verfolgen. Für die Standardlösung reichen die bereits eingeplanten Haushaltsmittel aus.
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Umgestaltung des Lilienthalplatzes										
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**144.100**		**144.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	
61 a	5E.660150	Lilienthalplatz /Umgestaltung	bisher	372.200	0	372.200	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Straßenausbaubeiträgen in Höhe von 144.100 EUR für die Umgestaltung des Lilienthalplatzes, Grundlage ist eine aktualisierte Kostenberechnung Gesamteinnahmen bisher: 928.400 EUR, Gesamteinnahmen neu: 1.072.500 EUR
			neu	516.300	0	516.300	0	0	0	0	
			Veränderung	144.100		144.100	0	0	0	0	
			BA	**144.100**	**0**	**144.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (10/1/0)**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**208.600**		**208.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	
61 b	5E.660150	Lilienthalplatz /Umgestaltung	bisher	927.400	750.000	177.400	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 208.600 EUR für 2021 für die Umgestaltung des Lilienthalplatzes, Grundlage ist eine aktualisierte Kostenberechnung Gesamtkosten bisher: 927.400 EUR (ohne Grundstückskosten); Gesamtkosten neu: 1.136.000 EUR (ohne Grundstückskosten)
			neu	1.136.000	750.000	386.000	0	0	0	0	
			Veränderung	208.600		208.600	0	0	0	0	
			BA	**208.600**	**0**	**208.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (10/1/0)**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Erschließungsmaßnahmen										
	Baugebiet Stöckheim-Süd										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-300.000**		**-250.000**	**-250.000**	**0**	**0**	**0**	
62 a	5E.660107	Baugebiet Stöckheim-Süd /Erschließung	bisher	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	geringere Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 500 TEUR für die Erschließung des Baugebietes Stöckheim-Süd (Grund: Die eingeplante Förderung muss aufgrund eines ablehnenden Förderbescheides auf null reduziert werden)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-250.000	-250.000	0	0	0	
			BA	**-500.000**		**-250.000**	**-250.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
62 b	5E.660107	Baugebiet Stöckheim-Süd /Erschließung	bisher	880.000	80.000	800.000	0	0	0	0	Anpassung der Finanzraten für die Erschließung Stöckheim Süd - insbesondere die Investitionszuwendungen - an den tatsächlichen Finanzbedaf
			neu	880.000	80.000	800.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			BA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Erschließung Wohnbaugebiet Feldstraße										
	20	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**3.285.000**		**0**	**0**	**2.000.000**	**950.000**	**335.000**	
63 a	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen i. H. v. 3.285T EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstraße (Gesamtausgaben: 4,15 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 3,285 Mio. EUR)
			neu	3.285.000	0	0	0	2.000.000	950.000	335.000	
			Veränderung	3.285.000		0	0	2.000.000	950.000	335.000	
			BA	**3.285.000**		**0**	**0**	**2.000.000**	**950.000**	**335.000**	**angenommen 10/1/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.900.000**		**250.000**	**0**	**1.000.000**	**450.000**	**2.200.000**	
63 b	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	bisher	250.000	250.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 3.900T EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstraße (Gesamtausgaben: 4,15 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 3,285 Mio. EUR)
			neu	4.150.000	250.000	250.000	0	1.000.000	450.000	2.200.000	
			Veränderung	3.900.000		250.000	0	1.000.000	450.000	2.200.000	
			BA	**3.900.000**		**250.000**	**0**	**1.000.000**	**450.000**	**2.200.000**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	sonstige Tiefbaumaßnahmen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**125.000**		**125.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
64	4S.660012	Programm Radwege/Neubau	bisher	2.225.524	1.425.524	200.000	200.000	200.000	200.000	0	zusätzliche Haushaltmittel in Höhe von 125.000 EUR für 2021 für die Überarbeitung der Radwegweisung. Grundlage ist die im Auftrag des Rates erstellte Überarbeitungsplanung.
			neu	2.350.524	1.425.524	325.000	200.000	200.000	200.000	0	
			Veränderung	125.000		125.000	0	0	0	0	
			BA	**125.000**		**125.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**50.000**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**0**	
65	5S.660055	Ablösebeträge v. Einstellpl.	bisher	1.326.300	1.326.300	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von 50.000 EUR jährlich für die Ablöse von Einstellplätzen.
			neu	1.526.300	1.326.300	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	200.000		50.000	50.000	50.000	50.000	0	**Hinweis:** Weitere 25.000 EUR an eingeplanten Einnahmen befinden sich in der Liste der Haushaltsoptimierung (V114).
			BA	**200.000**		**50.000**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**0**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**550.000**		**250.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**0**	
66	4S.660012	Programm Radwege/Neubau									
			bisher	6.136.044	1.136.044	250.000	500.000	1.750.000	2.500.000	0	zusätzlicher Antrag auf Einrichtung einer Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 500.000 EUR in 2022 für den Neubau von Radwegen (Umsetzung des Ratsbeschlusses 20-13342-02).
			neu	6.136.044	1.136.044	250.000	500.000	1.750.000	2.500.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
				VE 2022:	0	VE 2022 neu:	500.000	**VE 2022 Veränderung:**		**500.000**	
			BA								**angenommen 10/1/0**
67	5S.660039	Global-Baumaßnahmen									
			bisher	805.200	605.200	50.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für 2021 für den Wetterschutz an der Haltestelle Rathaus im Rahmen der privaten Umstrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen am Schloßcarree.
			neu	955.200	605.200	200.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	
			BA	**150.000**		**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**
68	5S.660050	Global-Neue Invest.(Bellis)									
			bisher	2.940.900	2.095.900	155.000	230.000	230.000	230.000	0	zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 EUR jährlich für kleinere Beleuchtungsprojekte.
			neu	3.340.900	2.095.900	255.000	330.000	330.000	330.000	0	
			Veränderung	400.000		100.000	100.000	100.000	100.000	0	**Hinweis:** Im Rahmen der Ansatzveränderungen zur HHO wird dieser Ansatz um weitere 400.000 € in 2021 für die Anschaffung von Parkscheinautomaten erhöht (s. HHO V 115).
			BA	**400.000**		**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**0**	**angenommen 10/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport									
		Projekt "Elektromobilität"									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**0**	
69 a	4S.67 NEU	FB 67: lfd. Instandhaltung Elektromobiltät	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR jährlich für die lfd. Instandhaltung (Softwarewartung, Fahrzeuginstandhaltung, etc.) für den Einsatz von Elektromobiltitätsfahrzeugen
			neu	240.000	0	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	240.000		60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			GA	**240.000**		**60.000**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**-240.000**		**-60.000**	**-60.000**	**-60.000**	**-60.000**	**0**	
69 b	4S.670055	FB 67: E-Mobilitätskonzept /Umsetzung	bisher	2.025.000	425.000	400.000	400.000	400.000	400.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR jährlich für die Umsetzung des Projektes "Elektromobilität"
			neu	1.785.000	425.000	340.000	340.000	340.000	340.000	0	
			Veränderung	-240.000		-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	0	
				VE 2022:	400.000	VE 2022 neu:	340.000	**VE 2022 Veränderung:**		**-60.000**	
			GA	**-240.000**		**-60.000**	**-60.000**	**-60.000**	**-60.000**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
		Kulturveranstaltung 2021 der Monofon GmbH (Festplatz Lehndorf)									
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**20.000**		**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
70 a	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	bisher	400.000	400.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 20.000 EUR für 2021 für die Renegaration der Grasfläche auf der Festwiese in Lehndorf aufgrund einer größeren Kulturveranstaltung 2021 der Monofon GmbH; die Monofon GmbH kann sich an den Gesamtkosten von 75.500 EUR nur mit 20.000 EUR beteiligen
			neu	420.000	400.000	20.000	0	0	0	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	
			GA	**20.000**		**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**75.500**	**0**	**75.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
70 b	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	bisher	28.271.100	17.061.700	2.605.700	2.783.500	2.885.100	2.935.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 75.500 EUR für 2021 für die Renegaration der Grasfläche auf der Festwiese in Lehndorf aufgrund einer größeren Kulturveranstaltung 2021 der Monofon GmbH; die Monofon GmbH kann sich an den Gesamtkosten von 75.500 EUR nur mit 20.000 EUR beteiligen
			neu	28.346.600	17.061.700	2.681.200	2.783.500	2.885.100	2.935.100	0	
			Veränderung	75.500		75.500	0	0	0	0	
			GA	**75.500**		**75.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Plfanzen von Bäumen										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	bisher	324.000	180.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 85.000 EUR für 2021 für den Baumkauf (Grund: Nachveranschlagung von Ansätzen, die zum Haushalt 2021 verfallen)
			neu	324.000	180.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	
			GA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**85.000**		**85.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	bisher	4.347.000	3.453.200	463.500	103.500	163.400	163.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 85.000 EUR für 2021 für den Baumkauf (Grund: Nachveranschlagung von Ansätzen, die zum Haushalt 2021 verfallen)
			neu	4.432.000	3.453.200	548.500	103.500	163.400	163.400	0	
			Veränderung	85.000		85.000	0	0	0	0	
			GA	**85.000**		**85.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
sonstige Projekte des FB 67											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.454.400**		**1.193.600**	**753.600**	**753.600**	**753.600**	**0**	
71	4S.670021	FB 67: Grüninstand. Kinderspielplätze	bisher	3.318.400	2.390.400	232.000	232.000	232.000	232.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 753.600 EUR jährlich für den Tausch von Fallschutz und Spielsand; zur Umsetzung der Aufgabe würde zusätzlich eine weitere Stelle erforderlich - Hinweis: siehe auch Stellen im Ergebnishaushalt.
			neu	6.332.800	2.390.400	985.600	985.600	985.600	985.600	0	
			Veränderung	3.014.400		753.600	753.600	753.600	753.600	0	
			GA	**3.014.400**		**753.600**	**753.600**	**753.600**	**753.600**	**0**	**angenommen 10/0/1**
72	4E.670022	FB 67 Klimaschutz urb. Grün/Förderproj.	bisher	1.425.500	1.416.000	9.500	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für 2021 für das Förderprojekt Klimaschutz urbanes Grün (Grund: Nachveranschlagung von Ansätzen, die zum Haushalt 2021 verfallen)
			neu	1.465.500	1.416.000	49.500	0	0	0	0	
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	
			GA	**40.000**		**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**
73	4E.670023	FB 67: Biodiversität/Maßn. z. Förderpro.	bisher	2.697.895	1.556.295	920.400	221.200	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 EUR für 2021 für das Förderprojekt Biodiversität (Grund: Nachveranschlagung von Ansätzen, die zum Haushalt 2021 verfallen)
			neu	3.097.895	1.556.295	1.320.400	221.200	0	0	0	
			Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	0	
			GA	**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/1**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
74	4S.670049	FB 67: Sportfunktionsgebäude / San.	bisher	1.763.800	513.800	350.000	300.000	300.000	300.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 EUR für 2021 für die Sanierung von Sportfunktionsgebäuden
			neu	1.643.800	513.800	230.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	-120.000		-120.000	0	0	0	0	
			SpA	**-120.000**		**-120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9/1/1**
75	5E.670043	Sportanlage Waggum/Neubau Funktionsgeb.	bisher	550.000	550.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 EUR für 2021 für den Neubau des Funktionsgebäudes auf der Sportanlage Waggum (bisherige Kosten: 550.000 EUR; neue Kosten: 670.000 EUR)
			neu	670.000	550.000	120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	120.000		120.000	0	0	0	0	
			SpA	**120.000**		**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
76	5E.670075	FB 67: Sportz. Melverode/Stöckh./Umsetz.	bisher	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 360.000 EUR für 2021 für die Umgestaltung der Sportanlagen Melverode / Stöckheim (bisherige Kosten: 3.000.000 EUR; neue Kosten: 3.360.000 EUR)
			neu	3.360.000	3.000.000	360.000	0	0	0	0	
			Veränderung	360.000		360.000	0	0	0	0	
			SpA	**360.000**		**360.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
77	5E.670076	FB 67: SPH Schapen/Bau Gymnastikraum	bisher	530.000	450.000	80.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 EUR für 2021 für den Bau des Gymnastikraum "Sporthalle Schapen" (Gesamtkosten bisher: 530.000 EUR; Gesamtkosten neu: 670.000 EUR)
			neu	670.000	450.000	220.000	0	0	0	0	
			Veränderung	140.000		140.000	0	0	0	0	
			SpA	**140.000**		**140.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
78	5S.670079	Kalthallen f. Sport / Neubau	bisher	2.200.000	1.900.000	300.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2021 für den Bau von Kalthallen (bisherige Kosten: 2.200.000 EUR; neue Kosten: 1.900.000 EUR) - die Dachbegrünung wird über das Förderprojekt "urbanes Grün" abgewickelt
			neu	1.900.000	1.900.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-300.000		-300.000	0	0	0	0	
			SpA	**-300.000**		**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Teilhaushalt 68 - Umwelt									
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**741.000**		**726.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	
79	4E.680008	Niedermoor Lammer Graben. /Wiedernässung	bisher	9.000	9.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9.000 EUR für 2021 für die Wiedernässung für das Niedermoor Lammer Graben (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	18.000	9.000	9.000	0	0	0	0	
			Veränderung	9.000		9.000	0	0	0	0	
			PlUA	**9.000**		**9.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**
80	4E.680010	Voigtländer Areal/Sanierung	bisher	3.476.947	725.847	2.751.100	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 594,4T EUR für 2021 für die Altlastensanierung des Voigländer Areals
			neu	4.071.347	725.847	3.345.500	0	0	0	0	
			Veränderung	594.400		594.400	0	0	0	0	
			PlUA	**594.400**		**594.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**
81	4S.680006	FB 68: Instandhaltungen	bisher	493.569	365.569	32.000	32.000	32.000	32.000	0	Durch das Hinzukommen von neuen Mitarbeitern wird die dauerhafte Anschaffung von weiteren GIS Lizenzen notwendig, hierdurch ergeben sich höhere Kosten für die Softwarewartung.
			neu	513.569	365.569	37.000	37.000	37.000	37.000	0	
			Veränderung	20.000		5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			PlUA	**20.000**		**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	**angenommen 12/1/0**

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
82	4S.680024	Global Zusch. f. Flurbereinigungs	bisher	455.000	335.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR jährlich für Zuschüsse für Flurbereinigungsverfahren
			neu	335.000	335.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-120.000		-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	0	
			PlUA	**-120.000**		**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**0**	**angenommen 12/1/0**
83	4S.68NEU	Biodiversität in der freien Feldflur	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR jährlich für die Steigerung der Biodiversität in der freien Feldflur, um stark bedrohte Arten des Offen- und Halboffenlandes zu fördern.
			neu	120.000	0	30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			Veränderung	120.000		30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			PlUA	**120.000**		**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	**angenommen 12/1/0**
84	4S.680038	Umweltmaßnahmen/EELA-Projekt	bisher	111.120	111.120	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.600 EUR für Umweltmaßnahmen - EELA Projekt (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	116.720	111.120	5.600	0	0	0	0	
			Veränderung	5.600		5.600	0	0	0	0	
			PlUA	**5.600**		**5.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**
85	4S.680045	Biodiversität/Maßn. z. Förderpro.	bisher	225.568	225.568	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 112.000 EUR für 2021 für das Projekt "Biodiversität" (Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die aufgrund mangelnder zeitlicher Übertragbarkeit nicht als Haushaltsrest in 2021 übertragen werden können)
			neu	337.568	225.568	112.000	0	0	0	0	
			Veränderung	112.000		112.000	0	0	0	0	
			PlUA	**112.000**		**112.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 12/1/0**

Anlage 5.2.2

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung (Neuveranschlagung von GVG‘s)

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen

Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Ab dem Haushaltsjahr 2021 ff. haben sich die gesetzlichen Regelungen zu den „geringwertigen Vermögensgegenständen (GVG)“ geändert. Nach dem aktualisierten Gemeinderecht werden Beschaffungen von beweglichen Vermögensgegenständen erst ab 1.000 € netto aktiviert. Steuerlich sind Aktivierungen bereits ab 250 € netto vorzunehmen. Diese nicht homogenen Regelungen führen zu Schwierigkeiten in der technischen Umsetzung, die dem Ministerium für Inneres und Sport als auch dem Nds. Städtetag bereits mitgeteilt wurden. Nach derzeitigem Stand wird von Seiten des MI keine Anpassung der Regelungen vorgesehen und auch der Nds. Städtetag hat keine anderslautende Stellungnahme abgegeben, so dass die Umsetzung zum 01.01.2021 nunmehr vorgesehen ist. Die bisher als investiv geplanten geringwertigen Vermögensgegenstände werden zukünftig als Aufwand zu behandeln sein. Die Ergebnisrechnung wird sich hierdurch in der Summe um rd. 11 Mio. € für 2021 - 2024 verschlechtern.

diverse Fachbereiche / Referate

	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.052.800**		**263.200**	**263.200**	**263.200**	**263.200**	**0**	
1 a	4S.diverse	GVG-Beschaffungen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	1.052.800	0	263.200	263.200	263.200	263.200	0	
			Veränderung	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	
			AfKW	**1.052.800**		**263.200**	**263.200**	**263.200**	**263.200**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			FwA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			SchA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 17/0/0**
			GA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			AfSG	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			PlUA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 12/0/1 (Dez. III)**
			PlUA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 12/1/0 (Dez. VIII)**
			BA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			SpA	1.052.800		263.200	263.200	263.200	263.200	0	**angenommen 11/0/0**

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**12.020.000**		**2.968.400**	**3.007.600**	**3.043.000**	**3.001.000**	**0**	
1 b	4S.diverse	GVG-Beschaffungen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	12.020.000	0	2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	
			Veränderung	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	
			AfKW	**12.020.000**		**2.968.400**	**3.007.600**	**3.043.000**	**3.001.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			FwA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			SchA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 17/0/0**
			GA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			AfSG	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			PlUA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 12/0/1 (Dez. III)**
			PlUA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 12/1/0 (Dez. VIII)**
			BA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			SpA	12.020.000		2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.052.800**		**-263.200**	**-263.200**	**-263.200**	**-263.200**	**0**	
1 c	5S.diverse	GVG-Beschaffungen	bisher	1.052.800	0	263.200	263.200	263.200	263.200	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	
			AfKW	**-1.052.800**		**-263.200**	**-263.200**	**-263.200**	**-263.200**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			FwA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			SchA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 17/0/0**
			GA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			AfSG	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			PlUA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 12/0/1 (Dez. III)**
			PlUA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 12/1/0 (Dez. VIII)**
			BA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 11/0/0**
			SpA	-1.052.800		-263.200	-263.200	-263.200	-263.200	0	**angenommen 11/0/0**

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Neuveranschlagung von Mitteln für GVG's

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**-12.020.000**		**-2.968.400**	**-3.007.600**	**-3.043.000**	**-3.001.000**	**0**	
1 d	5S.diverse	GVG-Beschaffungen	bisher	12.020.000	0	2.968.400	3.007.600	3.043.000	3.001.000	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	
			AfKW	**-12.020.000**		**-2.968.400**	**-3.007.600**	**-3.043.000**	**-3.001.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			FwA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			SchA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 17/0/0**
			GA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			AfSG	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			PlUA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 12/0/1 (Dez. III)**
			PlUA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 12/1/0 (Dez. VIII)**
			BA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**
			SpA	-12.020.000		-2.968.400	-3.007.600	-3.043.000	-3.001.000	0	**angenommen 11/0/0**

Anlage 5.2.3

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

(Finanzierungstätigkeit)

Haushaltslesung 2021 - Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Investitionsmanagement und Experimentierklausel)

Anlage 5.2.3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Finanzstelle	Haushaltsansatz-bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art der Einzahlung/Auszahlung
					2021		2022		2023		2024			
			bisher	neu	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen		
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft													
	34	**Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen**	**187.202.000**	**187.202.000**	**0**	**0**	**- 3.000.000**	**0**	**2.000.000**	**0**	**1.000.000**	**0**		
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Anpassung der Kreditaufnahmen										dauerh.	692730 Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)
							- 3.000.000		+ 2.000.000		+ 1.000.000			
	35	**Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen**	**10.442.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**- 100.000**	**0**	**- 33.400**		
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Anpassung der **Tilgungsleistungen** an die Veränderungen bei den Kreditaufnahmen ab dem Jahr 2022										dauerh.	792730 Tilgung von Investitionskrediten an Kreditinstitute (Laufzeit mehr als 5 Jahre)
					0	0	0	0	0	- 100.000	0	- 33.400		

Anlage 5.2.4

Finanzhaushalt

Auswirkungen Haushaltsoptimierung (IM)

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Auswirkungen Haushaltsoptimierung (IM)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**72.500**		**72.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
V009	4E.41NEU	RFID-System /Einführung Städt. Bibliotheken	bisher	0	0	0	0	0	0	0	HHO-Liste Dez. IV V009: Einführung eines RFID-Systems mit einem Kostenvolumen von 365.500 EUR (Umbaukosten von 72,5T EUR und Beschaffungskosten von 293 TEUR); hierdurch werden jährliche Aufwandseinsparungen in Höhe von 172.514 EUR erwartet
			neu	72.500	0	72.500	0	0	0	0	
			Veränderung	**72.500**		**72.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**293.000**		**293.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
V009	4E.41NEU	RFID-System /Einführung Städt. Bibliotheken	bisher	0	0	0	0	0	0	0	HHO-Liste Dez. IV V009: Einführung eines RFID-Systems mit einem Kostenvolumen von 365.500 EUR (Umbaukosten von 72,5T EUR und Beschaffungskosten von 293 TEUR); hierdurch werden jährliche Aufwandseinsparungen in Höhe von 172.514 EUR erwartet
			neu	293.000	0	293.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**293.000**		**293.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Haushaltslesung 2021 - Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Auswirkungen Haushaltsoptimierung (IM)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**25.000**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**0**	
V114	5S.660055	Ablösebeträge v. Einstellpl.	bisher	1.326.300	1.326.300	0	0	0	0	0	HHO-Liste Dez. III V114: Erhöhung der Ablösungen für Stellplätze in Höhe von jährlich 25.000 EUR
			neu	1.426.300	1.326.300	25.000	25.000	25.000	25.000	0	
			Veränderung	100.000		25.000	25.000	25.000	25.000	0	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
V115	5S.660050	Global-Neue Invest.(Bellis)	bisher	2.940.900	2.095.900	155.000	230.000	230.000	230.000	0	HHO-Liste Dez. III V115: Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraumes mit einem Kostenvolumen von 400.000 EUR für 2021; es werden jährliche Erträge in Höhe von bis zu 660.000 EUR hierdurch erwartet
			neu	3.340.900	2.095.900	555.000	230.000	230.000	230.000	0	
			Veränderung	**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Anlage 5.3

Finanzhaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen (IM)

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Brandschutzmaßnahmen**											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
Brandschutzmaßnahmen FÖ Astrid-Lindgren											
	4E,210319	FÖ Astrid-Lindgren / Brandschutzmaßn.	bisher	31.462	31.462	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.061.600 EUR für 2021/2022 für die Brandschutzmaßnahmen an der FÖ Astrid-Lindgren-Schule (Schaffung einer Einzelmaßnahme - 20-14122)
			neu	1.093.062	31.462	500.000	561.600	0	0	0	
			Veränderung	1.061.600		500.000	561.600	0	0	0	
Brandschutzmaßnahmen GY Kleine Burg Abt. Leopoldstraße											
	4E.210321	GY Kl. Burg Abt. L / Brandschutzmaßn.	bisher	16.956	16.956	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 400.200 EUR für 2022 für die Brandschutzmaßnahmen am GY Kleine Burg Abt. Leopoldstraße (Schaffung einer Einzelmaßnahme - 20-14369)
			neu	417.156	16.956	0	400.200	0	0	0	
			Veränderung	400.200		0	400.200	0	0	0	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss		Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Brandschutzmaßnahmen RS Maschstraße											
	4E,210323	RS Maschstr. / Brandschutzmaßn.		bisher	19.920	19.920	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 685.700 EUR für 2021/2022 für die Brandschutzmaßnahmen an der RS Maschstraße (Schaffung einer Einzelmaßnahme - 20-14376)
				neu	705.620	19.920	640.000	45.700	0	0	0	
				Veränderung	685.700		640.000	45.700	0	0	0	
	Brandschutzmaßnahmen GY Gaußschule											
	4E.210351	GY Gaußschule/ Brandschutzsanierung		bisher	90.000	90.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 565.000 EUR für 2021/2022 für die Brandschutzmaßnahmen am GY Gaußschule (Schaffung einer Einzelmaßnahme - 20-13894)
				neu	655.000	90.000	250.000	315.000	0	0	0	
				Veränderung	565.000		250.000	315.000	0	0	0	
	Brandschutzmaßnahmen GS Lamme											
	4E.210356	GS Lamme / Brandschutzmaßnahmen		bisher	215.000	215.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 292.400 EUR für 2021 für die Brandschutzmaßnahmen an der GS Lamme (Schaffung einer Einzelmaßnahme - 20-13962)
				neu	507.400	215.000	292.400	0	0	0	0	
				Veränderung	292.400		292.400	0	0	0	0	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	sonstige Brandschutzmaßnahmen										
	4S.210051	FB 20: Brandschutzmaßnahmen	bisher	18.608.381	7.018.381	2.590.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 3.004.900 EUR für 2021/2022 für Brandschutzmaßnahmen, da diese auf separaten Einzelprojekten benötigt werden
			neu	15.603.481	7.018.381	907.600	1.677.500	3.000.000	3.000.000	0	
			Veränderung	-3.004.900		-1.682.400	-1.322.500	0	0	0	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Maßnahmen zur Sicherheitsbeleuchtung										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 NEU	GS/HS Pestalozzistraße / Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 165.000 EUR für 2021 für die Erneuerung der Sicherheitsbeleuchtung an der GS/HS Pestalozzistraße (Schaffung einer Einzelmaßnahme)
			neu	165.000	0	165.000	0	0	0	0	
			Veränderung	165.000		165.000	0	0	0	0	
	4S.210088	Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung	bisher	2.139.357	999.357	285.000	285.000	285.000	285.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 165.000 EUR für 2021 für Maßnahmen an der Sicherheitsbeleuchtung, da diese auf separaten Einzelprojekten benötigt werden. Es liegt ein Antrag der AFD-Fraktion vor (**FWI 156 NEU**), der sich auf das Projekt "Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung" beszieht und keinen Ansatz mehr für 2021 vorsieht. Damit ist der Antrag der Neutralen Liste nicht mehr umsetzbar. Weiterhin hat die CDU-Fraktion beantragt (**FWI 154**), die Haushaltsmittel des Projektes "Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung" um jährlich 142.500 EUR zu kürzen. Damit ist ebenfalls der Antrag der Neutralen Liste nicht mehr umsetzbar.
			neu	1.974.357	999.357	120.000	285.000	285.000	285.000	0	
			Veränderung	-165.000		-165.000	0	0	0	0	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
	Sanierung von Unterdecken										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210354	SpH RS Nibelungenschule/ San Unterdecke	bisher	140.000	140.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 345.700 EUR für 2021 für die Sanierung der Unterdecken an der Nibelungenschule (Schaffung einer Einzelmaßnahme)
			neu	485.700	140.000	345.700	0	0	0	0	
			Veränderung	345.700		345.700	0	0	0	0	
	4S.210084	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	bisher	7.638.492	4.695.492	1.693.000	1.250.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 345.700 EUR für 2021 für die Sanierung von Unterdecken, da diese auf separaten Einzelprojekten benötigt werden Der Antrag der AFD-Fraktion **FWI 156 NEU** bezieht sich auf das Projekt "Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn." und sieht keinen Ansatz mehr für 2021 vor. Damit ist der Antrag der Neutralen Liste nicht mehr umsetzbar.
			neu	7.292.792	4.695.492	1.347.300	1.250.000	0	0	0	
			Veränderung	-345.700		-345.700	0	0	0	0	

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2021 in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	Restbedarf ab 2025 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.500005	FB 50: sonst. Instandh. FB 50 ges.	bisher	11.600	0	2.900	2.900	2.900	2.900	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100 € für die Instandhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung für den FB 50 (gesamt)
			neu	11.500	0	2.800	2.900	2.900	2.900	0	
			Veränderung	**-100**		**-100**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.500005	FB 50: sonst. Instandh. FB 50 ges.	bisher	14.500	0	2.900	2.900	2.900	2.900	2.900	höhere Haushaltsmittel in Höhe von 100 € für sonstige Sachaufwendungen im Investitionsmanagement für den FB 50 (gesamt)
			neu	14.600	0	3.000	2.900	2.900	2.900	2.900	
			Veränderung	**100**		**100**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Anlage 5.4

Finanzhaushalt

Haushaltsvermerke

Haushaltslesung 2021 - Anbringung von Haushaltsvermerken - **Anlage 5.4**

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk je Teilhaushalt im Ergebnishaushalt	**Die Projekte mit der Budgetzuordnung GVG "Teilhaushalt xx" sind gegenseitig deckungsfähig (Voraussetzung: Aufwand).**	Aufgrund der Rechtsänderung zur Behandlung von geringwertigen Vermögensgegenständen zwischen 150 EUR netto und 1.000 EUR netto wird auch eine Erweiterung /Anpassung der Deckungsvermerke je Teilhaushalt erforderlich. Die Deckungsvermerke für die Festwerte bleiben aufgrund der Besonderheit der Bewertungsmethodik erhalten.

Anlage 6

Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Dezernat/FB 32 Datum: 07.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 32.4

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 087 der Fraktion FDP

Text:

Zuzugsprämie für Studierende streichen

Begründung:

Die Zahl der Studierenden, die eine Ummeldung des Erstwohnsitzes von der Prämie abhängig machen, dürfte gering sein - für die Einwohnerzahl und sich daraus ergebende Vorteile für die Stadt hält sich die relevanz daher in Grenzen. Wegen der angespannten Haushaltslage wird die Streichung der Prämie beantragt.

Stellungnahme:

Zum Stichtag 30. Juni 2020 wurde die Zuzugsprämie an insgesamt 1.310 Studierende ausgezahlt. Der Anteil der Studierenden, die die Prämienzahlung als alleinigen Anreiz zur Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Braunschweig hatten, ist nicht bekannt.

Der Wegfall der Zuzugsprämie wurde bereits im Rahmen der Haushaltsoptimierung/Verwaltungsmodernisierung vorgeschlagen und ist bei Einführung einer Zweitwohnungssteuer vorgesehen.

I. A.

gez. Dr. Köhler

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 098 der Fraktion SPD - Fraktion

Text:

Cura e. V.

Begründung:

Der Verein erhält durch die Umstellung der Landesförderung (Justizminsterium) von Festbetragsfinanzierung auf Anteilsfinanzierung inzwischen nur noch eine 83%-Förderung. Zur Finanzierungsüberbrückung hatte die Stadt 2020 einmalig 12.000 Euro bereitgestellt. Dieses Geld hätte Cura nach der damaligen Förderlogik aber an das Land weiterreichen müssen, sodass Cura 2020 auf die Unterstützung der Stadt gänzlich verzichtet hat.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Auf Grund der neuen Förderrichtlinie des Landes hat der Verein auf einen Teil der Förderung der Stadt verzichtet und nur den ursprünglich beantragten Betrag abgefordert, da es sonst zu einer teilweisen Rückzahlung des Landeszuschusses gekommen wäre.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 099 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Text:

Cura e.V.

Begründung:

Im vergangenen Jahr wurden für den Verein Cura zusätzlich bewilligte Mittel nicht in Anspruch genommen, da diese direkt vom Landeszuschuss abgezogen worden wären. In diesem Jahr ist das allerdings nicht der Fall. Sie sollten, bis eine auskömmliche Finanzierung des Landes erfolgt, erneut bewilligt werden.

Stellungnahme:

Auf Grund der neuen Förderrichtlinie des Landes hat der Verein auf einen Teil der Förderung der Stadt verzichtet und nur den ursprünglich beantragten Betrag abgefordert, da es sonst zu einer teilweisen Rückzahlung des Landeszuschusses gekommen wäre.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 100 der Fraktion BIBS-Fraktion

Text:

Erhöhung Zuschuss Cura e.V.

Begründung:

Die Anlaufstelle für Straffällige in Braunschweig berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhalts, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto).

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Auf Grund der neuen Förderrichtlinie des Landes hat der Verein auf einen Teil der Förderung der Stadt verzichtet und nur den ursprünglich beantragten Betrag abgefordert, da es sonst zu einer teilweisen Rückzahlung des Landeszuschusses gekommen wäre.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 101 der Fraktion Die Linke

Text:

Anhebung Zuschuss Cura Braunschweig e. V.

Begründung:

Ursprünglich wurden vom Cura Braunschweig e. V. die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 17.700 Euro beantragt. Aufgrund einer Umstrukturierung der Landesfinanzierungen benötigt der Verein zusätzlich eine einmalige Förderung in Höhe von 11.900 Euro.
Von den für das Jahr 2020 bewilligten Geldern hat der Verein 12.000 Euro nicht abgerufen. Falls daraus ein Haushaltsrest gebildet wurde, könnte dieser aufgelöst werden und es käme zu keiner zusätzlichen Belastung des Haushaltes.

Stellungnahme:

Auf Grund der neuen Förderrichtlinie des Landes hat der Verein auf einen Teil der Förderung der Stadt verzichtet und nur den ursprünglich beantragten Betrag abgefordert, da es sonst zu einer teilweisen Rückzahlung des Landeszuschusses gekommen wäre.

Haushaltsausgabereste können gebildet werden. Die Genehmigung der Bildung von Haushaltsausgaberesten erfolgt voraussichtlich erst nach dem Haushaltsbeschluss 2021 und kann von der Finanzlage der Stadt abhängig sein.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 102 der Fraktion Die Fraktion P²

Text:

Anhebung Zuschuss Cura e.V. Verein fur Straffalligenbetreuung und Bewahrungshilfe

Begründung:

Cura e.V. leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Beratungsarbeit für Straffällige sowie ihre Angehörigen. Als Anlaufstelle helfen sie bei der Sicherstellung des Lebensunterhaltes, unterstützen bei der Arbeitssuche und der Schuldnerberatung sowie der Wohnraumbeschaffung. Cura e.V. engagiert sich unter anderem im kommunalen Aufgabenbereich im Bündnis für Wohnen bei der Versorgung sozial Benachteiligter mit Wohnraum. So konnten Wohnraumverluste verhindert und familiäre Bezüge erhalten werden.

Stellungnahme:

Auf Grund der neuen Förderrichtlinie des Landes hat der Verein auf einen Teil der Förderung der Stadt verzichtet und nur den ursprünglich beantragten Betrag abgefordert, da es sonst zu einer teilweisen Rückzahlung des Landeszuschusses gekommen wäre.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 103 der Fraktion SPD

Text:

Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Kontaktstelle

Begründung:

Durch die Änderung der Förderrichtlinie des Landes und der Pflegekasse kann bei entsprechender anteiliger Ko-Finanzierung durch die Stadt Braunschweig eine neue Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfegruppen geschaffen werden. Dafür benötigt Kibis zusätzlich 8.250 Euro.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 erhielt die KIBiS-Kontaktstelle eine institutionelle Förderung i. H. v. 29.000,- €. Für das Jahr 2021 wurden seitens der Einrichtung 35.400,- € beantragt (das entspricht einer Erhöhung von 6.400,- €.

Für die Beratungsstelle würde sich bei einer Förderung auf Grundlage einer Förderrichtlinie des Landes unter Umständen die Möglichkeit ergeben eine 25-Stundenstelle einzurichten. 19,25 Personalstunden würden darüber finanziert. Voraussetzung hierfür ist laut Antragsteller, dass die Finanzierung von 5,75 Personalstunden durch die Erhöhung der bisherigen städtischen Förderung erfolgen kann.

Die Kontaktstelle führt in ihrem Antrag aus, dass dringender Handlungsbedarf besteht, den Bereich Selbsthilfe und Pflege auszubauen, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig steige. Den demografischen Wandel berücksichtigend ist diese Argumentation schlüssig.

Hier kann u. U. mit geringem städtischen Einsatz eine umfänglichere Landesförderung realsiert werden, was zu befürworten ist.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 104 der Fraktion BIBS

Text:

Erhöhung Zuschuss KIBiS Kontaktstelle

Begründung:

Die KIBiS Braunschweig benötigt eine städtische Teilfinanzierung einer neuen Teilzeitstelle für Pflegende Angehörige in Selbsthilfegruppen, um dem dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich ensprechen zu können. Der Bereich Selbsthilfe und Pflege muss ausgebaut werden, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels weiter zunehmen wird.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 erhielt die KIBiS-Kontaktstelle eine institutionelle Förderung i. H. v. 29.000,- €. Für das Jahr 2021 wurden seitens der Einrichtung 35.400,- € beantragt (das entspricht einer Erhöhung von 6.400,- €.

Für die Beratungsstelle würde sich bei einer Förderung auf Grundlage einer Förderrichtlinie des Landes unter Umständen die Möglichkeit ergeben eine 25-Stundenstelle einzurichten. 19,25 Personalstunden würden darüber finanziert. Voraussetzung hierfür ist laut Antragsteller, dass die Finanzierung von 5,75 Personalstunden durch die Erhöhung der bisherigen städtischen Förderung erfolgen kann.

Die Kontaktstelle führt in ihrem Antrag aus, dass dringender Handlungsbedarf besteht, den Bereich Selbsthilfe und Pflege auszubauen, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig steige. Den demografischen Wandel berücksichtigend ist diese Argumentation schlüssig.

Hier kann u. U. mit geringem städtischen Einsatz eine umfänglichere Landesförderung realsiert werden, was zu befürworten ist.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 105 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Anhebung Zuschuss KIBiS Beratungsstelle

Begründung:

Mit der erhöhten Zuwendung soll anteilig eine Teilzeitstelle zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Selbsthilfegruppen finanziert werden. Es ist wichtig, dass der Bereich Selbsthilfe und Pflegebedürftige ausgebaut wird, da die Zahl der Pflegebedürftigen weiter steigen wird.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 erhielt die KIBiS-Kontaktstelle eine institutionelle Förderung i. H. v. 29.000,- €. Für das Jahr 2021 wurden seitens der Einrichtung 35.400,- € beantragt (das entspricht einer Erhöhung von 6.400,- €.

Für die Beratungsstelle würde sich bei einer Förderung auf Grundlage einer Förderrichtlinie des Landes unter Umständen die Möglichkeit ergeben eine 25-Stundenstelle einzurichten. 19,25 Personalstunden würden darüber finanziert. Voraussetzung hierfür ist laut Antragsteller, dass die Finanzierung von 5,75 Personalstunden durch die Erhöhung der bisherigen städtischen Förderung erfolgen kann.

Die Kontaktstelle führt in ihrem Antrag aus, dass dringender Handlungsbedarf besteht, den Bereich Selbsthilfe und Pflege auszubauen, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig steige. Den demografischen Wandel berücksichtigend ist diese Argumentation schlüssig.

Hier kann u. U. mit geringem städtischen Einsatz eine umfänglichere Landesförderung realsiert werden, was zu befürworten ist.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 106 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

Zuschuss-Erhohung fur KIBIS e.V.

Begründung:

KIBiS ist die Kontaktstelle für Selbsthilfe in Braunschweig. Sie besteht seit 1991 und bietet Ratsuchenden, Interessierten, Selbsthilfegruppen und professionelle Helfer/innen seit dem ein breites Spektrum an Information und Vermittlung, Beratung und Vernetzung fur körperliche Erkrankungen, Behinderungen, psychischen Probleme, Suchtformen und sozialen Themen.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 erhielt die KIBiS-Kontaktstelle eine institutionelle Förderung i. H. v. 29.000,- €. Für das Jahr 2021 wurden seitens der Einrichtung 35.400,- € beantragt (das entspricht einer Erhöhung von 6.400,- €.

Für die Beratungsstelle würde sich bei einer Förderung auf Grundlage einer Förderrichtlinie des Landes unter Umständen die Möglichkeit ergeben eine 25-Stundenstelle einzurichten. 19,25 Personalstunden würden darüber finanziert. Voraussetzung hierfür ist laut Antragsteller, dass die Finanzierung von 5,75 Personalstunden durch die Erhöhung der bisherigen städtischen Förderung erfolgen kann.

Die Kontaktstelle führt in ihrem Antrag aus, dass dringender Handlungsbedarf besteht, den Bereich Selbsthilfe und Pflege auszubauen, da die Zahl der Pflegebedürftigen in Braunschweig steige. Den demografischen Wandel berücksichtigend ist diese Argumentation schlüssig.

Hier kann u. U. mit geringem städtischen Einsatz eine umfänglichere Landesförderung realsiert werden, was zu befürworten ist.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 18.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 107 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Überschrift: SOLWODI -Ausstiegsberatung Prostitution

Beschlussvorschlag: Für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung wird SOLWODI in diesem Jahr ein zusätzlicher Zuschuss von 55.000 € gewährt: Dieser wird im Haushaltsjahr 2022 auf 110.000 € erhöht und in dieser Höhe verstetigt.

Begründung:

Ausstiegsberatungen im Bereich der Prostitution können Leben retten, daher unterstützen wir die Einrichtung einer Ausstiegsberatung in Braunschweig. SOLWODI leistet auf diesem Feld bereits wertvolle Arbeit und bearbeitet den großen Beratungsbedarf dort aktuell in ihrer Fachberatungsstelle für Frauen in Not- und Gewaltsituationen.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Für die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Prostituierte in Braunschweig sind zwei Bausteine wichtig: ein spezialisiertes Beratungsangebot vor Ort und ein strukturiertes, begleitetes Ausstiegsangebot.

Es sollte eine Beratungsstelle geben, mit einer hauptamtlichen sozialarbeiterischen Besetzung. Es wird verwiesen auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN vom 05.11.2020, Drucksache 20-14663, AfSG am 19.11.2020 bzw. Drucksache 20-14654-01, Rat am 17.11.2020.

SOLWODI e. V. beantragt eine jährliche Förderung (Vollfinanzierung) ab dem Haushaltsjahr 2021 i. H. v. 110.000,- € für die Durchführung des Projekts "ASUNA" (Ausstiegsberatung- und begleitung für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen).

Der Vollständigkeit halber wird in diesem Zusammenhang auf den FWE 123 (Anlaufstelle für Prostitutierte in Braunschweig) verwiesen. Die Verwaltung spricht sich an dieser Stelle dafür aus, dass bevor zum Haushaltsjahr 2021 eine Zuwendung an SOLWODI e. V. für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung beschlossen wird, zuerst das in FWE 123 vorgesehene Konzept durch die Verwaltung erstellt wird. Die dann vorliegenden Ergebnisse würden eine fundiertere Grundlage für die weitere Gestaltung der Ausstiegsberatung für Prostituierte bilden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 18.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 108 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Ausstiegsberatungsstelle des Vereins SOLWODI Niedersachsen e. V. unterstützen

Begründung:

Seit 1999 berät der Verein Solwodi Frauen in Not- und Gewaltsituationen. Die Notsituationen reichen von Menschenhandel und Zwangsverheiratung bis hin zu extremen Diskrimminierungen. Zusätzlich wurden auch immer wieder Prostituierte beraten, die aus derProstitution aussteigen wollen. Aufgrund der steigenden Anfragen und der komplexen Problemlagen, soll nun eine Ausstiegsberatungsstelle aufgebaut werden.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Für die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Prostituierte in Braunschweig sind zwei Bausteine wichtig: ein spezialisiertes Beratungsangebot vor Ort und ein strukturiertes, begleitetes Ausstiegsangebot.

Es sollte eine Beratungsstelle geben, mit einer hauptamtlichen sozialarbeiterischen Besetzung. Es wird verwiesen auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN vom 05.11.2020, Drucksache 20-14663, AfSG am 19.11.2020 bzw. Drucksache 20-14654-01, Rat am 17.11.2020.

SOLWODI e. V. beantragt eine jährliche Förderung (Vollfinanzierung) ab dem Haushaltsjahr 2021 i. H. v. 110.000,- € für die Durchführung des Projekts "ASUNA" (Ausstiegsberatung- und begleitung für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen).

Der Vollständigkeit halber wird in diesem Zusammenhang auf den FWE 123 (Anlaufstelle für Prostitutierte in Braunschweig) verwiesen. Die Verwaltung spricht sich an dieser Stelle dafür aus, dass bevor zum Haushaltsjahr 2021 eine Zuwendung an SOLWODI e. V. für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung beschlossen wird, zuerst das in FWE 123 vorgesehene Konzept durch die Verwaltung erstellt wird. Die dann vorliegenden Ergebnisse würden eine fundiertere Grundlage für die weitere Gestaltung der Ausstiegsberatung für Prostituierte bilden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.02.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 109 der Fraktion Die Fraktion P²

Text:

Umsetzung Istanbul Konvention: Zuschuss-Erhohung Frauenhaus

Begründung:

Durch die Instanbul Konvention ist Deutschland seit dem 1. Februar 2018 rechtlich verpflichtet zur Verhütung und Bekämpfung von jeglicher Gewalt gegen Frauen einschließlich häuslicher Gewalt. Zum Schutz hält das Braunschweiger Frauenhaus derzeit 16 Familienzimmer vor. Um die Empfehlung der Istanbul Konvention umzusetzen, werden noch 9 Familienzimmer benötigt.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Im Jahr 2020 hat die Stadt Braunschweig bereits durch eine Erhöhung der Zuwendungsmittel und die Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten, die Anzahl der Familienzimmer im Frauenhaus auf 16 erhöht. Nach der Instanbul Konvention ist bei einer Größe, wie die der Stadt Braunschweig, eine Anzahl von 25 Familienzimmern erforderlich. Neben entsprechenden Räumlichkeiten bedarf einer qualifizierten Betreuung der Frauen durch Sozialarbeiterinnen und der Kinder durch entsprechende Erzieherinnen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 110 der Fraktion FRAKTION P²

Text:

Zuschuss-Erhöhung für Mütterzentrum Braunschweig e.V.

Begründung:

Das Mütterzentrum leistet seit mehr als 15 Jahren in dem Quartier sehr erfolgreiche Arbeit. Sie stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen, setzen sich ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bekämpfen die steigende soziale Isolation der sehr unterschiedlichen Einwohner im Quartier.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Seit der Gründung im Jahr 1987 wird das Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus von der Stadt Braunschweig gefördert. Der Haushalt 2020 beinhaltet eine Förderung von 216.895,- € (Fachbereich Soziales und Gesundheit: 126.100,- €, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie: 90.795,- €). In diesem Zusammenhang wird auf den Ratsbeschluss vom 29.09.2020 (Drucksache 20-13943) verwiesen, in dem der erhebliche Stellenwert des Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus für Braunschweig bestätigt wird.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 111 der Fraktion SPD

Text:

Refugium Flüchtlingshilfe

Begründung:

Die Flüchtlingshilfe Refugium e. V. ist seit vielen Jahren ein angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit in Braunschweig. Durch den Rückgang der Spendenbereitschaft ist der Verein nicht mehr in der Lage, den bisher erreichten Eigenanteil einzubringen. Gleichzeitig hat sich die Arbeit nicht verringert, da gerade jetzt für viele Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, die Integration in Deutschland gerade beginnt und unterstützt werden sollte.

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

Die Begründung zur Erhöhung der Zuwendung ist bereits zur Haushaltslesung 2020 eingebracht worden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 112 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Text:

Refugium e.V.

Begründung:

Das Refugium leistet wertvolle Arbeit bei der Integration und entlastet mit seinem Angebot auch die Ämter erheblich. Für eine auskömmliche Finanzierung sollte dem Zuschussantrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

Die Begründung zur Erhöhung der Zuwendung ist bereits zur Haushaltslesung 2020 eingebracht worden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 113 der Fraktion BIBS

Text:

Erhöhung Zuschuss Refugium

Begründung:

Seit über 30 Jahren ist der Verein "Flüchtlingshilfe" ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

Die Begründung zur Erhöhung der Zuwendung ist bereits zur Haushaltslesung 2020 eingebracht worden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 114 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Zuwendung Refugium Flüchtlingshilfe e. V. angemessen erhöhen

Begründung:

Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. übernimmt im großen Umfang die Migrations- und Flüchtlingsberatung für einen großen Teil der in Braunschweig ankommenden Menschen. Außerdem wird in vielen Fällen das schwierige Verfahren der Familienzusammenführung durchgeführt. Um diese wichtige Arbeit weiterführen zu können, ist die Anhebung der Zuwendung unumgänglich.

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 114 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Zuwendung Refugium Flüchtlingshilfe e. V. angemessen erhöhen

Begründung:

Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. übernimmt im großen Umfang die Migrations- und Flüchtlingsberatung für einen großen Teil der in Braunschweig ankommenden Menschen. Außerdem wird in vielen Fällen das schwierige Verfahren der Familienzusammenführung durchgeführt. Um diese wichtige Arbeit weiterführen zu können, ist die Anhebung der Zuwendung unumgänglich.

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 115 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

Erhöhung des Forderungszuschusses: Refugium Fluchtlingshilfe e.V.

Begründung:

Die Fluchtlingshilfe e.V. Braunschweig leistet als gemeinnutzige Einrichtung und selbstandiger Trager die Fluchtlingssozialarbeit - unabhangig von Nationalitat oder Aufenthaltstitels.
Sie unterstutzt bei Fragen wie Asylverfahren, Aufenthaltssicherung, Sozialleistungen etc. Auch allgemeine Integrationsberatung fur Migrantinnen und Migranten bzw. Deutsche auslandischer Herkunft leistet das Refugium… (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Zum Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung dauerhaft um 25.000 € auf 87.200 € durch Ratsbeschluss erhöht. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. hat in 2019 Eigenmittel in Höhe von ca 27.000 € eingebracht, für 2020 wurden Eigenmittel in Höhe von ca. 6.200 € geplant. Der bisher erbrachte Eigenanteil hat sich verringert. Seit 2019 wird dem Verein eine institutionelle Förderung gewährt. Die Bildung einer Betriebsmittelrücklage ist für den Verein möglich. Nach Kenntnisstand der Verwaltung verfügt der Verein über Betriebsmittelrücklagen.

Die Begründung zur Erhöhung der Zuwendung ist bereits zur Haushaltslesung 2020 eingebracht worden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 116 der Fraktion SPD

Text:

Frauen Bunt e. V.

Begründung:

Frauen BUNT e. V. ist offen für alle Frauen/Migrantinnen/Geflüchtete und Familienangehörige - unabhängig ihrer Herkunft. Der Verein entwickelt kontinuierlich ein breites und vielfältiges Programm von Frauen für Frauen. Die Arbeit wird ehrenamtlich geleistet und bietet ein niedrigschwelliges Angebot für eine schwer erreichbare Gruppe von Frauen. (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Der Verein Frauen BUNT e.V. hat seit dem Jahr 2018 eine Zuwendung über drei Jahre von insgesamt ca. 46.000 € als Projektförderung erhalten. Diese Förderung war durch Ratsbeschluss für drei Jahre beschlossen.
Die Zuwendung wird für Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten John-F.-Kennedy-Platz 10 gewährt.

Nach §2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 ist die Zuwendungsart der Projektförderung definiert als eine Zuwendung zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne zeitlich und sachlich abgegrenzte Vorhaben.
Bei einer Förderung, angelegt über einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren und begrenzt auf die Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten am John-F.-Kennedy-Platz, kann nur eine Projektförderung gewährt werden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 117 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Text:

FrauenBUNT e.V.

Begründung:

Der Verein FrauenBUNT leistet wertvolle Arbeit im Bereich der Integration von Frauen. Diese soll durch die volle Übernahme der Miete und eine institutionelle Förderung gesichert werden. Dabei sollen Entgelte für Raumnutzungen Dritter nicht auf den Zuschuss angerechnet werden, sofern sie mit der Arbeit des Vereins in Zusammenhang stehen. Nach 2 Jahren soll überprüft werden, ob die Förderung dauerhaft gesichert werden soll.

Stellungnahme:

Der Verein Frauen BUNT e.V. hat seit dem Jahr 2018 eine Zuwendung über drei Jahre von insgesamt ca. 46.000 € als Projektförderung erhalten. Diese Förderung war durch Ratsbeschluss für drei Jahre beschlossen.
Die Zuwendung wird für Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten John-F.-Kennedy-Platz 10 gewährt.

Nach §2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 ist die Zuwendungsart der Projektförderung definiert als eine Zuwendung zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne zeitlich und sachlich abgegrenzte Vorhaben.
Bei einer Förderung, angelegt über einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren und begrenzt auf die Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten am John-F.-Kennedy-Platz, kann nur eine Projektförderung gewährt werden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 118 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Förderung Frauen Bunt e. V. nicht streichen

Begründung:

In den beiden letzten Jahren hat der Verein "Frauen Bunt e.V." eine wichtige Arbeit im Bereich der Integration geleistet. Die vollständige Streichung des Zuschusses würde diese Arbeit gefährden, da sonst die Miete für die Räumlichkeiten nicht getragen werden könnte. Dies wird sich auch zukünftig nicht ändern. Daher sollte eine dauerhafte Zuwendung gewährt werden.

Stellungnahme:

Der Verein Frauen BUNT e.V. hat seit dem Jahr 2018 eine Zuwendung über drei Jahre von insgesamt ca. 46.000 € als Projektförderung erhalten. Diese Förderung war durch Ratsbeschluss für drei Jahre beschlossen.
Die Zuwendung wird für Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten John-F.-Kennedy-Platz 10 gewährt.

Nach §2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 ist die Zuwendungsart der Projektförderung definiert als eine Zuwendung zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne zeitlich und sachlich abgegrenzte Vorhaben.
Bei einer Förderung, angelegt über einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren und begrenzt auf die Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten am John-F.-Kennedy-Platz, kann nur eine Projektförderung gewährt werden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 119 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

Forderung des Vereines Frauen BUNT e.V:

Begründung:

Der Verein starkt die Interessen und Potentiale von Madchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte. Frauen haben eine Schlusselfunktion fur die Integrationsperspektive ihrer gesamten Familie. Der Verein bietet fur und mit den Frauen ein niedrigschwelliges Angebot und setzt sich fur ein selbstbestimmtes und freies Leben… (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Der Verein Frauen BUNT e.V. hat seit dem Jahr 2018 eine Zuwendung über drei Jahre von insgesamt ca. 46.000 € als Projektförderung erhalten. Diese Förderung war durch Ratsbeschluss für drei Jahre beschlossen.
Die Zuwendung wird für Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten John-F.-Kennedy-Platz 10 gewährt.

Nach §2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 ist die Zuwendungsart der Projektförderung definiert als eine Zuwendung zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne zeitlich und sachlich abgegrenzte Vorhaben.
Bei einer Förderung, angelegt über einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren und begrenzt auf die Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten am John-F.-Kennedy-Platz, kann nur eine Projektförderung gewährt werden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 120 der Fraktion BIBS

Text:

Erhöhung Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve

Begründung:

Der Verein TRIVT möchte seine angemieteten Räumlichkeiten, die bisher einem anderen Verein als Übungsraum dienten, für Veranstaltungen und Aktivitäten nutzen, für die das WELCOME HOUSE zu wenig Platz bietet. Die Räumlichkeiten befinden sich bisher in einem wenig einladenden Zustand. Insbesondere der Mehrzweckraum und das Büro sind bisher nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen. (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung durch Ratsbeschluss auf dauerhaft 18.400 € beschlossen.

Die Förderung ist zuwendungsrechtlich zu unterscheiden in eine Förderung für Betriebskosten, die auf Dauer angelegt werden könnte oder in einen Zuschuss für Investitionsmaßnahmen die einmalig gewährt werden könnte. Unter einen Investitionszuschuss würden die einmalig anfallenden Kosten über die Herrichtung der Räumlichkeiten, sowie den Anschluss an das Heizungssystem des Nordbades fallen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 121 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Unterstützung der Begegnungstätte WELCOME HOUSE erhöhen

Begründung:

Die von dem Verein TRIVT e. V. angemieteten Räume im Nordbad sind nicht ans Heizungssystem angeschlossen, weshalb mit einer Infrarotheizung geheizt werden muss, was hohe Kosten nach sich zieht. Zusätzlich sind verschiedene Arbeiten notwendig, damit diese Räume im vollem Umfang genutzt werden können.

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung durch Ratsbeschluss auf dauerhaft 18.400 € beschlossen.

Die Förderung ist zuwendungsrechtlich zu unterscheiden in eine Förderung für Betriebskosten, die auf Dauer angelegt werden könnte oder in einen Zuschuss für Investitionsmaßnahmen die einmalig gewährt werden könnte. Unter einen Investitionszuschuss würden die einmalig anfallenden Kosten über die Herrichtung der Räumlichkeiten, sowie den Anschluss an das Heizungssystem des Nordbades fallen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 15.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 122 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

Erhöhung Förderung des Vereins TRIVT e.V: WELCOME HOUSE

Begründung:

Die Begegnungsstatte wird im Quartier sehr gut angenommen. Zahlreiche Angebote, Kooperationen sowie eine Fahrradwerkstatt wurden geschaffen und weitere Projekte sind von den mehr als 60 Ehrenamtlichen geplant. Da der Verein immer noch nicht an das neu installierte Heizungssystem im ehemaligen Nordbad angeschlossen ist, benotigen sie eine finanzielle Forderung um ihre Raume dort elektrisch beheizen zu können. (Hinsichtlich der vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.)

Stellungnahme:

Im Haushaltsjahr 2020 wurde die Zuwendung durch Ratsbeschluss auf dauerhaft 18.400 € beschlossen.

Die Förderung ist zuwendungsrechtlich zu unterscheiden in eine Förderung für Betriebskosten, die auf Dauer angelegt werden könnte oder in einen Zuschuss für Investitionsmaßnahmen die einmalig gewährt werden könnte. Unter einen Investitionszuschuss würden die einmalig anfallenden Kosten über die Herrichtung der Räumlichkeiten, sowie den Anschluss an das Heizungssystem des Nordbades fallen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 123 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Anlaufstelle für Prostituierte in Braunschweig

Begründung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Arbeitskreis und dem Runden Tisch ein Konzept für eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Prostituierte zu erstellen.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Die Verwaltung befürwortet die Erstellung eines Konzeptes bis zum dritten Quartal 2021. Die dann vorliegenden Ergebnisse würden eine fundiertere Grundlage für die weitere Gestaltung der Ausstiegsberatung für Prostituierte bilden.

Die Feststellung der Förderbedarfe sollte auf Grundlage des zu erarbeitenden Konzeptes erfolgen. Um die Umsetzung des Konzepts ggf. bereits im Jahr 2021 zu beginnen, kann es sinnvoll sein, bereits Mittel für eine Anschubfinanzierung vorzuhalten.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 18.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 124 der Fraktion SPD

Text:

Aids-Hilfe e. V.

Begründung:

Aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden zusätzlichen Arbeitsbelastung des Gesundheitsamtes, hat die Aids-Hilfe im Jahr 2020 vermehrt Aids-Beratung und Aids-Tests angeboten und durchgeführt. Der damit verbundene Arbeitsaufwand soll durch einmalige Unterstützung kompensiert werden.

Stellungnahme:

Die Argumentation des Vereins in Bezug auf die durch die Corona-Pandemie veränderten Anforderungen an die Beratungen und Tests sind nachvollziehbar. Die tatsächlichen Kosten sind im Rahmen des Zuwendungsverfahrens zu prüfen. Einer einmaligen Erhöhung der Förderung steht soweit nichts entgegen.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 125 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Text:

Aids-Hilfe e. V.

Begründung:

Das Angebot für die HIV-Prävention bei Migrant*innen aus Subsahara-Ländern ist wichtig und sollte dauerhaft ausfinanziert werden. Deshalb sollte dem Antrag des Vereins in voller Höhe gefolgt werden.

Stellungnahme:

Der Aids-Hilfe e. V. führte in seinem Antrag auf Zuwendungen im Haushaltsjahr 2021 aus, dass eine Erhöhung (+4.400,- € im Vergleich zur Förderung 2020) u. A. für die Fortführung des Angebotes für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern über das Jahr 2020 hinaus benötigt werde. Die vorhandene 1/4-Personalstelle (TVL 8) sei bis Ende 2020 befristet. Die Erhöhung der städtischen Förderung solle eine Sicherstellung der Personalstelle für weitere drei Jahre gewährleisten.

Die Darstellung des Vereins ist nachvollziehbar und an der Sinnhaftigkeit der beschriebenen Tätigkeit bestehen keine Zweifel. Insofern befürwortet die Verwaltung die Erhöhung der Zuwendung zur Fortführung der o. g. Personalstelle.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 126 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V.

Begründung:

Gestiegene Kosten, insbesondere beim Personal, machen die Erhöhung notwendig, um die Arbeit in der AIDS-Prävention und der Unterstützung von Betroffenen fortsetzen zu können.

Stellungnahme:

Der Aids-Hilfe e. V. führte in seinem Antrag auf Zuwendungen im Haushaltsjahr 2021 aus, dass eine Erhöhung (+4.400,- € im Vergleich zur Förderung 2020) u. A. für die Fortführung des Angebotes für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern über das Jahr 2020 hinaus benötigt werde. Die vorhandene 1/4-Personalstelle (TVL 8) sei bis Ende 2020 befristet. Die Erhöhung der städtischen Förderung solle eine Sicherstellung der Personalstelle für weitere drei Jahre gewährleisten.

Die Darstellung des Vereins ist nachvollziehbar und an der Sinnhaftigkeit der beschriebenen Tätigkeit bestehen keine Zweifel. Insofern befürwortet die Verwaltung die Erhöhung der Zuwendung zur Fortführung der o. g. Personalstelle.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 16.12.2020
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 127 der Fraktion P²

Text:

Anhebung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e. V.

Begründung:

Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Praventions- und Aufklärungsarbeit - mittlerweile auch fur die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Landern. Gerade bei dieser Aufklärungsarbeit sowie der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nachsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 3.300 EUR beantragt.

Stellungnahme:

Der Aids-Hilfe e. V. führte in seinem Antrag auf Zuwendungen im Haushaltsjahr 2021 aus, dass eine Erhöhung (+4.400,- € im Vergleich zur Förderung 2020) u. A. für die Fortführung des Angebotes für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern über das Jahr 2020 hinaus benötigt werde. Die vorhandene 1/4-Personalstelle (TVL 8) sei bis Ende 2020 befristet. Die Erhöhung der städtischen Förderung solle eine Sicherstellung der Personalstelle für weitere drei Jahre gewährleisten.

Die Darstellung des Vereins ist nachvollziehbar und an der Sinnhaftigkeit der beschriebenen Tätigkeit bestehen keine Zweifel. Insofern befürwortet die Verwaltung die Erhöhung der Zuwendung zur Fortführung der o. g. Personalstelle.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB V/51 Datum: 07.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.4

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 135 der Fraktion BIBS

Text:

Zuwendung Spokuzzi e.V.

Begründung:

Dem Verein für Sport, Kultur, Zirkus und Zirkuspädagogik SPOKUZZI e.V. ist es in den letzten 15 Jahren gelungen, einen Kinder- und Jugendzirkus mit bis zu 120 Kindern und Jugendlichen aufzubauen, die wöchentlich in ihrem Zirkuspädagogischen Zentrum trainieren. Um die zirkuspädagogische Arbeit zu stabilisieren und um Planungssicherheit zu haben, bittet der Verein um eine städtische Zuwendung, um eine Stelle für eine*n Sozialarbeiter*in bzw. Zirkuspädagogen*in zu schaffen.

Stellungnahme:

Grundsätzlich befürwortet die Jugendförderung ein zirkuspädagogisches Projekt zur Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die derzeitige Haushaltslage, besonders unter der Berücksichtigung der aktuellen Unwägbarkeiten nicht zuletzt durch Corona, lässt eine Förderung in beantragter Höhe in diesem Haushaltsjahr nicht zu.

i. A.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB V/51 Datum: 07.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.4

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 136 der Fraktion Die Linke

Text:

Zirkuspädagogische Arbeit des Vereins Spokuzzi e. V. fördern

Begründung:

Für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit benötigt der Zirkusverein Spokuzzi eine hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit. Dazu soll eine Stelle für Sozialarbeit bzw. Zirkuspädagogik geschaffen werden.

Stellungnahme:

Grundsätzlich befürwortet die Jugendförderung ein zirkuspädagogisches Projekt zur Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die derzeitige Haushaltslage, besonders unter der Berücksichtigung der aktuellen Unwägbarkeiten nicht zuletzt durch Corona, lässt eine Förderung in beantragter Höhe in diesem Haushaltsjahr nicht zu.

i. A.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB III / 61 Datum: 12.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 61.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. SBR 07 der Fraktion SBR 114

Text:

Einsatz eines Projektentwicklers Marktplatz Volkmarode
Der Stadtbezirksrat bittet den Rat der Stadt Braunschweig, die von der Verwaltung als notwendig erachteten Finanzmittelin Höhe von ca. 30.000,00 € für die Beauftragung eines Projektentwicklers für den Marktplatz im Gebiet Volkmarode-Nord einzustellen.

Begründung:

Ziel des Auftrags soll die Gestaltung des Marktplatzbereichs, die Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und die Ansiedlung von Nahversorgern für die weiter wachsende Einwohnerzahl durch das geplante Baugebiet Volkmarode-Nordost sein.

Im Bebauungsplan für das jetzige Wohngebiet ist eine große Fläche für gewerbliche und öffentliche Nutzung vorgesehen. Außer eines Discountmarktes gab und gibt es bisher keine Aktivitäten zur Gestatlung des Bereiches, … weiter siehe Antrag.

Stellungnahme:

Zur Haushaltsplanberatung 2020 gab es bereits einen entsprechenden Antrag, der damals abgelehnt wurde. Zu dem Antrag hatte die Verwaltung die nachfolgende Stellungnahme abgegeben, die inhaltlich unverändert ist:

Die Verwaltung befindet sich in Hinblick auf den Stadtbahnausbau nach Volkmarode derzeit noch in Abstimmung. Solange die Streckenführung und die genaue Lage der Wendeschleife nicht abschließend geklärt sind, erscheint es nicht sinnvoll einen Fachplaner mit der Gestaltung des unmittelbar an die Stadtbahnstrecke angrenzenden Marktplatzes, der Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und Ansiedlung von Nahversorgern zu beauftragen. Zudem wird derzeit geprüft, ob hinsichtlich des städtischen Flurstücks (Gemarkung Volkmarode, Flur 4, Flurstück 380) die im „Kommunalen Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ vorgesehene Konzeptvergabe zur Anwendung kommen wird.

I. A.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB VI
(ggfs. Abt./Stelle) 0800

Datum: 07.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 138 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Aufgrund der Ausführlichkeit wird auf den o. g. Ursprungsantrag verwiesen.

Begründung:

Aufgrund der Ausführlichkeit wird auf den o. g. Ursprungsantrag verwiesen.

Stellungnahme:

Sondernutzungen innerhalb der Okerumflut

Vertragliche Rahmenbedingungen

Der Vertrag zwischen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) und der Stadt Braunschweig umfasst Flächenvergaben für Veranstaltungen, Freisitzflächen, Stellschilder und Warenauslagen. Die BSM vereinbart dabei für die Flächennutzung und ihre weiteren Leistungen mit den Kunden Entgelte. Diese enthalten einen Aufschlag für Citymarketing-Maßnahmen, der unmittelbar in frequenzsteigernde und Kommunikationsmaßnahmen fließt. Der in 2004 geschlossene Vertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der BSM sieht dazu aktuell die Zahlung eines jährlichen Pauschalbetrages in Höhe von 124.560 € sowie eine erfolgsabhängige Komponente vor, die durch die BSM jeweils zum Jahresende zu leisten ist. Überschreitet die BSM bei ihren erzielten Einnahmen aus Sondernutzungsentgelten in einem Jahreszeitraum den Pauschalbetrag, erhält die Stadt 50 % der erzielten Mehrerlöse. Bei Unterschreitung muss die BSM 50 % der Differenz ausgleichen.

Finanzielle Auswirkungen

Die für 2021 im Wirtschaftsplan der BSM aus den Flächennutzungen geplanten Erlöse in Höhe von 258.500 € unterteilen sich wie folgt: Erlöse in Höhe von 235.000 € aus Sondernutzungsentgelten für Warenauslagen (2020: rund 25.000 €), Stellschilder (2020 rund 28.000 €), Freisitzflächen (2020 rund 152.000 €) und Veranstaltungen (2020 rund 45.000 €). Da sich bei der Wirtschaftsplanerstellung für das Jahr 2021 Veränderungen durch Geschäftsaufgaben und Neueröffnungen sowie die Forderungsverluste für 2020 noch nicht

vollständig beziffern ließen, wurden für das Jahr 2021 in Höhe von 15.000 € weniger Erlöse eingeplant. Bei der Planung wurde ebenfalls angenommen, dass die behördlichen Beschränkungen im Laufe des Jahres reduziert werden und ein Anlaufen der Betriebe und Veranstaltungen wieder möglich ist.

Dem gegenüber sind Aufwendungen in Höhe von 199.500 € geplant, die sich wie folgt aufteilen: 195.000 € für die Zahlung des Pauschalbetrages und der Beteiligung an den Mehrerlösen an FB 66.

Damit ergäbe sich folgende Aufteilung der Erlöse:

235.000 € Erlöse aus Sondernutzungsentgelten 2021
- 23.500 € Erlöse BSM für Citymarketingmaßnahmen
211.500 €
-124.560 € Pauschalbetrag an Stadt
86.940 € Mehrerlöse
43.470 € Beteiligung Mehrerlöse Stadt
= 168.030 € Zahlung BSM an Stadt

Bei BSM ist ein Deckungsbeitrag in Höhe von 43.470 € eingeplant.

Bei einem Verzicht auf die Berechnung von Freisitzflächen müsste die BSM mit rund 152.000 € (Summe der Entgelte 2020) Einnahmeausfällen rechnen, sodass folgende Aufteilung erfolgen würde:

83.000 € Erlöse aus Sondernutzungsentgelten 2021 (ohne Freisitzflächen)
- 8.300 € Erlöse BSM für Citymarketingmaßnahmen
74.700 €
- 124.560 € vertraglicher Pauschalbetrag an FB 66
= 49.860 € Unterschreitung
24.930 € Ausgleichszahlung Unterschreitung Pauschalbetrag an FB 66
= -99.630 € Zahlung BSM an Stadt

Damit entstünde bei der BSM ein negativer Deckungsbeitrag in Höhe von 24.930 €. In Summe wäre ein zusätzlicher Fehlbetrag in Höhe von rund 68.400 Euro zu erwarten.

Verkaufsstände und -wagen sind außerhalb von Veranstaltungen in der Innenstadt nicht zulässig, sodass der unter Punkt 3 geforderte Erlass der Entgelte keine Berücksichtigung findet.

Einschätzung der BSM
Ein Verzicht auf Sondernutzungsentgelten zur Unterstützung der Gastronomie würde für die BSM zu erheblichen wirtschaftlichen Folgen führen. Mit Blick auf die bereits bestehenden massiven Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf die Geschäfte der Gesellschaft kann die Geschäftsführung der BSM allein aus finanziellen Gründen einen Erlass der Entgelte nicht ohne finanziellen Ausgleich vornehmen. Ein Verzicht auf die Sondernutzungsentgelte müsste im Aufsichtsrat der BSM beschlossen werden, die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen müssten in einem Nachtragswirtschaftsplan durch die Gesellschafterversammlung genehmigt, steuerrechtliche Konsequenzen müssten durch FB 20 geprüft werden. Eine Vertragsänderung zum bestehenden Vertrag zwischen der Stadt und BSM muss ebenfalls erfolgen.

Zudem wäre zu erwarten, dass auch andere Branchen die Befreiung von Sondernutzungsentgelten und ggf. weiteren Gebühren erfahren, insbesondere der Einzelhandel und Veranstalter. Selbst beim stadtsommervergnügen aber wurden im Jahr 2020 Gebühren erhoben.

Bewertung durch Dez. VI
Der pauschale Verzicht auf Sondernutzungsentgelte für Freisitzflächen schafft für die adressierte Branche eine Ungleichbehandlung und ist in der Auswirkung nicht sachgerecht. Entgelte wurden schon in 2020 ohnehin nur bezahlt, wenn eine Nutzung möglich ist. Der pauschale Verzicht würde die höchste finanzielle Entlastung für Gastronomen schaffen, die große Freisitzflächen auf den zentralen öffentlichen Plätzen und Straßen der Innenstadt bewirtschaften. Genau dort aber wird es schnell wieder zu höheren Frequenzen und Umsatzerlösen kommen. Gastronomen ohne oder mit kleineren Freisitzflächen, die regelmäßig in den Randlagen vorkommen, erhalten durch den Verzicht hingegen kaum spürbare finanzielle Entlastungen. Das wäre eine Ungleichbehandlung.

Aus Sicht der BSM werden bereits durch die Rabattierung des Entgelts für Freisitzflächen oder die Duldung der Flächenerweiterung, um Corona-Auflagen zu erfüllen, geeignete Möglichkeiten zur Unterstützung der Gastronomie genutzt. Staatliche Hilfen bieten zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten.

Fraglich ist auch, inwieweit dann die bisher hohen Qualitätsstandards, die in Zusammenarbeit mit FB 66 und der Stadtbildgestaltung erreicht wurden, gehalten werden können.

Bei einem gänzlichen Verzicht muss ein Änderungsvertrag zwischen der Stadtverwaltung und der BSM geschlossen werden, weil die BSM in diesem Fall keine volle Pacht und keine Beteiligung an der Unterschreitung bezahlen könnte.

Empfehlung zum weiteren Vorgehen
Mit Blick auf die umfassenden Hilfsmaßnahmen, die Stadtverwaltung, BSM und BSZ gegenüber der Wirtschaft, insbesondere auch in der Innenstadt erbracht haben, schlage ich vor, auf einen Erlass der Sondernutzungsgebühren zu verzichten. Die o.g. Unterstützungsmaßnahmen sind sachgerecht und auf die Bedürfnisse der Antragsteller zugeschnitten. Ein pauschaler Erlass wäre unausgewogen. Stundungen sind weiter möglich.

Die BSM konzentriert ihre Kapazitäten darauf, im möglichen Rahmen der Pandemie-Maßnahmen weiterhin bei der Schaffung von Frequenz in der (Innen-)Stadt durch mit dem AAI und ATB abgestimmte Marketingmaßnahmen und Anlässe zu unterstützen. Bei einem Erlass der Sondernutzungsentgelte würde der Gesellschaft das für die Attraktivitätssteigerung verwendete Citymarketing-Budget nicht mehr zur Verfügung stehen.

Sollte zusätzlich zu den laufenden Hilfsmaßnahmen eine Unterstützung der Gastronomie als notwendig erachtet werden, so wäre eine an den tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die einzelnen Betriebe orientierte Förderung aus dem Härtefallfonds zu prüfen. Dort sind noch entsprechende Mittel vorhanden, mit denen Betriebe unabhängig von ihrer Lagegunst an öffentliche Plätzen und Straßen unterstützt werden könnten.

I. A.
gez.
Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB VII/ 20 Datum: 15.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 20.3

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 145 der Fraktion Die Linken

Text:

Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 470 Punkte

Begründung:

s. Antrag zum Ergebnishaushalt 2021

Stellungnahme:

Im Hinblick auf die Ansiedlung von Unternehmen befindet sich die Stadt Braunschweig in einer Konkurrenzsituation mit den direkt umliegenden Gemeinden, aber auch mit den anderen niedersächsischen Gemeinden. Der Gewerbesteuerhebesatz einer Gemeinde kann somit ein Entscheidungskriterium von Unternehmen für eine Ansiedlung sein. Die Gewerbesteuerhebesätze sind in der Region durchgehend niedriger als bei der Stadt Braunschweig:

Wolfsburg	360 v. H.
Salzgitter	440 v. H.
Wolfenbüttel	430 v. H.
Peine	425 v. H.
Helmstedt	410 v. H.
Gifhorn	425 v. H.

Mit Ausnahme der Landeshauptstadt Hannover (480 v. H.) sind darüber hinaus auch bei den übrigen niedersächsischen Großstädten Oldenburg, Osnabrück, Göttingen und Hildesheim mit Hebesätzen zwischen 430 und 440 v. H. ausschließlich niedrigere Werte zu verzeichnen.
In Anbetracht dieser Situation hält die Verwaltung eine Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer derzeit nicht für angebracht.

I. A.

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 146 der Fraktion FDP

Text:

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Begründung:

Der Unterhalt von Straßen ist Aufgabe der Allgemeinheit, nicht der Grundstückseigentümer. Der Einnahmewegfall soll durch eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 520 Punkte ausgeglichen werden, wie sie auch in der KGSt-Liste vorgeschlagen wurde. Diese Erhöhung würde den Wegfall der Straßenausbaubeiträge mehr als kompensieren, zudem entfiele Bürokratieaufwand zur Bearbeitung der Beiträge (siehe Gesamt-Ehh Seite 185, Erträge und Aufwendungen, 424150 Straßenausbaubeiträge: Ansatz 2021: 405.000 €).

Stellungnahme:

An den Kosten für die notwendige Unterhaltung und Instandsetzung werden die Anlieger nicht beteiligt. Erst, wenn es die Unterhaltung einzelner Straßen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, findet eine beitragspflichtige Erneuerung statt, die die Grundstückseigentümer mit Straßenausbaubeiträgen belastet.

Ab 2021 betragen die prognostizierten und im Haushalt veranschlagten Straßenausbaubeiträge rd. 2,9 Mio. € (brutto) pro Jahr. Die genannten 405.000 € aus dem Gesamthaushalt, Seite 185, sind keine Personal- oder Sachkosten für die Beitragsbearbeitung. Die jährlichen Personal- und Sachkosten betragen rd. 200.000 €. Um die jährlichen straßenbaulichen Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Volumen von rd. 2,7 Mio. € (netto) auszugleichen, würde die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung um 20 Prozentpunkte nicht ausreichen.

Dieser Antrag ist identisch mit Antrag FWI_180 und FWI_181.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB 51 Datum: 04.02.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. SB 211 der Fraktion des Stadtbezirkrates

Text:

Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Planung eines Neubaus des Jugendzentrums in Leiferde an einem anderen Ort als bisher.

Begründung:

Stellungnahme:

Aufgrund des starken Sanierungsbedarfs des bestehenden Jugendtreffs ist eine Sanierung nach Prüfung des FB 65 unwirtschaftlich.

Auf der Grundlage der Bedarfs-/Angebotsbewertung durch FB 51 ist die bestehende Einrichtung mit durchschnittlich 42 Besucherinnen/Besuchern pro Angebotstag (Besucherstatistik 2018) für einen kleinen Jugendtreff gut besucht. Der Standort ist bei Besuchern und der Leiferder Dorfgemeinschaft insgesamt gut angenommen, so dass die Notwendigkeit für einen Ersatz bejaht wird.

Für einen bedarfsgerechten Neubau sind die Grundlagen (Raumprogramm, Standortprüfung/-suche) durch die verantwortlichen Fachabteilungen der Stadtverwaltung zu prüfen. Für diese ersten Projektschritte sind in 2021 noch keine separaten Haushaltsmittel erforderlich.

I. V.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB IV/41
(ggfs. Abt./Stelle)

Datum: 11.01.2020

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWI 157 der Fraktion Die Linke

Text:

Siehe Antrag.

Begründung:

Siehe Antrag

Stellungnahme:

Nach § 9 Nr. 6 des Schenkungsvertrages über die Quadriga zwischen der Stadt Braunschweig und der Richard Borek Stiftung ist die Stadt für den Betrieb, die Wartung und die Instandhaltung des Eintrittskartengebers zur Quadriga verantwortlich. Mithin ist auch die Neubeschaffung des Kassenautomaten durch die Stadt Braunschweig vertraglich verpflichtend. Der bisher genutzte Kassenautomat ist fehleranfällig. Die Abrechnung der Einnahmen ist nicht mehr zuverlässig möglich. Dies wurde vom RPA bereits entsprechend moniert. Eine Reparatur ist nicht möglich, da aufgrund des Alters des Kassenautomaten keine Einzelteile mehr beim Hersteller beschafft werden können. Eine Neubeschaffung des Kassenautomaten durch die Stiftung Schlossresidenz Braunschweig entspräche nicht den vertraglichen Regelungen. Auch ein Verzicht auf diese Eintrittsgelder ist aus o. g. Gründen nicht möglich, denn die Eintrittsgelder fließen dem Schlossmuseum in voller Höhe zu. So kann die Arbeit des Schlossmuseums zumindest in einem bestimmten Maße aus den Eintrittsgeldern finanziert werden.

Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB III / 61 Datum: 18.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 61.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 158 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2021-2024 für die Bezuschussung privater Denkmäler.

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobillienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll.

Stellungnahme:

Es wird aktuell auch auf den Haushaltsoptimierungsvorschlag V 012 und die entsprechende dortige Kommentierung der Verwaltung verwiesen. Demnach ist die Förderungsmöglichkeit seitens der Verwaltung ein wichtiges Instrument der Verwaltung zur Unterstützung von wesentlich höheren privaten Investitionen. Es wäre kontraproduktiv und würde die Arbeit der Verwaltung erschweren, wenn dieses Instrument entfiele.

Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 500 € bis 10.000 € - stehen in allen Fällen sehr viel höhere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist in der Regel daher nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber eine hohe symbolhafte Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Ein relativ kleiner Förderbetrag führt so zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Die Öffentlichkeit profitiert zudem von einem besseren Erscheinungsbild der Denkmale und damit letztlich von einer Verbesserung des Stadtbildes.

Der Förderbedarf hat sich parallel zum stetigen Wachstum des Bauvolumens in den letzten Jahren deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat die Verwaltung als untere Denkmalschutzbehörde keine Möglichkeiten mehr, Baumaßnahmen an Denkmalen eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument.

Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammen-hängenden Erträge gekürzt werden, da die Fördersumme von derzeit 100.000 € zu 1/3

von der Richard Borek Stiftung getragen wird. Das heißt bei einer vollständigen Streichung dieser Mittel gingen ca. 33.330 € Einnahmen verloren.

Zu den Haushaltsberatungen 2017, 2019 und 2020 gab es einen identischen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der damals mit Mehrheit abgelehnt wurde.

I. A.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB III / 61 Datum: 12.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 61.1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 165 der Fraktion CDU

Text:

Verschieben der Erträge für das Sanierungsprojekt "Stadtumbau Bahnstadt" um zwei Jahre.

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

Stellungnahme:

Es ist aus Sicht der Stadtverwaltung nicht empfehlenswert, Maßnahmen des Projektes Bahnstadt zu streichen oder zu verschieben, da das Projekt den Städtebauförderrichtlinien des Landes Niedersachsen unterliegt. Eine Mittelverausgabung in den entsprechenden Programmjahren muss gewährleistet sein, da sonst eine Zinszahlung oder sogar ein Verfall der zugesagten Städtebaufördermittel droht.

I. A.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 66 Datum: 16.02.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 66.0 AG 1

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 171 und 172 der Fraktion BIBS und DIE LINKE

Text:

Zusatzinformationen zu den finanzwirksamen Anträgen FWI 171 und FWI 172 der Fraktion BIBS und der Fraktion DIE LINKE

Anlass:

Im Kontext des Antrags FWI 171 und FWI 172 bat Ratsherr Köster im Rahmen der Haushaltsberatungen im Bauausschuss, das Beschlussergebnis zum Antrag Nutzung des Landesprogramms für beschleunigten Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur (DS 21-15140) in der Sitzung des PlUA und die weiteren Auswirkungen des Beschlusses in der Liste als Anmerkung der Verwaltung darzustellen.

Stellungnahme:

Gemäß DS-21-15140 am 27. Jan. 2021 soll die Stadt mindestens für zwei Projekte im Bereich Radverkehrsinfrastruktur Fördermittel im Rahmen des Sonderförderprogramms „Stadt und Land“ beantragen und diese Projekte bis 2023 umsetzen.

Nach den Förderbedingungen und Fristen des o. g. Förderprogramms, kommt die Beantragung der Radwege an der L 473 und an der L 611 nicht in Frage, da die Vorlaufzeiten für Vereinbarungen mit Nachbarkommunen, Planung, Grunderwerb, Planfeststellung, Vergabe und Bau eine Umsetzung bis 2023 nicht möglich machen.
Damit können die Inhalte der Anträge FWI 171 und FWI 172 nicht durch die Umsetzung eines Beschlusses der Drucksache 21-15140 erledigt werden.

Die Zuständigkeit für die Radwege an Landesstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten liegt unverändert bei der NLStBV und nicht bei der Stadt.

gez. Benscheidt

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 171 der Fraktion BIBS

Text:

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorplanungen für die Radwege an der L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel) zu beginnen. Hierfür werden 70.000 € in den Haushalt eingestellt

Begründung:

Die Vorplanung für die Radwege soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Die Zuständigkeit liegt bei der NLStBV. Der Rat hat mit dem Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket in städtischer Zuständigkeit beschlossen. Radwege an Landesstraßen in der Baulast des Landes sind nicht Teil dieses Beschlusses. Die begrenzten finanziellen und insbesondere personellen Ressourcen werden auf diese Maßnahmen konzentriert. Es ist nicht sinnvoll, einen Teil dieser begrenzten Ressourcen jetzt für Aufgaben des Landes zu binden. Die Verwaltung bittet das Land aber weiterhin regelmäßig um den Bau von Radwegen an allen Landesstraßen in Braunschweig.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 172 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Radwege Völkenrode - Bortfelder Kreisel
Beschlussvorschlag:
Ein Budget in Höhe von 35.000 Euro wird für die Vorplanung des Radweges an der L611 zwischen Völkenrode und Bortfelder Kreisel im Haushalt bereitgestellt.

Begründung:

Initiativen aus Völkenrode und Wendeburg setzen sich seit 30 Jahren für einen Radweg an der L611 ein, der einen Lückenschluss zum Peiner Radwegenetz darstellen und insbesondere die Gemeinden Wendeburg und Bortfeld an Braunschweig anbinden würde. Bisher müssen Radfahrende die Straße nutzen, auf der zum großen Teil Tempo 100 gefahren werden darf.
Der Bau des Radweges bekommt eine neue Dringlichkeit dadurch, dass in Zukunft 80 Braunschweiger Schülerinnen und Schüler die Oberschule in Wendeburg besuchen werden.
Der Radweg an der L611 wird vom Land Niedersachsen bisher nicht im „vordringlichen Bedarf“ im „Radwegekonzept 2016 an Landstraßen“ berücksichtigt.
Aber das Land hat die Mittel für den Radwegebau für die kommenden beiden Jahre gerade um 20 Millionen Euro aufgestockt. Die Stadt Braunschweig muss jetzt die Vorplanung dieses Radweges vornehmen, um von dieser Aufstockung oder anderen neuen Förderprogrammen profitieren zu können.
Die Planungskosten für den Radweg hätte die Stadt Braunschweig in jedem Fall zu tragen.
Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: “Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen.

Stellungnahme:

Die Zuständigkeit liegt bei der NLStBV. Der Rat hat mit dem Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket in städtischer Zuständigkeit beschlossen. Radwege an Landesstraßen in der Baulast des Landes sind nicht Teil dieses Beschlusses. Die begrenzten finanziellen und insbesondere personellen Ressourcen werden auf diese Maßnahmen konzentriert. Es ist nicht sinnvoll, einen Teil dieser begrenzten Ressourcen jetzt für Aufgaben des Landes zu binden. Die Verwaltung bittet das Land aber weiterhin regelmäßig um den Bau von Radwegen an allen Landesstraßen in Braunschweig.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 173 der Fraktion BIBS

Text:

Pilot-Velorouten realisieren: Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm:
Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Bohlweg - Helmstedter Straße - Schöppenstedter Turm werden Planungsmittel in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß den Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden […].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 174 der Fraktion BIBS

Text:

Pilot-Velorouten realisieren: Raffturm - Madamenweg – Innenstadt
Zur weiteren Ausplanung und Realisierung der Veloroute Raffturm - Madamenweg - Altstadtmarkt, Innenstadterschließung über den südlichen Wallring werden Planungsmittel in Höhe von 200 000 Euro bereitgestellt. Die Detailplanung soll sich an den Vorschlägen der Radfahrverbände vom 16.09.2020 Anlage 4 orientieren. Die näheren Ausplanungen der Stadtteilverbindung Altstadtmarkt-Hohetor-Madamenweg können hierbei mit in diese Planung als Teilstück einfließen.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Veloroute soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß den Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden […].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 175 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Planung einer Pilot-Veloroute
Beschlussvorschlag:
In den Haushalt werden Planungsmittel eingestellt für eine Pilot-Veloroute vom Raffturm über Madamenweg, südlichen Wallring, Bohlweg, Helmstedter Straße bis zum Schöppenstedter Turm. Die Anbindung der Innenstadt soll dabei sowohl aus Richtung Westen (Altstadtmarkt) als auch aus Richtung Osten (Bohlweg) gewährleistet sein.
Für die genaue Routenplanung ist eine Bürgerbeteiligung vorzusehen.

Begründung:

Am 14.7.2020 hat der Rat den Ziele und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ verabschiedet. Punkt 7 des Beschlusses beauftragt die Verwaltung, noch in 2020 in Zusammenarbeit mit den Radverbänden eine Veloroute als Pilotprojekt auszuwählen und im Haushalt 2021 Mittel dafür vorzusehen. Die Radverbände schlagen die hier beantragte Route vor.

Die beantragte Maßnahme ist Ziel 2: “Attraktives Radverkehrsnetz schaffen“ zuzuordnen und entspricht Maßnahme 8.1 und 8.2.

Stellungnahme:

Im Rahmen der DS 20-14848-01 hat die Verwaltung ihre Empfehlung bezüglich der Planung einer ersten Veloroute für Braunschweig dargelegt:

„Zum aktuellen Zeitpunkt liegen aber weder die Definition einer Veloroute noch Netzvorschläge als Auswahlgrundlage vor. Vor diesem Hintergrund sollte jetzt noch keine erste Veloroute ausgewählt und noch keine Festlegung zu der vorgeschlagenen Ost-West-Route getroffen werden […].“ Die Verwaltung wird zeitnah Vorschläge zur Definition und zu möglichen Routen vorlegen.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 14.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 177 der Fraktion BIBS

Text:

Stadtteilverbindungen realisieren: Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße

Zur weiteren Ausplanung der Radverkehrsanlagen mit dem Ziel einer Stadtteilverbindung für Radfahrer zwischen "Querumer Kreisel - Bevenroder Straße - Friedrich-Voigtländer-Straße - Berliner Straße" werden Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die weitere Ausplanung dieser Stadtteilverbindung soll die konkrete Umsetzung einer Maßnahme aus dem vom Rat am 14.7.2020 beschlossenen Ziel- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" (Ds. 20-13342-02) gemäß der Forderungen der Radfahrverbände vom 16.9.2020 in die Wege leiten.

Stellungnahme:

Ein Konzept für diesen Bereich ist bereits finanziert und in Arbeit. Über weitergehende Planungen sollte darauf aufbauend entschieden werden.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 183 der Fraktion CDU

Text:

Verschiebung Projekt 5E.660138 FB 66: BS-WF/SZ Thiede / Bau E-Radschnellweg

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

Stellungnahme:

Die von der Verwaltung eingeplanten Haushaltsmittel entsprechen den in der Planungs- und Finanzierungsvereinbarung über den Radschnellweg zwischen allen Beteiligten getroffenen Festlegungen. Die Verwaltung rät ab, diese vertragliche Vereinbarung durch Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Zukunft einseitig aufzuweichen.

Darüber hinaus sind im Haushalt und IP nach dem Bruttoprinzip die Gesamtaufwendungen dargestellt. Gleichzeitig gibt es eine Fördermittelzusage des Landes mit Fördermitteln des Bundes und des Landes, so dass in einer Größenordnung von 75 % der förderfähigen Kosten eine Einnahme erwartet wird.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB III/66 Datum: 12.01.2021

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 184 der Fraktion CDU

Text:

Verschiebung Projekt 5E.660139 FB 66: BS-Lehre-WOB / Bau E-Radschnellweg

Begründung:

Zur Sicherung der finanziellen Solidität der Stadt Braunschweig sind auch schwere Entscheidungen zu treffen. Um einen Anstieg der städtischen Verschuldung auf rund eine Milliarde Euro in 2024 noch zu verhindern, sind daher einzelne Maßnahmen zu verschieben. Hier wird eine Verschiebung um zwei Jahre vorgeschlagen. Die Einplanung der Einnahmen verschiebt sich entsprechend.

Stellungnahme:

Die von der Verwaltung eingeplanten Haushaltsmittel entsprechen den in der Planungs- und Finanzierungsvereinbarung über den Radschnellweg zwischen allen Beteiligten getroffenen Festlegungen. Die Verwaltung rät ab, diese vertragliche Vereinbarung durch Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Zukunft einseitig aufzuweichen.

Darüber hinaus sind im Haushalt und IP nach dem Bruttoprinzip die Gesamtaufwendungen dargestellt. Gleichzeitig gibt es eine Fördermittelzusage des Landes mit Fördermitteln des Bundes und des Landes, so dass in einer Größenordnung von 75% der förderfähigen Kosten eine Einnahme erwartet wird.

gez. Leuer
Dez. III

Dezernat/FB 51 Datum: 11.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 213 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Text:

Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung

Begründung:

Auf die Antragsbegründung wird verwiesen.

Stellungnahme:

Auf die bereits veröffentlichte Stellungnahme 20-14846-01 zum Antrag 20-14846 wird verwiesen.

i. V.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51 Datum: 11.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWI 214 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Text:

Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung

Begründung:

Auf die Antragsbegründung wird verwiesen.

Stellungnahme:

Auf die bereits veröffentlichte Stellungnahme 20-14846-01 zum Antrag 20-14846 wird verwiesen.

i. A.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51 Datum: 15.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. SP 218 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Text:

Fortsetzung des Ausbaus der Schulkindbetreuung

Begründung:

Auf die Antragsbegründung wird verwiesen.

Stellungnahme:

Auf die bereits veröffentlichte Stellungnahme 20-14846-01 zum Antrag 20-14846 wird verwiesen.

i. V.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 32 Datum: 19.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 32.4

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. FWE 219 der Fraktion DIE FRAKTION P²

Text:

Der Vorschlag -V50 im Bereich II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit: Abschaffung der Neubürgermappen - wird nicht umgesetzt. Die Mittel für die Neubürgermappen werden in den Haushalt 2021 wieder eingebracht. Neue Braunschweigerinnen und Braunschweiger erhalten weiterhin als Willkommen der Stadt Braunschweig eine Begrüßungsschreiben sowie Infobroschüren und Gutscheine.

Begründung:

Die Willkommenskultur herunterzufahren ist gerade in der heutigen Zeit nicht nachzuvollziehen - unabhängig der Höhe des Einsparpotentials!

Braunschweig und die wichtigen Adressen, Anlaufpunkte etc - teils mehrsprachig erklärt, geben viele Anregungen, klärt die häufigsten Fragen und nennt Ansprechpartner sowie die wichtigsten Versogrungseinrichtugngen neben Krankenhäusern, Finanzamt etc. Warum sollten wir es Hinzugezogenen unnötig schwer machen wollen?

Stellungnahme:

Der Vorschlag zur Haushaltsoptimierung wurde bereits umgesetzt.

Informationen zu städtischen Einrichtungen sind im Rathaus-Kompass enthalten, der Bestandteil der Begrüßungsmappe war. Der Rathaus-Kompass liegt neben weiteren Info-Broschüren weiterhin in den Räumen der Abteilung Bürgerangelegenheiten aus und kann jederzeit mitgenommen werden.

I. A.

gez. Dr. Köhler

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 20.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 221 der Fraktion BIBS

Text:

Unterstützung des Vereins SOLWODI für den Aufbau und die Durchführung des Projekts ASUNA (AusStieg und NeuAnfang) in Braunschweig

Begründung:

Der Verein SOLWODI (Solidarity with Women in Distress) Niedersachsen e.V. berät seit 1999 in Braunschweig Frauen in unterschiedlichen Not- und Gewaltsituationen. Dazu gehören Menschenhandel, Zwangsverheiratung, Bedrohung durch "Ehrenmord", Gewalt und Probleme in Ehe und Partnerschaft sowie extreme Diskriminierungen.

Zur vollständigen Begründung wird auf den Antrag verwiesen.

Stellungnahme:

Für die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Prostituierte in Braunschweig sind zwei Bausteine wichtig: ein spezialisiertes Beratungsangebot vor Ort und ein strukturiertes, begleitetes Ausstiegsangebot.

Es sollte eine Beratungsstelle geben, mit einer hauptamtlichen sozialarbeiterischen Besetzung. Es wird verwiesen auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN vom 05.11.2020, Drucksache 20-14663, AfSG am 19.11.2020 bzw. Drucksache 20-14654-01, Rat am 17.11.2020.

SOLWODI e. V. beantragt eine jährliche Förderung (Vollfinanzierung) ab dem Haushaltsjahr 2021 i. H. v. 110.000,- € für die Durchführung des Projekts "ASUNA" (Ausstiegsberatung- und begleitung für Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen).

Der Vollständigkeit halber wird in diesem Zusammenhang auf den FWE 123 (Anlaufstelle für Prostitutierte in Braunschweig) verwiesen. Die Verwaltung spricht sich an dieser Stelle dafür aus, dass bevor zum Haushaltsjahr 2021 eine Zuwendung an SOLWODI e. V. für die Einrichtung einer Ausstiegsberatung beschlossen wird, zuerst das in FWE 123 vorgesehene Konzept durch die Verwaltung erstellt wird. Die dann vorliegenden Ergebnisse würden eine fundiertere Grundlage für die weitere Gestaltung der Ausstiegsberatung für Prostituierte bilden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51 Datum: 04.02.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 51.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. SB 211 der Fraktion des Stadtbezirkrates

Text:

Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2021 für die Planung eines Neubaus des Jugendzentrums in Leiferde an einem anderen Ort als bisher.

Begründung:

Stellungnahme:

Aufgrund des starken Sanierungsbedarfs des bestehenden Jugendtreffs ist eine Sanierung nach Prüfung des FB 65 unwirtschaftlich.

Auf der Grundlage der Bedarfs-/Angebotsbewertung durch FB 51 ist die bestehende Einrichtung mit durchschnittlich 42 Besucherinnen/Besuchern pro Angebotstag (Besucherstatistik 2018) für einen kleinen Jugendtreff gut besucht. Der Standort ist bei Besuchern und der Leiferder Dorfgemeinschaft insgesamt gut angenommen, so dass die Notwendigkeit für einen Ersatz bejaht wird.

Für einen bedarfsgerechten Neubau sind die Grundlagen (Raumprogramm, Standortprüfung/-suche) durch die verantwortlichen Fachabteilungen der Stadtverwaltung zu prüfen. Für diese ersten Projektschritte sind in 2021 noch keine separaten Haushaltsmittel erforderlich.

I. V.

gez. Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 20.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 222 der Fraktion BIBS

Text:

Förderung Frauen BUNT e.V. beibehalten

Begründung:

Der Verein Frauen BUNT e.V. leistet seit 2017 wertvolle Integrationsarbeit für Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft. Zur Fortsetzung seines sinnvollen Engagements benötigt der Verein auch weiterhin einen Zuschuss, um die Mietkosten für die Räumlichkeiten decken zu können. Um eine weitere erfolgreiche Arbeit zu gewährleisten, soll der Verein daher die bisher für zwei Jahre gewährte Förderung dauerhaft erhalten.

Stellungnahme:

Der Verein Frauen BUNT e.V. hat seit dem Jahr 2018 eine Zuwendung über drei Jahre von insgesamt ca. 46.000 € als Projektförderung erhalten. Diese Förderung war durch Ratsbeschluss für drei Jahre beschlossen.
Die Zuwendung wird für Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten John-F.-Kennedy-Platz 10 gewährt.

Nach §2 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 ist die Zuwendungsart der Projektförderung definiert als als eine Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne zeitlich und sachlich abgegrenzte Vorhaben.
Bei einer Förderung, angelegt über einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren und begrenzt auf die Miet- und Betriebskosten der Räumlichkeiten am John-F.-Kennedy-Platz, kann nur eine Projektförderung gewährt werden.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 50 Datum: 20.01.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 50.01

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2021 Nr. 223 der Fraktion BIBS

Text:

Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.

Begründung:

Die Braunschweiger AIDS-Hilfe benötigt eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse für das Jahr 2021, um ihre Arbeit in der AIDS-Präventation, Beratung und Unterstützung der Betroffenen und der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten sicher zu stellen. .

Stellungnahme:

Der Aids-Hilfe e. V. führte in seinem Antrag auf Zuwendungen im Haushaltsjahr 2021 aus, dass eine Erhöhung (+4.400,- € im Vergleich zur Förderung 2020) u. A. für die Fortführung des Angebotes für die HIV-Prävention bei Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Ländern über das Jahr 2020 hinaus benötigt werde. Die vorhandene 1/4-Personalstelle (TVL 8) sei bis Ende 2020 befristet. Die Erhöhung der städtischen Förderung solle eine Sicherstellung der Personalstelle für weitere drei Jahre gewährleisten.

Die Darstellung des Vereins ist nachvollziehbar und an der Sinnhaftigkeit der beschriebenen Tätigkeit bestehen keine Zweifel. Insofern befürwortet die Verwaltung die Erhöhung der Zuwendung zur Fortführung der o. g. Personalstelle.

I. V.

Dr. Arbogast

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 66 Datum: 16.02.2021
(ggfs. Abt./Stelle) 66.0 AG 1

Stellungnahme zum Haushaltsoptimierungsvorschlag Nr. 117 zum Haushalt 2021

Vorschlag:

Erhöhung Parkgebühren im Stadtgebiet / Erhöhung der Parkgebühr BgA Tiefgaragen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Bauausschuss am 26. Jan. 2021 bat Ratsherr Köster, die von Stadtbaurat Leuer zum Haushaltsoptimierungsvorschlag 117 (Anlage 8, Ziffer 21; Erhöhung Parkgebühren) erläuterte Verknüpfung mit dem Mobilitätsentwicklungsplan schriftlich darzulegen:

Stellungnahme:

Die Verwaltung hat mit der letzten Gebührenerhöhung 2017 für das Parken im Straßenraum zugleich einen Automatismus für zukünftige Gebührenanpassungen vorgeschlagen. Damit sollten wiederkehrende Einzeldebatten zu diesem Thema vermieden werden. Dies wurde vom Rat beschlossen. Seitdem orientiert sich die Preisentwicklung der Parkgebühren an der Entwicklung der Verbraucherpreisindex. Soweit sich daraus eine Steigerung ergibt, die eine Parkgebührenerhöhung von mind. 0,10 € für 30 Min. Parkdauer zulässt, wird die Verwaltung eine entsprechende Anhebung vorschlagen. Aktuell (Index, Stand Juni 2020) läge die Erhöhung rechnerisch erst bei 0,035 €, so dass bisher keine Erhöhung vorgeschlagen wurde. Damit agiert die Verwaltung verlässlich entsprechend ihrer Ankündigung.
Aktuell wäre eine Erhöhung der Parkgebühren auch auf Grund der Auswirkungen von Corona auf das öffentl. Leben und dem Einzelhandel unangemessen.

Perspektivisch erscheint es aber vertretbar und angemessen, nach einigen Jahren die gewählte Methodik nochmal zu hinterfragen. Daher wird das Thema Parkgebührenerhöhung, wenn auch methodisch abweichend vom KGSt-Vorschlag, bei der Aufstellung des Mobilitätsentwicklungsplans aufgegriffen, der den richtigen Rahmen für solche Grundsatzfragen bietet. Die von der KGSt benannten potentiellen Haushaltswirkungen werden nicht bestätigt. Allerdings hält die Verwaltung Gebührenerhöhungen von 600.000 €/a nach Vorliegen des Mobilitätsentwicklungsplans für eine realistische Größenordnung.

gez. Benscheidt

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 7.1

Haushaltsplan 2021 der Sonderrechnung FB 65 –

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Haushaltsplan 2021 der Sonderrechnung FB 65 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 7.1

Abstimmungsergebnis Bauausschuss

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2021 in €		Veränderungen in €								Bemerkung	dafür	da-gegen	ent-halten
					2021		2022		2023		2024					
			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
1	6	privatrechtliche Entgelte	45.607.500	46.405.200	+ 797.700		+ 797.700		+ 797.700		+ 797.700		Erstattung Miete durch die Kernverwaltung	**10**	**0**	**1**
2	7	Kostenerstattungen und Umlagen	43.292.100	45.445.700	+2.153.600		+1.639.100		+1.639.100		+ 1.639.100		Erstattung Betriebkosten durch die Kernverwaltung. Für 2021 270.000 zusätzliche coronabedingte Heizkosten	**10**	**0**	**1**
3	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	72.682.400	75.633.700		+ 2.951.300		+ 2.436.800		+ 2.436.800		+ 2.436.800	Mehraufwand für Betriebskosten	**10**	**0**	**1**

Anlage 7.2

Stellenübersichten des FB 65 und des Ref. 0650 zum Haushaltsplan 2021 der Sonderrechnung FB 65

Haushaltsplan 2021
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					1)
2		15Ü					2)
3		15	1)				3)
4		14	3,00 2)	3,00	3,00		4) dav. 1 T 19,5, 1 kw 2021
5		13	3,00 3)	3,00	2,00	1,00	5) dav. 4 T 19,5, 1 T 30, 1 ku 1) A 10
6		12	7,50 4)	17,50	12,14	5,36	6)
7		11	39,00 5)	72,27	59,85	12,42	7) ku 1) A 10
8		10	2,00 6)	2,00	2,00		8) dav. 1 T 19,5
9		9c	1,00 7)	1,00	1,00		
10		9b	6,50 8)	4,50	2,00	2,50	9) dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8
11		9a	11,00 9)	13,00	9,90	3,10	

C. Stellenübersicht

Haushaltsplan 2021
für den FB 65 Gebäudemanagement

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
							[10]
12		8	6,00 [10]	6,00	6,00		
13		7	16,75 [11]	16,75	15,76	0,99	[11] dav. 2 Z 12, 1 T 29,25
14		6	19,51 [12]	19,51	14,77	4,74	[12] dav. 2 T 19,5, 1 T 20, 2 üT, 1 ku 1) 4
15		5	63,75 [13]	62,75	57,35	5,40	[13] dav. 1 T 29,25
16		4	8,25 [14]	9,71	4,49	5,22	[14]
17		3	2,70 [15]	2,70	1	1,70	[15]
18		2Ü	[16]				[16]
19		2	[17]				[17]
20		1	62,87	62,87	28,70	34,17	
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		252,83	296,56	219,96	76,60	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Haushaltsplan 2021

für den FB 65 Gebäudemanagement

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2	1,00	1,00		1,00	
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00	3,00	1,95	1,05	
3	Baudirektor	A 15	1,00	1,00	0,98	0,02	
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00	1,00	1,00		
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00	1,00	0,75	0,25	
7	Baurat	A 13		1,00	1,00		
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12	1,00	1,00	1,00		
12	Bauamtmann	A 11		0,50	0,50		
13	Stadtamtmann	A 11	4,00	4,00	4,00		
		A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10	[3]				
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,75 [4]	4,75	4,43	0,32	[4] dav. 1 T 30
		A 10					

C. Stellenübersicht

Haushaltsplan 2021
für den FB 65 Gebäudemanagement

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9	[5]				[6]
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	[6]				[7] [8]
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]	4,00	3,00	1,00	[9] dav. 3 T 20, 1 T 30 [10]
19	Stadthauptsekretär	A 8	3,00 [8]	3,00	2,00	1,00	
20	Stadtobersekretär	A 7	9,25 [9]	9,25	8,51	0,74	
21	Stadtsekretär	A 6	[10]				
		insgesamt:	31,00	34,50	29,12	5,38	

Haushaltsplan 2021
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15					
4		14					
5		13					[1] dav. 2 T 19,5, 1 T 30
6		12	10,00				
7		11	33,77 [1]				
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

C. Stellenübersicht

Haushaltsplan 2021
für das Ref. 0650 Hochbau

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		43,77				

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Haushaltsplan 2021
für das Ref. 0650 Hochbau

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	2,00				
3	Baudirektor	A 15					
4	Städtischer Direktor	A 15					
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14					
7	Baurat	A 13	1,00				
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12					
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11					
		A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10					
		A 10					

C. Stellenübersicht

Haushaltsplan 2021
für das Ref. 0650 Hochbau

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2021	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2020 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2020 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ					
18	Stadtamtsinspektor	A 9					
19	Stadthauptsekretär	A 8					
20	Stadtobersekretär	A 7					
21	Stadtsekretär	A 6					
		insgesamt:	3,00				

Jahresabschluss

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2019
der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 25. September 2020

Herlitschke
Stadtrat

I. Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	169.496,82	139.572,82	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	1.197.272,77	1.046.702,01	1.2 Rücklagen	0,00	0,00
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	0,00	2.275.096,90
3. Finanzvermögen	11.130.257,69	18.742.549,67	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				0,00	2.275.096,90
4. Liquide Mittel	139,36	88,36			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	87.255,07	168.677,05	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607,41	4.085.469,87
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	142.750,28	146.272,63
				3.828.357,69	4.231.742,50
			3. Rückstellungen	8.756.064,02	13.590.730,51
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**12.584.421,71**	**20.097.669,91**	**Bilanzsumme**	**12.584.421,71**	**20.097.669,91**

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €; 2019 = 374.000,00

Braunschweig, 25.09.2020

gez. Eckermann

Eckermann (Stellv. Fachbereichsleiter Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

2. Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	169.496,82	139.572,82	1.1.1 Reinvermögen	0,00	0,00
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Solifehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		0 00	0,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0 00	0,00	1.2 Rücklagen		
	169.496,82	139.572 82	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. Sechvermögen					
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0 00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	168.775,22	170.913,87	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	123.713,55	161.605,01	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	0,00	2.275.096,90
2.8 Vorräte	904.784,00	714.183,13			
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00		0.00	2.275.096,90
	1.197.272,77	1.046.702,01			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00		0 00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	11.114.332,29	18.740.063,38		0,00	2.275.096,90
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	15.925,40	2.486,29			
			2. Schulden		
	11.130.257,69	18.742.549,67	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	139,36	68.36	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	87.255.07	168.677,05	2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				0,00	0,00

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2018= 0,00 €, 2019 = 374.000,00

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2018 - Euro -	31. Dezember 2019 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607,41	4.085.469 87
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0 00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	-119,89
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	127.157,58	140.944,57
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	11.613 44	-891,53
				138.771,02	139.933,15
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	3.979,26	6.339,48
				3.979,26	6.339,48
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.555.586,71	2.711.040,56
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	6.200.477 31	10.879.689 95
				8.756.064,02	13.590.730,51
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	12.584.421,71	20.097.569,91		12.584.421,71	20.097.569,91

Braunschweig, 25.09.2020

gez. Eckermann

Eckermann (Stellv.Fachbereichsleiter Fachbereich 65 Hochbaubau und Gebäudemanagement

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement bestehen keine Vorbelastungen.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan/Ist Vergleich Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	mehr (+) weniger (-) (Sp.3 - Sp.4) -Euro-	bisher nicht bewilligte über-/ außerplan-mäßige Aufwendungen (aus Sp. 5) -Euro-
1		2	3	4	5	6
Ordentliche Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	0,00	0,00
3	Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	35.204.992,95	35.900.823,08	35.583.400,00	317.423,08	0,00
7	Kostenerstattungen und Umlagen	39.949.553,50	42.749.862,42	40.278.200,00	2.471.662,42	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	454.856,97	-188.978,54	0,00	-188.978,54	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	17.089,87	821.345,25	15.000,00	806.345,25	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**77.706.560,12**	**84.510.452,21**	**81.104.000,00**	**3.406.452,21**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen						
13	Personalaufwendungen	14.101.143,42	15.303.483,98	16.906.900,00	-1.603.416,02	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	62.643.600,98	65.781.958,35	62.712.300,00	3.069.658,35	0,00
16	Abschreibungen	227.389,43	169.030,82	167.600,00	1.430,82	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.312.741,65	1.445.302,97	1.317.200,00	128.102,97	
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**78.284.876,48**	**82.699.776,12**	**81.104.000,00**	**1.595.776,12**	**0,00**
21	**ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**-578.315,36**	**1.810.676,09**	**0,00**	**1.810.676,09**	**0,00**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen						
22	Außerordentliche Erträge	605.521,76	483.759,09	0,00	483.759,09	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	27.206,40	19.338,28	0,00	19.338,28	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)**	**578.315,36**	**464.420,81**	**0,00**	**464.420,81**	**0,00**
25	**Jahresergebnis Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)** [2]	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**	**2.275.096,90**	**0,00**

nachrichtlich:

	1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	2.080.066,83	5.227.400,00	5.227.400,00	**0,00**	0,00
	2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) vor Verlust-übernahme durch die Stadt Braunschweig	**-2.080.066,83**	**-2.952.303,10**	**-5.227.400,00**	**2.275.096,90**	0,00

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gesamt - Finanzrechnung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamt-ermächtigungen 2019 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1]	936.108,61	5.227.400,00	0,00	0,00	0,00	5.227.400,00	7.307.486,83	2.080.086,83
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	34.837.631,40	35.583.400,00	0,00	0,00	0,00	35.583.400,00	35.824.218,45	240.818,45
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3]	36.640.518,07	40.278.200,00	0,00	0,00	0,00	40.278.200,00	38.639.462,99	-1.638.737,01
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.036,15	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	137.626,33	122.626,33
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	72.415.294,23	81.104.000,00	0,00	0,00	0,00	81.104.000,00	81.908.774,60	804.774,60
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	14.719.073,58	15.830.400,00	0,00	0,00	0,00	15.830.400,00	14.916.887,09	-913.512,91
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.839.604,55	64.029.500,00	0,00	0,00	0,00	64.029.500,00	63.890.844,05	-138.655,95
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	76.558.678,11	79.859.900,00	0,00	0,00	0,00	79.859.900,00	78.807.731,14	-1.052.168,86
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 - 17)**	-4.143.383,88	1.244.100,00	0,00	0,00	0,00	1.244.100,00	3.101.043,46	1.856.943,46
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	7.436,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] außer für Investitionstätigkeit
[4] Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigefügt werden

Gesamt - Finanzrechnung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen
Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2018 -Euro-	Ansätze 2019 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamt-ermächtigungen 2019 -Euro-	Ergebnis 2019 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	213.148,80	334.000,00	0,00	0,00	45.851,20	379.851,20	146.873,10	-232.978,10
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-205.712,80	-334.000,00	0,00	0,00	-45.851,20	-379.851,20	-146.873,10	232.978,10
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	-4.349.096,68	910.100,00	0,00	0,00	-45.851,20	864.248,80	2.954.170,36	2.089.921,56
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	34.113.861,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.303.706,47	31.303.706,47
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	29.764.672,01	910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.257.947,83	33.347.847,83
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeile 38 und Zeile 39)	4.349.189,01	-910.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.954.241,36	-2.044.141,36
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	47,03	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	139,36	-60,64
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	139,36	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68,36	-131,64

IV. Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

Erläuterungen des Jahresabschlusses 2019 der Sonderrechnung Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2019

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Der Fachbereich (FB 65) Hochbau und Gebäudemanagement – im folgenden Sonderrechnung - ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i. V. m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunal Verfassungsgesetzes – NKomVG).

Gegenstand der Sonderrechnung ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der Immobilien der Stadt Braunschweig. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27. November 2011 von Hochtief bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehört die Sanierung, der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben der Sonderrechnung.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich „Hochbau und Gebäudemanagement“ (FB 65) wahrgenommen. Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau und Gebäudemanagement betreffen.

Im Jahr 2019 waren für die Sonderrechnung im Durchschnitt 34 Beamte und 262 Beschäftigte tätig. Darüber hinaus wurden 6 Auszubildende im Jahresdurchschnitt beschäftigt.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet die Sonderrechnung weitreichend in eigener Zuständigkeit. Hiervon ausgenommen sind folgende Servicedienste:

Fachbereich „Zentrale Dienste“:	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit und Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse

Fachbereich "Finanzen":	Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten bei An- und Verkauf, An- und Vermietung mit Externen
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit":	Einstellungsuntersuchungen

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird seit 1. Januar 2012 nach der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung richtet sich nach den Regelungen der §§ 50 ff. der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i. V. m. §§ 45f. KomHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2019 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten und abzüglich von Rabatten oder Skonti angesetzt.

Das immaterielle Vermögen und das Sachvermögen (ohne Vorräte) werden linear abgeschrieben. Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2019 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 5 KomHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert unter 1.000 € netto haben, als Aufwand zu buchen. Aufgrund der Übergangsregelung in § 63 Abs. 1 KomHKVO wird jedoch für die Sonderrechnung noch die alte Regelung des § 47 Abs. 2 der GemHKVO angewandt, wonach Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen sind, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Fremdkapitalzinsen könnten in die Herstellungskosten einbezogen werden, sind aber nicht vorhanden. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten und wurde dementsprechend im Sachvermögen angesetzt. Bei der Bewertung wurden geleistete Anzahlungen auf abgerechnete Teilleistungen bereits abgesetzt bzw. berücksichtigt.

3. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,7 % (Vorjahr 1,3 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Summe Immaterielles Vermögen	169.497	100,0	139.573	100,0	-29.924	-17,65

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um EDV-Lizenzen in Höhe von 139.573 Euro. Die Bewertung erfolgte zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 5,2 % (Vorjahr 9,5 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	168.775	14,1	170.914	16,3	2.139	1,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	123.714	10,3	161.605	15,4	37.891	30,6
Vorräte	904.784	75,6	714.183	68,3	-190.601	-21,1
Summe Sachvermögen	**1.197.273**	**100,0**	**1.046.702**	**100,0**	**-150.571**	**-12,6**

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen und Anlagenzugängen, welche im Anlagenspiegel nachvollzogen werden können.

Die teilfertigen Leistungen sind Leistungen, die von anderen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig bei der Sonderrechnung beauftragt wurden, jedoch noch nicht von der Sonderrechnung an die Fachbereiche weiter berechnet wurden, weil die Leistungen noch nicht abgeschlossen sind. Die teilfertigen Leistungen werden unter der Position „Vorräte" abgebildet.

Sofern Teilrechnungen möglich waren, wurden diese den anderen Organisationseinheiten in Rechnung gestellt und sind hier berücksichtigt. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 93,3 % (Vorjahr 88,4 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Privatrechtliche Forderungen	11.114.332	99,9	18.740.063	99,9	7.625.731	68,6
sonstige Vermögensgegenstände	15.925	0,1	2.486	>0,1	-13.439	-84,4
Summe Finanzvermögen	**11.130.257**	**100,0**	**18.742.549**	**100,0**	**7.612.292**	**68,4**

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt. Bei den privatrechtlichen Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber der Stadt Braunschweig sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt Braunschweig von der Sonderrechnung ausgeführt wurden (siehe dazu auch Pkt. 3.7 Schulden). Debitorische Kreditoren wurden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Insgesamt wurden 32.059,85 Euro (Vorjahr 101.930,98 Euro) gegenüber Dritten aufgrund von Niederschlagungen der berechneten Forderung wertberichtigt. Es handelt sich hier um Forderungen aus Sachbeschädigungen Dritter, deren Ausgleich als zweifelhaft angesehen wird.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 0,0 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Liquide Mittel	139	100,0	68	100,0	71	>100,0

Die liquiden Mittel werden grundsätzlich zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Da die Sonderrechnung rechtsformbedingt über kein eigenes Bankkonto verfügt, werden die Finanzmittel von der Stadt Braunschweig verwaltet. Die Bestände auf diesem Konto teilen sich in Mittel, die im Rahmen einer Nebenkasse von der Sonderrechnung verwaltet werden und in Mittel, die über ein Verrechnungskonto der Stadt verwaltet werden, auf. Dieses Verrechnungskonto wird täglich dem Cashpool der Stadt zugeführt. Das Verrechnungskonto wird in den privatrechtlichen Forderungen abgebildet und hatte zum 31. Dezember 2019 einen Saldo von -468.083,93 Euro (Vorjahr -3.603.039,35 Euro). Dem Saldo stehen Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2017/2018 in Höhe von rd. 3.264.530,92 Euro und aus der noch zu erstellenden Betriebskostenabrechnung 2018/2019 in Höhe von rd. 4.050.000,00 Euro gegenüber.

Der Bargeldbestand betrug am 31.Dezember 2019 68,36 Euro (Vorjahr 139,36 Euro).

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung sind dies die Beamtenbesoldungen für Januar 2020, die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird, sowie Wartungskosten für IT-Programme.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 11,3 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0	100,0	0	00
Jahresergebnis	0	0	2.275.097	100,0	2.275.097	>100,0
Nettoposition	0	0	0	0,0	0	0,0

Das Haushaltsjahr 2019 schließt unter Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400,00 Euro mit einem Ergebnis von 2.275.096,90 ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2018 wurde entsprechend den jeweiligen Ratsbeschlüssen vom 14. Juli 2020 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2018	Bestand 31.12.2019
	Euro	Euro
ordentliches Ergebnis	-578.315,36	
außerordentliches Ergebnis	578.315,36	
Gesamtergebnis	0,00	
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage ordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach der KomHKVO umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden (siehe nachfolgendes Schaubild) umfassen 21,1 % (Vorjahr 30,4 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um rd. 11 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies spiegelt sich auch in dem von der Sonderrechnung bearbeiteten Investitionsvolumen wieder, welches im Vergleich zum Vorjahr von rd. 51,6 Mio. Euro (2018) auf rd. 67,5 Mio. Euro (2019) gestiegen ist.

Für die noch nicht berechneten, aber ausgeführten Leistungen bei den städtischen Bauprojekten wurden Rückstellungen (siehe Pkt. 3.8) gebildet, da zum 31. Dezember 2019 noch keine Rechnungen vorlagen. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.685.607	96,3	4.085.470	96,5	399.863	10,8
Sonstige Verbindlichkeiten	142.751	3,7	146.273	3,5	3.522	2,5
Schulden	**3.828.358**	**100,0**	**4.231.743**	**100,0**	**403.385**	**10,5**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt Braunschweig ausgeführt werden und von der Stadt Braunschweig erstattet werden (siehe dazu Pkt. 3.3 Finanzvermögen).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 67,6 % (Vorjahr 69,6 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2018		31.12.2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	2.555.587	29,2	2.711.041	19,9	155.454	6,1
Andere Rückstellungen	6.200.477	70,8	10.879.690	80,1	4.679.213	75,5
Rückstellungen	**8.756.064**	**100,0**	**13.590.731**	**100,0**	**4.834.667**	**55,2**

Die Rückstellung für Pensionen, Altersteilzeit und ähnliche Rückstellungen werden von der Stadt Braunschweig gebildet. Die Sonderrechnung beteiligt sich an diesen Rückstellungen. Dieser Betrag wird abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen und Gehältern an den Versorgungsbezügen ermittelt.

Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung beinhaltet Maßnahmen der Instandhaltung, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollen. Grundlage für die Bildung dieser Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

In den anderen Rückstellungen sind überwiegend Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt Braunschweig enthalten. Weiterhin sind hier auch die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung enthalten. Grundlage für die Berechnung der Urlaubstage und Überstunden ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Höhe der Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung wird aufgrund der Höhe der Lohnkosten ermittelt. Die Sozialabgaben wurden entsprechend bei den Rückstellungen berücksichtigt.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO zu geben, wenn sich Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ergeben, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 374.000 Euro übertragen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Einführung von neuen EDV-Programmen stehen, deren Einführung nicht in 2019 fortgeführt werden konnten.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung gilt § 2 KomHKVO entsprechend.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich nach einem Zuschuss in Höhe von 5.227.400 Euro durch die Stadt Braunschweig (Vorjahr: Verlustausgleich 2.080.066,83 Euro) ein Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 Euro (Vorjahr: ausgeglichenes Ergebnis mit 0,00 Euro).

5.2. Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich unter Berücksichtigung des Verlustausgleiches in Höhe von 5.227.400 Euro durch die Stadt Braunschweig für das ordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 1.810.676,09 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag 578.315,36 Euro), der mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet wird (siehe Pkt. 5.3).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 464.420,81 Euro (Vorjahr: Überschuss 578.315,36 Euro, s. auch Punkt 5.6), der im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungsbeträgen resultiert, da die Rückstellungsbeträge vor 3 Jahren gebildet wurden und nicht mehr vorgetragen werden dürfen oder der Grund für die Rückstellung entfallen ist. Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 471 T€ in 2019 (Vorjahr rd. 535 TEuro) aufgelöst wurden.

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.227.400	6,4	5.227.400	6,2	0,0	0,0
privatrechtliche Entgelte	35.583.400	43,9	35.900.823	42,4	317.423	0,9
Kostenerstattungen und Umlagen	40.278.200	49,7	42.749.862	50,6	2.471.662	6,1
Bestandsveränderungen	0	0,0	-188.979	-0,2	-188.979	>100
sonstige ordentliche Erträge	15.000	0,0	821.345	1,0	806.345	>100
Ordentliche Erträge	**81.104.000**	**100,0**	**84.510.452**	**100,0**	**3.406.452**	**4,2**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400 Euro ausgewiesen. Die privatrechtlichen Entgelte sind im Wesentlichen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung der Gebäude (rd. 35.889.367 Euro). Im Rahmen der Gründung der Sonderrechnung wurde festgelegt, dass die nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig eine marktübliche Miete an die Sonderrechnung zu zahlen haben. Die Miete wurde bei der Gründung der Sonderrechnung von FB 61 ermittelt und bei jedem neuen, zusätzlichen Objekt wird vom FB 61 eine entsprechend durch die nutzende städtische Organisationseinheit zu zahlende Miete festgelegt. Die Sonderrechnung ist berechtigt die Miete anzupassen, wenn bei dem aktuellen Verbraucherindex eine Abweichung von mehr als 10 % gegenüber dem Basiswert von 2004 vorliegt. Diese Anpassung erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanungen in Abstimmung mit FB 20 und erfolgte das letzte Mal in 2008 mit einer durch FB 20 genehmigten Erhöhung um 2,8%. Für das Jahr 2020 ist eine Erhöhung der Mieten um durchschnittlich 20% im Vergleich zu 2019 umgesetzt.

Die Kostenerstattungen und Umlagen beinhalten größtenteils die Betriebskosten (rd. 34.732.992 Euro) der durch die nutzenden Organisationseinheiten gemieteten Gebäude und Flächen. Ebenso sind die Erstattungen für Einzelaufträge der verschiedenen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 2.898.597 Euro und die Verwaltergebühr in Höhe von rd. 895.806 Euro in den Kostenerstattungen und Umlagen enthalten. Weiterhin sind die von der Sonderrechnung berechneten Architektenhonorare (rd. 3.303.278 Euro) für die im Auftrag der Stadt Braunschweig durchgeführten Neu- und Umbauten sowie Sanierungen in den Kostenerstattungen und Umlagen abgebildet. Die Abweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus der höheren Erstattung für Betriebskosten (rd. 3.689.292 Euro), der Abrechnung von Architektenhonoraren (rd. -342.222 Euro), sowie der geringeren Erstattung für Einzelaufträge für andere Organisationseinheiten (rd. -905.403 Euro). Die Restlichen Kostenerstattungen in Höhe von rd. 919.189 Euro erfolgten u.a. für Leistungen des Betriebshandwerklicher Dienst (rd. 589.098 Euro) und sonstige Service Leistungen für die Stadt Braunschweig (rd. 330.091 Euro).

Die Bestandsveränderungen sind die Veränderung der teilfertigen Leistungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten, die von der Sonderrechnung ausgeführt werden. Eine Abrechnung zur Kostenerstattung an den Auftraggeber ist noch nicht erfolgt. Die nicht abgerechneten teilfertigen Leistungen (rd. 659.710 Euro) haben sich im Vergleich zum Vorjahr (rd. 859.700 Euro) verringert.

Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden in den Vorjahren auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Nach Abschluss der Maßnahmen sind bei geringeren tatsächlichen Kosten die verbleibenden Beträge im Abschluss gemäß § 45 Abs. 5 KomHKVO herabzusetzen und sind seit 2019 im ordentlichen Ergebnis auszuweisen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 712 T€ in 2019 herabgesetzt wurden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2018		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.080.067	2,7	5.227.400	6,2	3.147.333	>100,0
privatrechtliche Entgelte	35.204.993	45,3	35.900.823	42,5	695.830	2,0
Kostenerstattungen und Umlagen	39.949.553	51,4	42.749.862	50,6	2.800.309	7,0
Bestandsveränderungen	454.857	0,6	-188.979	-0,2	-643.836	>100,0
sonstige ordentliche Erträge	17.090	0,0	821.345	0,9	804.256	>100,0
Ordentliche Erträge	**77.706.560**	**100,0**	**84.510.452**	**100,0**	**6.803.892**	**8,8**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400 Euro als Ertrag ausgewiesen. Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 6.803.893,09 Euro gestiegen. Die Steigerung der privatrechtlichen Entgelte ist im Wesentlichen auf gestiegene Mieterträge (rd. 695.830 Euro) zurückzuführen. Die gestiegenen Kostenerstattungen sind im Wesentlichen auf höhere Betriebskostenerstattungen (rd. 2.457.775 Euro) und höheren Honorarerlöse der Sonderrechnung (rd. 1.182.915 Euro) zurückzuführen. Dem entgegen stehen geringere Erlöse für Aufträge anderer Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig (rd. 767.749 Euro) und dem Wegfall des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (150.000 Euro).

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	16.906.900	20,8	15.303.484	18,5	-1.603.416	-9,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.712.300	77,3	65.781.958	79,5	3.069.658	4,9
Abschreibungen	167.600	0,2	169.031	0,2	1.431	0,9
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.317.200	1,7	1.445.303	1,8	128.103	9,7
Ordentliche Aufwendungen	**81.104.000**	**100,0**	**82.699.776**	**100,0**	**1.595.776**	**2,0**

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um 1.595.776 Euro über dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. In der 2018 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass zusätzliches Personal zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Bei der Planung für 2019 wurde angenommen, dass bis Ende 2019 alle zusätzlich geschaffenen Planstellen besetzt sind. Trotz großer Anstrengungen bei den Stellenausschreibungen, konnte nur rund die Hälfte der freien Stellen besetzt werden (siehe vorstehende Tabelle, in der Pos. Aufwendungen für aktives Personal enthalten).

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 3.137.300 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltungsaufwendungen für eigene Gebäude rd. 1.448.900 Euro
- Mehraufwendungen Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 191.700 Euro
- Mehraufwendungen für Stellenanzeigen rd. 156.300 Euro,
- Minderaufwendungen für die Aufträge anderer Organisationseinheiten rd. 1.098.000 Euro,
- Minderaufwendungen für Material und Fremddienstleistungen rd. 432.400 Euro,
- Minderaufwendungen für EDV-Lizenzen rd. 81.100 Euro
- Minderaufwendungen in den restlichen Aufwandspositionen rd. 253.000 Euro

Aufgrund der Verschiebung des Einsatzes des neuen CAFM-Programmes und einer verschobenen Vergabemaßnahme für ein CAD-Verfahren werden Haushaltsreste für Fremd-dienstleistungen in Höhe von 325.800 Euro gebildet. Weiterhin werden Haushaltsreste in Höhe von 48.200 Euro für verschobene Fortbildungsmaßnahmen, Umzugsmaßnahmen und Reparaturmaßnahmen gebildet (siehe dazu auch Pkt. 4 und Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichtes).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben (Ist-Vergleich)

Ergebnisrechnung	**Ist 2018**		**Ist 2019**		**Veränderung**	
	Euro	**%**	**Euro**	**%**	**Euro**	**%**
Aufwendungen für aktives Personal	14.101.143	17,3	15.303.484	18,5	1.202.341	8,5
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.643.601	80,8	65.781.958	79,5	3.138.357	5,0
Abschreibungen	227.389	0,1	169.031	0,2	58.359	-25,7
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.312.742	1,8	1.445.303	1,8	132.561	10,1
Ordentliche Aufwendungen	**78.284.875**	**100,0**	**82.699.776**	**100,0**	**-4.414.901**	**5,6**

Die Aufwendungen lagen insgesamt um 4.414.901 Euro über dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. Die größeren Abweichungen zwischen „Ist 2018" und „Ist 2019" sind dabei:

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 2.457.100 Euro,
- Mehraufwendungen für Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 582.600 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltung rd. 547.500 Euro,
- Mehraufwendungen für Pacht rd. 163.400 Euro,
- Mehraufwendungen für Material und Fremddienstleistungen rd. 120.000 Euro
- Mehraufwendungen in den restlichen Aufwandpositionen rd. 334.000 Euro,
- Minderaufwendungen für die Aufträge anderer Organisationseinheiten rd. 1.066.200 Euro.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (siehe dazu auch Pkt. 5.3).

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Im Jahr 2019 sind Aufwendungen in Höhe von 19.338,28 Euro für in 2018 durchgeführte Dienstleistungen angefallen.

Im Ergebnishaushalt der Sonderrechnung sollen die Aufwendungen grundsätzlich durch entsprechende Erträge abgedeckt sein. Für den Fall, dass dennoch Fehlbeträge entstehen, sind diese durch Entnahmen aus der Nettoposition auszugleichen.

6. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2019 verminderte sich der Finanzmittelbestand auf 68,36 Euro. Die Sonderrechnung führt eine Nebenzahlstelle, deren Finanzmittelbestand auf 200 Euro begrenzt ist.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 81.908.774,60 Euro stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 78.807.731,14 Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo von 3.101.043,46 Euro.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.227.400	6,4	7.307.467	8,9	2.080.067	39,8
privatrechtliche Entgelte	35.583.400	43,9	35.824.218	43,7	240.818	0,7
Kostenerstattungen und Umlagen	40.278.200	49,7	38.639.463	47,2	-1.638.737	-4,1
sonstige haushaltswirk-samen Einzahlungen	15.000	0,0	137.626	0,2	122.626	>100
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**81.104.000**	**100,0**	**81.908.775**	**100,0**	**804.775**	**1,0**

Die Differenz zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Bestandsveränderungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen. Die Veränderungen bei den Kostenerstattungen und Umlagen beruhen im Wesentlichen darauf, dass Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2017 und 2018 nicht gezahlt wurden.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	15.830.400	19,8	14.916.887	18,9	-913.513	-5,8
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	64.029.500	80,2	63.890.844	81,1	-138.656	-0,2
sonstige ordentliche Auszahlungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**79.859.900**	**100,0**	**78.807.731**	**100,0**	**-1.052.169**	**-1,3**

Die Differenz zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (Ziffer 5.5) ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Der Differenzbetrag bei der Position „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen" ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 gebildete Rückstellungen erst in 2020 oder später zahlungswirksam werden. Diese zeitliche Verschiebung stand zum Zeitpunkt der Aufstellung der Planung noch nicht fest.

6.3 Investitionstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2019		Ist 2019		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von immateriellen und beweglichem Sachvermögen	379.851	100,0	146.873	100,0	-232.978	-61,3
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**379.851**	**100,0**	**146.873**	**100,0**	**-232.978**	**-61,3**

Bei dem Erwerb von beweglichem Sachvermögen handelt es sich im Wesentlichen um ein Kraftfahrzeug sowie um geringwertige Wirtschaftsgüter, Maschinen und Werkzeuge für den Betriebshandwerklichen Dienst. Eine geplante Softwareanschaffung und die Anschaffung einer Absauganlage konnten aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsreste werden gebildet (siehe dazu Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichts).

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2019 sind keine Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Bei dem sich ergebenden Betrag in Höhe von 2.954.241,36 Euro handelt es sich um einen Betrag, der dem Cashpool der Stadt Braunschweig zugeführt wurde.

7. Saldo aus Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Für 2019 wurde ein Haushaltsplan gem. NKomVG aufgestellt, bei dem sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen gegenseitig deckungsfähig sind. Somit war die Beantragung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht erforderlich.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der Durchführung der Bauprojekte wird im Rahmen des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig dargestellt. Die Sonderrechnung hat keine eigenen Verpflichtungsermächtigungen.

Braunschweig, den 25. September 2020

- gez. Eckermann -
stellv. Fachbereichsleiter Sonderrechnung
Fachbereich 65 Hochbau
und Gebäudemanagement

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Anlagenübersicht
2. Forderungsübersicht
3. Schuldenübersicht
4. Rückstellungsübersicht

1. Anlagenübersicht

ANLAGENÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2018 - Euro-	Zugänge - Euro-	Abgänge - Euro-	Umbuchungen - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2018 - Euro-	Abschreibungen - Euro -	Abgänge - Euro -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-	Stand 31.12.2018 - Euro-
		+	-	+/-			+	-	-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	296.512,00	0,00	0,00	0,00	296.512,00	127.015,18	29.924,00	0,00	0,00	156.939,18	139.572,82	169.496,82
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	889.955,36	146.873,10	55.255,79	0,00	981.572,67	597.466,59	106.737,42	55.150,22	0,00	649.053,79	332.518,88	292.488,77
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	1.186.467,36	146.873,10	55.255,79	0,00	1.278.084,67	724.481,77	136.661,42	55.150,22	0,00	805.992,97	472.091,70	461.985,59

2. Forderungsübersicht

FORDERUNGSÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2019	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2018	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	18.742.549,67	18.742.549,67	0,00	0,00	11.130.257,69	7.612.291,98
Summe aller Forderungen	18.742.549,67	18.742.549,67	0,00	0,00	11.130.257,69	7.612.291,98

3. Schuldenübersicht

SCHULDENÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro -	über 1 bis 5 Jahre - Euro -	mehr als 5 Jahre - Euro -	Gesamtbetrag 31.12.2018 - Euro -	Mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.085.469,87	4.085.469,87	0,00	0,00	3.685.607,41	399.862,46
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	146.272,63	146.272,63	0,00	0,00	142.750,28	3.522,35
Schulden insgesamt	4.231.742,50	4.231.742,50	0,00	0,00	3.828.357,69	403.384,81

4. Rückstellungsübersicht

RÜCKSTELLUNGSÜBERSICHT

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2019

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme - Euro -	Auflösungen - Euro -	Herabsetzung - Euro -	Gesamtbetrag 31.12.2018 - Euro -	mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.711.040,56	1.934.198,00	662.046,00	404.696,19	712.001,96	2.555.586,71	155.453,85
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	10.879.689,95	9.737.392,31	4.950.047,48	66.504,04	41.627,85	6.200.477,31	4.679.212,64
Rückstellungen insgesamt	13.590.730,51	11.671.590,31	5.612.093,48	471.200,23	753.629,81	8.756.064,02	4.834.666,49

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
Braunschweig

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Ziffer 3.) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (siehe Ziffer 2.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (siehe Ziffer 3.), sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2019 wurde im Wesentlichen das Finanzwesenverfahren SAP angewandt.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 20.097.569,91 Euro im Jahresabschluss 2019 beträgt die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition 2.275.096,90 Euro. Dies führt im Verhältnis zur Bilanzsumme zu einer Nettopositionsquote von 11,3 gegenüber 0,00 % vom Vorjahr.

Als Jahresergebnis wird ein Ergebnis in Höhe von 2.275.096,90 Euro ausgewiesen. Bei diesem Ergebnis ist bereits ein Zuschuss durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 5.227.400,00 Euro berücksichtigt. Gegenüber dem für 2019 geplanten ausgeglichenen Haushalt wurde eine Verbesserung von 2.275.096,90 Euro erreicht.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird insbesondere durch das Zahlungsverhalten der Stadt Braunschweig für die Erstattung der von der Sonderrechnung verauslagten Betriebskosten und Bauprojektrechnungen beeinflusst. Die Sonderrechnung hat in 2019 und dem davorliegenden Zeitraum keine Liquiditätskredite benötigt.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch die Vergütung der Leistung der Sonderrechnung für andere Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig und die Mieteinnahmen finanziert.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2019 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 84.510 TEuro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 82.700 TEuro einen Überschuss bei dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.810.676,09 Euro auf. Der Überschuss im ordentlichen Ergebnis ist im Wesentlichen auf den Zuschuss der Stadt Braunschweig zurückzuführen.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde ein Überschuss in Höhe von 464.420,81 Euro erzielt. Dieser Betrag ist im Wesentlichen auf die Auflösung von gebildeten Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Rückstellungsbildung erfolgt auf Basis des Vorsichtsprinzips.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt ein Ergebnis in Höhe von 2.275.096,90 Euro aus. Weiterhin sind hier auf 2020 zu übertragene Reste in Höhe von 374.000 Euro zu berücksichtigen.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss in Höhe von 3.101.043,46 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 4.143.383,88 Euro). Die Differenz zur Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus Bestandsveränderungen und Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen) nicht zahlungswirksam sind. Zudem kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Saldo in Höhe von -146.873,10 Euro (Vorjahr: -205.712,80 Euro).

Aus den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen ergab sich ein Saldo der Einzahlungen in Höhe von 2.954.170,36 Euro (Vorjahr: Überhang der Auszahlungen 4.349.189,01 Euro). In den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen werden die Ein- und Auszahlungen für die im Auftrage der Stadt Braunschweig umgesetzten Neu-, Umbauten und Erweiterungsbaumaßnahmen abgebildet.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 68,36 Euro (Vorjahr: 139,36 Euro).

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Sonderrechnung hat keine Geldschulden und Kredite aufgenommen.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich von 139,36 Euro auf 68,36 Euro vermindert. Der Zahlungsverkehr wird über die Stadtkasse der Stadt Braunschweig abgewickelt. Die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement verfügt lediglich über eine Geldannahmestelle.

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 wurden entsprechend des städtischen Haushaltes einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen des Vorjahres verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes (RdErl. D. MI v. 13.12.2017 – 33.1-10300/3-) hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Die Kennzahlen zur Abschreibungsintensität und Reinvestitionsquote spielen aufgrund des geringen Anlagevermögens nur eine untergeordnete Rolle. Da das Kassengeschäft komplett über die Stadt Braunschweig abgewickelt wird, haben die Kennzahlen zur Zinslastquote (0 %), Liquiditätsquote (0 %) und Verschuldungsgrad (0 %) keine Aussagekraft, und es wurde deshalb auf eine Darstellung verzichtet.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen zusammengestellt:

Kennzahlen der Bilanz

A. Kapitalstruktur – Nettopositionsquote

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	**31.12.2017**	**31.12.2018**	**31.12.2019**
Nettoposition	0,0 Mio. €	0,0 Mio. €	2,3 Mio. €
Bilanzsumme	13,6 Mio. €	12,6 Mio. €	20.1 Mio. €
Nettopositionsquote	0,0%	0,0%	11,3%

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Sonderrechnung zur Durchführung der Hochbaumaßnahmen der Stadt Braunschweig gegründet wurde und die Betreuung der stadteigenen Gebäude übernimmt. Aus diesem Grunde ist auch das Anlagevermögen sehr gering. Die Höhe der Bilanzsumme ist abhängig von der Entwicklung des umzusetzenden Bauvolumens. Im Rahmen des Jahresabschlusses werden u.a. die nichtberechneten Leistungen bei den Hochbaumaßnahmen bewertet. Der ermittelte Betrag wird sowohl bei den Forderungen gegenüber der Stadt Braunschweig sowie bei den Rückstellungen ausgewiesen. In 2019 betrug dieser Wert rd. 9,6 Mio. Euro (Vorjahr rd. 5,0 Mio. Euro). Dies wirkt sich über die Höhe der Forderungen und der Rückstellungen unmittelbar auf die Bilanzsumme aus.

B. Finanzstruktur

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto führt und die liquiden Mittel täglich im Rahmen des Cashpools verwaltet werden, können hier keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden. Die Sonderrechnung hat keine Kredite.

C. Kennzahlen der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	**31.12.2017**	**31.12.2018**	**31.12.2019**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.002,044,85 €	0,00 €	2.275.096,90 €

Nähere Erläuterungen zum Vorjahresvergleich sind ausführlich im Anhang dargestellt.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	0,00	+1.810.676,09	+1.810.676,09
Außerordentliches Ergebnis	0,00	+464.420,81	+464.420,81
Gesamtergebnis	0,00	+ 2.275.096,90	+2.275.096,90

Bei dem Ergebnis ist bereits der Zuschuss in Höhe von 5.227.400,00 Euro durch die Stadt Braunschweig berücksichtigt. Ohne diesen Zuschuss würde das ordentliche Ergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von 3.416.723,91 Euro betragen. Der erhebliche Instandhaltungsbedarf für die Gebäude der Stadt ist maßgeblich an dem negativen ordentlichen Ergebnis beteiligt. Die Stadt hat dem hohen Instandhaltungsbedarf bereits mit zusätzlichen Mitteln Rechnung getragen. Das außerordentliche Ergebnis beruht im Wesentlichen darauf, dass gebildete Rückstellungen für Instandhaltung aufzulösen waren. Entweder war der Abarbeitungszeitraum von 3 Jahren überschritten oder gebildete Rückstellungen wurden nicht in dem gebildeten Umfang benötigt. Nicht benötigte Rückstellungsbeträge sind gem. KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis darzustellen und dürfen nicht mit den entstandenen Aufwendungen saldiert werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung
	2018	2019	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	- 578.315,36	+1.810.676,09	+2.388.991,45
Außerordentliches Ergebnis	+578.315,36	+464.420,81	-113.895,55
Gesamtergebnis	0,00	+2.275.096,90	+2.275.096,90

Bei der Ergebnisbetrachtung ist die Entwicklung ohne die Berücksichtigung des Zuschussbedarfes sinnvoll. Bereinigt um den Zuschuss der Stadt Braunschweig ist der Fehlbedarf von rd. 2.658 TEuro in 2018 auf rd. 3.417 TEuro gestiegen. Dies liegt zum einen an den gestiegenen Personalkosten und zum anderen an dem immer noch steigenden Instandhaltungsbedarf der Immobilien.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2019 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2019	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.244.100,00	3.101.043,46	+1.856.943,46
Saldo aus Investitionstätigkeit	-334.000,00	-146.873,10	+187.126,90
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-910.100,00	-2.954.241,36	-2.044.141,36
Endbestand an Zahlungsmitteln	200,00	68,36	-131,64

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto besitzt und der Zahlungsverkehr über die Stadtkasse abgewickelt wird, ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2019 in Höhe von 68,36 Euro in der von der Sonderrechnung verwalteten Nebenzahlstelle.

Die Veränderung gegenüber dem Planansatz beruht im Wesentlichen darauf, dass für 2018 geplante Einzahlungen (Erstattung von Betriebskosten für den Zeitraum 2017/2018) in 2019 durch die Kernverwaltung nicht vorgenommen wurden und die Auszahlungen für Betriebskosten höher als geplant waren.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2018/2019	Saldo		Abweichung
	2018	2019	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.143.383,88	3.101.043,46	+7.244.427,34
Saldo aus Investitionstätigkeit	-205.712,80	-146.873,10	+58.839,72
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	4.349.189,01	-2.954.241,36	-7.303.430,37
Endbestand an Zahlungsmitteln	136,36	68,36	-68,00

Das Ergebnis der Entwicklung der Finanzrechnung ist stark geprägt durch das Zahlungsverhalten der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig. Die Sonderrechnung stellt der Stadt Braunschweig für separat beauftragte Leistungen und die Betriebskostenabrechnungen separate Rechnungen. Die Zahlungen der Rechnungen erfolgen in Abhängigkeit der Prüfungsdauer und Zahlungsfreigabe durch die beauftragenden Organisationseinheiten.

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Im Jahr 2019 stand der Sonderrechnung für die Umsetzung von Projekten des Haushalts der Stadt ein Investitionsvolumen von rd. 63.435 TEuro zur Verfügung. Darüber hinaus standen Haushaltsreste der Stadt Braunschweig im Umfang von 38.399 TEuro aus dem Vorjahr zur Verfügung. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte ein Betrag von rd. 64.509 TEuro bearbeitet werden (kassenwirksame Mittel: 37.695 TEuro; Rückstellungen: 8.571 TEuro; Obligo: 21.234 TEuro). Für einen Betrag von 51.663 TEuro (Obligo: 21.234 TEuro; ungebundene, aber benötigte Mittel: 30.429 TEuro) wurde bei der Stadt Braunschweig die Übertragung auf das Jahr 2019 beantragt. Darüber hinaus hat die Sonderrechnung Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten mit einem Volumen von ca. 2.899 TEuro abgewickelt.

Als besondere Ereignisse sind für das Jahr 2019 folgende Punkte zu nennen:

- Fortführung der Umsetzung der Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft in Braunschweig
- Weiterhin Umsetzung des Schulsanierungsprogrammes (z.B. GS/HS Rüningen, Gymnasium HvF mit Neubau der Umkleideräume, IGS Franzsches Feld, RS J.-F.-Kennedy Platz,)
- Beginn von Schulerweiterungsbauten für die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb (GS Waggum, GS Lamme, GS Isoldestraße, GS Edith Stein, GS Comeniusstraße)
- Fertigstellung der Neubauarbeiten für die Kita Schwedenheim und Erweiterung der Kita Schölkestraße
- Fortführung der Brandschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas
- Fortführung der Ausschreibungen und Arbeiten für den Neubau der Einsatzleitstelle der Berufsfeuerwehr
- Fertigstellung und Einweihung des Ersatzbaus der Sporthalle Lehndorf

Weitere kleinere Maßnahmen wurden vorwiegend in den Schulen und Kindergärten umgesetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des PPP-Vertrages sind die von HOCHTIEF garantierten Verbräuche der Medien Wasser / Abwasser, Strom und Wärme. Für das Jahr 2019 wurden die vereinbarten Medienverbräuche Wärme, Wasser und Strom nach den vorläufigen Zahlen nicht nur eingehalten, sondern unterschritten. Nach den vertraglichen Regelungen verbleiben 50 % der Einsparung aus der Unterschreitung der Medienverbräuche bei der Stadt Braunschweig, die anderen 50 % der Unterschreitung sind an Hochtief als Bonus auszuzahlen. Für 2019 bedeutet dies nach einer ersten Berechnung, dass an Hochtief ein Bonus in Höhe rd. 6 TEuro auszuzahlen ist.

Weiterhin ist Aufragnehmer nach der Musterkalkulation des PPP-Projektvertrages (Anlage 57.4 ii) berechtigt, auf eigene Rechnung und nach vorheriger Abstimmung mit der Stadt und dem jeweiligen Energieversorgungsunternehmen, in Verbindung mit durchgeführten Auftragnehmer eigenen energetischen Sanierungsmaßnahmen, die Anschlusswerte für fernwärmeversorgte Objekte anzupassen. Ergibt sich aus der Verringerung der Anschlusswerte ein niedriger Grundpreis für die Fernwärmeversorgung, ohne dass dies gleichzeitig zu einer Erhöhung des Abnahme- bzw. Arbeitspreises für die Fernwärmeversorgung führt, so stehen die sich daraus nachweislich ergebenden Minderkosten dem Auftragnehmer zu. Aufgrund von im Rahmen der laufenden Sanierung durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen, die über das vereinbarte Vertragssoll (Zielhorizonte) hinausgingen, konnten als Ergebnis dieser energetischen Sanierungen die Fernwärmeanschlussleistungen reduziert werden. Für das Jahr 2019 belaufen sich die in diesem Zusammenhang zu erstattenden Kosten auf rd. 113 TEuro. Unter Berücksichtigung des Bonus aus den Medienverbräuchen in Höhe von rd. 6 TEuro wären somit, auf der Basis der vorläufigen Zahlen des Jahres 2019, rd. 119 TEuro an Hochtief aus dem Haushalt der Kernverwaltung zu erstatten

Die wesentlichen Anteile der Aufwendungen entfallen auf die Betriebskosten, die an die Stadt zu leistenden Pachtzahlungen und die Personalkosten. Die in 2017 durchgeführte Organisationsuntersuchung hat den Bedarf von 44,7 zusätzlichen Stellen zur Aufgabenerledigung der Sonderrechnung ermittelt. Mit der Besetzung dieser Stellen wurde in 2018 begonnen. Allerdings konnten trotz vielen Stellenausschreibungen und den damit verbundenen Stellenanzeigen bislang noch nicht alle Stellen besetzt werden.

Im Aufwandsbereich ist die Höhe der gemäß Pachtvertrag durchzuführenden Instandhaltungsaufwendungen maßgebend. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Instandhaltungsbedarf für die vom FB 65 im Auftrag der Stadt verwalteten Flächen stark angestiegen ist. Im Rahmen der durchgeführten Organisationsuntersuchung wurde ein erheblicher Instandhaltungsbedarf festgestellt. Dies wird in den nächsten Jahren zu einem höheren Zuschussbedarf durch die Kernverwaltung führen.

3.4 Haushaltsreste

Gem. §20 KomHKVO können Ermächtigungen für Aufwendungen und für Investitionen auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 374.000 Euro übertragen. Weiterhin werden Haushaltsreste für Auszahlungen für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen in Höhe von 227.378,40 Euro übertragen. Gem. §55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

In 2019 betrugen die Vorräte 714 TEuro (Vorjahr: 905 TEuro) Die teilfertigen Leistungen werden in der Bilanz unter den Vorräten als Teil des Anlagevermögens abgebildet und betrugen 671 TEuro (Vorjahr: 860 TEuro). Die teilfertigen Leistungen betreffen Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten, die zum Jahresabschluss ausgeführt, aber noch nicht berechnet wurden. Die Buchwerte zum 31.12.2019 für das übrige Anlagevermögen betragen rund 472 TEuro und teilen sich auf Dienstfahrzeuge, Lagerbestände, Software-Lizenzen sowie Büro- und Geschäftsausstattung auf.

Zum 31.12.2019 ist der Ausweis der Forderungen gegen die Stadt Braunschweig im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die ausstehenden Eingangsrechnungen aus dem Baubereich wurden als Rückstellungen bei der Sonderrechnung erfasst und gegenüber der Stadt Braunschweig in gleicher Höhe als Forderung ausgewiesen. Insgesamt sind die Forderungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 7,6 Mio. Euro gestiegen.

Die Forderungen aus den Betriebskosten sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,0 Mio. Euro auf rd. 4 Mio. Euro gestiegen. Bestehende Rückstellungen für die Gebäudeinstandhaltung wurden abgebaut, herabgesetzt bzw. aufgelöst. Insgesamt wurden rd. 1,8 Mio. Euro an vorhandenen Rückstellungen abgearbeitet und es wurden für rd. 1,9 Mio. Euro neue Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet. Grundlage für die Bildung dieser Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die Sonderrechnung ist im Auftrage der Kernverwaltung für die Umsetzung von Hochbaumaßnahmen zuständig. Die Erstattung der tatsächlichen Kosten erfolgt durch den städtischen Haushalt.

Darüber hinaus ist die Sonderrechnung mit der Bewirtschaftung der Gebäude der Stadt beauftragt. Die in diesem Zusammenhang anfallenden Betriebskosten werden von den nutzenden Organisationseinheiten erstattet. Die daneben anfallenden Instandhaltungsaufwendungen zur Aufrechterhaltung der Betriebs- und Verkehrssicherheit der Gebäude sind jedoch aus Mitteln der Sonderrechnung zu bestreiten, insbesondere aus der Differenz zwischen Pachtaufwand und Mieterlösen.

Der Ausgleich von Fehlbeträgen aus dem ordentlichen Ergebnis kann gem. § 24 Abs. 1 KomHKVO mit Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses erfolgen. Ein verbleibender Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses kann mit einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses oder durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gedeckt werden. In 2019 wurde vor Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.417 TEuro im ordentlichen Ergebnis realisiert. Im außerordentlichen Ergebnisses wurde ein positives Ergebnis in Höhe von 464 TEuro erreicht wird. Nach Berücksichtigung des von der Stadt ‚Braunschweig gezahlten Zuschusses in Höhe von 5.202 TEuro, wird ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 2.275 TEuro ausgewiesen.

Anlage 8

Beteiligungsbericht

Stadt Braunschweig

XXIII. Beteiligungsbericht

Anlage zum Haushaltsplan 2021

XXIII. Beteiligungsbericht über die städtischen Gesellschaften

Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig gemäß § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG). Dieser Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2021 der Stadt Braunschweig (§ 1 Abs. 2 Ziffer 10 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und –kassenverordnung – KomHKVO –).

Vervielfältigung, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung und Quellenangabe

Copyright Stadt Braunschweig Februar 2021

Redaktion

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Finanzen
Referat Haushalt, Controlling und Beteiligungen
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Telefon 0531 470-25 84
Telefax 0531 470-25 82
fbfinanzen@braunschweig.de

Vorwort

Stadt Braunschweig

Die Stadt Braunschweig nimmt einen Teil ihrer Aufgaben und Leistungen außerhalb der Kernverwaltung durch Unternehmen des privaten Rechts in Form von städtischen Eigengesellschaften und städtischen Beteiligungen wahr.

Mit diesem Beteiligungsbericht informiert die Stadt Braunschweig nunmehr zum 24. Mal in Folge über ihre Eigengesellschaften, Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen und stellt das umfangreiche Leistungsspektrum dieser Unternehmen des privaten Rechts dar.

Hierbei dient der Beteiligungsbericht insbesondere als Informationsinstrument über die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2019 – nicht nur für die Entscheidungsträger der Stadt Braunschweig, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 ist die Stadt Braunschweig Eigentümerin von 6 Eigengesellschaften und an 28 weiteren Unternehmen indirekt oder zu mindestens 25 % beteiligt. Diese Unternehmen stellen einen bedeutenden Wertschöpfungsfaktor für die Region Braunschweig dar.

Dieser Beteiligungsbericht enthält auch Aussagen zu weiteren Aufgabenträgern, die zum bilanziellen Konsolidierungskreis der Stadt Braunschweig gehören, um Ihnen damit einen verbesserten Überblick über den Konzern Stadt Braunschweig zu ermöglichen.

Über Ihr Interesse an diesem Beteiligungsbericht freue ich mich und wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Braunschweig, Februar 2021

Christian A. Geiger

Erster Stadtrat und Finanz- und Feuerwehrdezernent

XXIV. Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig

- Inhaltsübersicht -

	Seite
1. Einleitung	3
2. Gesellschaften und Beteiligungen der Stadt Braunschweig im Überblick	4
"Konzern" Stadt Braunschweig - grafische Darstellung -	6
3. Erläuterungen zu den Kennzahlen	7
4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften	9
Eigengesellschaften	
• Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Konzern)	
• Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	10
• Braunschweiger Verkehrs-GmbH	20
• Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	28
• Kraftverkehr Mundstock GmbH	29
• Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	34
• Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	44
• BS|ENERGY	51
• Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	60
• Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	65
• Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	70
• Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	75
• Braunschweig Stadtmarketing GmbH	84
• Volkshochschule Braunschweig GmbH	90
Mehrheitsbeteiligungen	
• Braunschweig Zukunft GmbH	99
• Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	105
• Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH	111
Minderheitsbeteiligungen und sonstige Beteiligungen	
• ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH	117
• Allianz für die Region GmbH	121
• Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	125
• PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	129
• Nordzucker Holding AG	130
• Nordzucker AG	130
5. Weitere Aufgabenträger	131
• Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement	132
• Sonderrechnung Abfallwirtschaft	134
• Sonderrechnung Stadtentwässerung	136
• Abwasserverband Braunschweig	138
• Wasserverband Weddel-Lehre	141
• Regionalverband Großraum Braunschweig	144
• Sondervermögen Pensionsfonds der Stadt Braunschweig	148

1. Einleitung

Die Stadt Braunschweig erbringt eine Vielzahl an Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Ein Teil dieser Aufgaben wird von städtischen Fachbereichen und Referaten erledigt, also von der sogenannten Kernverwaltung. Gleichzeitig ist die Stadt Braunschweig (wie andere Städte auch) dazu übergegangen, Unternehmen des privaten Rechts zu gründen oder sich daran zu beteiligen. Diese Unternehmen leisten in den verschiedensten Bereichen wie Bildung, Medizin, Kultur, Stadtmarketing, Verkehr, Versorgung, Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Führung von Unternehmen und die Beteiligung der Stadt Braunschweig an Unternehmen des privaten Rechts nimmt am verfassungsrechtlichen Schutz der kommunalen Selbstverwaltung aus Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes teil und wird ferner durch die §§ 136 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) konkretisiert. So ermächtigt § 137 Abs. 1 NKomVG die Stadt Braunschweig Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu führen oder sich daran zu beteiligen. Hierbei muss allerdings insbesondere der öffentliche Zweck das Führen oder die Beteiligung an einem Unternehmen rechtfertigen und die Art und der Umfang des Unternehmens müssen in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Stadt und zum voraussichtlichen Bedarf stehen (§ 136 Abs. 1 S. 2 Nrn. 1 und 2 NKomVG).

Beteiligungsbericht

Das niedersächsische Kommunalrecht schreibt den Kommunen in Niedersachsen seit dem 1. November 1996 vor, zur Verbesserung der Transparenz einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihrer Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Seit dem 1. November 2011 regelt § 151 NKomVG die Anforderungen an den Beteiligungsbericht.

Mit dem Beteiligungsbericht stellt die Stadt Braunschweig nunmehr zum 24. Mal in Folge ein Informationsinstrument über die Unternehmen der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Der Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2021. Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Abgrenzung zum konsolidierten Gesamtabschluss

Die Stadt hat nicht von der Möglichkeit nach § 128 Abs. 6 Satz 4 NKomVG Gebrauch gemacht, den Beteiligungsbericht durch den konsolidierten Gesamtabschluss zu ersetzen, um nicht auf den hohen Nutzen des Beteiligungsberichtes als langjährig bewährte Informationsquelle zu verzichten. Neben dem konsolidierten Gesamtabschluss wird somit weiter der Beteiligungsbericht veröffentlicht, der – begründet u. a. durch die Tatsache, dass unterschiedliche Ausgliederungen in die jeweiligen Berichte aufgenommen werden müssen – in einzelnen Darstellungen abweichen kann. Da der Beteiligungsbericht den Konsolidierungsbericht des konsolidierten Gesamtabschlusses ergänzt, wurden ab Seite 125 weitere Aufgabenträger in den Beteiligungsbericht aufgenommen. Im Ergebnis liefert die Kombination des konsolidierten Gesamtabschlusses und des dort beigefügten Beteiligungsberichtes ein umfassendes Bild des Konzerns Stadt Braunschweig.

Beteiligungssteuerung

In der Stadt Braunschweig wird die Beteiligungssteuerung nach Maßgabe des § 150 NKomVG im Hinblick auf die Einhaltung des zu erfüllenden öffentlichen Zwecks durch den Fachbereich Finanzen wahrgenommen. In diesem Zusammenhang wurde ein Berichtswesen implementiert. Zudem finden regelmäßige Gespräche zu Unternehmenszielen und -aufgaben statt. Das Ziel, zu überprüfen, ob die städtischen Unternehmen die von der Stadt verfolgten öffentlichen Zwecke erfüllen, wird regelmäßig durch Sichtung, Wertung und ggf. Steuerung und Regelung sowie durch Gespräche mit dem Unternehmen im Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussverfahren der jeweiligen Gesellschaft erreicht. Ergänzend werden die Entscheidungsunterlagen der Gremien der Gesellschaften ebenfalls durch Mitarbeiter der Beteiligungssteuerung ausgewertet und Mitteilungen an die städtischen Mandatsträger verfasst, falls sich ein Steuerungsbedarf ergibt. Ein quartalsweises und zum Teil monatliches Berichtswesen der Gesellschaften an den Fachbereich Finanzen liefert weitere Daten zur Analyse der Unternehmen und ist Grundlage für Gespräche mit der jeweiligen Geschäftsführung. Weiterhin erstellt die Beteiligungssteuerung den Beteiligungsbericht und bearbeitet die Entsendung von städtischen Vertretern in die Gremien der Gesellschaften.

2. Gesellschaften und Beteiligungen der Stadt Braunschweig im Überblick

Die Kapitalanteile der Stadt Braunschweig an privatrechtlichen Gesellschaften können der folgenden Übersicht entnommen werden. Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass bei den zum SBBG-Konzern gehörenden Gesellschaften eine direkte und 100 %ige Beteiligung der Stadt Braunschweig nur an der Holdinggesellschaft Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht. Die großen mittelbaren Beteiligungen sind 'eingerückt' und Töchter der über ihnen stehenden direkten Beteiligung. Sonstige Unterbeteiligungen werden bei der Darstellung der einzelnen Gesellschaften aufgeführt.

Stand: Dezember 2020, Anteile in Nominalwerten, siehe auch die Fußnoten

Gesellschaft	Stamm-/ Grund-kapital	Anteil	Anteil Stamm-/Grund-kapital
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	32.724.000,00 €	100,00 %	32.724.000,00 €
Kraftverkehr Mundstock GmbH	312.000,00 €	100,00 %	312.000,00 €
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	17.938.432,00 €	100,00 %	17.938.432,00 €
Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	26.000,00 €	100,00 %	26.000,00 €
Stadtbad Braunschweig S + F GmbH (s. u.) *	1.022.600,00 €	* 94,90 %	970.400,00 €
Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH (s. u.) *	26.000,00 €	* 94,81 %	24.650,00 €
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH (s. u.) *	****1.481.212,58 €	* 94,90 %	****1.405.670,74 €
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Brg. (s. u.) **	7.670.000,00 €	** 44,10 %	3.382.500,00 €
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	61.440.000,00 €	25,10 %	15.421.440,00 €
Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	1.600.000,00 €	25,10 %	401.600,00 €
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig **	7.670.000,00 €	** 45,90 %	3.520.500,00 €
Wohnstätten-GmbH	520.000,00 €	100,00 %	520.000,00 €
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	500.000,00 €	100,00 %	500.000,00 €
Braunschweiger Parken GmbH	25.000,00 €	25,00 %	6.250,00 €
Braunschweig Zukunft GmbH	26.000,00 €	51,15 %	13.300,00 €
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Volkshochschule Braunschweig GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
VHS Arbeit und Beruf GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Haus der Familie GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	18.450.000,00 €	100,00 %	18.450.000,00 €
Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH	25.650,00 €	100,00 %	25.650,00 €
Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH	26.000,00 €	100,00 %	26.000,00 €
Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH	300.000,00 €	100,00 %	300.000,00 €
Bistro Klinikum Braunschweig GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
skbs.digital GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Babybauch GmbH	25.000,00 €	50,00 %	12.500,00 €
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Haus der Wissenschaft GmbH	25.000,00 €	25,20 %	6.300,00 €
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH ***	608.400,00 €	42,64 %	259.400,00 €
ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH	300.000,00 €	25,83 %	77.500,00 €
Allianz für die Region GmbH	27.600,00 €	13,41 %	3.700,00 €
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH *	26.000,00 €	* 5,19 %	1.350,00 €
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH *	1.022.600,00 €	* 5,10 %	52.200,00 €
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH *	****1.481.212,58 €	* 5,10 %	****75.541,84 €
Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	25.000,00 €	5,20 %	1.300,00 €
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004.000,00 €	0,15 %	3.000,00 €
Nordzucker AG	123.651.328,00 €	0,0003 %	378,88 €
Nordzucker Holding AG (ehemals Zucker AG Uelzen-Braunschweig)	99.993.942,83 €	0,03 %	28.152,40 €

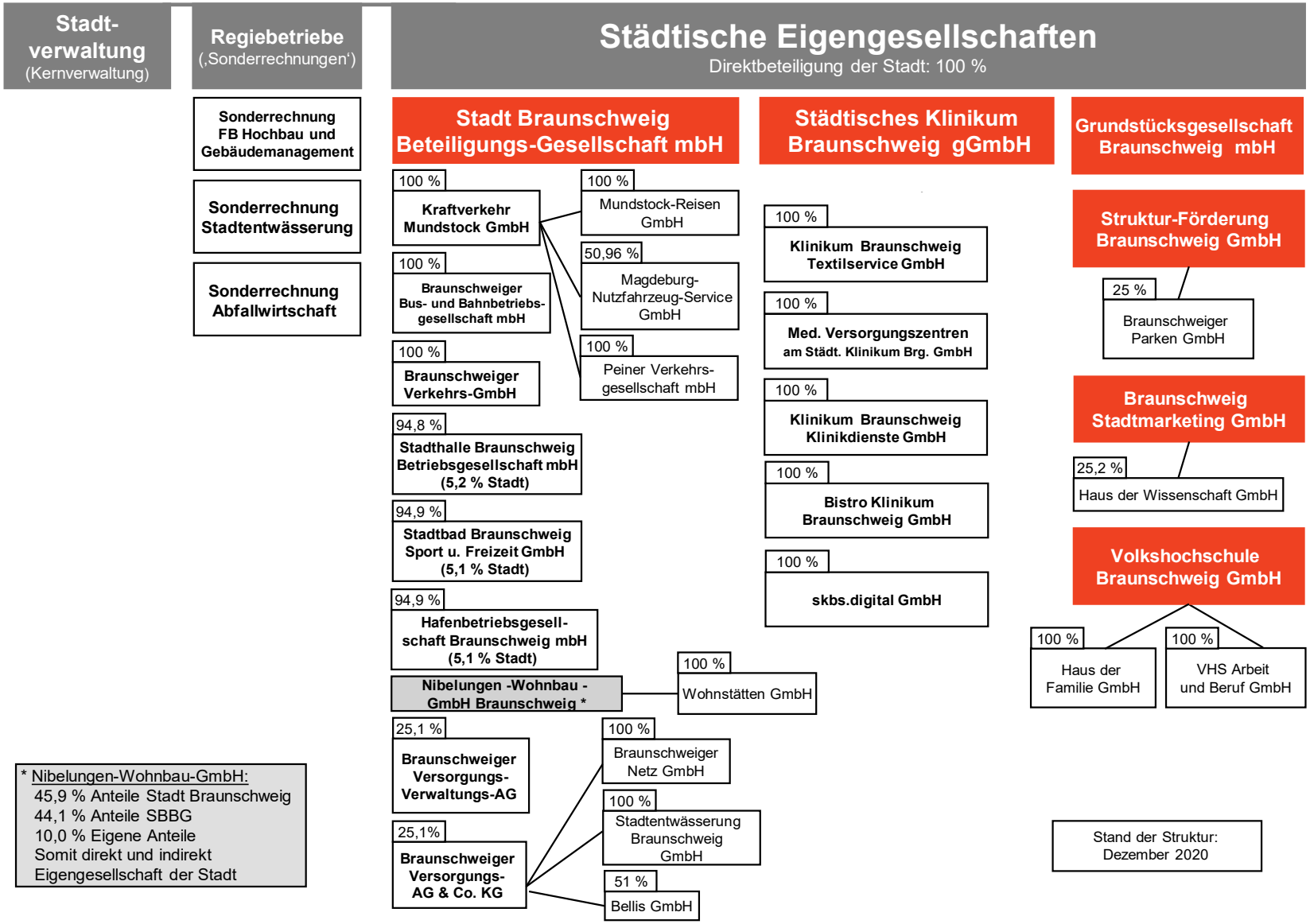
* An der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH, der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH und der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH halten die Stadt Braunschweig und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH insgesamt jeweils 100 %.

** Die Anteile der Stadt Braunschweig und der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig betragen zusammen 90 %. Die restlichen 10 % werden von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig selbst gehalten („eigene Anteile").

*** Abzüglich der eigenen Anteile der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hält die Stadt Braunschweig rechnerisch 66,173 %.

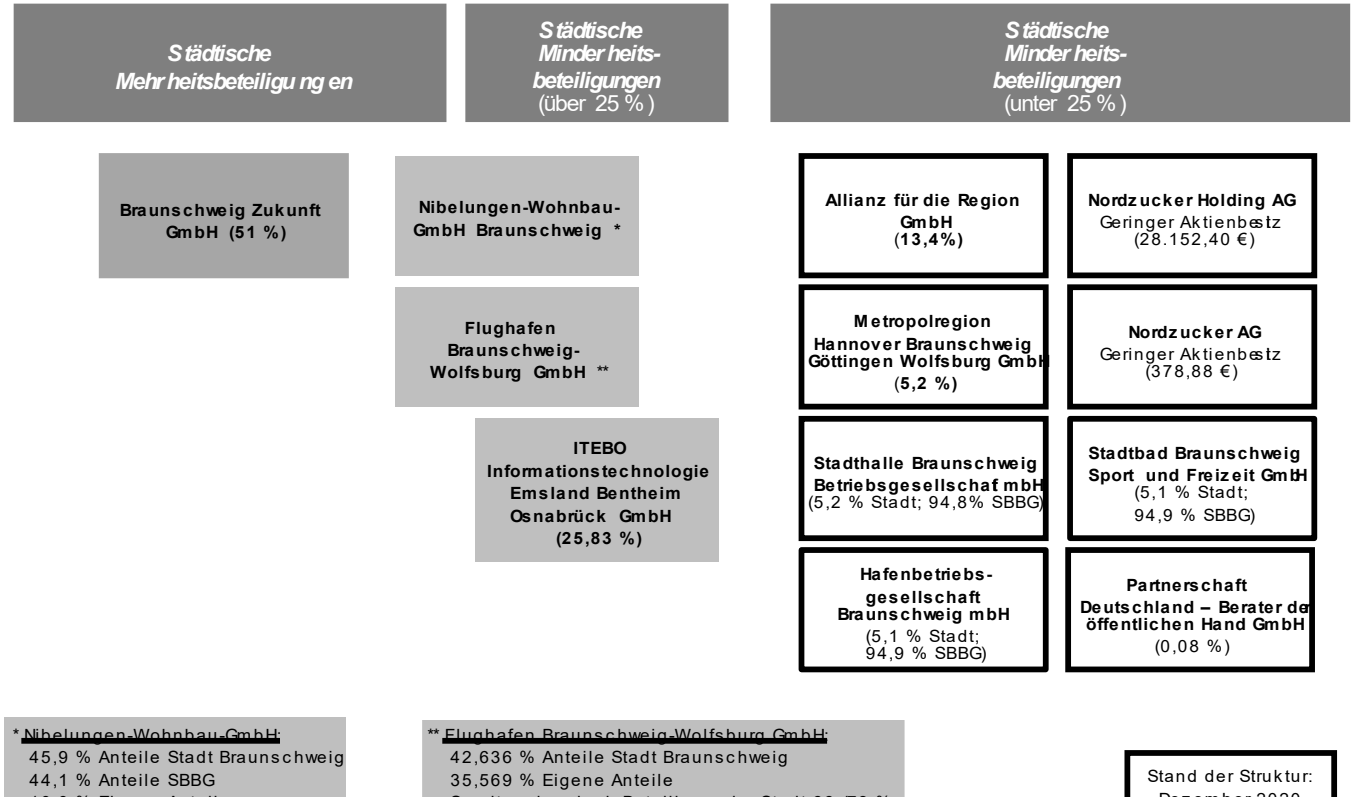
**** Im Gesellschaftsvertrag erfolgt die Darstellung in DM, eine Anpassung ist vorgesehen

‚Konzern' Stadt Braunschweig
Teil 1



‚Konzern' Stadt Braunschweig

Teil 2



3. Erläuterungen zu den Kennzahlen

Im Folgenden werden die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Beteiligungsgesellschaften erläutert. In diesem Rahmen werden ebenfalls einige Begriffserklärungen zu den Besonderheiten bei den Bilanzdaten sowie den Daten der Gewinn- und Verlustrechnung gegeben, die von der üblichen Aufschlüsselung teilweise abweichen.

Begriffserläuterungen zu den Bilanzdaten der Einzelübersichten

Forderungen

Die Forderungen beinhalten die Rechnungsabgrenzung auf der Aktivseite.

Liquide Mittel

Der Begriff „Liquide Mittel“ umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten.

Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Dieser Posten enthält grundsätzlich die Summe aller Verbindlichkeiten, deren Laufzeit mehr als 1 Jahr beträgt.

Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen alle Schuldbeträge, die innerhalb eines Jahres getilgt werden müssen. Zusätzlich werden hierunter bei den nachfolgenden Übersichten die passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Begriffserläuterungen zu den Daten der Gewinn- und Verlustrechnung der Einzelübersichten

Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)

Die genannten Regelungen des HGB beziehen sich in der Regel auf die Fassung nach dem 23. Juli 2015.

Am 23. Juli 2015 trat mit dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) eine neuerliche Reform des deutschen Bilanzrechts (Änderungen des HGB) in Kraft. Die städtischen Gesellschaften haben die sich hieraus ergebenden Änderungen erstmalig auf das Geschäftsjahr 2016 angewendet. U. a. ergibt sich hieraus eine erweiterte Definition der Umsatzerlöse. Dies führt beispielsweise dazu, dass Positionen, die in der Vergangenheit unter den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht wurden, nunmehr als Umsatzerlöse zu verbuchen sind. Auswirkungen auf die Gesamtertragslagen der Gesellschaften ergeben sich hieraus jedoch nicht. Zudem entfallen zukünftig die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen. Die bislang hier zu buchenden Posten, werden zukünftig in der Regel unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen auszuweisen sein. Weiterhin entfällt auch der Posten „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ in der Gewinn- und Verlustrechnung. Gleichzeitig wird ein neuer Posten „Ergebnis nach Steuern“ eingeführt.

Umsatzerlöse

Ab dem Geschäftsjahr 2016:

Gemäß § 277 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) sind als Umsatzerlöse die Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern auszuweisen.

Bis zum Geschäftsjahr 2016:

Gemäß § 277 Abs. 1 HGB alte Fassung sind als Umsatzerlöse die Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft typischen Erzeugnissen und Waren sowie aus von für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft typischen Dienstleistungen nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer auszuweisen.

Sonstige betriebliche Erträge

Grundsätzlich werden hier die sonstigen betrieblichen Erträge gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB aufgeführt. Soweit diese vorkommen, sind hier auch Posten „Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen“ (§ 275 Abs. 2 Nr. 2 HGB) sowie „andere aktivierte Eigenleistungen“ (§ 275 Abs. 2 Nr. 3 HGB) enthalten.

Betriebserträge

Dieser Posten beinhaltet die Umsatzerlöse (§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB) und die o. g. sonstigen betrieblichen Erträge (§ 275 Abs. 2 Nrn. 2, 3 und 4 HGB).

Betriebsaufwand

Dieser Posten beinhaltet den Materialaufwand, den Personalaufwand, die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (§ 275 Abs. 2 Nrn. 5, 6, 7 und 8 HGB).

Sofern in den Jahren 2014 und 2015 außerordentliche Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) aufgeführt wurden, sind diese aufgrund der ab dem Geschäftsjahr 2016 geltenden neuen Struktur der GuV in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis ist der Saldo aus Betriebserträgen und Betriebsaufwand.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ist die Summe der Posten „Erträge aus Beteiligungen“, „Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens“, „sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“, „Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens“ sowie „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ (§ 275 Abs. 2 Nrn. 9, 10, 11, 12 und 13 HGB).

Ergebnis nach Steuern

Das Betriebsergebnis, das Finanzergebnis und die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag bilden das Ergebnis nach Steuern (§ 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB).

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Unter Hinzuziehung der sonstigen Steuern ergibt sich das Jahresergebnis.

Besonderheiten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Bei der **Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH** ergeben sich aus der Anwendung der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) und des Krankenhausgesetzes (KHG) in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung Sonderstrukturen.

4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften

Im Folgenden wird ein Überblick über alle Eigengesellschaften und die bedeutendsten Beteiligungsunternehmen (Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen über 25%) gegeben.

Dargestellt werden jeweils die Ergebnisse und Daten der Jahresabschlüsse 2019 (Bilanzstichtag 31. Dezember 2019; das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr 2019), da dies im Moment der letzte festgestellte und offengelegte Jahresabschluss ist. Ferner wird auf die Planungen und Prognosen des Jahres 2020 hingewiesen.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaften im Wirtschaftsjahr 2019 (und zum Vergleich im Vorjahr 2018). Entsprechend beziehen sich die jeweiligen Bilanzkennzahlen und die Gewinn- und Verlustrechnungen in den Einzelübersichten auf dieses Wirtschaftsjahr.

Gleichermaßen wird auch die tatsächliche Entwicklung des Jahres 2020 dargestellt, da der Bericht in diesem Jahr erstellt wurde. Im Jahr 2020 sind weite Teile der Tätigkeiten der Kernverwaltung und auch der städtischen Beteiligungen von der Corona-Pandemie beeinflusst. Die Auswirkungen der Pandemie werden daher in den jeweiligen Berichtsteilen der besonders betroffenen Gesellschaften aufgezeigt und erläutert.

Zudem enthält der Bericht Informationen über die Beteiligungen, die Aufsichtsratsmandate und die sonstigen Daten und aktuellen Situationen.

Schließlich findet sich eine Kurzdarstellung der Minderheitsbeteiligungen und sonstigen kleineren städtischen Beteiligungen.

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Der gesellschaftsvertragliche Gegenstand und zentrale Aufgabenschwerpunkt des Unternehmens ist das Halten, Verwalten und die Steuerung von Beteiligungsunternehmen, die insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, sowie die Wahrnehmung von allen in diesem Zusammenhang relevanten Aufgaben (Beteiligungsmanagement). Unternehmensgegenstand ist außerdem die Steuerung von Bauvorhaben sowohl der Beteiligungsunternehmen als auch der Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Weiterhin erbringt die Gesellschaft kaufmännische Dienstleistungen für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) und nimmt immobilienwirtschaftliche Aufgaben durch die Vermietung eigener Gewerbeimmobilien wahr.

Die Gesellschaft kann sich außerdem durch Beschluss der Gesellschafterversammlung weitere, auf ihren bisherigen Aktivitäten aufbauende Geschäftsfelder erschließen.

Daneben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gesellschaftszweck zusammenhängen und ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Die Gesellschaft verwaltet und hält entsprechend dem Gegenstand des Unternehmens Anteile an verschiedenen Beteiligungsunternehmen (vgl. Übersicht Seite 14) im Bereich der Daseinsvorsorge und unterstützt die Gesellschafterin Stadt Braunschweig in ihren Zielen im Bereich der Daseinsvorsorge durch Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Holding. Die Gesellschaft handelt grundsätzlich im Interesse der Förderung des gemeinsamen Wohls der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich erfüllt wird.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 32.724.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Volker Tanger	Arbeitnehmervertreter, stellv. Vorsitzender
Annegret Ihbe	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Frank Graffstedt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Thorsten Köster	Ratsherr der Stadt Braunschweig (bis 31.12.2019)
Anke Kaphammel	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig (ab 8.1.2020)
Helge Böttcher	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Mirco Hanker	Mandat der AfD-Fraktion
Andreas Heims	Arbeitnehmervertreter
Julia Retzlaff	Arbeitnehmervertreterin

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern. Neben den sechs vom Rat der Stadt Braunschweig entsandten/benannten Mitgliedern sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes drei Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Geschäftsführung

Andreas Ruhe

Wichtige Verträge

Es bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der BSVG, der Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG) und der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM), die die Organgesellschaften verpflichten, ihren Gewinn in voller Höhe an die SBBG abzuführen. Im Gegenzug besteht für die SBBG die Verpflichtung, Verluste auszugleichen.

Ferner besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BSVG, nach dem die SBBG kaufmännische Dienstleistungen und Verwaltungsleistungen für die BSVG übernimmt.

Seit 2004 bestehen mit der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthallen GmbH) und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) Vereinbarungen über die Ergebnisübernahme und die Liquiditätssicherung im Rahmen ihrer Beteiligungsanteile in Höhe von 94,8 % bzw. 94,9 %.

Ferner partizipiert die Gesellschaft an den Ergebnissen der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG), der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) und der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG).

Zwischen der SBBG, der Braunschweiger Versorgungs-AG, der Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH und der Veolia Water Deutschland GmbH wurde ein Konsortialvertrag zur Regelung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Anteilseigner der BVAG geschlossen. Mit der Aufnahme der Thüga-AG als weitere Gesellschafterin wurde der Konsortialvertrag erweitert. Die Thüga-AG ist mittelbar an der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG (BS|Energy) und der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft (BVVAG) beteiligt. In diesem Zusammenhang wurde eine Beitritts- und Ergänzungsvereinbarung zum Konsortialvertrag unterzeichnet. Die Zustimmung des Rates erfolgte in der Sitzung am 12. Juni 2018. Weil die Komplexität der mittelbaren Transaktionsstruktur allerdings zu hohen Abstimmungsbedarfen auf allen Seiten führt, soll durch unterschiedliche gesellschaftsrechtliche Maßnahmen von Veolia und Thüga zukünftig eine unmittelbare Beteiligung von Thüga an BS|Energy erreicht werden.

Am 7. März 2016 wurde zwischen der Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig und SBBG eine Dividendenvereinbarung abgeschlossen. Mit dieser Vereinbarung soll ein angemessener Ausgleich zwischen den Zielsetzungen der Niwo (Sicherstellung der für ihre Aufgabenerledigung „Verwaltung des Wohnungsbestandes und Schaffung von Wohnraum“ erforderlichen Eigenkapitalausstattung) und der Gesellschafterinnen (Werthaltigkeit ihrer Anteile, angemessene Rendite zur Finanzierung des Anteilserwerbes und zum Haushaltsausgleich) erreicht sowie Planungssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.

Mit Wirkung vom 13. Dezember 2016 hat die SBBG einen Anteil in Höhe von 94,9 % an der HBG von der Stadt Braunschweig übernommen. Zwischen der SBBG und der HBG wurde ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen, der erstmals für das Jahr 2017 wirksam wurde.

Betrauung

Die SBBG sowie ihre Beteiligungsunternehmen wurden ab dem 1. Juli 2012 für eine Laufzeit von 10 Jahren mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Braunschweig seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Eine Betrauung war notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen.

Einbezogen in die Betrauung der SBBG waren die Betätigungen der Stadtbad GmbH, der Stadthallen GmbH sowie der Niwo nebst deren Tochtergesellschaft Wohnstätten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Wohnstätten GmbH).

Die EU-rechtskonforme Finanzierung wurde kontinuierlich überprüft.

Innerhalb des SBBG-Teilkonzerns kann nunmehr beihilferechtlich jedes Unternehmen für sich betrachtet werden.

Hierbei beschränken sich die Tätigkeiten der SBBG – soweit sie eigenständig als Unternehmen auftritt – insbesondere auf die Verwaltung des Immobilienbestandes. Sie sind somit lediglich von lokaler Bedeutung und fallen nicht mehr unter die Regelungen des EU-Beihilferechts. Bislang war eine theoretische Handelbarkeit der Tätigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten von der EU-Kommission bzw. der Rechtsprechung unterstellt worden. Die Betrauung ist insoweit nicht mehr erforderlich. Die Finanzierung kann weiterhin sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Auch der Betrieb der städtischen Bäder durch die Stadtbad GmbH wird nunmehr EU-Beihilferechtlich als rein lokal betrachtet. Wie bei der SBBG ist die Betrauung insoweit nicht mehr erforderlich.

Die Betrauung der SBBG sowie ihrer Beteiligungsunternehmen wurde entsprechend nach Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 11. Dezember 2018 rückwirkend mit Ablauf des 31. Dezember 2017 widerrufen.

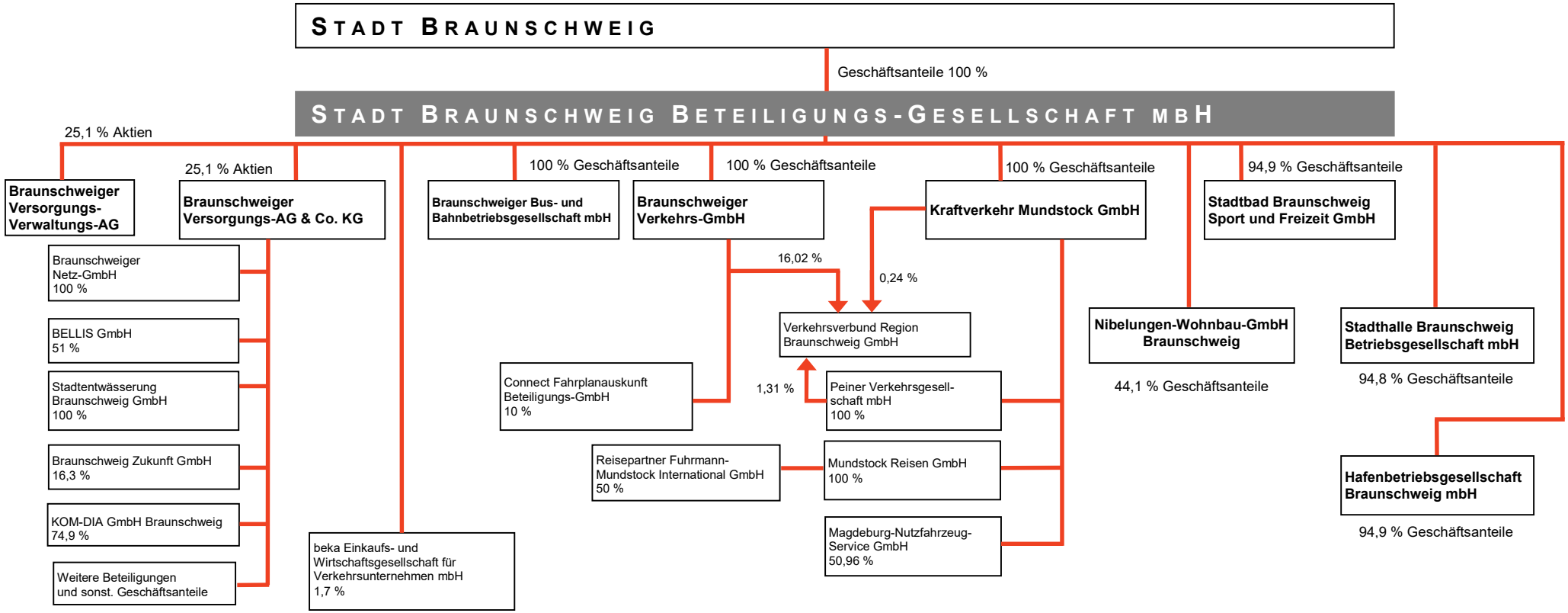
Die Stadthallen GmbH war mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 10. Juli 2012 zusätzlich separat betraut. Inzwischen wird der Betrieb der Stadthalle und der Volkswagen Halle durch die Stadthallen GmbH jedoch EU-beihilferechtlich als rein lokal betrachtet. Insoweit ist auch hier eine Betrauung nicht mehr erforderlich. Der Betrieb des Stadions ist EU-beihilferechtlich weiterhin relevant. Maßgeblich sind hier die Regelungen nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU-Kommission. Nach Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 5. Februar 2019 wurde die Betrauung daher rückwirkend mit Ablauf des 31. Dezember 2018 widerrufen.

Die Niwo einschließlich Wohnstätten GmbH ist mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21. Februar 2012 zusätzlich separat betraut. Diese Betrauung hat nach beihilferechtlicher Überprüfung weiterhin Bestand.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2019 beschäftigte der ***Konzern SBBG*** 1.083 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.066). Hiervon entfallen 645 (Vorjahr 630) auf die BSVG bzw. 237 (Vorjahr: 229) auf den Konzern KVM. In der ***SBBG-GmbH*** lag die Zahl im Durchschnitt bei 10 Beschäftigten (Vorjahr: 10).

Konzernstruktur der SBBG
Übersicht über die Beteiligungen des Unternehmens



In der Grafik wird die Konzernstruktur der SBBG dargestellt. Die Prozentangabe bezieht sich auf die jeweiligen Geschäftsanteile. Stand: Dezember 2020

Geschäftsverlauf

Die SBBG wies im Wirtschaftsjahr 2019 unter Berücksichtigung von Erträgen aus Verlustübernahme der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 34,01 Mio. € ein Jahresergebnis von 0,00 € aus. Der Bilanzgewinn betrug 0,00 €. Das Ergebnis der SBBG war vor allem durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Siehe hierzu die Übersicht auf Seite 15 zum Beteiligungsergebnis.

Das Beteiligungsergebnis 2019 (- 29.041 T€) verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr (- 25.155 T€) um 3.886 T€. Ursächlich hierfür sind insbesondere – wie aus der Tabelle ersichtlich – die geringeren Gewinnausschüttungen bzw. -abführungen der Niwo (- 519 T€) und der KVM (- 144 T€) sowie höhere Verlustausgleichszahlungen an die BSVG (- 3.392 T€) und die Stadthallen GmbH (- 305 T€). Demgegenüber stehen höhere Gewinnausschüttungen bzw. -abführungen der BVAG (+ 210 T€) und der HBG (+ 98 T€) sowie eine geringere Verlustausgleichszahlung an die Stadtbad GmbH (+ 166 T€).

Die Verluste der Stadtbad GmbH und der Stadthallen GmbH wurden zu 94,9 % bzw. 94,8 % im selben Geschäftsjahr übernommen. Am Ergebnis der BVAG ist die SBBG mit 25,1 % beteiligt.

Zur Ergebnisentwicklung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen zur jeweiligen Gesellschaft verwiesen.

Neben dem Jahresabschluss der SBBG ist auch ein Konzernabschluss aufzustellen. Hierbei werden in einer Konzernbilanz, einer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und einem Konzern-Anlagespiegel alle entsprechenden Daten der vollkonsolidierten Konzerngesellschaften zusammengefasst. Dabei werden die Leistungsbeziehungen zwischen den Konzerngesellschaften eliminiert. Im Geschäftsjahr 2019 wurden neben der SBBG die BSVG, die KVM mit ihren Tochtergesellschaften Mundstock Reisen GmbH und Peiner Verkehrsgesellschaft mbH, die BBBG, die Stadthallen GmbH, die Stadtbad GmbH und die HBG als vollkonsolidierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Als assoziierte Unternehmen wurden die BVAG und die Niwo im Konzernabschluss 2019 berücksichtigt. Wegen ihrer untergeordneten Bedeutung wurden die Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH und die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG nicht in den Konzernabschluss 2019 einbezogen.

Für das Jahr 2019 ergibt sich unter Berücksichtigung der von der Stadt Braunschweig erhaltenen Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von 34,01 Mio. € ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 5,10 Mio. €. Aufgrund des bestehenden Verlustvortrages (-2,38 Mio. €) und des auf die Stadt Braunschweig für die von ihr gehaltenen Gesellschaftsanteile an der Stadthallen GmbH und der Stadtbad GmbH entfallenden Verlustanteils in Höhe von 0,66 Mio. € ergibt sich ein Konzernbilanzverlust von 3,38 Mio. €.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis der SBBG umfasst Gewinnabführungen der BVAG, der Niwo, der HBG und der KVM sowie Verlustübernahmen für die BSVG, die Stadthallen GmbH, die Stadtbad GmbH und die BBBG.

SBBG (GmbH-GuV-Rechnung)	Ergebnis 2019 in T€	Veränderung in T€	Ergebnis 2018 in T€
Betriebsergebnis SBBG	99	-62	161
Erträge aus Beteiligungen:			
Brg. Versorgungs-AG & Co. KG	**5.808**	210	**5.598**
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig *	**1.592**	-519	**2.111**
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH	**341**	98	**243**
Kraftverkehr Mundstock GmbH	**60**	-144	**204**
Aufwendungen aus Verlustübernahmen:			
Brg. Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	**0**	0	**0**
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	**-25.139**	-3.392	**-21.747**
Stadthalle Brg. Betriebsgesellschaft mbH	**-4.449**	-305	**-4.144**
Stadtbad Brg. Sport und Freizeit GmbH	**-7.254**	166	**-7.420**
Beteiligungsergebnis	**-29.041**	-3.886	**-25.155**
Zins/Finanzergebnis	**-4.823**	-3.976	**-847**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-219	-138	-81
Ergebnis nach Steuern	**-33.984**	-8.062	**-25.922**
sonstige Steuern	-29	38	-67
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-34.013**	-8.024	**-25.989**
Erträge aus Verlustübernahme	**34.013**	8.024	25.989
Jahresergebnis	**0**	0	**0**
Gewinnvortrag	**0**	0	**0**
Bilanzgewinn	**0**	0	**0**

* Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird das Ergebnis der SBBG hauptsächlich durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Seit dem Aufbrauchen des Gewinnvortrags im Jahr 2014 ist ein dauerhafter Verlustausgleich des Konzernverlusts durch die Stadt Braunschweig erforderlich.

Der von der Gesellschafterversammlung beschlossene Wirtschaftsplan 2020 der SBBG sah unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ein Jahresergebnis von -29.218 T€ vor.

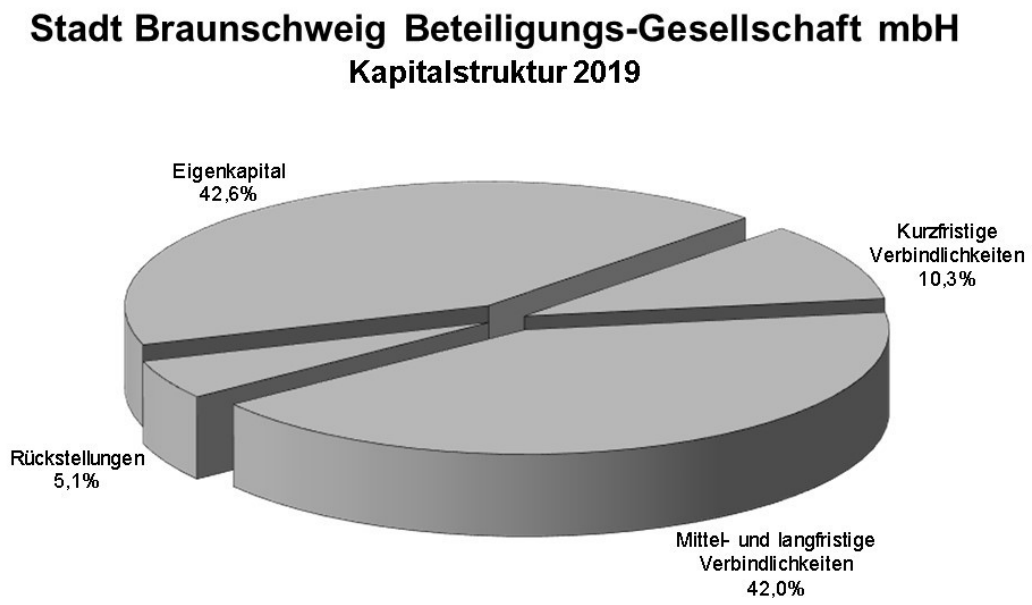
Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen auf einen Großteil der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften hat die SBBG für das Jahr 2020 einen Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt. Das Betriebsergebnis der SBBG selbst wird von der Pandemie nicht beeinflusst. Der Nachtragswirtschaftsplan 2020 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 32.237 T€ aus. Gegenüber der ursprünglichen Wirtschaftsplanung ergibt sich eine Erhöhung des Fehlbetrages um 3.019 T€.

Für nähere Erläuterungen wird auf die Berichtsteile der Tochtergesellschaften verwiesen.

Bilanzdaten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	1	0,0	1	0,0
Sachanlagen	653	0,6	877	0,8	1.328	1,2
Finanzanlagen	77.931	77,1	82.564	72,5	83.291	77,8
Langfristig gebundenes Vermögen	**78.584**	**77,7**	**83.442**	**73,3**	**84.620**	**79,0**
Vorräte	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Forderungen	21.877	21,7	25.836	22,7	17.837	16,7
Liquide Mittel	563	0,6	4.599	4,0	4.623	4,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**22.441**	**22,3**	**30.435**	**26,7**	**22.460**	**21,0**
Bilanzsumme	**101.025**	**100,0**	**113.877**	**100,0**	**107.080**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	43.031	42,6	42.031	36,9	41.031	38,3
Rückstellungen	5.175	5,1	4.686	4,1	4.589	4,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	42.434	42,0	45.751	40,2	49.230	46,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	10.385	10,3	21.409	18,8	12.230	11,4
Bilanzsumme	**101.025**	**100,0**	**113.877**	**100,0**	**107.080**	**100,0**

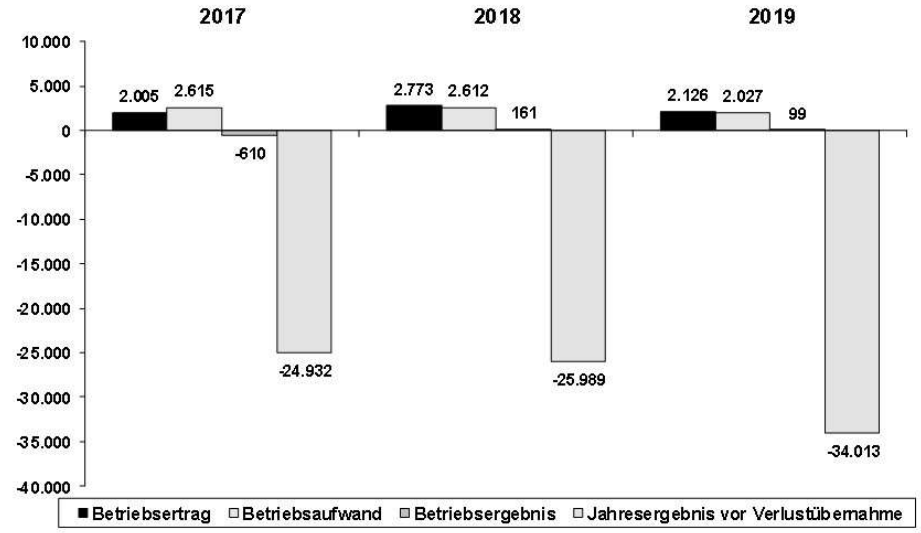


GuV-Daten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	1.917	-795	2.713	1.887
Sonstige betriebliche Erträge	208	148	61	118
Betriebserträge	**2.126**	-648	**2.773**	**2.005**
Materialaufwand	390	-57	447	446
Personalaufwand	1.082	131	952	872
Abschreibungen	44	-95	139	529
Sonstige betriebliche Aufwendungen	511	-564	1.075	768
Betriebsaufwand	**2.027**	-585	**2.612**	**2.615**
Betriebsergebnis	**99**	-63	**161**	**-610**
Beteiligungsergebnis	-29.041	-3.886	-25.155	-23.356
Finanzergebnis	-4.823	-3.976	-847	-1.061
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	219	138	81	-162
Ergebnis nach Steuern	**-33.984**	-8.063	**-25.922**	**-24.865**
sonstige Steuern	29	-38	67	67
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-34.013**	-8.024	**-25.989**	**-24.932**
Erträge aus Verlustübernahme	34.013	8.024	25.989	24.932
Jahresergebnis	**0**	1	**0**	**0**
Gewinn-(+), Verlustvortrag (-)	0	0	0	0
Bilanzgewinn (+), -verlust (-)	**0**	1	**0**	**0**

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
Entwicklung Ertrag und Aufwand 2017-2019



Angaben in T€

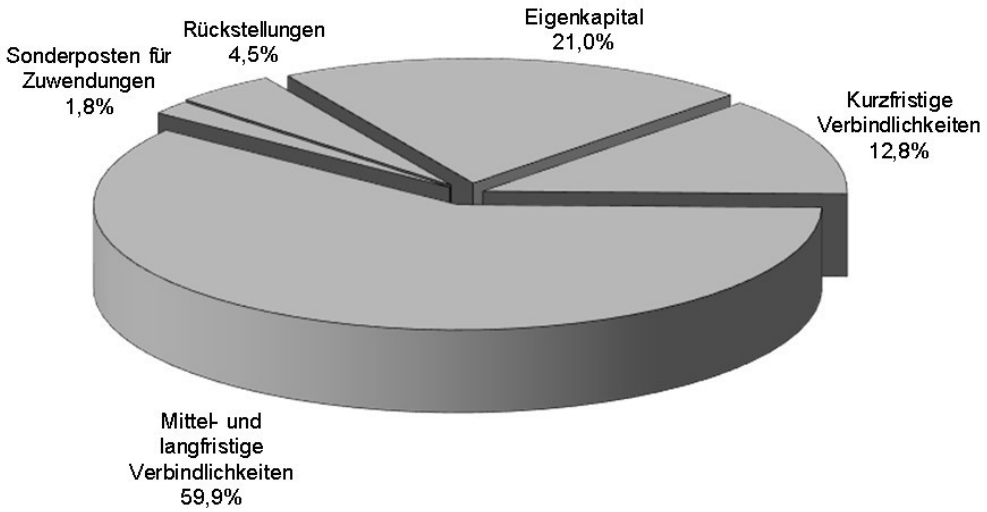
Bilanzdaten des Konzerns Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Konzern Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	301	0,1	278	0,1	272	0,1
Sachanlagen	196.185	65,2	198.225	64,6	198.323	66,5
Finanzanlagen	63.211	21,0	61.462	20,1	61.068	20,5
Langfristig gebundenes Vermögen	**259.697**	**86,3**	**259.965**	**84,8**	**259.663**	**87,1**
Vorräte	2.783	0,9	2.640	0,9	2.481	0,8
Forderungen	29.944	10,0	33.833	11,0	26.142	8,8
Liquide Mittel	8.274	2,8	10.058	3,3	9.891	3,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**41.001**	**13,7**	**46.531**	**15,2**	**38.514**	**12,9**
Bilanzsumme	**300.698**	**100,0**	**306.496**	**100,0**	**298.177**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	63.181	21,0	56.300	18,4	54.407	18,2
Sonderposten für Zuwendungen	5.436	1,8	4.827	1,6	5.229	1,8
Rückstellungen	13.485	4,5	14.235	4,6	16.345	5,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	179.969	59,9	192.487	62,8	192.420	64,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	38.627	12,8	38.647	12,6	29.776	10,0
Bilanzsumme	**300.698**	**100,0**	**306.496**	**100,0**	**298.177**	**100,0**

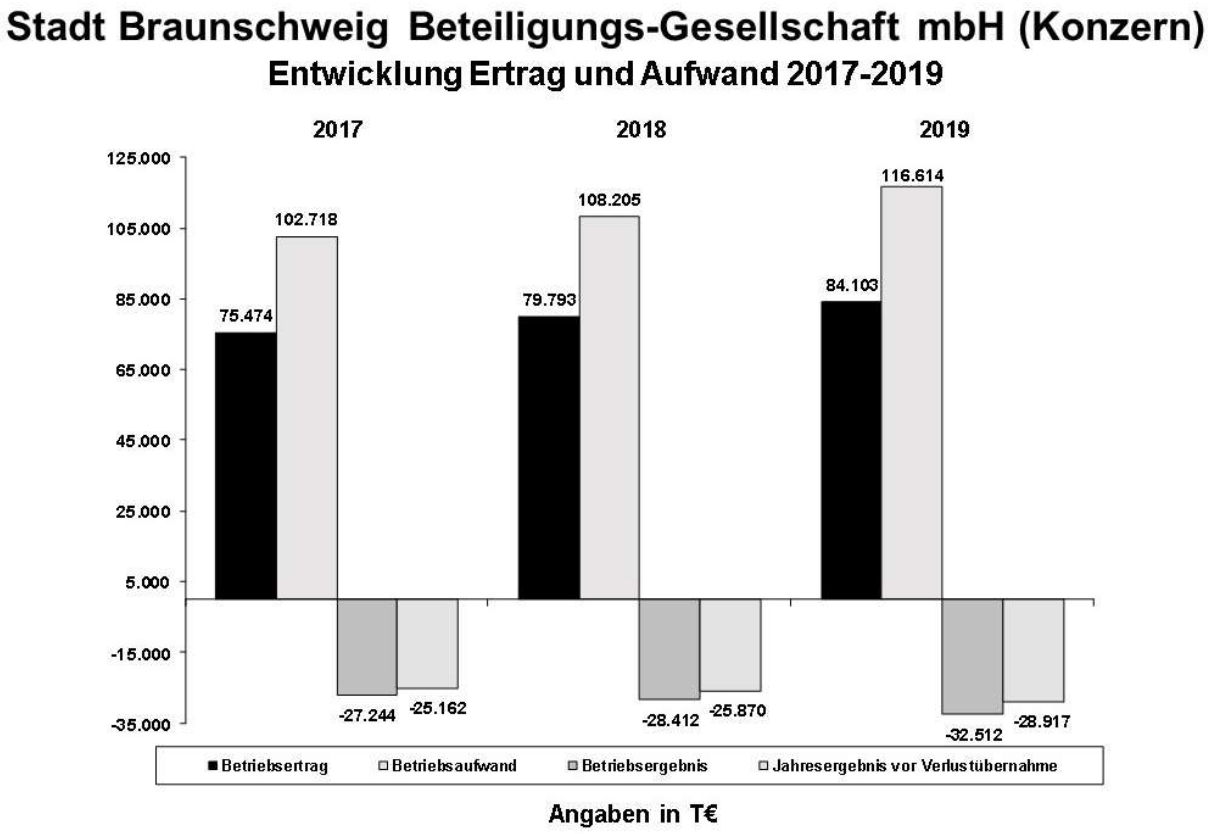
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Konzern)
Kapitalstruktur 2019



GuV-Daten des Konzerns Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	80.072	2.778	77.294	72.954
Sonstige betriebliche Erträge	4.030	1.532	2.499	2.520
Betriebserträge	**84.103**	4.310	**79.793**	**75.474**
Materialaufwand	33.669	3.814	29.855	27.246
Personalaufwand	55.345	3.214	52.131	50.033
Abschreibungen	15.677	384	15.293	15.507
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.924	998	10.926	9.932
Betriebsaufwand	**116.614**	8.409	**108.205**	**102.718**
Betriebsergebnis	**-32.512**	-4.099	**-28.413**	**-27.244**
Finanzergebnis	4.258	1.253	3.005	2.543
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	183	125	58	-81
Ergebnis nach Steuern	**-28.437**	-2.972	**-25.465**	**-24.620**
sonstige Steuern	480	76	405	542
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-28.917**	-3.047	**-25.870**	**-25.162**
Erträge aus Verlustübernahme	34.013	8.024	25.989	24.932
Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	**5.096**	4.977	**119**	**-230**
Konzerngewinnvortrag(+)/ Konzernverlustvortrag (-)	-2.381	741	-3.122	-3.531
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0
Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	661	40	621	640
Bilanzgewinn (+), -verlust (-)	**3.376**	5.757	**-2.381**	**-3.121**



Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr im Stadtgebiet Braunschweig mit Straßenbahnen und Omnibussen. Das Unternehmen ist Mitgesellschafterin der Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH (VRB). Zudem werden von der Gesellschaft im untergeordneten Maße auch Busverkehrsleistungen über die Stadtgrenzen Braunschweigs hinaus erbracht. Dies erfolgt vornehmlich im Rahmen von RegioBus-Verkehren des Regionalverbands Großraum Braunschweig (Regionalverband) zur ÖPNV-Anbindung der Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel mit dem Oberzentrum Braunschweig.

Zu diesem Zweck unterhält die BSVG insgesamt 39 Bus- sowie 6 Straßenbahnlinien. Die Beförderungsleistungen werden durch die Gesellschaft im Wesentlichen selbst übernommen. Darüber hinaus beauftragt sie zwei Busunternehmen als Subunternehmer. Zur Wartung und Reparatur von Fahrzeugen und Infrastruktur unterhält die Gesellschaft zwei eigene Betriebshöfe im Stadtgebiet.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Die Beförderungsentgelte beruhen auf dem Tarifsystem der VRB. Darüber hinaus hat die Gesellschaft in 2009 ein vom Verbundtarif unabhängigen Braunschweiger Stadttarif eingeführt, der inzwischen für das gesamte Ticketsortiment angeboten wird. Die Feststellung der Beförderungsentgelte und die Änderung der Tarifbestimmungen unterliegen einem behördlichen Zustimmungserfordernis. Zudem existiert seit 2016 in Braunschweig ein rabattierter Vorverkaufstarif.

Die Gesellschaft erhält Ausgleichszahlungen von der Stadt Braunschweig für die Ausgabe von kostenlosen Sammelzeitkarten im Rahmen der Schülerbeförderung gemäß Satzung der Stadt sowie Zahlungen für die rabattierte Beförderung im Ausbildungsverkehr. Der bisher vertragsbasierte Ausgleich des Landes für den Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG wurde in § 7a des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes aus beihilferechtlichen Erwägungen mit Wirkung vom 1. Januar 2017 neu geregelt. In diesem Zuge erfolgte auch eine Verlagerung der Zuständigkeit verbunden mit dem Erfordernis zur Ausgestaltung der Rabattierungsverpflichtung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben auf die Ebene des Regionalverbands.

Zudem fließen der BSVG Erstattungen des Landes nach § 148 SGB IX für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter zu.

Durch den bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Obergesellschaft Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) ist der Ausgleich des strukturell bedingten jährlichen Fehlbetrages der BSVG gesichert.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.). Im Rahmen der Daseinsvorsorge obliegt der BSVG die Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr des Teilnetzes 40 (Braunschweig Stadtbus und Stadtbahn) gemäß dem jeweils geltenden Nahverkehrsplan nach Maßgabe der hierzu erteilten Liniengenehmigungen. Auf dieser Basis ist sie zur Erbringung der Beförderungsleistungen einschließlich der Fahrzeugvorhaltung und des Netzmanagements (Fahrplanung, Marketing und Vertrieb) sowie zur Vorhaltung der ortsfesten Infrastruktur, wie z. B. Schienennetz, Signal- und Sicherungsanlagen und zentralen Umsteigeeinrichtungen verpflichtet. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 17.938.432 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin der BSVG ist die SBBG.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Volker Tanger	Arbeitnehmervertreter, erster stellv. Vorsitzender
Holger Herlitschke	Externes Mitglied, zweiter stellv. Vorsitzender (bis 21.07.2020)
Frank Schröter	Externes Mitglied (ab 22.07.2020), zweiter stellv. Vorsitzender (ab 23.09.2020)
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig
Nicole Palm	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Claas Merfort	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Kurt Schrader	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Dr. Rainer Mühlnickel	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Anneke vom Hofe	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Bernd Knipping	Arbeitnehmervertreter
Dirk Riemenschneider	Arbeitnehmervertreter
Norbert Reinhold	Arbeitnehmervertreter

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Neben dem Oberbürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen und vom Rat der Stadt Braunschweig benannten Beschäftigten der Stadt und den sieben weiteren vom Rat der Stadt Braunschweig zu benennenden Mitgliedern (davon eine erfahrene Persönlichkeit aus Wirtschaft, Bankwesen oder freien Berufen, die nicht dem Rat der Stadt Braunschweig angehört) sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes auch vier Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Geschäftsführung

Jörg Reincke

Wichtige Verträge

Es besteht ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches Organschaftsverhältnis zur Obergesellschaft SBBG.

Mit der SBBG wurden ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, nach dem die SBBG die Finanzbuchhaltung und die Fremdmittelbewirtschaftung für die BSVG übernimmt. Die BSVG übernimmt ihrerseits für die SBBG das Personalmanagement. Ferner besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, nach dem diese Dienstleistungen im Rahmen der zentralen Informationsverarbeitung (bis 30. November 2022) und der Personalwirtschaft für die BSVG erbringt.

Die BSVG hält 16,02 % der Anteile an der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH.

Zwischen der BSVG und verschiedenen Verkehrsunternehmen der Region Braunschweig wurde am 2. Dezember 2016 ein neuer Kooperationsvertrag zum Aufbau und Betrieb eines leistungsfähigen Verkehrsverbundes im öffentlichen Personennahverkehr geschlossen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2015 wurde ein Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Einzelheiten der Einnahmenaufteilung und des Ausgleichs der verbundbedingten Mindereinnahmen im Zusammenhang mit dem Tarifverbund Großraum Braunschweig. Inzwischen wurde ein neues Einnahmenaufteilungsverfahren entwickelt, zwischen dem Regionalverband und den Verkehrsunternehmen abgestimmt und ein aktualisiertes Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertragswerk überführt, das mit dem Jahr 2021 in Kraft treten wird.

Zudem besteht die Vereinbarung zur Anwendung des Spartentarifvertrages für Nahverkehrsbetriebe in Niedersachsen fort; eine spezifische Anwendungsvereinbarung zum Tarifvertrag endete zum 31. Dezember 2020, jedoch ohne Relevanz für die Gültigkeit des Vertrages.

Darüber hinaus hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, zum 1. September 2019 ein kostengünstiges Schülerticket einzuführen. Das Schülerticket ist in der Tarifzone 40 im Stadttarif Braunschweig für alle Braunschweiger Schüler der Klassen 1 – 13, Auszubildende, Studenten, Berufsschüler und Teilnehmer im Bundesfreiwilligendienst, die bisher keine unentgeltliche Sammel-Schüler-Zeitkarte (SSZK) erhalten zum Preis von 15,00 €/Monat brutto erhältlich. Der Ausgleich an die BSVG im Wege der Auffüllung auf den vollen Preis einer Schülermonatskarte im Vor- oder Fahrerverkauf des Stadttarifs Braunschweig erfolgt durch die Stadt Braunschweig an die BSVG. Mit Einführung eines verbundweiten kostengünstigen Schülertickets zum Preis von 30,00 €/pro Monat zum 1. August 2020 beteiligt sich auch der Regionalverband Großraum Braunschweig an der Finanzierung der Schülertickets. Für Bestandskunden ist von der Stadt Braunschweig damit nur noch eine Preisauffüllung in Höhe der Differenz zwischen dem Stadttarif und dem Verbundpreis zu leisten, während für Neukunden weiterhin eine vollständige Preisauffüllung auf den Normalpreis erfolgt.

Betrauung/Öffentlicher Dienstleistungsauftrag

Die Linien-Verkehrsgenehmigungen sind befristet. Die für die Stadtbahn bestehenden Linienkonzessionen laufen bis 2028. Bei der zum 1. Oktober 2015 erforderlich gewordenen Neuerteilung und Finanzierung der Verkehrsleistungen waren die Anforderungen der EU-VO 1370/2007 sowie das zum 1. Januar 2013 novellierte Personenbeförderungsgesetz zu beachten.

Ab 1. Oktober 2015 haben der Zweckverband Großraum Braunschweig (jetzt Regionalverband) als hier zuständiger Aufgabenträger für den ÖPNV und die Stadt Braunschweig als mittelbare Gesellschafterin die BSVG zusammen als Gruppe von Behörden nach Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 1370/2007 im Wege der Direktvergabe auf Basis eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr (Stadtbahn und Stadtbus in Braunschweig) als interner Betreiber beauftragt. Der öDA ersetzt die bisherige Betrauung der BSVG und hat eine Laufzeit bis zum 31. Mai 2028. Er umgreift auch die bis zum identischen Zeitpunkt befristet verlängerten Buskonzessionen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2019 waren bei der BSVG durchschnittlich 645 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 630). Ferner wurden am 31. Dezember 2019 17 Auszubildende (Stand 31. Dezember 2018: 16 Auszubildende) beschäftigt.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 25,139 Mio. € ausgewiesen, der gemäß dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Obergesellschaft SBBG ausgeglichen wurde. Dieser Jahresfehlbetrag überschreitet das geplante Jahresergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von rd. -23,998 Mio. € um rd. 1,1 Mio. €. Die Überschreitung des geplanten Fehlbetrages ist im Wesentlichen auf die erforderliche Neustrukturierung der Subunternehmerleistung mit der KVM zurückzuführen.

Die Fahrgastzahlen im Geschäftsjahr 2019 sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,7 % auf rd. 41,1 Mio. Fahrgäste gestiegen. Die Fahrgastentwicklung 2019 war insbesondere von der Einführung einer preislich attraktiven Schülermonatskarte für das Stadtgebiet Braunschweig beeinflusst. Die Einführung erfolgte zum 1. September 2019 und führte zu einem sprunghaften Anstieg der Verkäufe dieses Tickets. Die Nachfrage steigerte sich in diesem Ticketsegment um ca. 39 %.

Die Umsatzerlöse aus der Fahrgastbeförderung belaufen sich auf 34,9 Mio. € und konnten im Vergleich zum Jahr 2018 um rd. 1,0 Mio. € gesteigert werden. Der für das Jahr 2019 geplante Wert in Höhe von 34,6 Mio. € wurde damit sogar leicht überschritten. Insgesamt wurde im Jahr 2019 ein Gesamtumsatz von 42,5 Mio. € erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine Steigerung um 0,7 Mio. € zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde der Regelbetrieb des ehemaligen Forschungsprojektes mit Elektrobussen auf der Ringlinie 419 weiterhin fortgeführt. Es konnten erneut im deutschlandweiten Vergleich hohe Jahreslaufleistungen im Linienbetrieb realisiert werden. Es ist zudem geplant, die E-Mobilität im Busbereich in Braunschweig weiter auszubauen. Ein E-Bus-Konzept wurde vom Rat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2020 beschlossen.

Die Verkehrs-GmbH hat nach europaweiter Ausschreibung einen Auftrag zur Lieferung von Ticketautomaten zur Ausstattung ihrer Stadtbahnfahrzeuge im Jahr 2017 erteilt. Im Jahr 2018 wurden die ersten Ticketautomaten in Tramino-Stadtbahnfahrzeugen installiert, in Betrieb genommen und umfangreich getestet. Im Jahr 2019 konnte das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden.

Die im Geschäftsjahr 2017 gemeinsam mit der Stadt Braunschweig begonnenen Planungen für die Entwicklung des lokalen städtischen ÖPNV in Braunschweig wurden auch im Jahr 2019 fortgesetzt. Ergänzend zu den Angebotsausweitungen in den Jahren 2017 und 2018 wurde mit dem Fahrplanwechsel im Oktober 2019 eine Fahrplanstrukturreform innerhalb Braunschweigs vorgenommen. Die Verkehrs-GmbH hat zum Fahrplanwechsel ihr lokales Verkehrsangebot auf das System „Stadttakt Braunschweig“ umgestellt.

Ein Investitionsschwerpunkt lag im Jahr 2019 erneut bei Rekonstruktionsprojekten, die aus dem niedersächsischen Konjunkturprogramm gefördert werden. So führte z. B. der in 2019 umgesetzte Bauabschnitt der Gleisbaumaßnahme Gleismaroder Str./Querumer Str zu einem Investitionsbedarf in Höhe von rd. 0,97 Mio. €. Ebenso musste aus technischen Gründen außerplanmäßig die Gleissanierung der Anlage am Wendentor für 1,85 Mio. € umgesetzt werden. Fördermittel des Landes konnten hierfür nicht eingeworben werden. Daneben wurden rd. 1,6 Mio. € in die Busbetriebshofsanierung am Lindenberg investiert. Weiterhin wurden 5 neue Gelenkbus und 6 neue Solobusse mit einem Investitionsvolumen von rd. 2,4 Mio. € beschafft. Für die Beschaffung von Fahrscheinautomaten wurde ein Betrag in Höhe von rd. 0,6 Mio. € verausgabt.

Im Jahr 2019 wurden die Planungen des vom Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 21. Februar 2017 beschlossenen Stadtbahnausbaukonzepts für Braunschweig fortgesetzt. So wurden die in den betriebswirtschaftlich orientierten Voruntersuchungen ermittelten Trassenkorridore weiter geplant. Die Trassen wurden in unterschiedlichen Varianten mit dem durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgegebenen Standardisierten Bewertungsverfahren geprüft, bewertet und weiter verifiziert. Es fanden weitere Bürgerbeteiligungs-Workshops für die Trassen nach Volkmarode Nord, Rautheim und die Salzdahlumer Str./Campusbahn statt. Die Vorplanungen für die Teilbauabschnitte Volkmarode Nord und Rautheim wurden vorangetrieben und standen kurz vor der Abnahme und Überführung in die Entwurfsplanung. Aufgrund des zur Eindämmung der Corona-Pandemie umgesetzten ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 konnten die Entwurfsarbeiten jedoch nicht planmäßig starten. Die Entwurfsphase der o. g. Teilabschnitte soll nunmehr im Frühjahr 2021 beginnen.

Besondere Kennzahlen

Erhaltene Verlustausgleichszahlungen

Jahr	Verlustausgleich in €
2010	16.211.051
2011	17.586.026
2012	18.729.719
2013	17.799.102
2014	19.684.041
2015	19.148.356
2016	18.646.815
2017	19.558.816
2018	21.747.311
2019	**25.139.005**

Fahrzeuge und Liniennetz

	2019		2018	
	Stadtbahn	Bus	Stadtbahn	Bus
Zahl der Linien	**5**	**37**	**5**	**37**
Länge des Liniennetzes in km	**58,66**	**510,36**	**51,328**	**476,752**
Angebotene Leistung in Nutz-km	**2.398.318**	**8.132.419**	**2.600.325**	**7.577.839**
Betriebsmittel Anzahl:				
Triebwagen/Bus	**56**	**154**	**56**	**154**
Beiwagen	**18**	**0**	**18**	**0**
Sonderfahrzeuge	**1**	**1**	**1**	**1**
Gesamtanzahl	**75**	**155**	**75**	**155**
Erlöse aus Personenbeförderung* (T€)	**39.818**		**39.315**	

*Tarifeinnahmen aus Linien- und Gelegenheitsverkehr (Fahrgastbeförderung) nach Verbundausgleich sowie übrige Einnahmen inkl. Ausgleichszahlungen und Erstattungen (z. B. für Schwerbehinderte, Schüler)

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die BSVG ist ein umfassend restrukturiertes Verkehrsunternehmen. Mithilfe eines konsequenten Rationalisierungskurses konnte das Defizit der Gesellschaft nachhaltig verringert werden. Interne Restrukturierungspotentiale sind nach jahrelanger Konsolidierung und Reduzierung des Unternehmensverlusts ohne Leistungsreduzierung im Fahrbetrieb oder in Projekten nicht mehr vorhanden. Die Gesellschaft wird aber weiter versuchen, aufwandssteigernde Effekte zumindest teilweise zu kompensieren. Neue, qualitätssteigernde Vorhaben, wie z. B. die Umsetzung des Echtzeitprojektes, erweiterte Verkehrsangebote sowie neue Vertriebsstrukturen wirken sich aufwandssteigernd aus, erhöhen aber auch die Attraktivität des ÖPNV in Braunschweig und bieten somit Chancen für die Gewinnung von Neukunden.

Der im Herbst 2019 aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 sah einen Fehlbetrag in Höhe von 24,88 Mio. € vor, der aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen wird. Bei der Planung wurden folgende Prämissen berücksichtigt:

Im Vergleich zu den Vorjahren ergibt sich erneut ein Anstieg des Verlustausgleiches, der wesentlich durch geplante Angebotsausweitungen und die verstärkte Investitionstätigkeit der Gesellschaft bedingt ist. Ab dem Jahr 2020 wurde zudem die aktuelle Prognose aus einem veränderten Einnahme-Aufteilungsverfahren im Verkehrsverbund berücksichtigt. Das Ergebnis ist weiterhin beeinflusst durch die hohe Nachfrage beim kostengünstigen Schülerticket der Stadt Braunschweig sowie durch die geplante veränderte Finanzierung des BS-Mobiltickets.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde die Struktur für die zukünftige Leistungserbringung der KVM auf dem Betriebshof Lindenberg für die BSVG neu geordnet. Zum Stichtag 1. Januar 2020 wurden 43 Mitarbeiter der KVM zur BSVG übergeleitet. Weitere strukturelle Überlegungen werden in 2020 erfolgen.

Im Bereich der Prognose von Umsatz und Fahrgastzahlen erwartet die Gesellschaft auch weiterhin kontinuierlich leicht ansteigende Werte. Zum Ende der mittelfristigen Planung (bis 2024) wird dies durch die Änderungen im Einnahmeaufteilungsverfahren des VRB abgeschwächt werden.

Zum 3. Oktober 2019 wurde als Vorstufe zum Zielnetz Stadtbahn 2030 ein neues Linien- und Fahrplankonzept umgesetzt. Die Optimierung des Angebotes bei hoher Zuverlässigkeit und Qualität des Betriebes in Abgleich mit den gesellschafterseitig vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen stehen auch zukünftig im Fokus der Entwicklung des kommunalen Unternehmens. Die Stadt Braunschweig fördert intensiv die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des ÖPNV, die im Wesentlichen über die Verkehrs-GmbH umzusetzen sein wird.

Als Investitionsschwerpunkte für das Jahr 2020 sind neben den Planungskosten für das Stadtbahnausbauprojekt (6,43 Mio. €) vor allem die Sanierung und Erweiterung des Betriebshof Lindenberg (7,20 Mio. €), weitere Stadtbahn- (2,83 Mio. €) und Omnibusbeschaffungen (4,92 Mio. €), das Gleisbauprojekt Georg-Eckert-Straße (2,17 Mio. €), die Dynamische Fahrgastinformation (2,20 Mio. €) sowie die Stromversorgung/Gleichrichterunterwerke (2,08 Mio. €) zu nennen.

Die im Jahr 2020 eingetretene Corona-Pandemie hatte jedoch ein geringeres Reise- und Benutzeraufkommen zur Folge mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und die Einnahmen der Gesellschaft. Als Reaktion auf die gesunkene Nachfrage wurde das Fahrplangebot zu Beginn der Pandemie zeitweilig reduziert. Zur Wahrung von Abständen erfolgte jedoch schnell wieder eine überwiegende Erbringung des normalen Fahrplanangebotes.

Vor dem Hintergrund der negativen finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie hat die Gesellschaft für das Jahr 2020 einen Nachtragswirtschaftsplan erstellt, der einen Fehlbetrag in Höhe von 26,17 Mio. € ausweist. Gegenüber der ursprünglichen Wirtschaftsplanung ergibt sich damit eine Verschlechterung um 1,29 Mio. €.

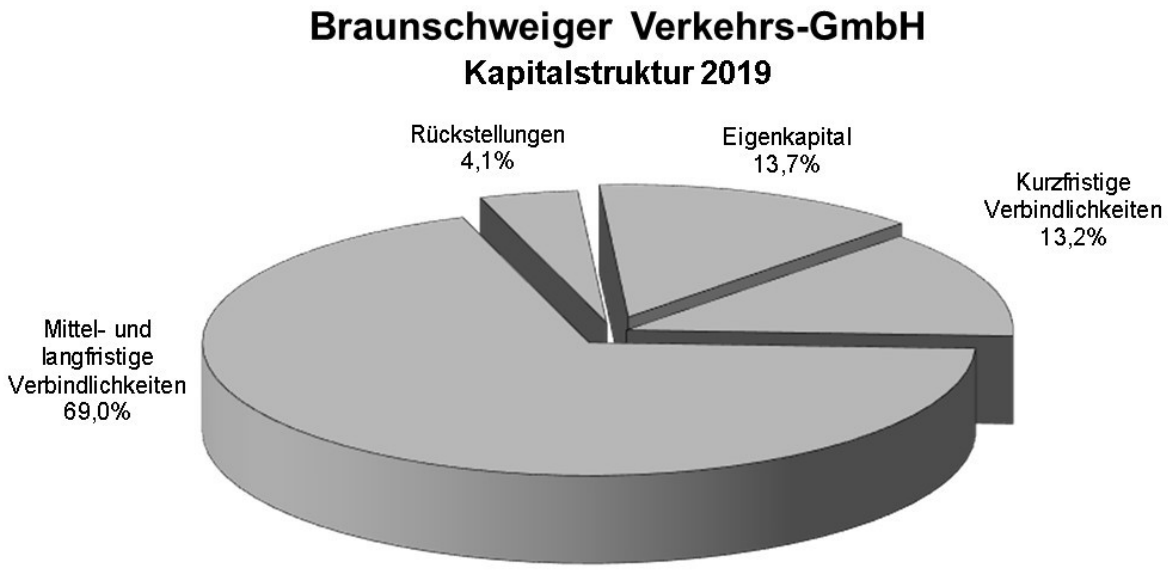
Im Nachtragswirtschaftsplan sind Ausgleichs- und Hilfszahlungen des Bundes und des Landes, die über den Regionalverband zum Ausgleich der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie bei den Verkehrsunternehmen eingeworben werden können, in Höhe von rd. 4,5 Mio. € berücksichtigt. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat aktuell Hilfsgelder in Höhe von insgesamt rd. 6,6 Mio. € beantragt und hiervon bereits Abschlagszahlungen in Höhe von 90 % der Antragssumme erhalten. Eine Spitzabrechnung erfolgt jedoch erst im September 2021.

Bilanzdaten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	117	0,1	85	0,1	54	0,0
Sachanlagen	124.443	87,4	126.245	84,2	123.547	88,8
Finanzanlagen	17	0,0	18	0,0	21	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**124.578**	**87,5**	**126.348**	**84,3**	**123.622**	**88,8**
Vorräte	2.355	1,7	2.222	1,5	2.092	1,5
Forderungen	9.920	7,0	18.334	12,2	10.032	7,2
Liquide Mittel	5.566	3,8	3.093	2,0	3.396	2,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**17.841**	**12,5**	**23.648**	**15,7**	**15.520**	**11,2**
Bilanzsumme	**142.419**	**100,0**	**149.996**	**100,0**	**139.142**	**100,0**

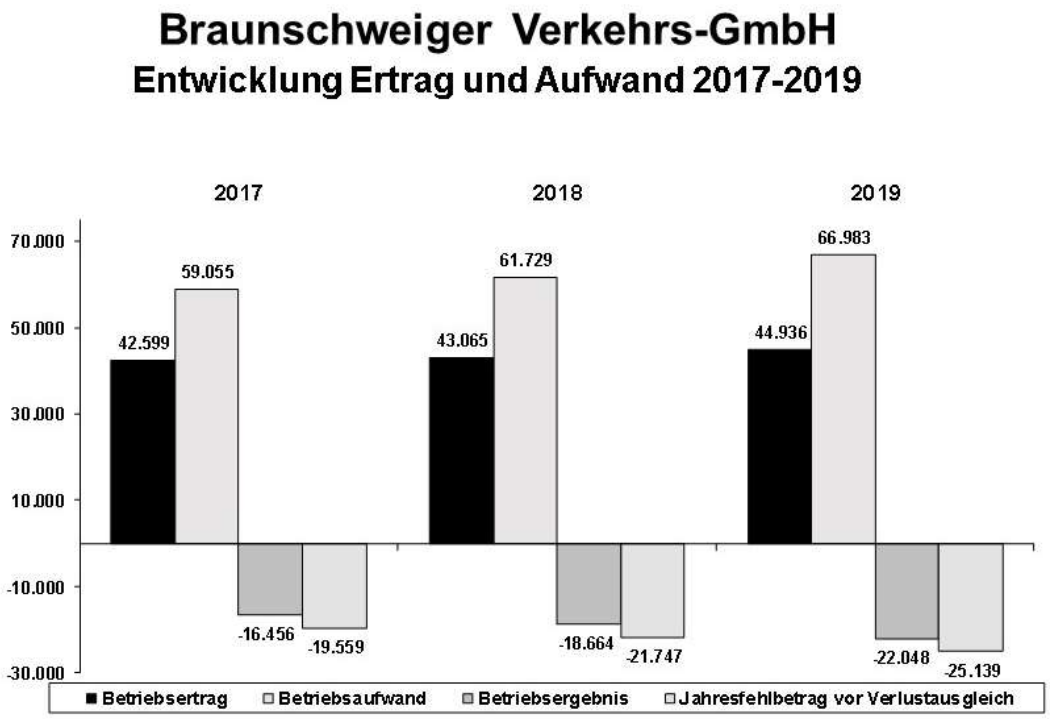
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	19.578	13,7	19.578	13,1	19.578	14,1
Rückstellungen	5.729	4,1	6.082	4,0	7.847	5,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	98.305	69,0	104.256	69,5	94.564	68,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	18.807	13,2	20.080	13,4	17.153	12,3
Bilanzsumme	**142.419**	**100,0**	**149.996**	**100,0**	**139.142**	**100,0**



GuV-Daten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	42.484	698	41.786	41.506
Sonstige betriebliche Erträge	2.452	1.173	1.279	1.093
Betriebserträge	**44.936**	1.871	**43.065**	**42.599**
Materialaufwand	18.608	1.590	17.018	16.013
Personalaufwand	34.222	1.675	32.547	30.945
Abschreibungen	9.416	231	9.185	9.249
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.737	1.758	2.979	2.848
Betriebsaufwand	**66.983**	5.254	**61.729**	**59.055**
Betriebsergebnis	**-22.048**	-3.383	**-18.664**	**-16.456**
Finanzergebnis	-2.999	-8	-2.992	-3.011
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-25.047**	-3.391	**-21.656**	**-19.467**
sonstige Steuern	92	1	91	92
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-25.139**	-3.392	**-21.747**	**-19.559**
Erträge aus Verlustübernahme	25.139	3.392	21.747	19.559
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**	**0**



Angaben in T€

Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Verkehrsleistungen mit Bussen und Bahnen, Planung und Bau von Bahn- und Betriebsanlagen sowie die Erbringung von Werkstattleistungen.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist nicht konstituiert.

Geschäftsführung

Andreas Ruhe

Wichtige Verträge

Mit der SBBG als Obergesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Geschäftsverlauf

Die Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH (BBBG) wies für das Jahr 2019 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 335,19 € aus, der entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag in voller Höhe von der SBBG ausgeglichen wurde.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Die Gesellschaft hat zurzeit ihre aktive Geschäftstätigkeit eingestellt.

Kraftverkehr Mundstock GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die wesentliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens besteht in der Durchführung von Auftragsverkehren auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs mit Omnibussen. Dazu stellt die Gesellschaft auf vertraglicher Grundlage insbesondere für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) Fahrer und Fahrzeuge, die im Linienverkehr eingesetzt werden, sowie Werkstattleistungen zur Verfügung.

Neben diesen Auftragsverkehren betreibt die Gesellschaft eigene Linien im Braunschweiger Umland.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der Öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Ressourcen für den öffentlichen Personennahverkehr fördern diesen und dienen damit dem gemeinsamen Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig und des Landkreises Peine.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 312.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Kai-Uwe Bratschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Nicole Palm	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Dr. Rainer Mühlnickel	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Falko Büttner	Mandat der AfD-Fraktion (bis 20.05.2020)
Anneke vom Hofe	Ratsfrau der Stadt Braunschweig (ab 02.06.2020)
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Daneben hat ein Betriebsratsmitglied das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Jörg Reincke	(bis 31. Dezember 2019)
Frank Brandt	(alleiniger Geschäftsführer ab 1. Januar 2020)

Wichtige Verträge

Es besteht ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches Organschaftsverhältnis zur Obergesellschaft SBBG. Zwischen der SBBG als Obergesellschaft und der KVM besteht außerdem ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben besteht ein Ergebnis- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der KVM als Obergesellschaft und der Mundstock Reisen GmbH. Für die Ausschüttung der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH ist die Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses und ein entsprechender Beschluss über die Ergebnisverwendung erforderlich. Die Ausschüttung erfolgt folglich um ein Jahr zeitversetzt.

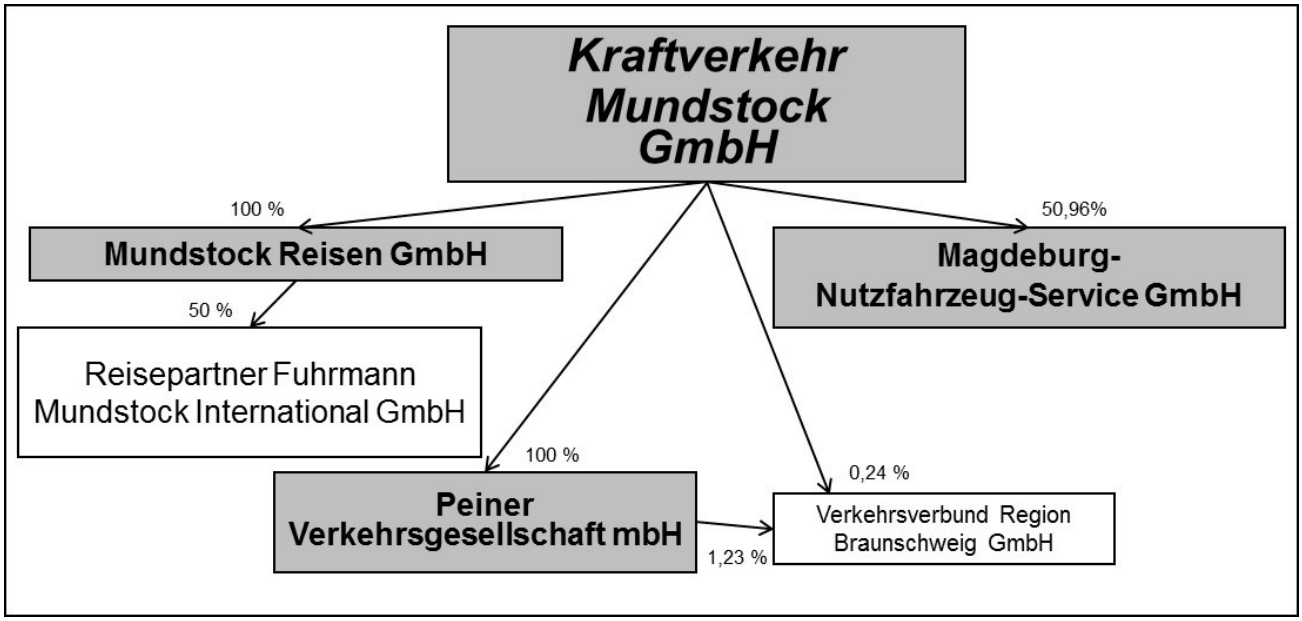
Die KVM hält zudem 0,24 % der Gesellschaftsanteile an der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH.

Die KVM ist Inhaberin von zwei Linienkonzessionen im Braunschweiger Umland, die sie selbst betreibt. Darüber hinaus hält die KVM Konzessionen für die Teilnetze 50 und 52 sowie eine Gemeinschaftskonzession im Teilnetz 53. Für die Teilnetze 50, 52 und 53 ist die Betriebsführerschaft an die eigene Tochtergesellschaft PVG übertragen.

Zudem hat die Gesellschaft mit der BSVG einen Vertrag abgeschlossen, auf dessen Grundlage die KVM Subunternehmerleistungen für die BSVG im Linienverkehr erbringt (s. o.).

Struktur der Unternehmensgruppe Mundstock (Stand: Dezember 2020)

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH hält 100 % der Anteile an der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) und der Mundstock Reisen GmbH (MR) und ist mit 50,96 % der Anteile an der Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH (MNS) beteiligt.



Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2019 durchschnittlich 150 Mitarbeiter (Vorjahr: 142). In der Unternehmensgruppe Mundstock (also einschließlich der Tochtergesellschaften PVG, MR und MNS) hatte die Gesellschaft im Jahr 2019 im Durchschnitt 260 Mitarbeiter (Vorjahr: 244).

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 erzielte die KVM einen Jahresüberschuss in Höhe von 60 T€, der gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag an die SBBG als Obergesellschaft abgeführt wurde. Im Ergebnis 2019 sind ein Ertrag aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der MR in Höhe von 25 T€ und eine Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der MNS in Höhe von 59 T€ enthalten. Ohne die Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften weist die KVM im eigenen Ergebnis einen Verlust in Höhe von 24 T€ aus. Gegenüber dem für das Jahr 2019 geplanten Ergebnis in Höhe von 183 T€ ergibt sich eine Verschlechterung um 123 T€. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Neuordnung der Subunternehmerleistung für die BSVG und auf den ungeplant hohen Lohntarifabschluss 2019 zurückzuführen.

Die Finanzierung der PVG, mit der kein Ergebnisabführungsvertrag besteht, ist dem Grunde nach über die sog. „Allgemeine Vorschrift“ gemäß der EU-VO 1370/2007 durch Zahlungen des Regionalverbands sichergestellt. Der zwischen dem Regionalverband und dem Landkreis Peine bestehende Refinanzierungsvertrag („Allgemeine Vorschrift“) galt zuletzt bis zum 31. Dezember 2020 Ab dem 1. Januar 2021 läuft dieser inhaltlich neu gefasst und in der Form einer Satzung weiter. Im Jahr 2019 erzielte die PVG einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 39 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Der Verlustvortrag hat sich entsprechend auf 169 T€ erhöht.

Die KVM ist von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit, da sie selbst und ihre Töchter in den Konzernabschluss der Obergesellschaft SBBG einbezogen sind (§ 291 HGB).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der Gesellschaft wird überwiegend durch den Umfang der Leistungen für die BSVG sowie die bei der Abrechnung der Leistungen vereinbarten Modalitäten bestimmt. Weiterhin wird das Gesamtergebnis der KVM von der wirtschaftlichen Entwicklung der MR und der MNS im Hinblick auf die Ergebnisabführung bzw. Gewinnausschüttung dieser Tochtergesellschaften bestimmt.

Die Erbringung der Subunternehmerleistung für die BSVG wurde im Jahr 2019 neu geordnet. Zum 1. Januar 2020 wurden entsprechend 43 Mitarbeiter von der KVM zur BSVG überführt. Vor diesem Hintergrund wurde für das Jahr 2020 ein Überschuss (ohne Tochtergesellschaften) in Höhe von 3 T€ geplant. Unter Berücksichtigung einer erwarteten Ergebnisabführung der MR (31 T€) und einer Gewinnausschüttung der MNS (44 T€) ergibt sich ein Überschuss von 78 T€.

Die Gesellschaft verzeichnet einen gestiegenen Krankenstand. Vor diesem Hintergrund und der demographischen Entwicklung beim Fahrpersonal wurden bereits Maßnahmen im Gesundheitsmanagement, betrieblichen Eingliederungsmanagement und der Personal-Betreuung ergriffen, um die Ausfälle im Personalbereich zu reduzieren und die Dienstleistungsqualität weiter zu erhöhen. Dieses wird auch im Jahr 2020 ein Baustein bleiben.

Im Reisebereich bestehen Risiken aufgrund der bestehenden Abhängigkeit vom Reise- und Großveranstaltungsmarkt.

Die PVG hat für das Jahr 2020 ein Ergebnis in Höhe von 65 T€ geplant.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den sich hierdurch ergebenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Linienbetrieb und insbesondere auf das Reisegeschäft hat die KVM-Gruppe Nachtragswirtschaftspläne für das Jahr 2020 aufgestellt. Demnach erwartet die KVM unter Berücksichtigung einer Verlustübernahme der MR in Höhe von 797 T€ und einer Gewinnausschüttung der MNS in Höhe von 44 T€ einen Fehlbetrag in Höhe von 799 T€. Die PVG erwartet noch einen geringen Überschuss in Höhe von 7 T€.

Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens kam die gesamte Reisebranche zu Beginn der Frühjahrssaison nahezu komplett zum Erliegen. Aufgrund der sich ständig ändernden Gegebenheiten z. B. in Bezug auf Verbote von Busreisen, Reisewarnungen, Beherbergungsverbote und geltende Abstands- und Hygienevorschriften konnten nur wenige Reisen durchgeführt werden. Entsprechend ergibt sich eine deutliche Reduzierung der Umsatzerlöse, die auch durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung nicht gänzlich kompensiert werden können. Die Gesellschaft prüft die Möglichkeit der Inanspruchnahme der u.a. speziell für den Tourismus-/Reisebereich bereitgestellten staatlichen Mittel.

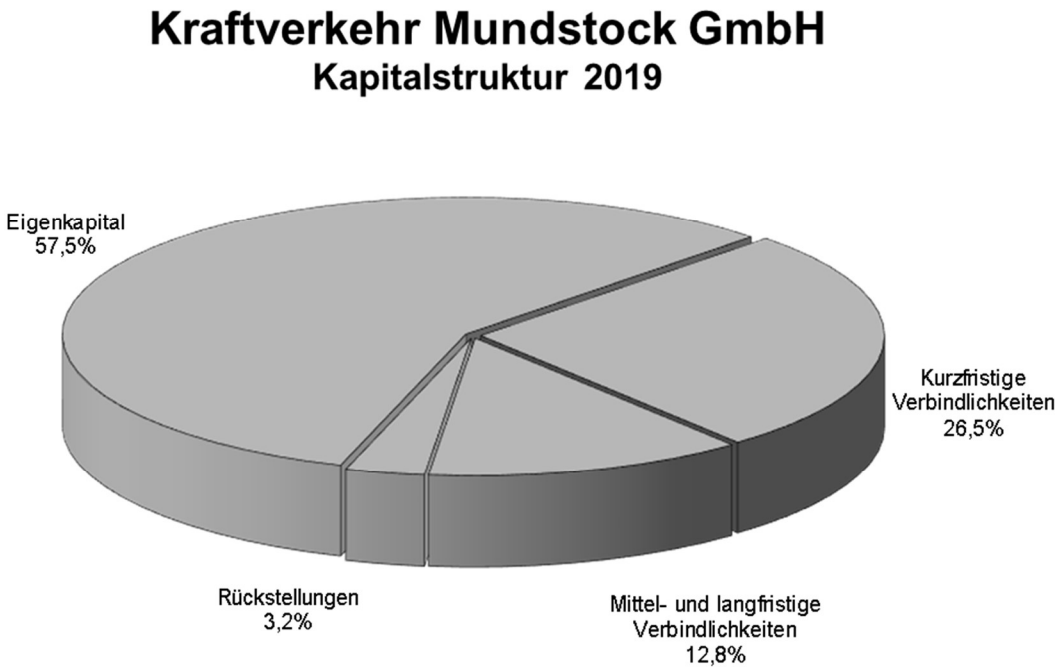
Bilanzdaten der Kraftverkehr Mundstock GmbH

Dargestellt wird nur der Jahresabschluss der Kraftverkehr Mundstock GmbH, ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt (s. o.).

Kraftverkehr Mundstock GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	12	0,2	18	0,3	15	0,2
Sachanlagen	2.410	35,7	2.643	38,8	2.416	38,9
Finanzanlagen	2.894	43,0	2.894	42,4	2.894	46,6
Langfristig gebundenes Vermögen	**5.316**	**78,9**	**5.555**	**81,5**	**5.325**	**85,7**
Vorräte	69	1,1	58	0,9	68	1,1
Forderungen	1.255	18,6	971	14,2	680	11,0
Liquide Mittel	96	1,4	234	3,4	135	2,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.420**	**21,1**	**1.263**	**18,5**	**883**	**14,3**
Bilanzsumme	**6.736**	**100,0**	**6.818**	**100,0**	**6.208**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.872	57,5	3.872	56,8	3.872	62,4
Rückstellungen	214	3,2	281	4,1	248	4,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	862	12,8	1.160	17,0	1.139	18,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.788	26,5	1.505	22,1	949	15,3
Bilanzsumme	**6.736**	**100,0**	**6.818**	**100,0**	**6.208**	**100,0**

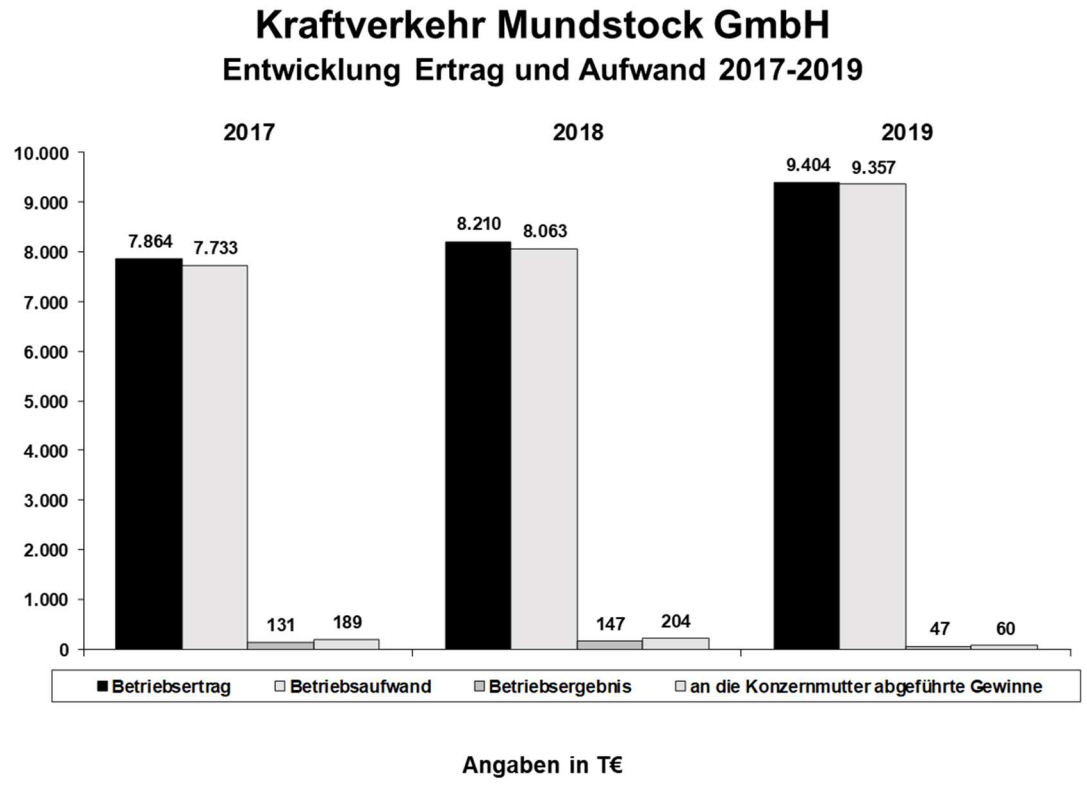


GuV-Daten der Kraftverkehr Mundstock GmbH

Dargestellt wird nur der Jahresabschluss der Kraftverkehr Mundstock GmbH, ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt (s. o.).

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	9.310	1.229	8.081	7.775
Sonstige betriebliche Erträge	94	-35	129	89
Betriebserträge	**9.404**	1.194	**8.210**	**7.864**
Materialaufwand	1.940	106	1.834	1.692
Personalaufwand	6.601	1.239	5.362	5.271
Abschreibungen	306	33	273	293
Sonstige betriebliche Aufwendungen	510	-83	593	477
Betriebsaufwand	**9.357**	1.294	**8.063**	**7.733**
Betriebsergebnis	**47**	-100	**147**	**131**
Finanzergebnis	30	-45	75	75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**77**	-145	**222**	**206**
sonstige Steuern	17	0	17	17
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	**60**	-144	**204**	**189**
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	60	-144	204	189
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**



Angaben in T€

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Stadthalle Braunschweig und der im September 2000 eröffneten Volkswagen Halle sowie seit dem Jahr 2006 auch des Eintracht-Stadions.

Beide Hallen werden von der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, Kongresse und Ähnliches vermietet. Der Abschluss von Mietverträgen kommt durch Initiative der Gesellschaft und durch Veranstaltungsagenturen zustande. Zudem erfolgt eine Kooperation mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH.

Auch das Eintracht-Stadion wird seitens der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, vor allem Sportveranstaltungen, vermietet.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die Erfüllung des öffentlichen Versorgungsauftrages im Rahmen der Daseinsvorsorge durch Vorhaltung und Betrieb von insbesondere der Kultur, dem Sport und der Fortbildung dienender öffentlicher Veranstaltungsorte innerhalb des Stadtgebietes Braunschweig im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	1.350	5,1923
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	24.650	94,8077
	26.000	100

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Christoph Bratmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Frank Graffstedt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Cornelia Seiffert	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Reinhard Manlik	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Thorsten Köster	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Lisa-Marie Jalyschko	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Frank Weber	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Peter Rosenbaum	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Anke Schneider	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf vom Rat der Stadt entsandten Mitgliedern, darunter der Oberbürgermeister oder ein vom ihm vorgeschlagener Beschäftigter der Stadt. Daneben hat ein Betriebsratsmitglied das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Stephan Lemke

Wichtige Verträge

Nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter, entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis Jahresfehlbeträge der Gesellschaft bis zur Höhe der in den von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu übernehmen. Sofern Kapitalrücklagen aufgelöst werden, vermindert sich der Verlustausgleich um den Auflösungsbetrag.

Ergänzend dazu übernimmt die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH gemäß der Vereinbarung über die „Ergebnisübernahme und Liquiditätssicherung“ vom 22. Dezember 2004 entsprechend ihres Beteiligungsanteils von 94,8 % den insgesamt anfallenden Jahresverlust, auch soweit er den im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Verlustanteil übersteigt.

Betriebsteil Stadthalle

Zum 1. Januar 2008 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein Pachtvertrag über Grundstück und Gebäude der Stadthalle abgeschlossen. Hiernach hat die Gesellschaft einen jährlichen Pachtzins zzgl. Umsatzsteuer an die Stadt zu entrichten.

Daneben besteht ein Pachtvertrag für die Stadthallen-Gastronomie.

Zum 1. Januar 2013 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein Pachtvertrag über die Straße „An der Stadthalle“ und das Parkdeck an der Stadthalle im Hinblick auf die Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes abgeschlossen.

Betriebsteil Volkswagen Halle

Auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17. Dezember 2013 wurde das Erbbaurecht der Volkswagen Halle von der bisherigen Eigentümerin, der Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig, mit Wirkung vom 30. Juni 2014 auf die Gesellschaft übertragen. Der Erbbaurechtsvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2112.

Mit einer Gastronomiegesellschaft besteht ein Pachtvertrag bezüglich der Gastronomie in der Volkswagen Halle.

Mit der Volkswagen AG wurde ein Sponsoringvertrag über die Benennung der Betriebsstätte als „Volkswagen Halle Braunschweig“ für die Laufzeit vom 1. Oktober 2020 bis 30. September 2025 geschlossen.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Zwischen der Gesellschaft und der Stadt Braunschweig als Eigentümerin des Stadions besteht ein Vertrag zur Regelung der Nutzung und Bewirtschaftung des Stadions. Daneben bestehen Nutzungsverträge, vor allem mit dem Hauptnutzer, der Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2011 vor dem Hintergrund des Stadionausbaus mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2022 neu geschlossen.

Zudem haben die Stadt Braunschweig und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH einen Vertrag zur Übertragung der Namensrechte für das „Stadion an der Hamburger Straße“ auf die Stadthallen GmbH geschlossen. Dieser wurde zuletzt für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 verlängert. Mittels eines Sponsorenvertrages zur Vermarktung der Namensrechte wurde das Benennungsrecht an die Volkswagen Financial Services AG veräußert. Parallel hierzu hat die Stadthallen GmbH mit der Eintracht Braunschweig GmbH und Co. KGaA einen Nutzungsvertrag über die Teilnutzung der Rechte am Namen „Eintracht“ geschlossen. Auf Wunsch des Sponsors wird der Name „Eintracht-Stadion“ für die Dauer der Vertragslaufzeit beibehalten.

Betrauung

Zum 1. August 2012 wurde die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH seitens der Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Braunschweig mit einer Laufzeit von 10 Jahren öffentlich-rechtlich betraut. Eine Betrauung war notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen.

Inzwischen wird der Betrieb der Stadthalle und der Volkswagen Halle durch die Stadthallen GmbH EU-beihilferechtlich als rein lokal betrachtet. Insoweit ist eine Betrauung nicht mehr erforderlich. Als Nachweis für die „rein lokale“ Bedeutung ist nunmehr lediglich eine intern aufzubewahrende Besucherstatistik zu führen. Die Finanzierung kann weiterhin sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Der Betrieb des Stadions ist EU-beihilferechtlich weiterhin relevant. Beihilfen für Sportinfrastrukturen (und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen) fallen unter Art. 55 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU-Kommission (AGVO 2014 einschließlich Änderungsverordnung vom 17. Mai 2017). Gemäß Art. 55 i. V. m. Art. 4 Nr.1 lit. bb) AGVO sind jährliche Betriebsbeihilfen in Höhe von bis zu 2 Mio. € möglich. Diese Grenze wird gemäß mittelfristiger Wirtschaftsplanung nicht überschritten. Von den Betriebsbeihilfen zu unterscheiden sind Investitionsbeihilfen. Diese sind gemäß Art. 55 i. V. m. Art 4 Nr.1 lit bb) AGVO bis zur Höhe von 30 Mio. € pro Vorhaben möglich.

Nach Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 5. Februar 2019 wurde die Betrauung daher rückwirkend mit Ablauf des 31. Dezember 2018 widerrufen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 waren bei der Gesellschaft 46 Mitarbeiter (davon 8 Teilzeitstellen und 6 Auszubildende) beschäftigt (Vorjahr: 47 Mitarbeiter, davon 8 Teilzeitstellen und 4 Auszubildende).

Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl die Anzahl der Veranstaltungen als auch die Besucherzahl im Jahr 2019 gestiegen. Es wurden 526 Veranstaltungen (Vorjahr: 508) mit insgesamt 899.803 Besuchern (Vorjahr: 861.292) durchgeführt. Während sich die Anzahl der Besucher in den Bereichen „Tagungen und Kongresse“, „Sport“ und „Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen“ im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat, sind in den Bereichen „Kulturelle Veranstaltungen“ sowie „Gesellschaftliche Veranstaltungen“ Rückgänge der Besucherzahlen zu verzeichnen. Es ergibt sich eine annähernd konstante durchschnittliche Besucherzahl von 1.710 Gästen (Vorjahr: 1.695).

Die Gründe für die Steigerungen liegen insbesondere im Segment „Sport“ (+6 Veranstaltungen und +59.614 Besucher). Spielplanabhängig fanden mehr Spiele der Dauernutzer Basketball und Fußball statt und die Besucherzahlen haben sich hier verbessert bzw. stabilisiert. Die Entwicklung bei den kulturellen Veranstaltungen entspricht den Erwartungen, wobei der statistische Ausreißer „Klasse wir singen“ aus dem Jahr 2018 fast kompensiert werden konnte. Die Gesellschaftlichen Veranstaltungen sowie die Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen unterliegen standardmäßig normalen Schwankungen. Das Kongressjahr 2019 war neben vielen wiederkehrenden Veranstaltungen, geprägt von neuen Veranstaltungsformaten einiger Großkunden und einem Bundesparteitag.

Betriebsteil Stadthalle

Die Zahl der Veranstaltungen in der Stadthalle liegt mit 316 über dem Ergebnis des Vorjahres (306). Auch die Besucherzahlen steigen auf 202.025 (Vorjahr: 188.666).

Der Zuwachs der Veranstaltungen begründet sich im Wesentlichen aus dem Anstieg der kulturellen Veranstaltungen im Großen Saal. Die gesellschaftlichen Veranstaltungen bleiben auf einem niedrigen Niveau mit Rückgang der durchschnittlichen Besucherzahl.

Der Betriebsteil Stadthalle weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.202 T€ aus.

Betriebsteil Volkswagen Halle

Insgesamt wurden im Jahr 2019 100 (Vorjahr: 106) Veranstaltungen mit 254.583 (Vorjahr: 273.745) Besuchern durchgeführt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Veranstaltung „Klasse wir singen“ mit rd. 61 Tsd. Besuchern und 9 Veranstaltungen zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieser Sonderveranstaltung konnten die Besucherzahlen gesteigert werden. Auch konnte bei den Basketball Löwen Braunschweig eine deutliche Zunahme der durchschnittlichen Zuschauerzahl auf rd. 3.400 (Vorjahr: rd. 2.800) verzeichnet werden.

Im Betriebsteil Volkswagen Halle ergab sich im Geschäftsjahr 2019 insgesamt ein Verlust von 1.319 T€.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Im Jahr 2019 wurden im Eintracht-Stadion 110 Veranstaltungen (Vorjahr: 96) mit 443.195 Besuchern (Vorjahr: 398.881) durchgeführt. Der Anstieg bei den Besucherzahlen lässt sich fast ausschließlich mit dem nach Spielplan der dritten Liga zusätzlich ausgetragenen Heimspiel der Eintracht Braunschweig sowie dem wieder verbesserten Besucherzahldurchschnitt von rd. 18.500 auf rd. 20.100 Besucher pro Spiel erklären. Die Anzahl der Veranstaltungen steigt weiter durch die Erhöhung der Veranstaltungen und Tagungen im Business Bereich der Westtribüne.

Für den Betriebsteil Eintracht-Stadion wird im Wirtschaftsjahr 2019 ein Fehlbetrag von 1.171 T€ ausgewiesen.

Gesamtergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2019 der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH für die drei Betriebsteile beträgt 4.827 T€ (Vorjahr: 4.574 T€). Hiervon wurden 134 T€ (Vorjahr: 203 T€) durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage für die erfolgten Sanierungen der Stadthalle im Rahmen des „Projekts 2009“ ausgeglichen. Der verbleibende Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.693 T€ (Vorjahr: 4.371 T€) wurde in voller Höhe (Vorjahr: 4.360 T€) von den Gesellschaftern ausgeglichen. Es verbleibt ein Bilanzverlust in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 11 T€).

Besondere Kennzahlen

Betriebsteil Stadthalle - Großer Saal und Congress Saal

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019				2018			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal	Großer Saal	Congress Saal
Kulturelle Veranstaltungen	87	26	95.739	8.648	80	23	81.686	7.620
Gesellschaftliche Veranstaltungen	24	6	23.845	1.527	29	6	29.561	1.429
Tagungen, Kongresse	49	48	24.279	9.364	39	45	26.138	8.180
Sportliche Veranstaltungen	2	0	1.814	0	1	0	572	0
Ausstellungen	5	11	23.196	8.699	3	14	19.807	8.843
Sonstige Veranstaltungen	2	0	1.860	0	1	1	1.794	25
	169	**91**	**170.733**	**28.238**	**153**	**89**	**159.558**	**26.097**
Gesamt	**260**		**198.971**		**242**		**185.655**	

Betriebsteil Stadthalle - Vortragssaal und Konferenzräume

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019				2018			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume
Kulturelle Veranstaltungen	1	0	173	0	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	1	0	46	0	1	0	53	0
Tagungen, Kongresse	47	7	2.392	443	55	8	2.537	421
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstellungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
	49	**7**	**2.611**	**443**	**56**	**8**	**2.590**	**421**
Gesamt	**56**		**3.054**		**64**		**3.011**	

Betriebsteil Stadthalle – Gesamt

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019		2018	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	114	104.560	103	89.306
Gesellschaftliche Veranstaltungen	31	25.418	36	31.043
Tagungen, Kongresse	151	36.478	147	37.276
Sportliche Veranstaltungen	2	1.814	1	572
Ausstellungen	16	31.895	17	28.650
Sonstige Veranstaltungen	2	1.860	2	1.819
Gesamt	**316**	**202.025**	**306**	**188.666**

Betriebsteil Volkswagen-Halle – “Arena”

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019		2018	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	26	118.833	29	159.280
Gesellschaftliche Veranstaltungen	2	480	2	2.994
Tagungen, Kongresse	14	11.581	12	4.517
Sportliche Veranstaltungen	31	106.116	31	90.098
Ausstellungen	3	8.056	5	8.460
Sonstige Veranstaltungen	2	200	2	250
Gesamt	**78**	**245.266**	**81**	**265.599**

Betriebsteil Volkswagen-Halle – Foyer/Restaurant

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019		2018	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	5	5.552	6	3.649
Tagungen, Kongresse	16	2.765	17	3.327
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0
Ausstellungen	0	0	0	0
Sonstige Veranstaltungen	1	1.000	2	1.170
Gesamt	**22**	**9.317**	**25**	**8.146**

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Veranstaltungs- und Besucherstatistik	2019		2018	
	Veranstaltungen	Besucher	Veranstaltungen	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	1	299	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	21	4.599	29	5.733
Tagungen, Kongresse	47	8.542	30	5.337
Sportliche Veranstaltungen	39	425.855	34	383.501
Ausstellungen	0	0	1	210
Sonstige Veranstaltungen	2	3.900	2	4.100
Gesamt	**110**	**443.195**	**96**	**398.881**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH hat im Herbst 2019 den Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 aufgestellt. Der Plan sah einen Jahresverlust in Höhe von 5.346 T€ vor.

Bei der Planung wurde berücksichtigt, dass das Jahr 2020 das vorerst letzte volle Betriebsjahr der Stadthalle sein würde. Durch die erst im 4. Quartal 2019 erfolgte Freigabe für die weitere Vermarktung der Stadthalle im Jahr 2020 war die Buchungslage jedoch nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

Der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 lag ebenfalls eine positive Einschätzung der Buchungslage in der Volkswagen Halle zugrunde. Erwartet wurde ein erneut sehr gutes Show-/Konzert-Jahr, begleitet von guten Tagungsbuchungen. Als sportliches Highlight stand eine Weltmeisterschaft im Formationstanzen auf dem Programm.

Das Ergebnis der Betriebsstätte Eintracht-Stadion ist wesentlich abhängig von der Ligazugehörigkeit der Eintracht. Die in der 3. Liga vertraglich erzielbaren Umsätze sind nicht kostendeckend. Mitte 2020 hat die Eintracht jedoch den Wiederaufstieg in die 2. Bundesliga erreicht, was zu vertraglich vereinbarten höheren Pachtzahlungen für die Gesellschaft führt. Hinsichtlich des Spielbetriebes der New Yorker Lions wurden für das Jahr 2019 10 Spiele im Eintracht Stadion erwartet. Als Highlight für das Jahr 2020 waren die 120. Deutschen Leichtathletik Meisterschaften am Wochenende 6./7. Juni geplant.

Aufgrund der Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie fand jedoch die letzte „reguläre“ öffentliche Veranstaltung am 12. März 2020 in der Betriebsstätte Stadthalle statt. Unter den bestehenden Auflagen konnte die Gesellschaft im Zeitraum vom 13. März 2020 bis 30. September 2020 rd. 140 Veranstaltungen mit nicht einmal 20.000 Besuchern durchführen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sitzungen und Tagungen verschiedenster lokaler und regionaler Organisationen. Hinzu kommen wenige Sportveranstaltungen und erste kleinere Berufsmessen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden rd. 250 Veranstaltungen mit rd. 440.000 Besuchern durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund hat die Gesellschaft einen Nachtragswirtschaftsplan für das Jahr 2020 aufgestellt, der einen Fehlbetrag in Höhe von 5.610 T€ ausweist.

Der Zeitpunkt der sanierungsbedingten Schließung der Betriebsstätte Stadthalle ist nun auf den Beginn des zweiten Halbjahres 2021 festgelegt, ein endgültiger Termin zur Wiedereröffnung ist noch nicht festgelegt.

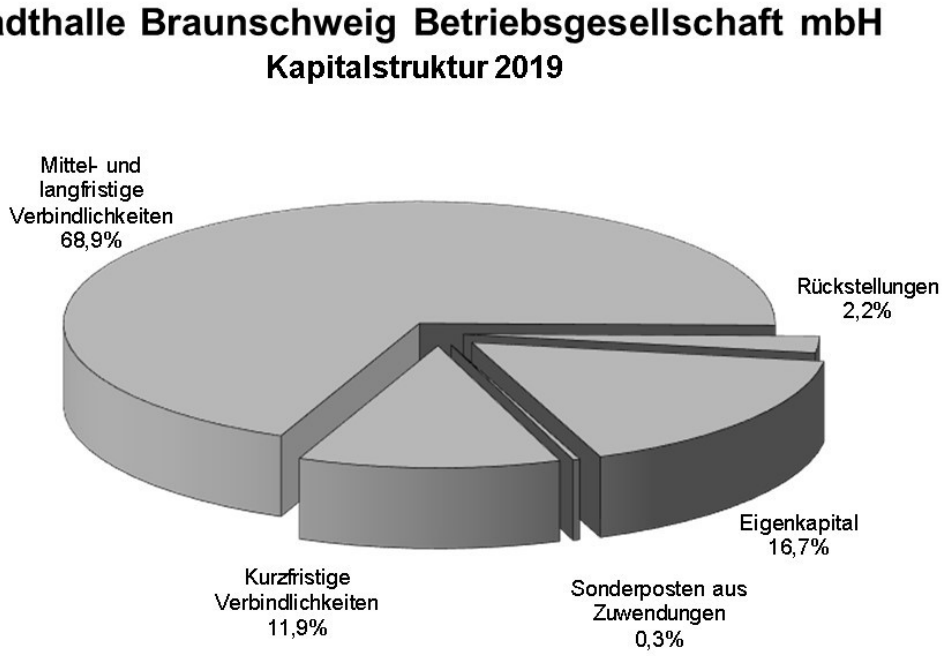
Seit Mitte Dezember 2020 ist in den Räumlichkeiten der Stadthalle in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig und dem Land Niedersachsen Braunschweigs Impfzentrum zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingerichtet. Für die Einrichtung und den Betrieb des Impfzentrums wurde ein Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt und der Gesellschaft geschlossen. Das Impfzentrum soll zunächst bis zum 30. Juni 2021 mit einer Option auf Verlängerung bis zum 30. September 2021 vorgehalten werden.

Bilanzdaten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	30	0,1	27	0,1	33	0,2
Sach- und Finanzanlagen	16.607	90,9	17.315	91,3	18.227	89,6
Langfristig gebundenes Vermögen	**16.637**	**91,0**	**17.342**	**91,4**	**18.260**	**89,8**
Forderungen	1.517	8,3	1.287	6,8	1.989	9,8
Liquide Mittel	121	0,7	344	1,8	83	0,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.637**	**9,0**	**1.631**	**8,6**	**2.072**	**10,2**
Bilanzsumme	**18.274**	**100,0**	**18.973**	**100,0**	**20.332**	**100,0**

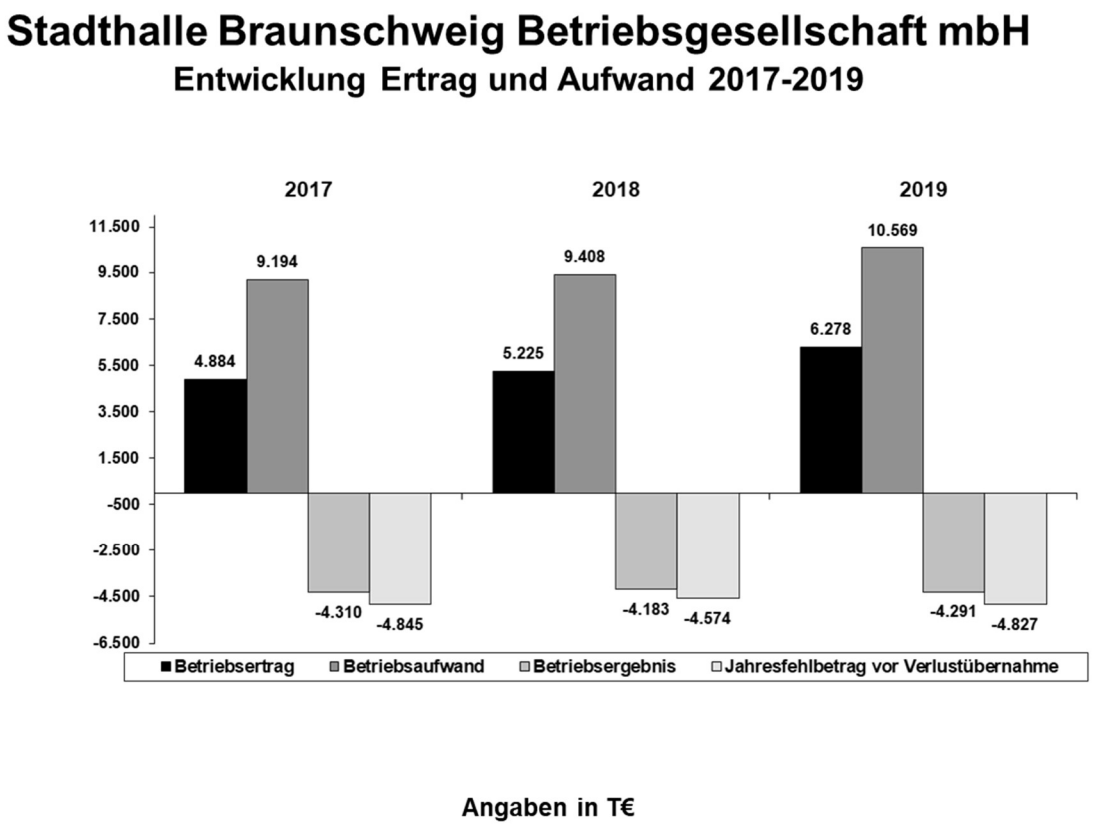
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.056	16,7	3.035	16,0	3.085	15,2
Sonderposten aus Zuwendungen	55	0,3	58	0,3	61	0,3
Rückstellungen	406	2,2	277	1,5	403	2,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	12.593	68,9	13.763	72,5	14.875	73,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.164	11,9	1.841	9,7	1.908	9,4
Bilanzsumme	**18.274**	**100,0**	**18.973**	**100,0**	**20.332**	**100,0**



GuV-Daten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	6.176	992	5.184	4.855
Sonstige betriebliche Erträge	102	61	41	29
Betriebserträge	**6.278**	1.053	**5.225**	**4.884**
Materialaufwand	1.704	246	1.458	1.294
Personalaufwand	2.711	-64	2.775	2.592
Abschreibungen	1.992	154	1.838	1.819
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.161	825	3.337	3.489
Betriebsaufwand	**10.569**	1.161	**9.408**	**9.194**
Betriebsergebnis	**-4.291**	-108	**-4.183**	**-4.310**
Finanzergebnis	-250	22	-271	-299
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	64	-64	0
Ergebnis nach Steuern	**-4.541**	-151	**-4.391**	**-4.609**
sonstige Steuern	286	103	183	236
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-4.827**	-253	**-4.574**	**-4.845**
Erträge aus Verlustübernahme	4.693	333	4.360	4.623
Jahresfehlbetrag	**-134**	80	**-214**	**-222**
Verlustvortrag	-11	3	-14	-4
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	145	-72	217	212
Bilanzverlust	**0**	11	**-11**	**-14**



Angaben in T€

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Erstellung und der Betrieb von öffentlichen Schwimmbädern und medizinischen Bädern und anderer dem Sport, der Erholung oder der Volksgesundheit dienender Anlagen sowie der damit verbundenen Einrichtungen. In dieser Eigenschaft betreibt die Gesellschaft Hallen- und Freibäder in Braunschweig.

Die Gesellschaft dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken i. S. d. Abschnitts “Steuerbegünstigte Zwecke” der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Hallen- und Freibädern dienen dem öffentlichen Gesundheitswesen und fördern den Sport. Hierdurch wird das gemeinsame Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig gefördert. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 1.022.600 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	52.200	5,1046
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	970.400	94,8954
	1.022.600	100

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Björn Hinrichs	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Frank Graffstedt	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Nils Bader	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Susanne Hahn	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Dennis Scholze	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Heidemarie Mundlos	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Thorsten Wendt	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Dr. Elke Flake	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Anneke vom Hofe	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Oliver Büttner	Mandat der BIBS-Fraktion
Udo Sommerfeld	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Norbert Rüscher *	Vertreter des Stadtsportbundes
Julia Scheunemann *	Arbeitnehmervertreterin (bis April 2019)
Morten Krause *	Arbeitnehmervertreter (seit Mai 2019)

* ohne Stimmrecht

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf stimmberechtigten Mitgliedern. Daneben sind ein Betriebsratsmitglied sowie ein Mitglied des Stadtsportbundes berechtigt, als Gast bzw. Sachverständiger ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen.

Geschäftsführung

Christoph Schlupkothen (bis 31.12.2020)
Tobias Groß (ab 01.01.2021)

Wichtige Verträge

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter, Jahresverluste der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) bis zur Höhe von 4 Mio. € abzudecken. Ferner besteht mit der SBBG eine Vereinbarung über die Ergebnisübernahme und die Liquiditätssicherung im Rahmen ihres Beteiligungsanteils.

Für die Schwimmbadgrundstücke, die nicht im Eigentum der Gesellschaft stehen, bestehen verschiedene Überlassungsverträge mit der Stadt Braunschweig als Grundstückseigentümerin.

Im Jahr 1999 wurde die „Unterstützungskasse der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH e.V." gegründet. Die Gesellschaft zahlt für ihre Mitarbeiter in entsprechende Rückdeckungsversicherungsverträge ein, aus denen zukünftig im Falle der Erwerbsunfähigkeit, Berufsunfähigkeit, bei Sterbefällen und im Altersruhestand die laut Leistungsplan zugesagte finanzielle Unterstützung geleistet wird. Zudem besteht zur Absicherung betrieblicher Ruhelohnansprüche eine Mitgliedschaft der Gesellschaft beim Pensions-Sicherungs-Verein aG. Seit dem 1. Juli 2020 sind Mitarbeiter, für die bislang keine betriebliche Altersvorsorge bestand und die rechnerisch die Mindest-Einzahlungsdauer erreichen können, in der VBL versichert.

Die in den einzelnen Bädern vorhandenen Kioske, Cafés und Gaststätten hat die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH verpachtet. Ferner hat sie im Hallenbad Bürgerpark Räumlichkeiten an einen Friseursalon und ein ambulantes Rehabilitationszentrum vermietet. Zudem besteht mit der Fitnesswelt Braunschweig GmbH ein Vertrag über die Nutzung der Bäder sowie ein Pachtvertrag über die im Obergeschoss gelegenen Flächen der „Wasserwelt" zum Betrieb eines Fitness-Studios. Im Zeitraum von Februar 2019 bis Dezember 2020 ist ein Raum in der Wellnessabteilung der "Wasserwelt" an eine externe Kosmetikerin vermietet worden, um die Raumauslastung zu verbessern und neue Möglichkeiten für die Zukunft der Abteilung zu sondieren. Eine Verpachtung der gesamten Wellnessabteilung der „Wasserwelt" ist seit dem 1. Januar 2021 erfolgt.

Zudem besteht ein Pachtvertrag mit der Volkshochschule Braunschweig GmbH (VHS) über Räumlichkeiten im Bürgerbadepark in der Nîmes-Straße. Die VHS bietet hier seit dem 1. September 2020 Kurse zur Gesundheitsvorsorge und -bildung an. Hierdurch wird der Bäderstandort Bürgerpark mit dem Schwerpunkt Gesundheit nachhaltig gestärkt.

Betrauung

Die Tätigkeiten der Stadtbad GmbH waren durch die „Betrauung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH sowie ihrer Beteiligungsunternehmen mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen" erfasst. Die Betrauung erfolgte am 1. Juli 2012 für die Dauer von zehn Jahren. Eine Betrauung war notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wurde hierbei kontinuierlich überprüft.

Inzwischen wird der Betrieb der städtischen Bäder durch die Stadtbad GmbH EU-beihilferechtlich als rein lokal betrachtet. Insoweit ist eine Betrauung nicht mehr erforderlich, als Nachweis für die „rein lokale" Bedeutung ist nunmehr lediglich eine intern aufzubewahrende Besucherstatistik zu führen. Die Finanzierung kann weiterhin sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Nach Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 11. Dezember 2018 wurde die Betrauung daher rückwirkend mit Ablauf des 31. Dezember 2017 widerrufen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2019 waren bei der Stadtbad Sport und Freizeit GmbH durchschnittlich 108 Mitarbeiter (Vorjahr: 114) beschäftigt. Der Abbau der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl resultiert aus dem vorübergehend geringeren Bedarf durch die Ersatzneubaumaßnahme Sportbad Heidberg und der planmäßigen Reduzierung des Sauna-

und Massagepersonals aufgrund der geplanten und im ersten Quartal 2020 erfolgten Schließung der Sauna und medizinischen Abteilung im BürgerBadePark. Weiterhin wurde Ende 2019 beschlossen, die Wellnessabteilung der Wasserwelt in die Verpachtung zu geben. Leerstellen in anderen Bereichen wurden daher möglichst mit Mitarbeitern aus dieser Abteilung nachbesetzt. Zusätzlich beschäftigte die Gesellschaft im Jahr 2019 durchschnittlich 8 Auszubildende (Vorjahr: 10). Der Rückgang ist vor allem auf den Mangel an geeigneten Bewerbern für die Ausbildung „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ zurückzuführen.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft betreibt die Hallenbäder BürgerBadePark, Sportbad Heidberg und Wasserwelt sowie die Sommerbäder Bürgerpark, Raffteich und Waggum. In den Hallenbädern werden auch Dampf- und Saunabäder vorgehalten. Daneben werden am Standort BürgerBadePark medizinische Behandlungen durchgeführt. Zudem wird ein umfangreiches Kursprogramm angeboten.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2019 der Stadtbad GmbH wies vor Verlustübernahme durch die Gesellschafterinnen einen Jahresfehlbetrag von 7.644 T€ aus. Das im Wirtschaftsplan 2019 vorgesehene Budget von -8.436 T€ wurde damit um 792 T€ unterschritten. Während die Aufwendungen insgesamt um 349 T€ unter dem geplanten Niveau blieben, sind gegenüber den Wirtschaftsplanzahlen die Erträge um 443 T€ höher ausgefallen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von rd. 175 T€. Vom Gesamtverlust entfallen 3.900 T€ auf den Betriebsteil Wasserwelt sowie 3.744 T€ auf die Bestandsbäder (inklusive Sommerbäder).

Im gesamten Geschäftsjahr 2019 konnte die Gesellschaft 747.841 Besucher verzeichnen; die Besucherzahl verschlechterte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 73.801 Besuche bzw. um 8,98 %. Dieser Effekt resultiert hauptsächlich aus der ersatzbaubedingten Schließung des alten Teils des Sportbades Heidberg inklusive der Saunaanlage seit Juni 2019 und den im Vergleich zur sehr guten Sommersaison 2018 geringeren Zahlen in den Sommerbädern. In den Bestandsbädern sind die Gesamtbesucherzahlen sowohl in den Saunen als auch in den Hallenbädern insgesamt weiter rückläufig. Während im Hallenbad BürgerBadePark eine positive Entwicklung der Besucherzahl zu verzeichnen ist (Steigerung der Normalzahler um rd. 4,0 %), fällt der tatsächliche Besucherrückgang im Sportbad Heidberg aufgrund der Baumaßnahme etwas höher aus als angenommen (Rückgang der Normalzahler um rd. 20,0 %). Die Besucherzahlen in der Wasserwelt blieben im Hallenbad auf Vorjahresniveau, es zeigte sich eine leichte Steigerung. Die Sauna in der Wasserwelt konnte eine deutliche Steigerung der Besucherzahlen verzeichnen. Die Zahl der in Anspruch genommenen Wellenessbehandlungen hat sich hingegen um rd. 25,5 % reduziert. Durch die Anpassung der Eintrittsentgelte zum 29. November 2019 ist eine weitere Diversifizierung der Eintrittspreise vorgenommen worden.

Der im Mai 2018 eröffnete Wohnmobilstellplatz auf dem Parkplatz der Wasserwelt wurde auch in seinem ersten vollen Geschäftsjahr sehr gut besucht.

Ab Februar 2019 wurde ein Raum in der Wellnessabteilung der Wasserwelt an eine externe Kosmetikerin vermietet um die Raumauslastung zu verbessern und neue Möglichkeiten für die Zukunft der Abteilung zu sondieren.

Besondere Kennzahlen

Umsatzerlöse und Besucherstatistik	2019		2018	
	in T€	Nutzer	in T€	Nutzer
Hallenbäder	1.668	458.079	1.407	485.101
Sommerbäder	353	114.193	465	163.570
Sauna und Wellness *	578	127.445	788	117.158
Sonstige Umsätze **	1.598	48.124	1.531	55.813
Gastronomie und Shop	61	-	69	-
Umsatzerlöse, Gesamtfrequentierung	**4.258**	**747.841**	**4.260**	**821.642**

* Medizinische Abteilung, Dampf- und Saunabäder
** Schwimmunterricht und Fitnesskurse, Mieterträge Bäder, Parkplatzgebühren inkl. Wohnmobilstellplatz, Veranstaltungen und Werbung, Übrige

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Stadtbad GmbH wurde im Jahr 1932 im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau des Hallenbades im Bürgerpark gegründet. Während des Bestehens der Gesellschaft wurde das Angebot an Dienstleistungen ständig vergrößert und verbessert; u. a. durch den Bau bzw. Umbau der Bezirkshallenbäder (Nordbad und Heidbergbad), des Badezentrums Gliesmarode, des Sportbades Heidberg, der Sauna im Sportbad Heidberg, des BürgerBadeParks und zuletzt des Freizeit- und Erlebnisbades Wasserwelt.

Zu Beginn des Jahres 1996 hat der Rat der Stadt Braunschweig die „Bestandsanalyse und Konzeption für den künftigen Bau und Betrieb der Braunschweiger Bäder“ (Bäderkonzeption) verabschiedet. Bei der Aufstellung der Bäderkonzeption war zu berücksichtigen, dass die Stadtbad GmbH in den Folgejahren Beiträge zur Haushaltskonsolidierung erwirtschaften sollte.

Die Bäderkonzeption wurde im Zusammenhang mit den Vorgaben der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2005 dahingehend modifiziert, dass der Bau eines neuen Freizeit- und Erlebnisbad bei gleichzeitiger Schließung von alten Standorten erfolgen soll. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 29. September 2004 einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst.

Am 27. Februar 2007 hat der Rat der Stadt Braunschweig mit großer Mehrheit beschlossen, an der Hamburger Straße nördlich des Schützenplatzes ein neues Freizeit-und Erlebnisbad zu bauen. Mit dem Bau des Freizeit- und Erlebnisbades wurde Ende August 2011 begonnen, die Inbetriebnahme ist am 14. Juli 2014 erfolgt. Die Wasserwelt steht den Besuchern seitdem als Bad u. a. mit attraktiver Premium-Saunalandschaft zur Verfügung. Das Projektbudget der Wasserwelt betrug rd. 35,4 Mio. € (ohne mögliche Regressforderungen) zuzüglich rd. 3,7 Mio. € für den Grunderwerb. Die zur Umsetzung des 3-Bäder-Konzepts erforderliche Schließung der Bäderstandorte Wenden, Nordbad und Badezentrum Gliesmarode erfolgte parallel zur Eröffnung der Wasserwelt.

Das Badezentrum Gliesmarode wird inzwischen ohne städtische Zuschüsse durch einen privaten Betreiber weitergeführt. Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 21. Oktober 2014 die Ausgabe eines Erbbaurechtes an die durch den privaten Betreiber gegründete Badezentrum Gliesmarode Betriebsgesellschaft mbH beschlossen. Mit Beurkundung des Erbbaurechtsvertrages am 11. November 2014 sind Besitz und Nutzung des Erbbaugrundstücks auf die Badezentrum Gliesmarode Betriebsgesellschaft mbH übergegangen. Diese hat das geschlossene Badezentrum Gliesmarode saniert und am 23. Juni 2016 wiedereröffnet.

Zudem wurde vom Rat der Stadt Braunschweig am 19. Februar 2012 die Fortführung des Sommerbades Waggum nach erfolgter Sanierung beschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgte mit Beginn der Freibadsaison 2015.

In der zu Beginn des 2. Quartals 2019 erarbeiteten Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 geht die Gesellschaft von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 8.072 T€ aus. Hiervon entfällt ein Anteil in Höhe von 4.433 T€ auf die Wasserwelt und ein Anteil in Höhe von 3.639 T€ auf den Bäderbestand.

Durch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten die Einrichtungen der Stadtbad GmbH für den Besucherverkehr ab Mitte März 2020 zeitweise geschlossen werden. Nach und nach wurden die Einrichtungen wieder geöffnet. Seit der Wiedereröffnung sind aufgrund der Hygiene- und Abstandsregeln beschränkte Besucherkontingente einzuhalten, die lediglich einen Bruchteil der im Normalbetrieb möglichen maximalen gleichzeitigen Besucher ermöglichen. Statt der geplanten 630.000 Besucher, werden im Jahr 2020 nunmehr lediglich 265.000 Besucher erwartet. Vor diesem Hintergrund verringern sich die für 2020 geplanten Umsatzerlöse. Gegenläufig wirken u. a. Einsparungen im Energiebereich durch das Runterfahren der Bädertechnik sowie der Fremdreinigung. Vor diesem Hintergrund hat die Gesellschaft für das Jahr 2020 einen Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt, der die coronabedingten Auswirkungen berücksichtigt. Der Nachtragswirtschaftsplan weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.502 T€ aus. Gegenüber der ursprünglichen Wirtschaftsplanung ergibt sich eine Verschlechterung um 430 T€. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs der Erstellung des Nachtragswirtschaftsplanes sind Auswirkungen des zweiten Lockdowns seit November 2020 hierin nicht berücksichtigt.

Zur weiteren Erhöhung der Attraktivität der Wasserwelt und einer damit verbundenen Sicherung der Besucherzahlen ist ein Maßnahmenpaket erarbeitet und zum Teil bereits umgesetzt worden. Weiterhin befinden sind Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen für das Sommerbad Raffteich in Umsetzung.

Ab dem Jahr 2021 wird die Wellnessabteilung in der Wasserwelt nicht mehr durch die Gesellschaft selbst betrieben, sondern es ist eine Verpachtung erfolgt.

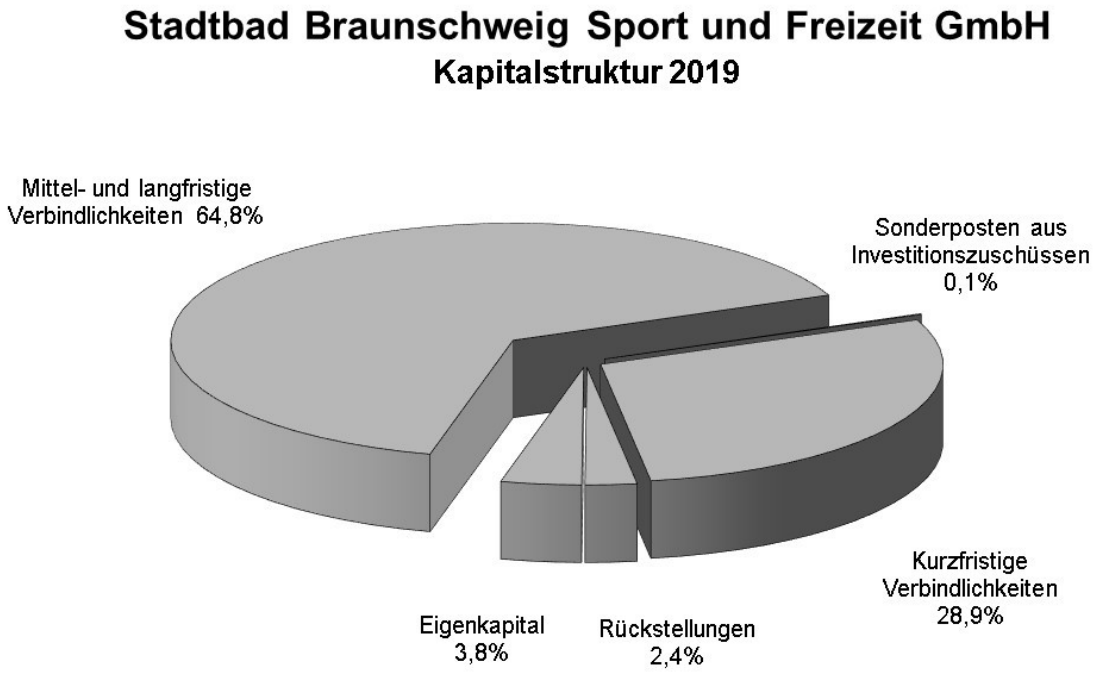
Nach mehr als 44 Betriebsjahren ist eine umfangreiche Sanierung des Sportbades Heidberg erforderlich, die auch mit einer gestalterischen, technischen und funktionalen Aufwertung unter Beachtung der energetischen Standards einhergehen soll. Die Planung sieht einen Ersatzbau des alten Teils des Hallenbades sowie einen Ersatzbau für die Sauna vor. Nach Auswertung der Ausschreibungsergebnisse ist im April 2019 die Vergabe an einen Totalunternehmer erfolgt. Nach Abschluss der Abrissarbeiten ist Ende September 2019 die Grundsteinlegung für den Ersatzneubau erfolgt. Die Wiedereröffnung ist für Anfang 2021 geplant. Für das Vorhaben ist eine Investitionssumme (inkl. Riskobewertung) in Höhe von 10,577 Mio. € veranschlagt.

Bilanzdaten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	118	0,3	133	0,3	134	0,3
Sachanlagen	38.946	96,9	38.576	97,7	40.017	97,7
Langfristig gebundenes Vermögen	**39.063**	**97,2**	**38.709**	**98,0**	**40.151**	**98,0**
Vorräte	89	0,2	77	0,2	78	0,2
Forderungen	468	1,2	522	1,3	511	1,3
Liquide Mittel	550	1,4	175	0,5	211	0,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.107**	**2,8**	**774**	**2,0**	**800**	**2,0**
Bilanzsumme	**40.171**	**100,0**	**39.483**	**100,0**	**40.951**	**100,0**

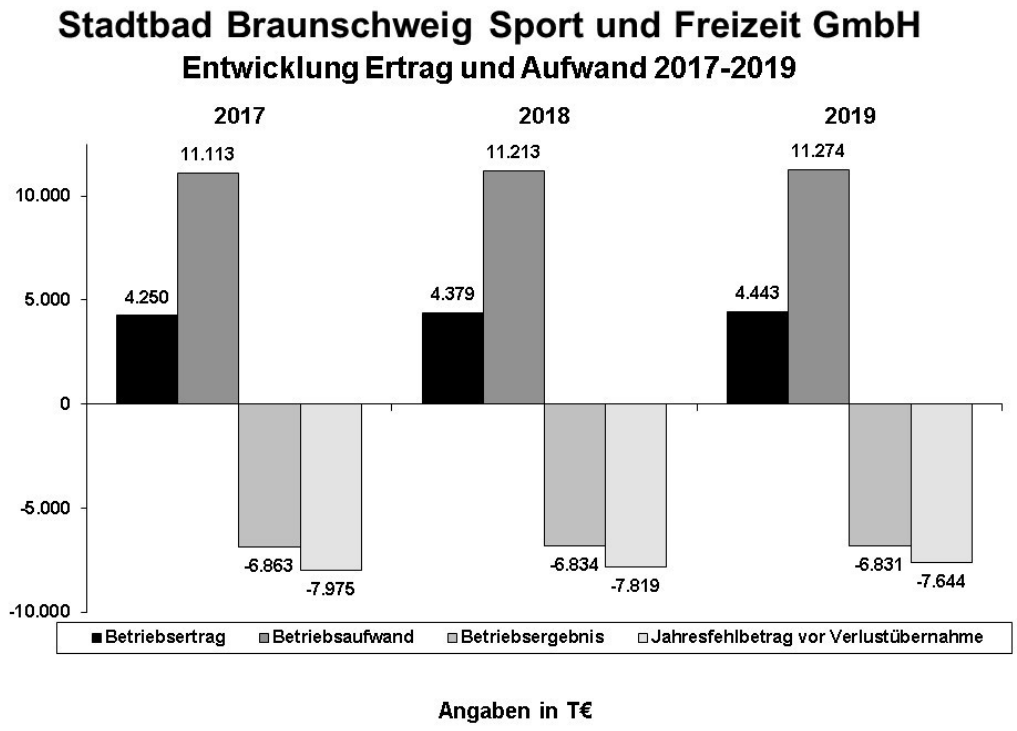
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.524	3,8	1.524	3,9	1.524	3,7
Sonderposten für Investitionszuschüsse	40	0,1	44	0,1	0	0,0
Rückstellungen	977	2,4	1.638	4,1	1.894	4,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	26.031	64,8	28.061	71,1	33.808	82,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	11.599	28,9	8.215	20,8	3.725	9,1
Bilanzsumme	**40.171**	**100,0**	**39.483**	**100,0**	**40.951**	**100,0**



GuV-Daten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	4.258	-3	4.260	3.992
Sonstige betriebliche Erträge	185	66	119	258
Betriebserträge	**4.443**	64	**4.379**	**4.250**
Materialaufwand	2.768	139	2.629	2.429
Personalaufwand	5.213	-164	5.377	5.455
Abschreibungen	2.480	-6	2.486	2.300
Sonstige betriebliche Aufwendungen	813	92	721	929
Betriebsaufwand	**11.274**	61	**11.213**	**11.113**
Betriebsergebnis	**-6.831**	3	**-6.834**	**-6.863**
Finanzergebnis	-801	177	-978	-1.038
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-13
Ergebnis nach Steuern	**-7.632**	180	**-7.812**	**-7.888**
sonstige Steuern	12	5	7	87
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-7.644**	175	**-7.819**	**-7.975**
Erträge aus Verlustübernahme	7.644	-175	7.819	7.975
Jahresüberschuss	**0**	0	**0**	**0**

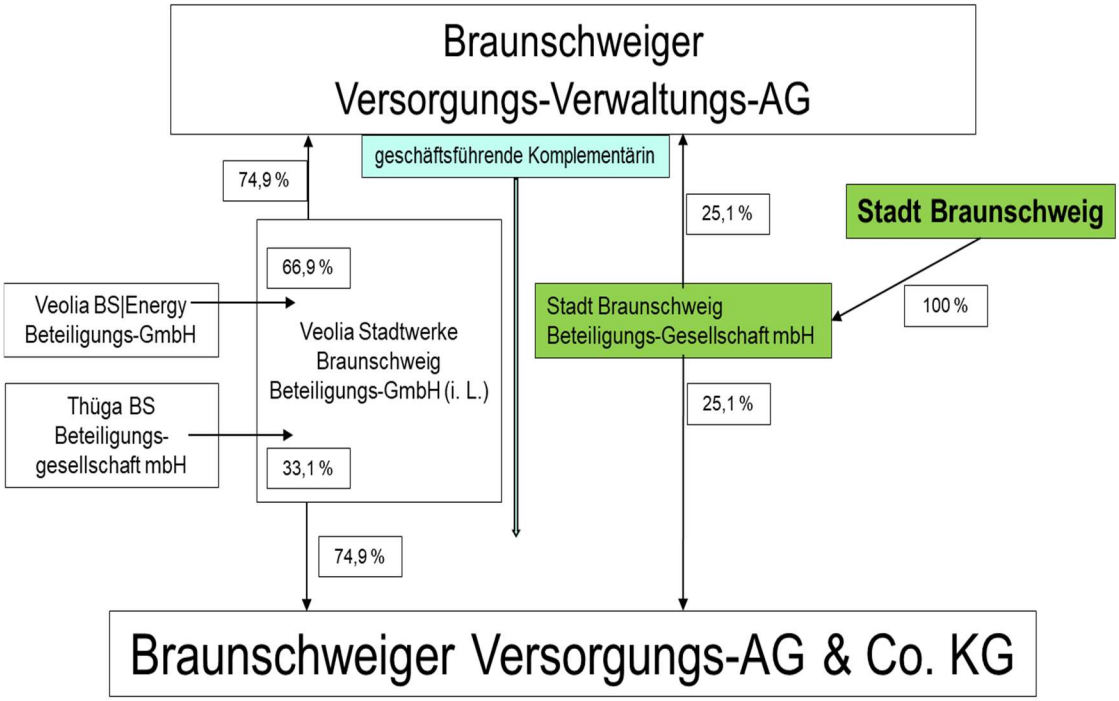


Angaben in T€

BS|ENERGY

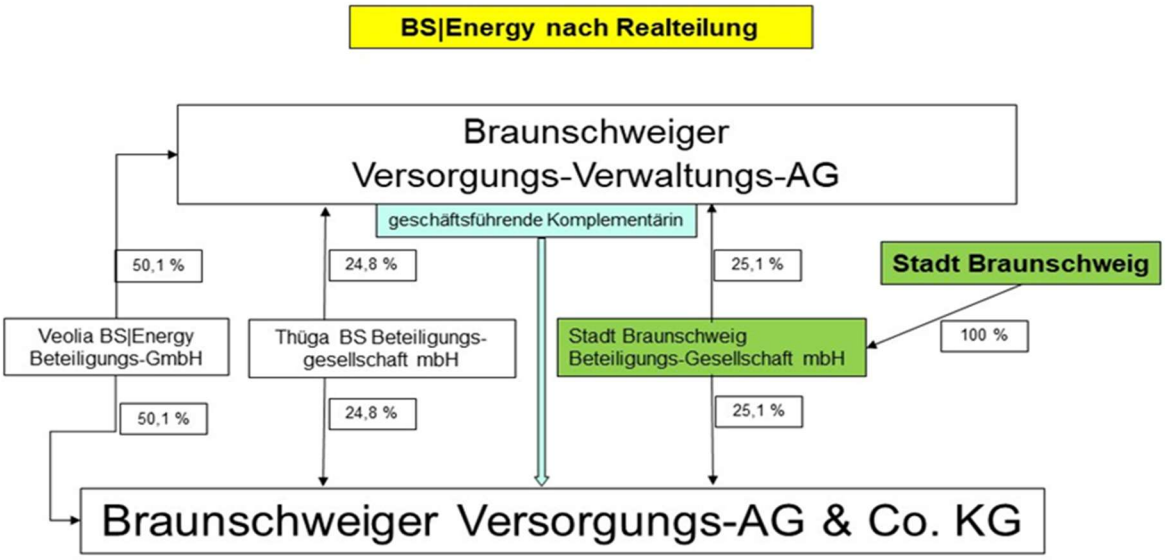
„BS|ENERGY“ fungiert als Markt- und Dachmarke („Corporate Design“) für die „**Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG**“ sowie die „**Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG**“.

Derzeitige Struktur



Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG ist die geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafterin der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG.

Im Verlauf des Jahres 2018 konnte die Umsetzung des zwischen den Gesellschaftern von BS|Energy im Jahr 2017 vereinbarten Entwicklungskonzeptes fortgeführt werden. Die Thüga-Gruppe wurde als weiterer kommunaler Anteilseigner durch ihren Erwerb eines mittelbaren Anteils in Höhe von 24,8 % an BS|Energy als Gesellschafter aufgenommen. Im Gegenzug verringerte die Veolia-Gruppe ihren Anteil auf 50,1 %. Faktisch erfolgte dies dadurch, dass die Thüga über die Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH 33,1 % an der Veolia Stadtwerke Beteiligungs-GmbH erwarb, welche wiederum 74,9 % an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG und der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG hält (siehe obige Darstellung). In naher Zukunft soll eine Realteilung der Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH vorgenommen werden, so dass unmittelbare Beteiligungen von Thüga und Veolia an BS|Energy entstehen:



Damit einhergehend erhöhte sich die Anzahl der Mitglieder im Vorstand von drei auf vier, der Aufsichtsrat zählt nicht mehr zwölf, sondern fünfzehn Mitglieder. Teil des Angebots, mit dem sich die Thüga-Gruppe um die besagten Anteile beworben hatte, war die Unterstützung bei dem Aufbau einer Digitalisierungsagentur. Zu Beginn des Jahres 2019 wurde die KOM|DIA gegründet. Diese entwickelt in Kooperation mit der Thüga-Gruppe künftig Dienstleistungen in den Geschäftsfeldern Internet der Dinge, Glasfaser, Elektromobilität und öffentliches WLAN.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** ist die Erzeugung, der Vertrieb und die Verteilung von sowie der Handel mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie Tätigkeiten im Bereich der Telekommunikation. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftsgegenstand zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge als herrschendes Unternehmen schließen.

Gegenstand des Unternehmens der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich jeweils aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung vornehmlich der Stadt Braunschweig mit Energie und Wasser dient der Daseinsvorsorge und dem gemeinsamen Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung). Darüber hinaus kommt der BS|ENERGY als Arbeit- und Auftraggeber im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Grundkapital

Das Grundkapital der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** beträgt 61.440.000 €.

Das Grundkapital der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** beträgt 1.600.000 €.

Derzeitige Gesellschafter

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Gesellschafter	Euro	%
Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	Komplementärin; keine nominellen Anteile	
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	15.421.440	25,1
Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH	46.018.560	74,9
	61.440.000	100,0

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	401.600	25,1
Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH	1.198.400	74,9
	1.600.000	100,0

Organe der Gesellschaft

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** sind die Gesellschafterversammlung und die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG als Geschäftsführung (s. o.).

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Etienne Petit	Veolia, 1. stellv. Vorsitzender (bis 4. April 2019)
Matthias Harms	Veolia, 1. stellv. Vorsitzender (ab 29. April 2019)
Jens Runge	Arbeitnehmervertreter, 2. stellv. Vorsitzender (bis 31. Dezember 2019)
Christoph Bratmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Klaus Wendroth	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Dr. Ralf Utermöhlen	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Michel Cunnac	Veolia
Patrick Labat	Veolia
Emmanuelle Menning	Veolia
Hildegard Eckhardt	Veolia
Michael Riechel	Vorstandsvorsitzender Thüga
Petra Heesch	Arbeitnehmervertreterin
Abdulkadir Ayan	Arbeitnehmervertreter
Mirko Günther	Arbeitnehmervertreter
Sabine Eckert	Arbeitnehmervertreter

Der Aufsichtsrat besteht seit der Aufnahme der Thüga-AG aus 15 Mitgliedern (zuvor waren es 12 Mitglieder).

Vorstand der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Stand: Februar 2021

Name	Funktion
Julien Mounier	Vorsitzender (bis 31.12.2020)
Jens-Uwe Freitag	Vorsitzender (ab 01.04.2021)
Paul Anfang	stellv. Vorsitzender
Matthias Henze	
Dr. Volker Lang	

Der Vorstand besteht seit der Aufnahme der Thüga-AG aus vier Mitgliedern (zuvor waren des 3 Mitglieder).

Wichtige Verträge

Zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft bestand ein Konzessionsvertrag vom 29. März 2001/17. April 2001 einschließlich einer Ergänzung vom 17. Juni 2002. Der Vertrag trat am 1. Januar 2001 in Kraft und hatte eine Laufzeit von 20 Jahren, mithin bis Ende 2020. Danach war für Strom, Wasser und Gas eine Konzessionsabgabe zu zahlen, die sich auf Cent-Beträge je Kilowattstunde bzw. beim Wasser auf Prozentbeträge der Roheinnahmen beläuft. Der Konzessionsvertrag räumt als Gegenleistung der Gesellschaft das Recht ein, im Gebiet der Stadt die öffentlichen Grundstücke zur Verlegung und zum Betrieb von Leitungen zu benutzen.

Vor dem Hintergrund der Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 7. November 2017 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Auf Basis dieses Beschlusses wurden zwischen der Gesellschaft und der Stadt Braunschweig die Konzessionsverträge für die Medien Wasser und Fernwärme neu verhandelt und nach dem zustimmenden Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig am 12. Juni 2018 mit Wirkung vom 1. Januar 2021 abgeschlossen. Die neuen Verträge haben eine Laufzeit von 20 Jahren, für den Konzessionsvertrag des Mediums Wasser mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Braunschweig nach 10 Jahren.

Nach Durchführung eines den Rechtsgrundsätzen des Energiewirtschaftsgesetzes entsprechenden Verfahrens zur Vergabe der qualifizierten Wegerechte Strom und Gas für das Gebiet der Stadt Braunschweig hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 17. September 2019 beschlossen, dass BS|Energy den Zuschlag für die Energienetzkonzessionen und damit das Recht zum langfristigen Betrieb des örtlichen Strom- und Gasverteilnetzes in Braunschweig ab dem Jahr 2021 erhält. Die neuen Verträge sehen die gesetzlich zulässige Laufzeit von 20 Jahren vor, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Braunschweig nach 10 Jahren.

Auch gemäß den neuen Konzessionsverträgen ist für die Medien Strom, Gas, Wasser und Fernwärme ein Konzessionsentgelt bzw. Gestattungsentgelt zu zahlen, das sich auf Cent-Beträge je Kilowattstunde bzw. (beim Medium Wasser) auf einen Prozentbetrag der Roheinnahme beläuft.

Insbesondere im Bereich der Wärmeproduktion besteht ein sehr hoher Investitionsbedarf. Im Zuge der konsortialvertraglichen Verhandlungen wurde festgelegt, dass in den Jahren 2018 bis 2022 im Rahmen eines Investitionskonzeptes u. a. auch für die Umsetzung der neuen Erzeugungsstrategie insgesamt bis zu 335 Mio. € investiert werden.

Daneben bestehen diverse Liefer- und Bezugsverträge für Steinkohle, Gas, Strom und Wasser.

Im Herbst 2005 erhielt das Konsortium aus Braunschweiger Versorgungs-AG und Siemens AG den Zuschlag für den Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen in der Stadt Braunschweig. Hierfür gründete das Konsortium eine gemeinsame Gesellschaft, die BELLIS GmbH, an der die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG mit 51 % beteiligt ist. Der Vertrag wurde zunächst für eine Laufzeit von 20 Jahren geschlossen. Die hoheitlichen Befugnisse verbleiben bei der Stadt.

Am 1. Januar 2006 trat der zwischen der Veolia Wasser GmbH und der Stadt Braunschweig geschlossene Vertrag über die Stadtentwässerung Braunschweig in Kraft. Auf Wunsch der Stadt Braunschweig hat die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG von der Veolia Wasser GmbH die Verantwortung für die Abwasserentsorgung übernommen. Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG ist somit 100%-ige Gesellschafterin der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH, die im Bereich der Stadt Braunschweig für die umweltge-

rechte Entsorgung der Abwässer verantwortlich ist. Der Vertrag wurde über eine Laufzeit von 30 Jahren geschlossen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 ist es der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG per Lizenzvertrag gestattet, die Bezeichnung "Stadtwerke Braunschweig" zu nutzen.

Das Strom- und Gasnetz wurde bis zum Jahr 2006 durch BS|Energy, Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG selbst bewirtschaftet; sie fungierte hierbei auch als Netzbetreiber. Im Jahr 2007 wurde vor dem Hintergrund der Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zum sog. Legal Unbundling, d. h. Entflechtung von Netz und Vertrieb in Form von eigenständigen Rechtssubjekten die BSEnergy Netz GmbH gegründet. Die BSEnergy Netz GmbH (ab 2010 Braunschweiger Netz GmbH, BS|Netz) war nun als Netzbetreiber tätig. BS|Netz – eine 100%-ige Tochtergesellschaft von BS|Energy - betreibt und bewirtschaftet u. a. die örtlichen Strom- und Gasnetze sowie die zugehörigen Anlagen. Sowohl das regulierte Strom- und Gasnetz als auch die nicht-regulierten Netze (insb. Wasser und Fernwärme) standen bislang im Eigentum von BS|Energy. Das Strom- und Gasnetz wurde bisher jeweils an BS|Netz verpachtet.

Im Rahmen des Anteilserwerbs der Thüga AG war die Ausarbeitung weiterer werthaltiger Projekte Gegenstand des seitens der Thüga AG erstellten Angebotes. Ein Projekt war die Optimierung des Netzgeschäftes, der eigentumsrechtlichen Zuordnung des Anlagevermögens nebst der dazugehörigen Organisationsstruktur. Ergebnis der detaillierten Prüfung ist, dass eine konsequente Weiterentwicklung der Netzgesellschaft zur Netzgesellschaft mit Netzeigentum und eigenem Netzpersonal im Sinne der Zielvorstellung der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen wichtigen Beitrag zur Ergebnissicherung der Netzgesellschaft und damit für den BS|Energy-Konzern liefern kann. Grundlage ist ein Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen BS|Energy und BS|Netz. Die übrigen Netzsparten (Wasserversorgung, Entwässerung, Telekommunikation, Fernwärme) verbleiben bei BS|Energy. BS|Netz wird in diesen Netzbereichen auch zukünftig dienstleistend tätig sein. Die Stadt Braunschweig hat der Bildung einer Großen Netzgesellschaft durch Übertragung des Eigentums an den Verteilungsanlagen für Strom und Gas von der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG auf die Braunschweiger Netz GmbH mit rechtlicher Wirkung vom 1. Januar 2020 durch Ratsbeschluss vom 17. November 2020 zugestimmt.

Zu den weiteren Tochtergesellschaften siehe Seite 13 dieses Berichtes (Beteiligungsdiagramm der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH).

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2019 wurden bei der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** 599 Arbeitnehmer (Vorjahr: 618) beschäftigt.

Darüber hinaus beschäftigte die Gesellschaft im Jahr 2019 durchschnittlich 58 Auszubildende (Vorjahr: 57).

In der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** wird kein weiteres Personal eingesetzt.

Geschäftsverlauf

Die BVAG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 23.141.368,97 €. Damit wurde das prognostizierte Ergebnis des Wirtschaftsplans von 23,7 Mio. € leicht unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um 0,8 Mio. € verbessert.

Die im Geschäftsjahr 2019 erzielten Umsatzerlöse von 575,2 Mio. € liegen um 34,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist wesentlich durch die Entwicklung im Strom- und Gasbereich bedingt. In beiden Sparten sind die Absatzmengen zurückgegangen. Im Strombereich betreffen die Absatzrückgänge insbesondere den Bereich außerhalb Braunschweigs (- 14,8 Mio. €) und die Reduzierung des Stromhandelsumsatzes aus weiter gesunkenen Vermarktungsmengen (- 10,3 Mio. €). Im Gasbereich ist der Mengenrückgang insbesondere witterungsbedingt bzw. auf die Portfoliooptimierung zurückzuführen (- 9,7 Mio.€). Gegenläufig ist in der Wärme- und Wassersparte ein Anstieg zu verzeichnen. Im Wärmebereich – insbesondere im Großkundenbereich – konnte die Preisanpassung den witterungsbedingten Rückgang der Absatzmengen kompensieren (+ 5,8 Mio. €). Auch im Wasserbereich konnte der witterungsbedingte Rückgang durch Preiseffekte kompensiert werden (+ 1,8 Mio. €).

Im Bereich der Neuausrichtung hat der Aufsichtsrat Ende 2018 der Empfehlung des Projektteams zur Umsetzung einer Kombination aus einer Biomasse- und Erdgasanlage zugestimmt. Im Hinblick auf den vorgesehe-

nen Ersatz der bestehenden kohlebasierten Anlagen durch neue, mit Biomasse und Erdgas betriebene Einheiten konnte durch die Vergabe der Hauptkomponenten an geeignete Lieferanten im Jahr 2019 ein wesentlicher Meilenstein erreicht werden.

Zudem hat BS|Energy im Jahr 2019 im Geschäftsfeld der Installation und des Betriebs von Glasfaserinfrastruktur in Braunschweig seine Ausbauplanung konkretisiert und mit der Umsetzung begonnen. Danach sollen bis Ende 2021 im Stadtgebiet 20 Areale mit Glasfaser erschlossen sein. Daneben wurde auch mit der Konzipierung und Bewertung möglicher Telekommunikationsdienstleistungen begonnen.

Das seit 2013 laufende Klageverfahren um den Stromliefervertrag mit der Uniper-Gruppe ist im Jahr 2019 noch nicht abgeschlossen. Mit Urteil vom 14. Mai 2018 hatte das Landgericht München die Klage von BS|Energy abgewiesen. BS|Energy und Uniper haben beim Bundesgerichtshof jeweils Nichtzulassungsbeschwerden gegen das im Juli 2019 ergangene Berufungsurteil des OLG München eingereicht. Das OLG München hatte in seinem Berufungsurteil dem Antrag von BS|Energy auf Feststellung der Unwirksamkeit der vereinbarten Preisklausel im Stromliefervertrag stattgegeben. Die Nichtzulassungsbeschwerden wurden eingereicht, weil das OLG München in seinem Urteil die Revision zum Bundesgerichtshof nicht zugelassen hatte.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit waren im Geschäftsjahr die Erzeugungsanlagen mit dem Projekt Erzeugung 2030 in Höhe von rd. 23,8 Mio. € sowie die Erneuerung und Erweiterung der Leitungsnetze und des Zählerbestandes in Höhe von rd. 18,0 Mio. €. Weiterhin wurden in immaterielle Wirtschaftsgüter sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung insgesamt 7,7 Mio. € sowie in Umspannungs- und Speicherungsanlagen 6,6 Mio. € investiert. Für Grundstücke und Bauten werden 3,0 Mio. € als Anlagenzugänge ausgewiesen. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von rd. 18,6 Mio. € gegenüber.

Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG, die lediglich als geschäftsführende Komplementärin auftritt (s. o.), wies für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 3,8 T€ und einen Bilanzgewinn von 314,1 T€ aus. Investitionen wurden durch die Gesellschaft nicht getätigt.

Konzessionsabgabe an die Stadt Braunschweig

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€
Konzessionsabgabe, die an die Stadt abgeführt wurde *	**12.918**	196	12.722

* ohne Vorjahreskorrekturen

Die an die Stadt zu zahlende Konzessionsabgabe der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG richtet sich nach den Umsatzerlösen bzw. nach den abgesetzten Mengen an Strom, Gas und Wasser und ist der Sache nach ein finanzieller Ausgleich für die ‚Erlaubnis' der Stadt, Durchleitungen (Wasserrohre, Stromleitungen etc.) auf dem Gebiet der Stadt zu errichten.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Unter der Annahme einer Teilauflösung der Drohverlustrückstellung für einen Stromlieferanten geht die Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2020 in der Wirtschaftsplanung von einem Jahresüberschuss von rd. 29,9 Mio. € aus, wovon 25,1 % an die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) aufgrund ihres Beteiligungsanteils abgeführt werden. Sofern die Teilauflösung der Drohverlustrückstellung nicht erfolgen kann, wird ein um ca. 11-13,5 Mio. € reduzierter Jahresüberschuss für das Wirtschaftsjahr 2020 prognostiziert. Der Jahresüberschuss würde dann bei ca. 16,4 – 18,9 Mio.€ liegen. Beim langfristigen Stromliefervertrag mit Uniper wurde in der Planung unterstellt, dass das Urteil des OLG München vom Juli 2019 durch Ablehnung der Nichtzulassungsbeschwerden im Jahr 2020 rechtskräftig wird. Die Preisregelung des Vertrages wäre damit unwirksam und müsste neu verhandelt werden.

Für das Jahr 2020 wurde bei temperaturabhängigen Absatzmengen ein Normaltemperaturjahr zugrunde gelegt. Der starke Anstieg der Marktpreise für Strom, Gas, Kohle und Emissionsrechte führt teilweise zu leichten Margenverbesserungen im Erzeugungsbereich. Allerdings müssen diese Preissteigerungen an die Endkunden weitergegeben werden.

Allgemein können sich Absatzrisiken für Strom, Gas und Wärme durch ungewöhnlich warme Wetterperioden in den Herbst- und Wintermonaten ergeben, allerdings auch Chancen durch ungewöhnlich kalte Wetterperioden.

In allen Vertriebsbereichen soll die Strategie zur Gewinnung von Neukunden außerhalb des Grundversorgungsgebietes fortgesetzt werden, um die positive Entwicklung auszubauen und weiter zu festigen.

Die folgenden Jahre werden hinsichtlich der Neuausrichtung des Erzeugungsportfolios maßgeblich durch die Realisierung des Projektes Erzeugungsstrategie 2030 gekennzeichnet sein. Das Projekt umfasst insbesondere die Umstellung der noch teilweise auf Kohle basierenden Wärmeversorgung im Heizkraftwerk Mitte in Braunschweig hin zu einer klimafreundlicheren, effizienteren Wärmeerzeugung. Es werden hierfür zu dem bislang geschätzten Investitionsvolumen von ca. 220 Mio. € Nachinvestitionen erwartet.

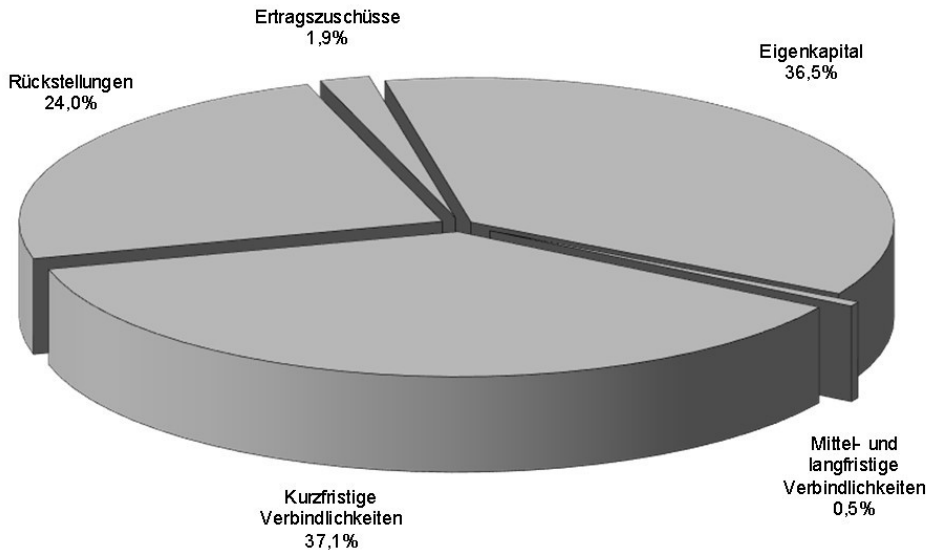
Bilanzdaten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.807	1,4	6.272	1,6	5.961	1,6
Sachanlagen	331.660	77,6	291.383	74,1	276.712	72,6
Finanzanlagen	38.054	8,9	38.440	9,8	38.772	10,2
Langfristig gebundenes Vermögen	**375.522**	**87,9**	**336.094**	**85,5**	**321.445**	**84,2**
Vorräte	12.617	3,0	10.036	2,6	11.652	3,1
Forderungen	37.686	8,9	43.825	11,2	45.202	11,9
Liquide Mittel	1.006	0,2	2.854	0,7	2.885	0,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0,0	0	0,0	3	0,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**51.309**	**12,1**	**56.715**	**14,5**	**59.742**	**15,8**
Bilanzsumme	**426.831**	**100,0**	**392.810**	**100,0**	**381.187**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	155.833	36,5	155.833	39,7	155.832	40,8
Empfangene Ertragszuschüsse	8.293	1,9	9.007	2,3	9.722	2,6
Rückstellungen	102.238	24,0	100.531	25,6	105.596	27,7
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	2.077	0,5	177	0,0	192	0,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	158.174	37,1	127.263	32,4	109.845	28,8
Passive latente Steuern	216,4	0,050699	0	0	0	0
Bilanzsumme	**426.831**	**100,0**	**392.810**	**100,0**	**381.187**	**100,0**

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG
Kapitalstruktur 2019

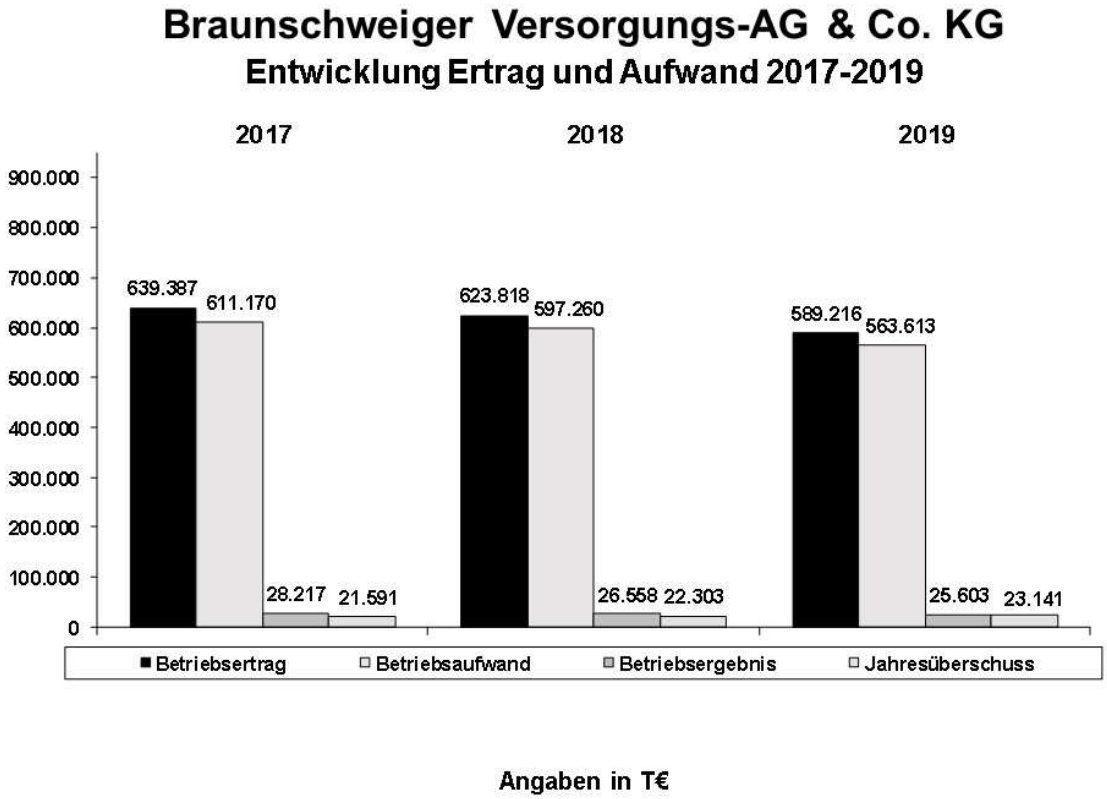


GuV-Daten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse *	575.205	-34.858	610.063	607.305
Sonstige betriebliche Erträge	14.011	256	13.756	32.082
Betriebserträge	**589.216**	-34.602	**623.818**	**639.387**
Materialaufwand	454.671	-30.535	485.206	480.937
Personalaufwand	49.438	-486	49.923	51.178
Abschreibungen	18.632	-4.248	22.880	21.054
Sonstige betriebliche Aufwendungen	40.873	1.622	39.251	58.001
Betriebsaufwand	**563.613**	-33.647	**597.260**	**611.170**
Betriebsergebnis	**25.603**	-956	**26.558**	**28.217**
Finanzergebnis	1.550	433	1.118	-1.464
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.176	-1.304	4.479	4.121
Ergebnis nach Steuern	**23.978**	782	**23.196**	**22.632**
sonstige Steuern	837	-56	893	1.041
Jahresüberschuss	**23.141**	838	**22.303**	**21.591**
Gutschrift auf Gesellschafterkonten	23.141	838	22.303	21.591
Bilanzgewinn	**0**	0	**0**	**0**

* abzgl. Strom- und Gassteuer



Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb des Hafens und der Hafenbahn der Stadt Braunschweig, der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken, die Errichtung von Lagerhäusern und sonstigen für den Hafenbetrieb erforderlichen Gebäuden und Anlagen, die Erbringung von logistischen Dienstleistungen für Dritte, sowie alle mit vorstehenden Geschäftszweigen zusammenhängende Geschäfte jeder Art.

Die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH betreibt und verwaltet den öffentlichen Binnenhafen und die Hafen- und Industriebahn der Stadt Braunschweig. Die Hafenanlagen bestehen aus einem Hafenbecken von 550 m x 70 m (3,5 m tief), zwei Parallelhäfen von 500 m x 20 m und 100 m x 20 m mit zusammen 1.700 m senkrechtem Ufer (4 m tief), sieben Krananlagen (bis 35 t), einer Bandanlage (bis 100t/Std.), einer Mineralölumschlagstelle, einer 60 t Straßenfahrzeugwaage und einer trimodalen Containerumschlaganlage. Die Hafen- und Industriebahn mit einer Gleislänge von 15 km hat einen Anschluss an die Deutsche Bahn AG und wird mit zwei Diesellokomotiven betrieben. Zusätzlich betreibt die Gesellschaft die Anschlussbahn zum Heizkraftwerk Mitte mit einer Gleislänge von 2,5 km. Dem LKW-Verkehr stehen 2.000 m hafeneigene öffentliche Straßen und 1.000 m Ladestraßen zur Verfügung. Das der Gesellschaft gehörende Hafengelände von 651.000 m^2 ist, soweit es nicht dem eigenen Betrieb oder als Vorratsgelände dient, an Umschlaggesellschaften oder an hafengebundene Industriebetriebe verpachtet.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft bietet den Unternehmen insbesondere im Bereich der Stadt Braunschweig eine gute Infrastruktur in Form des Betriebs und der Bereitstellung von Hafenkapazitäten und der dazugehörigen Transportleistungen. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert. Neben der Wirtschaftsförderung, die dem Gemeinwohl dient, ergibt sich ein umweltschützender Aspekt, da der Transport von Gütern auf dem umweltfreundlichen Schiffs- und Bahnweg als Alternative zum LKW-Güterverkehr ermöglicht wird. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.481.212,58 € (2.897.000,00 DM).

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	75.542	5,10%
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	1.405.671	94,90%
	1.481.213	100,00%

Mit Wirkung vom 14. Dezember 2016 wurden 94,9 % der Anteile an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH von der Stadt Braunschweig auf die Stadt Braunschweig-Beteiligungs-Gesellschaft mbH übertragen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Detlef Kühn	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Annegret Ihbe	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Claas Merfort	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Oliver Schatta	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Lisa-Marie Jalyschko	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Falko Büttner	Mandat der AfD-Fraktion (bis 19. Mai 2020)
Gunnar Scherf	Mandat der AfD-Fraktion (ab 20. Mai 2020)

Daneben haben ein Betriebsratsmitglied sowie Herr Ruhe (Vorsitzender der Geschäftsführung der SBBG) das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Jens Hohls

Wichtige Verträge

Mit den im Hafengebiet ansässigen Firmen sind Miet- oder Pachtverträge über die Nutzung der Geländeflächen geschlossen. Über den Anschluss des Hafens an den Mittellandkanal und die Nutzung über die am Kanal liegenden Umschlag- und Liegestellen wurden Verträge mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vereinbart. Außerdem ist ein Vertrag über den Anschluss an die Gleisanlage mit der Deutschen Bahn AG abgeschlossen.

Mit der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH als neuer Gesellschafterin wurde ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen, der seit der Eintragung ins Handelsregister am 24. Januar 2017 wirksam ist.

Am 13. Juli 2020 unterschrieben die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH und die Hamburger Hafen und Logistik AG einen Vertrag über die strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit. Ziel der Vereinbarung ist die Weiterentwicklung und Förderung ökologischer Binnenschifffahrt.

Betrauung

Zum 1. Februar 2014 wurde die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH seitens der Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb einer öffentlichen Infrastruktureinrichtung für das Gebiet der Stadt Braunschweig und ihres räumlichen Verflechtungsbereiches mit einer Laufzeit von 10 Jahren öffentlich-rechtlich betraut. Die Betrauung erfolgte durch einseitige Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen und keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wird. Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 28. August 2018 wurde die Betrauung rückwirkend zum des 31. Dezember 2017 durch die Stadt Braunschweig widerrufen.

Das EU-Beihilferecht entwickelt sich laufend fort. Diese Tatsache sowie die Überprüfung der HBG im Rahmen eines sogenannten Monitoring-Verfahrens der EU-Kommission, in das auch weitere deutsche (Binnen-)Häfen einbezogen waren, machte eine rechtliche Anpassung der Finanzierung notwendig. Die EU-Kommission bezweifelte, dass der Betrieb eines Binnenhafens als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse einzuordnen ist.

Durch die o.g. Fortentwicklung des EU-Rechts ergeben sich aber andere Möglichkeiten einer Freistellung. So ist der Anwendungsbereich der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO 2014) der EU-Kommission durch eine Änderungsverordnung vom 17. Mai 2017 insbesondere auch auf öffentliche Investitionen in Häfen und Flughäfen erweitert worden. In der AGVO werden für die dort genannten Bereiche Anforderungen festgelegt, unter denen die Beihilfen mit dem Binnenmarkt vereinbar sind und auch nicht der Genehmigung durch die EU-Kommission bedürfen. Werden die Freistellungsvoraussetzungen der AGVO für Beihilfen für Binnenhäfen (Art. 56 c AGVO) erfüllt, sind diese somit nach Art. 107 Abs. 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Notifizierungspflicht bei der EU-Kommission befreit.

Künftige Finanzierungen der HBG erfolgen damit EU-beihilferechtlich auf Grundlage des Art. 56 c der AGVO. Hiernach sind staatliche Beihilfen (z. B. Bürgschaften) für Binnenhäfen grundsätzlich bis zu 40 Mio. EUR pro Vorhaben ohne Genehmigung seitens der EU-Kommission möglich.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Berichtsjahr 2019 waren inkl. Geschäftsführer und Auszubildende durchschnittlich 43 Mitarbeiter (Vorjahr: 42) bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH beschäftigt.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2019	2018	Veränderungen
Gewerbliche Mitarbeiter	22	21	1
Angestellte	20	19	1
Auszubildende	0	1	-1
Geschäftsführer	1	1	0
Gesamt	**43**	**42**	**1**

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 erwirtschaftete die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von rd. 495 T€. Vom Jahresüberschuss wurde ein Betrag in Höhe von 150 T€ in andere Gewinnrücklagen der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH eingestellt sowie der verbleibende Gewinn in Höhe von rd. 345 T€ an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH abgeführt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um rd. 158 T€ verschlechtert. Dies liegt insbesondere an den gestiegenen Materialaufwendungen. Bedingt dadurch ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr rd. 2.212 T€ höhere Aufwendungen. Gleichzeitig sind die Erträge um rd. 2.059 T€ gestiegen.

Die Gesamtumschlagsleistung im Hafen Braunschweig ist im Vergleich zum Vorjahr um 13,3 % gesunken. 95,7 % der umgeschlagenen Güter wurden per Schiff transportiert. Die restlichen 4,3 % des Güterumschlags entfielen auf die Hafenbahn. Der Bahnanteil ist nach dem Ausfall der regelmäßigen Zugverbindung zwischen Braunschweig und Bratislava sowie dem frühzeitigen Auslaufen eines Ersatzzugverkehrs stark gesunken.

Bezogen auf die Güterarten konnten insbesondere Steigerungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen verzeichnet werden. Demgegenüber stehen Rückgänge im Umschlag in allen anderen Gütergruppen.

Die Umschlagsleistung im Containerverkehr liegt um 8,8 % über der Vorjahresleistung.

Auch logistische Dienstleistungen tragen zu dem guten Ergebnis bei. Value-Add-Services, wie Containerbeladung/-entladung, Lagerung sowie damit verbundene Tätigkeiten haben zusätzliche Verkehrsströme über den Hafen Braunschweig gezogen.

Gemeinsam mit der Braunschweig Zukunft GmbH hat die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HGB) die Wagener & Herbst Management Consultants GmbH mit der Erstellung eines Hafenentwicklungskonzepts beauftragt. Ziel war es, ein ganzheitliches und zukunftsorientiertes Hafenentwicklungskonzept zu erarbeiten, welches Maßnahmen zur Sicherung des Status quo und zur nachhaltigen Entwicklung des Hafens mit einer längerfristigen Kapazitäts- und Investitionsplanung aufzeigt. Dieses Konzept wurde 2018 erstellt und enthält entsprechende Handlungsempfehlungen zur weiteren Entwicklung, die sich bereits zum Teil in der Umsetzung befinden.

Besondere Kennzahlen

Der Gesamtgüterumschlag (Massengut) ist im Vergleich zum Vorjahr um 13,3 % gesunken und hat sich in den letzten 10 Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Hafenbahn in t	Schiff in t	Gesamtumschlag in t	Veränderung zum Vorjahr in t	Veränderung zum Vorjahr in %
2010	140.682	623.029	763.711	-72.360	-8,7
2011	167.267	612.064	779.331	15.620	+2,0
2012	164.236	647.938	812.174	32.843	+4,2
2013	127.864	695.635	823.499	11.325	+1,4
2014	99.925	730.040	829.965	6.466	+0,8
2015	82.997	766.023	849.020	19.055	+2,3
2016	38.073	778.445	816.518	-32.502	-3,8
2017	49.844	856.635	906.479	89.961	+11,0
2018	173.601	943.553	1.117.154	210.675	+23,2
2019	**41.185**	**927.478**	**968.663**	-148.491	-13,3

Dabei stellen sich der Empfang und der Versand der umgeschlagenen Güter wie folgt dar:

		2019	Veränderung	2018
Schiffsgüter in t	Empfang	**403.114**	-3.161	406.275
	Versand	**524.364**	-12.914	537.278
	Gesamt	**927.478**	-16.075	943.553
Bahngüter in t	Empfang	**26.761**	-110.012	136.773
	Versand	**14.424**	-22.404	36.828
	Gesamt	**41.185**	-132.416	173.601

Beim **Containerumschlag** ist in den letzten 10 Jahren folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Containerumschlag	TEU (Twenty-foot Equivalent Unit)	Veränderung zum Vorjahr in TEU	Veränderung zum Vorjahr in %
2010	56.844	-943	-1,6
2011	62.436	5.592	+9,8
2012	58.954	-3.482	-5,6
2013	60.543	1.589	+2,7
2014	60.278	-265	-0,4
2015	59.728	-550	-0,9
2016	62.633	2.905	+4,9
2017	67.314	4.681	+7,5
2018	71.097	3.783	+5,6
2019	**77.346**	6.249	+8,8

Für den Umschlag der Güter und für die Lagerplatzbedienung finden sich am Hafen Braunschweig neben der Containerbrücke Krananlagen (auch Schwergutkrane), eine Pumpanlage, Verladerohre sowie eine Flüssigdüngeranlage.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das Umschlagsgeschäft der Gesellschaft unterliegt den üblichen saisonalen Schwankungen und Einflüssen. Durch eine Ausweitung des Dienstleistungsangebots über den reinen Umschlag und Transport von Containern hinaus versucht die Gesellschaft, die Ladungsmengen über den Hafen Braunschweig zu binden und weiter zu steigern.

Auf Basis von Kundenabfragen wird für das Jahr 2020 ein geringeres Umschlagsvolumen im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Durch die Entsorgung von Altlasten auf einer Pachtfläche werden erhöhte Aufwendungen erwartet, die noch nicht beziffert werden können.

Der Hafen Braunschweig kann von seiner strategischen Lage im Ost-West-Korridor als Standort für logistische Aufgaben (Konsolidierungs-, Bündelungs- und Distributionsfunktionen) profitieren. Dabei wird auch durch die modal-split Ziele des Seehafens Hamburg und die Steigerung im Seegüterumschlag eine Erhöhung der Umschlagsvolumina im Hafen Braunschweig erwartet.

Durch witterungsbedingte Sperrungen der Verkehrswege und Behinderungen durch Baumaßnahmen sind Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Insbesondere die 2018 angestoßene Grundinstandsetzung des Osttroges des Schiffshebewerks Scharnebeck wird die Binnenschifffahrt von und nach Hamburg weiterhin bis Anfang 2022 behindern. Dabei könnten sich sowohl der Wegfall von Umschlagsvolumina, als auch Aufwendungen zur Erfüllung von Transportverpflichtungen im Containerverkehr negativ auswirken.

Der Wirtschaftsplan 2020 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 484,9 T€ vor Gewinnabführung aus.

Die erfolgreiche Entwicklung des Hafens Braunschweig in den vergangenen Jahren möchte die Gesellschaft weiter festigen und auch zukünftig vorantreiben. Die Gesellschaft beabsichtigt in den Jahren 2020 bis 2023 Investitionen in die Erweiterung des Hafens vorzunehmen, u. a. für die Erweiterung des Containerterminals sowie für den Ausbau einer Lagerhalle.

Die im Hafenentwicklungskonzept genannten Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Hafenbetriebsgesellschaft wurden mit konkreten Maßnahmen belebt und sollen schrittweise umgesetzt werden.

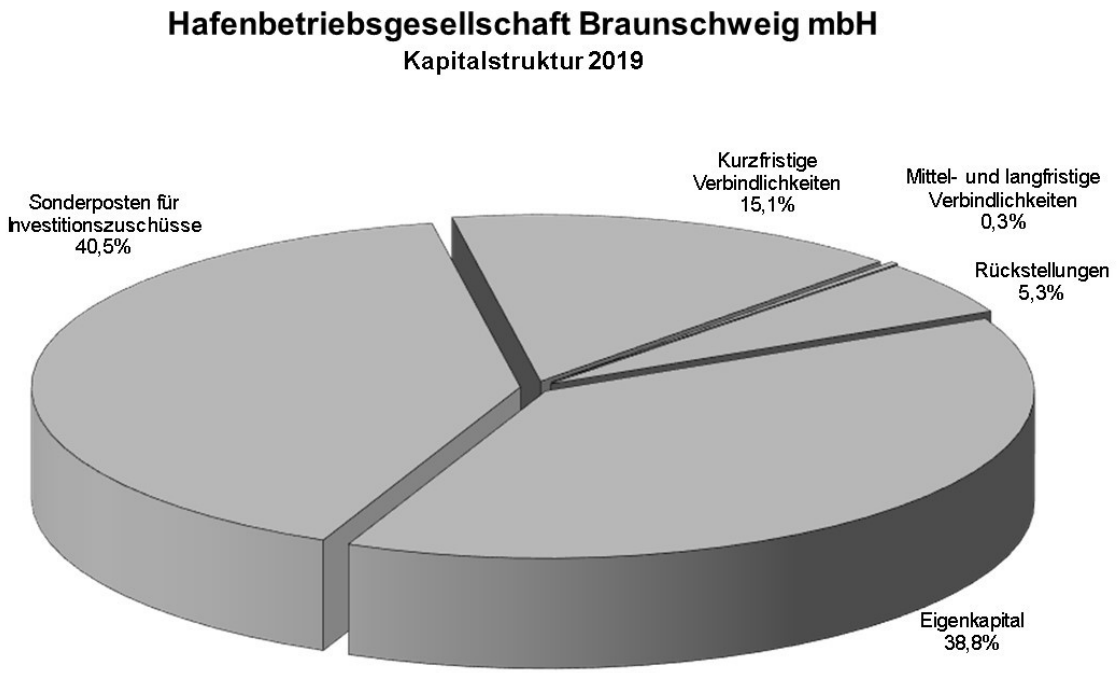
Die Corona-Pandemie hat sich im Jahr 2020 auch auf den Transport- und Logistiksektor ausgewirkt. Die pandemiebedingten Folgen waren für die Hafenbetriebsgesellschaft mbH zwar im operativen Geschäft spürbar, hatten jedoch keine Auswirkungen auf die Einhaltung des Wirtschaftsplans 2020, so dass die Hafenbetriebsgesellschaft mbH ihr geplantes Jahresergebnis voraussichtlich erreichen kann.

Bilanzdaten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,1	14	0,1	24	0,2
Sach- und Finanzanlagen	9.267	70,3	8.691	69,0	9.099	71,9
Langfristig gebundenes Vermögen	**9.274**	**70,4**	**8.705**	**69,1**	**9.123**	**72,1**
Vorräte	189	1,4	190	1,5	191	1,5
Forderungen	3.050	23,1	2.745	21,8	2.598	20,5
Liquide Mittel	675	5,1	950	7,5	750	5,9
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**3.914**	**29,6**	**3.885**	**30,9**	**3.539**	**27,9**
Bilanzsumme	**13.187**	**100,0**	**12.590**	**100,0**	**12.662**	**100,0**

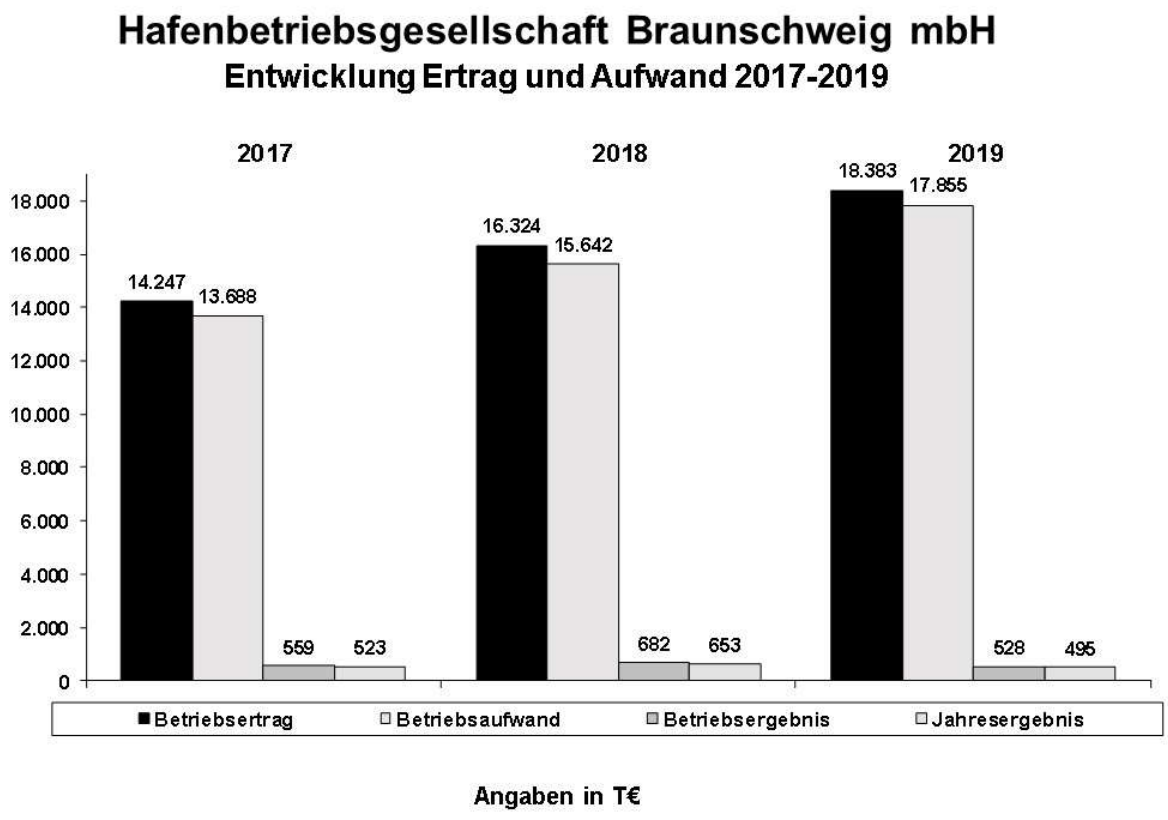
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.111	38,8	4.960	39,4	4.556	36,0
Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.342	40,5	4.724	37,5	5.168	40,8
Rückstellungen	703	5,3	841	6,7	1.084	8,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	35	0,3	71	0,6	106	0,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.996	15,1	1.994	15,8	1.748	13,8
Bilanzsumme	**13.187**	**100,0**	**12.590**	**100,0**	**12.662**	**100,0**



GuV-Daten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	17.665	1.962	15.703	13.467
Sonstige betriebliche Erträge	718	97	621	780
Betriebserträge	**18.383**	2.059	**16.324**	**14.247**
Materialaufwand	12.967	2.299	10.668	9.506
Personalaufwand	2.127	191	1.936	1.850
Abschreibungen	730	18	712	645
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.031	-295	2.326	1.687
Betriebsaufwand	**17.855**	2.213	**15.642**	**13.688**
Betriebsergebnis	**528**	-154	**682**	**559**
Finanzergebnis	-7	0	-7	-7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	2	-2	5
Ergebnis nach Steuern	**521**	-156	**677**	**547**
sonstige Steuern	26	2	24	24
Jahresergebnis	**495**	-158	**653**	**523**



Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe der Gesellschaft Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) ist die Initiierung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Forschung, Entwicklung und Produktion und die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen hierfür. Gegenstand des Unternehmens sind auch Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte.

Zweck der Gesellschaft ist auch die Förderung von Unternehmensgründungen zur Unterstützung laufender Projekte.

Aufgabenschwerpunkt der SFB ist seit 2016 die städtebauliche Entwicklung des Umfeldes am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Entwicklung der regionalen Forschung und Wirtschaft wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird insbesondere durch die Wissens- und Wertschöpfung des Avionik-Clusters am Forschungsflughafen deutlich. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 500.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Gerold Leppa	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Matthias Disterheft	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Antje Keller	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Dr. Helmut Blöcker	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Dr. Bernhard Niehoff

Wichtige Verträge

Mit Wirkung vom 15. Mai 2017 wurde die Braunschweiger Parken GmbH gegründet. Die SFB hält 25 % der Anteile dieser Gesellschaft. Weiterer Gesellschafter ist die Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Umbau und die Bewirtschaftung von Pkw-Stellplätzen am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg sowie der dortige Bau und die Bewirtschaftung eines Parkhauses und notwendiger Nebenanlagen.

Betrauung

Im April 2016 wurde die SFB mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zwecks Umsetzung lokaler Infrastrukturvorhaben und Maßnahmen zur allgemeinen Wirtschaftsförderung für das Gebiet der Stadt Braunschweig und ihres räumlichen Einzugs- und Verflechtungsbereichs ab 1. Mai 2016 mit einer Laufzeit von 10 Jahren seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Die Betrauung erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde.

Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wird hierbei kontinuierlich überprüft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Der Geschäftsführer Herr Dr. Niehoff ist Beschäftigter der Stadt Braunschweig und nimmt die Geschäftsführung nebenamtlich wahr. Der Prokurist ist mit einer halben Stelle Beschäftigter der Gesellschaft. Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dr. Niehoff im Jahr 2021 wird es einen unterjährigen Wechsel der Geschäftsführung geben.

Geschäftsverlauf

Im Jahresabschluss 2019 der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) wird ein Gesamtergebnis in Höhe von 89.050,14 € ausgewiesen (Vorjahr: -42.450,65 €) und ein Bilanzgewinn von 99.003,07 €. Der Bilanzgewinn wurde nach Beschluss der Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft erwarb im Jahr 2016 ein Flächenareal am Forschungsflughafen, um dort zukünftig städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklungen in Angriff zu nehmen, die nachhaltig die gesamte Situation im Umfeld des Flughafens und indirekt die Steuerkraft der Stadt verbessern sowie die Entstehung weiterer Arbeitsplätze begünstigen werden.

In diesem Gesamtkontext beteiligt sich die SFB mit zunächst 25 % an der Braunschweiger Parken GmbH, die zu einer Verbesserung und Neustrukturierung der Parkraumbewirtschaftung am Forschungsflughafen beträgt. Sie ist somit eine wesentliche Beteiligte an der städtebaulichen Infrastrukturentwicklung am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg.

Die Braunschweiger Parken GmbH baute am Forschungsflughafen ein Parkhaus südlich der Hermann-Blenk-Straße, das am 2. August 2018 eröffnet wurde.

Im Anschluss wurde mit der Umsetzung der Neugestaltung des Lilienthalplatzes begonnen, federführend durch die SFB in Abstimmung mit der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH und der Stadt Braunschweig.

Der Lilienthalplatz am Forschungsflughafen wurde nach circa zehnmonatiger Umbauphase am 13. September 2019 offiziell seiner Bestimmung übergeben. Der bis zum Vorjahr als Parkplatz genutzte Lilienthalplatz zeigt nun ein völlig neues Gesicht und soll Flugreisenden sowie Beschäftigten der umliegenden Unternehmen künftig mehr Aufenthaltsqualität bieten. Die SFB, die Braunschweiger Parken GmbH, die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH sowie die Stadtentwässerung investierten rund 4,4 Millionen Euro in die Umgestaltung, der Anteil der SFB liegt bei 2.2 Mio. Euro.

Während der zehnmonatigen Umbauphase, die die SFB beauftragt und koordiniert hat, wurde der Lilienthalplatz von Grund auf erneuert. Vor dem Bau der neuen Platzumfahrung, des Boulevards und dem Anlegen der Begrünung wurden auf der Gesamtfläche von circa 11.500 Quadratmetern unter anderem die Trinkwasserleitung und die Regen- und Abwasserkanäle saniert sowie Breitbandkabel und Fernwärme- und Stromleitungen umgelegt.

Die Entwicklung des Forschungsflughafens Braunschweig, zu Europas führenden Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen, begründet die partnerschaftlichen Maßnahmen der SFB und der Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg (VOBA) zur Entwicklung des Umfeldes des Lilienthalplatzes zum „Lilienthal-Quartier“. Bis Ende 2028 sind neben dem bereits erstellten Lilienthalhaus drei weitere Bürokomplexe geplant. Die VOBA beabsichtigt, zeitnah mit dem Bau des zweiten Bürokomplexes zu starten. Die hierdurch erwarteten Mehrerlöse werden die Situation der BS-Parken nachhaltig verbessern.

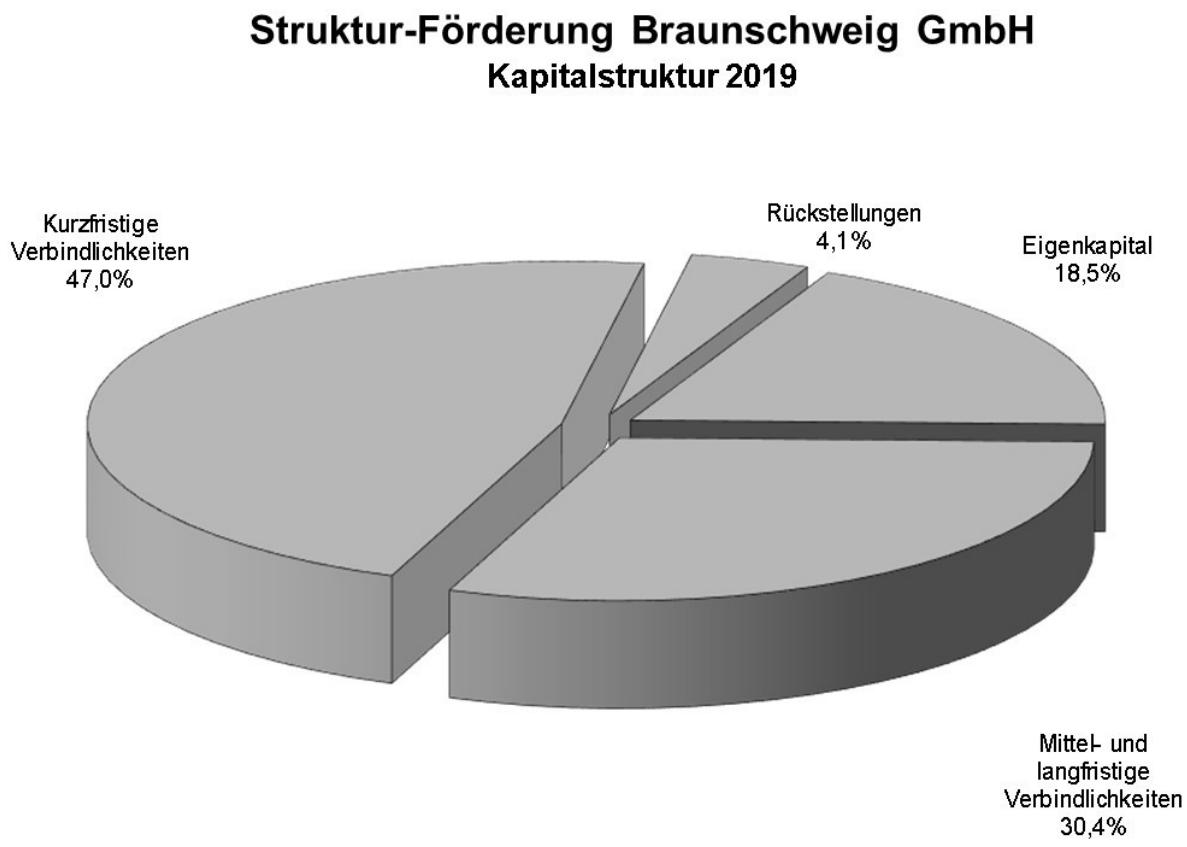
Das Geschäftsjahr 2020 wird voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von 253,3 T€ abschließen, von dem 99,0 T€ aus dem Gewinnvortrag des Vorjahres ausgeglichen werden sollen.

Bilanzdaten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Struktur-Förderung-Braunschweig GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	22	0,3	26,9	0,7	32	0,9
Sachanlagen	4.244	59,3	2.432	60,6	2.150	61,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**4.266**	**59,6**	**2.459**	**61,3**	**2.182**	**62,0**
Vorräte	2.472	34,5	489	12,2	140	4,0
Forderungen	106	1,5	179	4,4	38	1,0
Liquide Mittel	315	4,4	887,9	22,1	1162	33,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**2.893**	**40,4**	**1.556**	**38,7**	**1.340**	**38,0**
Bilanzsumme	**7.159**	**100,0**	**4.015**	**100,0**	**3.522**	**100,0**

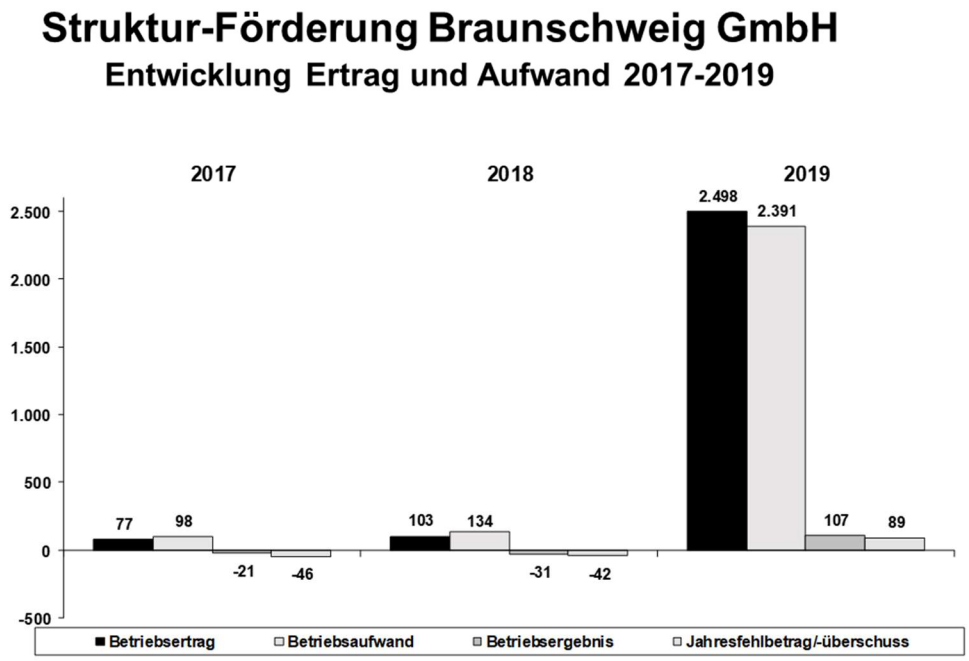
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.327	18,5	875	21,8	513	14,6
Rückstellungen	292	4,1	104	2,6	57	1,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	2.178	30,4	2.200	54,8	2.200	62,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	3.362	47,0	836	20,8	752	21,4
Bilanzsumme	**7.159**	**100,0**	**4.015**	**100,0**	**3.522**	**100,0**



GuV-Daten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	75	0	76	74
Sonstige betriebliche Erträge	2.423	2.395	28	3
Betriebserträge	**2.498**	2.394	**103**	**77**
Materialaufwand	2.116	2.102	14	0
Personalaufwand	56	11	45	0
Abschreibungen	5	0	5	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	214	144	70	97
Betriebsaufwand	**2.391**	2.257	**134**	**98**
Betriebsergebnis	**107**	138	**-31**	**-21**
Finanzergebnis	13	-3	16	3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23	2	21	22
Ergebnis nach Steuern	**97**	134	**-36**	**-40**
sonstige Steuern	8	2	6	6
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**89**	132	**-42**	**-46**
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	33	-3	36	38
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	43	-3	46	48
Bilanzverlust/-gewinn	**99**	132	**-32**	**-36**



Angaben in T€

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Tausch und der Verkauf sowie die Verwaltung und die Bewirtschaftung von unbebauten und bebauten Grundstücken innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes Braunschweig mit dem Ziel der Deckung eines konkreten Flächenbedarfs oder der vorausschauenden Flächenvorsorge für Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen, Kultur, Forschung/Lehre und Gewerbe/Industrie im Stadtgebiet Braunschweig. Außerdem gehört zum Gegenstand des Unternehmens die Erschließung der im Stadtgebiet Braunschweig und in interkommunalen Baugebieten gelegenen Unternehmensgrundstücke, die für eine Bebauung vorgesehen sind, sowie das Anbieten der Baugrundstücke mit geeigneten Werbemaßnahmen auf dem Grundstücksmarkt und deren Verkauf.

Um den Verkauf von Baugrundstücken und die Verwirklichung der damit verknüpften Zielsetzungen zu fördern, ist das Unternehmen berechtigt, materielle Anreize zu setzen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Dazu gehört auch die Aufnahme von Darlehen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem vorstehend beschriebenen Gegenstand des Unternehmens und den folgenden, ebenfalls im Gesellschaftsvertrag verankerten Zielsetzungen der Gesellschaft:

> Beim Verkauf von Grundstücken zum Zwecke der Wohnbebauung steht die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und zur Förderung des kinder- und familienfreundlichen Wohnstandortes Braunschweig im Vordergrund. Daneben sollen durch ein vielseitiges Angebot hinsichtlich räumlicher Verteilung, Standortqualität und Eignung für unterschiedliche Bauweisen möglichst viele Nachfragewünsche erfüllt und so Abwanderungsabsichten ins Umland entgegengewirkt werden.
>
> Der Verkauf von Baugrundstücken zum Zwecke der Bebauung für gewerbliche, industrielle, wissenschaftliche oder kulturelle Nutzungen soll der Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Kulturstandortes Braunschweig dienen. Im Vordergrund stehen dabei grundsätzlich die nachhaltige Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze in Unternehmen, in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und in der Kreativwirtschaft. Hierzu bedarf es nicht nur eines ausreichenden und differenzierten Flächenangebotes für Neuansiedlungen, sondern gerade auch der Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für Expansion und ggf. Verlagerung ansässiger Unternehmen.

Zusammengefasst hat die Gesellschaft die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Bauland zu erfüllen. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Reinhard Manlik	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Detlef Kühn	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Beate Gries	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Matthias Heilmann
Dr. Bernhard Niehoff (bis 31.10.2020)
Donia Sta (ab 1.11.2020)

Wichtige Verträge

In einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Braunschweig sind die entgeltliche Bereitstellung des Personals, der Büroräume und deren Ausstattung sowie verschiedener Dienstleistungen (z. B. Postversand, Telefon oder EDV) geregelt.

Daneben hat die Stadt Braunschweig mit der Gesellschaft einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Erschließung von Baugebieten und einen Vertrag über die Übernahme der Kosten für die Entwicklung von Bauleitplänen geschlossen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 1. Dezember 2010 entschieden, dass der Abschluss von Erschließungsverträgen gemäß § 124 Baugesetzbuch (BauGB) zwischen einer Kommune und ihrer Eigengesellschaft nicht zulässig ist. Aus diesem Grund hat die Stadt Braunschweig zwischenzeitlich Baugebiete der Gesellschaft selbst erschlossen und hierfür Erschließungsbeiträge sowie Kostenerstattungsbeträge von der Gesellschaft erhoben. Seit der Mitte 2013 wirksam gewordenen Änderung des BauGB kann wieder die Gesellschaft bei der Realisierung von Baugebieten als Erschließungsträgerin auftreten.

Betrauung

Im Dezember 2011 hat die Stadt Braunschweig die Gesellschaft mit der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereitstellung von Bauland in der Stadt Braunschweig mit Wirkung ab 1. Januar 2012 für einen Zeitraum von 10 Jahren öffentlich-rechtlich betraut, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Wegen der aktuellen Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission ist die Betrauung der GGB überprüft worden. Mit Beschluss des Finanz- und Personalausschusses vom 30. Oktober 2019 und des Verwaltungsausschusses vom 5. November 2019 wurde die Betrauung mit Wirkung vom 1. Januar 2019 widerrufen.

Ohne die öffentlich-rechtliche Betrauung hat die GGB bei jeder bestehenden und geplanten Geschäfts-/Leistungsbeziehung darauf zu achten, dass die Beihilfevorschriften der Europäischen Union eingehalten werden. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um eine Geschäfts-/ Leistungsbeziehung zur Stadt Braunschweig oder zu einem Dritten handelt und ob die GGB eine Begünstigung von ihrem Geschäftspartner erhält oder diesem eine Begünstigung gewährt. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Zahlungen, Dienstleistungen usw. der einen Seite, die der anderen Seite ohne marktgerechte Gegenleistung gewährt werden.

Anzahl der Arbeitnehmer

Wie im Vorjahr sind bei der Gesellschaft zwei Mitarbeiter tätig. Die beiden Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit nebenamtlich aus.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wies in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 1.793,0 T€ aus. Die Ergebnisprognose des Wirtschaftsplanes 2019 in Höhe von 2.361,6 € wurde entsprechend um rd. 568,6 T€ verschlechtert. Das positive Jahresergebnis 2019 resultiert im Wesentlichen aus dem Überschuss aus der Vermarktung von Bauflächen, dem Ertrag aus der Auflösung einer Drohverlustrückstellung, die nach dem Verkauf von Teilen der betroffenen Grundstücke möglich war sowie dem Ertrag aus der

Auflösung der Rückstellung für Erschließungskosten (Endausbau der öffentlichen Straßen und Grünflächen zur Erschließung bereits verkaufter Bauplätze), die wegen verminderter Kostenerwartungen möglich war. Weiterhin wirkten sich positiv aus, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, bei denen vorsorglich vorgesehene Reserven nicht ausgeschöpft werden mussten, sowie die Zinsaufwendungen, die nicht in der geplanten Höhe entstanden, weil die Aufnahme des zweiten langfristigen Darlehens von Anfang 2019 auf Mitte 2019 verschoben wurde.

Jedoch konnte der insgesamt positive Geschäftsverlauf den für 2019 geplanten und teilweise in künftige Geschäftsjahre verschobenen Verkauf eines Teils der bei der GGB verfügbaren Bauflächen für Reihenhäuser und/oder Mehrfamilienhäuser im Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ und von Bauflächen in den verschiedenen Gewerbegebieten der GGB nicht vollständig ausgleichen, sodass die im Lagebericht 2018 genannte Ergebnisprognose des Wirtschaftsplanes 2019 in Höhe eines Jahresüberschusses von 2.362 T€ um 569 T€ verfehlt wurde.

Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die Gesellschaft die restlichen 7 Bauplätze für freistehende Einfamilienhäuser und Doppelhäuser im Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ verkauft. Zudem sind insgesamt 12.252 m² Gewerbebauflächen und sonstige Flächen veräußert worden.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Geschäftsjahr 2020 hat die Gesellschaft einen Wirtschaftsplan mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis von 0 T€ vorgelegt.

Im Geschäftsjahr 2020 wird die GGB die bei ihr verfügbaren Bauflächen für Reihenhäuser und/oder Mehrfamilienhäuser im Wohnbaugebiet „Stöckheim-Süd“ zum Verkauf anbieten und voraussichtlich die von den Planungen „Wenden-West, 1. Bauabschnitt“, WE 62, betroffenen Grundstücke erwerben. Im Geschäftsjahr 2021 soll mit der Erschließung und Vermarktung des Wohnbaugebietes „Wenden-West, 1. Bauabschnitt“ begonnen werden.

Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 werden die Flächenvorsorge für neue potenzielle Wohngebietsstandorte sein und die fachliche Begleitung diverser Maßnahmen zur endgültigen Herstellung der öffentlichen Grün- und Ausgleichsflächen in verschiedenen früher bereits vermarkteten Baugebieten der GGB sowie der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Wohngebietsstandorte.

Wegen der beständigen Nachfrage nach Gewerbebauflächen im Stadtgebiet Braunschweig und weil die Gesellschaft in der Lage sein muss, die Nachfrage von Unternehmen nach Flächen für eine Neuansiedlung, Expansion oder Verlagerung unabhängig von der nachgefragten Größe der Baufläche kurzfristig zu decken, muss die Gesellschaft kontinuierlich Gewerbebauflächen in größerem Umfang zur Vermarktung bereithalten.

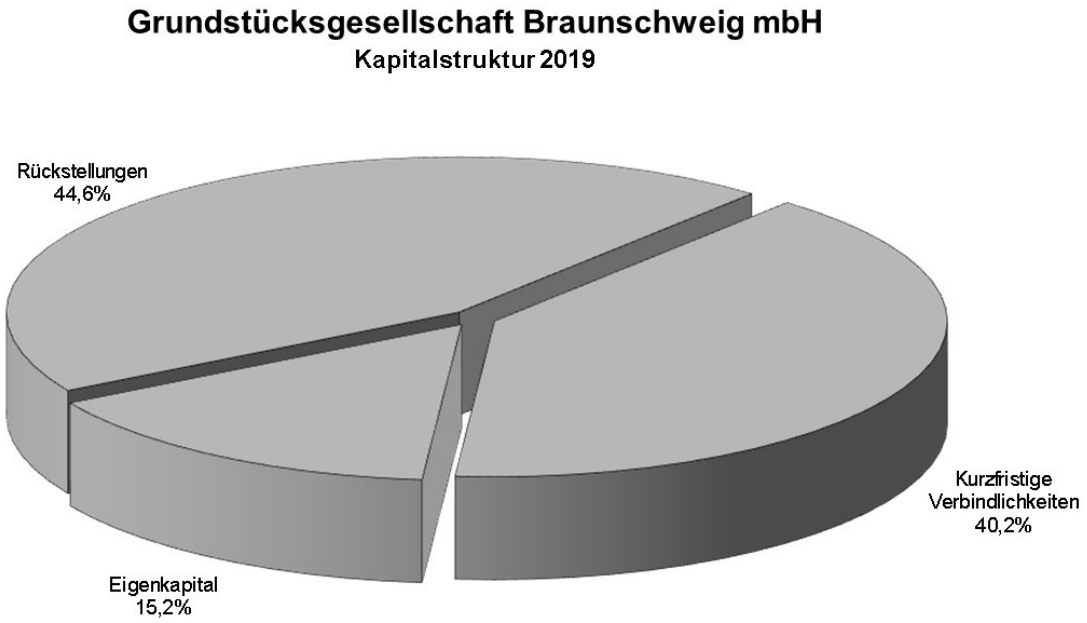
In den Geschäftsjahren 2020 und 2021 wird die Gesellschaft die Vermarktung der verfügbaren Gewerbebauflächen fortsetzen. Weitere Schwerpunkte werden die Flächenvorsorge für neue potenzielle Gewerbegebietsstandorte und die fachliche Begleitung der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Gewerbegebietsstandorte sein.

Bilanzdaten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	1	0,0	1	0,0	2	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**1**	**0,0**	**1**	**0,0**	**2**	**0,0**
Vorräte	11.603	28,6	15.531	57,7	14.185	82,8
Forderungen	28.683	70,6	11.000	40,8	2.058	12,0
Liquide Mittel	340	0,8	402	1,5	890	5,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**40.625**	**100,0**	**26.933**	**100,0**	**17.133**	**100,0**
Bilanzsumme	**40.625**	**100,0**	**26.934**	**100,0**	**17.135**	**100,0**

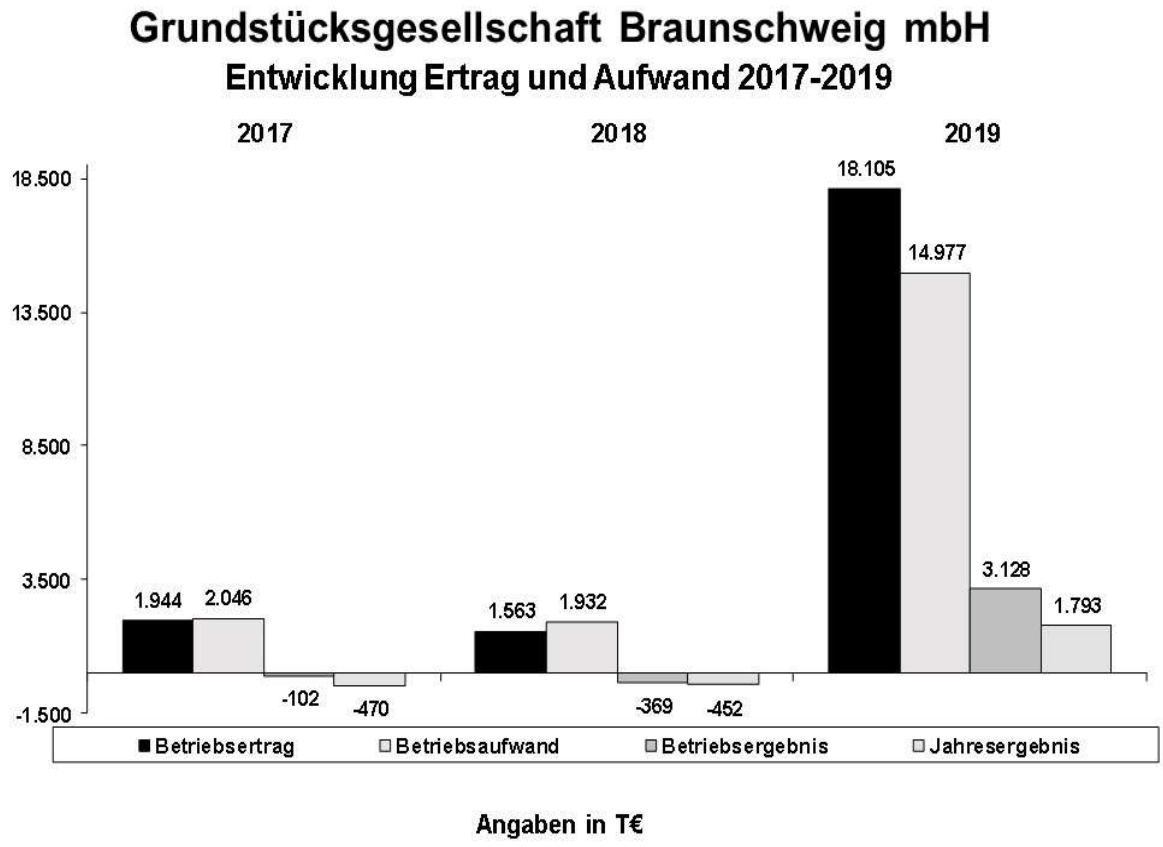
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.175	15,2	4.382	16,3	4.834	28,2
Rückstellungen	18.121	44,6	11.081	41,1	10.988	64,1
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	16.329	40,2	11.471	42,6	1.313	7,7
Bilanzsumme	**40.625**	**100,0**	**26.934**	**100,0**	**17.135**	**100,0**



GuV-Daten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	17.090	16.076	1.014	1.727
Sonstige betriebliche Erträge	1.015	466	549	217
Betriebserträge	**18.105**	16.542	**1.563**	**1.944**
Materialaufwand	14.612	13.048	1.564	1.692
Personalaufwand	172	14	158	155
Abschreibungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	193	-17	210	199
Betriebsaufwand	**14.977**	13.045	**1.932**	**2.046**
Betriebsergebnis	**3.128**	3.497	**-369**	**-102**
Finanzergebnis	-57,66	-22	-35,3	-375
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1205	1.205	0,44	-43
Ergebnis nach Steuern	**1.865**	2.270	**-405**	**-434**
sonstige Steuern	72	24	47,6	36
Jahresergebnis	**1.793**	2.244	**-452**	**-470**



Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der gemeinnützige Betrieb des Städtischen Klinikums Braunschweig als Krankenhaus der Maximalversorgung sowie aller damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Zweck der Gesellschaft ist der ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Betrieb dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung sowie die Ausbildung in eigenen Ausbildungsstätten sowie im Rahmen eines akademischen Lehrkrankenhauses der Medizinischen Hochschule Hannover. Zweck der Gesellschaft ist weiter die Förderung der Jugendhilfe. Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb einer Kindertagesstätte verwirklicht.

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft stellt mit ihren Kliniken medizinische Infrastruktur der Maximalversorgung zur Verfügung. Damit wird dem Gemeinwohl im Rahmen der Daseinsvorsorge durch eine ausgeprägte Gesundheitsversorgung gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung). Darüber hinaus kommt dem Klinikum Braunschweig mit seinen 4.780 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Arbeitgeber im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung und ist ein Tendenzbetrieb im Sinne von § 1 Abs. 4 Ziff. 1 Mitbestimmungsgesetz. Sofern Gewinne erzielt werden, verbleiben diese zur Optimierung der Patientenversorgung in der Gesellschaft und werden nicht ausgeschüttet.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 18.450.000 €

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (bis 31.Dezember 2019)
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, Vorsitzender (ab 1. Januar 2020)
Anke Kaphammel	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzende (bis 31.Dezember 2019)
Annette Schütze	Ratsfrau der Stadt Braunschweig, (ab 19. Februar 2020 stellv. Vorsitzende)
Dr. Philipp Lehmann	Mandat der CDU-Fraktion (ab 1. Januar 2020)
Ursula Derwein	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Hans-Joachim Neumann *	Ökonom (ab 1.Dezember 2020)
Uwe R. Hoffmann *	Betriebswirt (bis 30. November 2020)
Prof. Dr. Dirk Heinz *	Wissenschaftlicher Geschäftsführer HZI
Martina Lüer **	Arbeitnehmervertreterin
Norbert Kohlmeyer **	Arbeitnehmervertreter (bis 31. Juli 2020)
Bernd Kopitze-Roß **	Arbeitnehmervertreter (ab 1. August 2020)

* Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages entsendet der Rat der Stadt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zwei im Krankenhausbereich erfahrene Persönlichkeiten, die nicht dem Rat der Stadt angehören, in den Aufsichtsrat.

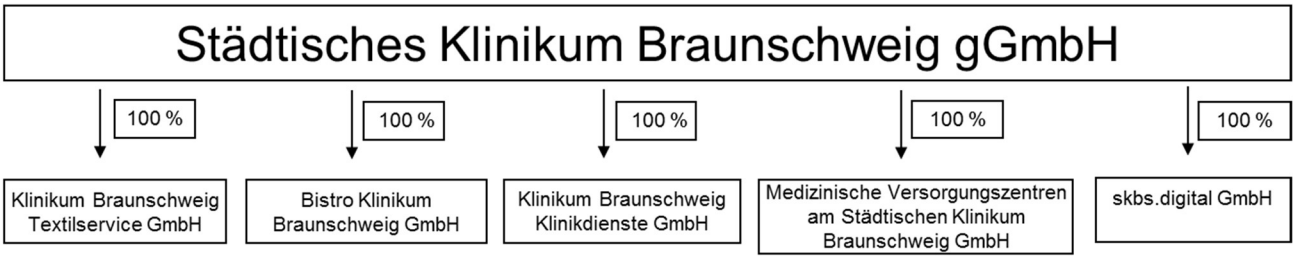
** Zwei Aufsichtsratsmitglieder werden vom Betriebsrat entsandt.

Geschäftsführung

Dr. med. Andreas Goepfert	Geschäftsführer

Konzernstruktur der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hat fünf Tochtergesellschaften:



Unternehmensgegenstand der Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH ist die Erbringung von Wäscherei- und Berufsbekleidungsdiensten, insbesondere die Reinigung von Berufsbekleidung und Wäsche für Krankenhäuser.

Gegenstand der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH ist der Betrieb von Gastronomie-Einheiten und Kiosken an den Klinik-Standorten des Städtischen Klinikums Braunschweig und in anderen kommunalen Einrichtungen in Braunschweig, Speisenbelieferung sowie Catering-Service insgesamt und alle damit verbundenen Dienstleistungen.

Aufgabe der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist die Reinigung von Kliniken und Gebäuden jeder Art, der Gebäudeservice sowie Transportleistungen und Dienstleistungen ähnlicher Art.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH betreibt medizinische Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung ambulanter ärztlicher Leistungen.

Gegenstand der skbs.digital GmbH ist die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle für das Klinikum Braunschweig, die Entwicklung und Implementierung von neuen digitalen Lösungen zur Verbesserung von Prozessen und zur Einführung innovativer medizinisch-pflegerischer Anwendungen im Klinikum Braunschweig, sowie die Gestaltung und Umsetzung von Partnerschaften für neue, digital unterstützte Angebote und Versorgungsmodelle unter Einbeziehung der Kompetenzen und Leistungen des Klinikums Braunschweig.

Daneben wurde die Gründung und Beteiligung der skbs.digital GmbH an der Tochtergesellschaft „Babybauch GmbH“ beschlossen. Die Zustimmung des Aufsichtsrates erfolgte in der Sitzung am 20. November 2019. Die Babybauch GmbH bietet mit einer digitalen Applikation Möglichkeiten für werdende Mütter, Angebote ortsansässiger Unternehmen für Mütter und werdende Eltern wahrzunehmen. Dazu gehören unter anderem Kursangebote, Gesprächs- und Hilfsgruppen und auch die Anzeige nahegelegener Geburtskliniken.

Betrauung

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurde ab 1. April 2017 mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zwecks Bereitstellung einer öffentlichen Krankenhausinfrastruktur im Gebiet der Stadt Braunschweig und deren Einzugsgebiet mit einer Laufzeit von 10 Jahren seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Die Betrauung erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde.

Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wird hierbei kontinuierlich überprüft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden 2019 im Jahresdurchschnitt 4.297 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 4.156), dies bedeutet insgesamt 3.918 aktive Mitarbeiter (Vorjahr: 3.822).

Im Konzern (städtisches Klinikum plus Tochtergesellschaften siehe Organigramm oben) wurden im Jahresdurchschnitt 2019 3.307 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr: 3.681), dies entspricht einer aktiven Mitarbeiterzahl von 4.780 (Vorjahr: 4.653).

Klinikum GmbH, Stellen - "Vollkräfte"	2019	2018
Ärztlicher Dienst	525	510
Funktionsdienst, medizinisch-technischer Dienst	892	867
Pflegedienst und klinisches Hauspersonal	1.177	1.182
Wirtschafts-, Versorgungs-, Verwaltungsdienst u. techn. Dienst	320	312
Sonderdienst, Personal der Ausbildungsstätten	110	103
Sonstiges Personal	109	74
Gesamt	**3.133**	**3.048**

Klinikum GmbH, Konzern, Stellen - "Vollkräfte"	2019	2018
Gesamt	**3.307**	**3.681**

Sowohl bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH als auch im Konzern liegen die Mitarbeiterzahlen („Kopfzahl“) aufgrund einer hohen Teilzeitbeschäftigungsquote weit über der Anzahl der Stellen bzw. Vollkräfte.

Klinikum gGmbH, "Mitarbeiterzahl"	2019	2018
„Kopfzahl“ (aktive Mitarbeiter)	**3.918**	**3.822**

Klinikum GmbH, Konzern - "Mitarbeiterzahl"	2019	2018
„Kopfzahl“ (aktive Mitarbeiter)	**4.780**	**4.653**

Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsplan 2019 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH war ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert worden. Tatsächlich schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2019 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 15.927 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung von 11.034 T€.

Die Bilanzsumme des Klinikums ist im Jahr 2019 um rd. 59.207 T€ auf 373.280.622,15 € gestiegen.

In den Konzernabschluss des Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden im Geschäftsjahr 2019 fünf Tochtergesellschaften einbezogen.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH (Klinikdienste GmbH) erwirtschaftete im Jahr 2019 einen Überschuss von rd. 23,6 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH (Textilservice GmbH) schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von rd. 3,8 T€ ab, der ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH (MVZ GmbH) verzeichnete einen Jahresüberschuss von rd. 356,1 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH erwirtschaftete im Jahr 2019 einen Überschuss in Höhe von 26,0 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die skbs.digital GmbH schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von rd. 15,3 T€ ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Der Konzernabschluss ist aufgrund der Größenverhältnisse der Tochtergesellschaften entscheidend von der Muttergesellschaft geprägt. Die Gesellschaft hat einen Konzernabschluss vorgelegt, der die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH mit ihren Tochtergesellschaften konsolidiert. Hier wird ein Konzernverlust von rd. 16.510 T€ (Vorjahr: -4.397,7 T€) ausgewiesen. Die Konzernbilanzsumme des Klinikums ist im Jahr 2019 um rd. 59.067 T€ auf 365.919.398,53 € gestiegen.

Besondere Kennzahlen

Die Gesamtbettenzahl des Klinikums beläuft sich nach Feststellungsbescheid des Landes Niedersachsen vom 17. Dezember 2018 im Jahr 2019 auf 1.475 vollstationäre und 24 teilstationäre Planbetten. Somit hat sich die Bettenzahl im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.

Bettenkapazität	2019	2018
Vollstationär	1.475	1.475
Teilstationär	24	24
Gesamt	**1.499**	**1.499**

Leistungszahlen Stationär	2019	2018
vollstationäre Fallzahl (ohne interne Verlegungen)	61.125	61.283
voll- und teilstationäre Pflegetage	390.613	440.528
Stationäre Verweildauer (vollstationär in Tagen)	6,14	6,92
Nutzungsgrad in % (vollstationär aufgestellte Betten)	77,1	82,47

Das Klinikum verteilt sich derzeit auf 3 Standorte in Braunschweig (Holwedestraße, Salzdahlumer Straße, Celler Straße) und setzt sich zusammen aus 19 hauptamtlichen Abteilungen (Augen, Allgemeine Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohren Heilkunde, Herzchirurgie, Innere Medizin, Kinderchirurgie, Kinderheilkunde, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurochirurgie, Neurologie, Nephrologie, Nuklearmedizin, Plastische Chirurgie, Orthopädie, Strahlentherapie, Urologie, Pneumologie, Allgemeine Psychiatrie) und zwei teilstationären Abteilungen (Kinderheilkunde sowie Tages- und Nachtklinik Psychiatrie).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft konnte bis 2017 durchweg Jahresabschlüsse mit positiven Ergebnissen vorlegen. Die Planung für das Jahr 2018 sah ebenfalls ein positives Ergebnis vor. Abgeschlossen wurde es jedoch mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 4,9 Mio. €. Auch für das Jahr 2019 wurde ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert. Der Fehlbetrag am Ende des Jahres beträgt jedoch rd. 15.9 Mio. €.

Der Wirtschaftsplan 2020 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 11,9 Mio. € vor, der konsolidierte Wirtschaftsplan 2020 weist einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 11,5 Mio. € auf. Prognostiziert wird für 2020 derzeit ein Jahresfehlbetrag von rd. 47,8 Mio. €.

Investitionen sind im Wesentlichen für das Zwei-Standorte-Konzept geplant. Damit wird bereits seit 2006 das Ziel verfolgt, die Standorte des Klinikums von ehemals vier auf die zwei in der Celler Straße und der Salzdahlumer Straße zu reduzieren. Zwischenzeitlich wurde das Konzept dahingehend angepasst, dass in der

Salzdahlumer Straße eine Zentralklinik geplant ist, während der Standort Celler Straße für andere medizinische Geschäftsfelder genutzt werden soll. Der Standort Gliesmaroder Straße ist bereits seit dem Jahr 2012 geschlossen. Der Standort Holwedestraße soll mit Fortsetzung des Projektes auch entfallen. Der endgültige Freizug des Standortes ist im Jahr 2023 geplant.

Im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen aus dem Jahr 2014 haben sich bis heute wesentliche Änderungen ergeben. In enger Abstimmung mit dem Land ist das Konzept grundlegend modifiziert worden, insbesondere um den aktuellen Bauvorschriften und Förderbedingungen Genüge zu tun.

Die Investitionssumme wird von der Geschäftsführung derzeit 799,2 Mio. € einschließlich einer Indexsteigerung und einer Risikoreserve. Die Summe umfasst zudem weitere Maßnahmen im Umfang von rd. 83,3 Mio. €. Der Gesamtinvestition stehen zugesagte Fördermittel von 178 Mio. € und Eigenmittel/Trägermittel von 71,5 Mio. € gegenüber, sodass von einem Fremdmittelbedarf von insgesamt rd. 550 Mio. € ausgegangen wird.

Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die städtisches Klinikum gGmbH

Die besondere Belastung des Gesundheitswesens während der weltweiten Covid-19 Pandemie hat im laufenden Geschäftsjahr 2020 erhebliche wirtschaftliche Folgen für die Gesellschaft. Wegen ausbleibender Umsatzerlöse und gestiegene Aufwendungen, besonders im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war die Gesellschaft veranlasst einen Nachtragswirtschaftsplan 2020 aufzustellen. Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmH plante für das Geschäftsjahr 2020 einen Fehlbetrag i.H.v. 11.866 T€. Dieses Ergebnis kann aufgrund der pandemiebedingten Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht erreicht werden, so dass ein Nachtragswirtschaftsplan 2020 erstellt werden musste und die Gesellschaft einen Fehlbetrag für das Jahr 2020 i.H.v. 47.809 T€ plant.

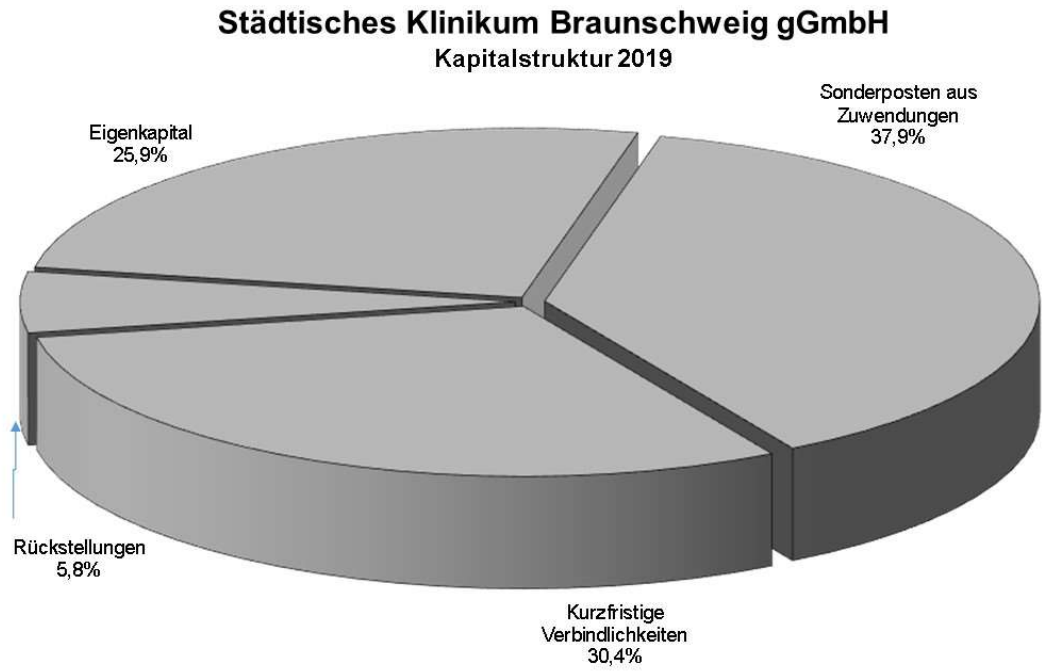
Bilanzdaten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.161	1,7	2.826	0,9	2.081	0,7
Sachanlagen	234.059	62,7	188.249	60,0	174.752	55,9
Finanzanlagen	742	0,2	742	0,2	705	0,2
Langfristig gebundenes Vermögen	**240.962**	**64,6**	**191.817**	**61,1**	**177.538**	**56,8**
Vorräte	12.127	3,2	10.583	3,4	8.808	2,8
Forderungen	79.720	21,3	92.844	29,5	107.793	34,4
Liquide Mittel	28.643	7,7	7.001	2,2	6.759	2,2
Ausgleichsposten nach KHG *	11.829	3,2	11.829	3,8	11.829	3,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**132.319**	**35,4**	**122.257**	**38,9**	**135.189**	**43,2**
Bilanzsumme	**373.281**	**100,0**	**314.074**	**100,0**	**312.727**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	96.608	25,9	112.535	35,9	117.428	37,6
Sonderposten aus Zuwendungen	141.524	37,9	125.010	39,8	116.494	37,3
Rückstellungen	21.704	5,8	18.957	6,0	20.384	6,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	113.374	30,4	57.469	18,3	58.285	18,6
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	71	0,0	103	0,0	136	0,0
Bilanzsumme	**373.281**	**100,0**	**314.074**	**100,0**	**312.727**	**100,0**

* Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG)

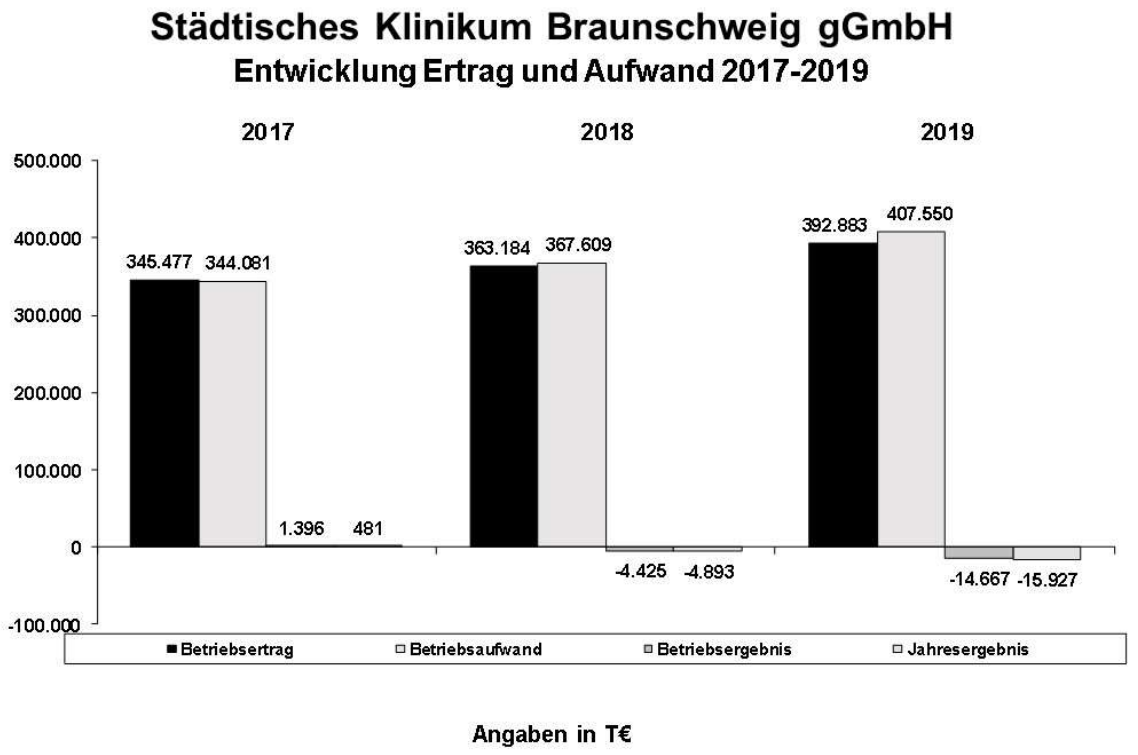


GuV-Daten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung *

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	351.160	12.425	338.735	320.753
Sonstige betriebliche Erträge	7.181	-3.654	10.835	10.017
Erträge nach KHG und KHBV	34.542	20.928	13.614	14.707
Betriebserträge	**392.883**	29.699	**363.184**	**345.477**
Materialaufwand	97.709	6.656	91.053	88.925
Personalaufwand	228.304	10.432	217.872	203.355
Abschreibungen	13.658	665	12.993	14.458
Sonstige betriebliche Aufwendungen	41.623	1.765	39.858	30.783
Aufwendungen nach KHG und KHBV	26.256	20.423	5.833	6.560
Betriebsaufwand	**407.550**	39.941	**367.609**	**344.081**
Betriebsergebnis	**-14.667**	-10.242	**-4.425**	**1.396**
Finanzergebnis	-333	-238	-95	-114
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	904	557	347	777
Ergebnis nach Steuern	**-15.904**	-11.037	**-4.867**	**505**
sonstige Steuern	22	-3	25	24
Jahresergebnis	**-15.927**	-11.034	**-4.893**	**481**

* gesonderte Struktur der GuV nach Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV)



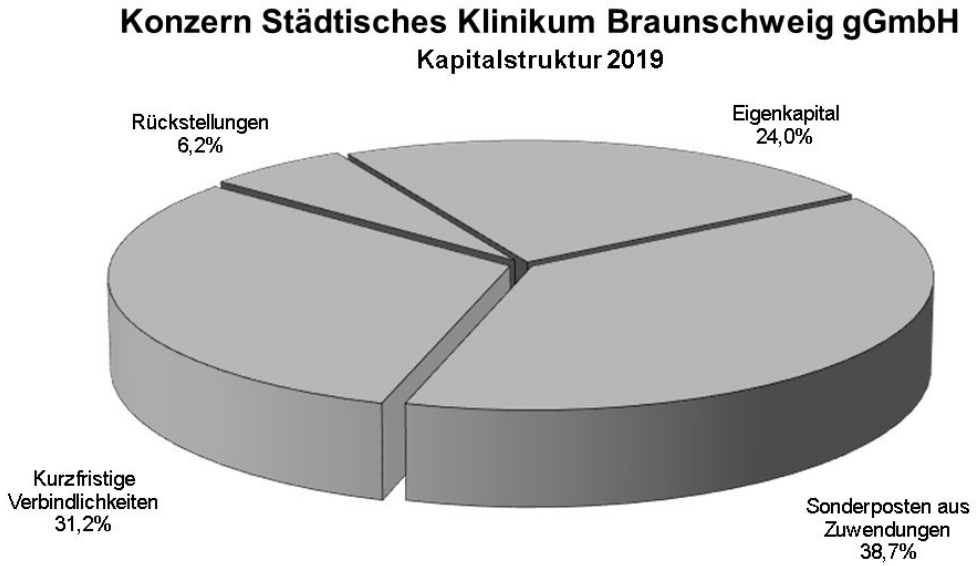
Angaben in T€

Bilanzdaten des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Konzern Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.318	1,7	3.456	1,1	2.303	0,7
Sachanlagen	235.436	64,3	190.015	61,9	175.882	54,8
Finanzanlagen	170	0,1	170	0,1	126	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**241.924**	**66,1**	**193.641**	**63,1**	**178.311**	**55,5**
Vorräte	12.191	3,3	10.645	3,5	6.370	2,0
Forderungen	79.766	21,8	92.960	30,3	128.272	40,0
Liquide Mittel	32.038	8,8	9.606	3,1	8.088	2,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**123.995**	**33,9**	**113.211**	**36,9**	**142.730**	**44,5**
Bilanzsumme	**365.919**	**100,0**	**306.852**	**100,0**	**321.041**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	87.774	24,0	104.284	34,0	108.682	35,6
Sonderposten aus Zuwendungen	141.524	38,7	125.010	40,7	116.494	38,2
Rückstellungen	22.505	6,2	19.744	6,4	21.301	7,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	114.045	31,2	57.711	18,8	58.666	19,2
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	71	0,0	103	0,0	136	0,0
Bilanzsumme	**365.919**	**100,0**	**306.852**	**100,0**	**305.279**	**100,0**

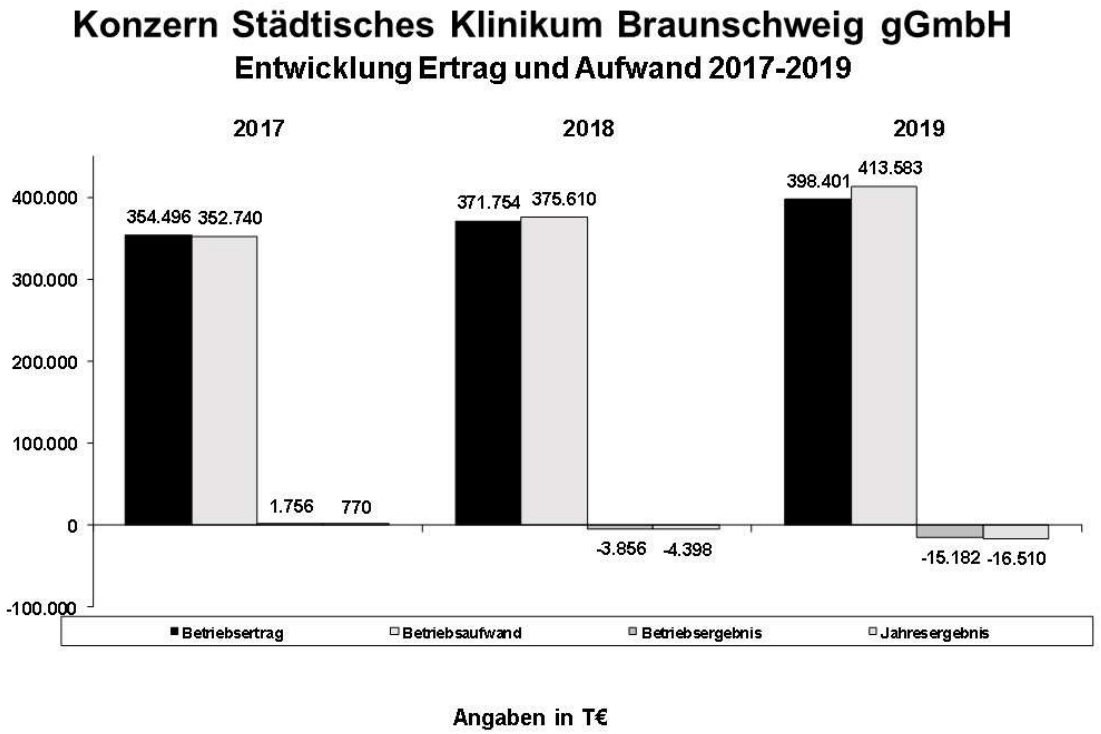


GuV-Daten des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung *

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	360.183	12.660	347.523	329.304
Sonstige betriebliche Erträge	3.676	-6.941	10.617	10.496
Erträge nach KHG und KHBV	34.542	20.928	13.614	14.696
Betriebserträge	**398.401**	26.647	**371.754**	**354.496**
Materialaufwand	86.044	6.486	79.558	78.342
Personalaufwand	249.522	11.832	237.690	221.868
Abschreibungen	14.120	653	13.467	14.892
Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.641	-1.421	39.062	31.078
Aufwendungen nach KHG und KHBV	26.256	20.423	5.833	6.560
Betriebsaufwand	**413.583**	37.973	**375.610**	**352.740**
Betriebsergebnis	**-15.182**	-11.326	**-3.856**	**1.756**
Finanzergebnis	-328	-238	-90	-113
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	975	550	425	846
Ergebnis nach Steuern	**-16.485**	-12.114	**-4.371**	**797**
sonstige Steuern	25	-2	27	27
Jahresergebnis	**-16.510**	-12.112	**-4.398**	**770**

* gesonderte Struktur der GuV nach der Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern (Krankenhausbuchführungsverordnung - KHBV)



Angaben in T€

Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung und Durchführung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt Braunschweig, u. a. als Teilraum der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg. Die Aktivitäten umfassen sowohl alle städtisch relevanten Funktionen, insbesondere wirtschaftlicher, kultureller und stadtmarketingbezogener Art, als auch die inhaltliche und personelle Unterstützung der Ziele der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH.

Daneben ist die Gesellschaft berechtigt, die ihr zur Förderung des Unternehmenszweckes zufließenden Mittel bzw. Zuschüsse zu verwalten und diese auf der Grundlage gesellschaftseigener und nicht gesellschaftseigener Mittel- und Zuschussvergaberichtlinien an Drittempfänger weiterzuleiten.

Die Gesellschaft kann außerdem sonstige von der Gesellschafterin bzw. von Dritten erteilte Aufträge im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes ausführen. Dieses Geschäftsfeld umfasst insbesondere die Durchführung von eigenen Veranstaltungen und die Mitwirkung bei Veranstaltungen Dritter.

Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung, die Betreuung und das Betreiben von Einrichtungen und Veranstaltungen im Bereich des Fremdenverkehrs und der damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Dazu gehören insbesondere die Verbesserung des touristischen Angebots, die Besucher- und Gästebetreuung, Zimmervermittlungen sowie die Durchführung von Stadtführungen, der Betrieb eines Informationsbüros sowie der Vertrieb von touristischen Produkten und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich unter dieser Einschränkung auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder einem ähnlichen Gegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft zwecks Konzentration der Aufgaben die Aufgaben und das Personal sowie Aktiva und Passiva des Städtischen Verkehrsverein Braunschweig e. V. (SVV) übernommen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Sämtliche Aufgaben der Gesellschaft im Rahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere Marketingmaßnahmen, touristische Produkte und Convention liegen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Darüber hinaus nimmt die Gesellschaft Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z. B. die Durchführung des Weihnachtsmarktes und die Beteiligung am Haus der Wissenschaft wahr. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Dr. Sebastian Vollbrecht	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Christian A. Geiger	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Cornelia Seiffert	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Helge Böttcher	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Gerold Leppa

Wichtige Verträge

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses der Stadt Braunschweig vom 16. Oktober 2007 hat sich die Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit 25,2 % nominalem Stammkapitalanteil an der „Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH“ beteiligt. Die Gesellschaft wurde am 24. Oktober 2007 gegründet. Weitere Gesellschafter sind:

• Innovationsgesellschaft Technische Universität mbH (25,2 %)
• Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V. (25,2 %)
• ForschungRegion Braunschweig e. V. (19,6 %)
• UNION Kaufmännischer Verein von 1818 e. V. (4,8 %)

Das gesamte Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung einer Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, welche die Idee „Stadt der Wissenschaft 2007“ weiterträgt. Neben der Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte soll vor allem die Vernetzung der Wissenschaft mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden. Zu den wichtigsten Zielen gehören weiterhin die Nachwuchsförderung und -werbung, die Imagebildung für Stadt und Region sowie der Wissens- und Technologietransfer.

Im Haus der Wissenschaft finden vielfältige Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und sonstiger kultureller Art statt, die sich sowohl einem breiten Publikum zuwenden, als auch den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialog fördern. Insbesondere sollen dort auch erfolgreiche Veranstaltungen der „Stadt der Wissenschaft 2007“ fortgeführt werden.

Gemäß den Beschlüssen des Rates der Stadt Braunschweig vom 25. September 2007 und 21. Juni 2016 ist die Braunschweig Stadtmarketing GmbH ermächtigt, zur Unterstützung der „Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH“ jährlich 150.000 € zur Verfügung zu stellen.

Bis Ende 2017 war Frau Dr. Karen Minna Oltersdorf Geschäftsführerin der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH. Ab dem 1. Januar 2018 hat Herr Thorsten Witt die Geschäftsführung übernommen.

Am 29./30. Januar 2012 wurde mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag bezüglich der Nutzung von Werberechten auf öffentlichem Grund (Außenwerbung auf städtischen Grundstücken) abgeschlossen. Am 19. Juli 2012 hat die Gesellschaft mit der DSM – Ströer Deutsche Städte Medien GmbH – einen Vertrag über die Überlassung der Nutzung dieser Werbeflächen geschlossen. Der Vertrag begann am 1. Juli 2012 und wurde für die Dauer von 12 Jahren geschlossen.

Betrauung

Zum 1. Januar 2013 wurde die Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Form der Wirtschaftsförderung sowie in Form der Erledigung bestimmter Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Stadt Braunschweig seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Hiermit wurde die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des EU-Beihilferechts angepasst. Die mit einer Laufzeit von 10 Jahren versehene Betrauung erfolgte in Form einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wurde.

Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wird hierbei kontinuierlich überprüft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2019 waren in der Braunschweig Stadtmarketing GmbH durchschnittlich 43 Mitarbeiter (Vorjahr: 40) beschäftigt.

Die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH beschäftigte im Jahr 2019 durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vorjahr: 4).

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH wurde mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.621,0 T€ abgeschlossen.

Der Anstieg des Jahresfehlbetrages um rd. 76 T€ gegenüber dem Vorjahr entsteht im Wesentlichen durch projektbezogene Erhöhungen in Personal- und Materialkosten.

Bei der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH wurde für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresfehlbetrag von 183,6 T€ ausgewiesen und liegt somit rd. 21,6 T€ über dem Vorjahreswert von 162 T€. Der Fehlbetrag wird durch die Kapitalrücklage, in die die Braunschweig Stadtmarketing GmbH und andere Gesellschaften jährlich einzahlen, ausgeglichen.

Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH versteht Stadtmarketing als Gemeinschaftsaufgabe, die nur unter Einbeziehung möglichst vieler Akteure in Braunschweig ausreichende Wirkung entfalten kann. Die Gesellschaft dient in diesem Prozess als Initiatorin und Konzeptlieferantin, als gemeinsame Plattform zum Austausch der Akteure sowie schließlich als Dienstleister und Träger der Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen. Aufgrund dieser Aufgabenstellung sind die Indikatoren für die Wirtschaftlichkeit und den Unternehmenserfolg nicht allein in einer positiven Entwicklung von Absatzzahlen, Umsätzen und Jahresergebnis zu finden. Vielmehr sind die Schaffung, Stabilisierung und der Ausbau ausgeprägter Kooperationsnetzwerke und die darauf aufbauende Umsetzung schlagkräftiger Stadtmarketingmaßnahmen maßgebliche Tragsäulen mittel- und langfristigen Erfolgs der Gesellschaft.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Aufgabenstellung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erfordert die laufende Zuführung von Finanzmitteln für den laufenden Geschäftsbetrieb durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß Regelung des Gesellschaftsvertrages Einlagen der Stadt Braunschweig in monatlichen Teilbeträgen sowie eine variable Einlage bei Bedarf auf Anforderung zur Verfügung. Die Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens schränken die Erzielung von Erlösen zur vollständigen Deckung der anstehenden Aufwendungen ein.

Die Gesellschaft finanziert ihre Aktivitäten im Wesentlichen über Einlagen der Stadt Braunschweig, Sponsorenleistungen und Erträge aus sonstigen Dienstleistungen im Bereich des Marketings sowie aus der Vermarktung von touristischen Produkten, Sondernutzungsflächen und Überlassung der Werbeflächen.

Ziel ist weiterhin die Stärkung der zukünftigen Position Braunschweigs als Kongress- und Tagungsort. Die im Kongresskonzept entwickelten Maßnahmen zur Stärkung der Kongressmarketingaktivitäten wurden konzeptionell gefasst und sollen ebenfalls in 2020 umgesetzt werden. Einer der ersten Schritte ist der Aufbau des Congressnetzwerkes.

Die Zusammenarbeit mit dem Handel in der Innenstadt, der Hotellerie, der Gastronomie und anderen touristischen Leistungsträgern hat sich im Jahr 2019 weiter bewährt. Die enge Zusammenarbeit sowie die Einbindung in den Arbeitsausschüssen Tourismus und Innenstadt schaffen ein stabiles Vertrauensverhältnis. Die Vertiefung der Partnerschaften mit Unternehmen und Institutionen als Projektsponsoren, die damit verbundene Konzeption und Finanzierung der Stadtmarketingmaßnahmen sowie die Erschließung weiterer Umsatzpotentiale und die Steigerung der Deckungsbeiträge sind weiterhin zentrale Ziele der Gesellschaft.

Die Bemühungen, Sponsorenverträge mit einer mehrjährigen Laufzeit zu schließen, konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Eine Stärkung der Partnerschaften erreichte die Gesellschaft zudem durch die Möglichkeiten des Freiplakatierungskontingentes aus dem Werbevertrag mit Ströer DSM.

Es zeigt sich, dass die Veranstaltungen rund um die verkaufsoffenen Sonntage gefährdet sind, da die Gewerkschaft ver.di aktuell ein Klageverfahren gegen die Sonntagsöffnung anstrengt. Hierin liegt für die Gesellschaft ein hohes finanzielles Risiko, falls hierdurch die Sponsoren und damit die Deckungsbeiträge, die durch diese Veranstaltungsformate erzielt werden, wegbrechen.

Die Gesellschaft hat die Braunschweiger Marketingthemen weiter vorangetrieben. Insbesondere die neu aufgebaute Plattform „Besser Smart“ als Kommunikations- und Vernetzungsplattform für Wirtschaft und Forschung führte zur Stärkung des Standortmarketings. Das in 2018 beauftragte Tourismuskonzept wurde weiter erarbeitet und steht im Frühjahr 2020 vor dem Abschluss Die Maßnahmen zur Stärkung des Tourismus mussten aber zu einem erheblichen Anteil auf 2020 verschoben werden, da die Erstellung des Konzeptes durch die Diskussion in den Zukunftswerkstätten mit den einzubindenden Akteuren aus terminlichen Gründen nicht so zügig erfolgen konnte wie ursprünglich angenommen. Die Maßnahmen sollen nun in 2020 zeitnah nach der Präsentation des fertiggestellten Konzeptes umgesetzt werden.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2020 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.856,0 T€ aus, der sich durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 65,0 T€ auf 1.791,0 T€ reduziert.

Die Covid19 Pandemie hat für die Braunschweig Stadtmarketing GmbH wirtschaftliche Folgen im Geschäftsjahr 2020. Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens konnten seit dem Frühling 2020 keine Veranstaltungen und Kongresse mehr stattfinden. Messeveranstaltungen und andere Zusammenkünfte großer Menschenansammlungen sind aufgrund bundes- und landesrechtlicher Regelungen verboten worden.

Die Hotellerie durfte wegen Beschränkungen zum Infektionsschutz nur noch Geschäftsreisende aufnehmen. Daher fehlten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH auch im Bereich des Fremdenverkehrs geplante Einnahmen.

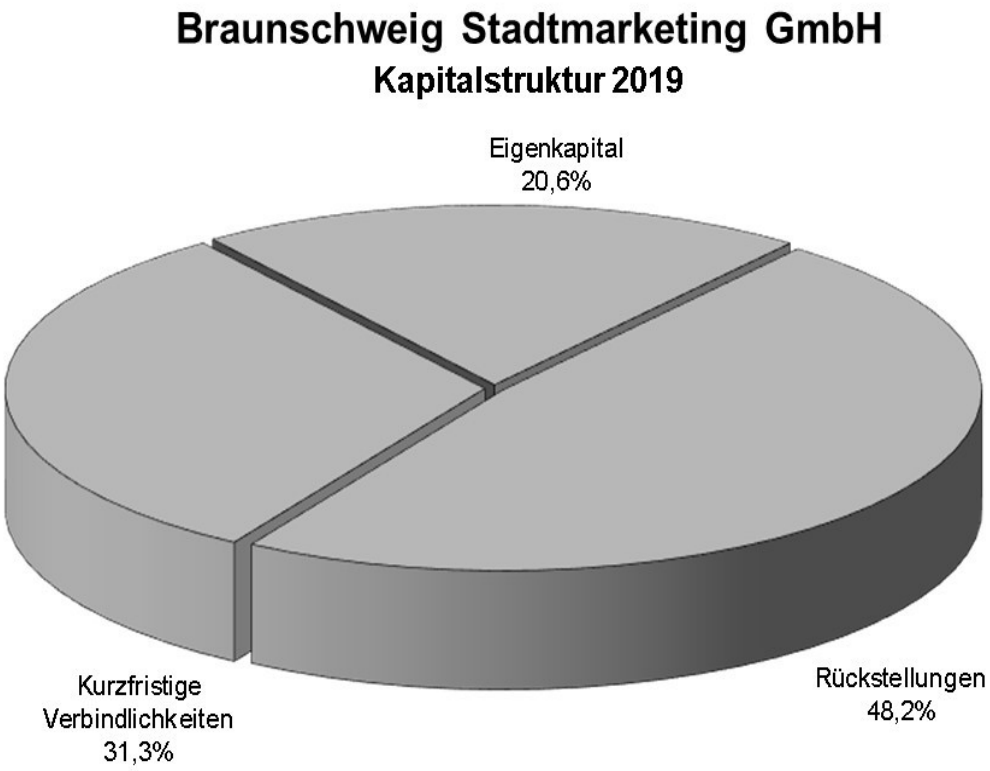
Für die Braunschweig Stadtmarketing GmbH bestand daher die Notwendig zur Erstellung eines Nachtragswirtschaftsplans 2020 um die coronabedingten Verschlechterung durch städtisch überplanmäßig zur Verfügung gestellte Mittel auszugleichen. Die coronabedingte Verschlechterung des Jahresergebnisses der Braunschweig Stadtmarketing GmbH beläuft sich zum Redaktionsschluss des Berichts auf rd. 348 T€.

Bilanzdaten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Braunschweig Stadtmarketing GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0,4	9	0,9	15	1,4
Sachanlagen	118	10,3	154	16,4	183	17,1
Finanzanlagen	6	0,5	6	0,6	6	0,6
Langfristig gebundenes Vermögen	**129**	**11,2**	**168**	**17,9**	**204**	**19,1**
Vorräte	79	6,9	114	12,1	135	12,6
Forderungen	806	70,3	547	58,0	521	48,8
Liquide Mittel	132	11,6	113	12,0	208	19,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.018**	**88,8**	**774**	**82,1**	**864**	**80,9**
Bilanzsumme	**1.146**	**100,0**	**943**	**100,0**	**1.068**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	236	20,6	150	15,9	150	14,0
Rückstellungen	552	48,2	431	45,7	564	52,8
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	358	31,3	362	38,4	354	33,2
Bilanzsumme	**1.146**	**100,0**	**943**	**100,0**	**1.068**	**100,0**

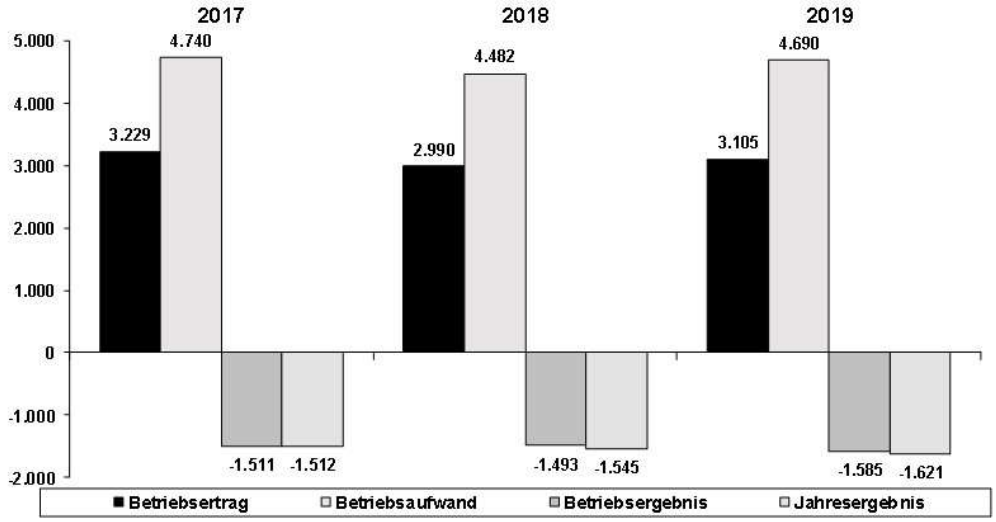


GuV-Daten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	3.017	115	2.903	3.068
Sonstige betriebliche Erträge	88	1	87	161
Betriebserträge	**3.105**	116	**2.990**	**3.229**
Materialaufwand	1.963	76	1.887	2.176
Personalaufwand	2.110	158	1.952	1.865
Abschreibungen	49	-1	50	47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	569	-25	594	652
Betriebsaufwand	**4.691**	208	**4.482**	**4.740**
Betriebsergebnis	**-1.585**	-92	**-1.493**	**-1.511**
Finanzergebnis	-11	-11	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.596**	-103	**-1.493**	**-1.511**
sonstige Steuern	25	-27	52	1
Jahresergebnis	**-1.621**	-76	**-1.545**	**-1.512**

Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Entwicklung Ertrag und Aufwand 2017-2019



Angaben in T€

Volkshochschule Braunschweig GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Braunschweiger Volkshochschule. Sie dient der Allgemeinbildung, Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung und Berufsvorbereitung von Erwachsenen und Jugendlichen und bietet zusätzlich Bildungsberatung und andere bildungsnahe Dienstleistungen an. Sie ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Die Gesellschaft ist zur Durchführung aller den Gesellschaftszwecken dienenden Tätigkeiten befugt, insbesondere zur Durchführung von Arbeitsgemeinschaften, Kursen, Vorlesungen, Einzelvorträgen und Studienfahrten, Auftragsmaßnahmen und Projekten mit dem Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Selbstbildung und zur Mitarbeit am demokratischen Staatsleben anzuregen und ihnen Kenntnisse für Leben und Beruf zu vermitteln.

Der Zugang zu den Veranstaltungen der Gesellschaft ist jedermann ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, gesellschaftliche oder berufliche Stellung sowie politische und weltanschauliche Zugehörigkeit offen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Bereitstellung von unabhängiger Bildung aus den Bereichen Allgemeinbildung, Politik, Kultur, Gesundheit und Beruf gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, erforderliche Kenntnisse zu erwerben und zu erweitern. Hierdurch wird eine freie Persönlichkeitsentwicklung gefördert und dem Allgemeinwohl gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und der Bildungsbeirat.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Dr. Christine Arbogast	Dezernentin für Soziales, Schule, Gesundheit und Jugend
Dennis Scholze	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender (seit 2. Juli 2019)
Antje Keller	Ratsfrau der Stadt Braunschweig

Daneben nehmen der Vorsitzende des Bildungsbeirates und ein vom Betriebsrat der Gesellschaft zu benennender Belegschaftsvertreter an den Sitzungen des Aufsichtsrates ohne Stimmrecht teil.

Geschäftsführung

Hans-Peter Lorenzen

Bildungsbeirat

Der Bildungsbeirat der Gesellschaft besteht aus 9 stimmberechtigten Personen:

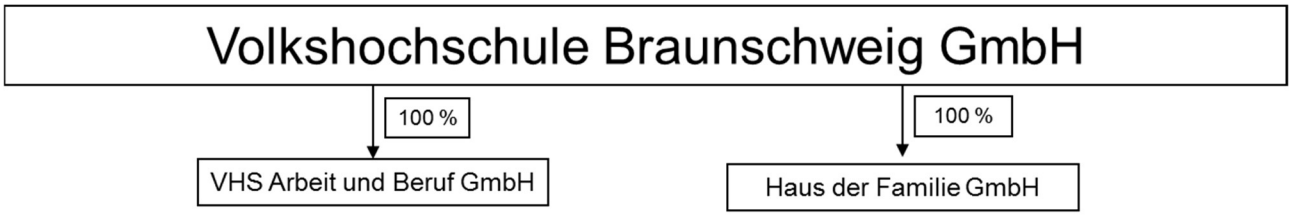
1 Vertreter/in der Kursleiter/innen
1 Vertreter/in der Teilnehmer/innen
2 Vertreter/innen aus dem für die Erwachsenenbildung zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Braunschweig
1 Vertreter/in des Deutschen Gewerkschaftsbundes
1 Vertreter/in des Arbeitgeberverbandes Region Braunschweig
1 Vertreter/in der Industrie- und Handelskammer Braunschweig
1 Vertreter/in der Kreishandwerkerschaft Braunschweig
1 Vertreter/in der Technischen Universität Braunschweig

Weitere Personen können vom Bildungsbeirat beratend hinzugezogen werden.

Dem Bildungsbeirat obliegt die Beschlussfassung über das Semesterprogramm, er schlägt dem Aufsichtsrat Gebühren und Honorare vor. Ferner soll der Bildungsbeirat als Mittlerorgan zwischen Gesellschafterin, Teilnehmerschaft und Kursleiterschaft fungieren.

Struktur der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH hat zwei 100 %ige Tochtergesellschaften. Dabei handelt es sich um die VHS Arbeit und Beruf GmbH sowie die Haus der Familie GmbH (s. u.).



Tochtergesellschaften	Stammkapital gesamt in Euro	Anteil der Volkshochschule Brg. GmbH in Euro	in Prozent
VHS Arbeit und Beruf GmbH	25.000	25.000	100%
Haus der Familie GmbH	25.000	25.000	100%

Wichtige Verträge

Mit der Stadt Braunschweig bestehen Mietverträge für die städtischen Objekte Heydenstr. 2 und Alte Waage 15.

Zudem besteht ein Pachtvertrag mit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH über Räumlichkeiten im Bürgerbadepark in der Nimes-Straße. Die VHS bietet hier seit dem 1. September 2020 Kurse zur Gesundheitsvorsorge und -bildung an. Hierdurch wird der Bäderstandort Bürgerpark mit dem Schwerpunkt Gesundheit nachhaltig gestärkt.

Betrauung

Auf Basis des geänderten Gesellschaftsvertrages wurde die VHS Arbeit und Beruf GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse - in Form kommunaler Beschäftigungsförderung gemäß den derzeit in § 16 SGB II genannten Bereichen sowie in Form der Förderung der Bildung und Erziehung von Schülerinnen/Schülern und Jugendlichen einschließlich der Schulessensversorgung - in der Stadt Braunschweig ab dem 12. Dezember 2012 (Eintragung der Neufassung des Gesellschaftsvertrages) mit einer Laufzeit von 10 Jahren seitens der Stadt Braunschweig öffentlich-rechtlich betraut. Die Betrauung war notwendig, um die Finanzierung der Gesellschaft an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anzupassen. Sie erfolgte aufgrund einer einseitigen Erklärung der Stadt Braunschweig, durch die der hoheitliche Charakter der Betrauung unterstrichen, aber keine Zahlungsverpflichtung der Stadt begründet wird.

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH und die Haus der Familie GmbH sind seitens der Stadt Braunschweig nicht betraut worden.

Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wird hierbei kontinuierlich überprüft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2019 waren durchschnittlich 213 (Vorjahr: 213) Mitarbeiter im Unterricht, in der pädagogischen Organisation und im Kundenservice (inkl. Hausorganisation und Reinigung) beschäftigt.

Darüber hinaus waren 797 (Vorjahr: 743) freie Kursleiterinnen und Kursleiter auf Honorarbasis tätig.

Diese Zahlen beinhalten sowohl die Beschäftigten der Volkshochschule Braunschweig GmbH als auch die Beschäftigten der beiden Tochtergesellschaften.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2019 führte die Volkshochschule Braunschweig GmbH (inkl. der Tochtergesellschaften) 1.501 Veranstaltungen mit insgesamt 77.253 Unterrichtsstunden, die 18.056 Teilnehmer besuchten, durch. Daneben fanden 118 Sonderveranstaltungen statt.

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.061,3 T€ ab (Vorjahr: rd. -962,3 T€). Dieser Fehlbetrag wurde von der Stadt Braunschweig ausgeglichen.

Das Land Niedersachsen überwies im Jahr 2019 Zuschüsse in Höhe von rd. 732 T€ (Vorjahr: rd. 712 T€). Diese Leistungen sind im Abschluss schon als Ertrag gebucht.

Mit der Gesellschaft ist zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung ein Anreizsystem verabredet worden. Sie soll in voller Höhe an erzielten Verbesserungen des Jahresergebnisses im Vergleich zum jeweiligen Wirtschaftsplan partizipieren. Im Jahr 2019 wurde ein um rd. 47,0 T€ besseres Ergebnis im Vergleich zum Wirtschaftsplan erzielt. Entsprechend soll dieser Betrag der Kapitalrücklage zugeführt werden. Die Zuführung erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen erst im Jahr 2021.

Die VHS Arbeit und Beruf GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2019 einen Überschuss in Höhe von rd. 84,2 T€ (Vorjahr: rd. 36,0 T€), der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Für den Bereich „Kommunale Beschäftigungsförderung“ hat die Stadt Braunschweig Zuschüsse in Höhe von 2.401,3 T€ gezahlt (Vorjahr: rd. 2.207,8 T€).

Die Haus der Familie GmbH schloss das Jahr 2019 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rd. 0,7 T€ ab (Vorjahr: rd. 4,1 T€). Der Gewinn wurde ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen. Die Stadt Braunschweig leistete im Jahr 2019 reguläre Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von rd. 204,5 T€ (Vorjahr: rd. 182,2 T€). Das Land Niedersachsen zahlte Zuschüsse in Höhe von rd. 48 T€ (Vorjahr: rd. 40 T€). Diese Leistungen sind im Abschluss ebenfalls schon als Ertrag gebucht.

Besondere Kennzahlen (Volkshochschule Braunschweig GmbH inkl. Tochtergesellschaften)

Jahr	Anzahl Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen Teilnehmer	Sonderveranst./ Ausstellungen
2010	2.566	79.308	27.197	63
2011	2.158	75.414	24.601	33
2012	1.956	67.663	21.859	37
2013	1.966	76.391	21.979	49
2014	1.904	66.470	20.846	76
2015	1.878	69.052	21.263	84
2016	1.854	74.312	22.157	64
2017	1.923	75.865	23.053	53
2018	1.464	61.718	17.508	58
2019	**1.501**	**77.253**	**18.056**	**118**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Neben ihrer nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz geregelten Zuständigkeit für die allgemeinen Felder der Jugend- und Erwachsenenbildung übernimmt die Volkshochschule Braunschweig GmbH die zentralen Steuerungsaufgaben für die gesamte Unternehmensgruppe, insbesondere in den Bereichen Marketing, Qualitätsentwicklung, Strategie, Administration, Konzeptentwicklung, IT sowie in der allgemeinen Verwaltung.

Ein erheblicher Teil der Einnahmen wird nach wie vor in der Abteilung vhs international (bestehend aus den großen Programmbereichen „Deutsch als Fremdsprache“ und „Berufsbezogenes Deutsch“ sowie etwa 20 Fremdsprachen) erwirtschaftet.

Die Volkshochschule war insbesondere in den letzten drei Geschäftsjahren in den Themenfeldern Migration und Integration ein wichtiger Dienstleister und Partner in ihrer Gebietskörperschaft. Im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ ist zu erwarten, dass sich die Auftragslage auf dem Niveau 2018/2019 halten wird. In der Anerkennungsberatung und den daraus resultierenden Qualifizierungslehrgängen ist mit stetigen Zuwächsen zu rechnen, so dass in vielen Zuständigkeiten der Unternehmensgruppe von einer durchweg stabilen Geschäftsentwicklung ausgegangen werden kann.

Ziel der Gesellschaft ist es, die relative Konstanz der Anmeldequoten in allen klassischen Programmbereichen zu wahren. Auch die Qualität der Lehre soll stetig verbessert werden. Dazu gehören u. a. Maßnahmen zur Kundenbindung (Rabattsysteme, verbesserte Ausstattung, Service und Information).

Um die Anmeldezahlen der VHS stabil zu halten und auch um Zuschüsse mindestens auf demselben Niveau wie seit 2017 sichern zu können, wird angestrebt das Marketingkonzept, insbesondere im Bereich der sozialen Medien, weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus wird auch das Thema Digitalisierung für das Bildungswesen tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. So wird angestrebt, dass die VHS all ihre organisatorischen Prozesse neu und effektiver gestaltet (Software-Lösungen), ihre Mitarbeiter vorbereitet und qualifiziert (interne und externe Fortbildungen) und neue Angebotsformate entwirft und umsetzt (Erweiterte Lernwelten, Online-Learning). Mittelfristig werden diese Veränderungsprozesse aber zunächst Investitionen, insbesondere im Personalbereich erforderlich machen. Die Mitarbeiter müssen systematisch qualifiziert und somit an ihren Arbeitsplätzen vertreten, externe Beratungen/Lösungen eingekauft, Fachleute (IT) gewonnen, neue Angebotsformate entwickelt/eingekauft und freiberufliche Lehrkräfte qualifiziert und/oder neue gewonnen werden.

Im Kampf der Langzeitarbeitslosigkeit beabsichtigt das Jobcenter Braunschweig im Rahmen der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes nach § 16i SGB II rd. 150 Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu fördern (100 bei der VHS Arbeit und Beruf GmbH und 50 bei den freien Wohlfahrtsverbänden). Darüber hinaus sind etwa 50 Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft vorgesehen. Mit der Umsetzung des neuen Programms wurde bereits im Jahr 2019 begonnen. Es können viele arbeitsmarktpolitische Projekte der Braunschweiger kommunalen Beschäftigungsförderung bei der VHS Arbeit und Beruf GmbH stabilisiert werden.

Der Hinzugewinn des neuen Gesundheitszentrums in Kooperation mit der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ab Herbst 2020 wird den Außenauftritt der VHS modernisieren, zeitgemäß ausrichten und stellt mittelfristig auch wirtschaftliche Vorteile in Aussicht. Die VHS kann auf mehr als 60% ihrer Fremdanmietungen im Gesundheitsbereich verzichten und auch eigene Räumlichkeiten anderweitig nutzen. Es wird davon ausgegangen, dass das Umsatzvolumen im Programmbereich Gesundheit in den ersten 5 Jahren um jährlich etwa 10% gesteigert werden kann.

Der Wirtschaftsplan 2020 der Volkshochschule Braunschweig GmbH sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.068,3 T€ vor, der von der Stadt Braunschweig ausgeglichen wird. Für die Tochtergesellschaften VHS Arbeit und Beruf GmbH und Haus der Familie GmbH sind bei Zuschüssen der Stadt Braunschweig in Höhe von 2.758,4 T€ und 203,5 T€ ausgeglichene Ergebnisse geplant.

Aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 und den damit notwendig gewordenen Maßnahmen hat die Gesellschaft wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen.

Wegen der Maßnahmen zum Infektionsschutz im Frühjahr musste die Gesellschaft nahezu das gesamte Präsenzkursangebot herunterfahren. In der Folge wurden einige Kurse, so insbesondere Sprachförderkurse, digital veranstaltet. In diesem Zusammenhang konnte die Volkshochschule Braunschweig GmbH Einnahmen generieren, die sonst aufgrund gesetzlicher Verbote nicht erzielbar gewesen wären.

Ferner konnte die Volkshochschule Braunschweig GmbH stark an Förder- und Hilfsprogrammen des Bundes und des Landes Niedersachsen partizipieren, so dass Einnahmeausfälle größtenteils kompensiert werden konnten.

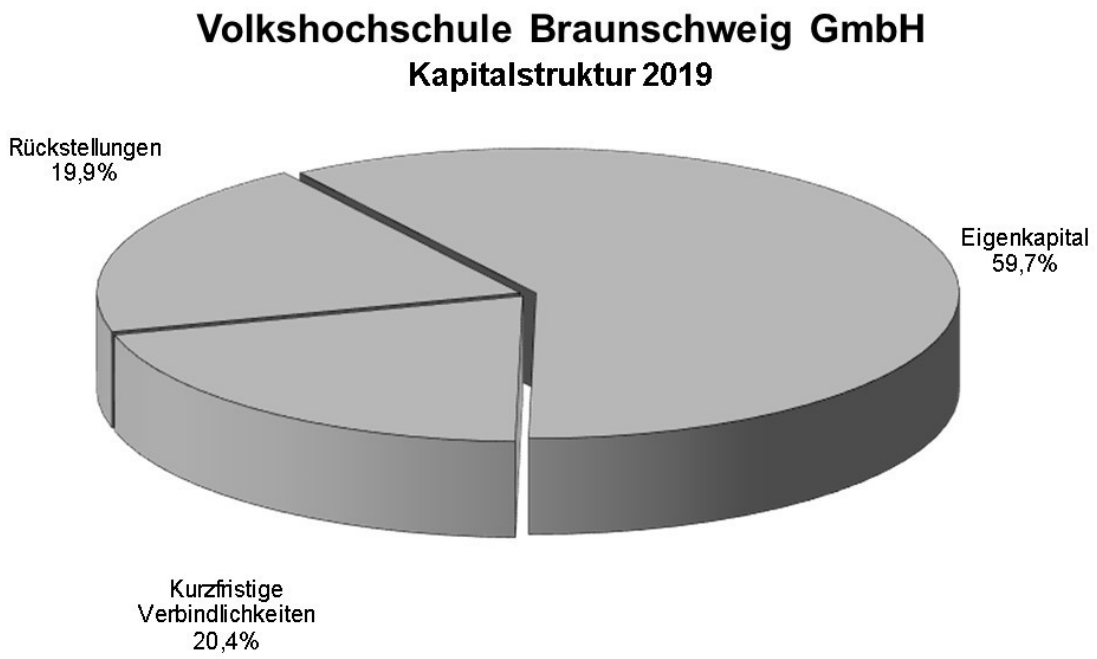
Im 3. Quartal des Wirtschaftsjahres 2020 zeichnete sich jedoch ab, dass die Gesellschaft trotz vieler Umstellungen und Wirtschaftshilfen ihren Wirtschaftsplan nicht wird einhalten können. Daher hat auch die Volkshochschule Braunschweig GmbH einen Nachtragswirtschaftsplan für das Jahr 2020 aufgestellt, der einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.220,0 T€ und damit einen corona-bedingten Mehrbedarf in Höhe von 151,7 T€ ausweist. Der erhöhte Fehlbetrag wird von der Stadt Braunschweig ausgeglichen.
Die VHS Arbeit und Beruf GmbH und die Haus der Familie GmbH gehen aufgrund von Zuschüssen und Drittmittelförderung davon aus, dass die Wirtschaftspläne 2020 eingehalten werden können.

Bilanzdaten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Volkshochschule Braunschweig GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle	12	0,8	17	1,0	18	1,1
Sachanlagen	74	4,6	119	7,0	160	10,0
Finanzanlagen	50	3,1	50	2,9	50	3,1
Langfristig gebundenes	**137**	**8,5**	**186**	**10,9**	**228**	**14,2**
Vorräte	1	0,0	1	0,1	1	0,1
Forderungen	764	47,4	1.108	65,2	1.135	70,7
Liquide Mittel	710	44,1	404	23,8	241	15,0
Kurzfristig gebundenes	**1.475**	**91,5**	**1.513**	**89,1**	**1.377**	**85,8**
Bilanzsumme	**1.611**	**100,0**	**1.699**	**100,0**	**1.605**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	962	59,7	874	51,4	846	52,7
Rückstellungen	321	19,9	236	13,9	228	14,2
Mittel- und langfristige	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	328	20,4	589	34,7	531	33,1
Bilanzsumme	**1.611**	**100,0**	**1.699**	**100,0**	**1.605**	**100,0**

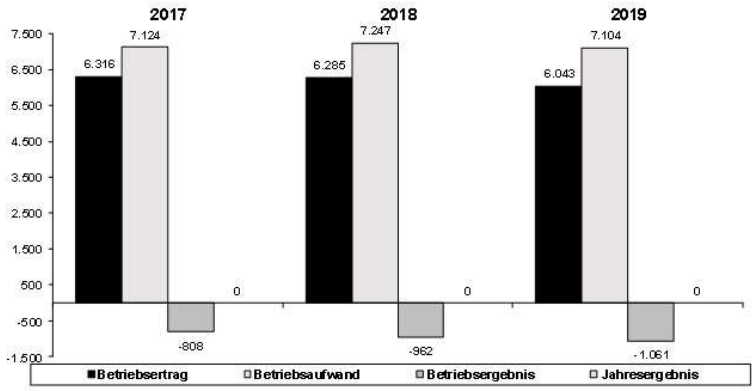


GuV-Daten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	4.823	-178	5.001	5.131
Sonstige betriebliche Erträge	1.220	-64	1.284	1.185
Betriebserträge	**6.043**	-242	**6.285**	**6.316**
Materialaufwand	1.472	-589	2.061	2.123
Personalaufwand	4.140	555	3.585	3.512
Abschreibungen	115	-24	139	111
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.377	-85	1.462	1.378
Betriebsaufwand	**7.104**	-143	**7.247**	**7.124**
Betriebsergebnis	**-1.061**	-99	**-962**	**-808**
Finanzergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.061**	-99	**-962**	**-808**
sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-1.061**	-99	**-962**	**-808**
Erträge aus Verlustübernahme	1.061	99	962	808
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Volkshochschule Braunschweig GmbH
Entwicklung Ertrag und Aufwand 2017-2019



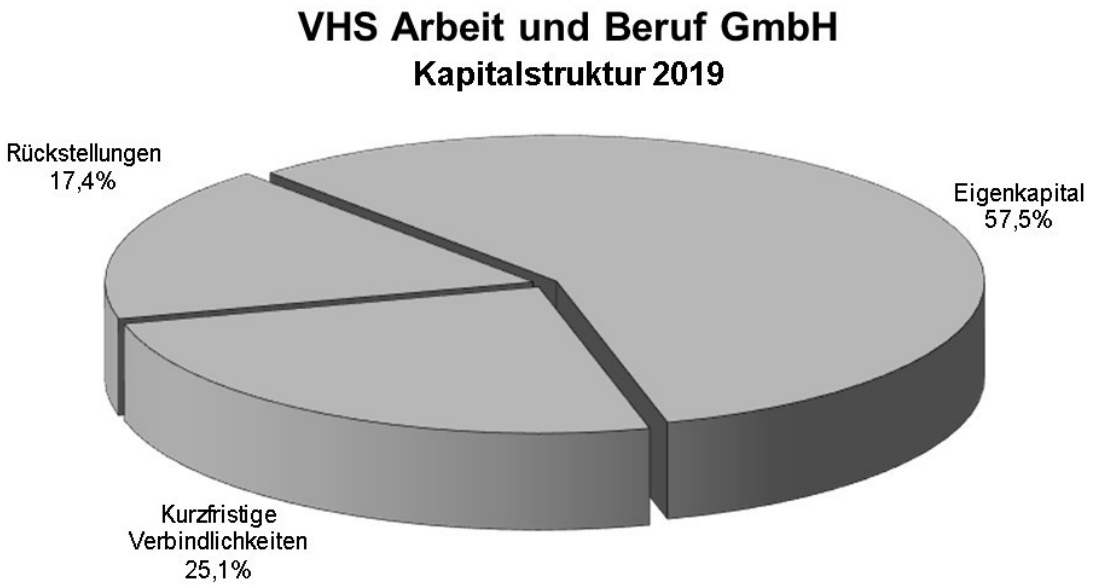
Angaben in T€

Bilanzdaten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

VHS Arbeit und Beruf GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	76	5,4	70	5,4	52	4,0
Finanzanlagen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**76**	**5,4**	**70**	**5,4**	**52**	**4,0**
Vorräte	12	0,9	13	1,0	19	1,5
Forderungen	366	26,0	294	22,7	186	14,3
Liquide Mittel	953	67,7	916	70,9	1.042	80,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.331**	**94,6**	**1.222**	**94,6**	**1.247**	**96,0**
Bilanzsumme	**1.407**	**100,0**	**1.292**	**100,0**	**1.299**	**100,0**

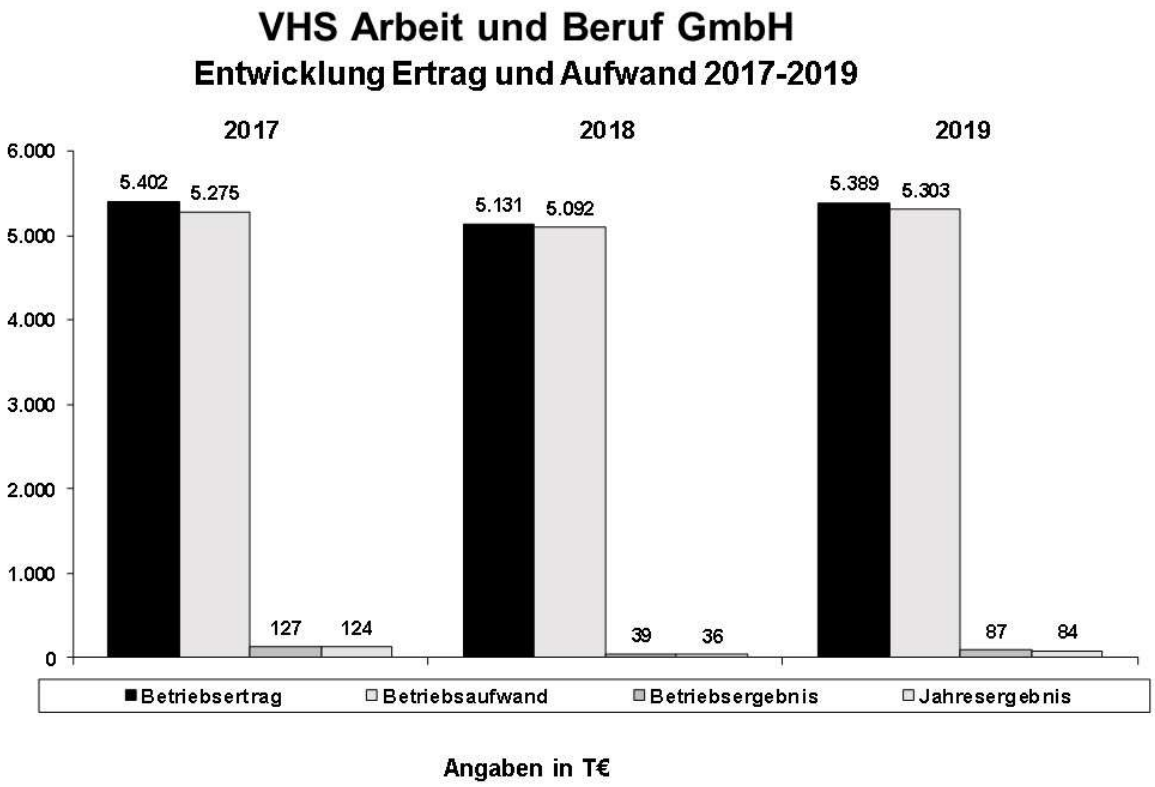
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	808	57,5	724	56,0	688	53,0
Rückstellungen	245	17,4	145	11,2	177	13,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	353	25,1	423	32,7	434	33,4
Bilanzsumme	**1.407**	**100,0**	**1.292**	**100,0**	**1.299**	**100,0**



GuV-Daten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	2.986	107	2.879	3.218
Zuschuss der Stadt Braunschweig "Kommunale Beschäftigungsförderung"	2.401	194	2.208	2.174
Sonstige betriebliche Erträge	2,1	-42	43,8	10
Betriebserträge	**5.389**	258	**5.131**	**5.402**
Materialaufwand	1.584	137	1.447	1.509
Personalaufwand	2.951	84	2.867	3.018
Abschreibungen	43	21	22	23
Sonstige betriebliche Aufwendungen	724	-32	756	725
Betriebsaufwand	**5.303**	211	**5.091**	**5.275**
Betriebsergebnis	**87**	47	**40**	**127**
Finanzergebnis	0	0	0,4	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**87**	48	**39**	**127**
sonstige Steuern	3	0	2,9	3
Jahresergebnis	**84**	48	**36**	**124**



Braunschweig Zukunft GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Weiterentwicklung und die Sicherung des Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig, insbesondere durch die Betriebsführung entsprechender Einrichtungen wie beispielsweise des Technologieparks sowie durch Erwerb und Veräußerung von Grundstücken.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung des regionalen Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und gehalten werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird durch die Werbung für den Wirtschaftsstandort Braunschweig und der damit verbundenen Haltung und Anwerbung von Unternehmen im Stadtgebiet deutlich. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	13.300	51,154
Braunschweig GmbH (Nord/LB)	4.233	16,281
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	4.234	16,285
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	4.233	16,281
	26.000	100

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat
Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Paul Anfang*	Vorstandsmitglied der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, stellv. Vorsitzender
Marc Knackstedt**	Vorstandsmitglied der Braunschweigischen Landessparkasse (ab 1. Juli 2018)
Mark Uhde***	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
Matthias Disterheft	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Annette Schütze	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Oliver Schatta	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Helge Böttcher	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Gunnar Scherf	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Helmut Streiff****	Streiff & Helmold GmbH
Freddy Pedersen****	Stellv. Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen

* Vom Mitgesellschafter Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG entsandt.
** Vom Mitgesellschafter Braunschweig GmbH (Nord/LB) entsandt.
*** Vom Mitgesellschafter Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg entsandt.
**** Vorschlag des Oberbürgermeisters für zwei im Bereich Wirtschaft, Industrie und Handel erfahrene Personen.

Geschäftsführung

Gerold Leppa

Wichtige Verträge

Nach dem Betriebsführungsvertrag, den die Gesellschaft (damals noch als Technologiepark Braunschweig GmbH) mit der Stadt Braunschweig abgeschlossen hat, überlässt die Stadt als Eigentümerin des Technologieparks Rebenring 33 diesen mit Gebäuden und Nebenanlagen sowie dem vorhandenen Inventar der Gesellschaft zur Betriebsführung.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2019 neben dem Geschäftsführer 15 Mitarbeiter (Vorjahr: 14).

Die Geschäftsführung wird durch Herrn Leppa wahrgenommen, welcher gleichzeitig in Personalunion das Amt des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Braunschweig innehat.

Wirtschaftsförderung Braunschweig

Die Braunschweig Zukunft GmbH versteht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Stadt. Sie agiert als "Clearing-Stelle" für unternehmerische Anfragen und Probleme. Dazu bietet sie allgemeine einzelbetriebliche Beratungen und Beratungen bei Finanzierungfragen an. Wichtige Instrumente der Wirtschaftsförderung sind der Gründerfonds und die kommunale Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Mit ihrer Arbeit trägt sie dazu bei, in Braunschweig ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen, und initiiert diesem Ziel dienende Projekte und Veranstaltungen. Dabei kommt dem Standortmarketing durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen große Bedeutung zu.

Wichtigste Zielgruppe der Wirtschaftsförderung sind die Braunschweiger Unternehmen. Die Pflege des Bestands an Unternehmen hat vorrangige Bedeutung. Anwerbung neuer Unternehmen und Existenzgründungsförderung sind darüber hinaus weitere Aufgabenschwerpunkte. Der umfassende Service der Gesellschaft als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaft reicht vom Genehmigungsmanagement bis zur Projektleitung bei großen Einzelvorhaben.

In einem ganzheitlichen Ansatz werden Anliegen und Probleme der Wirtschaft gemeinsam mit den Fachbereichen der Stadt Braunschweig und bei Bedarf mit anderen Behörden, Verbänden und Institutionen thematisiert und nach Lösungen für Verbesserungen gesucht, die sich häufig auf stadtplanerische Aspekte beziehen, aber auch globale Themen wie den Fachkräftemangel oder die Digitalisierung betreffen können.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Positionierung Braunschweigs als eine der führenden europäischen Forschungsregionen. Durch ihre in Europa herausragende Position und eine Vielzahl renommierter, international ausgerichteter Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen hat Braunschweig viele Kompetenzfelder, etwa auf den Gebieten der Mobilitäts-, der Gesundheits- oder der Finanzwirtschaft. In einem sich verschärfenden europäischen Wettbewerb misst die Braunschweig Zukunft GmbH daher der Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in der gesamten Region große Bedeutung bei. Sie nutzt ihre Förderinstrumente, um bestehende und sich bildende Netzwerke gezielt zu unterstützen und vermittelt geeignete Netzwerkpartner. Dabei spielt der Forschungsflughafen Braunschweig eine wichtige Rolle. Der Forschungsflughafen entwickelt sich zum herausragenden Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen in den Bereichen Aviation, Automotive und Schiene. Die Stadt hat durch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Umfang von 29 ha die Standortentwicklung weiter unterstützt. Wie Wirtschaftsunternehmen insgesamt steht sie den Anrainern des Forschungsflughafens als Schnittstelle zur Stadtverwaltung zur Seite und berät in Standortfragen bis zur Vermittlung von Gewerbeflächen.

Der Technologierpark Braunschweig trägt seit 2017 weitere fünf Jahre den Titel „Anerkanntes Innovationszentrum“ und erhielt das Zertifikat damit zum dritten Mal nach 2005 und 2011.

Geschäftsverlauf

Die Braunschweig Zukunft GmbH schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.555,1 T€ ab (Planergebnis 2019: -1.733,8 T€), der von der Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Erfolg der Braunschweig Zukunft GmbH lässt sich nicht mit üblichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern belegen, sondern zeigt sich in erfolgreichen Bemühungen, bestehende Unternehmen am Standort Braunschweig zu halten und neue anzusiedeln sowie Gründungsunternehmen am Standort zu einem erfolgreichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Start zu verhelfen.

Aufgrund ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen stehen der Gesellschaft nur eingeschränkt Erlöse zur Deckung der Aufwendungen zur Verfügung. Wesentliche Ertragskomponenten sind Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gründerflächen sowie Erträge aus öffentlichen Zuschussmitteln für beantragte Fördermaßnahmen zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Sponsoringmittel.

Die Stärken auf den Feldern Forschung, Wissenschaft und Kreativität machen Braunschweigs Vorsprung vor Konkurrenten ähnlicher Größe aus und erfordern ein besonderes Engagement der städtischen Wirtschaftsförderung.

Die Region mit dem Zentrum Braunschweig ist wieder Europas Nummer eins in Sachen Forschungsintensität. Das geht aus aktuellen Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union, Eurostat, hervor. 9,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurden hier im Jahr 2015 für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit liegt die Region weit vor der zweitplatzierten belgischen Provinz Wallonisch-Brabant (6,5%), gefolgt von Stuttgart (6,2%) auf Rang 3. Braunschweig ist zudem die Region, die den größten Zuwachs beim Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben verzeichnete. Von 2005 bis 2015 stieg der Wert um satte 4,04 Prozent, so stark wie in keiner anderen Region Europas.

Am 25. August 2017 wurde das Lilienthalhaus am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg eröffnet. Entstanden ist auf rd. 5.100 qm ein attraktiver Bürokomplex. Auch das Gebiet rund um das Lilienthalhaus wird in den kommenden Jahren zum „LilienthalQuartier“ weiterentwickelt. Am 2. August 2018 wurde zunächst das Parkhaus südlich der Hermann-Blenk-Straße eröffnet. Das Parkhaus kann durch einen speziellen Anbau auch zu Forschungszwecken genutzt werden. Der Lilienthalplatz am Forschungsflughafen wurde nach circa zehnmonatiger Umbauphase am 13. September 2019 offiziell seiner Bestimmung übergeben. Der bis zum Vorjahr als Parkplatz genutzte Lilienthalplatz zeigt nun ein völlig neues Gesicht und soll Flugreisenden sowie Beschäftigten der umliegenden Unternehmen künftig mehr Aufenthaltsqualität bieten.

Auch das Jahr 2019 zeichnete sich wieder durch eine hohe Nachfrage nach städtischen Gewerbeflächen aus. Als eine Maßnahme zur Bereitstellung von Gewerbeflächen sollen die Verwaltungen der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel die Realisierung eines Interkommunalen Gewerbegebiets Braunschweig-Wolfenbüttel prüfen. Dies haben die jeweiligen Ratsgremien im Herbst 2019 beschlossen, um damit der bestehenden Gewerbeflächenknappheit in beiden Städten zu begegnen.

Die Braunschweig Zukunft GmbH hat für die Einrichtung eines „Start-up-Zentrums Mobilität“ für die Pilotphase 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019 eine Förderung durch die NBank erhalten. Dieses Zentrum fungiert als Anlaufstelle für Start-ups in einer frühen Phase der Unternehmensgründung, die mit ihrem innovativen Geschäftsmodell rund um das Thema Mobilität einen schnellen und nachhaltigen Wachstumskurs einschlagen wollen. Mit einer großen Auswahl an Dienstleistungen für Existenzgründerinnen und -gründer gab es durch die Braunschweig Zukunft GmbH wieder umfangreiche Starthilfe für junge Unternehmen in kostenlosen Einzelberatungs- und Orientierungsgesprächen. Im Jahr 2019 wurden 143 persönliche, intensive Beratungsgespräche mit insgesamt 158 Personen geführt.

Anfang Januar 2018 hat das Start-up-Zentrum Mobilität und Innovation (MO.IN) seine Arbeit aufgenommen. Die erste Förderperiode des Projekts hat am 31.12.2019 geendet. Im MO.IN wurden insgesamt 16 Start-ups erfolgreich betreut. Damit wurde das von der NBank gesetzte Ziel übertroffen. Aufgrund des positiven Ergebnisses der Evaluation, die Anfang 2019 seitens des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zum Betrieb der Start-up-Zentren in Niedersachsen durchgeführt wurde, wurde ein Förderaufruf zur Weiterführung der Start-up-Zentren in den Jahren 2020 bis 2022 veröffentlicht. Die BZG hat Mitte September 2019 bei der NBank einen Fördermittelantrag zur Weiterführung des MO.IN für weitere drei Jahre eingereicht. Dieser wurde Anfang Dezember 2019 positiv beschieden.

Ende 2018 nahm der W.IN – Accelerator für Wachstum und Innovation seinen aktiven Betrieb auf. Er unterstützt wachstumsorientierte Start-ups, die innovative marktreife Produkte oder Dienstleistungen vorweisen können, mit einem Mentoring- und Beratungsangebot. Als Mentoren stehen hier erfahrene Unternehmer aus der Region Braunschweig als Sparringspartner für die Jungunternehmen zur Verfügung. Derzeit befinden sich

sechs Start-ups in der Betreuungsphase, sodass die Vollauslastung in der zweiten Jahreshälfte erreicht werden konnte. Das erste Halbjahr wurde zudem intensiv zur Gewinnung weiterer Partnerunternehmen genutzt. Die Zahl der Partnerunternehmen liegt damit bei insgesamt 14. Die Partner unterstützen das Projekt sowohl finanziell als auch im Rahmen einer Vereinbarung zu Zeitkontingenten die Start-ups als Sparringspartner mit wertvollem unternehmerischen Know-how.

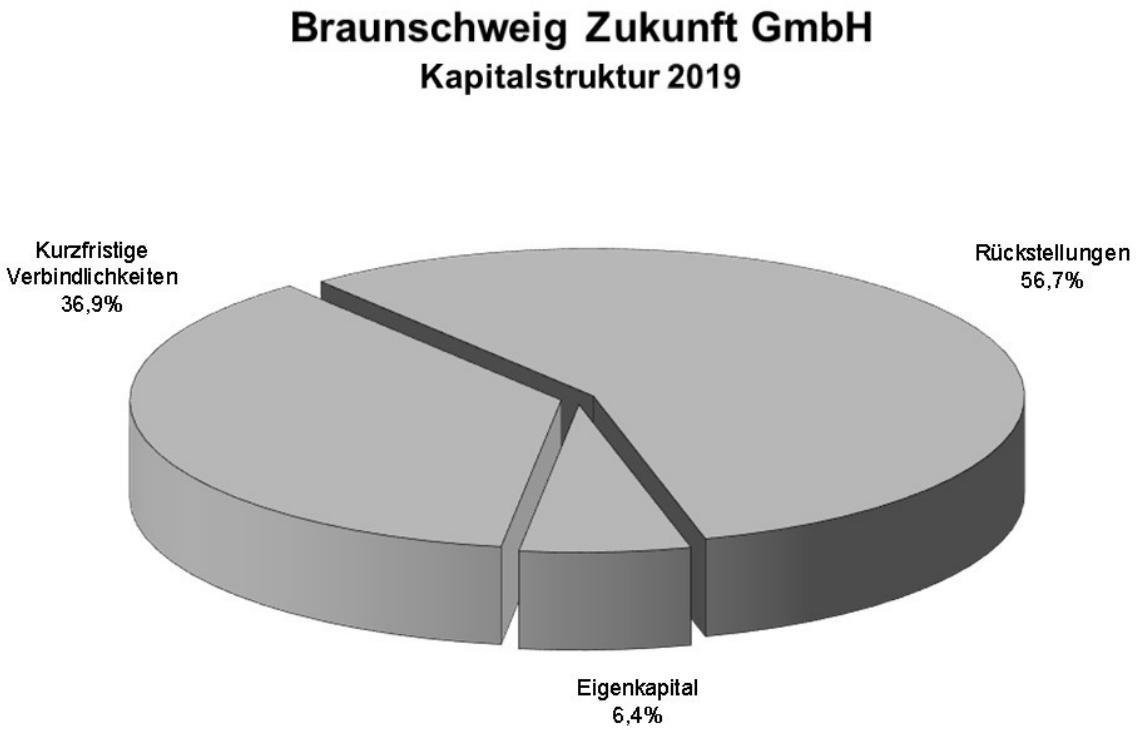
Der Wirtschaftsplan 2020 der Gesellschaft geht von einem Zuschussbedarf durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 1.573,9 T€ aus.

Bilanzdaten der Braunschweig Zukunft GmbH

Braunschweig Zukunft GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,8	7	1,5	11	2,4
Sachanlagen	23	5,6	38	8,2	29	6,4
Langfristig gebundenes Vermögen	**26**	**6,4**	**45**	**9,7**	**40**	**8,8**
Forderungen	355	87,6	327	70,1	207	45,5
Liquide Mittel	25	6,0	94	20,2	208	45,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**379**	**93,6**	**421**	**90,3**	**415**	**91,2**
Bilanzsumme	**405**	**100,0**	**466**	**100,0**	**455**	**100,0**

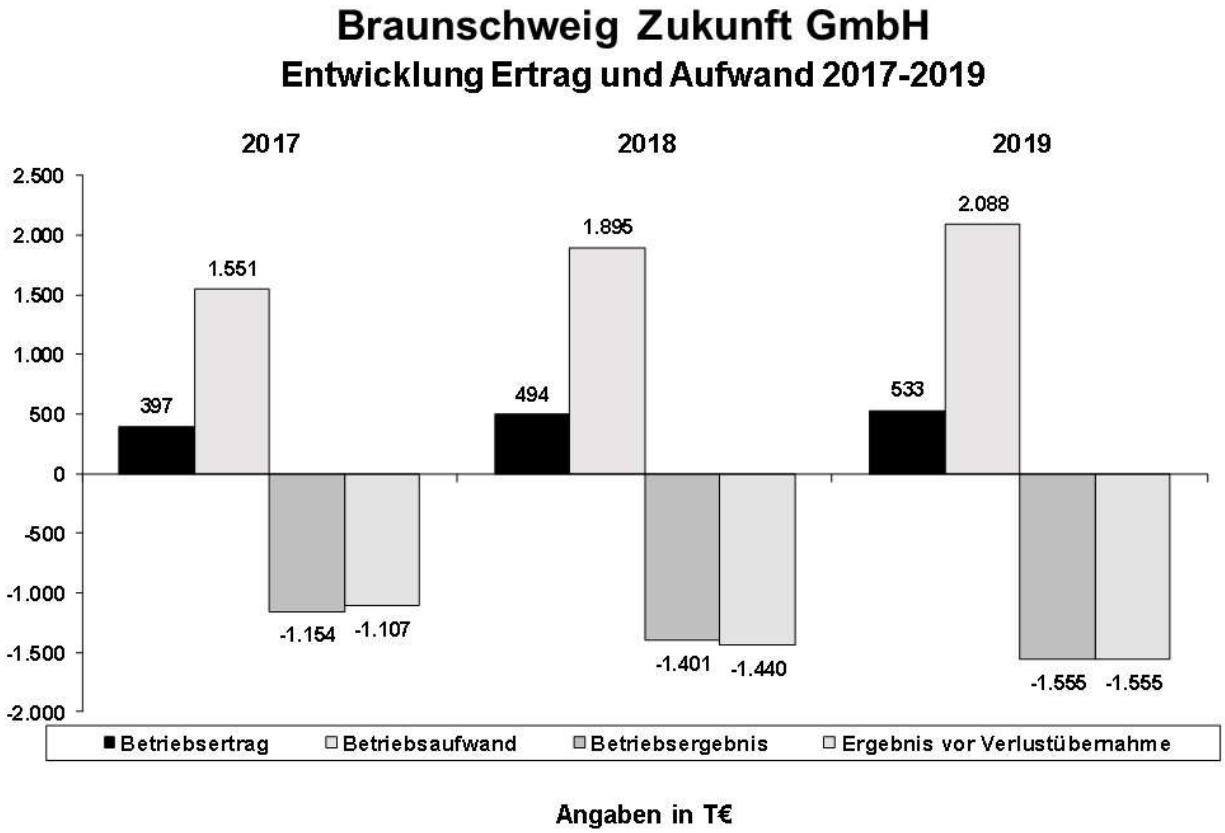
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	6,4	26	5,6	26	5,8
Rückstellungen	230	56,7	175	37,6	178	39,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	149	36,9	265	56,8	251	55,2
Bilanzsumme	**405**	**100,0**	**466**	**100,0**	**455**	**100,0**



GuV-Daten der Braunschweig Zukunft GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	516	69	447	342
Sonstige betriebliche Erträge	17	-29	47	55
Betriebserträge	**533**	39	**494**	**397**
Materialaufwand	714	189	525	97
Personalaufwand	865	166	699	587
Abschreibungen	22	-19	41	19
Sonstige betriebliche Aufwendungen	488	-143	630	848
Betriebsaufwand	**2.088**	193	**1.895**	**1.551**
Betriebsergebnis	**-1.555**	-153	**-1.401**	**-1.154**
Finanzergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.555**	-153	**-1.401**	**-1.154**
sonstige Steuern	0	-38	39	-47
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	**-1.555**	-115	**-1.440**	**-1.107**
Erträge aus Verlustübernahme	1.555	115	1.440	1.107
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**



Angaben in T€

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (§ 3 Abs. 1 S. 1 des Gesellschaftsvertrages). In diesem Sinne errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter auch Eigenheime und Eigentumswohnungen. Ferner betreibt die Gesellschaft sonstige Geschäfte, die diesem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören weiterhin auch „Bau, Sanierung, Bereitstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude, insbesondere Schulgebäude, nebst den erforderlichen Grundstücksgeschäften“. Die Gesellschaft kann „insbesondere Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben und erwerben“ (vgl. § 3 Abs. 1 S. 3 und 4 des Gesellschaftsvertrages).

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig stellt dem Braunschweiger Wohnungsmarkt entsprechende Wohnraumressourcen zur Verfügung. Hierdurch wird eine sozial verantwortbare Versorgung der Bevölkerung der Stadt Braunschweig mit Wohnraum gesichert. Die Gesellschaft stellt somit ein wesentliches Element der kommunalen Wohnungspolitik dar. Weiterhin errichtet, verpachtet und/oder vermietet die Gesellschaft Gebäude, die einem öffentlichen Zweck dienen (z. B. Schulen und Feuerwehrgebäude). Hierdurch wird ebenfalls ein öffentlicher Zweck selbst verfolgt und dem Gemeinwohl gedient. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital beläuft sich auf 7.670.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Stammkapitalanteil in Euro	Stammkapitalanteil in %
Stadt Braunschweig	3.520.500	45,9
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	3.382.500	44,1
Eigene Anteile	767.000	10,0
	7.670.000	100

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) hält selbst 10 % der Anteile („Eigene Anteile“). Die Rechte und Pflichten aus den eigenen Anteilen, insbesondere das Stimmrecht, das Bezugsrecht und der Gewinnanteil ruhen. Unter Herausrechnung dieser Anteile besitzt die Stadt Braunschweig einen Anteil von 51 % und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH einen Anteil von 49 %.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Nicole Palm	Ratsfrau der Stadt Braunschweig, Vorsitzende
Kai-Uwe Bratschke	Ratsherr der Stadt Braunschweig, stellv. Vorsitzender
Christoph Bratmann	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Annette Johannes	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Annette Schütze	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Thorsten Köster	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Heidemarie Mundlos	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Annika Naber	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Andreas Krause	Mandat der AfD-Fraktion
Wolfgang Wiechers	Mandat der BIBS-Fraktion
Gisela Ohnesorge	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

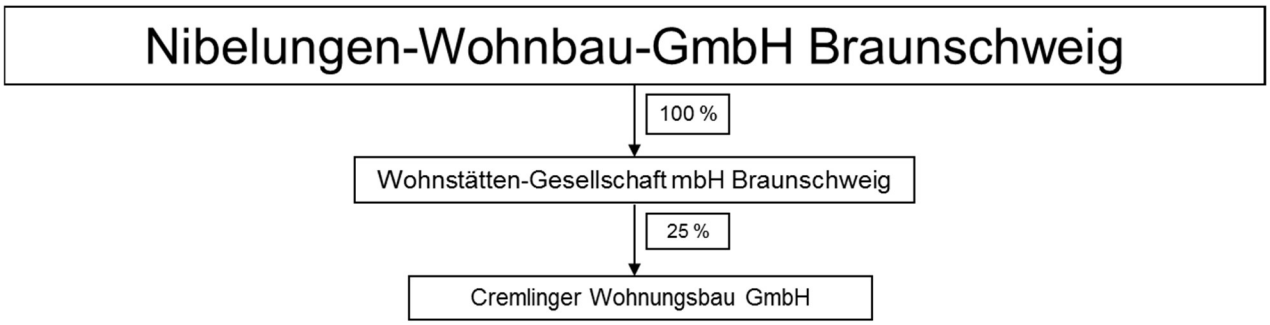
Daneben haben ein Betriebsratsmitglied sowie die Mitglieder der Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH das Recht, an den Aufsichtsratssitzungen als Gäste ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Geschäftsführung

Torsten Voß	Geschäftsführer seit 1. Dezember 2018

Wichtige Verträge

Die Niwo hält 100 % an der Wohnstätten-Gesellschaft mbH Braunschweig (Wohnstätten-GmbH). Weitere Tochtergesellschaften hat die Niwo nicht. Die Wohnstätten-GmbH besitzt 235 Wohnungen sowie 3 Garagen. Sie hält ihrerseits 25 % an der zum 1. Oktober 2017 gegründeten Cremlinger Wohnungsbau GmbH (CWG) mit Sitz in Cremlingen.



Durch den mit der Wohnstätten-GmbH abgeschlossenen Betreuungsvertrag übernimmt die Niwo sämtliche der Wohnstätten-GmbH nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben der Verwaltung und Bewirtschaftung dieser Objekte. Eigene Mitarbeiter hat die Wohnstätten-GmbH somit nicht. Auch für die CWG übernimmt die Niwo die Geschäftsbesorgung. Die Niwo investiert somit in eine regionale Kooperation im Braunschweiger Einzugsbereich.

Zwischen der Gesellschaft und der CWG besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag vom 20. September 2017. Die CWG beauftragt mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag die Nibelungen-Wohnbau-GmbH, das kaufmännische und technische Management zunächst von 130 zu errichtenden und anschließend zu bewirtschaftenden Wohnungen zuzüglich 35 Carportplätzen und 16 Pkw-Stellplätzen durchzuführen. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Am 29. Februar 2012 hat die Stadt Braunschweig mit der Gesellschaft einen Rahmenvertrag, genannt Baubetreuungsvertrag, abgeschlossen. Nach Maßgaben dieses Vertrags ist die Gesellschaft mit der Durchführung einschließlich Projektsteuerung, Projektleitung und Wahrnehmung delegierbarer Bauherrenaufgaben für ausgewählte Investitionsprojekte beauftragt.

Am 16. Oktober 2012 wurde mit der Stadt Braunschweig ein Projektvertrag zur Errichtung und Bewirtschaftung eines Neubaus für die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule sowie des Umbaus der Sporthalle abgeschlossen. Dieser wurde mit notarieller Beurkundung vom 13. Dezember 2017 hinsichtlich aktueller Themen, u. a. Errichtung der Photovoltaikanlage sowie Modernisierung der raumlufttechnischen Anlagen der Sporthalle, ergänzt. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2039. Die Niwo errichtete vertragsgemäß für rd. 39 Millionen Euro die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule, als dreigeschossigen Schulneubau für ca. 1.400 Schüler und sanierte die bestehende Sporthalle. Beide Objekte werden dann bis mindestens 2039 bewirtschaftet und unterhalten. Grundlage des Projekts ist neben dem Projektvertrag ein Erbbaurechtsvertrag, mit dem die Stadt Braunschweig der Niwo das Grundstück zum Neubau der Schule überlässt. Am Ende der Vertragslaufzeit im Jahr 2039 erhält die Stadt Braunschweig das Grundstück einschließlich der neuen Schule und der Sporthalle zurück und betreibt diese dann selbst weiter.

Am 7. März 2016 wurde zwischen der Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig und Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH eine Dividendenvereinbarung abgeschlossen. Mit dieser Vereinbarung soll ein angemessener Ausgleich zwischen den Zielsetzungen der Niwo (Sicherstellung der für ihre Aufgabenerledigung „Verwaltung des Wohnungsbestandes und Schaffung von Wohnraum“ erforderlichen Eigenkapitalausstattung) und der Gesellschafterinnen (Werthaltigkeit ihrer Anteile, angemessene Rendite zur Finanzierung des Anteilserwerbes und zum Haushaltsausgleich) erreicht sowie Planungssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.

Betrauung

Für die Niwo und die Wohnstätten-GmbH besteht eine Betrauung, die die Finanzierung beider Unternehmen an die Vorgaben des europäischen Beihilferechts anpasst. Die Neufassung der Betrauung trat am 1. März 2012 mit einer Laufzeit von 10 Jahren in Kraft. Sie erfolgte wiederum durch einseitige Erklärung seitens der Stadt Braunschweig, die den hoheitlichen Charakter der Betrauung unterstreicht, aber keine Zahlungsverpflichtung begründet.

Die EU-rechtskonforme Finanzierung der Gesellschaft wird hierbei kontinuierlich überprüft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres 2019 beschäftigte die Niwo durchschnittlich 98 Mitarbeiter (Vorjahr: 93).

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2019	2018	Veränderungen
Kaufmännische Mitarbeiter	63	60	3
Technische Mitarbeiter	26	24	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	9	9	0
Gesamt	**98**	**93**	5

Daneben waren im Geschäftsjahr 2019 durchschnittlich 8 Auszubildende und ein Mitarbeiter in geringfügigem Umfang beschäftigt.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 erwirtschaftete die Niwo einen Jahresüberschuss von 4.320 T€. Abzüglich der Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage in Höhe von 2.660 T€ ergab sich ein Bilanzgewinn von 1.660 T€, der aufgrund der o. g. Dividendenvereinbarung in voller Höhe an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ausgeschüttet wurde.

Das Gesamtinstandhaltungs- und Modernisierungsbudget der Gesellschaft (ohne Eigenleistungen der Gesellschaft) wird für das Geschäftsjahr 2020 mit rd. 13.234 T€ eingeplant.

Die marktbedingte Leerstandsquote lag am 31. Dezember 2019 bei 2,18 % (Vorjahr: 0,8 %).

Die Tochtergesellschaft Wohnstätten-Gesellschaft mbH Braunschweig erwirtschaftete im Jahr 2019 einen Überschuss von rd. 222,9 T€ (Vorjahr: 270,5 T€). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus den Vorjahren (2.438,0 T€) ergibt sich ein Bilanzgewinn von rd. 2.660,9 T€.

Besondere Kennzahlen

Überblick über die bewirtschafteten Einheiten

Bewirtschaftete Einheiten	2019	2018	Veränderungen
Eigene Objekte:			
Wohnungen	**7.351**	**7.087**	264
Garagen und Einstellplätze	**1.356**	**1.080**	276
Sonst. Mieteinheiten/ Gewerbliche Objekte	**104**	**101**	3
Summe	**8.811**	**8.268**	**543**
Wohn- und Nutzfläche der Grundstücke im eigenen Bestand	rd. 478.900 m²	rd. 478.900 m²	
Betreute Objekte :			
Verwaltete Wohnungen und Garagen f. Dritte	**147**	**83**	64
Objekte der Wohnstätten-GmbH	**238**	**238**	0
Summe	**385**	**321**	**64**

Daneben wurden insgesamt rd. 460.000 m² Grünfläche rund um den Bestand gepflegt, davon rd. 174.000 m² in der kompletten Fremdvergabe. Auf rd. 199.000 m² Grün wurde ausschließlich Rasen gemäht.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirtschaftsplan 2020 geht von einem Jahresüberschuss von 3.894,5 T€ aus. Geplant ist die konsequente Fortsetzung von Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ihrer Bestandsobjekte auf der Basis einer präzisen Portfolioanalyse. In der Planung 2020 sind Investitionen von rd. 12,7 Mio. € in den vorhandenen Wohnungsbestand vorgesehen. Schwerpunkte bilden die Fassadenmodernisierungen, Dacherneuerungen und Heizungsoptimierungen in den Gebieten Weststadt, Siegfriedviertel, Heidberg, Bebelhof.

Auf dem ehemaligen Gelände der „Wilhelm-Bracke-Gesamtschule“ erfolgt die Realisierung des Baugebietes „Alsterplatz“ durch die Niwo. Insgesamt entstehen 187 Wohn- und 9 Gewerbeeinheiten sowie 36 Eigentumswohnungen in vier- bis achtgeschossiger Bebauung. Das Konzept wird durch Läden, Arztpraxen, Gastronomie, einer Begegnungsstätte sowie einen Kindergarten abgerundet. Die Fertigstellung des Quartiers war Ende 2020 im Wesentlichen vollzogen. Für Anfang 2021 ist als Abschluss die Asphaltierung der Isselstraße - der bisherigen Erschließungsstraße - vorgesehen

Auch das Neubauvorhaben im Baugebiet „Nördliches Ringgebiet“ schreitet voran. Das gesamte Areal wird derzeit in drei Bauabschnitten entwickelt. Die Gesellschaft hat die Erschließungsaufgaben für den ersten und zweiten Bauabschnitt übernommen. Im ersten Bauabschnitt entstehen seitens der Gesellschaft 175 Mietwohnungen, 7 Gewerbeeinheiten, 28 Eigentumswohnungen sowie eine Kindertagesstätte. Insgesamt sind durch die drei Bauherren Niwo, Braunschweiger Baugenossenschaft eG und Wiederaufbau eG rd. 530 Wohnungen entstanden.

Im zweiten Bauabschnitt werden durch die Gesellschaft Projektentwicklungen und Erschließungen realisiert. Dazu zählen die Veräußerung selbst erschlossener Grundstücke, die Entwicklung von fremdem Grund und Boden, der Mietwohnungsbau sowie die Entstehung einer Kindertagesstätte. Seitens der Niwo ist der Bau von weiteren 70 Miet- und Gewebeeinheiten sowie einer Kindertagesstätte geplant. Insgesamt beginnt im Frühjahr 2021 der Bau von 500 weiteren Wohnungen durch sechs verschiedene Bauherren.

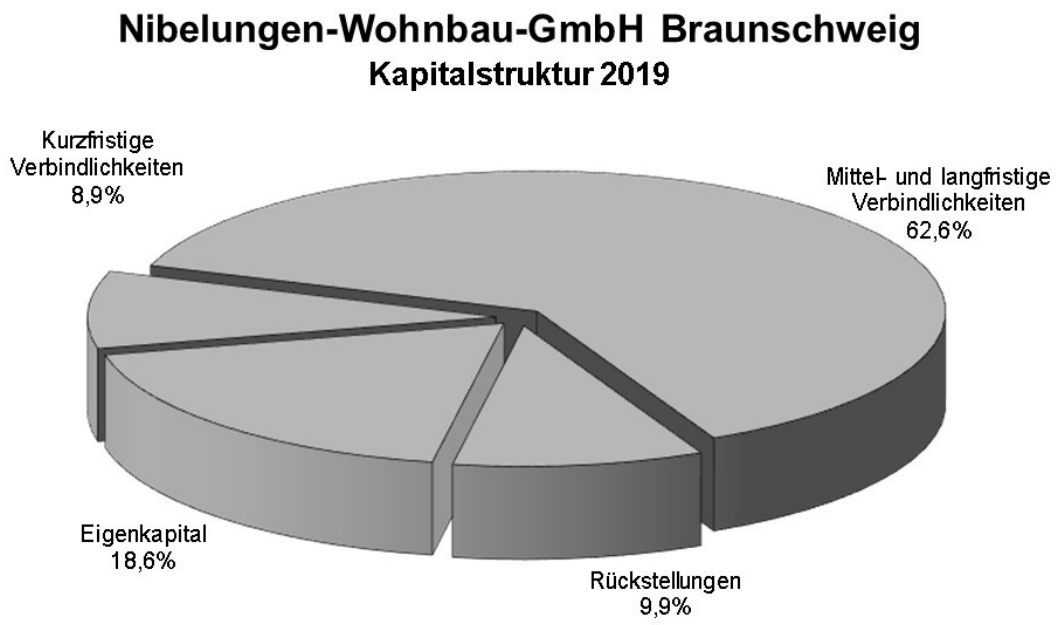
Im dritten Bauabschnitt ist seitens der Niwo der Ankauf von Grundstücken und deren Entwicklung geplant und bereits teilweise realisiert.

Bilanzdaten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	159	0,1	149	0,1	197	0,1
Sachanlagen	260.406	86,6	220.410	81,2	192.217	78,5
Finanzanlagen	2.246	0,7	2.307	0,8	2.365	1,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**262.812**	**87,4**	**222.866**	**82,1**	**194.779**	**79,6**
Vorräte	17.554	5,8	20.830	7,6	19.976	8,2
Forderungen	11.937	4,0	8.122	3,0	2.271	0,9
Liquide Mittel	8.400	2,8	19.721	7,3	27.760	11,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**37.891**	**12,6**	**48.673**	**17,9**	**50.007**	**20,4**
Bilanzsumme	**300.702**	**100,0**	**271.539**	**100,0**	**244.786**	**100,0**

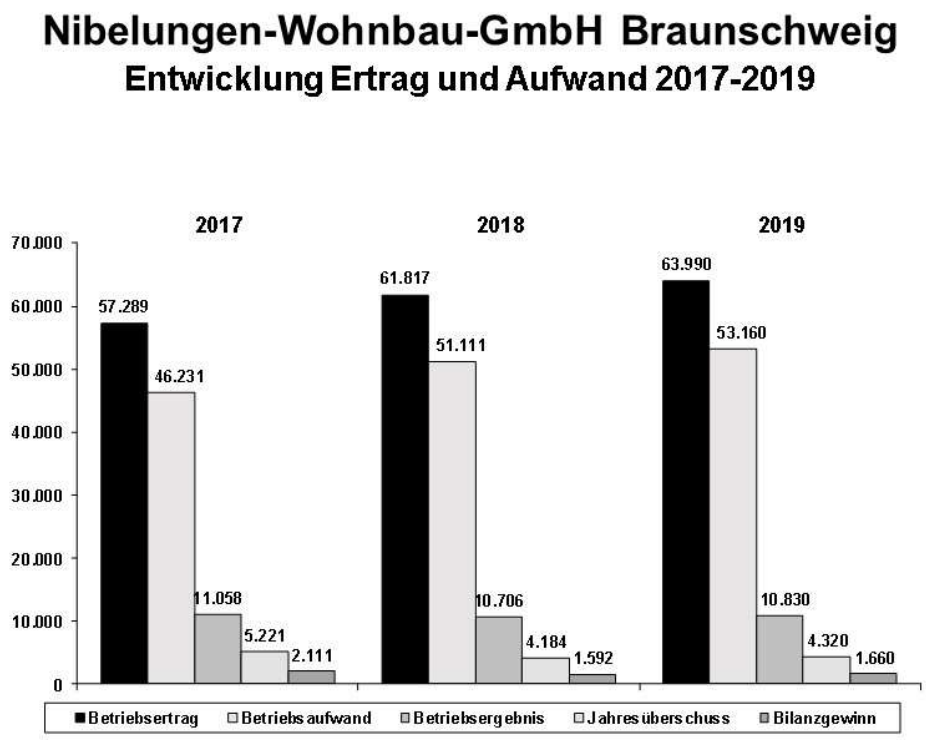
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	55.955	18,6	50.726	18,7	48.653	19,9
davon Gewinnrücklagen	**39.957**	**13,3**	**37.297**	**13,7**	**34.705**	**14,2**
Rückstellungen	29.917	9,9	21.910	8,1	19.011	7,8
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	188.173	62,6	161.389	59,4	141.343	57,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten	26.657	8,9	37.514	13,8	35.779	14,6
Bilanzsumme	**300.702**	**100,0**	**271.539**	**100,0**	**244.786**	**100,0**



GuV-Daten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	63.813	6.492	57.321	45.834
Sonstige betriebliche Erträge	177	-4.319	4.496	11.455
Betriebserträge	**63.990**	2.173	**61.817**	**57.289**
Materialaufwand	33.104	-396	33.500	29.764
Personalaufwand	7.739	402	7.337	6.848
Abschreibungen	8.189	359	7.830	7.177
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.128	1.684	2.445	2.442
Betriebsaufwand	**53.160**	2.049	**51.111**	**46.231**
Betriebsergebnis	**10.830**	124	**10.706**	**11.058**
Finanzergebnis	-4.660	139	-4.799	-4.437
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	567	207	360	187
Ergebnis nach Steuern	**5.603**	56	**5.547**	**6.434**
sonstige Steuern	1.282	-81	1.363	1.213
Jahresüberschuss	**4.320**	137	**4.184**	**5.221**
Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage	2.660	68	2.592	3.110
Bilanzgewinn	**1.660**	69	**1.592**	**2.111**



Angaben in T€

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens mit Sitz in Braunschweig ist der Betrieb des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.). Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus der entsprechenden Aufgabenerledigung der Gesellschaft. Der Betrieb und die Bereitstellung von Flughafenkapazitäten stellt eine Infrastruktur für Unternehmen und Forschungseinrichtungen zur Verfügung. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert und ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor für die Stadt Braunschweig geschaffen. Durch die Beteiligungssteuerung der Stadt Braunschweig wird überwacht, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 608.400 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	259.400	42,638
Stadt Wolfsburg	108.200	17,784
Landkreis Gifhorn	12.200	2,005
Landkreis Helmstedt	12.200	2,005
Eigene Anteile	216.400	35,568
	608.400	100

Unter Herausrechnung der „Eigenen Anteile“, die nicht stimmberechtigt sind, besitzt die Stadt Braunschweig einen Anteil von rd. 66,173 % am stimmberechtigten Kapital.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Matthias Disterheft	Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Sabah Enversen	Ratsherr der Stadt Wolfsburg, stellv. Vorsitzender
Gerold Leppa	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig
Frank Gundel	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (bis 31. März 2019)
Beate Gries	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (ab 2. April 2019)
Dr. Sebastian Vollbrecht	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Andreas Bauer	Stadtrat der Stadt Wolfsburg
Gerhard Radeck	Landrat des Landkreises Helmstedt (bis 21. Oktober 2019)
Dirk Wegmeyer	Abgeordneter des Landkreises Gifhorn (ab 22. Oktober 2019)

Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu 11 Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder ist abhängig davon, inwiefern die Gesellschafter jeweils ihre folgenden Entsenderechte ausüben: vier Mitglieder werden von der Stadt Braunschweig zwei Mitglieder von der Stadt Wolfsburg entsandt; ein weiteres Mitglied wird von den Gesellschaftern Landkreis Gifhorn und Landkreis Helmstedt einvernehmlich entsandt. Daneben können dem Aufsichtsrat bis zu vier Persönlichkeiten aus der regionalen Wirtschaft angehören. Dies ist im Moment nicht der Fall.

Geschäftsführung

Michael Schwarz	Alleiniger Geschäftsführer seit 1. Januar 2019

Wichtige Verträge

Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH hat im Jahr 2007 mit der ‚Austro Control GmbH' (ACG) einen Vertrag zur Erbringung von Flugsicherungsdienstleistungen sowie mit der ‚BAN 2000 GmbH' einen Vertrag über die Erbringung von CNS-Dienstleistungen („Communication-Navigation-Surveillance"; Flugsicherungstechnik) geschlossen.

Mit der Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) und dem Deutschen Wetterdienst (DWD) bestehen Verträge über die Nutzung von Radardaten und die Bereitstellung meteorologischer Daten.

Darüber hinaus existieren diverse Erbbaurechts- und Grundstücksverträge.

Anzahl der Arbeitnehmer

Der durchschnittliche Personalbestand lag im Geschäftsjahr 2019 bei 57 Beschäftigten (Vorjahr: 54). Daneben wurden 11 Aushilfen beschäftigt (Vorjahr: 12).

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2019	2018	Veränderungen
Beschäftigte	57	54	3
davon Teilzeitbeschäftigte	3	3	0
Gesamt	**57**	**54**	**3**

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2019 erwirtschaftete die Gesellschaft unter Einbeziehung der Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH in Höhe von 4.750,1 T€ einen Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 12 T€, der mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren verrechnet wurde. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich damit eine Verbesserung um rd. 138 T€.

Bei den Material-, Personal- sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergab sich im Vergleich zur Planung ein Anstieg um rd. 751 T€. Im Gegenzug hierzu sind aber auch die Erträge inkl. der Betriebsmittelzuschüsse um rd. 895 T€ gestiegen. Somit konnten die Erhöhungen bei den Aufwendungen überkompensiert und der Jahresfehlbetrag entsprechend reduziert werden.

Besondere Kennzahlen

Aufkommen/Flugbewegungen	2019	2018
Ein- und mehrmotorige Flächenflugzeuge	**26.148**	**25.758**
Hubschrauber	**1003**	**634**
UL-Luftfahrzeuge	**1.290**	**1.865**
Segelflugzeuge	**4.039**	**5.228**
Fallschirmsportsprünge	**2**	**18**
Fluggäste (kommerziell und nichtkommerziell)	**152.443**	**153.491**

Im Geschäftsjahr 2019 hat das DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. 469 Flüge (Vorjahr: 283) durchgeführt.

Am Braunschweiger Flughafen sind 203 Luftfahrzeuge beheimatet (Vorjahr: 201 mit Segelflugzeugen).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Beim Forschungsflughafen Braunschweig handelt es sich um einen Verkehrsflughafen mit einer besonderen Ausrichtung für Forschungszwecke und der Ansiedlung flughafenbezogener Betriebe und Forschungseinrichtungen (daher der Begriff „Forschungsflughafen“). Durch den gezielten Ausbau hat er sich zu einem Zentrum der Mobilitätsforschung entwickelt. Auch die Infrastruktur am Forschungsflughafen hat international einen hohen Stellenwert. Die kommunalen Gesellschafter profitieren insofern vom Steueraufkommen der am Flughafen sowie in der Region ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Inzwischen ist dort ein einzigartiges Netzwerk von namhaften Forschungsinstitutionen angesiedelt, die als Campus zusammenarbeiten. Gemeinsam mit hoch spezialisierten kleineren Unternehmen bilden sie ein außergewöhnliches Avionik-Cluster.

Der Forschungsflughafen Braunschweig ist mit seinen rund 40 Instituten, Unternehmen und Behörden für die Region unverzichtbar. Die von seinen rund 3.190 Arbeitsplätzen (Stand 2019) ausgehenden wirtschaftlichen Effekte sind beachtlich.

Mit Inbetriebnahme der Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2.300 m und der Verbreiterung der Bahn auf der ganzen Länge von 30 m auf 45 m am 18. Oktober 2012 kann die Flughafengesellschaft zum einen auch zukünftig eine angemessene Flughafeninfrastruktur zur Verfügung stellen und so die Weiterentwicklung des Forschungsflughafens sichern. Zum anderen konnten und können auch die Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung der bereits vorhandenen und künftig ansässigen Unternehmen vollumfänglich genutzt werden.

Der Forschungsflughafen Braunschweig ist eines der innovativsten Wirtschafts- und Wissenschaftscluster Europas. Mit seinem verkehrsträgerübergreifenden Portfolio entwickelt sich hier Europas führendes Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen sowohl bei der Forschung und Entwicklung rund um die Luft- und Raumfahrt als auch bei der Mobilität mit Auto oder Bahn sowie der Elektromobilität. Daher wurde der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg im neuen Luftverkehrskonzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vom 3. Mai 2017 in die Liste der Flughäfen „im Interesse des Bundes“ aufgenommen.

Um den Flughafen herum wurden außerdem drei Gewerbegebiete durch die Stadt Braunschweig mit Hilfe von Fördermitteln des Landes Niedersachsen erschlossen, um luftfahrtaffinen Firmen und Instituten die Möglichkeit zu eröffnen, sich in das Netzwerk Forschungsflughafen Braunschweig einzuklinken.

Für das Geschäftsjahr 2020 sah der originäre Wirtschaftsplan 2020 Gesellschaft einen Betriebsmittelzuschussbedarf in Höhe von 4.080 T€ (4.750 T€ im Vorjahr) vor. Unter Einbeziehung dieser Betriebsmittelzuschüsse erwartet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 150 T€. Nach Verrechnung mit dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2019 von rd. 12 T€ nebst Gewinnvortrag in Höhe von rd. 1.138 T€ verbliebe ein Gewinnvortrag von rd. 976 T€ zum 31.12.2020.

Pandemiebedingte Auswirkungen

Die Corona-Pandemie hatte im laufenden Geschäftsjahr 2020 einen massiven Flugverkehrsrückgang an allen Flughäfen zur Folge. Davon war und ist auch der Flughafen Braunschweig betroffen. Sowohl im Bereich der Forschungsflüge, als auch im Geschäftsreiseverkehr fanden in der ersten Jahreshälfte 2020 sehr viel weniger Flüge statt. Die Gesellschaft hat versucht auf die negative Entwicklung durch Einsparungen im Aufwandsbereich zu reagieren und die Mindereinnahmen zum Teil zu kompensieren.

Da das prognostizierte Jahresergebnis der Gesellschaft trotz Minderaufwendungen einen erhöhten Zuschussbedarf in Höhe von rd. 500 T€ nötig machte, wurde ein Nachtragswirtschaftsplan 2020 aufgestellt und vom Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 26.11.2020 beschlossen.

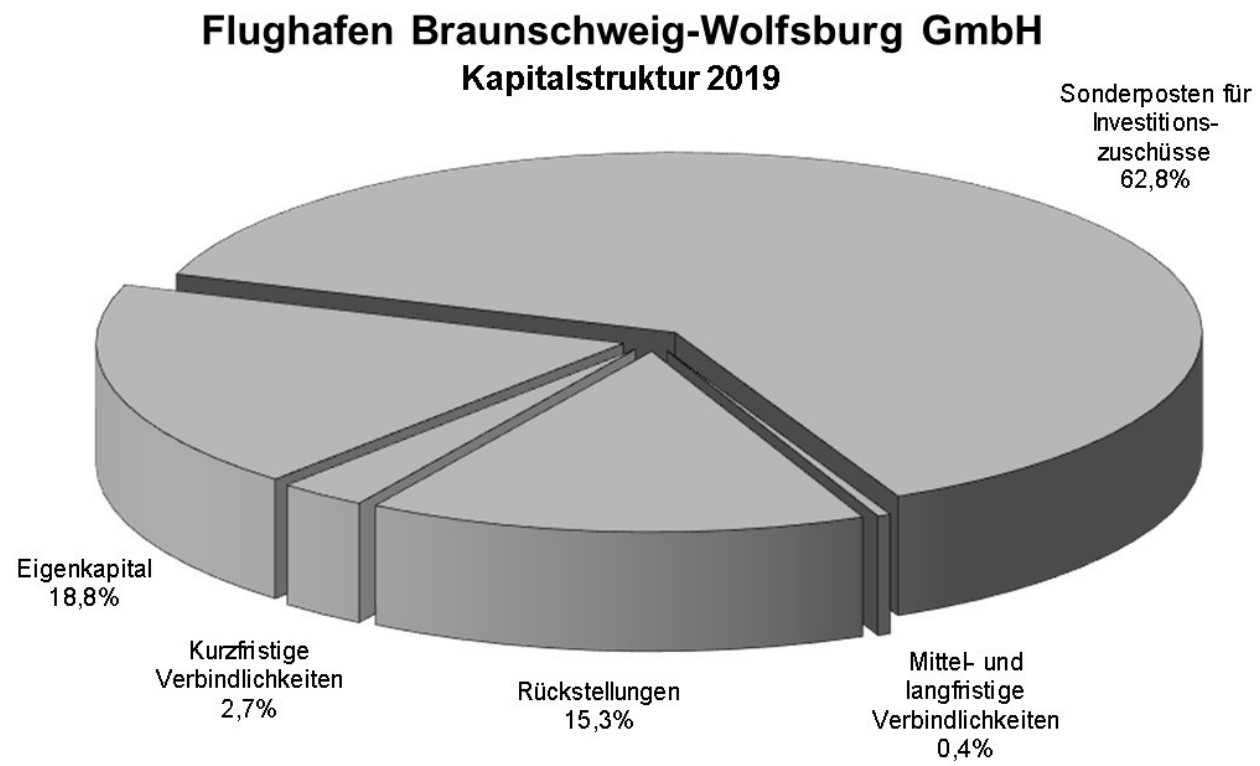
Mit Stand vom 07.12.2020 teilte das Land Niedersachsen mit, aufgrund der coronabedingten Einnahmeausfälle bei der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH eine Einmalzahlung von 800 T€ zu leisten. Daher wird voraussichtlich kein erhöhter Zuschussbedarf entstehen und die überplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel müssen nicht abgerufen werden.

Bilanzdaten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	32	0,1	29	0,1	34	0,1
Sachanlagen	29.730	85,1	32.289	91,0	35.131	90,2
Langfristig gebundenes Vermögen	**29.762**	**85,2**	**32.318**	**91,1**	**35.165**	**90,3**
Vorräte	132	0,4	115	0,3	115	0,3
Forderungen	1.095	3,1	484	1,4	802	2,1
Liquide Mittel	3.937	11,3	2.551	7,2	2.876	7,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**5.164**	**14,8**	**3.149**	**8,9**	**3.793**	**9,7**
Bilanzsumme	**34.926**	**100,0**	**35.467**	**100,0**	**38.958**	**100,0**

BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.578	18,8	6.590	18,6	7.714	19,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse	21.923	62,8	24.259	68,4	26.595	68,2
Rückstellungen	5.331	15,3	3.946	11,1	3.471	8,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	148	0,4	213	0,6	262	0,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten	946	2,7	460	1,3	916	2,4
Bilanzsumme	**34.926**	**100,0**	**35.467**	**100,0**	**38.958**	**100,0**

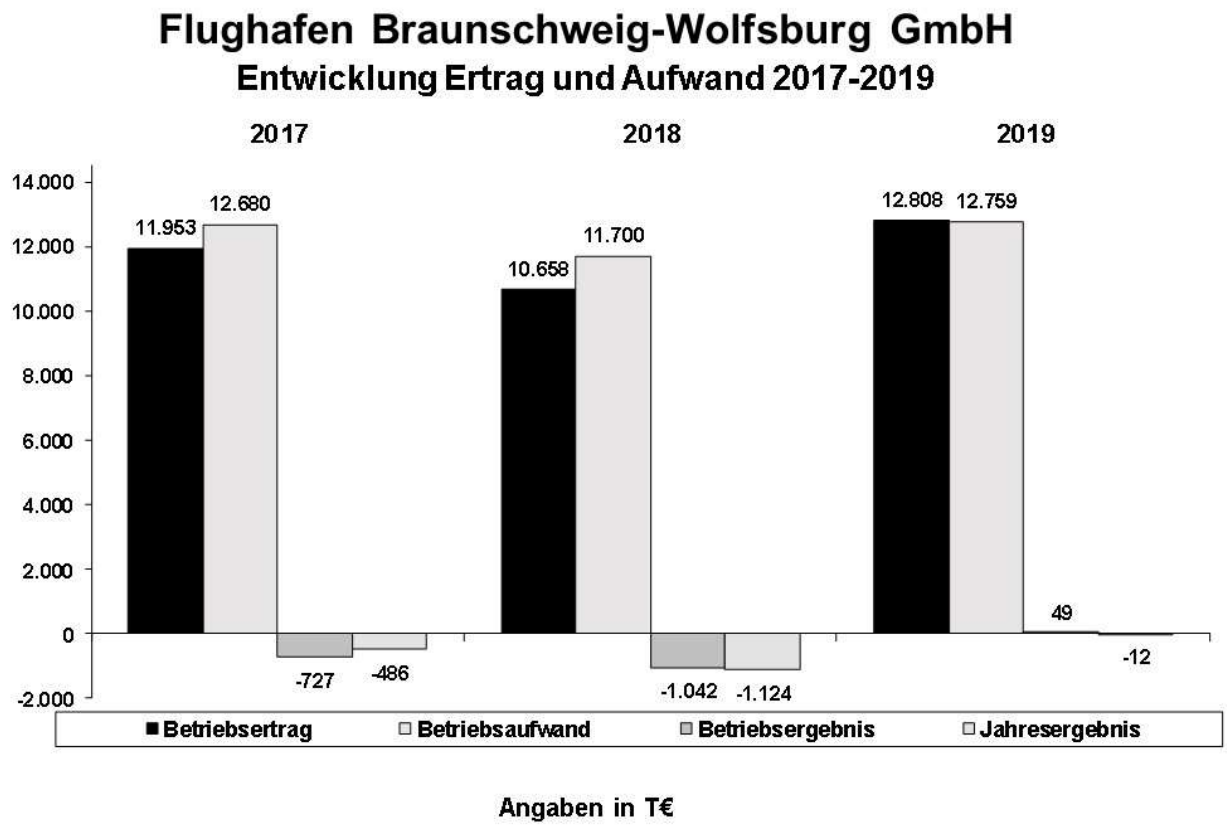


GuV-Daten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	5.629	482	5.147	6.181
Betriebsmittelzuschüsse*	4.750		2.800	2.800
Sonstige betriebliche Erträge	2.430	-281	2710,5	2972
Betriebserträge	**12.808**	2.151	**10.658**	**11.953**
Materialaufwand	3.251	1.161	2.090	3.942
Personalaufwand	4.966	432	4.534	4.228
Abschreibungen	3.304	-45	3.349	3.348
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.239	-488	1.727	1.162
Betriebsaufwand	**12.759**	1.060	**11.700**	**12.680**
Betriebsergebnis	**49**	1.091	**-1.042**	**-727**
Finanzergebnis	-45	13	-57,29	-12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**4**	1.104	**-1.100**	**-739**
sonstige Steuern	16	-7	23,7	-253
Jahresergebnis	**-12**	1.112	**-1.124**	**-486**

* Die notwendigen Betriebsmittelzuschüsse werden vorab als Ertrag gebucht.



ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH

Die Stadt Braunschweig hat mit Wirkung vom 8. Juli 2016 einen Anteil in Höhe von rd. 25,83 % an der ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH übernommen.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von informationstechnischen Dienstleistungen gegenüber den Gesellschaftern, deren Mitgliedern sowie deren Betrieben und Einrichtungen, insbesondere Organisations- und IT-Strategieberatung, umfassende Beratung in der Realisierung von IT-Projekten, Verfahrenseinführung und deren Betreuung, Entwicklung und/oder Bereitstellung sowie Pflege und Wartung von DV-Anwendungssystemen, soweit dies den Unternehmenszielen entspricht, Betrieb von Anwendungssystemen, Erbringung von Rechenzentrums-Dienstleistungen, Entwicklung und Anpassung eines Technologiekonzeptes, das die Anforderungen und Bedürfnisse der Gesellschafter berücksichtigt, Aufbau und Unterhaltung eines flächendeckenden Kommunikationsnetzes zwischen den Gesellschaftern und den zukünftigen Kunden, Durchführung von Schulungs- und Seminarmaßnahmen im gesamten Bereich der Informationstechnologie.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschafterin Stadt Braunschweig nutzt die bestehenden Dienstleistungsangebote der ITEBO GmbH, um damit ihre Leistungsfähigkeit und ihr Serviceangebot für die Bürgerinnen und Bürger im IT-Bereich zu sichern und zu stärken.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 300.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	**77.500**	**25,83**
Stadt Osnabrück	50.000	16,67
GbR der Kommunen der Landkreise Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim	77.500	25,83
Bistum Osnabrück	17.000	5,67
Landkreis Osnabrück	21.000	7,00
Landkreis Grafschaft Bentheim, Nordhorn	21.000	7,00
Landkreis Emsland, Meppen	21.000	7,00
ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G.	15.000	5,00
Summe	**300.000**	**100,00**

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Claus Ruppert	Stadtrat der Stadt Braunschweig (bis 31.3.2020)
Dr. Thorsten Kornblum	Stadtrat der Stadt Braunschweig (ab 1.4.2020)
Henning Sack	Stadt Braunschweig, Fachbereichsleiter, stellv. Mitglied
Alois Raming-Freesen	Bistum Osnabrück, Vorsitzender
Günter Oldekamp	Samtgemeinde Neuenhaus, stellv. Vorsitzender

Matthias Lühn	Samtgemeinde Lengerich, Samtgemeindebürgermeister
Wolfgang Griesert	Stadt Osnabrück, Oberbürgermeister
Thomas Fänger	Stadt Osnabrück, Fachbereichsleiter
Bärbel Rosenträter	Landkreis Osnabrück, Vorstand (ab 17.10.2019)
Stefan Albers	Landkreis Osnabrück, Fachdienstleiter (ab 17.10.2019)
Tobias Avermann	Bad Laer, Bürgermeister
Jens Geers	Landkreis Grafschaft Bentheim, Stabstellenleiter Digital. U. Org.
Gunda Gülker-Alsmeier	Landkreis Grafschaft Bentheim, Kreisrätin Dez. II
Guido Halfter	Gemeinde Bissendorf, Bürgermeister Vertreter Genossenschaft
Michael Steffens	Landkreis Emsland, Kreisrat Dezernent I
Holger Trossen	Landkreis Emsland, Fachbereich Innerer Service, stellv. Mitglied

Geschäftsführung

Bernd Landgraf

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2019 waren durchschnittlich rd. 210 Mitarbeiter (Vorjahr: 194) bei der ITEBO GmbH beschäftigt. Davon waren 193 (Vorjahr: 173) direkt angestellte Mitarbeiter und 17 (Vorjahr: 21) gestellte Mitarbeiter.

Wichtige Verträge

Die ITEBO GmbH ist alleinige Gesellschafterin der ITEBS Informationstechnologie Braunschweig GmbH. Zudem hält sie 25 % der Anteile an der GovConnect GmbH.

Geschäftsverlauf

Die geplanten Umsatzerlöse von rd. 25,1 Mio. € konnten im Jahr 2019 mit 28,6 Mio. € übertroffen werden. Die Umsatzerlöse konnten aufgrund eines ansteigenden Bestandsgeschäftes gegenüber der Planung stärker gesteigert werden.

Das Gesamtergebnis konnte, insbesondere durch den Anstieg der Umsatzerlöse, mit dem Jahresüberschuss in Höhe von 206,4 T€ ebenfalls übertroffen werden (Plan 2019: +80 T€).

Die Bilanzsumme der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 beträgt 6.510 T€.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirtschaftsplan 2020 der Gesellschaft weist ein Ergebnis in Höhe von rd. -63 T€ vor Steuern aus. Der im Vergleich zum Vorjahr sinkende Jahresüberschuss begründet sich im Wesentlichen durch steigende Material- und Personalkosten.

Für das Geschäftsjahr 2020 rechnete die Geschäftsleitung ursprünglich mit einem weiteren Anstieg der Umsatzerlöse. Bedingt durch die Corona-Pandemie musste die Gesellschaft eine Verschiebung im operativen Geschäft feststellen. Es entstand eine vergrößerte Nachfrage an Hardwareprodukten. Dadurch kam es zu einer Verschiebung zwischen Materialaufwand und Umsatzerlösen.
Softwareprodukte und Dienstleistungen konnten gegenüber Hardwareprodukten seltener vermarktet werden.

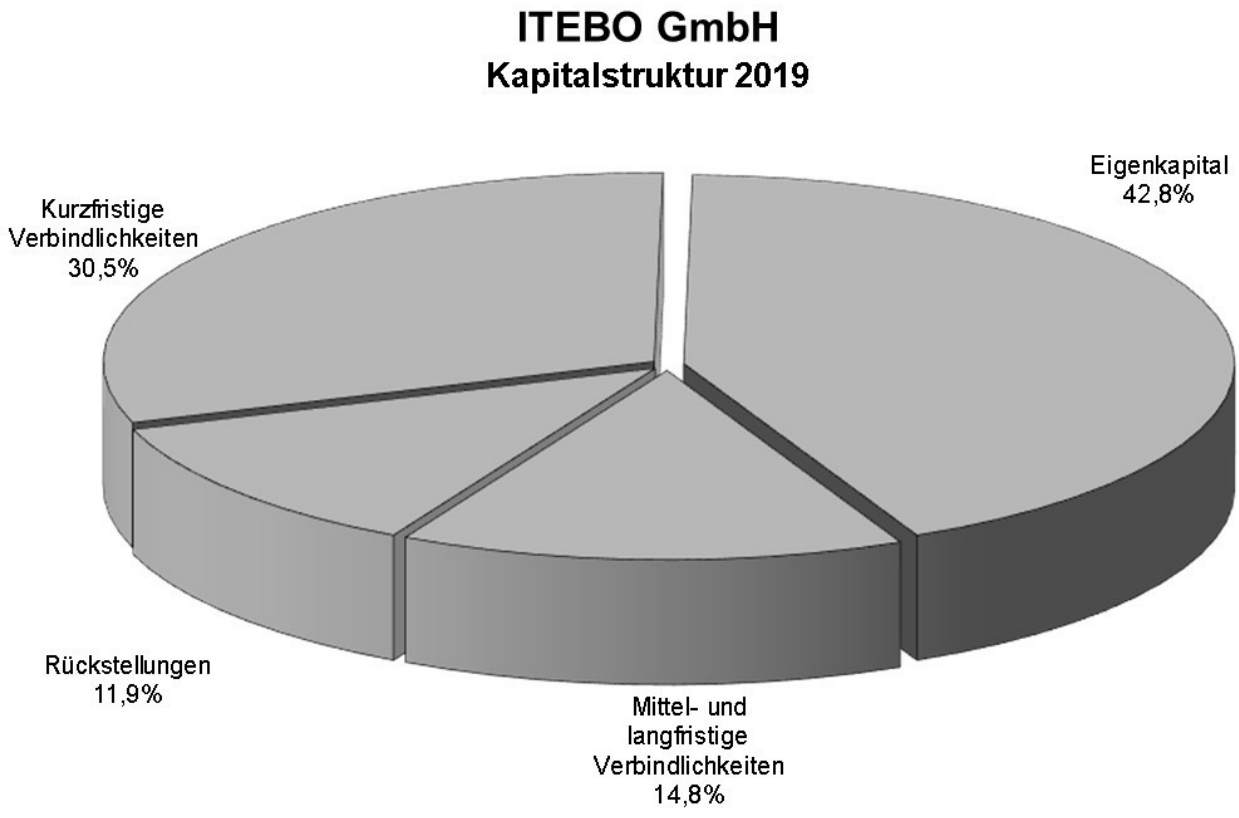
Die Gesellschaft prognostiziert einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 105 T€.

Bilanzdaten der ITEBO GmbH

ITEBO GmbH

BILANZ AKTIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	282	4,3	433	7,0	272	4,1
Sachanlagen	1.933	29,6	1.938	31,4	2.095	31,6
Finanzanlagen	255	3,9	255	4,1	512	7,7
Langfristig gebundenes Vermögen	**2.470**	**37,8**	**2.626**	**42,5**	**2.879**	**43,4**
Vorräte	651	10,0	319	5,2	173	2,6
Forderungen	2.440	37,6	2.335	37,9	3.533	53,3
Liquide Mittel	949	14,6	891	14,4	48	0,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**4.040**	**62,2**	**3.545**	**57,5**	**3.754**	**56,6**
Bilanzsumme	**6.510**	**100,0**	**6.171**	**100,0**	**6.633**	**100,0**

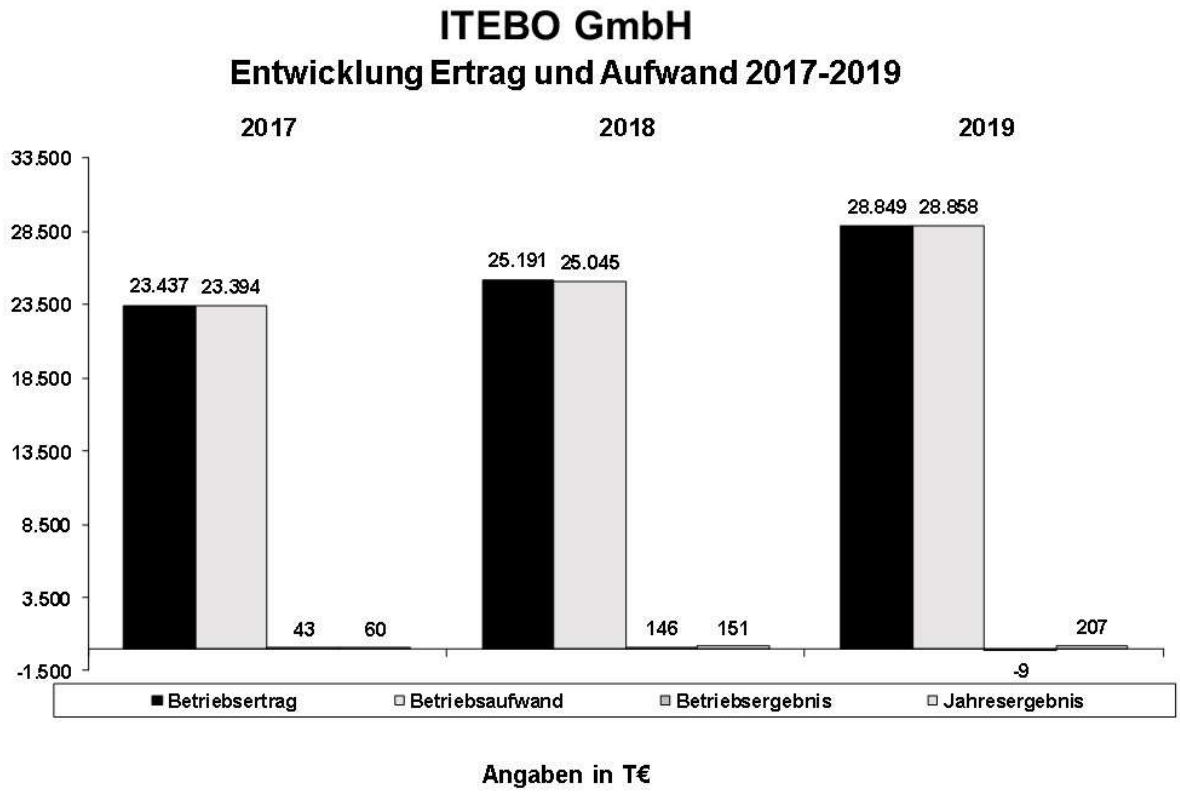
BILANZ PASSIVA	2019		2018		2017	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.786	42,8	2.580	41,8	2.429	36,6
Rückstellungen	775	11,9	945	15,3	522	7,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	960	14,8	1.020	16,5	1.080	16,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.988	30,5	1.626	26,3	2.602	39,2
Bilanzsumme	**6.510**	**100,0**	**6.171**	**100,0**	**6.633**	**100,0**



GuV-Daten der ITEBO GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	Veränderung T€	2018 T€	2017 T€
Umsatzerlöse	28.650	3.862	24.788	23.329
Sonstige betriebliche Erträge	198,6	-204	403	108
Betriebserträge	**28.849**	3.658	**25.191**	**23.437**
Materialaufwand	15.771	3.091	12.680	12.261
Personalaufwand	9.548	1.173	8.375	7.392
Abschreibungen	511	125	387	434
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.028	-576	3.604	3.307
Betriebsaufwand	**28.858**	3.813	**25.045**	**23.394**
Betriebsergebnis	**-9**	-155	**146**	**43**
Finanzergebnis	222	120	102	62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8	-92	84	33
Ergebnis nach Steuern	**220**	56	**164**	**72**
sonstige Steuern	14	1	13	12
Jahresergebnis	**207**	56	**151**	**60**
Gewinnvortrag	**827**	151	676	615
Bilanzgewinn	**1.034**	**207**	**827**	**675**



Angaben in T€

Allianz für die Region GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 9. Februar 2005 als „projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH“ gegründet. Die Gesellschaft wurde zur „Allianz für die Region GmbH“ umfirmiert und ist seit dem 1. Januar 2013 unter diesem Namen tätig.

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region Braunschweig, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird.

Die Gesellschaft soll über Aktivitäten auf den regionalen Handlungsfeldern Energie, Bildung, Gesundheit, Verkehr und Freizeit auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, um hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und sich an anderen Unternehmen, die den Gesellschaftszweck fördern, beteiligen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft sichert bestehende Arbeitsplätze, baut neue Beschäftigung auf und verbessert die Lebensqualität der Region nachhaltig. Damit wird dem Allgemeinwohl gedient.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 27.600 €.

Gesellschafter

In 2018 konnten mit der Madsack Medien Ostniedersachsen GmbH & Co. KG und die BZV Medienhaus GmbH zwei neue Gesellschafter gewonnen werden, welche ab dem 01.01.2019 dem Gesellschafterkreis beigetreten sind. Demnach ergibt sich folgende neue Gesellschafterstruktur:

Stand: Dezember 2020

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	**3.700**	**13,41**
Stadt Salzgitter	1.100	3,99
Stadt Wolfsburg	1.100	3,99
Landkreis Gifhorn	1.100	3,99
Landkreis Goslar	1.100	3,99
Landkreis Helmstedt	1.100	3,99
Landkreis Peine	1.100	3,99
Landkreis Wolfenbüttel	1.100	3,99
Regionalverband Großraum Braunschweig	1.100	3,99
Wolfsburg AG	2.600	9,42
VW Financial Services AG	2.400	8,70
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	2.400	8,70
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	1.100	3,99
Salzgitter AG	1.100	3,99
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	1.100	3,99
Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V.	1.100	3,99
IG Metall Süd Ost Niedersachsen	1.100	3,99
Industrie- und Handelskammer Braunschweig	550	1,99
Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg	550	1,99
Madsack Mediengruppe Ostniedersachsen	350	1,27
BZV Medienhaus GmbH	750	2,72
Summe	**27.600**	**100,00**

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Stadt Braunschweig, Vorsitzender
Frank Klingebiel	Stadt Salzgitter
Klaus Mohrs	Stadt Wolfsburg
Dr. Andreas Ebel	Landkreis Gifhorn
Thomas Brych	Landkreis Goslar
Gerhard Radeck	Landkreis Helmstedt
Franz Einhaus	Landkreis Peine
Christiana Steinbrügge	Landkreis Wolfenbüttel
Detlef Tanke	Regionalverband Großraum Braunschweig
Gunnar Kilian	Volkswagen AG
Dr. Frank Woesthoff	VW Financial Services AG
Jürgen Brinkmann	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
Stefan Gratzfeld	Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
Michael Kieckbusch	Salzgitter AG
Knud Maywald	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
Wolfgang Niemsch	Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V.
Bernd Osterloh	Volkswagen AG
Helmut Streiff	Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg
Wolfgang Räschke	IG Metall (bis Januar 2019)
Claas Schmedtje	Regionale Verlage
Eva Stassek	Netzwerk Allianz für die Region

Geschäftsführung

Dr. Frank Fabian
Oliver Syring

Wichtige Verträge

Die Finanzierung durch Gesellschafter- und Sponsorenbeiträge ist durch Verträge fixiert.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein unbefristeter Dienstleistungsrahmenvertrag mit der Wolfsburg AG abgeschlossen. Der Vertrag regelt, dass die Wolfsburg AG Dienstleistungen im administrativen Bereich erbringt, die in Untervereinbarungen näher geregelt und durch monatliche Pauschalen abgegolten werden. Zurzeit bestehen Untervereinbarungen für die Bereiche Personal, Bildung, Informationstechnik und Koordination regionaler Handlungsfelder.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2019 wurden 69 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 74).

Geschäftsverlauf

Vorrangige strategische Ziele der Gesellschaft sind die Weiterentwicklung der Lebensqualität sowie die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in den Städten Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter sowie in den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel. Die Aktivitäten fanden bisher schwerpunktmäßig in folgenden Handlungsfeldern statt:

- Bildung
- Energie
- Gesundheit
- Freizeit
- Wirtschaftsförderung und Ansiedlung
- Mobilitätswirtschaft & -forschung

Zwischenzeitlich wurde ein Prozess zur Anpassung des Aktivitätsportfolios sowie der Organisationsstruktur und Unternehmenskultur angestoßen. Dies hat zur Folge, dass die Handlungsfelder Freizeit, Gesundheit und Energie in der bisherigen Form zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 eingestellt wurden. Das Handlungsfeld Bildung sowie einzelne Projekte wurden in die neue Unternehmensstrategie überführt.

Die neuen regionalen Aktionsfelder der Allianz für die Region GmbH ab dem Geschäftsjahr 2019 sind:

- Fachkräfte sichern und gewinnen
- Wirtschaft fördern und Ansiedlung unterstützen
- Region vermarkten
- Mobilität gestalten

Das Geschäftsjahr 2019 war durch die strategische Neuausrichtung geprägt. Im Rahmen dieser haben sich durch die Fokussierung des Projektportfolios und die Straffung von Aktivitäten die Umsätze und sonstigen betrieblichen Erträge vermindert. Kompensiert wurden die verminderten Umsätze durch Einsparungen in den Bereichen der Materialaufwendungen, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und im Vertrieb.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde gegenüber dem Wirtschaftsplan (Überschuss 8 T€) ein leicht negatives Ergebnis erzielt. Insgesamt ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -8 T€ (Vorjahr +2 T€). Zusammenfassend ist das Geschäftsjahr dennoch als ein zufriedenstellendes Jahr zu bezeichnen, da durch strategische Neuausrichtung und Fokussierung der Projektaktivitäten die Ziele, Arbeitsplätze und Lebensqualität in der Region zu stärken, intensiver verfolgt werden können.

Beispielhaft ist das Projekt „BOBS“ (Berufsorientierung in Braunschweig) zu nennen, welches im Jahr 2011 begonnen wurde. Dieses soll den Schülerinnen und Schülern helfen, eine passende Berufswahl zu treffen und sich für den richtigen Beruf entscheiden. Innerhalb von zwei Jahren lernen die Jugendlichen in verschiedenen Angeboten die Praxis in Unternehmen kennen und loten ihre individuellen Interessen aus. So kristallisieren sich realistische Berufswünsche heraus. Mit einem einwöchigen Berufseignungstest werden die Schüler gezielt auf die Gespräche mit den Beratungskräften der Agentur für Arbeit vorbereitet, bei denen sie Auskunft über ihre Chancen auf einen Praktikums-, Ausbildungs- oder auch einen Oberstufenplatz erhalten.

Im Projekt BOBS arbeiten Schüler, Eltern, Lehrer, Kommunen und Wirtschaft eng zusammen. Schulabgänger sollen mit Hilfe des Projektes bei der beruflichen Zukunftsgestaltung profitieren und die Wirtschaft kann hierüber geeignete Auszubildende erhalten.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bewährte enge Verbindung der Allianz für die Region GmbH und der Wolfsburg AG bietet auch in Zukunft erheblich Chancen, die Region im Wettbewerb der Standorte um Kapital, Nachwuchs, Unternehmen gut zu positionieren. Gleichbleibendes Ziel ist es, die Region in den sechs Schwerpunkten durch ausgewählte Best-Practice-Projekte als „Referenzregion für Arbeit und Lebensqualität“ zu positionieren. Zudem ist geplant, dass die in 2019 begonnene Überprüfung und Fokussierung des Projektportfolios durch die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 umgesetzt wird.

Für das Geschäftsjahr 2020 ist ein ausgeglichenes Ergebnis geplant.

Von der Stadt Braunschweig erhält die Gesellschaft einen Zuschuss in Höhe von 180 T€ jährlich.

Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Entwicklung der Teilräume Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung. Die Etablierung dieser Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Hannover.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft zielt mit ihrer Tätigkeit auf eine Aufwertung der Metropolregion und ihrer Teilbereiche sowie der Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität. Hierdurch soll die Einbindung in europäische Entwicklungsstrategien erleichtert werden und die Kooperation von Kommunen, Hochschulen, Unternehmen in der Metropolregion sowie dem Land ausgebaut werden. Damit wird insgesamt dem Gemeinwohl an einer wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Metropolregion gedient.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	Euro	%
Stadt Braunschweig	**1.300**	**5,2**
Verein Kommunen *	6.400	25,6
Verein Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen **	5.750	23,0
Verein Wirtschaft ***	5.750	23,0
Land Niedersachsen	1.900	7,6
Landeshauptstadt Hannover	1.300	5,2
Stadt Göttingen	1.300	5,2
Stadt Wolfsburg	1.300	5,2
Summe	**25.000**	**100**

* Dem Verein „Kommunen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ gehören insgesamt zurzeit 33 Städte, 15 Landkreise, 4 Gemeinden, die Region Hannover, der Regionalverband Großraum Braunschweig und weitere kommunale Verbände dieser Region an.

** Mitglieder des Vereins „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ sind diverse Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen der Region.

*** Der Verein „Wirtschaft in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg e.V.“ wurde von Unternehmen und wirtschaftsnahen Verbänden der Region gegründet, um als Gesellschafter der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH dessen Arbeit zu unterstützen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie der Parlamentarische Beirat (beratende Funktion).

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu 18 Mitgliedern. Im Vorsitz wechseln sich die Oberbürgermeister der Städte Hannover und Braunschweig alle zwei Jahre ab. Grundsätzlich ist der Oberbürgermeister, der nicht den Vorsitz innehat, stellvertretender Vorsitzender. Derzeit ist turnusgemäß der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Herr Ulrich Markurth, Aufsichtsratsvorsitzender. Die Stellvertretung übernimmt gegenwärtig der Oberbürgermeister der Stadt Hannover.

Stand: Dezember 2020

Name	Funktion
Ulrich Markurth	Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Aufsichtsratsvorsitzender
Sabine Tegtmeyer-Dette	Erste Stadträtin der Stadt Hannover, stellv. Aufsichtsratsvorsitzende (bis 27. November 2019)
Belit Onay	Oberbürgermeister Stadt Hannover, stellv. Aufsichtsratsvorsitzende (ab 28. November 2019)
Petra Schulz	Abteilungsleiterin Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
Rolf-Georg Köhler	Oberbürgermeister der Stadt Göttingen
Klaus Mohrs	Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg
Franz Einhaus	Landrat des Landkreises Peine
Hauke Jagau	Regionspräsident der Region Hannover
Dr. Ingo Meyer	Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim
Klaus Becker	Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz (bis 10. Juni 2019)
Dr. Sabine Michalek	Bürgermeisterin Stadt Einbeck (ab 11. Juni 2019)
Prof. Dr. Michael P. Manns	Präsident der Medizinischen Hochschule Hannover
Prof. Dr. Thomas Hanschke	Präsident der Technischen Universität Clausthal
Julius von Ingelheim	Leiter Regionalentwicklung der Volkswagen-AG
Dr. Volker Müller	Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
Thorsten Gröger	Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Christoph Schulz	Vorstandsvorsitzender Braunschweigische Landessparkasse
Dr. Horst Schrage	Hauptgeschäftsführer IHK Hannover
Dietmar Smyrek	Vizepräsident der Technischen Universität Braunschweig
Prof. Dr. Gert Bikker	Vizepräsident Forschung, Entwicklung und Technologietransfer der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Geschäftsführung

Raimund Nowak
Kai Florysiak

Parlamentarischer Beirat

Der Parlamentarische Beirat besteht aus bis zu 20 Parlamentariern aus dem Niedersächsischen Landtag, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament. Der Parlamentarische Beirat berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat bei der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft. Die Mitglieder werden durch den Aufsichtsrat im Benehmen mit den Vorsitzenden der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen benannt. Im Parlamentarischen Beirat sollen sich die Stärkeverhältnisse des Niedersächsischen Landtages widerspiegeln.

Der Aufsichtsrat beruft den Parlamentarischen Beirat mindestens jährlich zur Beratung ein.

Wichtige Verträge

Der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH wird von den Gesellschaftern auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zur Erfüllung ihrer Aufgaben Kapital bzw. Personal zur Verfügung gestellt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2019 durchschnittlich 4 Mitarbeiter (Vorjahr: 5), davon im Durchschnitt 1 Aushilfe (Vorjahr: 1).

Geschäftsverlauf

Die Metropolregion GmbH hat sich auch im Geschäftsjahr 2019 weiter positiv entwickelt und als Entwickler, Träger und Partner von Projekten unterschiedlicher Größenordnung etabliert.
Verschiedene Vorhaben, die auch mit Unterstützung des Landes Niedersachsen (Richtlinie zur Stärkung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg) realisiert wurden, fanden unter der Trägerschaft von Gesellschaftern oder Mitgliedern der Gesellschaftergruppen statt.

Im Laufe des Jahres 2017 hat die Relevanz der Elektromobilität sowohl im Bereich der Industriepolitik als auch als eine Lösung für die Bekämpfung des Klimawandels und als technische Möglichkeit zur Senkung der Luft-Schadstoffbelastungen in urbanen Zentren erheblich zugenommen. Auch im Jahr 2018 engagierte sich die großräumige Kooperation in starkem Umfang in diesem Handlungsfeld. Dabei folgte die Arbeit der im Arbeitsprogramm fixierten Zielsetzung der Platzierung als eine der führenden Regionen Europas bei der Entwicklung, der Produktion und des Einsatzes von Elektrofahrzeugen. Im Dezember 2019 wurde die Metropolregion als eine von 50 Zielregionen im Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Mobilitätswerkstatt 2025“ ausgewählt. Damit erhält die Metropolregion die Chance, sich erneut für ein großräumiges Modellprogramm des Bundes zu qualifizieren und seine Position als Vorbildregion in der Verbindung von Verehrs- und Energiewende zu festigen.

Zudem gewinnt auch die Initiative eHealth.Metropolregion der Metropolregion GmbH immer mehr an Bedeutung. Die Metropolregion wird in Fachkreisen inzwischen eng mit dem Thema eHealth verbunden, als engagierter Partner wahrgenommen und als Impulsgeber geschätzt. Zahlreiche Akteure (Verbände, Krankenkassen, IT-Unternehmen, medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen) nehmen Kontakt auf und wünschen sich eine Zusammenarbeit. Ebenso besteht bei den genannten Akteuren der Wunsch nach Vernetzung untereinander. Die Finanzierung der Initiative wurde bis Ende 2019 verlängert.

Das Wirtschaftsjahr 2019 hat die Gesellschaft mit einem Überschuss in Höhe von 7.138,01 € (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 841,39 €) abgeschlossen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirkungskreis der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg umfasst eine Fläche von 19.000 km² mit rund 3,8 Millionen Einwohnern, große, mittlere und kleine Städte, urbane und ländliche Räume, auch Gebirge. Das Gebiet der Metropolregion erstreckt sich vom Landkreis Heidekreis im Norden bis an die hessische und thüringischen Grenzen im Süden. Westlich reicht die Metropolregion mit dem Landkreis Schaumburg und den Städten Bückeburg und Rinteln an das Land Nordrhein-Westfalen heran. Im Osten stellt der an Sachsen-Anhalt angrenzende Landkreis Helmstedt die weiteste Ausdehnung der Metropolregion dar.

Es sind in erster Linie die wirtschaftliche Stärke, die exzellente Wissenschaftslandschaft und die Lage an bedeutenden europäischen Verkehrsachsen, die die Region um die Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zur Metropolregion von europäischer Bedeutung machen.

Grundlage für die Arbeit der Metropolregion GmbH bildete bisher das im Jahr 2015 vom Aufsichtsrat für den Zeitraum von 2015 bis 2019 beschlossene Arbeitsprogramm mit dem Titel „Zusammenwachsen“. Es beinhaltete folgende Handlungsfelder mit korrespondierenden Querschnittsthemen:

I. Handlungsfelder:

- Verkehr und Elektromobilität
- Energie und Ressourceneffizienz
- Gesundheitswirtschaft
- Kultur- und Kreativwirtschaft

II. Querschnittsthemen:

- Internationalisierung und Standortmarketing
- Wissensvernetzung
- Stadt-Land-Kooperation
- Fachkräfte.

Die Metropolregion GmbH hat sich in verschiedenen Handlungsfeldern und organisatorische Zusammenhängen eine gute Akzeptanz erarbeitet und damit die Basis für eine positive weitere Entwicklung des Unternehmens gelegt.

Das Auslaufen des Arbeitsprogramms wollen die Gesellschafter nunmehr zum Anlass für eine grundlegende Überprüfung der inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung der großräumigen Situation in der Metropolregion nehmen. Die Gesellschaft soll sich zukünftig in der Zusammenarbeit auf die Themen Mobilität, Gesundheit und Standortmarketing fokussieren. Im Jahr 2020 soll zudem eine Regelung zur künftigen Finanzausstattung getroffen werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden entscheidenden Einfluss auf die künftige Entwicklung der großräumigen Kooperation im Rahmen der Metropolregion GmbH haben.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Im Haushalt der Stadt Braunschweig sind für das Jahr 2020 und für die Folgejahre allgemeine Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von 50 T€ p. a. eingeplant.

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Das für die öffentliche Hand tätige Beratungsunternehmen ÖPP Partnerschaften Deutschland AG hat sich zum Jahresende 2016 neu aufgestellt. Es wurde in eine rein öffentlich getragene GmbH umgewandelt und führt nun den Namen „Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ (PD). Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, der öffentlichen Hand als Inhouse-Beratungsunternehmen zur Verfügung zu stehen. Ziel ist es, insbesondere Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Investitionsprojekte schneller, kosteneffizienter und termintreuer zu realisieren. Damit würden Verwaltungskapazitäten entlastet und sinnvoll mit externem Know-how ergänzt.

Mit der Neustrukturierung in die PD wird gleichzeitig ein Vorschlag der Kommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ des Bundeswirtschaftsministeriums aufgegriffen. Ziel soll es sein, künftig noch breiter als bisher eine kompetente und erschwingliche Beratung gezielt für Kommunen zur Verfügung zu stellen. Das Beratungsangebot umfasst grundsätzlich alle Beschaffungsvarianten (Eigenrealisierung, Miete, Kauf, ÖPP, etc.). Die PD unterstützt die Kommunen insbesondere bei folgenden Schritten:

- Bedarfsermittlungen und Projektstrategiekonzepte,
- Machbarkeitsuntersuchungen und Variantenvergleiche,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Vergabeverfahren und Verhandlungen mit Auftragnehmern,
- Projektmanagement und Projektcontrolling,
- Supervision und Analyse von Projekten und Vergabeverfahren (z. B. in Krisensituationen).

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzung eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Mit Anteilskaufvertrag vom 10. Mai 2017 hat die Stadt Braunschweig 15 Geschäftsanteile mit einem Nennbetrag in Höhe von je 100,00 € an der PD erworben.

Mit Wirkung vom 12. Juli 2019 wurden die bisher von der PD gehaltenen eigenen Anteile ersatzlos eingezogen und das Stammkapital um 234.000 € erhöht. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt nunmehr 2.004.000 € und ist in 10.020 Geschäftsanteile aufgeteilt. In diesem Zuge hat sich der Nennbetrag von 100,00 € auf 200,00 € erhöht. Der Stimmrechtsanteil der Stadt Braunschweig beträgt weiterhin rd. 0,15 %.

Sollte die Stadt Braunschweig zu einem späteren Zeitpunkt eine Rückübertragung ihrer Anteile vornehmen wollen, wird ihr auch nur der von ihr gezahlte Kaufpreis in Höhe von 100 € je Anteil zurückerstattet.

Die Gesellschaft liegt zu 100 % in öffentlichen Händen.

Nordzucker Holding AG

Die Beteiligung an der Nordzucker Holding AG, respektive der früheren Zucker AG Uelzen-Braunschweig, entspringt gewachsenen und historischen Strukturen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an anderen Unternehmen, die

- Zucker, zuckerhaltige Erzeugnisse, Lebens- und Genussmittel, Erzeugnisse für die Lebensmittelindustrie, Futtermittel, Bioethanol (Agraralkohol), sonstige Biokraftstoffe und ähnliche Produkte, die aus agrarischen Rohstoffen erzeugt werden, herstellen und vertreiben,
- landwirtschaftliche Erzeugnisse verwerten,
- mit allen vorgenannten Erzeugnissen handeln

insbesondere die Beteiligung von mehr als 50 Prozent an der Nordzucker AG, sowie die Vornahme aller sonstigen hiermit zusammenhängenden Geschäfte und Maßnahmen.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft liegt bei 99.993.942,83 €. Die Stadt Braunschweig hält einen nominellen Anteil in Höhe von 28.152,40 € (ca. 0,0282 %).

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

Nordzucker AG

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Herstellung von Zucker und zuckerhaltigen Erzeugnissen,
- die Herstellung von Lebens- und Genussmitteln und Erzeugnissen für die Lebensmittelindustrie,
- die Herstellung von Futtermitteln,
- die sonstige Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- der Handel mit allen vorgenannten Erzeugnissen sowie
- die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen des vorbezeichneten Unternehmensgegenstandes.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 123.651.328,00 €. Die Stadt Braunschweig hat hieran einen geringen Anteil in Höhe von 378,88 € (ca. 0,0003 %).

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

5. Weitere Aufgabenträger

Ergänzend zu den Aufgabenträgern des Beteiligungskreises gemäß § 151 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, die auf den vorausgehenden Seiten unter Einzelübersichten zu den Gesellschaften dargestellt werden, wird im Folgenden über Aufgabenträger berichtet, die gemäß § 59 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung in den Konsolidierungsbericht aufgenommen werden müssen. Da der Beteiligungsbericht den Konsolidierungsbericht ergänzt, werden auch die weiteren Aufgabenträger in den Beteiligungsbericht aufgenommen (s. Einleitung).

Sonderrechnung
Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Gegenstand der Sonderrechnung

Der Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG).

Gegenstand des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der städtischen Immobilien. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27.11.2011 von Hochtief PPP Schulpartner Braunschweig GmbH bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehören die Sanierung sowie der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben des Hochbaus und Gebäudemanagements. Ab dem 01.01.2021 ist der bisherige Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement in einen Fachbereich Gebäudemanagement und im Referat Hochbau aufgeteilt. Letztere übernimmt ab diesem Zeitpunkt alle Baumaßnahmen ab 800.000 Euro.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebäudebewirtschaftung der Stadt Braunschweig stellt die für die Verwaltung der Stadt Braunschweig notwendigen Gebäuderessourcen zur Verfügung und unterstützt diese damit in ihrer Aufgabenerledigung. Hierdurch wird dem Allgemeinwohl gedient.

Beteiligungsverhältnisse

Der Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement ist ein Fachbereich der Stadt Braunschweig. Weitere Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement wahrgenommen.

Die Leitung des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement obliegt zurzeit Herrn Wilhelm Eckermann.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau und Gebäudemanagement betreffen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Am Bilanzstichtag 31.12.2019 waren für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement 33 Beamte und 266 (258 Vorjahr) Beschäftigte tätig. Darüber hinaus waren 5 Auszubildende am 31.12.2019 beschäftigt.

Geschäftsverlauf*

Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich vor Zahlung des Zuschussbetrages ein Fehlbetrag in Höhe von 2.952.303,10 € (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 2.080.066,83 €).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Sonderrechnung*

Der Ergebnishaushalt der Sonderrechnung weist in 2019 bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 84,5 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 82,7 Mio. € einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 2,3 Mio. € aus. In diesem Ergebnis ist ein Zuschussbetrag in Höhe von rd. 5,2 Mio. € enthalten.

Der Ergebnishaushalt der Sonderrechnung weist in der Planung für 2020 bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 84,5 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 85,2 Mio. € einen Jahresfehlbetrag von rd. 0,7 Mio. € aus. Insgesamt sollen lt. Investitionsprogramm der Stadt Braunschweig im Jahr 2020 Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen in Höhe von rd. Mio. 55,9 € durch den FB 65 abgewickelt werden.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat die Auflösung der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement und die Rückführung in den städtischen Haushalt beschlossen. Ziel war eine Umsetzung zum 1. Januar 2017. Aufgrund der nicht vollumfänglich vorhersehbaren hohen Aufwände, die die Zusammenführung der beiden SAP-Systeme des Fachbereichs 65 sowie der Kernverwaltung mit sich bringt, konnte die ursprünglich Zeitplanung der Integration des Fachbereichs 65 in den Haushalt nicht eingehalten werden. Zudem sollten die Ergebnisse der im Dezember 2016 beauftragten externen Organisationsuntersuchung der städtischen Grundstücks- und Gebäudewirtschaft abgewartet werden, damit die sich hieraus ergebenden Auswirkungen bei der Rückführung der Sonderrechnung in den städtischen Haushalt berücksichtigt werden können

Die Organisationsuntersuchung gliederte sich in zwei Teile. Im ersten Teil wurde die Aufgabenabgrenzung zwischen dem Fachbereich 20 Finanzen als Vermögensverwalter und dem Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement als Gebäudebewirtschafter begutachtet. Schwerpunkte lagen dabei in der Ausgestaltung der Eigentümerfunktion sowie in den Schnittstellen mit anderen Organisationseinheiten. Im zweiten Teil wurden die fachbereichsinternen Prozesse und Strukturen des Fachbereich 65 überprüft. Außerdem sollen die Geschäftsprozesse und Kommunikationswege mit den beteiligten Organisationseinheiten betrachtet werden. Die Verwaltung hat in den Bauausschusssitzungen im Dezember 2017 und im Januar 2018 bereits über erste Ergebnisse hinsichtlich der beabsichtigten Neuorganisation der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, zur voraussichtlichen neuen Aufbauorganisation des FB 65 und zum damals bereits ermittelten Stellenmehrbedarf des FB 65 berichtet. Der vorliegende Abschlussbericht wurde im Bauausschuss sowie im Finanz- und Personalausschuss von der Firma BSL vorgestellt. Insgesamt enthält der Abschlussbericht des Gutachters diverse Empfehlungen zu unterschiedlichen Themenstellungen. Diese zielen dabei insbesondere auf eine Stärkung strategischer Themen wie PPP und Machbarkeitsstudien, klar definierte Schnittstellen im Bauprojektmanagement, Einhaltung von Zeit- und Kostenrahmen, eine stärkere Nutzerorientierung und die rechtssichere Wahrnehmung der Betreiberverantwortung. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wird nach Aussage der Gutachter zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Die Mehrzahl der Empfehlungen sind inzwischen umgesetzt worden. Die Besetzung der neuen Stellen gestaltet sich weiterhin aufwendig und es wird erwartet, dass bis Ende 2021 alle neuen Stellen besetzt werden können.

Neben dem erhöhten Stellenbedarf wurde auch der erforderliche zusätzliche Raumbedarf berücksichtigt. Um die ausreichende Kapazität auch für einen weiteren personellen Aufwuchs bieten zu können und die eine Aufteilung der Abteilungen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach fachlichen Aspekten zulässt, ist der FB 65 mittlerweile auf fünf Standorte aufgeteilt. Die verwaltungs-internen Überlegungen, den FB 65 an zwei Standorten unterzubringen, könnte frühestens im Zusammenhang der Anmietung der Büroflächen im geplanten Neubau des BraWo Centers III umgesetzt werden.

*****) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Gegenstand der Sonderrechnung

Die Abfallwirtschaft der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs.1 i. V. m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG).

Die operativen Aufgaben der Abfallwirtschaft sind zum 1. Januar 2001 weitestgehend der damaligen Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) übertragen worden, die sich zum 1. Januar 2005 in ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) umbenannt hat. Die Beziehungen zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS sind in den Leistungsverträgen, Klarstellungsvereinbarungen „Straßenreinigung“ und „Abfall“ und in den Ergänzungsvereinbarungen zu den Leistungsverträgen geregelt. Die Leistungen von ALBA-BS werden mit verschiedenen Leistungsentgelten abgegolten.

Die Entsorgung und Verwertung der Abfälle erfolgt ebenfalls durch beauftragte Dritte. Bei den Restabfällen erfolgt die thermische Behandlung seit dem 1. Februar 2007 bei der REMONDIS GmbH & Co. KG Region Nord. Der Bio- und Grünabfall wird bei der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ehem. Braunschweiger Kompost GmbH) verwertet.

Des Weiteren werden Aufgaben der Deponiebewirtschaftung ab dem 1. Januar 2006 durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) ausgeführt (s. Sonderrechnung Stadtentwässerung). Zudem führt die SE|BS seit 2009 auch den Einlagerungsbetrieb auf Schüttfeld III durch. Die Sickerwasserkläranlage gehört dem Abwasserverband Braunschweig (AVB) und wird im Rahmen des Betriebsführungsvertrages und des Abwasserentsorgungsvertrages ebenfalls von der SE|BS betrieben.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abfallbeseitigung (Gebührenkalkulation und Satzungsvollzug) verblieben. Daneben sind dem Regiebetrieb der Deponiebetrieb, das Vertragscontrolling und die strategische Ausrichtung der Abfallwirtschaft übertragen worden. Hinzu kommt die Durchführung des Projektes „Unser sauberes Braunschweig“.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebührenkalkulation und der Satzungsvollzug dienen als hoheitliche Aufgaben unmittelbar einem öffentlichen Zweck. Durch den Deponiebetrieb, das Vertragscontrolling und die strategische Ausrichtung der Abfallwirtschaft behält die Stadt Braunschweig Einfluss auf den Bereich der Abfallwirtschaft und stellt damit sicher, dass die Abfallwirtschaft am Maßstab des Allgemeinwohls orientiert ist.

Beteiligungsverhältnisse

Die Sonderrechnung Abfallwirtschaft ist eine rechtlich unselbstständige Sonderrechnung der Stadt Braunschweig. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben des Regiebetriebes "Abfallwirtschaft" werden seit dem 1. Januar 2006 von den Fachbereichen 20 Finanzen und 66 Tiefbau und Verkehr wahrgenommen.

Die Leitung des Fachbereichs 20 Finanzen obliegt Herrn Markus Schlimme.
Die Leitung des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr obliegt Herrn Klaus Benscheidt.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Abfallwirtschaft betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abfallentsorgungssatzung, Abfallentsorgungsgebührensatzung, Straßenreinigungsverordnung, Straßenreinigungssatzung und Straßenreinigungsgebührensatzung).

Anzahl der Arbeitnehmer

2019 waren für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft 3 Beamte in Vollzeit, 2 Beamte in Teilzeit, 2 Beschäftigte TVöD in Vollzeit und 1 Beschäftigter TVöD in Teilzeit tätig.

Geschäftsverlauf*

Im Haushaltsjahr 2019 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 412.909,50 € (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von 1.272.484,16 €) erwirtschaftet. Der Fehlbetrag setzt sich aus einem Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 30.621,46 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 382.288,04 € zusammen. Das Jahresergebnis 2019 weicht um 101.609,50 € vom geplanten Jahresergebnis 2019 ab.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Sonderrechnung*

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gebührenbereiche der Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird im Bereich Abfall sowohl hinsichtlich der Umsatzerlöse als auch hinsichtlich der Aufwendungen im Wesentlichen beeinflusst durch das für die Abfallsammlung zur Verfügung gestellte Abfallbehältervolumen und durch die eingesammelte bzw. an den Wertstoffhöfen angenommene Abfallmenge. Weiterhin beeinflussen insbesondere die Aufwendungen für die Deponie das wirtschaftliche Ergebnis. Im Bereich der Straßenreinigung ergeben sich nur geringe Mengenschwankungen.

Die Restabfallmenge ist im Jahr 2019 weitgehend konstant geblieben. Dabei hat es geringere Mengen aus dem Hausmüll und erhöhte Mengen aus Sperrmüll und Direktanlieferungen gegeben. Das Restabfallbehältervolumen ist leicht gestiegen. Für die Wertstofftonne ergibt sich eine Stabilisierung auf dem Niveau der letzten Jahre. Aufgrund der Absenkung der Gebührensätze haben sich die Erlöse aus Gebühreneinnahmen entsprechend reduziert.

Aufgrund der 2016 beschlossenen Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wurden Maßnahmen zur besseren Erfassung von Bio- und Grünabfällen ergriffen. Es wurde eine Überprüfung der Eigenkompostierer durchgeführt mit dem Ziel, fälschlicherweise dokumentierte Eigenkompostierungen zu eliminieren und einen höheren Anschlussgrad an die Bioabfallbehälter zu erreichen. Zudem erfolgte eine Ausweitung der wöchentlichen Leerung der Bioabfallbehälter von drei auf sechs Monate ab 2017. Aufgrund der Maßnahmen ist das Behältervolumen bei den Bioabfallbehältern angestiegen. Die Ausweitung der wöchentlichen Leerung wurde von der Bevölkerung gut angenommen und hat insbesondere in den Monaten mit zusätzlicher wöchentlicher Leerung zu einem Mengenanstieg bei den erfassten Bioabfällen geführt. Im Jahr 2018 ist es jedoch vermutlich witterungsbedingt wieder zu einem Rückgang der erfassten Bioabfallmenge auf das Niveau der Vorjahre gekommen. Auch für 2019 konnte vermutlich witterungsbedingt das Niveau von 2017 noch nicht wieder erreicht werden. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass das Mengenniveau des Jahres 2017 wieder erreicht wird.

In der Folge des Beschlusses zum Abfallwirtschaftskonzept wurde 2017 zudem die Gebühr für private Anlieferungen von Restabfall bis 3 m³ von 10,00 € auf 15,00 € erhöht. Hierdurch konnte eine höhere Kostendeckung erreicht werden. Die Anzahl der Anlieferungen im Bereich Restabfall ist trotz erhöhter Anlieferungsmenge geringfügig zurückgegangen. Im April 2018 wurde vom Rat beschlossen, die Verträge mit ALBA im Jahr 2018 nicht zum 31. Dezember 2020 zu kündigen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen ergibt sich damit eine Verlängerung der Verträge bis zum 31. Dezember 2025.

Für das Jahr 2020 ist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 43,1 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 43,4 Mio. € ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 294.100€ veranschlagt, der aus den Rücklagen der Sonderrechnung gedeckt wird.

*****) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Gegenstand der Sonderrechnung

Die Stadtentwässerung der Stadt Braunschweig ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i. V. m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz - NKomVG).

Hauptaufgabe im Bereich der Stadtentwässerung ist die schadlose Ableitung und Behandlung von Abwässern bis hin zur landwirtschaftlichen Verwertung durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) einschließlich der Klärschlammbehandlung und -beseitigung. Daneben obliegen der Stadtentwässerung weitere Entsorgungsaufgaben:

Inhalte aus abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Leichtflüssigkeitsabscheidern sind aufzunehmen und schadlos zu beseitigen. Für die Stadt werden zusätzlich die Aufgabenbereiche Sinkkastenreinigung, Tierkadaverannahmestelle, Gewässerdienst und wasserrechtliche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach Wasserhaushaltsgesetz und Nds. Wassergesetz gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden weitestgehend durch Dritte wahrgenommen:

1. Die Stadt ist Mitglied im Abwasserverband Braunschweig (AVB). Dieser ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und das Labor. Die Aufgaben des AVB sowie Regelungen zur Erhebung der Mitgliedsbeiträge sind in dessen Satzung enthalten.
2. Die Betriebsführung für das Klärwerk Steinhof, das dem AVB gehört, obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Die für die Betriebsführung des Klärwerks entstehenden Aufwendungen werden vom AVB erstattet, der sich wiederum über die Mitgliedsbeiträge refinanziert.
3. Die operativen Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS wahrgenommen. Die Leistungen der SE|BS werden mit den vertraglich festgelegten Betriebsentgelten und Kapitalkostenentgelten abgegolten.
4. Für einige Ortsteile wird das Schmutzwasserkanalnetz durch den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) betrieben. Hierfür entrichtet die Stadt einen Verbandsbeitrag.
5. Der Gebühreneinzug wird durch BS|ENERGY, den WWL und die SE|BS durchgeführt. Hierfür wird ein Entgelt entrichtet bzw. beim WWL eine Kostenerstattung vorgenommen.

Bei der Stadt sind die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserbeseitigung (Gebührenkalkulation, Satzungsvollzug sowie Teilaufgaben der Grundstücksentwässerung), die strategische Ausrichtung der Stadtentwässerung und das Vertragscontrolling verblieben.

Öffentlicher Zweck der Sonderrechnung

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Sonderrechnung (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Sonderrechnung im Haushaltsjahr erfüllt. Die Gebührenkalkulation, die Grundstücksentwässerung und der Satzungsvollzug der Abwasserbeseitigung dienen als hoheitliche Aufgaben unmittelbar einem öffentlichen Zweck. Durch ein Strategie- und Vertragscontrolling behält die Stadt Braunschweig Einfluss auf den Bereich der Abwasserbeseitigung und stellt damit sicher, dass die Abwasserbeseitigung am Maßstab des Allgemeinwohls orientiert ist.

Beteiligungsverhältnisse

Die Sonderrechnung Stadtentwässerung ist eine rechtlich unselbstständige Sonderrechnung der Stadt Braunschweig. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungs- und Kontrollfunktion

Die Aufgaben der Stadtentwässerung sind zum 1. Januar 2006 mit den bei der Stadt verbliebenen Aufgaben auf die Fachbereiche 20 Finanzen und 66 Tiefbau und Verkehr aufgeteilt worden.

Die Leitung des Fachbereichs 20 Finanzen obliegt Herrn Markus Schlimme.
Die Leitung des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr obliegt Herrn Klaus Benscheidt.

Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie die Stadtentwässerung betreffen. Dies betrifft insbesondere die Satzungshoheit (Abwassersatzung, Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung).

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2019 waren für die Sonderrechnung Stadtentwässerung 1 Beamter in Vollzeit und 5 Beschäftigte in Vollzeit tätig.

Geschäftsverlauf*

Für das Haushaltsjahr 2019 ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 359.255,93 € (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 2.909.394,95 €). Der Überschuss setzt sich aus einem Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 844.826,92 € und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 485.570,99 € zusammen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Sonderrechnung*

Das operative Geschäft hinsichtlich der Abwasserableitung wird im Wesentlichen von der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) durchgeführt. Hierfür werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages Betriebs- und Kapitalkostenentgelte gezahlt. Zu den Tätigkeiten der SE|BS gehört insbesondere die Erneuerung und Erweiterung des Kanalnetzes. Dazu gibt es detaillierte Vorgaben aus dem Abwasserentsorgungsvertrag (Einzelheiten hierzu siehe Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig).

Die Aufgaben der Abwasserreinigung werden durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB) wahrgenommen. Die Stadt ist Mitglied im AVB und verfügt seit dem 9. April 2008 grundsätzlich über die Mehrheit der Stimmen im Vorstand und Verbandsausschuss des AVB. Für die Leistungen des AVB werden Mitgliedsbeiträge gezahlt, die auf Basis der Wirtschaftsplanung des AVB festgesetzt werden.

Die zu reinigende Abwassermenge für Braunschweig lag 2019 bei rd. 16,9 Mio. m³ (Vorjahr: 18,3 Mio. m³).

Die Betriebsführung des Klärwerkes obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat wiederum die SE|BS mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Der ursprünglich aus dem Jahr 1979 stammende Betriebsführungsvertrag wurde inzwischen neu gefasst und gilt zunächst bis 2035.

Für das Jahr 2020 ist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 69,3 Mio. €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 69,8Mio. € ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 545.400€ im Haushalt veranschlagt, der aus den Rücklagen der Sonderrechnung gedeckt wird.

*****) eine detailliertere Aufschlüsselung ist in Band 2 des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig unter Punkt „XII. Anlagen“ abgebildet.

Abwasserverband Braunschweig

Gegenstand des Verbands

Der Abwasserverband Braunschweig (AVB) ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung, Gasverwertung und Deponiesickerwasserreinigung, Gewässerausbau und -pflege und die dazugehörige Unterhaltung der Wirtschaftswege. Zur Durchführung seiner Aufgaben kann der Verband Anlagen für die Abwassersammlung, -fortleitung, -behandlung, -verwertung bzw. -beseitigung übernehmen, halten, herstellen, betreiben und unterhalten. Er kann sich zur Durchführung dieser Aufgaben, insbesondere auch zur Betriebsführung, Dritter bedienen. Der Verband ist Eigentümer oder Inhaber eines Nutzungsrechts an den vorbezeichneten Anlagen.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbands (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung des Verbands im Geschäftsjahr erfüllt. Der Verband dient gemäß § 1 Abs. 3 seiner Satzung dem öffentlichen Wohl sowie dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst und strebt nicht an, Gewinne zu erzielen.

Verbandsmitglieder

Stand: Dezember 2020

Mitglieder
Stadt Braunschweig
Wasserverband Gifhorn mit der Samtgemeinde Papenteich, der Gemeinde Wendeburg und der Samtgemeinde Meinersen (Gemeinde Hillerse)
Landwirtschaftliche Mitglieder als die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke und Anlagen

Organe des Verbands

Der Verband hat einen Verbandsausschuss und einen Vorstand.

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss besteht aus landwirtschaftlichen Mitgliedern, Mitgliedern der Stadt Braunschweig und des Wasserverbandes Gifhorn. Jedes Ausschussmitglied hat grundsätzlich eine Stimme. Die zwei von der Stadt Braunschweig benannten Ausschussmitglieder haben zusammen jedoch eine Stimme mehr als alle übrigen Mitglieder.

Für jedes Mitglied im Verbandsausschuss ist zusätzlich ein Stellvertreter gewählt oder benannt. Die Stadt Braunschweig hat bis zum 31.12.2019 folgende Vertretungsregelungen vorgesehen:

Stellvertreterin für Herrn Städt. Leitenden Direktor Thomas Pust ist Frau Städt. Direktorin Kerstin Gebhardt. Herr Ratsherr Klaus Wendroth wird durch Frau Ratsfrau Susanne Hahn vertreten.

Stand: Dezember 2020

Verbandsausschuss	
Olaf Genter	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Schwülper
Hans-Dieter Dralle	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Schwülper
Eckard Gliemann	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Andreas Feldmann	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Rolf Heine	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Wendeburg
Eckbert Bösche	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Didderse
Heiko Bosse	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Didderse
Jochen Blickwede	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Götz Büttner	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Axel Busse	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Richard Hering	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Heinz-Robert Köhler jun.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Hillerse
Heiko Sonnenberg	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Henning Gödecke	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Herbert Munzel sen.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Hermann Lüer jun.	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Edemissen
Ernst-August Bunkenburg	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Meinersen
Friedhelm Brand	Landwirtschaftliches Mitglied Gemeinde Meinersen
Ludwig Thiemann	Wasserverband Gifhorn
Dr. Ulrich-Dieter Stand	Wasserverband Gifhorn
Thomas Pust	Stadt Braunschweig
Klaus Wendroth	Stadt Braunschweig

Vorstand

Die Stadt Braunschweig stellt drei ordentliche und drei stellvertretende Vorstandsmitglieder.

Stand: Dezember 2020

Vorstand	
Wolfgang Sehrt	Verbandsvorsteher, Stadt Braunschweig (bis 31. Dezember 2019)
Peter Edelmann	Verbandsvorsteher, Stadt Braunschweig (ab 1. Januar 2020)
Dr. Günter Olfe	stellv. Verbandsvorsteher, Gemeinde Hillerse OT Volkse
Dirk Asche-Baumgarten	Gemeinde Hillerse
Christian Müller	Gemeinde Didderse
Theodor Eggers	Samtgemeinde Papenteich Gemeinde Meine
Ines Kielhorn	Samtgemeindebürgermeisterin Papenteich
Frank Flake	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Heinz-Georg Leuer	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig

Als Stimmvertreter für Herrn Wolfgang Sehrt bzw. Herrn Edelmann hat die Stadt Braunschweig Herrn Ratsherrn Kurt Schrader vorgeschlagen. Die Vertretung für Herrn Ratsherrn Frank Flake wird durch Herrn Ratsherr Detlef Kühn wahrgenommen. Vertreter für Herrn Stadtbaurat Leuer ist Herr Ltd. Baudirektor Klaus Benscheidt.

Zum 31. Dezember 2019 lief die Wahlperiode des amtierenden Vorstandes ab. Die neue Wahlperiode beginnt am 1. Januar 2020 und endet am 31. Dezember 2025.

Geschäftsführung

Bernhard Teiser	Geschäftsführer bis 30. September 2019
Dr. Franziska Gromadecki	Geschäftsführerin ab 1. Oktober 2019

Anzahl der Arbeitnehmer

Der Verband beschäftigte am 31. Dezember 2019 80 Mitarbeiter (Vorjahr: 83).

Geschäftsverlauf

Der AVB hat für das Wirtschaftsjahr 2019 einen Beitrag in Höhe von 31,83 Mio. € von der Stadt Braunschweig erhalten. Dieser setzt sich zusammen aus einem Mitgliedsbeitrag für Abwasserreinigung in Höhe von 19,09 Mio. €, einem Mitgliedsbeitrag für das Kanalnutzungsrecht in Höhe von 11,98 Mio. € – beide aus der Sonderrechnung Stadtentwässerung – und 0,76 Mio. € von der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für Leistungen im Bereich der Sickerwasserreinigung.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung des Verbands

Für das Wirtschaftsjahr 2020 sind im Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung Mitgliedsbeiträge der Stadt Braunschweig an den AVB in Höhe von 21,48 Mio. € für die Abwasserreinigung und 11,78 Mio. € für die Nutzungsrechte des Kanalnetzes veranschlagt. Die Sonderrechnung Abfallwirtschaft hat für das Jahr 2020 Beiträge in Höhe von 0,78 Mio. € für Leistungen im Bereich der Sickerwasserreinigung veranschlagt. Somit ergibt sich eine Beitragszahlung der Stadt Braunschweig in Höhe von voraussichtlich 34,04 Mio. € für das Wirtschaftsjahr 2020.

Wasserverband Weddel-Lehre

Gegenstand des Verbands

Der Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) hat zur Aufgabe Trink- und Brauchwasser zu beschaffen, zu verteilen und Schmutz- und Niederschlagswasser zu sammeln, abzuführen, zu verwerten oder zu reinigen. Der Verband hat die Geschäfts- und Betriebsführung für Verbandsmitglieder durchzuführen. Zur Durchführung seiner Aufgaben baut, betreibt und unterhält der Verband die notwendigen Anlagen und Einrichtungen. Der Verband bezieht Wasser von Wasserlieferanten, soweit eigene Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungsanlagen nicht ausreichen.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbands (s. o.) und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung des Verbands im Geschäftsjahr erfüllt. Der Verband dient gemäß § 1 Abs. 5 seiner Satzung dem öffentlichen Interesse. Er ist gemeinnützig. Gewinne werden nicht erzielt. Der Verband ist gehalten, nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu arbeiten.

Verbandsmitglieder

Stand: Dezember 2020

Mitglieder
Stadt Braunschweig
Gemeinde Cremlingen
Stadt Königslutter am Elm
Gemeinde Lehre
Samtgemeinde Nord-Elm
Stadt Wolfsburg
Samtgemeinde Sickte
Wasserverband Gifhorn
Wasserverband Elm

Organe des Verbands

Der Verband hat eine Verbandsversammlung, einen Vorstand und eine Geschäftsführung.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung repräsentiert die Einwohner des Verbandsgebietes. Insgesamt betreut der WWL zurzeit rund 80.000 Einwohner, die durch 86 Stimmen in der Verbandsversammlung repräsentiert werden.

Bei der Stadt Braunschweig werden die Ortsteile Bevenrode, Dibbesdorf, Hondelage, Mascherode, Rautheim, Schapen, Stöckheim, Volkmarode und Waggum durch den WWL betreut. Die 30.373 Einwohner dieser Ortsteile werden durch fünf Delegierte, welche zusammen 31 Stimmen haben, vertreten. In den Ortsteilen Dibbesdorf, Hondelage, Schapen und Volkmarode übernimmt der WWL die Schmutzwasserentsorgung und Gebührenerhebung Schmutzwasser. In den übrigen oben genannten Ortsteilen wird nur die Gebührenerhebung für Schmutzwasser durch den WWL übernommen.

Stand: Dezember 2020

Verbandsversammlung		Stimmen
Nils Bader	Stadt Braunschweig	31
Detlef Kühn	Stadt Braunschweig	
Antje Keller	Stadt Braunschweig	
Dr. Bernd Hoppe-Dominik	Stadt Braunschweig	
Stefan Wirtz	Stadt Braunschweig	
Ulrike Stuhlweißenburg-Siemens	Gemeinde Cremlingen	14
Joachim Eichenlaub	Gemeinde Cremlingen	
Thomas Ulmer	Gemeinde Cremlingen	
Hilmar Mittendorf	Gemeinde Cremlingen	
Burkhard Wittberg	Gemeinde Cremlingen	
Michael Schwarze	Gemeinde Cremlingen	
Helmut Bauwe	Gemeinde Lehre	13
Michael Fitzke	Gemeinde Lehre	
Jens Hoppe	Gemeinde Lehre	
Sven Müller	Gemeinde Lehre	
Bernd Krüger	Gemeinde Lehre	
Heinrich Köther	Gemeinde Lehre	
Karl-Heinz Dannehl	Samtgemeinde Nord-Elm	6
Heike Winschewski	Samtgemeinde Nord-Elm	
Petra Thranitz	Samtgemeinde Nord-Elm	
Sascha Piecha	Samtgemeinde Nord-Elm	
Klaus Röhr	Samtgemeinde Nord-Elm	
Jürgen Hary	Samtgemeinde Nord-Elm	
Karsten Ansorge	Samtgemeinde Sickte	11
Prof. Klaus Dieter Arndt	Samtgemeinde Sickte	
Michael Boos	Samtgemeinde Sickte	
Dr. Manfred Bormann	Samtgemeinde Sickte	
Willi Dietzsch	Samtgemeinde Sickte	
Klaus-Peter Eickmann	Samtgemeinde Sickte	
Andre Hinrichs	Samtgemeinde Sickte	
Werner Kuby	Samtgemeinde Sickte	
Bettina Otte-Kotulla	Samtgemeinde Sickte	
Christian Sell	Samtgemeinde Sickte	
Eckhard Weddelmann	Samtgemeinde Sickte	
Dr. Gerhard Meier	Stadt Wolfsburg	5
Gerhard Holtermann	Stadt Wolfsburg	
Christian Seidenkranz	Stadt Königslutter am Elm	5
Andreas Schmidt	Wasserverband Gifhorn	1
Alexander Hoppe	Wasserverband Elm	1

Vorstand

Die Stadt Braunschweig hat das Vorschlagsrecht für drei Vorstandsmitglieder. Für jedes Vorstandsmitglied wird ein Stellvertreter gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Stand: Dezember 2020

Vorstand	
Claas Merfort	Stadt Braunschweig, stellv. Verbandsvorsteher
Horst-Dieter Steinert	Stadt Braunschweig
Detlef Kühn	Stadt Braunschweig
Günter Eichenlaub	Gemeinde Cremlingen, Verbandsvorsteher
Harald Koch	Gemeinde Cremlingen
Detlef Kaatz	Gemeinde Cremlingen
Andreas Busch	Gemeinde Lehre
Kerstin Jäger	Gemeinde Lehre
Hans-Joachim Gottschlich	Gemeinde Lehre
Matthias Lorenz	Samtgemeinde Nord-Elm
Peter Öhler	Samtgemeinde Nord-Elm
Rainer Angerstein	Samtgemeinde Nord-Elm
Petra Eickmann-Riedel	Samtgemeinde Sickte
Uwe Schäfer	Samtgemeinde Sickte
Klaus-Dieter Arndt	Samtgemeinde Sickte
Dr. Gerhard Meier	Stadt Wolfsburg
Alexander Hoppe	Stadt Königslutter am Elm

Geschäftsführung

Ralf Johannes

Anzahl der Arbeitnehmer

Der Verband beschäftigte im Jahr 2019 durchschnittlich 69 Mitarbeiter (Vorjahr: 68).

Geschäftsverlauf und voraussichtliche Entwicklung des Verbands

Im Jahr 2019 war bei dem WWL für die Leistungen im Bereich der Schmutzwasserentsorgung von der Sonderrechnung Stadtentwässerung ein Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1,48 Mio. € geplant. Der tatsächlich entrichtete Mitgliedsbeitrag belief sich auf 1,44 Mio €.

Für das Jahr 2020 sieht der Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1,38 Mio. € vor.

Regionalverband Großraum Braunschweig

Gegenstand des Regionalverbands

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 1. März 2017 das Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbands „Großraum Braunschweig“ (ZGB) beschlossen. Mit Inkrafttreten am 22. März 2017 ist aus dem ZGB der Regionalverband „Großraum Braunschweig“ (Regionalverband) geworden.

Der Regionalverband erfüllt im Verbandsbereich auch weiterhin zwei wesentliche Aufgaben:

1. Nach dem niedersächsischen Gesetz über Raumordnung und Landesplanung ist er der Träger der Regionalplanung und Untere Landesplanungsbehörde.

2. Nach dem niedersächsischen Nahverkehrsgesetz ist er Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene (SPNV) und Straße (ÖPNV).

Zudem soll der Regionalverband in Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Göttingen eine einheitliche Nahverkehrskonzeption für den Harz entwickeln und einen Tarifverbund „Harz“ schaffen.

Mit der Weiterentwicklung zum Regionalverband wurden dem Verband zur Förderung der Entwicklung im Verbandsbereich weitere Pflichtaufgaben übertragen:

- verkehrsträgerübergreifende Verkehrsentwicklungsplanung,
- Beratung der Kommunen bei der Planung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen und Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung des Gewerbeflächenangebotes,
- Bereitstellung, Analyse und Bewertung von Daten zur Strukturentwicklung,
- Erarbeitung von Konzepten zur Koordinierung von Berufsschul-Standorten,
- Erstellung regionaler Tourismuskonzepte
- Entwicklung von Konzepten zum regionalen Hochwasserschutz.

Mit Zustimmung aller Verbandsglieder können dem Regionalverband weitere Aufgaben übertragen werden.

Öffentlicher Zweck des Verbands

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Bildung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ bzw. jetzt Gesetz über den Regionalverband „Großraum Braunschweig“ vom 27. November 1991.

Verbandsglieder

Stand: Dezember 2020

Verbandsglieder
Stadt Braunschweig
Stadt Salzgitter
Stadt Wolfsburg
Landkreis Gifhorn
Landkreis Goslar
Landkreis Helmstedt
Landkreis Peine
Landkreis Wolfenbüttel

Organe des Verbands

Organe des Regionalverbands sind die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende, der Verbandsausschuss, der Verbandsdirektor und der Verbandsrat.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat 59 ehrenamtlich tätige Mitglieder aus allen Teilen des Verbandsgebietes. Vorsitzender der Verbandsversammlung ist Detlef Tanke (Landkreis Gifhorn), sein erster Vertreter Michael Kramer (Landkreis Peine) und seine zweite Vertreterin Elke Kentner (Landkreis Peine).

Stand: Dezember 2020

Vertreter der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung
Christoph Bratmann
Matthias Disterheft
Dr. Christos Pantazis
Julia Retzlaff
Klaus-Peter Bachmann
Reinhard Manlik
Kurt Schrader
Thorsten Köster
Karl Grziwa
Carsten Müller
Dr. Frank Schröter
Dennis Egbers-Schoger
Anneke vom Hofe
Gunnar Scherf
Hans-Joachim Volkmann
Ingo Schramm

Verbandsvorsitzender

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Verbandsvorsitzenden.

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss gibt Empfehlungen zu anstehenden Beschlüssen der Verbandsversammlung und kann auch eigenständig Beschlüsse fassen. Neben dem Vorsitzenden und weiteren zwölf Mitgliedern der Verbandsversammlung gehört ihm der Verbandsdirektor mit beratender Stimme an.

Zur fachlichen Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung sind zwei Fachausschüsse eingerichtet worden, und zwar für Regionalentwicklung und für Regionalverkehr.

Verbandsdirektor

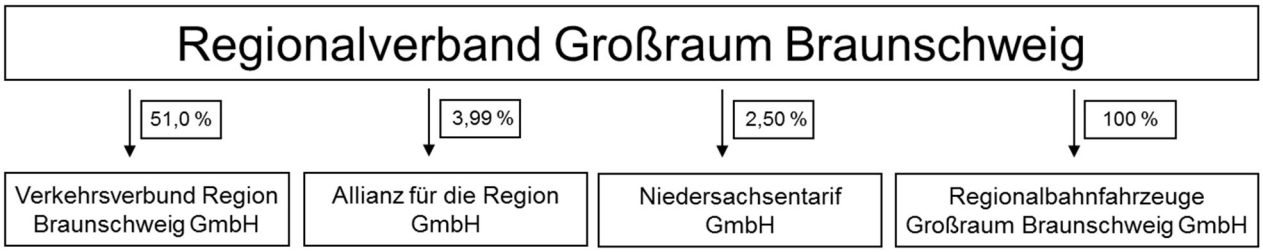
Ralf Sygusch

Verbandsrat

Dem Verbandsrat gehören die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsglieder mit Stimmrecht sowie der Verbandsvorsitzende und der Verbandsdirektor mit beratender Stimme an. Der Verbandsrat hat beratende Funktion und kann verlangen, dass sich die Verbandsversammlung oder der Verbandsausschuss mit einer bestimmten Angelegenheit des Regionalverbandes befasst oder in bestimmten Angelegenheiten Empfehlungen zu Entscheidungen an die Verbandsversammlung abgeben, von denen die Verbandsversammlung nur mit einem Mehrheitsbeschluss abweichen darf.

Beteiligungen des Regionalverbands

Der Regionalverband hält 51,0 % der Anteile an der Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH sowie 100 % der Anteile an der Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH. Weiterhin ist er an der Allianz für die Region GmbH sowie der Niedersachsentarif GmbH beteiligt.



Anzahl der Arbeitnehmer

Der Regionalverband beschäftigte im Jahr 2019 durchschnittlich 57 Mitarbeiter (Vorjahr: 51).

Geschäftsverlauf und voraussichtliche Entwicklung des Verbands

Im Haushaltsplan 2019 der Stadt Braunschweig waren Transferaufwendungen an den Regionalverband in Höhe von 2.150.000 € veranschlagt. Der vorläufige Jahresabschluss geht von Transferaufwendungen in Höhe von 2.077.389,29 € aus.

Im Haushaltsplan 2020 der Stadt Braunschweig sind Transferaufwendungen in Höhe von 2.150.000 € veranschlagt.

Mit Übertragung weiterer Aufgaben durch das Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbands „Großraum Braunschweig“ stieg der Personalbedarf des Regionalverbands ab dem Jahr 2017 an. Zudem ergab sich ein weiterer erhöhter Personalbedarf aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen und auf den Verband entfallender neuer Aufgaben als ÖPNV-Aufgabenträger.

Zum 1. Januar 2017 wurde das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) umfassend geändert. Diese Änderungen hatten auf den Regionalverband folgende Auswirkungen:

I. § 7 NNVG: Zusätzliche Regionalisierungsmittel für den Regionalverband als Aufgabenträger für den Schienen- und Öffentlichen Personennahverkehr

Durch die Änderung des § 7 Abs. 1 NNVG flossen dem Regionalverband als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr in erheblichem Umfang neue Finanzmittel aus dem Betrag zu, der dem Land Niedersachsen nach dem Regionalisierungsgesetz aus Bundesmitteln zusteht. Diese Mittel erhöhen sich stufenweise von rd. 70 Mio. € auf rd. 100 Mio. € im Jahr 2021.

Diese zusätzlichen Mittel sollen im gesamten Verbandsgebiet schwerpunktmäßig für vier Säulen des ÖPNV verwendet werden:

1. Angebotsverbesserungen im Schienenpersonennahverkehr,

2. Modernisierung bzw. Ausbau zahlreicher Bahnhöfe und Haltestellen sowie Ertüchtigung von Eisenbahnstrecken und-abschnitten,

3. Ausweitung des RegioBus-Angebots,

4. Co-Finanzierung für Kommunen bei bahn- und busbegleitenden Infrastrukturmaßnahmen, hierzu zählt u. a. ein barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen.

II. § 7a NNVG: Rabattierte Ausbildungsverkehre

Das Land Niedersachsen hat die Ausgleichszahlungen gem. § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) aus beihilferechtlichen Erwägungen durch eine landesrechtliche Regelung in § 7a NNVG ersetzt. Ein Kernpunkt der Gesetzesänderung ist die Kommunalisierung der Ausgleichsmittel an die Verkehrsunternehmen für die Rabattierung der Preise für die Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs. In diesem Zuge erfolgte auch eine Verlagerung der Zuständigkeit unter entsprechender Mittelzuweisung (rd. 14 Mio. €) auf die Ebene des Regionalverbands. Der Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen richtet sich somit nicht mehr gegen das Land Niedersachsen, sondern an den Regionalverband. Die entsprechenden Verträge der Landesnahverkehrsgesellschaft GmbH mit den Verkehrsunternehmen wurden zum 31. Dezember 2016 gekündigt. Der Regionalverband hat somit seither in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben – insbesondere der EU-VO 1370/2007 – eine Regelung zur Umsetzung zu treffen.

III. § 7b NNVG: Weiterentwicklung des ÖPNV („2. Säule“)

Bei der sog. Zweiten Säule handelt es sich um zusätzliche Mittel, die das Land Niedersachsen den ÖPNV-Aufgabenträgern ab dem Jahr 2017 zur Verfügung gestellt hat. Dem Regionalverband als ÖPNV-Aufgabenträger stehen seit dem Jahr 2017 Mittel in Höhe von rd. 3,1 Mio. € pro Jahr zur Verfügung, die zur finanziellen Unterstützung im Hinblick auf die Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖPNV dienen. Gemäß § 7b Abs. 2 NNVG sind diese Mittel insbesondere für die Entwicklung von zusätzlichen über die bereits bestehenden ÖPNV-Angebote hinausgehenden Maßnahmen zu verwenden, die den Linienverkehr in Räumen und Zeiten schwacher Nachfrage ergänzen und besonders auf wechselnde Nachfrage zugeschnitten sind (flexible Bedienformen).

Sondervermögen
Pensionsfonds der Stadt Braunschweig

Gegenstand des Sondervermögens und Öffentlicher Zweck

Basierend auf einem Ratsbeschluss vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbstständige Pensionsfonds der Stadt Braunschweig mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen gemäß § 130 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), welches im Haushaltsplan gesondert ausgewiesen wird.

Ziel und Zweck des Sondervermögens war zunächst die dauerhafte Finanzierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie deren Hinterbliebenen, soweit das Beamtenverhältnis bei der Stadt Braunschweig nach dem 31. Dezember 1999 begründet worden ist, durch eine vollständige Vorausfinanzierung während der aktiven Dienstzeit sicherzustellen. Die Dotierung des Sondervermögens erfolgte bis einschließlich 2017 personenbezogen. Die jährliche Höhe der Zuführungen bestimmte sich hierbei nach den Vomhundertsätzen (Prämiensätzen) der jeweils aktuellen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge der einzelnen Beamtinnen und Beamten, in Kombination mit einer kalkulatorischen Verzinsung der angesammelten Mittel, unter Berücksichtigung eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Durch vermehrt eingetretene Fluktuationen sowie Aufgabenzuwächse, die im Jahr 2000 nicht vorhersehbar waren, haben sich die jährlichen Neueinstellungen von Beamtinnen und Beamten zwischenzeitlich vervielfacht. Aufgrund des seit Jahren und auch weiterhin bestehenden Niedrigzinsniveaus, ist der Pensionsfonds nicht in der Lage, die benötigten Anlagezinsen zu erwirtschaften. Hierdurch ist über die Jahre bereits eine erhebliche Deckungslücke entstanden, die sich auch auf absehbare Zeit nicht schließen lassen wird. Die Verwaltung hat daher ein geändertes Konzept, mit gleichbleibenden pauschalen Zuführungsraten erarbeitet, welches der Rat in seiner Sitzung am 6. Februar 2018 beschlossen hat.

Beteiligungsverhältnisse

Die geschäftsführende Verwaltung des Sondervermögens obliegt dem Fachbereich Zentrale Dienste. Beteiligungen liegen nicht vor.

Leitungsfunktion

Leiter des Pensionsfonds der Stadt Brauschweig ist der Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernent der Stadt Braunschweig, Herr Stadtrat Dr. Thorsten Kornblum.

Geschäftsverlauf*

Wie bereits im Jahr 2018 erfolgte auch 2019 (an Stelle der zuvor personenbezogenen Dotierung) im Finanzhaushalt eine nicht ergebniswirksame pauschale Zuführung in Höhe der im geltenden Investitionsprogramm vorgesehenen Jahresrate (5.087.000 EUR).

Darüber hinaus werden Abfindungszahlungen für erworbene Versorgungsanwartschaften nach dem Gesetz zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag, die die Stadt als aufnehmender und anspruchsberechtigter Dienstherr bei einem Dienstherrnwechsel erhält, dem Sondervermögen zugeführt. Sofern Beamtinnen oder Beamte, deren Dienstverhältnis nach dem 1. Januar 2000 begründet worden ist, von der Stadt Braunschweig zu einem anderen Dienstherrn wechseln, werden die entsprechenden Abfindungszahlungen dem Sondervermögen entnommen und dem städtischen Haushalt zugeführt. Eine verlässliche Höhe der jeweiligen Abfindungszahlungen ist im Vorfeld nicht kalkulierbar und kann daher nur geschätzt werden. Im Jahr 2019 betrugen die Ansätze für Zuführung und Entnahme jeweils 500.000 EUR.

Der Haushaltsplan des Pensionsfonds weist im Jahr 2019 im Ergebnishaushalt ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 5.249.200 EUR sowie im Finanzhaushalt einen Überschuss in Höhe von 6.585.600 EUR aus. Nach dem Jahresergebnis 2019 hat sich im Ergebnishaushalt ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.817.595 EUR sowie im Finanzhaushalt in Höhe von 6.445.241 EUR ergeben. Der Bestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende 2019 beträgt nach der Finanzrechnung 1.347.452 EUR.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung des Sondervermögens*

Trotz Neuausrichtung soll dem Grunde nach an dem Vorgehen aus 1999 festgehalten werden, jedes neu gegründete Beamtenverhältnis in den Pensionsfonds aufzunehmen. Da sich aktuell und auch auf absehbare Zeit auf dem Kapitalmarkt keine Guthabenzinsen erzielen lassen, ist die Netto-Zuführung an das Sondervermögen vorerst ausgesetzt. Eine weitere Zuführung hat derzeit keinen wirtschaftlichen Nutzen. Ggf. werden konzernintern weitere Darlehen vergeben. Im Haushalt abgebildet sind lediglich die Zuführung und Entnahme von Abfindungsleistungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag bei Dienstherrenwechseln von Beamtinnen und Beamten. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre ist auch weiterhin von einer hohen Fluktuation im Beamtenbereich auszugehen. Aus diesem Grund wurden die Ansätze für Zuführung und Entnahme zum Haushalt 2020 jeweils auf 800.000 EUR erhöht.

*) eine detailliertere Darstellung ist in Band 2 unter Punkt „XIII. Haushaltsplan 2021 und Jahresabschluss 2019 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig abgebildet.